Dienstag, 4. Februar 1986 - D

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 29 - 6.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Dänemark 8,75 dkr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 140 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 275,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Auszeichnung: Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist mit der Ehrendoktorwürde der Universität Leuven (Belgien) ausgezeichnet worden. Der belgische Außenminister Tindemans hob in seiner Laudatio die Verdienste des früheren Berliner Bürgermeisters hervor, der eine Änderung des Klimas in der geteilten Stadt bewirkt habe.

Menschenrechte: In der „DDR" haben sich Gruppen aus kirchlichen und autonomen Friedenskreisen gebildet, die sich mit dem Thema Menschenrechte beschäftigen wollen. Ein entsprechendes Dokument ist in Berlin bekanntgeworden. (S. 8)

Bonhoeffer: Bundeskanzler Kohl hat den evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer gewürdigt, der 1945 von den Nationalsozialisten hingerichtet wurde. Bonhoeffer gehöre zu den Männern, „die sich in jenen schwärzesten Jahren deutscher Geschichte trotz Unterdrückung und Unfreiheit nicht haben entmutigen lassen".

Soldaten: Aus dem Wehrdienst scheidende Berufssoldaten, die keine neue Arbeit finden, sollten *nach auffassung* des Wehrbeauftragten, Willi Weiskirch, Anrecht auf Arbeitslosengeld haben. Eine gesetzliche Regelung werde ins Auge gefaßt.

Spionage: Frankreich hat fünf sowjetische Diplomaten ausgewiesen. Paris reagierte damit auf die Entlarvung eines Franzosen, der für den sowjetischen Geheimdienst KGB arbeitete. Ihm wird angelastet, Bewegungen französischer Atom-U-Boote ausgespäht zu haben.

NATO: In Spanien wächst die Gefahr, daß sich die Bevölkerung bei dem für den 12. März anberaumten Referendum über die NATO-Mitgliedschaft negativ entscheidet. Derzeit herrscht ein völliges Meinungschaos. (S. 8)

Portugal: Die portugiesische KP hat ihre Anhänger aufgerufen, beim zweiten Durchgang der Präsidentenwahl am 16. Februar dem sozialistischen Kandidaten Soares ihre Stimme zu geben. Damit sind dessen Aussichten gestiegen, sich gegen den christdemokratisch orientierten Diogo Freitas do Amaral durchzusetzen. (S. 8)

Costa Rica: Der Kandidat der regierenden sozialdemokratischen Nationalen Befreiungspartei, Oscar Arias, ist aus den Präsidentschaftswahlen als Sieger hervorgegangen. Auf den 44jährigen Politiker *entfielen 54 Prozent der* Stimmen. Sein Gegner von der christlich-sozialen Einheit, Rafael Angel Calderon, erhielt 44 Prozent.



In vielen Gerichtsverfahren wird heute eher dem Opfer als dem Täter „der Prozeß gemacht". Etwa zwanzig Millionen Straftaten in den letz*ten fünf Jahren haben ebensoviele* Geschädigte hinterlassen. Der frühere Münchner Polizeipräsident und heutige Ministerialdirektor im Bonner Innenministerium, Professor Manfred Schreiber, analysiert heute in der WELT die Möglichkeiten, die schwierige Situation der Betroffenen zu verbessern. Seite 4

WIRTSCHAFT

Dynamik: Bei Produktion und Anwendung hochmoderner Fertigungsmaschinen liegt die Bundesrepublik im Vergleich der wichtigsten fünf westlichen Industrieländer an der Spitze. Nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft haben deutsche Firmen 1984 doppelt soviel computergesteuerte Werkzeugmaschinen produziert wie die USA. (S. 9)

Stahl: Pessimistisch beurteilt die OECD die Stahlkonjunktur. Angesichts der unverändert hohen Überkapazitäten – der Ausnutzungsgrad erreichte durchschnittlich 70 Prozent – und der durchweg schlechten Unternehmenserträge empfiehlt die OECD, die Produktionskapazitäten weiter abzubauen und die Rationalisierung fortzusetzen. (S. 11)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen uneinheitlich. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 277,95 (276,08). BHF-Rentenindex 105,390 (105,325). BHF Performance Index 100,800 (100,710). Dollarmittelkurs 2,3905 (2,3892). Goldpreis pro Feinunze 347,30 (350,50) Dollar.

KULTUR

Tiefschlag: Es gab wenig zu sehen, kaum etwas zu verstehen und nichts, um den Geist zu beschäftigen. Die Uraufführung der Boxermonologe des spanischen Malers Arroyo im Münchner Residenztheater ist auf totale Ablehnung gestoßen. (S. 17)

Geschichte: In der Londoner City wird ein riesiges Loch gegraben; Archäologen legen die Reste des größten Zivilbaus der Römer nördlich der Alpen frei – die Basilica und das von Kolonnaden eingefaßte Forum auf dem Hügel Cornhill. (S. 17)

SPORT

Tennis: Wimbledonsieger *Boris* Becker liegt in der Weltrangliste nun auf Platz fünf. Es führt weiterhin Ivan Lendl (CSSR) vor dem Amerikaner John McEnroe.

Radsport: Nach dem Start in Berlin soll die Tour de France im Juli 1987 auch durch Niedersachsen rollen. Das plant nunmehr die Landesregierung in Hannover.

AUS ALLER WELT

Lawinen: Eine solch extreme Lawinengefahr wie zur Zeit gab es nach Expertenmeinung in diesem *Jahrhundert* in den Alpen nicht. Schuld daran sei mangelnder Schneefall seit November. Dadurch habe sich „Schwimmschnee" entwickelt. (S. 18)

Raumfahrt: Trotz der *Katastrophe* beim Start von „Challenger" will die US-Weltraumbehörde NASA angeblich bereits im kommenden Juni erneut eine Raumfähre auf Mission schicken. In NASA-Kreisen hieß es, das „Challenger"-Unglück könne schon bald aufgeklärt werden.

Wetter: Bewölkt, weitgehend niederschlagsfrei. Temperaturen um den Gefrierpunkt. (S. 18)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Union diskutiert Schiedsstelle. FDP wartet auf Einzelheiten

Druck der CDU-Sozialausschüsse auf Arbeitsminister Blüm nimmt zu

uls./UR. **Bonn**

Die Diskussion um die Änderung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz hat eine andere Qualität gewonnen. In der Union wird jetzt offen darüber diskutiert, bei der Bundesanstalt für Arbeit eine Schiedsstelle einzurichten, die über Zahlungen an Arbeitnehmer in Streikfällen entscheiden soll. Die Absicht der Unionsführung war es gestern offensichtlich, ein Nein in den eigenen Reihen zu dieser Überlegung zu verhindern. „Wir werden über alle Vorschläge nachdenken", sagte CDU-Sprecher Merschmeier der WELT.

Nachdem der westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf am Wochenende die alte Idee aus den Reihen der CDU-Sozialausschüsse aufgegriffen hatte, präzisierte gestern der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Adolf Müller die CDA-Vorstellungen zu einer Änderung an dem Regierungsentwurf.

Neben der Einrichtung einer Schiedsstelle, an deren Spitze ein „Neutraler" stehen soll, schlug er eine bessere Mitwirkung des Betriebsrats bei kalter Aussperrung vor. Dabei geht es um die Prüfung, ob ein Be*trieb als mittelbare Folge eines* Streiks geschlossen werden muß. Darüber hinaus sagte Müller, beim Vergleich der Gewerkschaftsforderung *zwischen direkt und indirekt* betroffenen Tarifgebieten könnten Lohnforderungen nicht ganz ausgeklammert, müßten aber stärker eingegrenzt werden.

Müller, der die Hoffnung ausdrückte, daß es für die von ihm vorgeschlagenen Änderungen am Regierungsentwurf eine gute Einigungschance in der Koalition gebe, fügte in einem Interview des Saarländischen Rundfunks hinzu, er habe seine Vorschläge mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm erörtert.

Beim Koalitionspartner FDP scheint es in dieser Frage noch keine einheitliche Meinung zu geben. Gegenüber der WELT zeigte sich die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Irmgard Adam-Schwaetzer, skeptisch darüber, ob die Änderungsvorschläge in der Union überhaupt mehrheitsfähig seien. „Ich sehe das *nicht* als einheitliche Meinung der Union", kommentierte Frau Adam-Schwaetzer. Der Koalitionspartner müsse erst innerhalb der Partei abklären, welche Änderungen er am Regierungsentwurf noch vornehmen *wolle. Die FDP sei jedenfalls für* Verbesserungen immer offen. Demgegenüber lehnte FDP-Generalsekretär Haussmann die Einrichtung einer Schiedsstelle als nicht praktikabel ab.

Aus den Reihen der CDU-Sozialausschüsse nimmt der Druck auf Blüm zu. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach rechnet mit einer Ablösung Blüms als CDA-Vorsitzender, falls dieser an seiner bisherigen Einstellung festhalte. Wenn Blüm diese Position nicht aufgebe, „nachdem er gesehen hat, daß auch die eigenen Sozialausschüsse an der Basis die Änderung ablehnen", dann könne seine Ablösung „nur eine Frage der Zeit sein", sagte Fehrenbach der in Hannover erscheinenden „Neue Presse".

In der SPD-Fraktion sind die Vorschläge Biedenkopfs und Müllers auf Ablehnung gestoßen. Biedenkopf wisse nicht mehr, worum es gehe, wenn er einen solchen Vorschlag mache, sagte die stellvertretende SPD-Vorsitzende Anke Fuchs.

Die Bundesvereinigung *der Arbeit*geberverbände lehnte eine Schiedsstelle als „untauglich" ab. Es dürfe nicht ins Ermessen einer Schlichtungsstelle gestellt werden, ob die verfassungsrechtlich gebotene Neu*tralität der Nürnberger Anstalt* eingehalten werde.

DER KOMMENTAR

Irrwege

PETER GILLIES

Über dem Vorschlag, eine unabhängige Schiedsstelle einzurichten, die darüber befinden soll, ob der Staat im Arbeitskampf zahlt oder nicht, weht der Hauch einer genialischen Patentlösung. Kurt Biedenkopf hat diesen Vorschlag belebt, Teile der CDU signalisieren Sympathie. Erschreckt durch die gewerkschaftliche Mobilisierung, versuchen die Sozialausschüsse das Unerreichbare zu erkaufen: Sie wollen den Liebesentzug des DGB wenigstens etwas neutralisieren.

Dabei begeben sie sich auf mehrere Irrwege. Eine Schiedsstelle, mag sie noch so hochkarätig besetzt sein, kann nicht mit der Entscheidung betraut werden, ob staatliche Kassen Hunderte von Millionen ausgeben oder nicht. Kompetenz schließt stets die volle Haftung für Fehlentscheidungen ein. Gerade Biedenkopf, der sonst stets auf ordnungspolitische Sauberkeit achtet, hat sich damit auf einen krummen Weg begeben. Er und andere empfehlen dem Gesetzgeber, seiner Klarstellungspflicht dadurch auszuweichen, daß er sie auf eine Kommission abschiebt.

Auch die andere Idee, den Betriebsrat prüfen zu lassen, ob ein Betrieb wegen ausbleibender Zu*lieferungen zu Recht schließt,* wäre ebenfalls eine Verschlimmbesserung des Verfahrens. Betriebsräte laufen an einer mehr oder minder langen Leine der Gewerkschaftsfunktionäre. Von ihnen ein *sachgerechtes und kühles Urteil* darüber zu erwarten, ob der Betrieb geschlossen werden muß oder nicht, degradierte sie zum Arbeitskampfinstrument und schürte weitere Konflikte.

Versuchen, am Entwurf für die Klarstellung der Neutralität des Staates im Arbeitskampf herumzudeuteln, sieht man ihre Krampfhaftigkeit an. Gewiß muß der Gesetzgeber bis zur dritten Lesung für Anregungen offen bleiben. Aber die Regierungskoalition muß wissen, daß die dominierenden Einzelgewerkschaften mit ihrem kompromißlosen Nein auf Konfrontation gegangen sind. Da helfen weder gremiendemokratisch verpackte Zugeständnisse noch Umdeutungsversuche. Der Gesetzgeber muß die Neutralität des Staates definieren, so prä*zis er es eben vermag.*

Deutsche fühlen sich weniger bedroht

Emnid-Umfrage: Mehr als die Hälfte glaubt, daß Moskau es mit der Entspannung ernst meint

HORST STEIN, **Bonn**

Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland halten die Sowjetunion *heute für weniger gefährlich als noch* vor einem Jahr. Mehr als die Hälfte glaubt, daß Moskau es mit der Entspannung ernst meint. Dennoch plädieren 87 Prozent für einen Verbleiben der Bundesrepublik in der NATO und sind mit großer Mehrheit (78 Prozent) der Auffassung, daß die Anwesenheit amerikanischer Truppen auf deutschem Boden den Frieden auch für uns sicherer mache. Dies geht aus einer bislang unveröffentlichten Emnid-Umfrage vom Herbst 1985 hervor, die der WELT jetzt zur Kenntnis gelangt ist.

Auffälligste Tendenz im Meinungsbild der Bundesbürger ist die deutliche Abschwächung des Bedrohungsgefühls. Auf die Frage „Ist Ihrer Meinung nach die kommunistische Bedrohung sehr groß, groß, nicht so groß oder nicht ernstzunehmen?" antworteten im Herbst 1985 nur 37 Prozent mit „sehr groß" oder „groß". Das sind zehn Prozent weniger als im Herbst des Jahres davor. 61 Prozent glauben, daß das Ausmaß der *kommunistischen Bedrohung „nicht* so groß" oder „nicht ernstzunehmen" sei – mehr als jemals zuvor seit dem Jahre 1962. Bei der Gruppe der für die Bundeswehr besonders relevanten Jahrgänge der 16- bis 24jährigen beträgt dieses Verhältnis sogar 32 zu 66. Emnid: Nur 1972, also im Jahr der größten Hoffnung auf Entspannung, fühlten sich weniger Menschen bedroht als 1985."

Die Einschätzung der kommunistischen Bedrohung ist weniger von Zahlen eines militärischen Kräftevergleichs abhängig als von spektakulären Ereignissen. Die sowjetische Intervention in Afghanistan und die Zwangsmaßnahmen in Polen, merken die Demoskopen dazu an, „sind offenbar dem Bewußtsein entschwunden und von der permanenten Flut jener Bilder hinweggespült worden, die Politiker aus Ost und West in Verhandlungen zeigen".

Gleichermaßen bemerkenswert ist, daß seit 1982 der prozentuale Anteil derjenigen, die die NATO für militä*risch überlegen halten, steigt.* Entsprechend der Abschwächung des Bedrohungsgefühls halten neun Prozent weniger als 1984 den Warschauer Pakt für militärisch überlegen. Eine Mehrheit von 54 Prozent sieht das Kräfteverhältnis ausgeglichen.

Ohne die Präsenz amerikanischer Truppen allerdings, so glauben 68 Prozent der Befragten, würden wir bei einem Überraschungsangriff aus dem Osten überrollt werden. Die Stationierung amerikanischer Pershing-II-Raketen in Westeuropa, hat ihre Wirkung als ein emotionalisierendes und Massen mobilisierendes Thema weitgehend verloren. Die seither anrollende SDI-Diskussion scheint nach den Emnid-Erhebungen keinen vergleichbaren Wirkungsgrad zu erreichen. 49 gegen 22 Prozent glauben, daß die Sicherheit auch der Bundesrepublik durch die Nachrüstung größer geworden sei.

Johannes Paul II. warnt Inder vor Diskriminierung

DW. **Ranchi**

Am dritten Tag seiner Indienreise ist Papst Johannes Paul II. in Ranchi, einer vorwiegend von Katholiken bewohnten Stadt im Osten des Landes, eingetroffen. Dort las er vor rund 200 000 Menschen eines Messe unter freiem Himmel, in der er sich gegen die Diskriminierung der Inder durch das Kasten-System aussprach. „Meine besondere Sympathie gilt all denen, die arbeitslos sind, aber keine Anstellung finden können, weil sie auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu einer Kaste oder Religionsgemeinschaft oder auf Grund ihrer Sprache und Herkunft diskriminiert werden", sagte der Papst. Johannes Paul hielt sich drei Stunden lang in Ranchi auf. *Anschließend reiste er nach Kalkutta* weiter, wo er mit der Friedensnobelpreisträgerin Mutter Teresa zusammentraf. Die katholische Nonne betreut seit vielen Jahren die Armen in Kalkutta.

***Seite 2 und 3:** Weitere Beiträge*

Bonn will neue Kredite an Polen nicht verbürgen

HH. **Bonn**

Auch nach Abschluß der deutsch-polnischen Umschuldungsverhandlungen über deutsche Forderungen aus kommerziellen Krediten in Höhe von mehr als vier Milliarden Mark bleibt zwischen Bonn und Warschau *ein strittiger Punkt auf der Tagesord*nung: Die Bedienung des 1975 gewährten Kredits in Höhe einer Milliarde Mark zu Sonderkonditionen (25 Jahre Laufzeit unter Einschluß fünf tilgungsfreier Jahre bei 2,5 Prozent *Jahreszins). Da Polen seinen Ver*pflichtungen auch aus diesem Kredit seit Jahren nicht nachkommt, ist er ebenfalls notleidend.

Vor einer Einigung darüber, wie Warschau sein Obligo künftig erfüllt, ist Bonn offenbar nicht bereit, neue Kredite für den Export nach Polen zu verbürgen (Hermes-Deckung). Dieses Thema ist Gegenstand deutsch-polnischer Verhandlungen.

***Seite 9:** Notleidende Milliarde*

Werbekampagne Bothas für Reformen

In Anzeigen und im Fernsehen gibt sich Südafrikas Premier volksnah / Ein Mann – eine Stimme?

MONIKA GERMANI, **Kapstadt**

Um sein Reformprogramm „volksnaher" zu gestalten und somit in erster Linie die schwarze Bevölkerung zu erreichen, hat Südafrikas Präsident Pieter Willem Botha einen bisher für ihn ungewöhnlichen Schritt getan: Sowohl in den beiden schwarzen Fernsehprogrammen als auch in einer Anzeige in sämtlichen Sonntagszeitungen des Landes erläuterte er jetzt seine Pläne. Mit der Durchführung wurde eine der führenden Werbe-Agenturen des Landes beauftragt.

Eine der wichtigsten Aussagen in der doppelseitigen Anzeige war der Satz: „Meine Regierung und ich haben uns zur Machtteilung verpflichtet." Darin enthalten seien Chancengleichheit für alle und Gleichheit vor dem Gesetz. Botha weist auf die Abschaffung der beiden Gesetze gegen die eheliche und sexuelle Verbindung zwischen Weißen und Andersfarbigen hin, die bereits vor einem Jahr vom Parlament aufgehoben worden waren. In seine Ankündigung von der Bildung eines gemeinsamen Verfassungsrates schließt Botha „alle Südafrikaner" in der Ausübung ihrer politischen Rechte ein. Er nennt es „den ersten Schritt auf dem Weg zur Einführung der politischen Machtteilung".

Am meisten beachtet wurde jedoch seine Ankündigung, daß das bei den Schwarzen verhaßte System der Paßgesetze mit Wirkung vom 1. Juli end*gültig abgeschafft* werde. *Einheit*liche Dokumente sollen künftig für alle Bewohner, die sich innerhalb des Gebietes der Republik von Südafrika aufhalten, ausgegeben werden. Nicht jedoch in den sogenannten Home*lands. Gleichzeitig kündigte Botha* die Abschaffung der „bestehenden Zuzugskontrolle an.

SEITE 2:
Botha und die Pässe

In diesem Zusammenhang äußerte sich die Sprecherin für Rechtsangelegenheiten der offiziellen Opposition, die progressive Abgeordnete Helen Suzmann, der WELT gegenüber skeptisch über einen Ersatz der Zuzugskontrolle, die die Regierung beabsichtigt. „Sollte es weiterhin bedeuten, daß die schwarzen Bürger in ihrer Bewegungsfreiheit eingeengt werden, wenn sie in die Städte ziehen wollen, dann glaube ich, daß sie sehr enttäuscht sein werden."

Demgegenüber erklärte der Abgeordnete van der Merwe der Presse, daß dieser Reformprozeß das Ergebnis einer längeren Entwicklung sei. Erst als die Erwartungen, die früher in der Politik der getrennten Entwicklung der einzelnen Homelands bestanden hätten, fehlgeschlagen sei, habe man in Südafrika erkannt, daß die Präsenz der schwarzen Bevölkerung in den Städten eine Realität nicht nur vorübergehender Natur sei. Letztlich sei ein Wahlsystem nach dem Modus „ein Mann – eine Stimme" unausweichlich.

Bonn will Ärztin freitauschen

W. K. **Bonn**

Bonn hat bei Verhandlungen mit der „DDR" über einen Gefangenenaustausch die Ostberliner Ärztin Christa-Karin Schumann an die erste Stelle gesetzt. *Als Gegenleistung* wurde die Entlassung des zu zwölf Jahren Haft verurteilten früheren Agenten im Bundesverteidigungsministerium, Lothar-Erwin Lutze, angeboten. Trotz sechseinhalbjähriger Haft lehnte *die „DDR" bisher diesen Tausch* ab. Bei Frau Schumann handelt es sich um die frühere Lebensgefährtin des „DDR"-Konteradmirals Winfried Baumann. Die zu 15 Jahren Haft verurteilte Ärztin soll offenbar als *Tauschobjekt gegen die 1985 in Bonn* verhaftete Sekretärin im Bundespräsidialamt, Margarete Höke, dienen.

Seite 8: Kreml erhofft positives Echo

ÖTV-Warnstreiks in 30 Städten

DW. **Hamburg**

Mit bundesweiten Warnstreiks hat die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) gestern für ihre Forderungen *in der laufenden Lohnrunde demon*striert. Nach Angaben der ÖTV legten in mehr als 30 Städten Tausende von Beschäftigten bis zu zwei Stunden die Arbeit nieder. Die Aktionen erstreckten sich auf Verkehrsbetriebe, *Straßenmeistereien und Müllabfuhr.*

Durch die Warnstreiks kam es in mehreren Städten zu erheblichen Verzögerungen im Nahverkehr. Schwerpunkte waren Heidelberg, Ludwigshafen und Regensburg. Bei den Tarifverhandlungen für die rund 2,7 Millionen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes fordert die ÖTV Lohnerhöhungen von sechs Prozent.

Terroranschläge deutlich angestiegen

Staatssekretär Spranger: „Die RAF konnte ihr Anhängerpotential mobilisieren"

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Mit der Feststellung „Zur Terrorismusbekämpfung werden alle Ressourcen beim Bund umfassender und planvoller eingesetzt" hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren, Carl-Dieter Spranger (CSU), eine Bilanz der Brand- und Sprengstoffanschläge 1985 vorgelegt. Danach ist ihre Zahl im Vergleich zu 1984 um 32 Prozent auf 331 angestiegen. In der Bilanz des Bundeskriminalamts (BKA) wurden im vergangenen Jahr außer 256 Brandanschlägen 75 Sprengstoffattentate registriert, deren Zahl damit um 47 Prozent zunahm.

Bei der regionalen Aufteilung ergeben sich Schwerpunkte in sechs Bundesländern. Spranger zählte dabei Hamburg mit 59 Anschlägen, Niedersachsen mit 56, Nordrhein-Wstfalen *mit 56*, Hessen *mit* 47, Baden-Württemberg mit 41 und Berlin (West) mit 37 auf. In Bayern ist die Zahl im Vergleich zu 1984 von 17 auf zehn zurückgegangen.

Ziele der Anschläge sind nach der vorläufigen Bilanz für 1985 Baufirmen, vor allem im Bereich Kerntechnik und Stadtsanierung, „Sicherheitsbehörden als Symbole des sogenannten Repressionsapparates", Kaufhäuser, Geldinstitute als Symbole des „kapitalistischen Apparates", Bundeswehreinrichtungen und im Zuge des sogenannten „Kampfes gegen den Imperialismus" Einrichtungen der Stationierungsstreitkräfte.

Soweit die Anschläge bestimmten Gruppen überhaupt zugeordnet werden konnten, steht die RAF an der Spitze mit 18 Sprengstoff- und 13 Brandanschlägen, gefolgt von den Gruppen „Revolutionäre Zellen/Rote Zora" mit wahrscheinlich 21 Anschlägen. Der rechtsextremistische Be*reich schlägt mit vier solcher Vorfälle* zu Buche, ausländische Gruppierungen mit zwei Anschlägen.

Als Grund für den Anstieg der terroristischen Aktivitäten sieht Spranger die Tatsache, daß es dem Kernbereich der „RAF" gelungen sei, das Anhängerpotential zu mobilisieren. Außerdem habe das „prinzipiell gewaltbereite weitere Umfeld" seine in der Vergangenheit beobachtete Zurückhaltung aufgegeben. Wie schon 1985 könnten, meint der Parlamentarische Staatssekretär, kurzfristig akut werdende *Bezugsthemen eine* Zunahme der Anschläge zur Folge haben. 1985 hatten Terroristen aus Anlaß des Hungerstreiks inhaftierter Gesinnungsgenossen und im Septem*ber/Oktober* aus Anlaß des Jahrestages des Todes von Günter Saré, der in Frankfurt von einem Polizeifahrzeug überrollt worden war, 47 beziehungsweise 101 Anschläge verübt. Beim BKA wurde eine Kommission gebildet, die den Einsatz der vorhandenen Mittel verbessern soll.

Ovationen in Moskau für ein Anti-Stalin-Lied

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

*Zu einer für sowjetische Verhält*nisse beispiellosen Kundgebung gegen Stalin und den Stalinismus ist es nach jugoslawischen Berichten vor einigen Tagen im Taganka-Theater von Moskau gekommen. Auf einer Gedenkfeier für den mit 42 Jahren verstorbenen Dichter und Schauspieler Wladimir Wysozkij rezitierte der bekannte non-konformistische sowjetische Schriftsteller und Liedersänger Bulat Okudschawa auf der Bühne des bekannten Moskauer Theaters Verse des Verstorbenen, die bisher nur im „Samisdat" – also aus dem Untergrund – auf Tonbändern kursierten, aber noch nie in der offiziellen Öffentlichkeit zu hören oder zu lesen waren.

Zur Gitarre trug Okudschawa vor dem überfüllten Theater ein „Lied über den Generalissimus" vor – über Josef Stalin. Dieser, so sang Okudschawa, liege zwar tief unter der Erde am Roten Platz, aber es gebe immer noch Menschen, die ihn ausgraben und ihn verehren wollen. Andere wiederum seien der Meinung, alles, was Stalin getan habe, sei schlecht und falsch gewesen – und daher sei es am besten, ihn rasch zu vergessen. „Ich aber weiß", so trug der sowjetische Liedermacher vor, „daß deine Hände, Generalissimus, blutbefleckt sind und daß zu deiner Zeit das Blut in Strömen floß. Und daher gibt es für dich keine Amnestie. Ich werde dir niemals verzeihen."

Dieses Lied wurde vom Publikum mit Ovationen begrüßt. Die Zuhörer verstummten erst wieder, als der Schriftsteller Okudschawa sein „Lied über meinen Vater" vortrug. Okudschawas Vater war in den dreißiger Jahren ein Opfer der sogenannten „großen Säuberungen" Stalins. Sein Vater, so Okudschawa ferner, sei „ohne jeden Grund" dem Terror Stalins zum Opfer gefallen – „lediglich um einer Tababakpfeife willen" (Stalin war Pfeifenraucher). Er, Okudschawa, wisse auch, wer seinen Vater ermordet habe. Auch heute noch sei der Mörder seines Vaters am Leben – und er, Bulat Okudschawa, begegne ihm hin und wieder auf der Straße.

Der Andrang zu diesem Moskauer Gedenkabend war so groß, daß die Miliz rund um das Theater einen Kordon errichten mußte.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Durchaus ein Abweg

Von Enno v. Loewenstern

Frau Rita Süssmuth, die CDU-Ministerin für Familie, hat bei der Lehrergewerkschaft GEW stürmischen Beifall erhalten. Dies Mirakel kam zustande, indem Frau Süssmuth auf dem GEW-Kongreß in Hannover Trost für ein Hobbythema dieser dem neuen Menschen und der anderen Republik verpflichteten Organisation fand: Die Gesamtschule sei „durchaus ein Weg", das Problem der Hauptschule als Restschule zu lösen.

Die Einschränkung, die sie nachschob, mußte den Jubel verstärken: der gute Zweck sei nur zu erreichen, wenn man „wirkliche Investitionen" in die Gesamtschule vornehme.

Noch mehr Investitionen? Die Ministerin, die aus der Pädagogik kommt, müßte wissen, daß die Gesamtschulen erst einmal damit schmackhaft gemacht wurden, daß man unverhältnismäßig viel mehr in sie investierte als in die herkömmlichen Schulen. Und daß nach all dem Aufwand ein paar dieser Gesamtschulen etwa dem Standard der herkömmlichen Schulen entsprechen; die meisten aber liegen weit darunter.

Das ist kein Zufall, sondern entspricht den pädagogischen Vorgaben. Natürlich kann man sagen, und zuletzt hat es die CDU Niedersachsen gesagt, daß es nicht auf die Schulform ankomme, sondern auf den Inhalt. Faktisch kommt es auf die Vorgabe und die dafür eingestellten Lehrer an. Und was die Hauptschule betrifft: der Weg zu ihrer Verbesserung besteht darin, daß man sie verbessert, nicht darin, daß man sie in ein gescheitertes Modell umgliedert.

Frau Süssmuth hat sich bisher öffentlich dadurch ausgewiesen, daß sie auf etlichen Kernbereichen, auf denen die Mehrheit eine geistige Wende wünscht – von der Familie bis nunmehr zur Bildung – die Wende um 360 Grad proklamiert. In Niedersachsen hat die CDU das SPD-eingeführte Schulsystem soeben unter Druck einer erbitterten Elternschaft im Vorfeld der Landtagswahl geändert; diese Kreise werden Frau Süssmuths verbale Investition besonders zu würdigen wissen.

Es gibt die Meinung in der Union, daß man die eigenen Wähler ohnehin im Sack habe; wen sollen die denn sonst wählen? Wenn man also Wähler dazugewinnen wolle, dann nur durch Anpassung nach links, an die gerade herrschende Meinungsmache bzw. die gerade vollendeten Tatsachen. Daß enttäuschte Wähler trotzdem eine Option haben – und sie auch schon etliche Male, etwa bei der letzten Wahl in Nordrhein-Westfalen, kräftig exerziert haben: nämlich die, überhaupt nicht zu wählen, das merkt die Union immer erst nachher.

Botha und die Pässe

Von Monika Germani

Präsident Botha geht mit seiner Reformpolitik an die Öffentlichkeit. In Anzeigen und Werbespots in den Fernsehprogrammen für Schwarze wirbt er um die Unterstüzuung der reformbereiten Schwarzen. Er kündigt mit Wirkung vom 1. Juli die Abschaffung der Paßgesetze an, die bisher jeden Schwarzen dazu verpflichten, einen Paß bei sich zu tragen, um nachzuweisen, daß er sich legal in dem betreffenden Gebiet aufhält und daß er eine Beschäftigung nachweisen kann. Die heute gültigen Dokumente sollen auslaufen. Die technischen Schwierigkeiten könnten sich „über zwanzig Jahre" hinziehen, wie heute in der „Cape Times" zu lesen war.

Damit ist jedoch keine vollständige Aufenthaltsfreiheit beabsichtigt, sondern ein neues System der Zuzugskontrolle wird ausgearbeitet, von dem bisher niemand weiß, wie es eingerichtet werden soll. So kommt Botha den Forderungen seines liberalen Flügels nach und nähert sich den Forderungen der Opposition, die eine schrankenlose Bewegungsfreiheit für alle Schwarzen innerhalb des Landes fordert.

Hier liegt nach Meinung vieler Beobachter ein Risiko nicht unmittelbar politischer als vielmehr sozialer Art: Landflucht und Verslummung der Städte. Noch ist nicht abzusehen, wie in Südafrika einer Entwicklung vorgebeugt werden soll, wie Europa sie während der Industrialisierung vor ein bis anderthalb Jahrhunderten durchmachte und wie Lateinamerika sie derzeit durchmacht. Man kann sie auch in den Großstädten des Schwarzen Kontinents beobachten, und nicht nur in Lagos oder Nairobi. Präsident Machel von Moçambique griff vor mehr als einem Jahr zu drakonischen Maßnahmen: Aus den Slums von Maputo ließ er jeden, der keine Arbeit nachweisen konnte, auf das Land zurückbringen und im Busch aussetzen.

Bothas Problem ist, wie er Rassendiskriminierung aufhebt, ohne dadurch gleichzeitig eine soziale Katastrophe einzuleiten, die auch und gerade die Schwarzen treffen würde.

Moskaus Danaidenfaß

Von Werner Thomas

Die kubanischen Kommunisten veranstalten diese Woche ihren dritten Parteikongreß. Obwohl die Propagandamaschinerie eine erwartungsvolle Stimmung zu verbreiten versucht, sollte das Ereignis undramatisch verlaufen. Zur Zeit steht wieder die Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt der Diskussionen. Nach siebenundzwanzig Revolutionsjahren ist Kuba ein militärischer Riese mit einer der bestausgerüsteten Streitkräfte Lateinamerikas und internationalem Engagement (Angola, Äthiopien, Nicaragua), aber ein wirtschaftlicher Zwerg.

Trotz ergeiziger Industrialisierungs-Pläne blieb das erste marxistische Land der westlichen Hemisphäre eine problemreiche Agrargesellschaft. Die Versorgungsengpässe sind weit schlimmer als in Osteuropa. Keine andere Nation dieses Kontinents benötigt ähnliche Subventionen: Die sowjetische Wirtschaftshilfe erreicht mittlerweile vier Milliarden Dollar pro Jahr. Als Kuba eine noch großzügigere Unterstützung forderte, zeigte Moskau kein Verständnis, im Gegenteil. Der Kreml setzte den karibischen Verbündeten unter Leistungsdruck.

Fidel Castro reagierte zunächst düpiert, das bilaterale Verhältnis war Spannungen unterworfen. Diplomatische Beobachter in Havanna meinen, daß Castro deswegen nicht zur Beisetzung Tschernenkos kam. Er schickte damals seinen Bruder Raul, den Verteidigungsminister. In der Zwischenzeit ist das Verhältnis „besser denn je" geworden, wie ein kubanischer Regierungsbeamter dieser Tage beteuerte.

1985 war ein Jahr der Säuberungen in der Wirtschaftsführung. Castro redet mittlerweile wie Gorbatschow. Im Dezember verurteilte er den Mangel an Arbeitsdisziplin und drohte mit der Bestrafung ineffizienter Werktätiger. Die offizielle Wachstumsrate war allerdings nicht sonderlich eindrucksvoll: 4,8 Prozent. 1984 hatte die Regierung 7,4 Prozent gemeldet. Bis vor wenigen Monaten wurde darüber gerätselt, ob der Parteitag personelle Veränderungen bringen werde. Fidel Castro wirkte gelegentlich amtsmüde. Im „Playboy" nannte er bereits Bruder Raul als Nachfolgekandidaten. Diese Spekulationen sind beendet. Fidel wird sich sicher in allen Ämtern bestätigen lassen. Auch dies Spannungsmoment entfällt.

Konjunktur KLAUS BÖHLE

Verramschte Geschichte

Von Dankwart Guratzsch

Als das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz bei seiner Jahrestagung in Frankfurt dramatisch von einem „unaufhaltsam fortschreitenden Zerstörungsprozeß" unserer Bodendenkmäler sprach, da rieben sich viele ungläubig die Augen. Es waren fast unverschämt klingende Forderungen, die die Denkmalpfleger mit ihrer Warnung verbanden, vor allem wenn sie die Schaffung regelrechter „archäologischer Reservate" verlangten und dafür zum „öffentlich geförderten Ankauf von Flächen" aufriefen. Wurde hier nicht maßlos übertrieben?

Das Nationalkomitee ist nun selbst in der jüngsten Ausgabe seiner Denkmalschutz-Informationen solchen Zweifeln entgegengetreten und dokumentiert mit einer Fülle von Beispielen die akute Bedrohung des archäologischen Erbes. Danach sind die bislang verhältnismäßig gut geschützten Bodendenkmäler vor allem durch veränderte zivilisatorische Nutzung des Bodens gefährdet, also durch intensivere Nutzungen der Land- und Forstwirtschaft (etwa das sogenannte Tiefpflügen), durch mehr Landverbrauch, Straßen- und Leitungsbau, U-Bahn- und Kellerausschachtungen sowie durch großflächige, tiefe Rohstoffausbeutung wie im Braunkohlentagebau.

„Mit jedem Einsatz von Maschinen bei Erdbewegungen aller Art", so schreibt Klemens Wilhelmi vom Niedersächsischen Institut für Denkmalpflege, „schwindet der Denkmalbestand in erschreckendem Maße." In einem durchaus ländlich strukturierten Landkreis zum Beispiel seien täglich bis zu zweihundert Baumaschinen im Einsatz. Der Baggerführer merke – wenn überhaupt – oft erst beim Verladen des Materials oder im Abraum, was seine Maschine zerstört hat. Dann aber seien sinnvolle Untersuchungen kaum noch möglich.

Wilhelmi schätzt, daß in der Bundesrepublik überhaupt nur noch fünf bis zwanzig Prozent der schließlich zerstörten Funde erfaßt und damit der Forschung zugänglich gemacht werden. Weit mehr als achtzig Prozent der im Boden verborgenen Urkunden würden zerstört oder verschleppt. In den industrialisierten Landesteilen nähere sich die Verlustziffer der Hundert-Prozent-Grenze.

Schätzungen solcher Art hält auch das Nationalkomitee für durchaus glaubhaft. Wie ernst es die Lage einschätzt, ergibt sich schon daraus, daß es die Archäologen geradezu auffordert, auf solche Grabungen zu verzichten, die „nicht durch akute Gefährdung des Denkmalbestandes veranlaßt werden". Mit anderen Worten: Die Archäologen sollen nur noch das ergraben, dokumentieren und restaurieren, was ihnen die Bagger (zufällig) bescheren! In einigen Bundesländern ist dieses Vorgehen längst gängige Praxis. So wurde allein das niedersächsische Institut für Denkmalpflege in den vergangenen sechs Jahren durch vierhundert Rettungsgrabungen in Atem gehalten.

Eine systematische Landesaufnahme, die allein Aufschluß über Siedlungsdichte und Siedlungsverteilung in früheren Jahrhunderten bringen könnte, ist auf diese Weise natürlich nicht mehr möglich. Damit werden der Geschichtsforschung jedoch ganz wesentliche Zeugnisse vorenthalten. Die Archäologie hat sich nämlich in der Vergangenheit vorwiegend den Steingräbern und Grabhügeln zugewandt. Die menschlichen Ansiedlungen wurden als Forschungsgegenstand erst in den letzten Jahren überhaupt entdeckt, und mit ihnen Befestigungsanlagen, wirtschaftliche Produktionsstätten, Ackerfluren und Wege. Hier liegt die kulturpolitische Kernfrage. Gerade der Begriff der Siedlung ist nämlich von hohem geschichtlichen Interesse, und zwar ganz besonders für die noch weithin im dunkeln liegende Herkunft, Siedlungsweise und Wanderbewegung der deutschen und germanischen Stämme in der Früh- und Vorzeit der deutschen Geschichte. Wenn diese noch kaum erschlossenen Urkunden heute großflächig vernichtet werden, so vollzieht sich vor unseren Augen ein Werk kultureller Barbarei.

Wenn Archäologen dem Bagger nachlaufen: Freilegung des Römerschiffs in Mainz FOTO: GAULS

Wie soll man diese Vorgänge mit dem neugeweckten Geschichtsbewußtsein in Einklang bringen, mit so ehrgeizigen Vorhaben, wie sie in Bonn und Berlin mit der Errichtung von Museen zur deutschen Geschichte verfolgt werden? Die Antwort besteht aus zwei Wörtern: gar nicht. Hier wird sinnfällig vor Augen geführt, wie weit das öffentliche Bewußtsein die kulturellen Tagesaufgaben vernachlässigt.

Im Jahre 1815 schrieb der große Baumeister Karl Friedrich Schinkel den Deutschen ins Stammbuch, eine Denkmalpflege nach Art der Franzosen, die „alles einigermaßen Wichtige von seiner Stätte fort in das große Museum der ... Hauptstadt schleppen", sollte es hier nicht geben. „Jedem Bezirk müßte das Eigenthum dieser Art als ein ewiges Heiligthum verbleiben." Aber auch hundertsiebzig Jahre später ist die Vorstellung von Prosperität noch immer von einer öffentlichen Raubbaugesinnung geprägt, die keine Achtung vor den Werten und unantastbaren „Heiligthümern" von Kultur, Landschaft und Geschichte bezeugt.

Muß nicht ein Rettungsprogramm für die lebendigen Urkunden der deutschen Geschichte aufgelegt werden? Ist nicht der Bundespräsident gefordert, in letzter, fast schon aussichtsloser Minute an die Spitze eines solchen Rettungswerkes zu treten? Müssen nicht alle Verantwortlichen in dem Bemühen zusammenstehen, den deutschen Stämmen die Zeugnisse ihrer Identität aus dem großen Müllhaufen der Verramschung zu retten?

Eine tabula rasa im Gedächtnis der Nation ist ein Fluch, der ein Volk seiner Wurzeln und der Möglichkeit der Selbstfindung beraubt.

IM GESPRÄCH Walter Zöller

Kiesls Erblast

Von Peter Schmalz

Fast zwei Jahre trug die Münchner CSU schwer an dem doppelten Verlust, als sie bei der Kommunalwahl das Amt des Oberbürgermeisters und die absolute Mehrheit im Stadtrat zugleich verlor. Wobei der Vergangenheitsbewältigung wenig dienlich war, daß der als Rathaus-Chef abgewählte und seither mit seinem Schicksal hadernde Erich Kiesl die Fraktion zu führen versuchte.

Inzwischen entschloß sich Kiesl, seinen – wie er zum Unmut der Parteifreunde formulierte – „Ausflug in die Kommunalpolitik" zu beenden und in den Landtag zurückzukehren, so der Wähler will. Vorab aber gab er den Fraktionsvorsitz und damit die Chance für eine neue CSU-Zukunft am Münchner Marienplatz frei.

Der „Neue", mit knappster Mehrheit von 18 zu 17 Stimmen gewählt, heißt Walter Zöller, ist 45 Jahre alt, verheiratet, Vater zweier Kinder und Notar mit einem Büro nur zwei Gehminuten vom Rathaus entfernt.

Äußerlich wirkt er kaum wie der forsche Held, der die Sozialdemokraten samt ihrem Oberbürgermeister das Fürchten lehren könnte. Wohl liebt er schnelle weiße Autos (derzeit Porsche Targa); auf eigenen Beinen jedoch bewegt er sich eher behäbig,und auch seine Stimme ist auf Kammerton getrimmt.

Oberbürgermeister Georg Kronawitter weiß aber sehr wohl, wie sehr der äußerlich ruhige Schein Zöllers trügt, weshalb er dem CSU-Mann – vergeblich – eine Verquickung seiner Tätigkeit als Stadtrat und Notar anhängen wollte. Was den Vorwurf auslöste, er wolle die Wahl Zöllers zum ersten Mann der Rathaus-CSU vereiteln, weil ihm dessen auf Harmonie bedachter Gegenkandidat Franz-Josef Delonge eher schmecke.

Zöllers erste Ankündigungen lassen in der Tat für den Oberbürgermeister befürchten, in den kommenden Jahren beim Schaukelspiel der wechselnden Mehrheiten im Rathaus, wo CSU und SPD mit je 35 Stimmen im



Will nicht der Pannenhelfer der Münchner SPD sein: Zöller FOTO: DPA

Patt liegen, größere Probleme zu bekommen. Er biete seine Kooperationsbereitschaft an, erklärte Zöller, aber die CSU werde nicht mehr der Pannenhelfer der Genossen sein.

Bisher konnten OB und SPD ein für sie famoses Doppelspiel mit den Schwarzen und den Grünen treiben: Der Haushalt und das Mehrinvestitionsprogramm, denen die Grünen ihre Zustimmung versagten, wurden mit Hilfe der CSU verabschiedet, in den vielfältigen Einzelabstimmungen aber funktioniert ein rot-grüner Pakt, der den Kurs der Stadtpolitik allmählich und für den einzelnen Bürger kaum merklich in eine neue Strömung bringt.

Diesem Trend sah die CSU bisher meist hilflos zu. Ihm entgegenzuwirken und dennoch eine erbitterte Konfrontation im größten deutschen Kommunalparlament zu vermeiden wird Zöllers schwerste Arbeit sein. Ob er dann sogar einmal Oberbürgermeister werden könnte, hängt allerdings von der Fähigkeit des Amtsinhabers ab, Popularitätsverluste zu begrenzen. Derzeit jedenfalls wäre jeder CSU-Kandidat chancenlos.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Rundschau

Sie schreibt über Ost-Berlins Weigerung, auch den Zustrom von Asylanten nach West-Berlin zu bremsen:

Sind Asylbewerber vom DDR-Flughafen Schönefeld erst einmal in West-Berlin angelangt, dann befinden sie sich im Geltungsbereich des Grundgesetzes und damit auch unter dem Schutz des Artikels 16 der Verfassung. Die DDR-Regierung wäre wohl nur bereit, über weitere Schritte mit sich reden zu lassen, wenn der Berliner Senat mit einem förmlichen Ersuchen vorstellig würde. Dies freilich würde bedeuten, daß die Teilstadt West-Berlin als eigenständiges Völkerrechtssubjekt „der anderen Seite" gegenübertreten müßte.

Münchner Merkur

Er meint zu Warnstreiks:

„Der Unmut wächst", propagiert die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr. Der Unmut wächst tatsächlich. Aber weniger in der ÖTV-Chefetage, sondern vielmehr in breiten Bevölkerungsschichten.

Offenburger Tageblatt

Sie kommentiert Sindermanns Reise:

Wer Horst Sindermann wie und wo empfängt, ist nicht nur eine Frage der persönlichen Courtoisie. sondern zugleich eine Entscheidung über die Bewertung der von ihm vertretenen Institution ... Daran hat sich nichts geändert, seit Bundestagsprädident Jenningers Vorgänger Hermann Ehlers, der erste unter den „zweiten Männern" der jungen Bundesrepublik, am 9. September 1952 erst- und einmalig und gegen den Willen Konrad Adenauers eine Volkskammer-Delegation empfing. Aber wie soll man denn ganz unverkrampft einem deutschen Politiker gegenübertreten, der wie Erich Honecker aller Welt verkündete, daß es geradezu „ein Glück für die Menschheit ist, daß es zwei deutsche Staaten gibt"?

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Das Essener Blatt glaubt, daß Rau in Washington viele Fragen gestellt werden:

Die Kernfragen an Johannes Rau liegen auf der Hand: Wie steht die SPD zu Amerika? Wie hält sie es mit der Atlantischen Allianz? Was heißt „Entspannung"? Dem offiziellen Amerika fällt es schwer zu begreifen, daß mittlerweile zwei deutsche Generationen nicht mehr jenes Gemeinschaftsgefühl mit und zu den USA haben, das die „Veteranen" der deutsch-amerikanischen Beziehungen hatten.

WESTFALEN-BLATT

Zum Aufruf der GEW heißt es in der Bielefelder Zeitung:

Der Vorsitzende der kommunistisch unterwanderten Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Dieter Wunder, hat an die Lehrer appelliert, ihre Schüler in „angemessener Weise" an der Auseinandersetzung des Paragraphen 116 „teilhaben zu lassen". Damit gibt die GEW erneut zu erkennen, daß sie das Klassenzimmer als Feld der Agitation betrachtet. Die Art und Weise, wie sich angeblich besorgte Lehrer des Themas Nachrüstung innerhalb und außerhalb des Schulunterrichts angenommen hatten, ist noch in frischer Erinnerung.

Die Wirtshausschlägerei, auf das Steuerrecht übertragen

Ein forscher Richter und ein sonderbares Reemtsma-Verfahren in Hamburg / Von Uwe Bahnsen

Den bislang größten Parteispenden-Prozeß der Hamburger Justiz – gegen drei Manager des Zigarettenkonzerns Reemtsma – hat der Richter Axel Bartels, Vorsitzender der Großen Strafkammer 22, vor knapp zwei Wochen mit der Feststellung eröffnet, nach den Formulierungen der Anklage klinge zwar alles „sehr kompliziert", doch gehe es um einen Vorwurf, der „im Kernbereich ganz einfach" sei – „einfacher als eine komplizierte Wirtshausschlägerei". Darüber hinaus gelobte dieser Richter, daß die Strafkammer sich „der vierten Gewalt nicht beugen" werde. Gemeint war damit die Presse.

Mit einem derartigen Ansinnen hatte allerdings niemand die drei Berufs- und die beiden Laienrichter konfrontiert; um so mehr Besorgnis erweckt diese betonte Forschheit. Nach bislang vier Verhandlungstagen kann man beurteilen, wie schlüssig in sich das Verfahren gegen den früheren Vorstandsvorsitzenden Horst Wiethüchter, seinen Vorstandskollegen Professor Ernst Zander und den Leiter des Vorstandsbüros, Klaus Teubner, ist – und wie fair es verläuft. Der „im Kernbereich ganz einfache" Vorwurf, die drei Beschuldigten hätten rund 2,5 Millionen Mark Körperschafts- und 242 000 Mark Gewerbesteuern verkürzt, hat mittlerweile zu rund dreißig prall gefüllten Ermittlungsakten geführt; die Zeugenliste ist lang. Das ist nicht das einzige Paradoxon dieses Prozesses.

Die Staatsanwaltschaft wirft den drei Beschuldigten vor, sie hätten „zu Hamburg von 1965 bis 1981 fortgesetzt und gemeinschaftlich handelnd" und dadurch „tateinheitlich" falsche Steuererklärungen abgegeben. Wie das drei Angeklagten gelungen sein soll, von denen einer, der Professor Zander, erst Anfang 1975 in das Unternehmen Reemtsma eingetreten ist, und ein weiterer, der Ex-Vorstandschef Wiethüchter, erst seit Oktober 1975 über Spenden zu entscheiden hatte – für dieses Rätsel hat die Staatsanwaltschaft bislang keine plausible Lösung angeboten. Die Verteidigung hat sich daraufhin mit der Bitte an die Strafkammer gewandt, doch zu erläutern, wie das Wunder gemeinsamer Täterschaft durch Nichtteilnahme zustandekommt. Die Strafkammer hat sich bislang nicht dazu verstanden. Was um so bedauerlicher ist, als bei der durchschnittlichen Wirtshausrauferei jedenfalls nur der verurteilt wird, der mitgemacht hat.

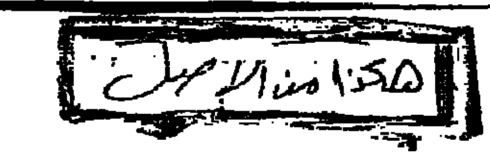
Dafür hat die offenkundige Dürftigkeit der Anklageschrift das Gericht zu eigenen, intensiven Ermittlungen in dieser „im Kernbereich ganz einfachen" Sache veranlaßt. Weshalb die Kammer der Anklagebehörde das Produkt ihrer Bemühungen nicht schlankweg zurückgegeben hat mit der Aufforderung, zunächst ihrer Pflicht zur hinreichenden Sachaufklärung nachzukommen, ist durchaus geeignet, mancherlei Spekulationen zu nähren. Richter können wohl mal in Einzelfragen nachfassen, aber sie sollten nicht in die Rolle von Staatsanwälten schlüpfen; das jedenfalls sollte insbesondere ein Richter wissen, der öffentlich über die Gewaltenteilung philosophiert.

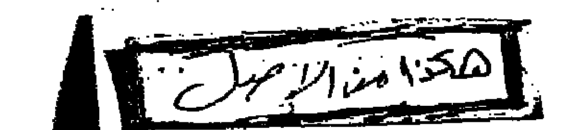
Schließlich aber wirft auch dieser Fall wie andere Prozesse um Parteispenden erneut ein Grundsatzproblem auf. Bislang hat die Finanzverwaltung, die alle Fakten kennt, die ergangenen Steuerbescheide weder geändert noch gar aufgehoben; Steuern haben die zuständigen Finanzämter von dem betroffenen Unternehmen demzufolge auch nicht nachgefordert.

Die steuerrechtliche Seite des Falles – und der ähnlichen Fälle – ist jedenfalls sehr viel komplizierter als die strafrechtliche Seite einer Wirtshausrauferei; aus Rechtsprechung und Literatur lassen sich gravierende Einwände gegen die Anklage anführen. Die Frage, ob tatsächlich Steuern verkürzt wurden, ist mit voller Sachkompetenz nur finanzgerichtlich zu entscheiden. Gleichwohl mißt sich die von Richter Bartels alles andere als wortkarg geleitete Strafkammer diese Sachkompetenz ebenfalls zu und begründet das im wesentlichen mit dem Umstand, daß sie regelmäßig über Wirtschaftsdelikte zu entscheiden habe.

Professor Franz Klein, der Präsident des Bundesfinanzhofes, hat in dieser Zeitung vor dem prinzipiellen Risiko derartiger Strafverfahren gewarnt, „daß es zu einer Verurteilung kommt, ohne daß eine Steuerverkürzung tatsächlich vorliegt". Also das, was in Kreisen der Finanzjustiz als „Mord ohne Leiche" bezeichnet wird. Über diese Mahnung aus berufenem Munde hat sich das Gericht hinweggesetzt, als es die in der Abgabenordnung vorgesehene Möglichkeit zurückwies, das Strafverfahren bis zur Klärung der steuerlichen Fragen auszusetzen. Der Vorsitzende ist ein Richter mit langer Erfahrung. Ihm muß klar sein, was dieser Prozeß für die Betroffenen bedeutet – menschlich wie beruflich.

Niemand verlangt ein Sonderrecht für Angeklagte, weil sie Manager sind. Vielmehr sollten sie dasselbe Recht genießen wie Wirtshausbesucher, die erst dann angeklagt werden, wenn ein Corpus delicti leibhaft gegeben und ein Tatverdacht gegen sie persönlich begründbar ist.





Kalkutta: Tropfen der Liebe im Ozean des Elends

Papst Johannes Paul II. hat gestern in Kalkutta die Friedens-Nobelpreisträgerin Mutter Teresa besucht. Seit 1952 hat sie Ärmsten der Armen geholfen, menschenwürdig zu sterben. Als der Papst kam, war in ihrem Heim soeben der 22.000. Mensch unter ihrer Obhut gestorben.

Von F. MEICHSNER

In Kalighat, einem der ältesten und am meisten übervölkerten Stadtbezirke Kalkuttas, schleicht der Tod mit den streunenden Hunden, den heiligen Kühen und den im Abfall wühlenden Bettlern durch die Straßen. Kalighat ist die menschliche Schutthalde der Zehn-Millionen-Stadt am Hugli, die mit ihrem schreienden Gegensatz von verblichener Kolonialpracht und trostloser Armenhaus-Häßlichkeit, zwischen heruntergekommenem viktorianischen Luxus und Massenelend zu einem Alptraum von der Zukunft des Menschengeschlechtes werden kann.

Kalighat, als Kalikata einst eines der drei Dörfer, aus denen sich das nach ihm benannte Kalkutta entwikkelte, ist aber auch der Ort, an dem – vielleicht deutlicher als anderswo in unserer Zeit – ein Licht der Hoffnung im Dunkel aufleuchtet. In einer Hölle hat sich hier die Liebe eine Bastion errichtet – die von den Missionarinnen der Mutter Teresia praktizierte Nächstenliebe.

Beim Anflug über Westbengalen erfährt der Besucher Kalkuttas, daß der Flughafen der Stadt in Dum Dum liegt – dort, wo einst in einer britischen Munitionsfabrik die ersten Dum-Dum-Geschosse, menschenverstümmelnde, meist todbringende Gewehrpatronen mit abgesägter Spitze, produziert wurden.

Als Papst Johannes Paul II. gestern nachmittag von diesem Flugplatz aus seinen Einzug in Kalkutta hielt, führte ihn sein erster Weg zum „Nirmal Hriday" in Kalighat. In dieser ehemaligen Pilgerherberge, eines dem Kult der Göttin Kali geweihten Hindu-Tempels, sprach der Papst ein Gebet für die Leidenden und Sterbenden. Denn hier, an diesem „Ort des reinen Herzens", hat Mutter Teresa 1952 ihr erstes Sterbeheim eingerichtet.

Als wir wenige Stunden vor der Ankunft des Papstes einen der beiden Säle dieses Heims betreten, überwältigt uns beim Anblick der ausgemergelten, auf Pritschen liegenden Gestalten ein Chaos der Gefühle: Entsetzen, Scham, Empörung, Mitleid.

Dann geschieht etwas Seltsames, völlig Unerwartetes: Mit den vor der Brust zusammengelegten Handflächen, dem indischen Gruß, kommt eine kleine Greisin im blau bebordeten, grob gewebten Nonnengewand. Ihre lebhaften Augen strahlen durch die Brillengläser Güte, Barmherzigkeit und – wie uns scheint – sogar Fröhlichkeit aus. Auf die Todkranken weisend, sagt Mutter Teresa ein Wort, das man an diesem Ort zu allerletzt erwartet: „Glücklich. Sie sind alle glücklich."

Sie sind glücklich, weil sie wenigstens in den letzten Stunden ihres Lebens noch Mitmenschen gefunden haben, von denen sie sich nicht ausgestoßen, sondern als Menschen behandelt fühlen. Inmitten eines Meeres von Hartherzigkeit und Schmutz wurden sie auf eine Insel der Liebe und der Sauberkeit gerettet.

Zwei von ihnen werden den heutigen Tag kaum mehr überleben, sagt die 75jährige Friedens-Nobelpreisträgerin des Jahres 1979, eine im jugoslawischen Skopje geborene, von albanischen Eltern abstammende ehemalige Klosterschul-Lehrerin. Insgesamt liegen in den beiden Sälen im Augenblick 130 von der Straße aufgelesene Menschen – die Schwerkranken auf den unteren Stufen, diejenigen, die aus der Agonie wiedererwacht sind, auf den oberen, die die Säle links und rechts durchziehen.

Als der Papst gestern eintraf, waren es vier Tote an diesem Tag; unter ihnen der 22 000., der seit 1952 bei Mutter Teresa starb. Johannes Paul II. ging durch die Reihen der Sterbenden, segnete sie, streichelte manchem der Siechen den Kopf und fütterte einen von ihnen.

Draußen vor dem Heim war der abgesperrte Platz – wohl zum ersten Mal, seitdem es dieses „Nirmal Hriday" gibt – mit Wasser gesprengt und gefegt, war eine kleine Tribüne errichtet und die Zufahrtstraße in letzter Minute noch asphaltiert worden. Aber gleich hinter der Absperrung strömten die in Lumpen gehüllten Skelettgestalten wie jeden Tag zum Kali-Tempel, wo der hinduistischen Göttin Fliegen als Blutopfer dargebracht werden.

Wie ihr die Idee zu ihrer Initiative tätiger Nächstenliebe kam, berichtete Mutter Teresa einmal dem englischen Fernsehjournalisten Malcolm Muggeridge: Eines Tages habe sie eine bereits von Ratten und Ameisen angenagte sterbende Frau von der Straße aufgelesen und ins Hospital gebracht. „Aber man konnte nichts für sie tun. Man nahm sie nur auf, weil ich mich weigerte fortzugehen, bis man sie aufgenommen hatte. Von dort ging ich zur Stadtverwaltung und bat sie, mir einen Platz zu geben, wohin ich solche Leute bringen konnte, denn am selben Tag hatte ich andere Sterbende auf der Straße gefunden. Der Gesundheitsbeamte nahm mich mit zum Kali-Tempel und zeigte mir den „Dormashalah", wo die Menschen zu ruhen pflegten, nachdem sie die Göttin Kali verehrt hatten. Es war ein leeres Gebäude; er fragte, ob ich es haben wollte."

Mutter Teresa und die Angehörigen der von ihr gegründeten Kongregation der „Missionarinnen der Nächstenliebe" sind mehr als christliche Sozialarbeiter. Sie haben gelobt, ihr ganzes Leben rückhaltlos in den Dienst der Ärmsten der Armen zu stellen. Sie wollen den Armen nicht nur Nahrung, Kleidung und Unterkunft geben, sondern auch das, was diese nach Überzeugung Mutter Teresas noch viel notwendiger brauchen: die Liebe, die ihnen klarmacht, daß sie nicht ausgestoßen, sondern erwünscht sind in der Welt.

So sammeln sie – längst nicht mehr nur in Kalkutta, auch anderswo in der Welt – die Sterbenden in den Straßen auf und bringen sie in ein „Nirmal Hriday". So suchen sie bei Hebammen und sogar in den Abfalltonnen nach verlassenen Babys und betreuen diese dann in einem ihrer „Shishu Bhavans", den Heimen für unerwünschte Kinder. Auch Lepra-Stationen haben sie eingerichtet.

Trotzdem sterben in Kalkutta weiterhin die Menschen auf den Straßen – auf dem gleichen Pflaster, auf dem sie gezeugt und geboren wurden und dann ihr erbärmliches Leben fristeten. Von den zehn Millionen Einwohnern der Stadt hat mehr als eine Million kein Zuhause. Mutter Teresa hat bisher – hat man nur die Mengen im Blick – doch so gut wie nichts an diesem Elend zu ändern vermocht.

„Wir spüren selbst, daß das, was wir tun, nur ein Tropfen im Ozean ist", sagte sie einmal. Ein andermal begegnete sie jedoch dem Einwand des „Tropfens im Ozean" mit der Feststellung: „Der ganze Ozean besteht aus Tropfen."



Am „Ort des reinen Herzens": Mutter Teresa und Johannes Paul II FOTO: AP

Hand aufs Herz: Wann haben Sie zum letzten Mal ein Gedicht gelesen?

Generationen von Schülern haben sie lernen müssen, die Gedichte von Goethe, Schiller und anderen Klassikern. Doch dann wurden sie fast gänzlich aus den Klassenzimmern verbannt. Gibt es jetzt eine Renaissance? Eine Umfrage gibt die Antwort.

Von WOLFGANG MINATY

Hätten Sie gewußt, wer der Verfasser des Liedes „Alle Vögel sind schon da" ist? Zugegeben, die Frage ist meteorologisch nicht ganz zeitgemäß. Demographisch gesehen aber um so mehr. Das Institut für Demoskopie Allensbach hat kürzlich seine Sendboten ausgeschickt, um mehr als 2000 Bundesbürger mit einem Fragenkatalog zu konfrontieren. Was auf den ersten Blick wie ein Beitrag zur Buchmarktforschung aussieht, entpuppte sich alsbald als Obduktion einer Leiche. Die Leiche ist der gegenwärtige geistige Grundbesitz der Deutschen in der Bundesrepublik. Vielleicht hat man sie etwas voreilig geöffnet. Vielleicht ist da noch etwas lebendig.

Also. Die Allensbacher Demoskopen wollten es nicht allzu schwer machen. Die Frage nach obigem Frühlingslied haben sie sich verkniffen. (Ist Ihnen inzwischen der Name eingefallen? Von demselben Dichter stammt auch „Ein Männlein steht im Walde ganz still und stumm".) Statt dessen lautete eine Frage, ob man wisse, wer das Gedicht „Erlkönig" geschrieben habe (der Anfangsvers, „Wer reitet so spät durch Nacht und Wind?", wurde mitgeliefert).

Das Ergebnis: 15 Prozent gaben eine falsche Antwort, 56 Prozent schüttelten mit dem Kopf. Macht 71 Prozent, die keine Ahnung hatten. Das ist niederschmetternd. Dem Rest der Bevölkerung, nämlich 29 Prozent, war gottlob der Verfassername geläufig: Goethe. Ob man diese Zahlenangabe mit einem „nur" charakterisiert oder mit einem „immerhin", das ist nicht nur eine Frage des Temperaments, sondern auch der Parteizugehörigkeit. Davon später.

Bei einem Gedicht von Hermann Hesse („Im Nebel") gab es ein überwältigendes, nämlich 93prozentiges Achselzucken. Aber es ist vielleicht auch ein bißchen unfair, nach Hermann Hesse zu fragen. Das erkenntnisleitende Interesse der Allensbacher Leute war zudem ein anderes als eine bloße Abfragerei. Sie wollten herausfinden, ob man in dieser Zeit wieder mehr dafür eintritt, Gedichte in der Schule auswendig lernen zu lassen. Denn es scheint ganz so, als regten sich allenthalben Wunsch und Bedürfnis, dem Gedicht im Kopf wie auf der Zunge wieder mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Doch zuvor stellten sie eine andere, eine treuherzige bis dreiste Frage: „Haben Sie im letzten Jahr mal ein Gedicht gelesen oder nicht?" Die Bekennerantworten hielten sich in etwa die Waage: 42 Prozent stimmten mit Ja, 46 Prozent mit Nein.

Bemerkenswert an dieser Befragung ist die geschlechts- und altersspezifische Differenzierung. Während 34 Prozent der Männer angaben, „mal ein Gedicht gelesen" zu haben, waren es bei den Frauen 49 Prozent. Aufschlußreich ist auch und besonders die Tatsache, daß die Gedichtlektüre mit zunehmendem Alter zurückgeht, um bei den älteren Mitbürgern (ab 60) wieder an Attraktivität zu gewinnen. Junge Leute (45 Prozent) *und ältere Menschen* (42 Prozent) haben offenbar, rein prozentual gesehen, ein gleichgerichtetes Interesse.

Die Übereinstimmung zwischen Jugend und Alter läßt natürlich aufhorchen. Sie verführt zu dem Schluß, daß das, was in der Schule gelesen (und gelernt) worden ist, im Alter wieder hervorgeholt wird. Diese Hypothese sagt freilich nichts über die Qualität der betreffenden Lyrik aus. Sie verschweigt auch die literarhistorische Zuordnung. So wird nicht belegt, ob Mörike weniger gelesen (oder gelernt) wird als beispielsweise Brecht oder ob Heine mehr gelesen (oder gelernt) wird als Grass. (Unser Frühlingsdichter stammt übrigens aus dem 19. Jahrhundert. Er hat auch die Zeile „Winter ade! Scheiden tut weh" verfaßt. Ob Sie ihn jetzt haben?)

Die älteren Menschen kennen sich besser aus

Eines ist sicher: Die älteren Menschen kennen sich besser aus als die jüngeren. Von den 16- bis 29jährigen konnte nur gut jeder fünfte (23 Prozent) die richtige Antwort auf die Frage nach des „Erlkönigs" Verfasserschaft geben. Von denen über 59 wußte es jeder dritte (35 Prozent). Das erlaubt erstens den Hinweis darauf, daß in früheren Zeiten Goethe bei den Deutschlehrern höher im Kurs stand, und zweitens, daß ehedem der Umgang mit Lyrik (bis hin zur Rezitation) intensiver war als heutzutage.

Es ist bezeichnend, daß diejenigen, die 60 Jahre oder älter sind, auf die Frage, ob Kinder wieder mehr Gedichte lernen sollten, zu 77 Prozent mit Ja stimmten. Die 16- bis 29jährigen dagegen sprachen sich nur zu 32 Prozent dafür aus.

Was man von den (jüngeren) Grünen nicht sagen kann. Nach der politischen Orientierung unterschieden, waren 18 Prozent der CDU/CSU-Wähler gegen das Memorieren von Gedichten, bei den Wählern der SPD waren es 29 Prozent, bei denen der FDP 21 Prozent. Die Grünen lehnten das mehrheitlich – zu 51 Prozent – ab. Über deren Motive könnte man natürlich ins Sinnieren kommen. Vermutlich verwechseln sie Gedächtnistraining mit Drill. Und noch vermutlicher wittern sie hinter dem Gedichtepauken ideologische Ablenkung, wenn nicht Verführung.

„Was bleibet aber, stiften die Dichter", schrieb Hölderlin. Was bleibt, bestimmen heute die Lehrer. Und die sind nachweislich keine Dichter, sollen es auch nicht sein. Man wünscht sie sich als gute Pädagogen. Als solche erwartet man von ihnen: 1. daß sie wissen, daß es in Deutschland einmal Dichter gab (sie sind auch heute noch nicht ausgestorben), 2. daß diese etwas gestiftet haben und 3. daß das von bleibendem Wert ist.

Geistiger Grundbesitz, wie schmal und auswahlgenötigt er auch sein mag, muß im Kopf aufbewahrt werden. Dann geht er eines Tages auch ins Herz. Es wäre irrig zu glauben, es genüge, diesen Grundbesitz durch bloßes Behandeln oder Nachschlagen verfügbar zu halten. Wenn Schüler im Deutsch-Unterricht vor lauter Textsortenbestimmungen, Herumhantieren mit Kommunikationsmodellen und soziolinguistischen Hinterfragungen nur noch beiläufig erfahren, daß es Gedichte gibt, dann wissen sie auch nicht, daß man etwas nachschlagen kann, geschweige denn: wo.

Jedenfalls spricht die öffentliche Meinung eine deutliche Sprache. 56 Prozent aller Befragten befürworteten es, daß „die Kinder wieder mehr Gedichte auswendig lernen sollen". Es ist wünschenswert, daß diese Ansicht – ob affirmativ oder als Postulat – auch bis zur Kultusbürokratie vordringt. Denn es sind nicht nur Lehrer, die bestimmen, was im Unterricht läuft, sondern auch die Lehrpläne.

Und wie deutlich ist deren Sprache? Gibt es so etwas wie einen Katalog mit Liedern und Gedichten, die zu erlernen seien? Jawohl, es gibt ihn. Vorerst nur in Bayern und gültig seit diesem Schuljahr. Er schreibt für alle Schularten von der ersten bis zur zehnten Klasse vor, daß von einer Auswahlliste mindestens drei Gedichte und Lieder pro Jahr gelernt beziehungsweise gesungen werden. Ja, warum nicht gesungen? Wer darüber lächelt, ist entweder unbelehrbar oder ahnungslos. Wenn Fischer-Dieskau Lieder von Schiller oder Schubert singt, lacht auch niemand.

Und wie steht es in den anderen Bundesländern? Jedes hat da so seine eigenen Vorstellungen, sprich: Rahmenrichtlinien. Man unterscheidet akkurat zwischen Schultypen und Jahrgangsstufen. In den CDU-regierten Baden-Württemberg, Berlin, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein wird ausgiebig gelernt. In Bremen und Nordrhein-Westfalen (beide SPD) hält man es nicht für schädlich, wenn auswendig gelernt wird. *Und für die roten bis grünen* Bundesländer Saarland, Hamburg und Hessen gilt: Es ist allein der Lehrkraft anheimgegeben, ob gelernt und rezitiert werden soll.

Natürlich gab es schon immer Lehrer, die wacker der Lyrik eine Gasse schlugen. So bestätigen zwei Lehrerinnen, die eine aus Hamburg, die andere aus Freiburg, daß sie seit Jahr und Tag ihren Schülern mit Gedichten kämen. Und sie haben mir ebenso bestätigt, daß die Kinder (hier: die 10- bis 13jährigen) gerne lernen und noch lieber aufsagen würden. Sie verrieten mir auch ihre Tricks: Die Kinder dürften die Länge des Gedichts selbst bestimmen (darauf spekulierend, daß sie zeigen wollen, was sie können). *Außerdem würde bestimmten* Klassenkameraden ganz offiziell die Funktion eines Souffleurs übertragen (damit im Falle des Steckenbleibens Peinlichkeiten vermieden würden).

Weg von der Linguistik, hin zur Literatur

Hinter all den Aussagen, Verfügungen und Zahlen wird ein Trend sichtbar. Er heißt: weg von der Linguistik, hin zur Literatur. Das ist erfreulich. Es hat sich womöglich doch herumgesprochen, daß Lernen auch Spaß machen kann. Und das Lesen und Lernen von Lyrik, erste bis letzte Strophe, sind besonders einträglich. Das Hirn bedankt sich (es kriegt Nahrung), das Herz bedankt sich (es wird ebenfalls satt), und ein bißchen Lebensvorsorge wird en passant auch getroffen. Vielleicht erfährt man nebenbei sogar etwas von unserem Frühlingsdichter. Bekannter ist er als Verfasser des Deutschland-Liedes: Hoffmann von Fallersleben.



Ernst Barlachs Lithographie zu Goethes „Erlkönig"

Bayern droht München mit Millionen-Klage

Stadtrat will Bebauungsplan für Staatskanzlei widerrufen

PETER SCHMALZ, München

Die SPD von Bayern zeichnet gerne das Bild eines Ein-Mann-Staates, in dem geschieht, was Franz Josef Strauß wünscht. Im Münchner Stadtrat aber bemühen sich ausgerechnet die Sozialdemokraten, solche Unterstellungen ad absurdum zu führen, indem sie den Ministerpräsidenten daran zu hindern versuchen, nach 20jähriger Planungszeit mit dem Bau einer neuen Staatskanzlei zu beginnen. Nach einem Gespräch, das Oberbürgermeister Georg Kronawitter dieser Tage mit dem Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, führte, droht die Auseinandersetzung sogar zu einem Gerichtsstreit zwischen Stadt und Staat auszuarten.

Wohl wird die derzeitige provisorische Unterbringung der bayerischen Regierungszentrale in der ehemaligen preußischen Gesandtschaft und in zahlreichen Nachbargebäuden allgemein als Notlösung angesehen. Auch hat der Stadtrat den seit langem ins Auge gefaßten Standort für einen Neubau, das Gelände des ehemaligen Armeemuseums zwischen Altstadtring und Hofgarten, erst vor zweieinhalb Jahren einstimmig gebilligt, nachdem der Platz von der bayerischen Architektenkammer als „geeignet und angemessen" befunden war.

Als aber vor 14 Monaten das aus einem Wettbewerb hervorgegangene Modell veröffentlicht wurde, bliesen zwei Münchner Zeitungen zum Sturm und ließen sogar Jury-Mitglieder, die, wie der renommierte Architekt Alexander von Branca, für den Entwurf waren, wankelmütig werden.

Und die SPD-Fraktion im Rathaus, die einst für den Ruinenplatz um die noch erhaltene Kuppel des ehemaligen Armeemuseums plädierte, vollzog eine perfekte Kehrtwende. Vom „bayerischen Kreml" und von „Neuschwanstein" war plötzlich die Rede.

Strauß beteuerte, er werde ohnehin nicht mehr in das neue, frühestens 1990 bezugsfertige Haus einziehen, beharrte aber auf einem baldigen Baubeginn, um die zum Teil unerträglichen Arbeitsbedingungen in der gegenwärtigen Staatskanzlei zu verbessern. „Wir wollen dieses Verfahren zum Abschluß bringen", erklärte Staatssekretär Stoiber und lehnte jedes Ansinnen ab, auf einen der in den letzten Monaten genannten Alternativstandorte auszuweichen. Denn jede Änderung des Bebauungsbeschlusses, so gab Stoiber zu bedenken, bedeute, daß neu geplant und „wieder 30 Jahre diskutiert" wird.

Obwohl der von den Neubau-Kritikern als Kronzeuge gern zitierte Architekt von Branca inzwischen den Standort wieder „für richtig" bezeichnet und nur Korrekturen am Bau vorschlägt, legen SPD, Grüne und FDP für die morgige Ratssitzung (Mittwoch) einen Dringlichkeitsantrag vor, der den alten einstimmigen Bebauungsbeschluß aufheben soll. Vergeblich warnte Stoiber, die Stadt sei kein „sehr glaubwürdiger Verhandlungspartner", wenn sie jetzt von rechtlichen und städtebaulichen Festlegungen abrücke. Sollte sich die Koalition gegen die Staatskanzlei morgen durchsetzen, muß die Stadt nicht nur mit einem langwierigen Prozeß, sondern auch mit erheblichen Schadenersatzforderungen rechnen: Der Staat will in diesem Fall über zehn Millionen Mark Planungskosten einklagen.

Kiel: Streit um Mülldeponie in der „DDR"

GEORG BAUER, Kiel

Kritisch hat sich der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Günter Flessner mit dem Verhalten der Bundesregierung und der Bundesländer gegenüber der „DDR"-Sondermülldeponie Schönberg vor den Toren Lübecks auseinandergesetzt. Vor der Presse in Kiel bedauerte der Minister die mangelhafte Unterstützung Bonns und der Länder bei dem Bemühen Schleswig-Holsteins, in Schönberg regelnd einzugreifen. Mit Blick auf das Bundesinnenministerium und die Landeshauptstädte meinte Flessner: „Dort verfährt man offenbar nach dem Motto: Augen zu und durch. Ich halte davon nichts.

Die Sondermülldeponie war Ende vergangener Woche erneut in die Schlagzeilen geraten. In der linken Tageszeitung „TAZ" war die Behauptung aufgestellt worden, die Landesregierung in Kiel habe „geheime Verhandlungen mit DDR-Behörden über das Projekt" geführt. Akten des Bundesinnenministeriums, die der Zeitung zugegangen seien, belegten, daß „dort weit gefährlichere Stoffe gelagert" würden, als bisher zugegeben werde.

Unter anderem war die Behauptung aufgestellt worden, in Schönberg würden hochbrisante Abfälle wie Erde mit einem Mineralölgehalt von bis zu 40 Prozent, dioxinhaltige Flugasche und PCB-haltige Abfälle gelagert.

Anlaß der Berichterstattung war ein Vorschlag der „DDR" an die Adresse Bonns im März 1985, der die Aufnahme dieses Abfalls in Schönberg vorsah. Flessner meinte nun hierzu, ein entsprechender Vorschlag der „DDR" sei zwar der Bundesregierung vorgelegt worden, doch habe die „DDR" von einer Änderung der Aufnahme abgesehen, nachdem Schleswig-Holstein Bedenken angemeldet habe. Offizielle Verhandlungen zwischen den Experten habe es „bedauerlicherweise" nicht gegeben.

In seiner Stellungnahme wies der Minister auch die Darstellung zurück, das in Schönberg anfallende Sickerwasser werde bedenklich behandelt. Das dort angewendete Verfahren sei auch in der Bundesrepublik Deutschland üblich. Außerdem plane die „DDR" mittelfristig den Bau einer Anlage zur Verbrennung dieses Sikkerwassers. Allerdings sei dies jetzt noch nicht erforderlich.

Als nicht belegt wies Flessner die Meldung zurück, die Deponie sei undicht und gefährde das Lübecker Grund- und Oberflächenwasser.

Die Stellungnahme Flessners geht auf ein Ultimatum der SPD an die Landesregierung zurück. Ende vergangener Woche hatte sie die Landesregierung angesichts dieser „ungeheuerlichen Vorwürfe" in der „TAZ" zu einer unverzüglichen Auskunft aufgefordert. Komme die Regierung diesem nicht nach, werde ein Antrag auf eine Sondersitzung des Landtages erwogen.

Beobachter rechnen damit, daß die Sozialdemokraten trotz der Darlegungen des Ministers eine Sitzung des Landtages einberufen werden. Nach der Geschäftsordnung ist hierzu ein Votum von mindestens 15 Abgeordneten nötig. Die SPD verfügt über 34 Mandate.

Im Kampf um Niedersachsen sieht Albrecht Chancen gegen „Rot-Grüne"

Ministerpräsident hofft auf Mehrheit ohne die FDP / SPD gibt sich nur 42 Prozent

MICHAEL JACH, Hannover

Gut vier Monate vor der niedersächsischen Landtagswahl am 15. Juni zeigt so mancher Politiker im Parlament zu Hannover schon Nerven, beginnen die parteipolitischen Leidenschaften aufzuschäumen. Zum Getöse steigerte sich der Lärm der Abgeordenten im Leineschloß, als sie in der vorigen Woche die mehrtägige Debatte über den Landeshaushalt 1986 zum Anlaß ihres ersten wahlkämpferischen Kräftemessens nahmen.

Landtagsvizepräsident Helmuth Bosse (SPD) mußte erst schärfste Rügen austeilen, ehe ein eineinhalbstündiges Kreuzfeuer von Beleidigungen quer durch die Sitzreihen abflaute. Dermaßen erhitzt hatten sich die Gemüter an der Etatrede des Sozialministers Hermann Schnipkoweit, der sich als Christlich-Sozialer nicht „Ellenbogenpolitik" nachsagen lassen mochte.

Glanzlose Bilanz

Das kopfschüttelnde Publikum konnte sich damit trösten, daß tags zuvor im einleitenden Rededuell Ministerpräsident Ernst Albrecht und SPD-Spitzenmann Johann Bruns parlamentarisches Format bewiesen hatten: Albrecht mit seiner gelassenselbstbewußten, auf Schnörkel verzichtenden, gerade so jedoch streckenweise als glanzlos empfundenen „Zehnjahresbilanz"; Bruns dagegen mit angriffslustig-geschliffenem, Verletzungen vermeidendem Witz, der ihm die rhetorischen Pluspunkte sicherte.

Die Reizbarkeit nachrangiger Parteikämpen hat ersichtlich ihren Grund in der Stimmungslage der niedersächsischen Wähler, wie die vom Jahreswechsel datierten letzten Meinungsbilder anhand der „Sonntagsfrage" sie wiedergeben. Nach einer Regierungsumfrage rechnet sich die CDU derzeit bis zu 48 Prozent „Ja-zur-Albrecht-Politik"-Stimmen aus – und damit eine hauchdünne Chance, für die Mehrheit gegen SPD und Grüne auf die FDP nicht unbedingt angewiesen zu sein (das persönliche Ziel von „Titelverteidiger" Albrecht).

Denn die Freien Demokraten richten sich, mühsam verborgen hinter pflichtgemäßem Sieben-Prozent-Optimismus, abermals auf einen Streifsprung über die Fünf-Prozent-Hürde ein – bei akuter Gefahr des Strauchelns. Von ihrem stellvertretenden Landesvorsitzenden Walter Hirche zur bürgerlich-liberalen „reinen Lehre" zurückgeführt, tun sie sich schwer neben einer CDU, die sich kräftig „liberales Rouge" auflegt.

Ähnliche Transfusionsprobleme untereinander haben SPD und Grüne. Mehr als 42 Prozent traut sich nicht einmal SPD-Spitzenbewerber Gerhard Schröder selbst zu – zumal er mangels Landtagsmandats Gelegenheiten zur Selbstdarstellung anderen Genossen überlassen muß. Achselzuckend sehen längst auch „rechte" Sozialdemokraten die grüne Versuchung nun auf die Landespartei zukommen.

Die Grünen nämlich, so spinnefeind sie intern miteinander sein mögen und so wenig politische Erfahrung ihre kaum bekannten neuen Listenkandidaten mitbringen mögen – die Grünen dürften von einem infolge der „starken Jahrgänge" nie zuvor gezählten Erst- und Jungwähleranteil über die sechs Prozent hinausgetragen werden. So ist Albrecht nur allzu realistisch, wenn er seine CDU Kopf an Kopf mit dem rot-grünen Lager durchs Ziel geben sieht.

Jedes Zehntel hinter dem Komma entscheidet mithin über Wiederwahl oder Machtverlust. Eingedenk dessen betreibt die Union seit Januar schon Straßenwerbung.

Flotte Plakatsprüche

Mit dem Generalnenner „Albrecht-Politik" – der Parteiname wird (vorerst) gar nicht genannt – wird plakatiert „Uns geht es gut – so soll es bleiben", „Niedersachsen wählt das Glück" und ähnliche Reklamesätze der Zuversicht für ein Land, dessen Zukunft eben erst beginne. Mit Blick auf jene Zehntel hat auch die Parteispitze die Prominenz-Kandidatur von Bundesfamilienministerin Rita Süßmuth für den Bundestag 1987 forciert – zum unverhohlenen Ärger allerdings von Stammwählerkreisen wie etwa dem Landeskatholikenausschuß, der indes in Niedersachsen eine Konfessions-Minderheit vertritt.

Die flotten Plakatsprüche der CDU gaben SPD-Chef Johann Bruns willkommenen Stoff für seine sozialpolitische Brandrede im Landtag. Wenn schon die Union auf den „Egoismus derer, denen es gut geht" setze, so werde die SPD an die „wachsenden Kräfte der Solidarität" appellieren, die Bruns in Kirchen und Gewerkschaften ortet. So mag sich der protestantische Wähler fragen, was in „protestantischen" Landen attraktiver ist: SPD-„Solidarität" oder CDU-„Liberalität".

Warum Gerichte RAF-Kongreß genehmigten

DW. Frankfurt

Um den RAF-Sympathisanten-Kongreß in der Frankfurter Fachhochschule (WELT vom 2. Februar) gab es mehrere Gerichtsverfahren, bis der Verwaltungsgerichtshof Kassel am Sonntag letztinstanzlich das Treffen genehmigte. Zunächst war die Veranstaltung „Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" unter dem den Inhalt verschleiernden Titel „Jugend für Europa" angemeldet worden, woraufhin die Fachhochschule die Räume vergab.

Als die Schule die Irreführung bemerkte, kündigte sie die Verträge. Daraufhin wollte Gudrun Wörsdörfer, die als Veranstalterin auftrat, einen Zeltplatz in Sossenheim anmieten. Die Stadt lehnte dies ab und bekam – wegen der Verwendung des falschen Titels „Jugend für Europa" – vor dem Verwaltungsgericht recht.

Eine andere Kammer des Verwaltungsgerichts entschied jedoch, daß die Irreführung des Hausherrn kein Grund für die Kündigung der Raumvergabe ist; die Fachhochschule wurde verpflichtet, den Kongreß zu beherbergen. Deswegen erließ am Freitagabend die Stadt ein Versammlungsverbot für den Kongreß in der Fachhochschule und anderswo in Frankfurt. Nach stundenlangen Diskussionen räumten die etwa 700 Teilnehmer die Schule in der Nacht zum Samstag.

Das Verwaltungsgericht hob die Verbotverfügung auf Antrag der Veranstalter aber am Samstag wieder auf. Seine Gründe: Ein Versammlungsverbot muß vor Beginn ausgesprochen werden. Außerdem könnten die Einladungs- und anderen vorbereitenden Schriften für den Kongreß nicht der Antragstellerin zugerechnet werden. Die Stadt hatte diese Papiere zur Begründung des Verbots verwendet, weil sie aus ihnen die Vermutung ableitete, daß mit der Unterstützung und Werbung für eine terroristische Vereinigung während des Kongresses zu rechnen sei.

So hieß es auf Einladungs-Plakaten: „Der Austausch von den Erfahrungen des Widerstandes gegen die imperialistische Politik soll gemeinsame Prozesse möglich machen ... Wichtig waren die Erfahrungen der letzten Jahre, besonders die während des letzten Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand im letzten Winter: Der gemeinsame Kampf von Guerilla, Widerstand und Gefangenen, in dem die revolutionäre Front für viele greifbar geworden ist."

Gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts ging die Stadt vor den Verwaltungsgerichtshof. Der jedoch lehnte die Beschwerde mit Hinweis auf die Gründe der Vorinstanz ab – der Kongreß kann also bis zum heutigen Vormittag stattfinden. Allerdings ermittelt der Generalbundesanwalt: wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Mekka für Asylanten?

In Hamburg kommt jeder dritte Bewerber aus Polen

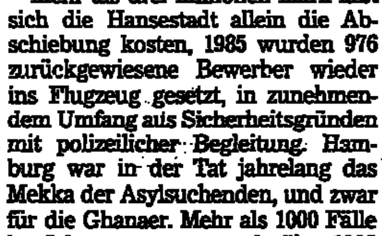
HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die Polen haben die Asylantenkurve im vergangenen Jahr in Hamburg auf den dritthöchsten Stand der Nachkriegszeit hochschnellen lassen. Von den 3636 Asylbewerbern des vergangenen Jahres kamen 1100 aus diesem Ostblock-Land. In der Mehrzahl gehen die Polen nach einer Ostsee-Reise an Häfen zwischen Flensburg und Lübeck von Bord und reisen dann nach Hamburg weiter. Sie führen die Liste weit vor den 607 Antragstellern aus der Türkei an. „Bisher ist noch kein Asylsuchender aus Polen abgewiesen worden", erklärte Manfred Sorg, Leiter des Einwohnerzentralamts Hamburg der WELT, obwohl die Länderinnenminister beschlossen hätten, die generelle Asylgewährung für Flüchtlinge aus dem Ostblock „etwas zu relativieren."

„Hamburg darf durch besonders günstige Regelungen", so warnte im vergangenen Monat der Vorsitzende der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Hartmut Perschau, „nicht zum Mekka der Asylbewerber werden". Grund für diese Sorge sind für die Opposition die Anziehungskraft der Verkehrsmetropole für Einschleusungsversuche, die Praxis, Sozialhilfe in bar auszuzahlen und die Konzentrierung von unseriösen Schlepperorganisationen und Rechtsbeiständen.

Diese Konditionen bewirkten, daß der Stadtstaat sieben Prozent aller Asylbewerber der Bundesrepublik beherbergt, während nach dem Länderschlüssel nur 3,3 Prozent aufgenommen werden müßten. Nach Perschaus Rechnung schlagen die Aufwendungen für Asylsuchende einschließlich Personalaufwand im Jahr mit 50 Millionen Mark zu Buche.

Mehr als drei Millionen Mark läßt sich die Hansestadt allein die Abschiebung kosten, 1985 wurden 976 zurückgewiesene Bewerber wieder ins Flugzeug gesetzt, in zunehmendem Umfang aus Sicherheitsgründen mit polizeilicher Begleitung. Hamburg war in der Tat jahrelang das Mekka der Asylsuchenden, und zwar für die Ghanaer. Mehr als 1000 Fälle im Jahr waren gang und gäbe. 1985 wurde dieser Zustrom nun auf ein Viertel des früheren Umfangs eingedämmt. In Ghana – so mutmaßt man in der Ausländerbehörde – hat sich die strenge Antragsprüfung in Hamburg herumgesprochen, denn die Anerkennungs-Quote für diese Ankömmlinge aus Afrika liegt bei unter einem Prozent. Was die Rückführung betrifft, so taucht jeder dritte Asylbewerber nach rechtskräftig abgewiesener Klage „unter". Unregistriert lebt er aber weiterhin in der Bundesrepublik Deutschland.



Die Banken passen beim Arbed-Poker

ULICH REITZ, Bonn

Die saarländische Landesregierung pokert hoch. Darin sind sich politische Beobachter einig. Wenn auch nur einer der an den Verhandlungen über die Sanierung von Arbed Saarstahl Beteiligten seinen Beitrag verweigerte, sei ein Konkurs des Stahlkonzerns nicht mehr zu vermeiden, hatte Wirtschaftsminister Hajo Hoffmann nach den jüngsten Verhandlungen in Bonn mitgeteilt.

Als jetzt die 35köpfige Runde in der saarländischen Landesvertretung die zweite Verhandlungsrunde einläutete, ging es um den Sanierungsbeitrag der Banken. Die Kernfrage war: Würden sich die Kreditinstitute von der Landesregierung quasi moralisch in die Pflicht nehmen lassen?

Sie taten es nicht. Auf 350 Millionen Mark ihrer verbürgten Kredite sollten die Banker nach dem Willen Hoffmanns verzichten. Doch die Kreditinstitute wollen nicht einmal 200 Millionen opfern. „Die Banken haben kein verbessertes Angebot vorgelegt", sagte Hoffmann nach den Verhandlungen konsterniert. Schon vor einer Woche hatte der Wirtschaftsminister das Angebot der Kreditinstitute „unzureichend" genannt.

Jetzt gerät die Landesregierung unter Zeitdruck und droht Opfer der eigenen Strategie zu werden. Diese zielt darauf ab, zunächst der IG Metall und den Banken Opfer abzutrotzen, um in einem letzten Schritt in Bonn die politische Entscheidung für die Erhaltung von Arbed Saarstahl erzwingen zu können. Nun besteht aus der Sicht der Landesregierung die Gefahr, daß die Banken dieses Kalkül durchkreuzen.

Hoffmann setzt in dieser Situation auf öffentlichen Druck. Eine weitere „Hängepartie" sei Arbed nicht zuzumuten, sagte er mit Blick auf die Banken. Der Wirtschaftsminister kündigte an, die Landesregierung werde die Zahlungen an das subventionsabhängige Unternehmen einstellen, wenn sich nicht bis Ende Februar eine Lösung abzeichnet. Die Folge wäre die Zahlungsunfähigkeit von Saarstahl und damit – der Wirtschaftsminister machte kein Hehl daraus – der Konkurs.

Für eine neue Hiobsbotschaft sorgte Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann. Seine Erklärung, aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit sei eine 100prozentige Entschuldung des Bundesanteils nicht sinnvoll, stieß in der Saarbrücker Staatskanzlei auf Empörung. „Das kann ja wohl nicht wahr sein", sagte Regierungssprecherin Maria Zimmermann der WELT. Die Äußerung Bangemanns sei ein „eklatanter Widerspruch" zu den bisherigen Versicherungen, die Bundesregierung werde ihren Anteil an der Entschuldung in Höhe von 700 Millionen Mark voll übernehmen.

Die Stahlproduzenten in Nordrhein-Westfalen haben unterdessen ihr Interesse an einem Engagement bei Saarstahl bekundet. Die Saarbrücker Staatskanzlei wollte einen entsprechenden Brief des Krupp-Vorstandsvorsitzenden Wilhelm Scheider an Oskar Lafontaine zwar weder bestätigen noch dementieren. Ein Krupp-Specher sagte dagegen, Scheider habe in einem Brief an den Ministerpräsidenten ein Gespräch über eine „mögliche Beteiligung" von Thyssen, Krupp, Klöckner und Salzgitter an Arbed vorgeschlagen. Die Landesregierung habe allerdings auf den Vorstoß noch nicht geantwortet.

Das Quartett will nach Informationen der WELT aber nur dann bei Arbed einsteigen, wenn dessen wirtschaftliche Existenz durch die Klärung der Entschudlungsfrage gesichert ist. Darüberhinaus soll Arbed sich an einer Marktordnung bei Profil- und Massenstählen beteiligen. Durch eine entsprechende Besetzung des Aufsichtsrats soll eine Mehrheit der Dillinger Hütte, die im Mehrheitsbesitz des französischen Staatskonzerns Sacilor ist, verhindert werden. Die Dillinger Stahlkocher sollen nach den Vorstellungen der Landesregierung zunächst das Management bei Saarstahl übernehmen.

Von MANFRED SCHREIBER

Der neue Gesetzentwurf der Bundesregierung ist das erste Teilstück einer Gesamtreform

Was der Staat für Opfer von Verbrechen tun kann



Professor Manfred Schreiber
FOTO: SVEN SIMON

Etwa 20 Millionen Straftaten in den letzten fünf Jahren haben ebenso viele Opfer hinterlassen. Die Kriminalität bedroht vor allem die Schwächeren. Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung soll die Situation verbessern. Der frühere Münchner Polizeipräsident und heutige Ministerialdirektor im Bonner Innenministerium, Professor Manfred Schreiber, untersucht heute zusätzliche Möglichkeiten, etwas für Opfer von Straftaten zu tun.

Unter den Vorhaben dieser Bundesregierung, endlich auch für die Opfer der Verbrecher zu sorgen, ist das bemerkenswerteste der am 13. Januar 1986 beschlossene Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Verbesserung der Stellung des Verletzten im Strafverfahren. Mit ihm wird vor allem den Opfern schwerer Straftaten gegen höchstpersönliche Rechtsgüter, etwa vergewaltigten Frauen, eine gesicherte Rechtsposition eingeräumt und ein besserer Schutz vor Beeinträchtigungen durch das Strafverfahren zuteil. Die Verletzten werden über den Ausgang des Strafverfahrens unterrichtet, erhalten Recht auf Akteneinsicht und Befugnis, sich des Beistands eines Rechtsanwalts zu bedienen – vor allem, wenn sie als Zeugen vernommen werden. Auch die Möglichkeit, schon im Strafprozeß materiellen Schadensersatz zu erreichen, wird erweitert.

In bestimmten Fällen schwerer Straftaten gegen höchstpersönliche Rechtsgüter können sich die Opfer zukünftig als Nebenkläger am Verfahren beteiligen, erhalten schon im Vorverfahren Anspruch auf Prozeßkostenhilfe zur Beiordnung eines Rechtsanwalts und können in Einzelfällen sofort einen Anwalt als Beistand beigeordnet erhalten. Der Schutz vor Fragen zum persönlichen Lebensbereich wird erheblich ausgeweitet. Dieser Entwurf ist das erste Teilstück einer Gesamtreform.

Der Staat muß sich sein Gewaltmonopol stets neu verdienen, indem er die Entstehung anderer Gewalten (z. B. Straftaten) verhindert bzw. zurückdrängt und die Opfer wenigstens entschädigt. Das bedeutet eine gesamtgesellschaftliche Hinwendung zur Opferproblematik. Einige Überlegungen dazu:

Erstens und vor allem muß dem ersten Schritt in Richtung strafprozessualer Opferhilfe ein weiterer folgen. Zu denken wäre an eine kostenfreie staatliche Information, Beratung und Betreuung des Opfers analog der Betreuung des Straftäters in Haft durch die dortigen Sozialdienste. Auch der Vorrang von Schadensersatzansprüchen gegenüber dem Täter (nur fünf Prozent leisten überhaupt Schadenswiedergutmachung) wäre zu prüfen.

Ein besonderes Ärgernis ist auch, daß es dem Täter um so leichter gelingt, seine Verbrechen publizistisch zu vermarkten, je scheußlicher, unmenschlicher und widernatürlicher seine Straftaten sind. Ob ein Veröffentlichungsverbot dem gerecht wird, sollte ebenfalls einmal erörtert werden; daß manche Straftäter damit aber sich oder ihre Verteidiger nachgerade finanzieren, sollte nicht länger hingenommen werden.

Zum zweiten muß die Psychiatrisierung des Rechtsbruchs zurückgedrängt werden. Rolf Degen sieht das sehr gut, wenn er schreibt: „Mit dem unaufhaltbaren Siegeszug der Psychoanalyse über den gesunden Menschenverstand hat sich auch in der Öffentlichkeit häufig die Überzeugung verfestigt, daß seelische Eigenschaften von Kindern ‚bindenden' Charakter für die spätere Entwicklung haben. Ein Blick auf die Studien des letzten Jahrzehnts zeigt, daß Sigmund Freud in dieser Hinsicht einem epochalen Irrtum aufgesessen ist, der zur fixen Idee eines Jahrhunderts avancieren sollte. Ausgerechnet die psychoanalytisch besonders bedeutsamen Merkmale der emotionalen Gemütsverfassung zeichnen sich durch eine einzigartige Flexibilität und Wandelbarkeit über die gesamte Lebensspanne hinweg aus."

Zu diesem Ergebnis kommt z. B. eine Arbeitsgrupe um den renomierten Wissenschaftler Lawrence Kohlberg (Harvard-Universität) in den „Genetic Psychology Monographs". Allen psychoanalytischen Spekulationen zum Trotz ist es derzeit vollkommen unmöglich, aus den ersten Lebensjahren abzuleiten, wer als Erwachsener mit einer Neurose geschlagen sein wird.

Aus zerrütteten Verhältnissen können ebensogut unbekümmerte Frohnaturen hervorgehen wie aus einer bürgerlichen Familie später ein unglücklicher Miesepeter. Spätere Angstneurotiker und Depressive sind im Kindesalter nicht von denen zu unterscheiden, die als Erwachsene vor seelischer Gesundheit strotzen. Sogar Kinder, die wegen emotionaler Störungen stationär behandelt werden, haben keine ungünstigeren psychologischen Zukunftsperspektiven als die ausgeglichenen Gleichaltrigen. Ein Schlag für die Psychoanalyse ist die Tatsache, daß introvertierte Kinder mit einer starken Anhänglichkeit an ihre Eltern kein besonderes Risiko eingehen, später den Halt zu verlieren.

Als die „Zeit" in ihrem Magazin ihre Leser mit diesen und weiteren Forschungsergebnissen konfrontierte, brach eine Leserbriefe-Schlacht aus. Zu tief saßen die Vorurteile, die Erklärung für psychische Auffälligkeiten sei in frühkindlichen Erlebnissen, vor allem unbewußten, zu suchen. Da paßte es einfach nicht ins Bild, daß z. B. der amerikanische Psychologe George Frank herausgefunden hatte, daß die Mütter der Gesunden einem bestimmten Störungsbild nicht seltener entsprachen als die der Kranken. Der Entwicklungspsychologe Jerome Kagan hält inzwischen für aberwitzig, alles müsse sich aus der persönlichen Frühgeschichte herleiten lassen.

Hierfür gibt es zahlreiche weitere Belege; um 1960 wurden im Kanton Zürich alle körperlich gesunden Heimkinder zwischen zweieinhalb und sieben Jahren untersucht. Sie waren in mehrfacher Hinsicht zurückgeblieben. Zwölf Jahre später hatten sie körperlich und intellektuell voll aufgeholt, waren in der Schule durchschnittlich und beliebt – durch ihre entbehrungsreiche Kindheit war weder ihre Intelligenz noch ihre soziale Anpassungsfähigkeit in Mitleidenschaft gezogen worden.

Alle diese Studien und weitere weisen in dieselbe Richtung; die "Zeit": „Der Erwachsene ist nicht verdammt, seine Kindheit fortzusetzen; er kann sie auch überwinden. Kinder sind widerstandsfähig. Selbst große Belastungen führen nicht notwendig zu Neurosen, Psychosen, oder ins Verbrechen ..."

Eine dritte Überlegung ist, daß Strafen (auch) abschrecken müssen. Untersuchungen zur sogenannten Effizienz verhängter Strafen sind modern geworden. Sie messen den sogenannten Erfolg der Sanktion an später ausbleibender oder erneut einsetzender Delinquenz. Sie folgern dann daraus, die verhängte Strafe erfülle ihren Zweck – oder eben nicht.

Das verkürzt Sinn und Zweck staatlicher Strafe in unzulässiger Weise. Die Theorie der Spezialprävention, eine Errungenschaft der Aufklärungszeit, hat ihren Anspruch nicht einlösen können. Sie kapituliert vor Straffälligen, die nicht besserungswillig, und solchen, die nicht besserungsfähig sind. Sie beantwortet auch nicht die Frage, warum wir – wohl notwendig – NS-Straftäter viele Jahre nach der Begehung ihrer schrecklichen Untaten aus einer vollständigen (Re-)Sozialisierung herausreißen und heute noch zur Rechenschaft ziehen. Die Antwort auf diese Frage kann nur die Sühne- oder Vergeltungstheorie einerseits und das Prinzip der Abschreckung andererseits geben.

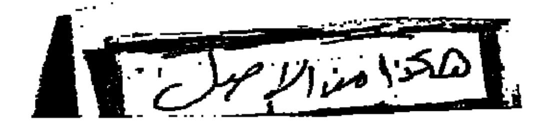
Die Sühnetheorie geht von dem Prinzip der Gerechtigkeit aus; das Verbrechen wird getilgt und gesühnt durch das Erleiden von Strafe, die so das verletzte Recht wieder herstellt. Aber auch die generalpräventive Konzeption, die auf den Begründer der modernen Strafrechtswissenschaft, Feuerbach, zurückgeht, hat nichts an Aktualität verloren. Strafe kann im einzelnen nicht nur als zu erwartendes Übel von Straftaten abhalten, Strafe spricht auch ein Unwerturteil über sozialschädliches Verhalten aus, das von der Rechtsgemeinschaft nicht hingenommen wird. Strafe verdeutlicht so die Wertentscheidungen, zu denen unsere Verfassung sich bekennt.

Viertens, was den Sinn der Wiedergutmachung betrifft: Wiedergutmachung ist, wie der Kriminologe Joachim Hellmer das sehr schön ausgedrückt hat, von ursprünglicherer Kraft als das Kunstprodukt Strafe. Durch die Möglichkeit weitgehender Wiedergutmachung wird dem Täter die Chance eingeräumt, sich selber mit dem Opfer und der Gesellschaft zu versöhnen. Das Strafrecht allein fügt dem Negativen der Tat ein weiteres Negativum hinzu.

In der Wiedergutmachung liegt dagegen eine starke sozialpädagogische Kraft. Der Täter wird dazu geführt, die Gleichheit des Verletzten in seiner Rechtspersönlichkeit und dessen Anspruch auf Unverletzlichkeit anzuerkennen, sich mit ihm als Mitmensch zu identifizieren. Es ist vor allem das Fehlen dieses Identitätsbewußtseins, das Kriminalität begünstigt. Den Freund, den Nachbarn, den Kollegen verletzt man nicht so leicht. Nicht-wiedergutmachungsfähige Straftaten kann man durch symbolische Wiedergutmachungshandlungen ausgleichen.

Schließlich: Straftaten, die von uns allen verhindert werden, hinterlassen keine Opfer. Unter diesem letzten Gesichtspunkt möchte ich alle gesellschaftlichen Kräfte aufrufen, die schlimmen Folgen von Straftaten dadurch zu vermeiden, daß alles getan wird, um Straftaten selbst zu verhindern. Eine wirksame Prävention ist allemal einer großzügigen Wiedergutmachung (die wir noch lange nicht haben) vorzuziehen.

Ende



Mitterrand beschwört die Entente mit Bonn

Unabdingbar für Europa / Das Buch des Präsidenten

PETER RUGE, Paris

Daß das neue Buch des französischen Staatspräsidenten mit seinen „Reflexionen zur Außenpolitik" gerade jetzt erscheint, dürfte die erwartete innenpolitische Wirkung auslösen: François Mitterrand hat damit auf geschickte Weise in den Wahlkampf den bisher ausgeklammerten außenpolitischen Aspekt hineingetragen. Die bürgerlichen Parteien werden nun um einige Antworten nicht herumkommen, wie sie zu Europa, zu SDI und zur nationalen Verteidigung stehen im Fall der Machtübernahme nach dem 16. März.

Allen voran dürfte der aussichtsreichste Anwärter auf den Premierposten, der Pariser Bürgermeister Jacques Chirac, aber eine Lektion erhalten haben, daß der Staatschef nicht bereit sein wird, seine Rolle als Wahrer der Identität Frankreichs mit irgend jemandem zu teilen.

Die wichtigste Aussage Mitterrands findet sich im 135 Seiten langen Vorwort zu dieser Sammlung von Reden: Es ist ein Bekenntnis zu Europa, wie es in dieser Form zuletzt von de Gaulle abgelegt wurde, wobei Mitterrand nicht nur die „Schicksalsgemeinschaft" zwischen Frankreich und Deutschland beschwört – er spricht mehrmals von einer „soliden Entente" –, sondern auch die Verläßlichkeit dieser deutsch-französischen Partnerschaft geradezu als Voraussetzung dafür ansieht, daß der Aufbau Europas überhaupt vorangeht.

Mitterrand drängt geradezu auf einen Fortschritt, er will Taten sehen. Deshalb begründet er eine Geste gegenüber der Bundesrepublik: die für ihn wohl tiefgreifendste seit dem Abschluß des deutsch-französischen Vertrages am 16. 3. 1963 – das Angebot an die Deutschen nämlich zu Konsultationen über die französische Nuklear-Strategie.

Veränderte Haltung

„Der letzte Weltkrieg hat nicht nur Europa zweigeteilt, er hat auch Frankreich und die Bundesrepublik in verschiedene Verteidigungssysteme hineingestellt, wenn auch im gleichen Lager. Die Entscheidung der Deutschen war nicht autonom, dagegen die der Franzosen", schreibt Mitterrand. „Was sich anläßlich der Aufstellung der Pershing 2 in der Bundesrepublik abspielt (Demonstrationen, Widerstand, Anschläge), wer die Veränderung in der SPD wahrnimmt (gestern in der Regierung noch Initiator dieser Nachrüstung, heute in der Opposition ein Gegner), kann dies alles nicht nur abtun als eine Reaktion des Pazifismus oder des Neutralismus. Ich sehe hier ein Volk, das sich dagegen zu wehren beginnt, Objekt einer Verteidigungsplanung zu sein, seine Sicherheit in den Händen anderer zu wissen."

Vom Nuklearen weg

In der Umgebung Mitterrands wird eine gewisse Enttäuschung spürbar, wenn die Rede daher auf den letzten Gipfel in Baden-Baden vor zwei Wochen kommt: „Weder links noch rechts vom Rhein sind die Zeichen bisher verstanden worden, die der Präsident setzte. Während bei uns über eine Teilnahme der Deutschen an der nuklearen Abschreckung diskutiert wird, wollen die Deutschen vom Nuklearen am liebsten ganz weg", heißt es.

Insofern bekommen zwei Vorgänge eine besondere Bedeutung: Für Ende der Woche ist die Wiederaufnahme der Gespräche über eine Beteiligung Frankreichs am europäischen Kampfflugzeug geplant. General Fricaud-Chagnaud, der dem Institut für nationale Verteidiungsplanung in Paris vorsteht, wird bei Egon Bahr (Institut für Friedensforschung) und Klaus Ritter (Forschungsinstitut für Internationale Politik) vorstellig.

Mitterrands Buch setzt einen weiteren politischen Akzent: „Ich betrachte es als Fehleinschätzung, daß unsere Truppen in der Bundesrepublik beim ersten Anzeichen einer Gefahr kehrt Marsch machen, um nach Hause zu gelangen. Die Mobilität unserer Aktionen, die es den fliegenden Verbänden erlaubt, in sechs Minuten an der thüringischen Grenze zu sein, erübrigen eine neue Definition unserer ‚vitalen Interessen'."

Den Deutschen dürfte damit zu verstehen gegeben werden: Drängt doch nicht auf eine verbindliche nukleare französische Garantie bis zur Elbe. Die Wirkung der Abschreckung liegt doch darin, den Militärstrategen des Ostens in die Köpfe zu hämmern, daß Frankreich zur Abwehr eines Aggressors auch auf deutschem Boden entschlossen ist.

Streit um die Scharia beherrscht Wahlkampf

DORIS GRAY, Khartum

Nach fünfzehnjähriger Diktatur und Einparteienherrschaft sind dem politischen Enthusiasmus in Sudan derzeit kaum Grenzen gesetzt. 47 Parteien werben um die Stimmen in den für Anfang April angekündigten Wahlen für eine zivile Regierung.

Der vorübergehende Militärrat, der zusammen mit einem Kabinett nach dem Sturz von Gaafar Numeiri im vergangenen April die Macht übernahm, löste hiermit das Versprechen ein, nach einjähriger Übergangsphase die ersten freien Wahlen in 17 Jahren zu veranlassen.

Drei Themen bestimmen die politische Diskussion in Sudan: die bürgerkriegsähnliche Situation im christlich-heidnischen Süden dieses vorwiegend von Moslems bewohnten Landes, die Rolle der Scharia-Gesetze, wie sie vor zwei Jahren von Numeiri eingeführt wurden, und die immense – auf neun Milliarden US-Dollar bezifferte – Schuldenlast Sudans.

Seit dem unblutigen Umsturz strebt die bislang prowestlich geführte Nation am Nil nunmehr einen neutralen Kurs an. Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem kommunistischen Äthiopien und diverse Abkommen mit Libyen, das zu Zeiten von Numeiris Herrschaft die südliche Sudanesische Befreiungsarmee (SPLA) unterstützt hatte, haben in den USA Besorgnis ausgelöst. Außenminister Ibrahim Taha Ayoub erklärte vor ausländischen Journalisten in Khartum, daß es für Sudan lebensnotwendig sei, gute Beziehungen zu seinen zum Teil so schwierigen Nachbarn wie Tschad, Libyen, Äthiopien, Uganda, der Zentralafrikanischen Republik sowie Ägypten zu unterhalten. Vor allem mit Äthiopien müsse man sich arrangieren, da von dort die meiste Unterstützung für die SPLA komme und deren Führer John Garang in Addis Abeba Zuflucht genommen habe.

Beim Wahlkampf werden vor allem innenpolitische Probleme diskutiert.

SUDAN

Für den moslemischen Teil der Bevölkerung von etwa 20 Millionen Menschen ist die Frage der Scharia, die in ihrer jetzigen Form beispielsweise Handamputation als angemessene Strafe für Diebe ansieht, weniger ein rein politisches, als vielmehr ein theologisches Thema. Parteien gruppieren sich oftmals um geistige Führer und Clans, die ihre jeweilige Interpretation des Koran als Grundlage für zivile Gesetzgebung sehen.

Der orthodoxe Moslemische Brüderbund, der Numeiri zur Einführung der Scharia beeinflußte, erscheint bei den Wahlen unter neuem Namen: Nationale Islamische Front. Mit zum Teil fragwürdigen Methoden gehen ihre meist aus der intellektuellen Oberschicht stammenden Mitglieder auf Stimmenfang. Es ist zu erwarten, daß diese – wegen ihrer menschenrechtsverletztenden Standpunkte international umstrittene Gruppierung – maßgeblich an der zu erwartenden Koalitionsregierung beteiligt sein wird.

Am anderen Ende des Spektrums steht die Kommunistische Partei. Auch diese kann auf zahlreiche Stimmen hoffen. Am einflußreichsten jedoch sind die zwar streng islamischen, doch als moderat zu bezeichnenden Parteien Umma und Nationale Demokratische Union.

Die meisten Parteien sind sich darüber einig, daß die einzige Lösung für eine geeinte, friedliche Nation in einer weitgehenden regionalen Eigenverantwortlichkeit des Südens besteht. Doch zeigt sich Garang störrisch und verlangt die komplette Aufhebung der Scharia, da diese eine für Nicht-Moslems unakzeptierbare Gesetzgebung sei.

In Khartum vermutet man jedoch, daß Garang Anweisungen von der Regierung in Addis Abeba erhält, die ein Zustandekommen einer friedlichen Einigung solange verhindern soll, solange Sudan seinerseits Befreiungsbewegungen in Tigre und Eritrea, zwei äthiopischen Provinzen, unterstützt.

Premierminister Gizouli Dafallah erklärte in einem Interview in Khartum, daß er persönlich einen Brief an Garang geschrieben habe und ihn zur Mitarbeit im gegenwärtigen und künftigen Kabinett eingeladen habe, doch sei Garang offensichtlich zu diesem Zeitpunkt nicht zu tiefergehender Korrespondenz bereit.

Neben all diesen politischen, religiösen und ethnischen Konflikten wird Sudan zusätzlich von seiner Schuldenlast erdrückt. Nach Angaben des Finanzministers Sidahmed Tayfour steht Sudan kurz vor einer Übereinkunft mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), dem Sudan allein 218 Millionen Dollar für ein Darlehen von 700 Millionen Dollar schuldet.

Als Gegenleistung für eine großzügige Haltung fordert der IWF Standardmaßnahmen, wie er sie allen hochverschuldeten Dritte-Welt-Ländern vorlegt. Dazu gehörten das Aufheben von Festpreisen und staatlichen Subventionen.

Premier Dafallah versicherte vor ausländischen Journalisten, daß Vereinbarungen, die derzeit mit dem IWF getroffen werden, für die künftige Regierung bindend zu sein haben. Jedoch seien Schwierigkeiten bei der Durchsetzung drastischer Maßnahmen zu erwarten.

„Wir befinden uns an einem Schnittpunkt in der Geschichte Sudans. Wir versuchen eine Demokratie aus den Trümmern jahrelanger Diktatur aufzubauen, und die Außenwelt sollte Verständnis für die Schwierigkeiten haben, denen wir auf diesem Weg begegnen."

Moskau will Friedensgruppe zerschlagen

DW. Moskau

Zwei Mitglieder der „Gruppe für Vertrauen zwischen der UdSSR und den USA", einer inoffiziellen Friedensgruppe in der Sowjetunion, sind im Januar in Moskau festgenommen und in eine psychiatrische Anstalt zwangseingewiesen worden. Das gab die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" (IGM) gestern unter Berufung auf Moskauer Bürgerrechtler in Frankfurt bekannt. Bei den Verhafteten handelt es sich um die 17jährige Tatjana Fadejewa und die ebenfalls 17jährige Irina Pankratowa. Nur knapp konnte sich Larissa Tschukajewa einer Festnahme durch Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes KGB entziehen. Sie ist die Frau des 1985 zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilten Bürgerrechtlers Alexander Tschukajewa. Bereits im Sommer 1985 wurden der 35jährige Arbeiter Alexander Schatrawka und der 41jährige Arzt Wladimir Brodskij zu fünfeinhalb beziehungsweise drei Jahren Lagerhaft verurteilt. Die „Gruppe für Vertrauen zwischen der UdSSR und den USA" wurde 1982 gegründet. Ihr gehören 36 Personen an.

Widerstandsarmee meldet Erfolge

dpa, Kampala

Einen weiteren militärischen Erfolg hat die ugandische „Nationale Widerstandsarmee" (NRA), die vor einer Woche die Militärregierung in Kampala gestürzt hatte, gemeldet. Am Sonntag übernahmen NRA-Truppen die Kontrolle über die strategisch wichtige Stadt Mbale im Osten des Landes. Die NRA, die mehr als zwei Drittel Ugandas beherrscht, kämpft gegen Regierungstruppen des gestürzten Staatschefs, General Tito Okello. Die Truppen unter dem ehemaligen Armeechef, General Basilio Olara Okello (nicht verwandt mit dem Staatschef), sollen sich in der nördlichen Stadt Gulu, 270 Kilometer von der Hauptstadt Kampala entfernt, verschanzt haben.

Sowjet-Minister vor Gericht

rtr, Moskau

Unter dem Vorwurf der Korruption und des Machtmißbrauchs ist der ehemalige Industrieminister der Sowjetrepublik Aserbeidschan, Farchad Salmanow, vor Gericht gestellt worden. Dies meldete die sowjetische Parteizeitung „Prawda" gestern. Der früher für die Baumwollindustrie in Aserbeidschan zuständige Politiker war im Dezember 1985 nach fünfjähriger Dienstzeit aus seinem Amt entlassen worden. Dem Gerichtsverfahren war laut „Prawda" massive Kritik an Salmanow auf dem Parteikongreß der im Süden der Sowjetunion gelegenen Republik vorausgegangen. Kritik wurde dabei auch am Innenministerium sowie an den Strafverfolgungsbehörden geübt.

74 Tamilen bei Unruhen getötet

AFP, Colombo

Mindestens 74 tamilische Separatisten sind in den letzten drei Tagen im Norden und Osten Sri Lankas von den Sicherheitskräften getötet worden. Dies verlautete aus offiziellen Quellen. So starben am Freitag mindestens 29 Tamilen bei Kilinochchi als die Sicherheitskräfte zum Gegenangriff auf die Angreifer einer Armeepatrouille übergingen. Ebenfalls am Freitag wurden 30 Tamilen in ihrem Stützpunkt in Kattaiparichchan südlich von Trincomalee getötet, der ihnen zu Angriffen auf die Moslembevölkerung diente. Weitere 15 kamen am Wochenende bei anhaltenden Feuergefechten in dieser Gegend ums Leben. In dem Gebiet wurde eine Ausgangssperre verhängt.

Wenig Neues aus Liechtenstein

rtr, Vaduz

Bei den Parlamentswahlen im Fürstentum Liechtenstein sind die beiden bisher regierenden Koalitionsparteien Vaterländische Union (VU) und Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) bestätigt worden. Erstmals in der Geschichte des Fürstentums zieht aber eine Frau in den fünfzehn Sitze zählenden Landtag ein. Die Frauen waren zum ersten Mal zur Wahl zugelassen. Eine alternative Freie Wählerliste scheiterte bei ihrem Anlauf, das traditionelle Zwei-Parteien-Gefüge aufzubrechen, nur knapp an der gesetzlich fixierten Acht-Prozent-Klausel. Nach dem vorläufigen Endergebnis erzielte die Vaterländische Union 50,2 Prozent (1982: 53,5 Prozent) der Stimmen.

Das aktuelle Fachbuch

Erkundungsreise in ferne Welten

Vor mehr als drei Jahrhunderten lösten Kopernikus, Kepler und Newton eine Revolution im Verständnis des Menschen vom Universum aus. Sie zeigten, daß das Sonnensystem eine dynamische Einheit ist. Die Natur von Sternen und Planeten blieb unbekannt, sie konnte erst im Zeitalter der Teleskope und Raumsonden aufgeklärt werden.

Nun erleben wir eine zweite Revolution: 1957 wurden die Sputniks in die Umlaufbahn gebracht, 1959 sah Lunik 3 zum ersten Mal die Rückseite des Mondes. 1965 erreichte Mariner 4, die erste Planetensonde, den Mars; 1969 stand Neil Armstrong auf der Mondoberfläche, 1976 machte Viking 1 eine weiche Landung auf dem Mars, 1973 erreichte Pionier 10 den Jupiter, 1979 Pionier 11 den Saturn; ihnen folgten die Sonden Voyager 1 und 2 (1979/81 gestartet).

Auf diese Art und Weise haben wir innerhalb von etwas über zwei Jahrzehnten eine überwältigende Zahl von Photographien und eine Fülle von Informationen über das Sonnensystem erhalten, die unser Verständnis von Sonne und Mond, den Planeten und dem interplanetaren Raum verändert haben.

Vor 1983 hätte der vorliegende Atlas in dieser Form gar nicht publiziert werden können: Die entsprechenden Informationen lagen nicht vor. Das mächtige Werk ist mehr als eine bloße Präsentation dieser neuen Aufnahmen in ihrer Mannigfaltigkeit und mit ihren überraschenden Details von der Oberfläche von Körpern, die früher nur als vage Lichtpunkte bekannt waren. Der Atlas erreicht sein hochgestecktes Ziel, zudem einen ausgewogenen Überblick über die aktuelle Forschung im Sonnensystem zu geben.

Im Anhang finden sich Kurzbiografien bedeutender Astronomen, Tabellen über alle bisherigen Missionen, eine Auflistung klassischer und moderner Beobachtungsmethoden, ein Glossar, nützliche Tabellen zur eigenen Beobachtung und weiterführende Literatur. Der Atlas stellt nicht nur ein Nachschlagewerk für alle aktiven Hobby-Astronomen dar, sondern regt jeden interessierten Amateur zum Schmökern an.

D. T.

„Atlas der Sonnensysteme", von Patrick Moore, Garry Hunt, Iain Nicolson und Peter Cattermole. Veröffentlicht in Zusammenarbeit mit der Royal Astronomical Society. 462 Seiten mit rd. 150 farbigen Abbildungen, über 700 einfarbigen Illustrationen, 500 Diagrammen und Schemazeichnungen. DM 158,-. Verlag Herder, Freiburg – Basel – Wien, ISBN 3-451-19613-1.

Diätplan für hungrige Bakterien

Neues biologisches Verfahren entfernt Nitrate und Phosphate aus belasteten Abwässern

Von RICHARD SCHWALBE

Schon seit langem werden Abwässer durch eine biologische Behandlung in den Klärwerken gereinigt. Inzwischen müssen Städte, Gemeinden und Industriebetriebe vielfach sogar zu chemischen Verfahren greifen, um Stoffe aus dem Abwasser zu entfernen, die von Bakterien nicht abgebaut werden. In Berlin erprobt man jetzt erstmals ein neues Verfahren, das mit Hilfe einer zusätzlichen biologischen Stufe die chemische Ausfällung von Phosphor und Stickstoff in der Kläranlage ersetzt.

Im Klärwerk Ruhleben der Berliner Entwässerungswerke stieß man eher zufällig auf diese Methode. Beim Ausbau der sogenannten Belebungsbecken, in denen sich die Bakterien bei guter Durchmischung und künstlicher Belüftung des Abwassers über die kohlenstoffhaltigen organischen Schutzstoffe hermachen, kam es anfangs zur Bildung von Blähschlamm. Er entsteht, wenn sich bevorzugt fadenförmige Bakterien dank des guten Nährstoffangebots vermehren. Sie ballen sich zusammen und sorgen dadurch dafür, daß der Schlamm anschließend nicht wie gewünscht entwässert und verbrannt werden kann.

Der Trick mit der Luft

In Berlin griff man daher zu einem Trick, indem das Einblasen von Luft in den ersten Teil der 50 m langen Belebungsbecken einfach abgeschaltet wurde. Dadurch wachsen bevorzugt kugel- und stäbchenförmige Bakterien, die einen leicher zu behandelnden Schlamm ergeben.

Bei Messungen der Bestandteile des Abwassers stellten die Berliner Klärwerker fest, daß diese Bakterien einen besonders großen Appetit auf alle chemischen Verbindungen haben, die in irgendeiner Weise Phosphor enthalten. Sie geben dieses für sie notwendige Element im ersten, wegen der fehlenden Belüftung anaerob genannten, Beckenabschnitt zuerst ins Wasser ab und nehmen im folgenden Abschnitt eine erheblich größere als die vorher verlorene Menge wieder auf.

Die Phosphormengen, die im Berliner Abwasser bei etwa 13 Milligramm je Liter liegen, lassen sich so auf Werte zwischen drei und sieben Milligramm reduzieren. Der vorgeschriebene Grenzwert von höchstens zwei Milligramm im Ablauf des Klärwerks wird dann dadurch erreicht, daß die Restmenge durch Zugabe von Eisensulfat ausgefällt und durch Abtrennung der entstehenden Flocken entfernt wird.

In der Übergangszone zwischen dem anaeroben Bereich im Becken und dem zweiten, künstlich belüfteten kommt es außerdem zu einem weiteren positiven Effekt. Die hier besonders gut gedeihenden Bakterien sind nämlich in der Lage, Stickstoff und Sauerstoff enthaltende Verbindungen in ihre Bestandteile zu zerlegen und daraus ihren lebensnotwendigen Sauerstoffbedarf zu dekken. Der nicht benötigte Stickstoff perlt in Form kleiner Gasbläschen aus dem Wasser aus. Um diesen Effekt möglichst weitgehend zu nutzen, wird ein Teil des Schlamms, der immer noch Stickstoffverbindungen enthält, vom Beckenende in diese Übergangszone zurückgepumpt.

Der im Schlamm gebundene Phosphor und der als Gas entwichene Stickstoff gelangen so nicht mehr in Form ihrer Verbindungen Phosphat und Nitrat mit dem Klärwerksablauf in die Berliner Oberflächengewässer. Beide Verbindungen würden dort als Düngemittel wirken und für eine übermäßige Vermehrung der Pflanzen sorgen. Wegen dieser sogenannten Eutrophierung käme es zu einem unnatürlich hohen Sauerstoffverbrauch durch die Faulung abgestorbener Pflanzen und Tiere. Flüsse und Seen würden allmählich umkippen und biologisch absterben.

Gegen diesen Prozeß kämpft man in Berlin bereits seit einiger Zeit an. Nach dem Bau einer chemischen Phosphatfällungs-Anlage am Tegeler See sollen deshalb in den nächsten beiden Jahren auch die Klärwerke mit Fällungsstufen ausgerüstet werden.

Großversuch im Klärwerk

Mit der biologischen Phosphat- und Nitratentfernung liegen bisher noch keine ausreichenden Betriebserfahrungen vor. Die Berliner Entwässerungswerke werden die neue Methode daher in den kommenden zwei Jahren erst einmal im großtechnischen Maßstab erproben. Dazu wurden im Klärwerk Ruhleben drei nicht mehr genutzte Belebungsbekken umgebaut. Sie erhielten spezielle Wasserein- und -ausläufe sowie einige Wände, die für günstige Fließrichtung sorgen. Nach ihrer Inbetriebnahme in den nächsten Wochen werden in ihnen täglich 40 000 Kubikmeter Wasser gereinigt werden können. Mit dem 16 Mill. DM teuren Forschungsvorhaben will man herausfinden, wie groß die unterschiedlichen Beckenzonen im günstigsten Fall sein müssen und ob auch bei winterlichen Temperaturen eine ausreichende Reinigung stattfindet.

Sollten sich die in das biologische Verfahren gesetzten Erwartungen erfüllen, könnte die Umweltbelastung durch das Wasser aus dem Klärwerk entscheidend gemindert werden. Denn bei der chemischen Fällung durch Eisensulfat bleiben gelöste Salze im Wasser zurück, die zwar keine Düngewirkung haben, jedoch im Süßwasser natürlicherweise nicht vorkommen. In Berlin rechnet man damit, den Chemikalienverbrauch durch das neue biologische Verfahren um bis zu zwei Drittel senken zu können.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Rheuma verkürzt Leben

Bonn (Kü.) – Rheumatische Krankheiten verkürzen die Lebenserwartung deutlich, wie jetzt eine finnische Studie ergeben hat. Jeweils 500 Männer und Frauen mit der gesicherten Diagnose auf Gelenkrheumatismus wurden dazu zehn Jahre lang beobachtet und die Ursachen aller Todesfälle festgestellt. Von den Rheumatikern waren 208 Männer und 144 Frauen gestorben, in einer Vergleichsgruppe waren es dagegen nur 148 bzw. 73. Todesursachen waren vor allem Infektionen sowie Herz-, Kreislauf- und Nierenerkrankungen. Für die Infektionen dürfte ein primärer Defekt des Immunsystems bei Rheuma, ein erworbener Defekt des Immunsystems oder eine allgemeine Abwehrschwäche verantwortlich sein, wie sie auch bei anderen chronischen Erkrankungen auftritt.

Neuer Förderschwerpunkt

Hannover (DW.) – Ein neues Förderungsangebot im Grenzgebiet zwischen Organischer und Anorganischer Chemie besteht jetzt bei der Stiftung Volkswagenwerk. Der Schwerpunkt „Metallorganische Reaktionen für die organische Synthese" soll dazu beitragen, neue organische Substanzen zu entwickeln, die etwa zur Herstellung hochwertiger Arzneimittel oder gezielt einsetzbarer Pflanzenschutzmittel dienen können. Die Stiftung nimmt Anträge auf die Förderung von Forschungsprojekten, Symposien und Schulungen entgegen. Durch Mitarbeit von jüngeren Promovierten und Doktoranden in den Forschungsprojekten ist auch eine Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses möglich.

Arbeitsgruppe „Aids"

München (hd) – In den mit 13 namhaften Wissenschaftlern besetzten Beirat der bayerischen „Arbeitsgruppe Aids" wurde jetzt auch der Direktor des Institutes für Dermatologie und Venerologie an der Technischen Universität München, Professor Siegfried Borelli, berufen. Der Beirat soll nach Angaben der Staatskanzlei gewährleisten, daß die mit der Immunkrankheit verbundenen Gefahren für die Gesellschaft von den verschiedenen medizinischen Fachrichtungen her untersucht und mögliche Maßnahmen rechtzeitig getroffen werden.

Dem Seelachs auf der Spur

Bremerhaven (D. T.) – Gestern ist das Fischereiforschungsschiff „Walther Herwig" von Bremerhaven ausgelaufen, um im Gebiet rund um Schottland die gegenwärtige Situation der Seelachsbestände zu untersuchen. Es soll vor allem geklärt werden, ob und wie sich die zwei dort vorkommenden Populationen bei den Hebriden und in der Nordsee überschneiden und vermischen. Die Beantwortung dieser Frage ist entscheidend für die anstehenden Berechnungen im Rahmen des internationalen Rates für Meeresforschung und damit für die zukünftige Festsetzung der Fangquoten für die deutsche Fischerei.

Ein Ausweg aus dem Teufelskreis?

Die Ursachen von chronischen Schmerzzuständen sollen verstärkt erforscht werden

Von MARGOT SAID-LANG

Der Schmerz hat zwar an Schrecken verloren, dennoch ist er in all seinen Formen und Schweregraden auch durch die moderne Medizin keineswegs voll beherrschbar. Dies gilt vor allem für den chronischen Schmerz. Die Zahl der Betroffenen ist groß: Man schätzt, daß es in der Bundesrepublik zur Zeit etwa drei Millionen chronisch schmerzkranker Patienten gibt. Etwa 1,8 Millionen leiden unter dauerndem Kopf- oder Gesichtsschmerz.

Die Nachfrage der Patienten nach Erlösung von ihren Schmerzen ist weit größer als das Angebot an gezielten Behandlungsmöglichkeiten. Menschen mit chronischen Schmerzen laufen in der Regel von Arzt zu Arzt und suchen schließlich nach alternativen Verfahren, ohne Hilfe zu finden. Die meisten von ihnen verbrauchen enorme Mengen an Schmerzmitteln. Der Teufelskreis zwischen quälendem Dauerschmerz, Medikamentenmißbrauch, zunehmender tiefer Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit führt häufig dazu, daß diese Menschen sich immer mehr vereinsamt fühlen und hochgradig depressiv werden. Es gibt auch eine recht hohe Selbstmordquote.

Über das Zustandekommen chronischer Schmerzzustände sowie das komplexe Geschehen der Weiterleitung und Verarbeitung von Schmerzimpulsen im peripheren und zentralen Nervensystem ist bislang noch zu wenig bekannt. Deshalb will die Deutsche Forschungsgemeinschaft mit ihrem neuen Schwerpunktprogramm „Nozizeption und Schmerz" die interdisziplinäre sowie die Grundlagenforschung vorantreiben. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie ließ von dem Heidelberger Physiologen Professor Manfred Zimmermann eine – soeben erschienene – „Expertise zur Lage der Schmerzforschung und zur Versorgungslage chronischer Schmerzpatienten in der Bundesrepublik Deutschland" erstellen.

Die Versorgungslage zu verbessern ist auch das Anliegen der „Deutschen Schmerzhilfe e. V." mit Sitz in Hamburg. Mit Unterstützung des Deutschen Grünen Kreuzes und in Zusammenarbeit mit mehreren medizinischen Fachgesellschaften bemüht sie sich darum, ein möglichst dichtes Netz schmerztherapeutisch ausgebildeter Mediziner über das gesamte Bundesgebiet zu spannen.

Auch Elektronen achten auf Niveau

Erkenntnisse im Aufbau der Materie: Zum 90. Geburtstag des Physikers Friedrich Hund

Von DIETER THIERBACH

Einer der *Pioniere* der modernen Quantenphysik, Friedrich Hund, emeritierter Professor der theoretischen Physik, vollendet heute sein 90. Lebensjahr. Er gehört zu jener kleinen Gruppe von Wissenschaftlern, die in den zwanziger Jahren die Entwicklung der modernen Atomphysik entscheidend geprägt haben. Kurz nachdem mit der Schaffung von Quanten- und Wellenmechanik der Durchbruch zum Verständnis der atomaren Phänomene gelungen war, hatte Hund als erster erkannt, daß Teilchen aufgrund ihrer Wellennatur auch eine Energieschwelle durchdringen können. Nach den klassischen Vorstellungen sollte die Barriere für sie unüberwindbar sein. Diese – in der Quantenmechanik – als Tunneleffekt bezeichnete Erscheinung hat sich in der Folgezeit für die Deutung zahlreicher experimenteller Befunde bewährt. Die gezielte Anwendung dieses Effektes hat bei der Herstellung elektronischer Halbleiterbauteile praktische Bedeutung erlangt.

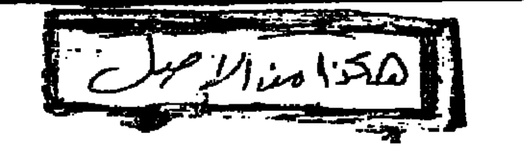
Der gebürtige Karlsruher studierte Physik, Mathematik und Geographie in Göttingen und vorübergehend in Marburg. Er war von 1922–1927 Assistent von Max Born, um den sich ein wissenschaftliches Zentrum gebildet hatte, welches viele bedeutende Physiker der damaligen Zeit anzog. So konnte Hund die Entstehung der Quantenmechanik aus nächster Nähe miterleben. Am 30. Juli 1925 habilitierte sich Friedrich Hund in Göttingen.

1927 erkannte er die Gesetzmäßigkeit, nach der im Atombau der Elemente mit zunehmender Ordnungszahl neu hinzukommende Elektronen zunächst die zur Verfügung stehenden Plätze der jeweiligen Schale *einzeln* einnehmen. Erst wenn alle verfügbaren Plätze einfach besetzt sind, beginnt die Elektronen-Paarung mit einer antiparallelen Ausrichtung. Diese neue Mechanik wurde von Hund mit Erfolg auf Fragen des Aufbaus der Materie angewandt. So werden die insgesamt drei „Hundschen Regeln" (engl.: Hund rule, franz.: loi de Hund) herangezogen, um die Energieniveaus der Atome zu analysieren. Jeder Chemiker muß sich mit dieser Betrachtungsweise der Molekülzustände vertraut machen, wenn er den Hintergrund seines Arbeitsgebietes – die Quantentheorie der chemischen Bindungen – verstehen will.

Friedrich Hund FOTO: DIE WELT

1927 folgte Hund einem Ruf nach Rostock und 1929 nach Leipzig, wo Debye, Heisenberg und er ein neues Zentrum für Physik aufbauten. 1944 übernahm Hund eine Professur in Jena. Im August 1951 verließ er seinen bisherigen Wirkungskreis und ging an die Universität in Frankfurt am Main. 1953 erschien sein Werk „Materie als Feld", drei Jahre später das dreibändige Lehrbuch „Theoretische Physik". 1956 ging er als Ordinarius für Theoretische Physik nach Göttingen. Somit kehrte Hund an den Ort zurück, wo er die Jahre des Entstehens der Quantenmechanik erlebte und seine wissenschaftliche Laufbahn begann. Am Ende des letzten Sommersemesters konnte er auf eine sechzigjährige erfolgreiche Lehrtätigkeit zurückblicken.

Seit seiner Emeritierung im Jahr 1964 widmet sich Hund einem neuen Aufgabenkreis. Zunächst spürte er für die „Sources of History of Quantum Physics" das in Europa verstreute Material über die Entstehung der Quantenmechanik auf, um sich dann selbst mit der Geschichte der Naturwissenschaften zu beschäftigen. Dabei ging es ihm darum, dem Auftreten und der Entwicklung physikalischer Begriffe nachzuspüren. So untersuchte er u. a. die Entstehung der Quantenmechanik, die er selbst als Student und Assistent miterlebt hatte.





LÄNDERSPIEL / WM-Test: Vor dem Treffen gegen Weltmeister Italien am Mittwoch in Avellino

Magath: „Was habe ich zu verlieren?"

ULRICH DOST, Avellino

Die Veränderungen in der deutschen Fußball-Nationalmannschaft sind nicht zu übersehen. Für das Jahr 1986 scheinen sie alle den festen Vorsatz gefaßt zu haben, konzentriert und gezielt ihrer Arbeit nachzugehen. Unkontrollierbare Temperamentsausbrüche, Polemik, Haß und Verbitterung – all das soll nicht mehr vorkommen, weder bei Teamchef Franz Beckenbauer noch bei den Spielern. Sie wollen nicht unter einer Käseglocke leben, sie wollen ihr eigenes Süppchen kochen, das nach Erfolg schmecken soll.

Nach dem 2:2 im September in Schweden, wodurch die Qualifikation für die Weltmeistschaft geschafft wurde, habe sich die *Nationalmannschaft* in einem Niemandsland befunden. Das jedenfalls meint Mannschaftsführer Karl-Heinz Rummenigge. Die Leistungen danach gegen Portugal und die CSSR seien dementsprechend schlecht gewesen. Doch jetzt, mit dem Testspiel gegen die Italiener in Avellino (morgen ab 14.25 im ZDF), habe der Countdown für die WM begonnen. Jetzt gelte es, das Vergangene abzuschütteln und den Blick nach vorne zu richten.

Franz Beckenbauer tut alles, um Ruhe und einen klaren Kopf zu bewahren. „Warum soll ich die Mannschaftsaufstellung schon zwei Tage vorher bekanntgeben", fragte er gestern die *Journalistenrunde*, „dann lauft ihr zu den Spielern, und schon geht das Theater wieder los."

Selbstverständlich habe er die Aufstellung schon im Kopf. Doch auf dem Weg vom Hirn zum Mund bestünde für ihn eine unüberwindbare Brücke. Was ebenfalls im Kreise der Nationalmannschaft unerwünscht ist, sind die Journalistengespräche mit den Spielern über Vereinsprobleme. Pressesprecher Reiner Holzschuh teilte mit: „Wir sind hier bei der Nationalmannschaft, und zu diesem Thema wollen die Spieler Fragen beantworten." Einer der gefragtesten Spieler, dessen Probleme tatsächlich mehr in der Nationalmannschaft liegen, ist der Hamburger Felix Magath, der als Mittelfeldgestalter wohl die wichtigste Rolle im Team spielt. In Stockholm ließ Beckenbauer Magath auf der Bank sitzen, „weil der Felix nicht das gebracht hat, was wir von ihm erwartet hatten". Die letzten beiden Spiele fehlte der Hamburger wegen einer Verletzung, nun ist er wieder erste Wahl.

Die Betrachtungsweise in der *Beurteilung der Leistung von Magath* hat sich inzwischen auch geändert. „Er hat nie zu den Schlechtesten gezählt", meinte Beckenbauer, „und bei unseren starken Spielen in Prag und in Lissabon war er dabei." Ähnlich sieht *Rummenigge* den *Fall Magath*: „Nur die positiven Resultate sollten bei ihm zählen." Magath selbst zeigte sich nicht überrascht, daß er wieder dabei ist. Die Aussprache in Stockholm mit Beckenbauer habe ihm die Richtung gezeigt. Und sein wichtigstes Argument lautet, daß es ohne ihn gegen die Portugiesen und Tschechoslowaken ja auch nicht besser gelaufen sei.

Felix Magath wähnt sich vor dem Spiel gegen den Weltmeister sogar in einer psychologisch besseren Situation als bei seinem Comeback zu Beginn der Beckenbauer-Ära. „Was habe ich schon zu verlieren?" fragt er in die Runde.

Den Schatten von Bernd Schuster braucht er in der Tat nicht mehr zu fürchten. Die Rückkehr des beim FC Barcelona spielenden früheren Nationalspielers ist längst kein Thema mehr. Auch für Magath nicht. Er sagt: „Wenn Schuster in die Nationalmannschaft geholt wird, höre ich sofort auf. Er ist der einzige, der das spielen kann, was ich spiele."

Mit Problemen ganz anderer Art schlägt sich der DFB-Präsident Hermann Neuberger herum. Das Länderspiel in Frankfurt am 12. März gegen die Brasilianer, das zu platzen droht, bereitet ihm Kopfzerbrechen. Neuberger: „*Wir haben ein scharfes Telex* nach Rio geschickt. Wir bestehen darauf, daß die Brasilianer bei uns spielen." Das Defizit bei einer Spielabsage beziffert Neuberger mit rund 1 Million Mark. Mit den Verbänden von Ungarn und Wales, wo die Brasilianer ebenfalls spielen sollten, hat sich der DFB zusammengetan. Neuberger: „Wenn die Brasilianer tatsächlich nicht nach Europa kommen, spielen wir wohl gegen die Ungarn."

Soll erfüllt

● Franz Beckenbauer hat die Erwartungen als Teamchef der Nationalelf für 63,9 Prozent der Bundesligaspieler erfüllt. Zudem sehen die Profi-Kicker der Weltmeisterschaft in Mexiko optimistisch *entgegen*: Immerhin glauben 45,2 Prozent an den Einzug ins Halbfinale. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Illustrierten „*Stern*", an der sich 194 Lizenzspieler beteiligt haben.

Bayern München ist der Verein, für den die meisten Bundesligaspieler am liebsten spielen würden, gefolgt von Mönchengladbach, Bremen, Schalke und Leverkusen. Die Beliebtheitsskala der Trainer führt Otto Rehhagel vom Tabellenführer Werder Bremen mit 40,2 Prozent der Stimmen an.

Die Bilanz

● Gegen Italien bestreitet die deutsche Nationalmannschaft ihr 20. Länderspiel. In der Bilanz haben die Italiener deutlich die Nase vorn. Für Deutschland gab es bei 25:33 Toren nur vier Siege und fünf Unentschieden, aber schon zehn Niederlagen. Der einzige deutsche Sieg in Italien datiert vom 28. April 1929. Damals gewannen Heiner Stuhlfauth und seine Kameraden in Turin 2:1.

Unvergessen ist die 3:4-Niederlage der DFB-Elf nach Verlängerung des WM-Halbfinales 1970 in Mexico City. Nach der 1:3-Niederlage im WM-Endspiel 1982 in Madrid gewann die deutsche Mannschaft am 22. Mai 1984 in Zürich zum 80jährigen FIFA-Jubiläum mit 1:0.

TENNIS / Steffi Graf zum fünften Mal an Chris Evert-Lloyd gescheitert

„Man muß das verdrängen können"

sid/dpa, Miami

Die Heidelbergerin Steffi Graf scheiterte im Finale des Tennis-Turniers von Key Biscayne (USA) auch bei ihrem fünften Versuch, die Amerikanerin Chris Evert-Lloyd zu schlagen. Die 16jährige verlor nach 66 Minuten 3:6, 1:6. Aber Steffi Graf, um 20 000 Dollar reicher, stellte zufrieden fest, daß „an der Spitze alle langsam etwas näher zusammenrücken". Und dann: „Gegen Chris habe ich diesmal wieder gefühlt, daß ich noch etwas Zeit brauche. Ich muß meinen Aufschlag und mein Spiel am Netz verbessern. Ich muß wirklich noch eine Menge verbessern."

„Das war ein klarer Fehler", ärgerte sich Steffi Graf zunächst über eine umstrittene Entscheidung im zweiten Spiel des zweiten Satzes, nachdem sie der *Favoritin* den *Aufschlag zum 1:0* abgenommen hatte, „vor allem geschah es bei einem ungeheuer wichtigen Punkt. Ich konnte mich hinterher überhaupt nicht mehr konzentrieren." Als Trost blieben ihr 20 000 der 250 000 Dollar Preisgelder; Chris Evert-Lloyd erhielt das Doppelte.

„Man muß so etwas verdrängen und sich auf den nächsten Punkt konzentrieren können", lautete der knappe Kommentar der 31jährigen dreimaligen Wimbledonsiegerin aus Amerika, „wir alle haben das lernen müssen, sie muß es auch. Wenn sie das nicht kann, ist es ihr Problem."

Steffi Graf, im Halbfinale überlegene 6:0, 6:2-Siegerin in nur 49 Minuten über Bonnie Gadusek (USA), war in den entscheidenden Situationen der ausgefuchsten Chris Evert-Lloyd eindeutig unterlegen. Sie hatte gegen die Österreicherin Petra Huber (6:2, 6:1), gegen die Kanadierin Carling Bassett (6:1, 6:0), gegen ihre Landsmännin Stephanie Rehe *(6:1, 6:0)* und im Semifinale gegen die Bulgarin Manuela Maleeva (6:1, 6:0) lediglich sechs Spiele abgegeben. Im Endspiel gewann sie von den letzten 14 Punkten im ersten Satz 12 und im zweiten Durchgang 13.

*

Der 53. Turniersieg seiner Karriere fiel Ivan Lendl in den Schoß, und 15 202 Tennisfans waren ebenso enttäuscht wie der verletzte Tim Mayotte. Der tschechoslowakische Weltranglisten-Erste gewann die mit Spannung erwartete WM-Revanche im Endspiel der Internationalen US-Hallen-Meisterschaften in Philadelphia gegen den ebenfalls 25 Jahre alten Amerikaner kampflos, da Mayotte wegen einer Bauchmuskelzerrung nicht antreten konnte.

Ein „walk over" in einem Grand-Prix-Finale hatte es zuletzt am 7. April letzten Jahres in Chicago gegeben, als *Jimmy Connors* wegen Verletzung auf das amerikanische Duell gegen John McEnroe verzichten mußte.

BUNDESLIGA

Neuberger: Nun doch Reduzierung

sid, Avellino

Hermann Neuberger macht mit der seit langem diskutierten Reduzierung der Bundesliga Ernst: Der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) kündigte vor dem Länderspiel in Italien eine totale Reform der Spielklassen an, die schon auf dem nächsten DFB-Bundestag im Oktober in Bremen beschlossen werden soll.

Sie sieht eine Verringerung der Ersten und Zweiten Bundesliga auf jeweils 16 Vereine vor. Damit würde das Profilager nur noch 32 statt bislang 38 Klubs umfassen. Als neuer Unterbau sollen darunter vier Regionalligen mit je 16 Vereinen sowie 16 Verbandsligen mit je 16 Klubs die Basis bilden.

Neuberger ließ vor Pressevertretern in Avellino keinen Zweifel, daß er sich mit aller Vehemenz für die Verwirklichung dieses Plans auf dem nächsten Bundestag in Bremen einsetzen wird. Notfalls will man sich auch über zu erwartende *Widerstände* aus der Bundesliga und zweiten Liga hinwegsetzen. Neuberger: „Wir müssen dagegenhalten."

FUSSBALL / Rowdies

Dokumentarfilm nach Mexiko

dpa, London

Ein grausamer Dokumentarfilm über die britischen Fußballrowdies wird der englischen Expedition zur Weltmeisterschaft nach Mexiko vorausgehen. *Der Film „Killing Games"* (Tödliche Spiele) wird noch vor der WM-Endrunde in 37 Ländern im Fernsehen gezeigt, darunter in Italien. Er enthält Szenen aus dem Brüsseler Heysel-Stadion, in dem im Mai 1985 beim Europacup-*Finale* zwischen Juventus Turin und dem FC Liverpool 39 Menschen ums Leben kamen.

In Interviews erklären Fans, wie die Gewalttätigkeiten mit der Präzision einer militärischen Aktion vorbereitet werden. Sie warnen vor weiteren Krawallen, falls englische Vereine wieder zu den Europacup-Wettbewerben zugelassen würden.

Der Film wurde in Großbritannien unter Mitarbeit einer Schweizer Technikergruppe gedreht. Der britische Produzent war von den Ermittlungen derart bestürzt, daß er den Film dem britischen Fernsehen gratis zugestellt *hat. Englische Fußballbehörden* hatten sich geweigert, eine Stellungnahme zu dem Dokumentarfilm abzugeben.

SKI ALPIN

Der große Tag des Peter Müller

DW. Crans Montana

Das war der große Tag des Peter Müller: Sieg im Super-G-Rennen von Crans Montana – jener Mischung aus Abfahrt und Riesentorlauf –, somit auch Gewinn der Kombination aus diesem Wettbewerb und aus der Abfahrt, die im Dezember bereits in Val d'Isère stattfand, und nun auch die Führung im Weltcup. Zweiter hinter dem Schweizer Abfahrtsstar wurde dessen Landsmann, Doppel-Weltmeister Pirmin Zurbriggen, vor Markus Wasmeier aus Schliersee. Letzter des Rennens mit fast sechs Sekunden Rückstand auf den Sieger war einer der ganz Großen – der Schwede Ingemar Stenmark.

„Was heute geschehen ist, das baut mich im rechten Augenblick so richtig wieder auf," jubelte Peter Müller im Ziel von Crans Montana, „denn als Abfahrer hatte ich auf dieser Piste deshalb eine Chance, weil ich mein Gleitvermögen ausspielen konnte." Und Wasmeier? Der hat sich erst einmal auf den sechsten Platz in der Weltcup-Wertung vorgeschoben. „Ich weiß *jetzt*, wie ich die Fehler auf dieser Piste vermeiden kann." Das zweite Super-G-Rennen von Crans Montana findet heute statt.

STAND ● PUNKT / *Die Maxime einer Meisterin*

Entweder sagt sie „Ich bin" oder „Ich will". Danach richtet die 17 Jahre alte Olga Nemes aus Saarbrücken ihr Leben aus – neben der Tischtennisplatte und außerhalb der Sporthalle. Danach hat die gebürtige Rumänin gehandelt, als sie sich mit 15 Jahren in den Westen *absetzte*, danach hat sie zielstrebig ihre Karriere aufgebaut. Beim europäischen Ranglistenturnier im schwedischen Södertälje wurde Olga Nemes *nun* Zweite.

Zu wenig für eine wie sie? „Ich bin die Nummer eins in Europa", hat sie zuvor zufrieden festgestellt und gleichzeitig eingeräumt, diese Position sei zwischen ihr, der Sowjetrussin Fliura Bulatowa und der Holländerin Bettine Vriesekoop fast stündlich austauschbar. Seit Sonntag abend aber nun weiß sie auch, daß es trotz ihrer Niederlagen gegen diese beiden künftig anders sein kann. „Ich will in Prag Europameisterin werden", hat sie schließlich auch gesagt. Nun weiß sie, wie das vom 5. *bis 13. April* in der goldenen Stadt zu bewerkstelligen ist – trotz Bulatowa und Vriesekoop.

Bundestrainer Istvan Korpa sagte wohl auch deshalb: „Ich bin der festen Überzeugung, daß Olga ihre Form bis Prag zumindest halten, wenn nicht steigern kann." Und Korpa will in Schweden sogar eine Annäherung der Olga Nemes an die fast unübertreffliche Spielkunst der Chinesinnen beobachtet haben.

Übrigens: Vor 24 Jahren gab es schon einmal einen Europameisterschaftssieg für den Deutschen Tischtennis-Bund (DTTB) bei den Damen. Damals gewann Agnes Simon in Berlin das Dameneinzel – mit 3:0 gegen die Engländerin Diana Rowe, der späteren Ehefrau des heutigen Sportwartes Eberhard Schöler.

Die Möglichkeit, daß sich so etwas wiederholt, ist nunmehr gegeben. Denn Olga Nemes, Europas Nummer eins, weiß schließlich nach ihren Niederlagen, wie so etwas gemacht werden kann. Warum nicht? Denn das alles stellt sie schließlich unter die Maxime: „Ich will."

K. Bl.

NACHRICHTEN

Aus für Löhr

Frankfurt (dpa) – Handball-Bundestrainer Simon Schobel nominierte den Essener Wolfgang Kubitzki und den Großwallstädter Michael Roth als 15. und 16. Spieler für die WM vom 25. Feburar bis 9. März in der Schweiz. Jörg Löhr (Milbertshofen) ist Ersatzmann.

Innsbruck: Winterspiele?

Innsbruck (sid) – Innsbruck will erneut Olympische Winterspiele ausrichten. Die Tiroler Landeshauptstadt, bereits 1964 und 1976 Olympiastadt, möchte sich um die Ausrichtung der Spiele im Jahr 2000 bewerben. Zuvor soll eine Volksbefragung unter den Innsbrucker Bürgern durchgeführt werden.

Billard: Kühl Fünfter

Mondorf-les-Bains (sid) – Torbjörn Blohmdahl (Schweden) hat seinen Titel bei der Billard-Europameisterschaft im Dreiband in Mondorf-les-Bains (Luxemburg) verteidigt. Hans-Jürgen Kühl (Altenessen) belegte den fünften Platz.

Boden gutgemacht

Pebbel Beach (DW.) – Weiteren Boden gutmachen konnte Golfprofi Bernhard Langer (Anhausen) beim „National Pro/Am" in Pebbel Beach (Kalifornien). Der 28jährige rangiert vor den letzten 18 Löchern mit 78+69+68=215 Schlägen an 14. Stelle. Weiterhin führt Zoeller (USA) mit 69+66+70=205 nun klar vor seinem Landsmann Payn Stewart 71+69+70=210.

ZAHLEN

TISCHTENNIS

Europäisches „Top 12"-Turnier in Södertalje (Schweden), Endstand: Damen: 1. Bulatowa (UdSSR) 9 Siege/2 Niederlagen, 2. Nemes (Saarbrücken) 9/2 (direkter Vergleich entschieden zugunsten von *Bulatowa*), 3. Guergueltscheva (Bulgarien) 8/3; Herren: 1. Waldner (Schweden) 11/0, 2. Douglas (England) 10/1, 3. Lindh (Schweden) 8/3.

MOTORSPORT

24 Stunden von Daytona: 1. Holbert/Unser *jr./Bell (USA/England)* Porsche, ... 3. Busby/Brasfield/Mass (USA/England/Deutschland) Porsche, ... 7. Jenner/Truett/Ludwig (USA/Deutschland) Ford Mustang.

EISHOCKEY

Bundesliga: Iserlohn – Köln 2:6, Bayreuth – Rießersee 2:7, Düsseldorf – Rosenheim 5:2, Kaufbeuren – Mannheim 8:6, Landshut – Schwenningen 8:4.

VOLLEYBALL

Pokal-Achtelfinale, Herren: Gießen – *Hamburg 3:2; damit Gießen im Viertelfinale.* – **Herren-Bundesliga:** Leverkusen – Paderborn 0:3, München – Dachau 2:3.

RENNRODELN

Europameisterschaft in Hammarstrand (Schweden), Endstände, Herren, Einsitzer: 1. Danilin (UdSSR), 2. Müller, 3. Walter (beide „DDR") ... 10. Hackl, ... 14. Schättel, ... 19. Staudinger ... 21. Dostthaler (alle Deutschland); Doppelsitzer: 1. Beluousow/Beljakow (UdSSR), 2. Hoffmann/Pietsch („DDR"), 3. Raffel/Huber (Italien), ... 5. Ilsanker/Hackl, ... 10. Schwab/Staudinger (alle Deutschland).

LEICHTATHLETIK

Internationales Hallen-Sportfest in Stuttgart: Männer: Hochsprung: 1. Mögenburg (Mainz) 2,30 m, 2. Thränhardt (Köln) 2,27; Stabhochsprung: 1. Kolasa (Polen 5,72 m (Landesrekord).

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 9, 14, 16, 17, 20, 35, Zusatzzahl: 33 – **Rennquintett:** Rennen A in Gelsenkirchen: Einlauf: 15, 13, 4; Rennen B in Recklinghausen: Einlauf: 23, 34, 27. (Ohne Gewähr).

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Aufgabe der Universität

„Geist kann man nur einblasen, wenn man selbst welchen hat": Geistige WELT vom 18. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

zwei Gesichtspunkte, so meinen wir, sind herauszustellen: der Themenkreis „Bildung durch Wissenschaft" und die Frage der Überfrachtung der Universität mit unmittelbar berufsbildenden Aufgaben.

Zum ersten sei nicht nur auf die Komplexität moderner Wissenschaft und deren System mit seinen vielen Konnexen, auf deren fortschreitende Spezialisierung usw. verwiesen. Vielmehr noch bedrückt die Zweckmentalität, die das heutige Innen- und Arbeitsleben der Universität kennzeichnet. Die Lehrveranstaltungen sind, im Gefolge vorgeschriebener verschulender Studienpläne, notgedrungen mehr oder weniger auf Zweckmäßigkeit ausgerichtet. Dies verhindert, daß die Studenten zur *Auseinandersetzung mit den großen* Lebensproblemen in der geistig-gesellschaftlichen Situation der Zeit hingeleitet werden. Das Ideal der „mündigen Gesellschaft" bedürfe jedoch gerade dessen.

Die *Universität soll wissenschaft*liche Erkenntnisse für den kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aufbereiten. Das ist gewiß ihre universelle Aufgabe. Doch besteht – um zum zweiten zu kommen – *eine starke Überforderung* der Universität hinsichtlich der von ihr erwarteten gesellschaftlichen, auch politischen Lösungskapazitäten. Hier ist oft noch immer manches Unverständnis anzutreffen, wie sich interne Unsicherheiten, die in viele Verästelungen hineingeben, daraus ergeben. Unter einem falschen Effizienzdenken leidet schließlich jener kluge Umgang mit der Freiheit, zu dem, durchaus im Sinne Wilhelm von Humboldts, hingeführt werden soll. Die Universität ist eben nicht eine *Fachhochschule*.

Auch von daher tritt das Philosophisch-Erzieherische – und manch weiterer Grund für all diese nicht zu verhüllenden Zwiespältigkeiten wäre anzuführen – zurück. Die Suche nach einer „neuen Philosophie der Universität", sicherlich von ihren „politischen" und gesellschaftlichen Verpflichtungen her, wird wohl noch manche Gedankenarbeit beanspruchen. Der vergleichbare Blick über die Grenzen des eigenen Staates hinweg mag dem nur förderlich sein. Punktuelle Berührung zeigt dies immer wieder. Das Tertium comparationis ist zumindestens für jene Staaten gegeben, deren Universitätssysteme auf die Humboldtsche Konzeption zurückgehen.

Mit freundlichen Grüßen
Univ.-Prof. Dr. Rudolf Gönner,
Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Salzburg

Kanzler und Bundeswehr

„Kohl gibt den Generalen Ratschläge": WELT vom 25. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

hier stimmt doch etwas nicht, entweder an der Berichterstattung oder an den Generalen! Wenn 59 Generale und Admirale von dem Rat des Bundeskanzlers „beeindruckt" sein sollen, daß er ihnen sagt, sie sollten sich „häufiger bei der Truppe blicken lassen und den Problemen der Soldaten nachgehen", dann frage ich mich, was ist daran so beeindruckend? Das ist doch eine ganz banale Selbstverständlichkeit und wurde von Generalen mit Herz in allen deutschen Armeen so gehalten.

Als junge Offiziere und Ausbilder von Rekruten mußten wir innerhalb weniger Tage jeden mit Namen kennen und über seine Herkunft und familiären Verhältnisse Bescheid wissen.

Das Erleben bei der Truppe prägt den Wehrpflichtigen. Es ist kein gutes Zeichen für die Bundeswehr, daß so viele Gutmeinende enttäuscht werden. Es ist gut, daß Herr Kohl entsprechende Informationen erhält. Leider gibt es nicht allzu viele Politiker, die in dieser Lage sind, weil die Söhne der anderen gar keinen Wehrdienst leisten.

Von „Verdienstverlusten oder Ungleichbehandlung bei der sozialen Sicherstellung" ist weiter als Problem die Rede. „Eine rasche Änderung werde angestrebt", soll der Bundeskanzler gesagt haben. So kann man nicht mit den jungen Menschen umgehen. Diese Probleme sind doch seit langem bekannt. Und wenn man im Zuge der Bundeswehrplanung vermehrt zu Einberufungen von Reservisten greift, dann müssen doch zu*gleich auch diese Fragen gesetzlich* geregelt werden. Mit Anstreben ist hier weder der Sache noch dem Wehrübenden geholfen.

Zu den angesprochenen Fragen müßte unsere politische und militärische Führung wohl etwas mehr tun, um sowohl dem Wehrpflichtigen als auch dem Wehrübenden die Einsicht in die Notwendigkeit seines Dienstes zu vermitteln.

Mit freundlichen Grüßen
Fritz Vogel,
Merzig

*

Es ist gewiß zu begrüßen, wenn der Bundeskanzler die Generalität zu einer Aussprache versammelt. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß dabei neue Weisheitskörner zu finden wären.

Die Druckstellen, die der Bundeswehr zu schaffen machen, werden den Politikern seit 30 Jahren aufgezeigt. Sie bestehen trotz ständiger Absichtserklärungen von einer Wahl zur anderen weiter.

Über Motivierung soll in dem Gespräch geredet worden sein. Ich meine, hier sind nicht die Generale, sondern die Politiker aller Sparten am Zuge. Wie wäre es, wenn man als Einstellungsvoraussetzung für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst die Ableistung des Wehrdienstes verlangte; also vor das „Verdienen" das „Dienen" setzen würde?

Ich bin mir ganz sicher, daß diese Regelung sogar die Mehrzahl unserer Friedensapostel zum Wehrdienst motivieren würde. Und damit es auch gerecht zugeht, sollte der in den öffentlichen Dienst strebenden Weiblichkeit ein soziales Jahr abverlangt werden.

Mit freundlichem Gruß
Friedrich Gallmann,
Heitersheim

Sterbehilfe

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Recht bezieht der Verfassungsrichter Zeidler Prügel von allen Seiten. Wer tüchtig austeilt, muß auch einstecken können.

Da ist zunächst die Sache mit der aktiven Sterbehilfe, gemeinhin auch Euthanasie genannt. Bleibt man bei dieser Begriffsbestimmung und denkt das Problem zu Ende, reduziert sich die „kontroverse Materie" auf die *Betrachtung unserer unheilvollen* jüngeren Geschichte. Unsere momentan gefestigte Demokratie kann angesichts der wechselnden moralischen und gesellschaftlichen Strömungen und Veränderungen einen möglichen *Mißbrauch keinesfalls gewährleisten*. Verirrte und verwirrte aktive, ärztliche Sterbehelfer hat es immer gegeben und wird es immer geben. Haben wir nicht eine solche beispielhafte Verfassung, um eben diese Entwick*lungen ein für allemal zu unterbin*den?

Von atemberaubender biologischer Ignoranz (oder schlichter Unkenntnis?) zeugt dann jedoch der geschmacklose Vergleich von menschlichem Embryo und Himbeere. Es ist doch einfach albern, einen mikroskopischen Befund (den menschlichen Trophoblasten) mit einem makroskopischen, der Himbeere, zu vergleichen. Selbst einem geschulten Anatomen fällt es nicht leicht, mikroskopisch die Hirnzellen beispielsweise eines Verfassungsrichters von denen eines Primaten zu differenzieren, was eben nur heißt, daß es nicht auf die *Form, sondern ausschließlich auf* den Inhalt ankommt.

Der „Inhalt" einer befruchteten Eizelle jedoch ist Mensch, von Anfang an, und nichts anderes. Gebunden an die Existenz eines fortan unveränderlichen DNS-Makromoleküls, aber eben doch nicht nur chemisches Produkt. Den letzten Beweis für die Richtigkeit dieser Aussage müßten auch dem blutigsten Laien eigentlich die „Retortenbabys", diese unglückseligen Geschöpfe (oder Erzeugnisse?) geliefert haben. In der allgemeinen Euphorie über den vermeintlichen medizinischen Fortschritt der extracorporalen Insemination ist dieser Aspekt seinerzeit viel zu wenig beachtet worden.

Wie man also sieht, steht die Kirche, der Zeidlers Attacke in erster Linie galt, mit ihren moralischen Prinzipien nicht nur der demokratischen Rechtsstaatsphilosophie, sondern auch der modernen Biologie ein ganzes Stück näher als der Verfassungsrichter. Da darf sie sich auch getrost äußern, wenn sie sieht, daß die Rechtsordnung *an der Humanitas* vorbeizielt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Arne Ramminger,
Reutlingen

Wort des Tages

„Der Anführer eines *großen Heeres kann* besiegt werden, aber den festen Entschluß eines einzigen kannst du nicht wankend machen."

Konfuzius, chinesischer Philosoph (551–479 v. Chr.)

Personalien

WAHL

Dr. **Wulf D. von Lucius**, stellvertretender Vorsteher des Börsenvereins des *Deutschen Buchhandels*, ist zum Vorsitzenden der Stiftung Buchkunst in Frankfurt gewählt worden. Der Stuttgarter Verleger tritt damit die Nachfolge von **Jürgen Tesch**, München, an. Die Stiftung *Buchkunst, vor allem als Veranstal*ter des alljährlichen Wettbewerbs „Die schönsten Bücher der Bundesrepublik Deutschland" bekannt, wird vom Börsenverein, der Deutschen Bibliothek und der Stadt Frankfurt getragen und vom Bundesverband Druck sowie dem Land Hessen gefördert.

GEBURTSTAG

Der Kirchenmusiker Professor **Hans Heintze**, der von 1958 bis 1975 Bremer Domkantor und lange Zeit Leiter der Bremischen Kirchenmusik war, vollendet heute sein 75. Lebensjahr. Hans Heintze, Bremer Pastorensohn und Absolvent des dortigen Alten Gymnasiums, studierte ab 1929 in Leipzig zunächst Altphilologie, *bis er von seinen Eltern die Ein*willigung zum Musikstudium beim Thomas-Kantor **Günther Ramin** erhielt. Nach acht Jahren Krieg und russischer Gefangenshaft kam er an die Johanniskirche in Lüneburg und gestaltete 1951 maßgeblich das 33. Deutsche Bachfest mit. Kurz darauf wurde er zum Dozenten für Orgelmusik an die Hochschule für Musik in Berlin berufen. Nach dem Tod des *langjährigen* Bremer Domkantors **Richard Liesche** wurde Hans Heintze am Bremer Dom 1958 dessen Nachfolger. Als Organist von internationalem Rang umfaßten seine Interpretationen ebenso die tragenden Werke Bachs wie die mystisch versponnenen Werke von Olivier Messiaen. An der Bremer Oper leitete er musikalisch 1967 eine Einstudierung von Glucks Oper „Orpheus und Eurydike". Der Ruhm des Bremer Domchores wurde unter der Ägide Professor Heintzes auch ins Ausland getragen, insbesondere nach Frankreich. Professor Hans Heintze wurde vielfach geehrt, unter anderem mit der Bremer Senatsmedaille für Kunst und Wissenschaft.

AUSWÄRTIGES AMT

Iran hat Dr. **Armin Freitag** das Agrément als Botschafter erteilt. Der deutsche Diplomat, 1930 in Walkersbrunn, Oberfranken, geboren, Jurist, gehörte zunächst dem Bonner Wirtschaftsministerium an. Er arbeitete anschließend bei der Vertretung der Bundesrepublik bei den Europäischen Gemeinschaften. 1968 ging er an die deutsche Botschaft Washington. 1972 übernahm er die Leitung eines Referats der *Abteilung für Außenwirtschaftspoli*tik im AA. 1979 wurde er Botschafter in Havana.

*

Neuer deutscher Botschafter im Ölstaat Qatar wird **Dr. Hans-Lothar Steppan**. Der Diplomat, Jahrgang 1933, stammt aus Kuwertshof, Ostpreußen. Nach dem Studium des Ingenieurwesens kam er 1965 in den Auswärtigen Dienst. Im Ausland war er unter anderem als Kultur- und Pressereferent an der Botschaft in Conakry und in Helsinki, wo er in der Botschaft die Leitung des Wirtschaftsdienstes übernahm. Seit 1982 ist Dr. Steppan Leiter des Wirtschaftsdienstes an der Botschaft in Belgrad.

*

Die Republik der Birmanischen *Union schickt einen neuen* Botschafter nach Bonn. Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** erteilte **Maung Than Tun** das Agrément.

*

Der afrikanische Staat Uganda schickt Botschafter **Polycarp Mark Ofwono** nach Bonn. Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** erteilte dem zukünftigen Missionschef das Agrément.

*

Generalkonsul der Türkei in Mainz wird **Ömer Sahinkaya**. Sein Konsularbezirk umfaßt die Länder Rheinland-Pfalz und Saarland.

*

Jugoslawien schickt einen neuen Generalkonsul nach München. Die Bundesregierung erteilte Dr. **Miodrag Mitic** das Exequatur. Der Konsularbezirk umfaßt die Regierungsbezirke Ober- und Niederbayern und Schwaben des Landes Bayern.

*

Der afrikanische Staat Sierra Leone wird in Hamburg durch einen Honorargeneralkonsul vertreten. Die Bundesregierung hat das Exequatur Dr. **Rainer Trede** erteilt. Sein Konsularbereich umfaßt Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

In Spanien zeichnet sich ein Nein zur NATO ab

Opposition wirft Regierung Täuschung der Bürger vor

ROLF GÖRTZ, Madrid

In der spanischen Bevölkerung, die am 12. März über den Verbleib oder Nichtverbleib in der NATO abstimmen soll, wird die Meinungsbildung zunehmend schwieriger. Die sozialistische Regierung, die ihren Wahlkampf 1982 mit einer Anti-NATO-Kampagne führte, setzt sich jetzt für den Verbleib in dem nordatlantischen Bündnis ein. Dennoch scheint das Plebiszit auf eine negative Antwort hinauszulaufen.

Einen Tag vor der mit Spannung erwarteten Parlamentsdebatte über die Sicherheits- und Außenpolitik gesteht der sozialistische Ministerpräsident des Landes Madrid, Joaquin Legina: „Die Prügel, die wir jetzt beziehen, haben wir größtenteils verdient." Die bürgerliche Opposition wirft der sozialistischen Regierung vor, die Bürger zu täuschen. Bei ihrer Aufklärungskampagne zu Gunsten des Verbleibens in der NATO ginge es der Regierung Gonzalez nämlich nicht darum, die Bevölkerung über die Friedensaufgabe der Atlantischen Gemeinschaft zu unterrichten, sondern lediglich darum, die Position der Regierung, die früher gegen die NATO zu Felde zog, in der Partei selbst zu stärken.

„Selbst wenn wir wollten, könnten wir im Interesse der NATO uns nicht an der Abstimmung beteiligen", erklärte der Sprecher der bürgerlichen Opposition, Fraga Iribarne, die Empfehlung seiner Partei, sich der Stimme zu enthalten. Die Mitgliedschaft in der Atlantischen Gemeinschaft müsse, so betont Fraga, die Beteiligung an der militärischen Struktur als logisch mit einschließen. Ohne die Eingliederung in die Struktur wäre ein Verteidigungsbündnis sinnlos, meint er. In der Fragestellung des Referendums wird das aber ausgeschlossen. Etwas ähnliches gilt für die Aufstellung von Atomwaffen, die ebenfalls im Referendum ausgeschlossen wird: „Andere demokratische Länder wie die Bundesrepublik Deutschland und England, die die atomare Abschreckung als notwendig erachten, bekannten sich schließlich auch zur Mitverantwortung", heißt es dazu in einem Pressekommentar.

Spaniens erster Botschafter bei der NATO, der Christdemokrat Xavier Ruperez, der der bürgerlichen Opposition die Stimmenthaltung empfahl, erklärte gegenüber der WELT: „Der Schaden, den unsere Regierung mit ihrer Volksbefragung durch die Stärkung der Anti-NATO-Fronde in anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft anrichtete, ist schon jetzt groß." Ruperez, der Spanien als Delegationsleiter bei der KSZE vertrat, hatte entscheidend zum Beitritt seines Landes in die NATO im Sommer 1982 beigetragen. Jetzt fürchtet er um die Glaubwürdigkeit Spaniens im atlantischen Lager – egal, wie das Referendum ausfallen wird.

Kommunisten, Pazifisten und Grüne, die für den Austritt aus der NATO stimmen, werfen Gonzalez ebenfalls „Betrug" vor. Er habe seinen Wählern eine Volksabstimmung ursprünglich mit dem Ziel versprochen, die Allianz zu verlassen. Die Kommunisten zeigen sich jetzt entäuscht darüber, daß eine verschleierte Fragestellung nunmehr den Wunsch der Regierung klar erkennen läßt, in der NATO zu bleiben. Dennoch meinte der Koordinator der Anti-NATO-Kampagne, Professor Ramon Tamames, einst ZK-Mitglied der Kommunistischen Partei, zur WELT: „Die Umfragen zeigen, daß 60 Prozent gegen den Verbleib in der NATO stimmen werden."

In Berlin noch Unklarheit über Transitregelung

DW. Bonn/Berlin

Die Berliner Behörden haben noch keinen Überblick über die Auswirkungen der angekündigten Transit-Reisebeschränkungen für Ausländer. Dies werde frühestens Mitte der Woche möglich sein, sagte der Sprecher des Senators für Inneres, Hans Birkenbeul. Die Auffassung der „DDR", daß die Praxis der neuen „DDR"-Transitbestimmungen nicht für den Transitverkehr nach West-Berlin gelte, „da Berlin (West) unter Besatzungsrecht steht und nicht Bestandteil der Bundesrepublik ist und nicht von ihr regiert werden darf", wird als „formaler Rechtsstandpunkt" unter Hinweis auf das Berlin-Abkommen von 1971 bewertet.

Die Bundesregierung will zunächst abwarten und prüfen, wieweit sich die Einschränkungen der „DDR" auf West-Berlin auswirken. Wie es in Bonner Regierungskreisen hieß, werde man in Ost-Berlin vorstellig werden, falls es beim bisherigen Zustrom nach West-Berlin bleibe. Seit dem 1. Feburar will die „DDR" Bürger einiger Staaten nur noch dann in die Bundesrepublik Deutschland einreisen lassen, wenn sie eine Einreisegenehmigung haben.

In Bonn wurde darauf hingewiesen, daß es sich bei den neuen Transitbestimmungen um eine einseitige Maßnahme der „DDR" handele, über die die Bundesregierung vorab informiert wurde. Die Bundesregierung hatte die „DDR" wiederholt gebeten, die nach internationalem Recht gegebenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Zustrom über die „DDR" illegal einreisender Ausländer zu drosseln. Sie erwartet, daß künftig weniger Ausländer über Ost-Berlin in die Bundesrepublik kommen werden. Sichtvermerke und Aufenthaltserlaubnisse würden auch für West-Berlin gelten.

Kreml erhofft sich vom Austausch der Agenten ein positives Echo im Westen

Washington: Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen / Bonn hält sich zurück

WERNER KAHL, Bonn

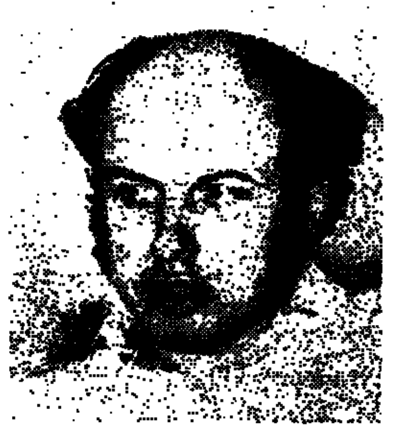
Zwischen Moskau und Washington wurden in den vergangenen Tagen unter Einschaltung Bonns und Ost-Berlins in zähen Verhandlungen gegenseitige Forderungen für einen größeren Gefangenenaustausch beraten. Von sowjetischer Seite war nach Informationen der WELT zu Beginn des Jahres der Wunsch an westliche Verhandlungspartner herangetragen worden, die beabsichtigte Tausch-Aktion noch vor der Eröffnung des Parteitages der KPdSU am 24. Februar stattfinden zu lassen.

In einem Bericht der „New York Times" bestätigten gestern namentlich nicht genannte Beamte der amerikanischen Regierung die Ankündigung der „Bild"-Zeitung, daß unter den auszutauschenden Gefangenen auch der sowjetische Regimekritiker Anatoli Schtscharanski sein werde. Schtscharanski, ein jüdischer Dissident, war in den siebziger Jahren einer der Führer der Bürgerrechtsbewegung in der UdSSR. Im Jahr 1978 wurde er wegen Verrats und antisowjetischer Agitation angeklagt und zu dreizehn Jahren Haft verurteilt.

In Washington wurde jedoch darauf hingewiesen, daß die Vorbereitungen für den Austausch, der acht bis zehn Häftlinge vorsehe, noch nicht abgeschlossen seien. Nach inoffiziellen Angaben wurde für die Aktion der 11. Februar mit dem Tauschplatz Glienicker Brücke, die West-Berlin und Potsdam verbindet, eingeplant. Von deutscher Seite wurden bisher weder in Bonn von dem im innerdeutschen Ministerium für humanitäre Aktionen zuständigen Staatssekretär Ludwig Rehlinger noch in Ost-Berlin, wo der Austauschexperte Wolfgang Vogel die Verhandlungen führt, Erklärungen abgegeben.

In unterrichteten Kreisen westlicher Hauptstädte wird dem „Rahmenprogramm" dieses Austausches größte Beachtung gewidmet. In Moskau verspricht man sich offenbar von der Einbeziehung eines langjährig verfolgten und hart bestraften Regimekritikers wie Anatoli Schtscharanski ein günstiges Echo auf die Kreml-Politik in der westlichen Öffentlichkeit.

Schon im Herbst hatten Bonn und Washington aus dem Kreml erfahren,



Anatoli Schtscharanski FOTO: KATHERINE YOUNG

daß Michail Gorbatschow nicht abgeneigt wäre, Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow aus der Verbannung in der für Ausländer gesperrten Stadt Gorki zu entlassen. Einem solchen Entschluß stehe jedoch das frühere „Njet" dreier Staats- und Parteichefs der UdSSR als Hindernis im Wege, ließen die Sowjets aus inoffiziellen Kanälen auch in Bonn verlauten.

Die Geste Gorbatschows, die ihm bereits Vorschußlorbeeren einbrachte, bestand schließlich darin, daß Jelena Bonner, die Ehefrau Sacharows, unmittelbar vor dem Genfer Treffen mit US-Präsident Reagan zu Ärzte-Konsultationen nach Italien und in die USA reisen durfte. In den USA gebe es nach sowjetischer Schätzung etwa sechs Millionen Juden, die durch derartige Aktionen für die Politik des Kreml gewonnen werden sollten, hieß es in Gesprächen mit Besuchern aus dem Ostblock.

Spekulationen, der in Südafrika zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilte Oppositionelle Nelso Mandela werde sich ebenfalls bei der Ost-West-Aktion gegen einen in Angola gefangengenommenen südafrikanischen Soldaten und zwei Sowjetdissidenten austauschen lassen, wies dessen Ehefrau Winnie Mandela zurück. Die Gleichsetzung des schwarzen Freiheitskämpfers mit einem kriminellen südafrikanischen Soldaten" zeige, daß ein entsprechendes Angebot des südafrikanischen Regierungschefs Pieter Willem Botha nicht ernst gemeint gewesen sei, sagte Frau Mandela.

Tatsächlich haben die Sowjets über Rechtsanwalt Wolfgang Vogel den Austausch des 37jährigen Anatoli Schtscharanski und weiterer Dissidenten gegen die Freilassung ihres hochkarätigen Agentenpaares Dieter Felix Gerhardt und dessen Schweizer Ehefrau Ruth angeboten.

Südafrika unterhält in der Sowjetunion kein Agentennetz, so daß die Russen stets auf Vermittlung dritter Staaten beziehungsweise auf Offerten zur Freilassung politischer Gefangener angewiesen sind. Der frühere Flottillenadmiral Gerhardt hatte die Sowjets über die Sicherheitslage Südafrikas am strategisch wichtigen „Kap der guten Hoffnung" informiert.

Initiative für Menschenrechte in der „DDR"

AP, Berlin

In der „DDR" haben sich landesweit mehrere Gruppen aus kirchlichen und autonomen Friedenskreisen gebildet, die sich des Themas Menschenrechte annehmen wollen. Dies geht aus einem gestern in Berlin bekanntgewordenen „Dokument III" einer Initiative „Frieden und Menschenrechte" hervor. In dem Text heißt es, daß die Gruppen sich „auf die Situation und Entwicklung im eigenen Land konzentrieren" wollen. Dem Dokument zufolge ging die Initiative von Mitgliedern Ostberliner Friedensgruppen aus, die Ende 1985 ein Menschenrechtsseminar in Ostberlin geplant hatten, das kurzfristig abgesagt werden mußte.

Mit der Absage sei die Verantwortung der Gruppen für das Zustandekommen eines Menschenrechtsseminars in der „DDR" nicht aufgehoben gewesen, heißt es in dem Schreiben. In einem Vorbereitungskreis seien Schwerpunkte einer weiteren Friedensarbeit festgelegt und insgesamt neun Arbeitsgruppen dazu gebildet worden. Zu wirklicher Arbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte sei es bisher in der „DDR" nicht gekommen. Sprecher der Initiative sind dem Dokument zufolge die Ostberliner Ralf Hirsch, Peter Grimm und Wolfgang Templin. Hirsch und Grimm sind auch Mitinitiatoren eines Briefes zum Jahr der Jugend, der auch im letzten Jahresbericht der Vereinten Nationen abgedruckt wurde.

BGH: Eine Bank muß mißtrauisch sein

DW. Karlsruhe

Wenn eine Bank bei einem Scheck keinen Verdacht schöpft, der auf eine für den Kunden ungewöhnlich hohe Summe ausgestellt ist, verletzt sie ihre Pflicht zur Echtheitsprüfung. Mit dieser Feststellung hat der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe der Klage eines Zahnarztes stattgegeben, der seine Hausbank wegen der Einlösung eines gefälschten Schecks auf Schadenersatz in Anspruch genommen hat. In seiner gestern veröffentlichten Entscheidung hält der BGH der beklagten Bank vor, ihre Angestellten hätten sich angesichts der für den Kunden ganz außergewöhnlich hohen Summe von 28 000 Mark Klarheit über die Echtheit des Schecks verschaffen müssen. Der Bundesverband Deutscher Banken, so ein Sprecher, werde das BGH-Urteil vor einer Stellungnahme genau prüfen. Auf Anfrage der WELT äußerten Bankenkreise Bedenken gegen das Urteil, weil die BGH-Argumentation von einer „ungewöhnlich hohen Summe" eine Ermessensfrage darstelle. (Aktenzeichen: II ZR 185/85).

Die Kirche in der „DDR" steuert unabhängigen Kurs

H.-R. KARUTZ, Berlin

Die evangelischen Christen in der „DDR" wollen auch weiter ihren unabhängigen Weg gehen und sich dabei um ein spannungsfreies Verhältnis zum kommunistischen Staat bemühen. Zugleich halten sie an ihrer „besonderen Gemeinschaft" mit den Christen in der Bundesrepublik fest.

Der neue Vorsitzende des Kirchenbundes, Thüringens Bischof Werner Leich (Eisenach), nannte nach seiner Wahl in Ost-Berlin den „Einsatz der Kirche für die Schwachen in der DDR-Gesellschaft" als eine Art Programm. Dabei werde sich die Kirche verstärkt um Randgruppen (Aussteiger, Wehrdienstverweigerer) bemühen. Leich machte deutlich, daß dies auch um den Preis weiteren „Konfliktpotentials" mit der Staatsseite geschehen müsse.

Der Leitende Bischof der fünf lutherischen Landeskirchen in Mitteldeutschland war am Wochenende wie erwartet zum Nachfolger seines sächsischen Amtsbruders Johannes Hempel (Dresden) an der Spitze des Kirchenbundes benannt worden. (DIE WELT vom 19. 12. 85). Der 56jährige Hempel war wegen seiner internationalen Aufgaben als einer der Präsidenten des Weltkirchenrats und der Führung seiner eigenen, eher „unruhigen" Landeskirche nicht mehr zu einer neuen Kandidatur bereit gewesen.

In Abwesenheit westlicher Reisekorrespondenten, denen das „DDR"-Außenministerium unter Bruch entsprechender Vereinbarungen von Bonn und Ost-Berlin durchweg die Teilnahme an der Synode verweigerte, sagte der 59jährige Leich nach seiner Wahl vor akkreditierten Journalisten: „Ich glaube, wir werden als Kirche einen Weg suchen müssen, auf dem wir deutlich machen, daß wir für die Schwachen in der Gesellschaft immer einzutreten bereit sind, auch dann, wenn wir deren Überzeugung als Kirche nicht zu unserer eigenen Überzeugung machen können. Aber sie dürfen gewiß sein, daß wir auf ihrer Seite Anwälte und redliche Helfer sein wollen." Zur Lage der Kirchen im Lande merkte Leich an, man lebe in einem Staat, in dem „eine starke Weltanschauung maßgebend" sei. Er setzte sich nachdrücklich dafür ein, gegenüber der Staatsseite auftretende Widersprüche offen zu erörtern. Leich verwies zugleich auf die in der Grundordnung des Bundes formell verankerte „besondere Gemeinschaft" mit den evangelischen Kirchen innerhalb der EKD.

Der neue Bundesvorsitzende, vorerst bis 1990 gewählt, benutzte bei der Beschreibung der kirchlichen Positionen innerhalb der „DDR" die aufschlußreiche Formulierung, man wolle sich in die Gesellschaft „einbringen". Leich vermied damit die übliche Standardvokabel von der „Kirche im Sozialismus".

Zu dem noch offenen, aber seit Herbst 1985 überfälligen Termin eines neuen Treffens zwischen Erich Honecker und Kirchenleitern äußerte sich Leichs Vorgänger, Bischof Johannes Hempel: „Es ist zugesichert." Allerdings habe die Staatsseite eine der „wesentlichen Bedingungen" auf kirchlicher Seite bisher nicht erfüllt, nämlich „sichtbare Ergebnisse für die Gemeinden" zu erzielen.

Für das Staat-Kirche-Verhältnis wird von Belang sein, welches „Kräftedreieck" der Neuling an der Spitze mit seinem neuen Vertreter Bischof Christoph Demke (Magdeburg) und Ost-Berlins Konsistorialpräsident Manfred Stolpe als Verbindungsmann zur SED-Spitze entfaltet. Ein Bruch des bisherigen „modus vivendi" liegt weder im Interesse der Kirche noch Honeckers.

Rau zu Gesprächen in Washington

dpa, Bonn

SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau ist gestern zu einem viertägigen Besuch in die USA abgereist. In Washington wird der nordrhein-westfälische Ministerpräsident mit US-Präsident Ronald Reagan, Außenminister George Shultz und zahlreichen anderen Politikern zusammentreffen. Am Donnerstag ist eine Begegnung des SPD-Politikers mit UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar vorgesehen. Rau wird vom außenpolitischen Sprecher der Bonner SPD-Fraktion, Karsten Voigt, und dem Berliner Bundestagsabgeordneten Dietrich Stobbe begleitet.

Mit ‚Sieg Heil' für Heß demonstriert

dpa, Berlin

Vor dem alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau haben 27 Personen aus Berlin und dem Bundesgebiet für die Freilassung des ehemaligen Hitler-Stellvertreters, Rudolf Heß, demonstriert. Nach Angaben der Polizei riefen die zumeist jungen Leute „Sieg Heil – Freiheit für Heß". Nach der Demonstration wurden sie mit ihrem Bus in der Gatower Straße in Spandau von einer britischen Militärpolizei gestoppt und bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten. Einen 18jährigen Mann aus Hamburg, der die eintreffenden Beamten mit dem Hitlergruß begrüßt hatte, nahm die Polizei fest. Die übrigen Demonstranten wurden nach einer Personenkontrolle wieder entlassen.

Gesamte Linke für Soares

Auch der KP-Kongreß bestätigt jetzt Unterstützung

AFP/DW. Lissabon

Der frühere sozialistische Ministerpräsident Mario Soares hat die notwendige Unterstützung der Kommunistischen Partei für die entscheidende Runde der Präsidentschaftswahlen erhalten. Bei den Stichwahlen am 16. Februar wird Soares gegen den Einheitskandidaten der Rechten, Diego Freitas do Amaral, antreten. Damit wird seine Kandidatur von der gesamten Linken Portugals getragen.

Im ersten Wahlgang hatten die drei Kandidaten der Linken insgesamt 54 Prozent der Stimmen bekommen. Sämtliche Stimmen der Rechten waren auf den Konservativen Freitas do Amaral gefallen. Er kam auf rund 46 Prozent der Stimmen. Meinungsumfragen der portugiesichen Presse sagen ein Kopf-an-Kopf-Rennen von Soares und Freitas do Amaral voraus, da der frühere sozialistische Ministerpräsident nach den Voraussagen nicht alle Linksstimmen der ersten Runde auf sich wird vereinen können. Soares hatte beim ersten Wahlgang am 26. Januar etwas mehr als 25 Prozent der Stimmen erhalten.

Bei einem Sonderparteitag der Kommunisten sprach sich eine Mehrheit von mehr als tausend Delegierten dafür aus, trotz starker Vorbehalte Soares Wahlhilfe zu leisten, um Freitas do Amaral besiegen zu können. Ausdrücklich wurde in der mit nur zwei Gegenstimmen angenommenen Resolution präzisiert, es handele sich weder um eine Unterstützung des früheren Regierungschefs noch seiner Politik, die die Kommunisten weiterhin entschieden bekämpfen würden.

Der Parteitag gab sich „keinen Illusionen über die politischen Konzeptionen und Praktiken von Soares" hin, gelangte jedoch zu der „unwiderlegbaren Schlußfolgerung, daß gegenwärtig die größte Gefahr von der ultra-reaktionären, faschistisierenden und aggressiven Kandidatur Amarals kommt".

Auch die von Anhängern des gegenwärtigen Staatschefs Eanes gebildete Demokratische Erneuerungspartei, die im ersten Wahlgang wie die Kommunisten für den unterlegenen Salgado Zenha gestimmt hatten, rief wie Maria Lourdes Pintasilgo, die dritte Linkskandidatin, die Wähler auf, für Soares zu stimmen.

„SPD-Polemik bei Sicherheitsgesetzen"

dpa, Bonn

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Paul Laufs, hat der SPD maßlose Polemik gegen die Datenschutz- und Sicherheitsgesetze vorgeworfen. Laufs betonte, es gehe nicht um die Ermächtigung der Sicherheitsbehörden zu bisland unbekannten Eingriffen in Bürgerrechte, wie eine „gewissenlose Stimmungsmache" behaupte. „Wir wollen mit den Neuregelungen die für die Belange der inneren Sicherheit erforderliche, im übrigen seit Jahren als verfassungsmäßig anerkannte Praxis der Sicherheitsbehörden gesetzlich festschreiben".



Dienstag, 4. Februar 1986
Nr. 29

Illusionäre Zielzonen

cd – Washingtons Währungspolitik scheint einen Wechsel von einem Extrem ins andere durchzumachen. Von der völligen Negierung der Tatsache, daß Wechselkurse überhaupt ein wirtschaftlich relevantes Datum sind, zu der Illusion, daß Notenbanken die Wechselkurse auf Dauer wirksam steuern könnten. Der erste Schritt auf diesem Wege war die New Yorker September-Vereinbarung über gemeinsame Notenbankinterventionen zur Abwertung des Dollars. Der zweite ist die wohl bevorstehende Washingtoner Initiative zur Verbesserung des Weltwährungssystems durch Zielzonen.

Aber lassen sich auf diese Weise extrem starke Wechselkursschwankungen tatsächlich wirksam begrenzen? Die Befürworter der Zielzonen scheinen nicht wahrhaben zu wollen, daß die zugegebenermaßen übertrieben erscheinenden Wechselkursausschläge nicht nur aus spekulativen Launen wildgewordener Devisenhändler resultieren, sondern daß sie die Reaktion der Märkte auf die auseinanderklaffende wirtschafts- und währungspolitische Entwicklung und vor allem auf falsche Weichenstellungen in der Finanz-, Geld- und Wirtschaftspolitik sind. Der unbestreitbare Zusammenhang zwischen dem Hin und Her des Dollars und den US-Defiziten im Haushalt und der Außenwirtschaftsbilanz ist ein Beispiel dafür.

Das Festzurren von Wechselkursen bleibt ein Kurieren an Symptomen, solange die Ursachen der Ausschläge nicht beseitigt werden. An der Unfähigkeit von Regierungen und Notenbanken zu einer Politik, die das Übel an der Wurzel anpackt, ist auch das Festkursssten von Bretton Woods zerbrochen.

Konsequenzen

J. G. – Der Absatz bleibt im Aufwärtstrend, die Preise zeigen Erholungstendenz. Trotz so positiver Signale auf seinem Markt kürzt nun der zum Viag-Bundeskonzern gehörende größte deutsche Aluminiumproduzent VAW seine Aluminiumoxid-Kapazität im Lippewerk Lünen um ein Drittel. Denn dieses aus ausländischem Bauxit im Ausland produzierte Vormaterial sei nun dort weit kostengünstiger als aus hiesiger Produktion, die obendrein beim Hüttenaluminium unter wachsendem Kostendruck der durch Umweltschutz-Auflagen steigenden Strompreise stehe. Diese auch für heimische Arbeitsplätze bitteren Konsequenzen werden in der deutschen Nichteisen-Metallindustrie seit langem warnend beschworen. Das haben viele vielmals als Unkerei abgetan. Jetzt werden die Zweifler von den Tatsachen eingeholt. Ein Prozeß, der weitere bittere Konsequenzen in stromintensiven heimischen Betrieben zeitigen wird. Gewußt haben das alle, geglaubt nur die jetzt Betroffenen.

Notleidende Milliarde

Von HEINZ HECK

Im August 1975 hat die damalige Bundesregierung auf dem Höhepunkt der deutsch-polnischen Beziehungen Warschau einen Finanzkredit von einer Milliarde Mark zu Traumkonditionen gewährt. Mit 25 Jahren Laufzeit (davon die ersten fünf sogar tilgungsfrei) und 2,5 Prozent Jahreszins waren sie nicht weit von denen für Entwicklungskredite (Kapitalhilfe) entfernt.

Um dem polnischen Regime einen so niedrigen Zinssatz zu ermöglichen, mußte der Bund seither – und muß mindestens bis zum Jahr 2000 – tief in die Tasche greifen. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt, mit der Abwicklung beauftragt, nahm die Mittel am Kapitalmarkt auf. Der Bund verpflichtete sich, die Differenz zwischen den von Warschau zu zahlenden 2,5 Prozent und dem tatsächlichen Marktzins aus dem Haushalt zu bestreiten.

Schon bei pünktlicher Vertragserfüllung hatte der Bund also, einen zehnprozentigen Marktzins unterstellt, in 25 Jahren über eine Milliarde Mark Zinssubventionen zu zahlen. Doch Polens politische und wirtschaftliche Turbulenzen machten Warschau auch die Bedienung dieses besonderes günstigen Kontrakts unmöglich.

Erstaunlich nur: In den seit Herbst andauernden erneuten Umschuldungsverhandlungen, die inzwischen weitgehend abgeschlossen sind, wurde die von Helmut Schmidt gewährte Milliarde weitgehend ausgespart. Mehr noch: In Bonn und Warschau herrscht auch heute noch Funkstille über das weitere Vorgehen. Dabei hat die jetzige Bundesregierung keine Veranlassung, mit Informationen hinterm Berge zu halten. Alle noch so schönen Ergebnisse von Umschuldungsverhandlungen führen aber so *lange nicht zur Wiederaufnahme* der Hermes-Bürgschaften und damit zur Kreditgewährung, wie auch dieses Kapitel nicht abgeschlossen ist.

Nur so viel ist bekannt, daß Warschau nach der ersten Rate 1980 die Tilgung eingestellt hat. Planmäßig müßten inzwischen aber 250 bis 300 Millionen Mark an die Kreditanstalt für Wiederaufbau zurückgeflossen sein.

Praktisch nimmt Warschau also seither einen höheren als den vertraglich vereinbarten Kredit in Anspruch, und die Differenz nimmt mit jedem Jahr, das das Regime in Polen seiner Zahlungsverpflichtung nicht nachkommt, um 50 Millionen Mark zu.

Zusätzlich mißlich für den Bund ist dabei, daß er auch für diese unvorhergesehene Inanspruchnahme die Zinsdifferenz an die Kreditanstalt in Frankfurt überweisen muß. Über das Ausmaß der Zusatzbelastung herrscht ebenfalls Schweigen. Zu erfahren ist lediglich, daß von 1976 bis 1985 rund eine halbe Milliarde Mark zum Ausgleich der Zinsdifferenz aus dem Bundeshaushalt nach Frankfurt geflossen ist. Im 86er Etat sind weitere 70 Millionen angesetzt.

Bei den nunmehr in aller Diskretion geführten Verhandlungen sollte die Bundesregierung sich mit der Gewährung weiterer Zugeständnisse zurückhalten. Die hier gewählte – und wohl einmalige – Konstruktion der Kreditgewährung mit Hilfe Bonner Zinssubventionen ist nicht nur sündhaft – und dauerhaft – teuer. Sie bewirkt auch, daß jede Konzession aus den geschilderten Gründen gleichsam doppelt bezahlt werden muß. Bonn sollte also unter anderem darauf dringen, daß die durch vertragswidrige Aussetzung der Tilgung entstandene Mehrbelastung des Bundeshaushalts – nachträglich – ausgeglichen wird.

Anfang der siebziger Jahre haben vor allem der damalige Kanzler Willy Brandt und sein getreuer Berater Egon Bahr mit subventionierten Milliardenkrediten für den Ostblock, auch für Moskau, geliebäugelt. Schon der einzige, vom Nachfolger Schmidt gewährte Kredit in Höhe „nur" einer Milliarde zeigt, daß die Folgekosten jeden Etat zu sprengen drohen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde sollte das Beispiel Polen nicht Schule machen.

Die Bundesregierung ist darüber *hinaus gut beraten, wenn sie* Warschau *jetzt* auf strikte Einhaltung der damals vereinbarten Konditionen drängt. Denn „Anwärter" auf subventionierte Kredite finden sich weltweit in großer Zahl, und jedes Zugeständnis schafft einen – teuren – Präzedenzfall. Dabei ist auch an die Frage der Rückflüsse deutscher Kapitalhilfe aus Entwicklungsländern zu denken. Auch hier sind neuerdings verstärkt Bemühungen zu beobachten, die früher vereinbarten Konditionen zu „strecken".

TEXTILINDUSTRIE / Zahl der Beschäftigten erstmals nicht mehr gesunken

Die langsame Erholung der Branche hat sich in diesem Jahr fortgesetzt

INGE ADHAM, Frankfurt

Zum ersten Mal seit mehr als 15 Jahren ist 1985 die Zahl der in der deutschen Textilindustrie Beschäftigten nicht weiter gesunken: Am Anfang und Ende des Jahres beschäftigte die größte deutsche Konsumgüterindustrie rund 232 000 Mitarbeiter. Denn auch im vergangenen Jahr hat sich die langsame Erholung der Textilkonjunktur fortgesetzt.

Die positive konjunkturelle Entwicklung wird auch spürbar in einem deutlichen Abbau der Kurzarbeiterzahl; sie fiel im Jahresdurchschnitt auf 5400 Beschäftigte zurück, das sind 37 Prozent weniger als 1984. Den höchsten Stand an Kurzarbeitern gab es übrigens im Mai, im Dezember waren im Gefolge der anhaltenden Aufwärtsentwicklung in der zweiten Jahreshälfte noch 3800 Kurzarbeiter gemeldet. Nur leicht um drei Prozent gesunken (auf 48 200 Personen) ist die Zahl der Arbeitslosen, die allerdings nur für Textil- und Bekleidungsindustrie gemeinsam erfaßt werden. Die Bekleidungsindustrie hat sich 1985 schlechter entwickelt als die Textilindustrie.

Die genaue Zahl der Betriebe zum Jahresende liegt noch nicht vor. 1984 war die Zahl der Betriebe wie seit langen Jahren üblich mit einer Rate von vier Prozent auf 1400 Unternehmen (mit mehr als 20 Beschäftigten) gesunken, gleichzeitig verminderte sich die Mitarbeiterzahl um zwei Prozent.

In einer ersten Stellungnahme zieht der Spitzenverband Gesamttextil in Frankfurt eine „bedingt positive" Bilanz. Die Produktion der deutschen Textilindustrie ist im vergangenen Jahr um zwei Prozent, der Umsatz um fünf Prozent auf 36,5 Milliarden DM gestiegen. Der „eigentliche Konjunkturmotor", so Gesamttextil-Präsident Ernst-Günter Plutte, war dabei wieder das Ausland. Denn dadurch, daß aus dem Ausland um neun Prozent höhere Bestellungen kamen als im Vorjahr, stieg der Auftragseingang an die deutschen Textiliten insgesamt um fünf Prozent; die Inländer erhöhten ihre Aufträge nur um vier Prozent. Der nach wie vor recht schwache inländische Textilabsatz spiegelt sich auch in der Entwicklung der Importe, die nur um fünf Prozent auf 33 Mrd. DM stiegen. Im Jahr zuvor waren sie noch mit einer Rate von 13 Prozent gewachsen.

Die Ausfuhr wuchs dagegen mit plus zwölf (i. V. 15) Prozent auf 25,5 Mrd. DM kräftig weiter. Der Einfuhrüberschuß, der der Branche regelmäßig Kummer bereitet, hat sich erstmals seit mehreren Jahren wieder verringert. Die Textilindustrie ist freilich auf einen weiteren Abbau des Defizits in der Textilhandelsbilanz aus. Die Handelsbeziehungen zu Entwicklungsländern, Schwellen- und Staatshandelsländern seien immer noch weitgehend Einbahnstraßen, beklagt Plutte, der fordert, bei den Verhandlungen für eine Verlängerung des Welttextilabkommens (WTA) eine stärkere Marktöffnung auf Gegenseitigkeit durchzusetzen. Das „unbeliebte" WTA wertet Plutte als „vernünftigen Interessenausgleich" und die „vernünftigste aller realistischen Optionen".

Zu den erfreulichsten Entwicklungen im vergangenen Jahr zählt Plutte die Tatsache, daß es bei Textildesign und Mode „made in Germany" geradezu einen Ruck gegeben habe. Die geschmacklichen Leistungen des deutschen Textilsektors hätten auch das Ausland aufmerken lassen und fänden zunehmend Anerkennung.

In diesem Jahr wird sich nach Einschätzung von Gesamttextil die Konjunkturerholung für die Textilbranche fortsetzen. Dafür spricht auch die gegenwärtige Auftragslage. In den letzten Monaten des vergangenen Jahres haben sich übrigens die Aufträge aus dem Inland besser entwickelt als die Auslandsaufträge. Die erwartete Zunahme beim privaten Verbrauch wird nach Einschätzung des Spitzenverbandes in diesem Jahr auch die Chancen der konsumnahen Sparten der Textilindustrie verbessern, die bisher im Schatten der Konjunktur standen. Dazu gehören besonders die Hersteller von textilen Ausstattungen für's Heim, die anläßlich ihrer internationalen Messe in Frankfurt Anfang Januar über wieder anspringende Nachfrage berichteten.

WÄHRUNGSPOLITIK

Bundesbank hält Zielzonen nicht für realisierbar

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Auf wenig Verständnis stoßen im Hause der Deutschen Bundesbank amerikanische Überlegungen zur Verbesserung des internationalen Währungssystems durch die Einführung von Zielzonen, die Wechselkursschwankungen innerhalb eines von Notenbanken mit Interventionen verteidigten weiten Rahmens einschränken sollen. In Washington mutmaßt man, daß Präsident Reagan heute in seinem Bericht zur Lage der Nation die Unzufriedenheit der Administration mit dem Währungssystem zum Ausdruck bringen und seinen Finanzminister Baker mit einer Studie zur Verbesserung beauftragen wird, die dem Tokioter Weltwirtschaftsgipfel im Mai vorgelegt werden soll. Diese Studie werde, so wird in Washington spekuliert, zu dem Ergebnis kommen, daß die Einführung von Zielzonen wünschenswert sei.

Die Bundesbank nimmt zwar zu diesen Versionen aus Washington nicht offiziell Stellung. Aus bisherigen Stellungnahmen zu diesem Thema ist jedoch bekannt, daß die Frankfurter Währungshüter diese schon seit langem von Fred Bersten, dem früheren demokratischen Finanzstaatssekretär und jetzigen Chef des Institute for International Economics propagierten Pläne für nicht realisierbar hält. Nach Auffassung der deutschen Währungspolitiker gibt es keine Alternative zu frei schwankenden Wechselkursen, solange die Wirtschaftsgroßmächte unterschiedliche finanz- und wirtschaftspolitische Prioritäten setzen. Außerdem seien *die Notenbanken angesichts der* riesigen Umsätze am Devisenmarkt, die auf täglich etwa 150 Milliarden Dollar geschätzt werden, im Ernstfall nicht in der Lage, bestimmte Kurse mit Interventionen zu verteidigen.

Die Einführung von Zielzonen wird zwar auch von Frankreich und Japan unterstützt; dennoch zweifelt man, ob sich im Zehnerclub im Internationalen Währungsfonds (IWF) eine Mehrheit für derartige Vorschläge ergäbe. Die letztjährige Studie war eindeutig zu dem Schluß gekommen, daß das auf flexiblen Wechselkursen beruhende internationale Währungssystem funktionsfähig ist und daß keine Notwendigkeit für eine grundlegende Reform besteht.

Internationale Währungsexperten beobachten zwar schon seit einiger Zeit Anzeichen für einen Wandel in der Washingtoner Einstellung zu Wechselkursfragen, der mit dem Wechsel von Regan zu Baker an der Spitze des Finanzministeriums einherging. Doch herrscht der Eindruck, daß es sich dabei weniger um einen wirklichen auch theoretisch fundierten Umdenkprozeß handelt als vielmehr um eine Strategie, mit der Präsident Reagan den Protektionisten, die mit dem steigenden Dollarkurs im vorigen Jahr mächtigen Auftrieb bekommen haben, den Wind aus den Segeln nehmen will.

AUF EIN WORT



„Die Wirtschaft ist die unverzichtbare materielle Basis, an die auch die anderen Lebensäußerungen gebunden sind. Deshalb ist es legitim, wenn die Wirtschaft öffentlich sagt, was sie leisten kann und welcher Voraussetzungen sie zu ihrer Leistung bedarf."

Berthold Leibinger, Präsident der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar, Stuttgart. FOTO: DIE WELT

Weltseeverkehr in neuer Flaute

dpa/VWD, Kiel

Die Lage der Seeschiffahrt wird sich auch in diesem Jahr nicht bessern. Zu diesem Ergebnis kommt das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) in seiner jüngsten Analyse des Weltseeverkehrs. Trotz anhaltender Expansion des Welthandels haben sich danach auf einigen Teilmärkten sogar Schwächetendenzen gezeigt. Die Reedereien werden 1986 neuen Schwierigkeiten gegenüberstehen. Die Tankschiffahrt – vor allem die Großtanker – werde trotz beschleunigtem Abwrackens noch von zu hohen Kapazitäten bestimmt, was sich auch auf die Märkte der kleinen und mittelgroßen Tanker auswirke.

HAUS- UND GRUNDEIGENTÜMER

Neue-Heimat-Mieter sollten Wohnungen nicht erwerben

hg. Bonn

„Abwälzung des Risikos auf einkommenschwache Bevölkerungskreise" – so nennt Theodor Paul, Präsident des Zentralverbands der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, die Umwandlung von Wohnungen der Neuen Heimat in Eigentumswohnungen. Dies Sanierungskonzept sei politisch nicht zu verantworten. Paul warnte die Bundesregierung davor, durch Gewährung öffentlicher Mittel für den Wohnungserwerb „die Mieter in nicht überschaubare wirtschaftliche Risiken zu stürzen".

Jeder Mieter, der eine umgewandelte Wohnung als Eigentum erwerbe, laufe Gefahr, bei einer späteren Veräußerung Geld zu verlieren, weil vor allem die von der Neuen Heimat gebauten Großsiedlungen nicht mehr den heutigen Wohnbedürfnissen entsprächen: „Die kann man einfach nur noch sprengen", sagte Paul. Außerdem gehe jeder Käufer das Risiko ein, neben dem Kaufpreis kurzfristig „mehrere tausend Mark" für Instandsetzungsmaßnahmen aufwenden zu müssen. Ängste der Mieter vor Vertreibung aus ihren Wohnungen nannte Paul indes „völlig unbegründet": Der neue Eigentümer habe gegenüber den Mietern genau dieselben Pflichten wie der bisherige.

Paul äußerte Zweifel an den Angaben der Neuen Heimat, einem Schuldenpaket von 18 Milliarden Mark stehe ein Vermögensbestand von 22 Milliarden gegenüber. *Da sie vielfach am* Markt vorbei gebaut worden seien, werde der Wert dieses Wohnungsbestandes bis Mitte der neunziger Jahre auf 15 Milliarden Mark gesunken sein.

HERTIE

Weitere Filialen werden zur Jahresmitte geschlossen

adh. Frankfurt

Der Hertie Warenhauskonzern will zur Jahresmitte fünf weitere Warenhäuser schließen. Darüber informierte der Hertie-Vorstand am Montag den Wirtschaftsausschuß und die Betriebsräte. Betroffen von der Maßnahme sind 1500 (der insgesamt 42 000) Beschäftigten in den Warenhäusern in Bremen, Bremen-Vegesack, Osnabrück, Ratingen und Lünen, wo ursprünglich versucht worden war, die Filiale durch Umstrukturierung zu retten.

Bereits Ende letzten Jahres hatte Hertie, mit 124 Warenhäusern und 5,87 Mrd. DM Jahresumsatz (1985) drittgrößter deutscher Warenhauskonzern, die Schließung von drei Ruhrgebietsfilialen zum 31. März 1986 bekanntgegeben. Die jetzt betroffenen fünf Verlustfilialen haben nach Angaben des Hertie-Vorstands in den letzten sechs Jahren 104 Mill. DM Betriebsverluste gemacht; alle Bemühungen, diese Verluste nachhaltig zu verringern, seien trotz des „hohen Einsatzes der Mitarbeiter" und rund 23 Mill. DM Modernisierungsinvestitionen an dem sich ständig verschlechternden Umfeld gescheitert.

Der Hertie-Konzern will aus eigener Kraft aus seiner langen Verlustperiode herauskommen. Angesichts der anstehenden Probleme – rund 20 Häuser gelten noch als „Problemhäuser" – drängt die Zeit. Denn in den Jahren 1977 bis 1984 fielen bei dem Warenhauskonzern, der zu 97,5 Prozent der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung gehört (sie fördert vor allem die Multiple-Sklerose-Forschung), gut 500 Mill. DM Verluste an, deutlich mehr als das Stammkapital (300 Mill. DM). Auch für 1985 werden noch gut 100 Mill. DM Verluste hinzukommen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Jacobs: Kartellamt stoppt Beteiligung an Rothfos

Berlin (dpa/VWD) – Das Bundeskartellamt in Berlin will die geplante Beteiligung der Jacobs Suchard AG, Zürich, am Kaffeehandelshaus Bernhard Rothfos KGaA, Hamburg, nicht zulassen. Wie der Sprecher des Amtes auf Anfrage bestätigte, wurde den Unternehmen in einem Abmahnungsschreiben mitgeteilt, daß der Zusammenschluß untersagt werden wird. Durch das Vorhaben würde die überragende Marktstellung von Rothfos auf dem Beschaffungsmarkt für Rohkaffee verstärkt, außerdem würde auf dem Röstkaffeemarkt ein marktbeherrschendes Oligopol entstehen, argumentiert die Wettbewerbsbehörde. Rothfos ist der größte deutsche Kaffeeimporteur, Jacobs einer der bedeutendsten Kaffeeröster. Die Kartellwächter gehen davon aus, daß gegenwärtig auf dem Röstkaffeemarkt noch wesentlicher Wettbewerb insbesondere durch Handelsmarken besteht.

6,34 Prozent Rendite

Frankfurt (dpa/VWD) – Die neue Bundesanleihe über drei Milliarden DM kommt mit einer Rendite von 6,34 Prozent auf den Kapitalmarkt. Der Ausgabekurs beträgt 100,25 Prozent, der Zinssatz 6,375 Prozent und die Laufzeit zehn Jahre. Verkauft wird die Anleihe vom 5. bis 7. Februar, wie die Deutsche Bundesbank gestern in Frankfurt mitteilte.

Verlage haben Sorgen

Frankfurt/Dortmund (dpa/VWD) – Seit 1980 zurückgehende Schülerzahlen und schrumpfende Schulbuchetats haben die deutschen Schulbuchverlage in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht. In einer Erklärung des von den Schulbuchverlagen getragenen Frankfurter Instituts für Bildungsmedien heißt es, daß von den heute arbeitenden 71 Schulbuchverlagen in fünf Jahren nur noch „50 bis 55" übrig sein werden. Am härtesten treffe die Verlage das in der Praxis üblich gewordene Kopieren aus Schulbüchern. 1981 hätten noch 84 Verlage Schulbücher proudziert. Die Umsätze seien seit 1981 um 35 Prozent auf 340 Mill. DM gesunken, die Zahl der Schüler sei von 11,5 auf zehn Mill. zurückgegangen. Die Ausgaben der Länder und Kommunen für Schulbücher werden nach Angaben des Instituts in diesem Jahr „einen Stand erreichen, der demjenigen Mitte der fünfziger Jahre entspricht".

Mehr Fernwärme

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Stromversorger in der Bundesrepublik haben 1985 sieben Kraftwerke in Betrieb genommen. die auch Fernwärme liefern. Die Anlagen haben zusammen eine elektrische Leistung von 1 384 Megawatt, teilte die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke in Frankfurt mit. Im Bau waren Ende 1985 bei den öffentlichen Versorgern fünf neue Kraftwerksblöcke mit 1435 Megawatt.

Neue Pensionsgeschäfte

Frankfurt (cd.) – Die Bundesbank ersetzt die am Mittwoch auslaufenden Wertpapierpensionsgeschäfte über vier Mrd. DM zu 4,60 Prozent und über 6,4 Mrd. DM zu 4,55 Prozent durch neue Pensionsgeschäfte als Mengentender. Die erste Tranche mit einem Festzins von 4,50 Prozent läuft 28 Tage bis zum 5. März, die zweite zum Festzins von 4,55 Prozent 63 Tage bis zum 9. April.

Plus bei Compact Discs

Hamburg (dpa/VWD) – Die Tonträgerbranche in der Bundesrepublik hat nach Jahren der Stagnation wieder Grund zur Freude: Nach einer Schätzung der EMI Electrola GmbH, Köln, dürfte die Branche 1985 wertmäßig einen Zuwachs von rund acht Prozent erreicht haben. Im Jahr zuvor gab es noch einen Rückgang von zwei Prozent. Die anhaltenden Einbußen im Bereich der Normalpreis-LP und Musicassette (MC) sowie der Single konnten laut EMI durch einen Boom bei den Maxi-Singles, starke Zuwächse bei billigen Tonträgern und enorm hohe Steigerungen der Stückzahl bei den Compact Discs (CD) wettgemacht werden.

ISRAEL

Mehr Effizienz in der Förderung der Forschung

HEINZ HECK, Bonn

Die beim Deutschland-Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Peres bekanntgewordene Absicht Bonns, die israelische Forschung zusätzlich mit einem Betrag von 75 Millionen Mark zu unterstützen, sollte „dringend hinsichtlich ihrer möglichen Wirksamkeit ... überprüft werden". Das hat der CDU-Abgeordnete Dietrich Austermann, Berichterstatter für den Forschungsetat im Haushaltsausschuß, jetzt in Bonn gefordert.

Austermann erinnert an die seit vielen Jahren „beispielhafte Forschungszusammenarbeit". Bonn stelle jährlich rund 20 Millionen Mark für Schwerpunkte wie die Förderung der Grundlagenforschung sowie die Unterstützung des Weizmann-Instituts und der hebräischen Universität in Jerusalem bereit.

Nach den Gesprächen des Bundeskanzlers *mit* Peres sei unter anderem vorgesehen, neue Stiftungen und Institute einzurichten. Hierzu gibt Austermann zu bedenken, daß schon zur Finanzierung bestehender Stiftungen mehr Anträge vorlägen als Geld vorhanden sei, weshalb man die Haushaltsansätze für 1986 erhöht habe. Sein Plädoyer lautet im Kern, lieber bestehende Institute besser zu dotieren, als neue zu gründen.

Ergänzend ist zu erfahren, daß Israel die von Bonn erwarteten 75 Millionen Mark zunächst am Kapitalmarkt anlegen und mit den Zinserträgen Projekte finanzieren will. In Bonn wird derzeit erörtert, ob man Israel nicht besser Beträge in Höhe der mutmaßlichen Zinserträge bewilligen soll, statt in Bonn Geld aufzunehmen, das anschließend in Israel auf den Kapitalmarkt zurückkehrt.

REINHEITSGEBOT / Europäischer Gerichtshof hört Standpunkt deutscher Brauer

Bier vor dem Luxemburger Kadi

HANS BAUMANN, Essen

Heute hört in Luxemburg der Europäische Gerichtshof den Standpunkt der deutschen Brauwirtschaft zum Reinheitsgebot von 1516, das – im Biersteuergesetz verankert – vorschreibt, daß in der Bundesrepublik nur Bier verkauft werden darf, das aus den Rohstoffen Wasser, Gerste, Hopfen und Hefe hergestellt ist. Jegliche Zusätze sind verboten.

Dieser mündliche Vortrag der deutschen Brauer in Luxemburg wird keine neuen Argumente gegenüber den bereits schriftlich vorgetragenen enthalten. Er wird sich im wesentlichen auf Artikel 36 des EWG-Vertrages stützen, der nationale Einfuhrbeschränkungen zuläßt, wenn sie dem Schutze der Gesundheit und des Lebens der Bürger dienen.

Artikel 36 darf allerdings nicht der willkürlichen Diskriminierung dienen, noch verschleiert den Handel zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft beschränken. Für solche Ausnahmeregelungen gibt es zahlreiche Beweise, etwa das Verbot der Niederlande, Lebensmittel einzuführen, die mit Vitaminen A oder D angereichert sind, deren Vertrieb jedoch in anderen EG-Ländern nicht untersagt ist.

Der Europäische Gerichtshof wird prüfen, ob Artikel 36 auf das deutsche Reinheitsgebot anzuwenden ist, oder ob Artikel 30 zum Zuge kommen muß, der mengenmäßige Einschränkungen im Handel zwischen den Mitgliedstaaten der EG sowie alle Maßnahmen gleicher Wirkung verbietet. Setzt sich Artikel 30 durch, dann dürfen künftig auch Biere eingeführt und angeboten werden, die auf der Basis von Reis, Hirse, Maniok, Mais, Tapioka und ähnlicher Feldfrüchte hergestellt sind. Erlaubt ist dann aber auch der im Ausland übliche Zusatz von Chemikalien zum Bier, um dessen Haltbarkeit zu erhöhen, ihm mehr Glanz zu verleihen oder den Schaum zu stabilisieren. Deutsche Braulaboratorien fanden in ausländischen Bieren bis zu 60 verschiedene chemische Zusätze.

Die deutsche Brauwirtschaft wird in Luxemburg darauf verweisen, daß die Gefahr für die Gesundheit der Bürger in der Bundesrepublik besonders groß sei, weil hier der Bierkonsum mit 145 Liter pro Kopf die negative Wirkung der chemischen Zusätze kumuliere. Zudem kann die deutsche Brauwirtschaft darauf verweisen, daß die Freizügigkeit des Handels mit Bier in der Europäischen Gemeinschaft gewahrt ist, wenn Importbiere nach dem Reinheitsgebot hergestellt werden. Als Beispiele mit reicher Tradition können das dänische Tuborg, das tschechische Pilsener Urquell und das elsässische Kronenbourg angeführt werden.

BERUFSAUSBILDUNG

Drei Fünfen im Schulzeugnis sind kein Kündigungsgrund

SIEGFRIED LÖFFLER, Kassel

Das Berufsbildungsgesetz regelt die Rechte und Pflichten der Auszubildenden und schützt diese auch vor willkürlichen Kündigungen. Es gibt allerdings keine Garantie auf Weiterbeschäftigung nach Abschluß der Ausbildung. Nach Paragraph 13 des Gesetzes beginnt das Berufsausbildungsverhältnis mit einer Probezeit von mindestens einem und höchstens drei Monaten. Während dieser Probezeit kann der Ausbildende jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist den Vertrag kündigen.

Tut er es später, muß er schon schwerwiegende Gründe vorbringen, muß nach Paragraph 15 Abs. 2 des Gesetzes „ein wichtiger Grund" vorliegen, wie bei einer fristlosen Kündigung eines Arbeitnehmers, der seine Ausbildungszeit längst beendet hat und zeitlich unbefristet beschäftigt ist. Der Arbeitgeber muß dann vor dem zuständigen Arbeitsgericht überzeugend nachweisen, daß ihm die Tatsachen (zum Beispiel die Informationen über einen Diebstahl), die ihn zur fristlosen Kündigung veranlaßten, nicht länger als 14 Tage vor Kündigungsausspruch bekannt waren. Die Kündigungsgründe müssen also einer gerichtlichen Überprüfung standhalten.

Vertragsauflösung nach der Probezeit

Natürlich können auch extrem schlechte Leistungen eines Auszubildenden ein Grund zur Kündigung sein. Da muß der Ausbilder aber schon während der Probezeit aufpassen; nach spätestens drei Monaten stellt es sich ja auch heraus, ob der Auszubildende etwas kann und wenigstens bereit ist, etwas zu lernen oder ob jede Mühe von vornherein umsonst ist. Wenn der Arbeitgeber nach Ablauf der Probezeit mangelhafte Noten im Berufsschulzeugnis moniert und für den Fall, daß die Noten nicht besser werden, mit einer Auflösung des Ausbildungsverhältnisses droht, wird er damit den faulen oder dummen Lehrling längst nicht los.

In einem Fall aus Schleswig-Holstein hatte eine Werft einem Lehrling, der drei Fünfen im Berufsschulzeugnis hatte, mit der Auflösung des Ausbildungsverhältnisses gedroht, wenn er erneut mangelhafte Noten erhielt. Es hätte ihm also auch nichts genutzt, wenn er innerhalb eines halben Jahres in zwei Fächern nicht mehr mangelhaft beurteilt worden wäre. Nachdem es dem Lehrling nicht gelungen war, alle Fünfen wegzubekommen, erklärte die Werft das Ausbildungsverhältnis für beendet. Nach der Entscheidung 2 AZR 61/85 vom 5. 12. 1985 des Bundesarbeitsgerichts ist es nicht zulässig, daß zwischen Ausbilder und Auszubildenden eine Beendigung des Ausbildungsverhältnisses aus einem derartigen Grund vereinbart wird. Eine solche Regelung ist immer dann unzulässig, wenn sie objektiv zur Umgehung des Kündigungsschutzes führt und eine Nachprüfung des „wichtigen Grundes" unmöglich macht.

Auf ein Jahr befristete Beschäftigung erlaubt

Da viele Unternehmen in den vergangenen Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze bewußt über den eigenen Bedarf hinaus ausgeweitet haben, wird auch nach einer erfolgreich abgeschlossenen Lehre die Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis immer häufiger zu einem Problem. Es gibt aber erfreulicherweise Arbeitgeber, die ausgelernte Auszubildende zunächst befristet weiterbeschäftigen, damit sie sich aus einem bestehenden Arbeitsverhältnis heraus um eine andere Stelle bewerben können oder zumindest später ein höheres Arbeitslosengeld bekommen.

Nach der Entscheidung 2 AZR 9/85 vom 12. 12. 1985 des Bundesarbeitsgerichts ist die befristete Weiterbeschäftigung zumindest für ein Jahr dann sachlich gerechtfertigt, wenn „soziale Gründe für die Befristung ausschlaggebend waren und nicht das Interesse des Arbeitgebers an der Beschäftigung im Vordergrund stand". Der Arbeitgeber muß im Zweifel vor dem Arbeitsgericht nachweisen, daß die sozialen Motive nicht vorgeschoben waren.

Lag allerdings ein Dauerbedarf an Arbeitskräften vor, den der Unternehmer sonst durch die Einstellung anderer Arbeitskräfte hätte decken müssen, dann wäre kein soziales Motiv für die befristete Weiterbeschäftigung eines ausgelernten Auszubildenden zu erkennen. In einem derartigen Fall würde aus einem (unzulässig) befristeten ein festes Arbeitsverhältnis.

MANAGEMENT / WELT-Gespräch mit dem Unternehmensberater Wolfram Hatesaul

Wie Manager in einem Konklave Probleme ihres Unternehmens lösen

HEINZ STÜWE, Bonn

Führungskräfte beklagen häufig, daß sie viel zu wenig Zeit finden, sich mit grundsätzlichen Problemen ihres Unternehmens zu beschäftigen. Das ist, wie der Bonner Unternehmensberater Wolfram Hatesaul bestätigt, nicht nur das subjektive Gefühl einiger weniger. „Viele Führungskräfte werden einfach von der Tagesarbeit aufgefressen. Immer wieder stellen wir in unserer Beratungspraxis fest, daß sie zwar über qualifizierte Kenntnisse der Probleme und Chancen ihres Unternehmens sowie über das Know-how zur Bewältigung von Schwierigkeiten verfügen, ihr Wissenspotential und das ihrer Mitarbeiter aber nicht optimal nutzen."

Bei akuten Problemen werde die Lösung dann häufig einem externen Berater übertragen. Die Hilferufe lauteten dann etwa so: „Die Außendienstkosten laufen uns davon, die Verkaufsergebnisse sind mager, obwohl wir rund um die Uhr arbeiten." Die Berater stoßen dann nach Hatesauls Erfahrung aber nicht selten auf große Vorbehalte bei den Betroffenen nach dem Motto „Die haben ja keine Ahnung, wie man Stahlblech verkauft." Für solche und ähnliche Fälle, die dadurch charakterisiert sind, daß

- die Problemlösungssituation sehr diffus ist und nur die Sxmptome bekannt sind,
- die Kommunikation zwischen den Beteiligtenunbefriedigend ist,
- emotionale Komponente oder die Tagesarbeit eine konsequente Problembearbeitung verhindern,
- das fachliche und betriebsspezifische Know-how im Unternehmen vorhanden ist, jedoch nicht zur Problemlösung genutzt wird,

empfiehlt Hatesaul eine besondere Strategie. Sie wurde in seiner Beratungsfirma, der P&M Personal & Management Beratung Wolfram Hatesaul GmbH, entwickelt und läuft unter der Bezeichnung „Synergieprogramm für unternehmerische Problemlösung". „Wir gehen dabei von einer einfachen Grundphilosophie aus," erläutert Hatesaul. „Das größte Wissen über die Problemsituation und das beste Know-how über mögliche Ansätze zur Bewältigung liegen in den Köpfen der Mitarbeiter, die täglich mit den Abläufen des Unternehmens konfrontiert sind."



„Immer wieder stellen wir fest, daß Führungskräfte das Wissen und Können ihrer Mitarbeiter nicht optimal nutzen." FOTO: LUDWIG

Folgerichtig müssen die Betroffenen die Problemlösung selbst erarbeiten. Eine Gruppe von Führungskräften – maximal zwölf – beschäftigt sich unter Moderation des Unternehmensberaters drei Tage lang intensiv mit dem Problem – in einem Synergieworkshop. Dabei geht es darum, im Wortsinn von Synergie alle Energien zusammenzufassen und auf ein Ziel auszurichten. Der Teilnehmerkreis umfaßt Mitglieder der ersten und zweiten Führungsebene sowie Spezialisten für die jeweilige Frage.

Im ersten Schritt bekommt jeder Teilnehmer ein paar Karten in die Hand gedrückt mit der Aufforderung, einfach aufzuschreiben, wo er in Zusammenhang mit dem Thema Probleme sieht. So ging es auch den Managern des Pharma-Unternehmens, bei dem Zweifel aufgetaucht waren, ob einige Präparate die versprochene Heilwirkung hatten. Sie mußten sich zunächst einmal Gedanken darüber machen, ob dies an der innerbetrieblichen Dokumentation oder aber an Mängeln in der Forschung lag.

Die beschrifteten Kärtchen (ohne Namensnennung) werden eingesammelt und nach Problembereichen strukturiert. Anschließend werden die Einzelprobleme gewichtet. Daraus ergibt sich schließlich eine Prioritätenskala. Mit den als vorrangig erkannten Fragen befaßt sich dann je eine Arbeitsgruppe, die Hatesaul nach einem überraschenden Rezept zusammenstellt: „Zwei Personen gehören immer dazu: Der jeweilige Fachmann und derjenige, der am wenigsten mit der Sache zu tun hat." Die Arbeitsgruppen tragen ihre Diskussionsergebnisse dem Plenum vor, wo sie kritisch abgeklopft werden. Am Schluß steht dann ein Maßnahmenkatalog mit Zielen, Zeitplänen und Verantwortlichkeiten. Die Fragen „Wer macht was?" und „Wer kontrolliert die Ergebnisse" hält Hatesaul für besonders wichtig.

Das Beratungsergebnis sorgt nicht selten für Überraschungen: Bei dem Pharma-Unternehmen etwa war es eine Diversifikation in den Sportgeräte-Markt. Hatesaul will die Synergie-Methode aber nicht auf Grundsatzfragen der Unternehmensstrategie beschränkt wissen. Seiner Ansicht nach ist sie, wenn es darum geht, den Krankenstand und die Fluktuation zu senken, genau so anwendbar wie bei organistorischen Problemen. Hatesaul berichtet von einem Unternehmen, das sich mit besonders hohen Lagerkosten abquälte. „Das Rohstofflager unterstand dem Einkauf, das Halbfertigwarenlager der Produktion und das Fertigwarenlager dem Verkauf. Natürlich war jede Abteilung aus ihrer Sicht an einem großen Lager interessiert." Die naheliegende und von allen getragene Problemlösung: Die Läger wurden zusammengefaßt und der kaufmännischen Leitung zugeordnet. Dadurch seien die Maschinenkosten um ein Drittel und die Personalkosten um zehn Prozent gesenkt worden.

Hatesaul sieht den Hauptvorteil des Synergieworkshops darin, daß alle Beteiligten in die Problemlösung einbezogen seien und sich später auch „den Erfolg auf ihre Fahne schreiben können." Denn, den Kern des Problems herauszufinden, sei einem Unternehmensberater auch bei herkömmlicher Vorgehensweise meist recht schnell möglich.

„Schwierig wird es aber, wenn Emotionen zu überwinden sind, wenn jeder glaubt, er müsse Macht abgeben." Solche Hemmnisse können, davon ist Hatesaul überzeugt, in einem Synergieworkshop überwunden werden, wenn die Teilnehmer das Gefühl haben, daß ihr Ideen berücksichtigt werden.

WIRTSCHAFTSINGENIEUR-STUDIUM

Transport-Spezialisten mit dem Bezug zur Praxis

JOCHEN WERWATH, Stade

Der internationale Wettbewerb verschärft sich, die Produktionsabläufe werden durchgängiger und bereichsübergreifender, die Konzeption der Güterbewegung hat zunehmend Einfluß auf den betrieblichen Erfolg. Das Wort Logistik ist in aller Munde, Fachkräfte sind gesucht.

Die Hochschule Bremerhaven hat sich bereits vor zehn Jahren diese Erkenntnis zu eigen gemacht und bildet seit 1976 als bisher einzige Hochschule Diplom-Wirtschaftsingenieure für Transportwesen aus. Das sechssemestrige Fachhochschul-Studium ist eine technisch-ökonomische Ausbildung, die auf die Bedürfnisse des Transportsektors zugeschnitten ist.

Im Grundstudium zählen Englisch, Mathematik, EDV, Physik, Chemie, Werkstoffkunde, Elektrotechnik, Transporttechnik, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Allgemeines Recht zu den zentralen Fächern, während im Hauptstudium Transporttechnologie, Warenkunde und Ladungspflege, Transport gefährlicher Güter, Volkswirtschaftslehre, Transportökonomie, Organisations- und Führungslehre, Handelsrecht und Transportrecht angeboten werden. Die abschließende Diplomarbeit wird zunehmend in Zusammenarbeit mit Unternehmen der Praxis erstellt, die die Erkenntnisse der Diplomanden in die Tat umsetzen: Praxisnähe wird groß geschrieben. Im Rahmen dieser praktischen Diplomarbeit wurden in der Vergangenheit Lagerkonzeptionen, Routenplanungen und Standortanalysen oder Distributionskonzepte erarbeitet.

Pro Jahr verlassen etwa 60 Absolventen die Hochschule. Sie finden bisher entweder durch den Kontakt mit der Wirtschaft sofort oder aber in der Regel nach zwei Monaten eine Anstellung. Da nicht alle Absolventen vorher eine Berufsausbildung absolviert haben, liegen die Anfangsgehälter zwischen 2800 und 3600 DM. Der (auch finanziell) steigende Karriereverlauf ist jedoch vorgezeichnet und führt in der Regel schnell in die Abteilungs- oder Hauptabteilungsleitung. Die Einkommensspanne dort beginnt je nach Unternehmensgröße bei 60 000 bis 70 000 DM im Jahr.

Diplom-Wirtschaftsingenieure für Transportwesen sind inzwischen tätig als Verkehrs- und Lagerplaner, in Verkehrs- und Transportabteilungen der Industrie, bei Consultingfirmen, bei großen und mittelgroßen Speditionen, bei Versicherungsunternehmen und in Redaktionen von Fachzeitschriften.

STELLENMARKT / Mehr Offerten für Führungskräfte

Informatiker sind gesucht

Wb. Frankfurt

Der anhaltende Aufschwung der deutschen Wirtschaft schlägt sich nach Einschätzung der SCS Personalberatung GmbH, Hamburg, auch in einer wachsenden Nachfrage nach Führungskräften nieder. In seiner jüngsten Stellenmarktanalyse auf der Basis der Anzeigen in großen überregionalen Tageszeitungen hat das Unternehmen eine sechsprozentige Steigerung in diesem Segment des Arbeitsmarkts festgestellt.

In der Nachfragestruktur spiegeln sich die Trends der Unternehmensentwicklung deutlich wider. Besonders gefragt war tiefgehendes technisches Know-how. So stieg die Zahl der Arbeitsplatz-Angebote für Informatiker um ein rundes Drittel, für Ingenieure um ein Viertel. In die gleiche Richtung weist das 40- bis 50prozentige Plus der Offerten für Physiker und Mathematiker. Während also die Schwerpunkte offensichtlich auf der Innovation und der Intensivierung der Produktion lagen, stand die Administration weniger im Blickfeld. Die Zahl der Ausschreibungen für das Finanz- und Rechnungswesen ging um volle 18 Prozent zurück, und auch die Betriebswirte insgesamt waren weniger gefragt (minus 5,5 Prozent). Daß auch die Nachfrage nach Verkaufsexperten deutlich – der Anteil sank von 27 Prozent auf 21 Prozent – zurückging, wertet das Beratungsunternehmen als „Zeichen eines wirtschaftlichen Normalisierungsprozesses".

Größter Nachfrager mit einem Anteil von fast 15 Prozent aller Angebote war die Elektroindustrie. Ihr folgte mit zwölf Prozent der Maschinenbau. Ganz anders die Rangfolge nach den Zuwachsraten. Hier stand die Elektrotechnik mit einem Plus von 5 Prozent erst auf dem sechsten Platz. Den ersten belegte die Feinmechanik und Optik mit 59 Prozent Zuwachs.

URTEILE AUS DER ARBEITSWELT

Wettbewerbsverbot

Durch Wettbewerbsverbote (und entsprechende Karenzentschädigung) wollen Arbeitgeber verhindern, daß ein ausgeschiedener Angestellter – der erheblichen Einblick in den Betrieb hatte – diesem selbst Konkurrenz macht oder für die Konkurrenz arbeitet. Der Ausgeschiedene muß sich allerdings auf die vom ehemaligen Arbeitgeber gezahlte Karenzentschädigung anderweitige Einnahmen anrechnen lassen, wenn er nicht „Däumchen dreht". Nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts (3 AZR 305/83 vom 26. 6. 1985) ist im Falle der Arbeitslosigkeit auch das vom Arbeitsamt gezahlte Arbeitslosengeld auf die Karenzentschädigung anzurechnen.

Renten-Ausfallzeit

Nicht der Berufswunsch, sondern der Abschluß eines Studiums ist für den Umfang der Anrechenbarkeit des Studiums als Ausfallzeit und damit letzten Endes für die Erhöhung des Rentenanspruchs maßgebend. Wenn – wie in einem konkreten Fall aus Hamburg – eine Lehrerin die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Volks- und Realschulen bestanden hat und eine Stelle an einer Realschule in Schleswig-Holstein anstrebt, für die eine Zusatzprüfung erforderlich ist, dann kann ihr das zusätzliche Studium als Ausfallzeit nicht angerechnet werden. Nach der Entscheidung des Bundessozialgerichts (11 a RA 44/84 vom 15. 10. 1985) galt hier – unter rentenversicherungsrechtlichen Aspekten – das Hochschulstudium mit der Ablegung der Ersten Staatsprüfung als abgeschlossen.

Abbruch der Behandlung

Wenn bei Kindern eine jahrelange kieferorthopädische Behandlung erforderlich wird, kann die zuständige Krankenkasse für den Fall des vorzeitigen Abbruchs der Behandlung eine anteilige Kostenerstattung vom Versicherten fordern. Nach der Entscheidung des Bundessozialgerichts (3 RK 61/84 vom 15. 1. 1986) setzt dieser Anspruch der Krankenkasse kein ausdrückliches Verschulden des Versicherten voraus. Der Anspruch auf Kostenerstattung wäre allerdings unberechtigt, wenn der Abbruch der Behandlung vom behandelnden Zahnarzt zu vertreten ist.

Telekopie zulässig

Wenn es eilig ist und die Gefahr besteht, daß der Termin zur Einlegung eines Rechtsmittels beim nächsthöheren Gericht verpaßt wird, kann der Anwalt auch den Fortschritt der Technik nutzen und zum Beispiel beim Bundesarbeitsgericht in Kassel Revision mit Hilfe einer Telekopie einlegen. Er darf aber keinesfalls vergessen, seinen Schriftsatz zu unterschreiben. Fehlt auf der Telekopie die Unterschrift, ist nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (1 ABR 86/83 vom 10. 1. 1986) nichts mehr zu retten. Das Rechtsmittel muß als unzulässig verworfen werden.

Verkauf des Betriebes

Bei einem Wechsel des Betriebsinhabers kann der Arbeitnehmer dem Übergang seines Arbeitsverhältnisses auf den Betriebsnachfolger widersprechen. Nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (5 AZR 123/82 vom 15. 2. 1984) kommt ein Widerspruch jedoch nicht mehr in Frage, wenn sich der Arbeitnehmer mit dem bisherigen Arbeitgeber darüber einig war, daß das Arbeitsverhältnis auf den Betriebsinhaber übergehen solle. Der Arbeitnehmer muß also klar und deutlich sagen, ob er auch unter einem neuen Chef oder einer neuen Chefin arbeiten will oder nicht.

Kündigung vor dem Fest

Normalerweise braucht der Arbeitnehmer nicht damit zu rechnen, daß ihm als unangenehme Weihnachtsüberraschung am 24. Dezember eine Kündigung ins Haus flattert. Unzulässig ist das aber nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (7 AZR 174/83 vom 14. 11. 1984) nicht. Die Richter in der roten Robe hatten Zweifel, ob eine solche Kündigung „ungehörig" und damit unwirksam ist. Schließlich sei aber im Sinne des staatlichen Feiertagsrechts, des Arbeitsrechts und des Gewerberechts der 24. Dezember ein Werktag.

NEUE SELBSTÄNDIGE / Nur zehn Prozent haben keinen beruflichen Abschluß

Jede Gründung schafft vier Arbeitsplätze

DW. Münster/Essen

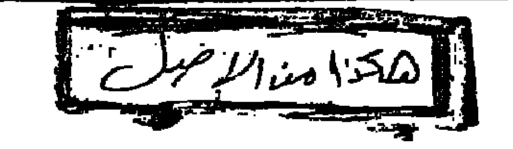
Fast zwei Drittel der Existenzgründer können ihre berufliche Erfahrung und Ausbildung in ihrem neuen Unternehmen verwerten. Zu dieser Aussage kommt eine gemeinsame Untersuchung der Industrie- und Handelskammer zu Münster (IHK) und des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in München über die Existenzgründungen im Kammerbezirk in den Jahren 1981 und 1983.

Knapp 60 Prozent der Gründer können sich dabei auf eine abgeschlossene kaufmännische und mehr als ein Drittel auf eine technische Berufsausbildung stützen. Lediglich knapp zehn Prozent gehen ohne einen beruflichen Abschluß in die Selbständigkeit. Nach Meinung von IHK-Geschäftsführer Christian Brehmer sind ohne entsprechende berufliche Vorkenntnisse die Chancen für eine selbständige Tätigkeit sehr gering: „Sehr häufig ist der Weg in die Selbständigkeit für diese Gruppe von kurzer Dauer und endet oft mit einem Berg von Schulden."

Drei Viertel derjenigen, die ein neues Unternehmen gründen, wählen dabei das hohe Risiko, als Alleininhaber ihr Glück zu versuchen. Nur ein Viertel sucht sich einen Mitinhaber. Immerhin geben nach der Studie fast 70 Prozent der Gründer eine gut bezahlte abhängige Tätigkeit, zum Teil in leitender Stellung, auf. Lediglich zehn Prozent der untersuchten Gründer wagten aus der Arbeitslosigkeit den Weg in die Selbständigkeit. Ihre Zahl steigt allerdings an.

Eine Erhebung, die die IHK Essen zusammen mit dem Ifo-Institut durchgeführt hat, kommt zu dem Ergebnis, daß neue Unternehmen im vierten Jahr ihres Bestehens im Durchschnitt 4,3 Mitarbeiter beschäftigen. Diese Arbeitsplätze könnten als relativ gesichert angesehen werden, weil bei den Jungunternehmen die Insolvenzquote in den ersten drei Jahren am höchsten sei. Die Befragung von 150 Nachwuchs-Selbständigen im mittleren Ruhrgebiet ergab, daß rund 40 Prozent der neugegründeten Firmen in diesem Zeitraum Konkurs anmelden müssen oder aus anderen Gründen aufgegeben werden.

Gefragt, warum sie nicht mehr Stellen einrichten, nannten die Firmengründer finanzielle Gründe und einen Mangel an ausreichenden Geschäftsaussichten. Ein Viertel berief sich auf ein Fehlen geeigneter Fachkräfte. Bei Personalengpässen halfen sich 40 Prozent durch Aushilfskräfte. Fast ebensoviel reagierten mit Überstunden. Allerdings kündigte ein Drittel für die nächsten zwei Jahre Neueinstellungen an. Öffentliche Mittel hatten nur zehn Prozent der Befragten als Starthilfe in Anspruch genommen.



OPEC-TREFFEN

Schwierige Verhandlungen

rtr, Wien

Auf ihrem gestrigen Treffen in Wien ist die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) offenbar zu keinem Ergebnis gekommen. Das zeichnete sich zumindestens nachmittags ab, nachdem die Minister getagt hatten, der Sonderausschuß sich aber noch zusammensetzte. Entsprechend verkündete der saudische Ölminister Ahmed Saki Jamani, er sehe derzeit keine Chance für eine Einigung mit den Ölförderländern außerhalb der Opec und damit auch keine Entspannung am Weltmarkt.

Die Ölminister aus Indonesien, Iran, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) unter Vorsitz von Venezuelas Ölminister Arturo Hernandez Grisanti berieten in kleinem Kreis über eine Strategie der Opec zur Verteidigung ihres Marktanteils. Venezuela schwebt vor, daß die Opec sich auf 16 bis 17 Millionen Barrel pro Tag beschränkt. Doch dieser Vorschlag trifft auf wenig Gegenliebe. Jamani hält einen Opec-Marktanteil von deutlich mehr als 16 Millionen Barrel pro Tag für angemessen. Die gleiche Auffassung vertritt auch der indonesische Ölministers Subroto. Der irakische Ölminister Qassem Ahmed Taqi sagte der irakischen Zeitung „Al-Jumhuriya", der Opec müsse ein Marktanteil von rund 18 Millionen Barrel zugestanden werden. Ein Preiskrieg sei unausweichlich, wenn die Nicht-Opec-Staaten nicht auf den Anspruch der Opec eingingen. Jamani erklärte, allein seien die 13 Mitglieder der Opec nicht in der Lage, die Produktion so weit zu kürzen, daß ein stabiles Preisniveau gehalten werden könne. Eine Einigung mit den Staaten außerhalb der Opec halte er andererseits für unwahrscheinlich.

Philips meldet kräftige Expansion

htz. Eindhoven

Mit einer Umsatzsteigerung von rund 6 auf jetzt 60 Mrd. Gulden konnte der holländische Elektronikkonzern Philips im vergangenen Jahr kräftig expandieren. Allerdings wird dieses positive Ergebnis getrübt durch die Verluste auf dem US-Markt – auf dem Gebiet integrierten Schaltungen der Unterhaltungselektronik. Daher hätte die Gewinnentwicklungen mit der Umsatzsteigerung nicht Schritt halten können. Auch sei der sinkende Dollarkurs Philips teuer zu stehen gekommen. „Wir rechnen aber mit einem ähnlichen Ergebnis wie 1984", versicherte ein Sprecher des Unternehmens der WELT. 1984 wies Philips einen Gewinn von umgerechnet 1 Mrd. DM.

Philips-Präsident Wisse Dekker dagegen betonte, daß man die enorme Umsatzsteigerung bei gleichbleibendem Personalbestand erreicht habe. Ziel des Unternehmens sei es, auch in den kommenden Jahren auf allen wichtigen Weltmärkten weiter zu expandieren, den Umsatz weltweit bis 1990 auf 90 Mrd. Gulden hochzuschrauben und dabei aber das jetzt noch unbefriedigende Ertragsergebnis zu verbessern.

Die allgemeine Konzernpolitik, wurde in Eindhoven ferner mitgeteilt, werde auch in Zukunft darauf ausgerichtet sein, die Position des Unternehmens auf den amerikanischen und asiatischen Märkten „zu konsolidieren und zu verstärken". Europa werde keinesfalls vernachlässigt. Das beweise auch die Entwicklung eines standardisierten digitalen Videosystems, an deren Realisierung zusammen mit deutschen und französischen Firmen gearbeitet werde.

ÖSTERREICH / Voest und Steyr-Daimler-Puch sollen Waffen in die kriegführenden Staaten Iran und Irak geliefert haben

Rüstungsindustrie gerät unter starken Druck

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Die innenpolitischen Diskussionen um das größte Unternehmen Österreichs, die Voest-Alpine, reißen nicht ab. Nach schweren Verlusten bei Öltermingeschäften und Auslandsengagements im Anlagenbau und bei der Beteiligung am US-Stahlwerk Bayou kommt jetzt auch der Rüstungsbereich unter Druck. Dahinter stehen in der Öffentlichkeit anhaltende Diskussionen um angebliche Großaufträge an das kriegführende Iran.

Schon Mitte letzten Jahres tauchten Gerüchte um ein Waffengeschäft des staatlichen österreichischen Stahlkonzerns mit Iran auf. Auch der plötzliche Tod des österreichischen Botschafters in Griechenland, Amry, war damit in Zusammenhang gebracht worden, weil Amry kurz vor seinem Herzinfarkt über entsprechende Gerüchte von Athen aus seine Regierung informierte.

Bei dem angeblichen Iran-Geschäft geht es um die Lieferung von 600 Kanonen im Gesamtwert von 16 Mrd. Schilling (2,6 Mrd. DM). Damit verbunden wäre für die schwer defizitäre Voest ebenfalls nicht bestätigten Zeitungsmeldungen zufolge ein Gewinn von 6 Mrd. Schilling gewesen. Dieses Geschäft soll auch die Basis für das Öl-Barter-Geschäft (Ware gegen Ware) mit Teheran gewesen sein, bei dem die Voest im Herbst Milliarden verloren hat und das zum Rücktritt des neunköpfigen Vorstands im Dezember geführt hat.

Schon vor einem halben Jahr waren seitens der Regierung angeblich entsprechende Untersuchungen eingeleitet worden, die aber keine Hinweise über einen tatsächlichen Geschäftsabschluß mit Iran gebracht haben. Auch nach Darstellung der provisorischen Geschäftsleitung des Konzerns sind mit Iran keinerlei Geschäfte abgeschlossen worden.

Zeitungsmeldungen sagen, daß zur Tarnung des Iran-Geschäftes die Aufträge mit Libyen abgeschlossen worden seien. Tatsächlich wird aus Linz ein Liefervertrag über 200 Kanonen zum Stückpreis von je 15 Mill. Schilling bestätigt. 40 davon waren bereits im Herbst 1985 ausgeliefert worden.

Die Botschaft Irans hat unterdessen Waffengeschäfte mit Österreich dementiert und Wien beschuldigt, an Irak Waffen zu liefern.

Tatsächlich gibt es solche Gerüchte. Demnach soll der halbstaatliche Fahrzeug- und Maschinenkonzern Steyr-Daimler-Puch in Irak eine Munitionsfabrik errichtet haben. Der scheidende Generaldirektor Malzacher spricht indessen von der Errichtung einer Buntmetallfabrik.

Sowohl die Voest-Alpine wie auch Steyr befürchten nun durch die anhaltenden Diskussionen in der Öffentlichkeit eine schwere Beeinträchtigung ihrer Waffengeschäfte. Beide Firmen hatten jahrelang die schweren Verluste in anderen Geschäftssparten durch die Gewinne aus dem Rüstungssektor kompensieren können. Seit Bundeskanzler Bruno Kreisky 1982 aber persönlich ein großes Geschäft mit Chile über die Lieferung von 100 Panzern und einer Option auf weitere, das er zuvor mündlich genehmigte, knapp vor Auslieferung gestoppt hatte, operiert auch Steyr tief in den roten Zahlen. Den Chile-Auftrag haben inzwischen französische Firmen übernommen. Auch ein Panzergeschäft mit Marokko war von Kreisky gestoppt worden, nachdem die Kämpfe mit der Befreiungsbewegung Polisario begonnen hatten, mit der Österreichs Sozialisten sympathisieren.

1985 machte das Unternehmen bei einem Umsatz von rund 15 Mrd. Schilling und 15 000 Beschäftigten einen Verlust von etwa 600 Mill. Schilling. Davor waren seit 1982 bereits 1,2 Mrd. Schilling aufgelaufen.

Der Anteil der Waffentechnik inklusive Tanks, Handfeuerwaffen und Militär-Lkws macht je nach Auftragslage zwischen zehn und 15 Prozent aus. Derzeit werden von Steyr keine Panzer gefertigt, da wegen der öffentlichen Querelen in Österreich potentielle Auftraggeber nach Angaben der Geschäftsleitung ihr Interesse zurückgestellt hätten.

Ähnliches wird nun auch bei der Voest befürchtet. Der Chef der für das Rüstungsgeschäft zuständigen Voest-Tochtergesellschaft Noricum, Peter Unterweger, berichtet von Auftragstornos in Millionenhöhe seit dem Aufflammen der Diskussionen um das angebliche Iran-Geschäft. Unterweger befürchtet sogar einen totalen Zusammenbruch der hochsensiblen Rüstungsbranche und bangt um ein 25-Milliarden-Schilling-Geschäft mit Indien. In der Voest-Gruppe inklusive der Patronenfabrik Hirtenberg sind etwa 4000 Mitarbeiter direkt oder indirekt in der Waffenproduktion beschäftigt.

SÜDOSTASIEN / Vorstand der Dresdner Bank spornt deutsche Unternehmen an

„Chancen in dieser Region nicht übersehen"

INGE ADHAM, Frankfurt

Wachstumsraten von mehr als fünf Prozent pro Jahr in den Jahren 1980 bis 1984, in denen Nordamerika und Westeuropa nur Jahresraten von jeweils 1,7 Prozent erreichten; ein Vordringen auf dem Weltexportmarkt mit einer Verdoppelung des Anteils auf gut ein Fünftel – so dynamisch präsentieren sich die Länder des ostasiatischen Raums. Daran ändert im Grundsatz auch die leichte Abschwächung im letzten Jahr nichts, das Wachstumstempo in Ostasien wird schneller bleiben als in den westlichen Industrieländern.

Grund zur Furcht in der deutschen Industrie vor einer wachsenden Bedrohung aus Fernost? Christoph von der Decken, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, meint „jein". Denn das Wachstumstempo in den Ländern jener Region – Japan, Hongkong, Singapur, Südkorea, Malaysia und Taiwan, Indonesien, Philippinen und Thailand sowie China – bietet auch Chancen.

Analog zum Wirtschaftswachstum steigt das Pro-Kopf-Einkommen in Ostasien, wo rund ein Drittel der Weltbevölkerung lebt, ständig, erinnert von der Decken. In Japan liege es so hoch wie in der Bundesrepublik und habe auch in manchen der Schwellenländer das Niveau Irlands oder Italiens erreicht. Dies bedeutet auch steigende Nachfrage, und zwar auch immer stärker nach ausländischen Produkten. Die anhaltende Industrialisierung in der Regioen schaffe darüber hinaus stetig wachsenden Bedarf an Spitzentechnologie.

Bisher ist es der deutschen Industrie, die vor allem auf dem heimischen Markt die Konkurrenz Japans und einiger Schwellenländer spürt, noch nicht gelungen, entsprechend ihrem Gewicht als Exportnation (Anteil an allen Ausfuhren weltweit rund zehn Prozent) an den Käufen der ostasiatischen Länder zu partizipieren: Nur knapp drei Prozent der Importe der „dynamischen Wachstumsregion" stammen aus der Bundesrepublik. Es dominieren Japan und die USA mit 25 und 17 Prozent Anteil.

Als Schwachstelle im deutschen Ostasien-Engagement macht er vor allem die fehlende Präsenz deutscher Unternehmen mit eigenen Vertriebsniederlassungen und Produktionsstätten aus; mit absatzorientierten Investitionen könnten zudem häufig die Importbarrieren vieler Länder überwunden werden. Von der Decken empfiehlt Kooperationen mit lokalen Partnern; mittelständische Unternehmen sollten eventuell mit anderen deutschen Firmen Produktions- oder Vertriebsgemeinschaften bilden. Von der Decken erinnerte auch an die Hilfestellung, die die Geschäftsbanken außerdem leisten könnten.

„Altölentsorgung ist gefährdet"

dos, Dollbergen

Die Dr. Dr. Anton Maier AG, Dollbergen, mit einem Marktanteil von rund 50 Prozent führendes deutsches Unternehmen in der Altölsammlung und -aufbereitung, hat für gut die Hälfte der 438 Beschäftigten Kurzarbeit beantragt. Hintergrund ist nach Angaben der Unternehmensleitung das zögerliche Verhalten von Bund und Ländern bei der Festlegung von Grenzwerten der Fremdstoffe im Altöl, vor allem von polychlorierten Biophenylen (PCB). Auf Anfrage bestätigte ein Sprecher, daß auch das niedrige Rohölpreisniveau den Absatz von Produkten aus der Altölraffinerie erheblich erschwere.

Auch die Altölsammlung sei von der Kurzarbeit betroffen, so daß eine permanente Entsorgung bundesweit nicht mehr zu gewährleisten sei. Altöle, die von Sammelunternehmen angeboten werden, könnten zu den bisherigen Bedingungen nicht mehr aufgenommen werden.

STAHL / Erfolgreich in der Ausfuhr

OECD bleibt pessimistisch

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Ziemlich pessimistisch beurteilt die OECD die Stahlkonjunktur der westlichen Industriestaaten. Nachdem 1985 der sichtbare Stahlverbrauch der OECD-Zone um 2,5 Prozent geschrumpft war, wird für dieses Jahr mit einem weiteren Rückgang um 1,5 Prozent gerechnet. Dabei ist unterstellt, daß das allgemeine Wirtschaftswachstum wie letztes Jahr real 2,8 Prozent beträgt.

Für die verschiedenen Länder wird sogar mit einem verstärkten Verbrauchsrückgang gerechnet; insbesondere für Japan von 0,5 auf 6,1 Prozent. Die Vereinigten Staaten dagegen könnten ihr Minus von 3,9 auf 1,5 Prozent reduzieren und die EG (ohne Spanien und Portugal) würde nach einem Rückgang von 2,5 Prozent wahrscheinlich einen leichten Verbrauchsanstieg um bis zu ein Prozent aufweisen.

Dagegen hat vor allem die EG unter den amerikanischen Exportrestriktionen zu leiden. Ihr gesamter Stahlexport droht dadurch um zehn Prozent zu schrumpfen, nachdem er 1985 – vor allem dank verstärkter Ausfuhren nach China und Osteuropa – um rund zehn Prozent zugenommen hatte. Die Stahleinfuhr der USA würde sich demgegenüber um zwölf Prozent vermindern, meint die OECD. Die gesamten Stahlimporte der OECD-Zone waren 1985 um sechs Prozent geschrumpft, während sich ihre Exporte um sechs Prozent erhöhten. Demzufolge nahmen ihre Nettoexporte um 20 Prozent auf 53 Millionen Tonnen zu.

Ob diese günstige Außenhandelsbilanz erhalten bleibt, hält die OECD aber für unwahrscheinlich. Deshalb erwartet sie, daß die Stahlproduktion der Zone 1986 in stärkerem Maße schrumpft als 1985, in welchem sie um 0,5 Prozent auf 368 Millionen Tonnen zurückging. Für die EG wird nach plus 0,8 Prozent eine gleichbleibende Erzeugung erwartet. Dies schließe aber einen weiteren Belegschaftsabbau nicht aus, der 1985 in der EG fünf Prozent, in den USA 13 Prozent erreicht hatte.

Angesichts der unverändert hohen Überkapazitäten – der Ausnutzungsgrad erreichte durchschnittlich 70 Prozent – und der durchweg schlechten Unternehmenserträge empfiehlt die OECD allen Mitgliedsstaaten, ihre Produktionskapazitäten weiter abzubauen und die Rationalisierung, Modernisierung und Restrukturierung der Stahlindustrie fortzusetzen. Andernfalls bestünde die Gefahr, daß sich der ungünstige – sprich protektionistische – Druck verstärkt, vor allem, wenn die allgemeine Wirtschaftsentwicklung schlechter verläuft als zur Zeit erwartet.

GALEN-PROZESS / Lampert: Schaden konnte nicht entstehen

Banken falsch informiert

dpa, Frankfurt

Im Prozeß gegen den früheren Frankfurter Bankdirektor Ferdinand Graf von Galen hat der mitangeklagte Bankier Hans Lampert (51) gestern zugegeben, er habe im Frühjahr 1983 die beteiligten Banken über die Auftragslage bei den Firmen des Unternehmers Horst-Dieter Esch falsch informiert. An einem Bankenkonsortium waren unter Führung des Bankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co. (SMH-Bank) mehrere in- und ausländische Banken beteiligt. Fragen nach seinem Motiv beantwortete der Angeklagte nicht, er bedauerte jedoch die Falschinformation. Dagegen behauptete der Angeklagte Ferdinand Graf von Galen (50), er habe von der Irreführung der Banken in diesem Punkt nichts gewußt.

Die SMH-Bank hatte zur Refinanzierung eines Teils der Kredite an Firmen des Esch-Konzers ein Bankenkonsortium gebildet, wobei die Beteiligungen einer Reihe deutscher und ausländischer Banken von der SMH-Bank treuhänderisch verwaltet wurden. Die beteiligten Banken erhielten nach Aussage Lamperts monatlich alle Informationen, die sie benötigten, um über ihre weitere Beteiligung zu entscheiden. Im Frühjahr 1983 war bei den Esch-Firmen ein starker Rückgang der Aufträge festzustellen, die Banken erhielten jedoch Mitteilungen von Lampert, in denen von „verstärkten Auftragseingängen" die Rede war. „Ich bedauere diese Formulierung, sie war nicht richtig", sagte Lampert nun vor Gericht. Während die Anklage davon ausgeht, daß die Banken in betrügerischer Absicht falsch informiert worden seien, behauptete Lampert, den beteiligten Banken habe aus der Falschinformation „ein Schaden nicht entstehen können".

Von Galen sagte zu diesem Anklagepunkt aus, er sei mit den Verhandlungen mit den Konsortialbanken nicht befaßt gewesen. Er habe sogar den Konsortialvertrag, in dem die Treuhänderfunktion der SMH-Bank festgelegt war, „im einzelnen gar nicht gekannt".

Den Angeklagten wurden ferner Dokumente vorgelegt, wonach noch im September und Oktober 1983, unmittelbar vor Offenlegung des Debakels der SMH-Bank am 30. Oktober 1983, falsche Informationen an das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen gegeben worden seien. Von Galen erklärte, er habe damit nichts zu tun gehabt. Lampert behauptete, es handele sich dabei um unterschiedliche Bewertungen. Der Prozeß wird am Donnerstag mit der weiteren Befragung der Angeklagten zu einzelnen Geschäftsvorgängen und Anklagepunkten fortgesetzt.

IRLAND / Regierung hat ein neues Budget vorgelegt – Direkte Steuern gesenkt und Staatsausgaben gekürzt

Ausländische Investoren sorgen für Exportwachstum

WILHELM FURLER, Dublin

Die Koalitionsregierung der Republik Irland aus Fine Gael und Labour Party hat ein auffallend vorsichtiges Budget für dieses Haushaltsjahr vorgelegt, das die direkte Steuerlast etwas erleichtert und dafür die Schraube bei den indirekten Steuern anzieht. Ohne Zweifel zielen die Steuerkonzessionen bereits auf eine weitere Verbesserung der Regierungspopularität im Hinblick auf die nächsten Parlamentswahlen, die spätestens im November nächsten Jahres abgehalten werden.

Die Zugeständnisse bei den direkten Steuern schließen die Abschaffung eines einprozentigen Sonderaufschlags auf alle Einkommen, die Reduzierung des höchsten Steuersatzes von 60 auf 58 Prozent sowie eine Ausweitung der 35prozentigen Standard-Steuerklasse ein. Dagegen werden die Konsumenten von Alkohol und Tabak sowie die Motoristen zur Kasse gebeten, indem Alkohol-, Tabak- und Benzinsteuer um durchschnittlich rund fünf Prozent mit Wirkung vom 1. März angehoben werden.

Darüber hinaus wird der Standard-Mehrwertsteuersatz, der erst im letzten Budget 1985 von 35 auf 23 Prozent herabgesetzt worden war, wieder um zwei Prozent angehoben. Durchsetzen konnte sich allerdings die Gastronomie, die mit ihrer langen Kampagne gegen eine zu hohe Besteuerung von Mahlzeiten in Hotels und Restaurants eine Reduzierung der Mehrwertsteuer in ihrem Bereich auf zehn Prozent erreichte. Dafür müssen künftig auf „Take-away-Speisen" (Imbißbuden und Hamburger-Ketten), die bislang von der Mehrwertsteuer befreit waren, ebenfalls zehn Prozent aufgeschlagen werden.

Die Staatsausgaben werden in diesem Haushaltsjahr um 55 Mill. Irische Pfund (166 Mill. DM) gekürzt, um damit das Haushaltsdefizit auf 1,25 Mrd. Irische Pfund (knapp 3,8 Mrd. DM) oder 7,4 Prozent des Bruttosozialprodukts zu reduzieren. Der mittelfristigen Finanzplanung zufolge sollte es ursprünglich auf 6,9 Prozent des Bruttosozialprodukts gekürzt werden.

Nach einem Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr von 1,2 Prozent und einem Anstieg der Verbraucherpreise um 5,6 Prozent sagen die Konjunkturforscher für dieses Jahr ein reales Wachstum von 1,6 Prozent und eine sich auf fünf Prozent leicht abschwächende Inflationsrate voraus. Dagegen dürfte sich die Arbeitslosenrate von 17,5 auf 18 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung erhöhen.

Die Landwirtschaft stellt heute nur noch zehn Prozent des irischen Bruttosozialprodukts. In der irischen Wirtschaft dominieren die Exporte von Erzeugnissen der verarbeitenden Industrie, und zwar immr mehr im Bereich neuer Technologien. Die Exporte haben einen Anteil am Bruttosozialprodukt in Höhe von etwa 60 Prozent.

Wichtigster Handelspartner ist unverändert das benachbarte Großbritannien, das 34 Prozent der irischen Exporte bezieht und sogar 43 Prozent der irischen Importe liefert. Rasant gewachsen ist während der letzten zehn Jahre der Handel mit der Europäischen Gemeinschaft (Irland ist seit 1973 Vollmitglied). Heute gehen fast 40 Prozent der Exporte in die übrigen EG-Länder außer Großbritannien.

Eines der größten Probleme der „grünen Insel" ist das extrem hohe Niveau der Auslandsverschuldung. Es liegt gegenwärtig bei mehr als 10 Mrd. Irischen Pfund oder fast 65 Prozent des Bruttosozialprodukts. Aber auch die Arbeitslosigkeit zeigt vorerst keine nachlassende Tendenz. Zwischen 1981 und heute ist sie von neun auf knapp 18 Prozent gestiegen. Dagegen ist es der Regierung in Dublin gelungen, die Inflationsrate von einem Durchschnitt von 20,4 Prozent im Jahre 1981 auf inzwischen nur noch gut fünf Prozent und damit auf einen EG-Durchschnitt zu drücken.

Das beeindruckende Exportwachstum von 16,9 Prozent 1984, 9,5 Prozent 1985 und geschätzten acht Prozent in diesem Jahr (dem Volumen nach) geht in erster Lnie auf die erheblichen Investitionen ausländischer und nicht zuletzt deutscher Unternehmen in Irland zurück. Diese Investitionen haben ihren Schwerpunkt im Bereich neuer Technologien, insbesondere in den Bereichen Elektronik und Chemie.

Schleppender Rentenhandel

Bei den öffentlichen Anleihen gab es am Wochenbeginn Schwankungen um 0,1 Prozentpunkte nach beiden Seiten. Das Geschäft verlief ohne Anregungen. Aus dem Ausland lagen nur noch begrenzte Kaufaufträge vor. Das wird als Zeichen dafür gewertet, daß sich die Währungsspekulation merklich abgekühlt hat. Dennoch kommt die neue Bundesanleihe mit einer Rendite von nur noch 6,34 Prozent heraus. Wohl in der stillen Hoffnung, daß sich dennoch ein Teil im Ausland absetzen läßt.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Bei Kaffee kam es zu deutlichen Einbußen. In gut behaupteter Verfassung ging Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Sojabohnen

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

Rechnungs-Einheiten

ECU

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Nullkupon-Anleihen (DM)

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

INDUSTRIEKREDITBANK / Stabile Dividende

Recht muntere Investoren

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit fast verdoppelter Wachstumrate hat die Düsseldorfer Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank (IKB) in den ersten drei Quartalen von 1985/86 (31.3.) ihre Ausleihungen an Kunden um 9,4 (5,4) Prozent auf 12 Mrd. DM und darin die Langfrist-Kredite um 10 (6,8) Prozent auf 11,6 Mrd. DM gesteigert. Das auf die Investitionsfinanzierung nicht emissionsfähiger Mittelstandsfirmen spezialisierte Institut belegt die akutelle Investitions-Munterkeit der Mittelständler auch mit dem Hinweis, daß von den in der Berichtszeit um 27 Prozent auf 3,1 Mrd. DM gesteigerten Kreditauszahlungssumme allein 1,4 Mrd. DM auf das letzte Kalenderquartal 1986 entfielen.

Dollarkursabfall und Ölpreisrutsch haben nach dem Uteil des IKB-Vorstands keinen Einfluß auf die verstärkt auch Kapazitätserweiterungen planende Investitionslust der Mittelständler. Die Lust halte an. Und günstig fürs IKB-Langfristgeschäft dabei, daß nach „zu Recht" vorherrschender Kundenmeinung ein weiterer Kapitalzinsabfall höchst unwahrscheinlich sei, „Attentismus" mit kurzfristiger Investitions-Zwischenfinanzierung sich also nicht mehr auszahle.

Als Zwischenergebnis ihres so schön wachsenden Geschäfts mit 6300 Firmenkunden meldet die IKB für die ersten drei Quartale und mit betontem Hinweis auf die „erst gegen Ende der Berichtszeit" massierten Kreditauszahlungen zwar nur einen vergleichsweise bescheidenen Anstieg ihres Zinsüberschusses um 4,2 (7) Prozent auf 161 Mill. DM. Aber der Vorstand läßt keinen Zweifel an einem „bei gestiegenen Kosten wiederum befriedigenden Ergebnis" für das volle Geschäftsjahr. Das bedeutet, so die vage Andeutung, eine stabile Dividende von 7,50 DM auf das im letzten Herbst zum Kurs von 170 DM auf 180 (162) Mill. DM erhöhte und für 1985/86 voll gewinnberechtigte Aktienkapital (reichlich 5000 Streubesitz-Aktionäre).

Zur Refinanzierung ihres stark expandierenden Langfrist-Kreditgeschäfts hat die IKB in der Berichtszeit erstmals auch die Emission von drei Auslandsanleihen über ihre Amsterdamer Tochter genutzt (zweimal insgesamt 55 Mill. Australien-Dollar und einmal über 100 Mill. DM mit variablem Zins). Die Auslandsquelle wurde im Januar 1986 mit einer weiteren Anleihe über 50 Mill. Australien-Dollar angezapft und soll in dieser Woche mit einer Ecu-Anleihe im Gegenwert von 110 Mill. DM genutzt werden.

KLÖCKNER-WERKE / Verarbeitungsbereich wird verselbständigt – Starke Stellung bei Spezialmaschinen

Stahlfernes Geschäft soll kräftig expandieren

D. SCHMIDT, Porto Alegre

Die Klöckner-Werke AG, Duisburg, wird nach der in den nächsten Monaten anstehenden Neuordnung des Konzerns den gewinnträchtigen Verarbeitungsbereich erheblich ausbauen. Vorstandsmitglied Josef Mennen rechnet in den nächsten zehn Jahren für diesen Unternehmensbereich jeweils mit zweistelligen Wachstumsraten. Bis 1995, so Mennen bei einem Besuch des Holstein-und-Kappert-Werks im südbrasilianischen Porto Alegre, wird der Verarbeitungsbereich, bereinigt um die „stahlnahe Verarbeitung", einen Umsatz von rund 6 Mrd. DM repräsentieren. Für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) wird der vergleichbare Umsatz mit 2,32 (i. V. 1,97) Mrd. DM ausgewiesen.

Die stahlnahe Verarbeitung, deren Umsatz im Berichtsjahr bei 1,46 (1,42) Mrd. DM lag, wird nach den Klöckner-Plänen der künftigen „Stahl GmbH" zugeordnet, die über einen Ergebnisabführungsvertrag mit der dann als Holding fungierenden Klöckner-Werke AG verbunden wird. Ein ähnliches Modell dürfte für die zehn Unternehmen außerhalb der Stahlsparte, darunter Holstein und Kappert und Windsor, gefunden werden. Die Schwerpunkte der Firmen liegen bei der Herstellung von Spezialmaschinen für die Getränke-, Bergbau-, Gummi-, Kunststoff- und Verpackungsindustrie. Wachsende Bedeutung kommt der Kunststoffverarbeitung (Hart-PVC-Folien) zu.

Mennens Optimismus gründet sich auf verschiedene Faktoren. Er verweist auf die jetzt schon starke Stellung der Klöckner-Unternehmen auf dem Weltmarkt für Spezialmaschinen. Sie soll durch den Ausbau des Produktionsprogramms, aber auch durch den weiteren Erwerb von Beteiligungen noch ausgebaut werden. Eine wesentliche Rolle spielten dabei die Märkte in Fernost (Indien und China). Der derzeitige Anteil des Auslandsgeschäfts des Klöckner-Verarbeitungsbereichs erreicht etwa 70 Prozent. Diese Quote, so Mennen, werde auch 1995 Bestand haben, wobei allein 2 Mrd. DM in Südostasien erlöst werden sollen.

Als Beispiel verweist Mennen auf den Bereich Getränkemaschinen mit einem Weltmarktvolumen von rund 6 Mrd. DM pro Jahr. Daran sind die Klöckner-Firmen Holstein und Kappert sowie Seitz, Enzinger, Noll mit jeweils acht Prozent beteiligt. Der Klöckner-Vorstand rechnet in Kürze mit einer positiven Entscheidung des Berliner Kammergerichts zur beantragten Fusion der beiden Firmen, die dann den Marktführer, die schwedische Tetra Pak (zehn Prozent Anteil), deutlich hinter sich ließen. Der Zusammenschluß sei vor dem Hintergrund kostenträchtiger Neuentwicklungen überaus wichtig.

Zufrieden zeigt sich Mennen mit der Ertragsentwicklung im Verarbeitungsbereich. Eine Rendite von fünf Prozent vor Steuern sei „keine Diskussionsgrundlage". Die Zielvorgabe liege deutlich darüber. In einigen Ländern, darunter Brasilien und Indien, werden zweistellige Umsatzrenditen (nach Steuern) erzielt. Das Gesamtergebnis des Verarbeitungsbereichs (1983/84: 53 Mill. DM) wollte Mennen nicht konkretisieren; es dürfte aber die 100-Mill.-DM-Grenze übertroffen haben.

In der Bilanz der Klöckner-Werke AG wird sich dies allerdings nur bedingt auswirken. Vorstandschef Herbert Gienow hatte in einem vorangegangenen Gespräch deutlich gemacht, daß mit einem Gewinnausweis nicht zu rechnen ist, wenngleich das Betriebsergebnis positiv sei. Für 1983/84 hatte Klöckner noch einen Gesamtverlust von 148 Mill. DM ausweisen müssen.

IW

Bei Robotern auf dem zweiten Platz

tl. Bonn

Die Bundesrepublik Deutschland hat bei der Herstellung und Anwendung moderner Produktionstechniken entgegen der weitverbreiteten Meinung keinen Rückstand im Vergleich zu den meisten anderen wichtigen Industrieländern. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einem internationalen Vergleich über „Produktion und Einsatz moderner Fertigungstechnik" zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA und Japan.

In der Roboterdichte nimmt die Bundesrepublik mit rund zehn Stück je 10 000 Beschäftigte den zweiten Platz hinter Japan ein. Dort sind allerdings 45 Roboter je 10 000 Beschäftigte im Einsatz. Die deutsche Produktion stieg zwischen 1980 und 1984 von 800 auf 2100 Stück. Der Exportüberschuß bei Robotern betrug 1984 300 Einheiten.

Auf 100 000 Einwohner entfielen 1984 17,3 produzierte computergesteuerte Werkzeugmaschinen. Damit wird die Bundesrepublik auch in diesem Gebiet nur von Japan übertroffen (31,7/100 000 Einwohner). Weit abgeschlagen sind die USA (2,5), Frankreich (3,0) und Großbritannien (4,6).

Auch bei der Produktion computergesteuerter Bearbeitungszentren kann die Bundesrepublik international mithalten: Von 1980 bis 1984 stieg die Produktion von 242 auf 821 Einheiten. Verglichen mit den übrigen Industrieländern hat die Bundesrepublik mit plus 36 Prozent im Jahresmittel die stärkste Produktionsdynamik vorgelegt. Großbritannien konnte den Output von Bearbeitungszentren nur um 12 Prozent, Japan um gut 18 Prozent und Frankreich um knapp 29 Prozent steigern. In den USA ging die Produktion um fast 13 Prozent im Jahresmittel zurück.

Die gute Position deutscher Anbieter im Bereich computergesteuerter Werkzeugmaschinen zeigt sich auch im Außenhandel: Seit 1981 exportiert die Bundesrepublik mehr computergesteuerte Werkzeugmaschinen als sie einführt. Bei stagnierenden Einfuhren haben sich die Exporte im Beobachtungszeitraum 1980/84 fast verdoppelt.

NAMEN

Franz Josef Weixler, Präsident des Bundesverbandes Druck, Wiesbaden, und Vorstandsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, wird am 5. Februar 65 Jahre alt.

Hubertus Pfeiffer, Richter am Bundesfinanzhof im I. Senat, trat nach Erreichen der Altersgrenze am 31. Januar 1986 in den Ruhestand.

Walter Speidel (55), Geschäftsführer der A.C. Nielsen Company GmbH, Frankfurt, und Area Director von Nielsen International, wechselt in den Aufsichtsrat des Unternehmens und übernimmt den Vorsitz ab 1. März 1986. Zugleich wird **Dr. Dieter Jauschowetz** alleiniger Geschäftsführer von Nielsen Deutschland. **Dr. Emanuele de Natale**, Mailand, hat die internationale Geschäftsführung für die Nielsen Gesellschaften in Europa ab 1. Februar 1986 übernommen.

Kurt Pelster (36) ist Geschäftsführer der TNT-IPEX Speditions- und Transport GmbH, Emmerich. Er ist Nachfolger von **Vinzenz Wagner**, der General Manager Central Europe der TNT-Gruppe wird.

Georg Blum, Vorstandsmitglied der ASS Vereinigte Altenburger und Stralsunder Spielkarten-Fabriken AG, Leinfelden, ist aus dem Unternehmen ausgeschieden.

Dr. Wilfried P. Bromm, Vorstandsvorsitzender der Württembergische Metallwarenfabrik AG (WMF), Geislingen, ist aus gesundheitlichen Gründen aus dem Unternehmen ausgeschieden.

LBS MÜNSTER / In Großstädten nimmt die Finanzierung von Gebrauchtobjekten zu

Eigenheim stützt den Wohnungsbau

Py. Münster

Der Erwerb von Wohneigentum ist durch das derzeitige Zinsniveau, die Bau- und Bodenpreisentwicklung sowie die wieder besseren Einkommensverhältnisse gegenwärtig „günstig wie selten". Nur so läßt sich nach den Worten von Hans-Dieter Fremann, Sprecher der Geschäftsleitung der größten öffentlichen Bausparkasse, der LBS Münster, erklären, daß die Errichtung von Eigenheimen den Mehrfamilienhausbau inzwischen wieder weit hinter sich gelassen hat.

Baugenehmigungszahlen seit Jahresbeginn zeigen, daß Ein- und Zweifamilienhausbauten mit einem Anteil von fast 60 Prozent wieder die Stütze des Wohnungsbaus geworden sind. Der Baufinanzierungsmarkt macht sich dabei mehr und mehr vom Neubau unabhängig. Es wachse der Anteil des Erwerbs von Gebrauchtobjekten. Er soll inzwischen bei 50 Prozent liegen. Das gelte besonders für Großstädte über 500 000 Einwohner. Günstigerer Preis, bequemer Erwerb und schneller Einzug wurden als Vorteil genannt. Mit etwa 35 Prozent des Investitionsvolumens (knapp 45 Mrd. DM) nimmt der Modernisierungs- und Renovierungssektor die zweite Position ein. Dabei scheint die reine Modernisierung durch eine „neue Qualität zugunsten eines gesteigerten Lebens- und Umweltgefühls" abgelöst zu werden.

Die ab 1987 geltende neue steuerliche Förderung des Wohneigentums begrüßt Fremann aus der Sicht der Bausparer mit mittleren Einkommen. Um ein Austrocknen der Förderungen zu vermeiden, plädiert er dafür, bei der Vermögensbildung die seit Jahren unveränderten Einkommenshöhen den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Durch Verbesserungen des LBS-Maßprogramms, den Ausbau des Service und durch Festhalten am Vorrang eines qualitativ guten Geschäfts ist es der LBS gelungen, die Ansparzeiten bis zur Zuteilung konstant zu halten und damit die Planbarkeit der Baufinanzierung zu unterstreichen. LBS-Geschäftsführer Günter Holthöfer erklärt den Rückgang des Neugeschäfts 1985 mit der schwachen Baukonjunktur und den strukturellen Gegebenheiten in Nordrhein-Westfalen, aber auch mit dem wachsenden Anteil an Modernisierungsverträgen.

Auch die große Zahl junger Bausparer mit niedrigeren Bausparsummen sowie eine deutliche Zurückhaltung bei Groß- und Schnellsparern schlage dabei zu Buch. Aber: Seit dem 2. Halbjahr 1985 zeige sich „eine klar aufsteigende Tendenz". Der leicht gestiegene Geldeingang war 1985 eine Folge gestiegener Tilgungen. Auf der anderen Seite ging das Volumen an Vorfinanzierungs- und Zwischenkrediten durch die Nachfrageschwäche zurück.

LBS Münster	1985	±%
Neugeschäft		
Verträge	195 000	- 3,0
Summe (Mrd. DM)	5,9	- 9,0
Vertragsbestand		
Verträge (Mill.)	2,07	- 1,0
Summe (Mrd. DM)	67,1	- 1,0
dav. nicht zugeteilt	39,9	- 2,0
Geldeingang	3,8	+ 1,0
Einlagenbestand	9,0	- 3,0
Zuteilungen	3,8	- 7,0
Auszahlungen	4,0	- 5,0
Darlehensbestand	12,7	- 2,0

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

VAW drosselt Lippewerk

Düsseldorf (J. G.) – Vor allem mit dem Preisdruck aus neuen Kapazitäten in den Rohstoffländern begründet die VAW – Vereinigte Aluminium-Werke AG, Bonn/Berlin (Viag-Konzern), die nun im VAW-Lippewerk Lünen geplante Reduzierung der Aluminiumoxidproduktion auf eine Jahreskapazität von 250 000 (390 000) t. Das soll im Lippewerk (Gesamtbelegschaft 1400 Personen) 1986 und 1987 insgesamt 180 Arbeitsplätze kosten.

Plus im Auslandsgeschäft

Nürnberg (dpa/VWD) – Der Geschäftsbereich Hausgeräte der AEG AG hat 1985 einen Umsatz von 1,67 Mrd. nach 1,63 Mrd. DM erzielt. Der Zuwachs wurde nach Angaben des Unternehmens von einem zweistelligen Plus im Auslandsgeschäft getragen. Die Exportquote erhöhte sich um drei auf über 45 Prozent. Für 1986 erwartet der in Nürnberg ansässige AEG-Bereich ein Wachstum, das leicht über dem Branchendurchschnitt liegt.

Untersagung zu erwarten

Berlin (VWD) – Die geplante Zusammenarbeit zwischen der Edeka-Zentrale AG, Berlin/Hamburg, und der Asko Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrücken, im Einkauf wird vom Bundeskartellamt wahrscheinlich untersagt werden. Bei der Durchsuchung bei Asko und den Edeka-Zentralen sowie der Edeka Eifel-Mosel seien Unterlagen gefunden worden, die nach erster Durchsicht belegen, daß eine wesentlich umfangreichere Zusammenarbeit geplant sei, als dies von den Unternehmen angegeben worden sei. Eine derart umfassende Zusammenarbeit verstoße aber gegen das Kartellverbot nach Paragraph 1, Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).

Wachstumskurs

Offenbach (VWD) – Weiter auf Wachstumskurs liegt die zum US-Konzern Allegheny International, Pittsburgh, gehörende Rowenta-Werke GmbH, Offenbach. Nach vorläufigen Angaben hat der Hersteller von Elektro-Kleingeräten im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 11.) den Gruppen-Umsatz nochmals um acht Prozent auf 603 Mill. DM steigern können, nachdem im Vorjahr sogar eine Zunahme um 14 Prozent auf 558 Mill. DM erzielt worden war.

Schroeder geht

Düsseldorf (J. G.) – Bernhard Schroeder (54), Vorstandsmitglied der Essener Karstadt AG und zugleich Vorstandsvorsitzender der lange verlustreichen Konzerntochter Neckermann Versand AG, Frankfurt, ist „aus gesundheitlichen Gründen" zum 31. Januar aus seinen Ämtern geschieden. Laut Karstadt-Mitteilung wird er dem Unternehmen beratend verbunden bleiben. Ein Nachfolger im Neckermann-„Kollegialvorstand" ist noch nicht ernannt.

Absatzprobleme

Stuttgart (nl) – Bei der im Bereich Datenverarbeitung tätigen Mannesmann Kienzle GmbH, Villingen-Schwenningen, ist der Umsatz 1985 um 8 Prozent auf 1,33 Mrd. DM angestiegen. Das gegenüber den beiden Vorjahren (plus 10 bzw. 14 Prozent) schwächere Wachstum wird mit Absatzproblemen im Druckergeschäft in den USA begründet. Die gesamten Verkäufe an Druckern nahmen nur noch um 2 (i.V. 39) Prozent zu.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Multi Index Handelsges. mbH; Margitta Ingrid Roy, Kaufering; **Gießen:** Edwin Becker GmbH, Grünberg; **Hamm:** Rolf Lohrmann GmbH u. Co. KG; **Helmstedt:** Reimex Allgemeine Import- u. Exportges. mbH i. L.; **Rheine:** E. B. M. Isolierglas GmbH & Co. KG, Greven; **Schleiden:** Hetegu Gummiaufbereitung GmbH, Industriegebiet, Kall; **St. Ingbert:** Trompeter GmbH & Co. KG; TFS Beteiligungsges. mbH.

Vergleich eröffnet: Hameln: Carl Bredemeier, Offene Handelsges. i. L., Klein Berkel.

Vergleich beantragt: Vechta: Dirk Rosenbaum, Vechta-Spreda.

NÜRNBERGER SPIELWARENMESSE / Hongkong an der Spitze der Importländer

Multis machen „Dampf" am Markt

WERNER NEITZEL, Nürnberg

Nicht zu übersehen ist in der Spielwaren-Szene bei allem Geschäftserfolg namhafter deutscher Hersteller, daß von Seiten der ausländischen Konkurrenz verstärkt „Dampf" auf dem deutschen Markt aufgemacht wird. Die Multis Hasbro Bradley und Mattel lassen keinen Zweifel daran, daß sie sich weitere Marktanteile sichern wollen. Auch Lego – dänische Importe rangieren hier in der Einfuhrrangliste an vierter Stelle – expandiert kräftig weiter. An der Spitze der Importländer – die Spielwareneinfuhren insgesamt vergrößerten sich in den ersten elf Monaten 1985 um 6,4 Prozent auf 1,04 Mrd. DM – steht nach wie vor Hongkong. Seine Hersteller (in Nürnberg sind allein 52 Firmen vertreten) bemühen sich, das Plastik-Image abzustreifen und höherwertige Spielwaren (z. B. Stoffpuppen und textile Spielzeuge) anzubieten.

Erweiterungsmaßnahmen

Die Lego-Gruppe, Billund/Dänemark, hat offensichtlich alle Hände voll zu tun, der Nachfrage nach ihren Produkten gerecht zu werden. Jedenfalls hat die Firmengruppe nicht nur am Konzernsitz sondern auch in der Schweiz eine erweiterte Produktion und in Brasilien sowie Korea jeweils neue Werke in Betrieb genommen. Weitere Erweiterungen laufen in den USA. Der Umsatz der Lego-Gruppe ist den Angaben des Unternehmens nach in 1985 um 20 Prozent angestiegen. Eine absolute Umsatzzahl wird nicht genannt. Zu den Ursachen für dieses Wachstum wird gerechnet, daß man weltweit wieder stärker zum klassischen Spielzeug greift. Die deutsche Vertriebstochter Lego GmbH, Hohenwestedt/Schleswig-Holstein, steigerte ihren Umsatz um real 15 Prozent auf schätzungsweise um die 160 Mill. DM. Alle Lego-Programme, insbesondere aber das „Duplo"-Sortiment für Kleinkinder, haben sich zu „Verkaufsrennern" beim Handel entwickelt. Die Verkaufspreise wurden zu Beginn dieses Jahres um 3 Prozent erhöht. Die deutsche Vertriebsgesellschaft zählt 175 Mitarbeiter, in der Gruppe sind insgesamt 5000 Mitarbeiter beschäftigt.

Mattel: Großer Sprung

Einen gewaltigen Sprung nach vorn machte auf dem deutschen Spielwarenmarkt der amerikanische Branchenriese Mattel Toys. Dessen deutsche Tochter, die Mattel GmbH, Babenhausen, die ihren Umsatz in 1985 um 75 Prozent auf 175,8 Mill. DM ausweitete, erzielte allein im Inlandsgeschäft eine Steigerung um 97 Prozent auf 150,1 Mill. DM. Damit hat Mattel seinen Anteil am deutschen Gesamtmarkt dieser Branche auf 9,1 Prozent ausgebaut. Bei den unternehmensspezifischen Produktgruppen Ankleidepuppen, Rollen- und Phantasiespiele, Plüscherzeugnisse, Vorschulspielzeug und Miniaturautos gibt Mattel den Marktanteil mit 35 (28) Prozent an. Schwerpunkt der Unternehmenspolitik sei der Ausbau des branchentypischen Saisongeschäfts zum Ganzjahresgeschäft. Innerhalb der International Division der Mattel Toys, deren Umsatz mit 353 Mill. Dollar angegeben wird, ist Europa mit 265 Mill. Dollar der stärkste Umsatzträger.

Playmobil nicht zufrieden

Die zu Beginn des vergangenen Jahres vereinbarte Vertriebskooperation mit dem US-Konzern Mattel hat für die Geobra-Brandstätter-Firmengruppe (Marke „Playmobil"), Fürth, nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters Horst Brandstätter nicht den erhofften Erfolg gebracht. Mattel habe sich – so Brandstätter – nicht dazu entschließen können, den Handel mit einem breiten Playmobil-Angebot zu bedienen. Der Gesamtumsatz der Geobra-Brandstätter-Gruppe war im vergangenen Jahr um acht Prozent auf 179 Mill. DM angestiegen, konsolidiert lag der Umsatz bei 270 Mill. DM. Playmobil-Produkte wurden laut Brandstätter am Inlandsmarkt im Volumen von 85 Mill. DM abgesetzt, das bedeute ein „leichtes reales Plus". Der Exportanteil wird mit 55 Prozent angegeben. Mit kräftigem Zuwachs wartete die Gruppe in den anderen Produktbereichen auf: Im Formenbau habe sich der Umsatz verdoppelt, ebenso weise der Bereich der Elektronik-Erzeugnisse (Computerterminals) inzwischen ein Umsatzvolumen von 10 Mill. DM auf. Die Brandstätter-Gruppe zählt rund 1500 Mitarbeiter.

„Raumfahrtspiel"

Als ein „Newcomer" auf dem Gebiet der Familienspiele hat die Vemas/CVB-Unternehmensgruppe, München/Regensburg, in kurzer Zeit gute Markterfolge erzielt. Bisher erfolgreichstes Spiel war „Spiel mal Chef", von dem innerhalb eines Jahres 40 000 Stück verkauft werden. Im Programm sind insgesamt elf Titel, die sich durch ihre Realitätsnähe auszeichnen. Neu auf den Markt kommt jetzt „Das Deutsche Raumfahrtspiel D 1", das in Zusammenarbeit mit Experten von MBB und Erno sowie der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt entstand. Nach dem Challenger-Unglück traut man dem Spiel zu, die Notwendigkeit zu unterstreichen, daß die Raumfahrt nicht aufzuhalten ist. Der Gruppenumsatz hat sich im vergangenen Jahr auf 1,5 Mill. DM verdoppelt.

Inlandszertifikate

	Ausg. 3.2.	Rückn. 3.2.	Rückn. 31.1.
AAR-UNIV.F.I	153,68	144,98	146,41
Adifonds	64,51	63,34	62,93
Adirenta	24,74	23,53	23,51
Adirewa	92,94	90,25	90,28
Aditec	95,21	90,68	89,92
Adiverba	162,29	154,56	153,39
Aegis Entk.-Fds.	44,00	41,89	41,89
Aegis Wachst.-Fds.	41,52	38,58	38,58
AGI Fonds	175,98	167,60	167,34
Akkumula	189,65	180,61	180,00
Alla Kapital Fds.	35,46	32,97	32,75
Allianz-Rentenfonds	120,48	117,46	117,36
Analytik Fonds	33,43	31,88	31,07
Aro-Rendit.	56,74	54,77	54,75
AriDeka	unerh.	unerh.	52,64
Assecura I	82,48	82,07	82,77
Austr. Pazifik	50,89	49,34	49,27
Berenberg-U-Fonds	408,18	396,29	403,86
Berenberg-U-Renten	119,91	116,99	117,64
BW-Renta-Univ.	52,87	51,58	51,71
BW-Wartberg-Univ.	128,36	125,72	126,18
Colonia Rentenfonds	53,36	51,55	51,55
Concentra	37,63	36,71	34,52
dbi-Fonds V I	56,88	56,88	56,74
DekaFonds	52,46	49,84	49,76
DekaRent	unerh.	unerh.	34,50
DekaSpezial	unerh.	unerh.	212,55
DekaTresor	unerh.	unerh.	58,57
DespaFonds	82,23	78,22	78,08
DEVIF-Invest	97,10	92,47	91,98
DEVIF-Rent	54,60	52,91	52,91
DIFA-Fonds	184,00	174,78	173,80
DIFA GRUND	102,91	97,76	97,55
DIT Fonds f. Verm.	68,51	66,84	66,57
DIT Rohstoffonds	77,27	75,02	74,86
DIT Pazifikfonds	89,16	86,56	85,24
DIT Technologiefonds	78,60	76,31	75,41
DIT Fds.f. Wäh.u.Opt.A	116,87	114,02	113,82
Dt. Rentenfonds	87,61	85,89	85,86
Dt. Vermögensb. Fds. A	38,19	36,37	36,18
dgl. I	52,06	49,58	49,45
dgl. R	27,26	26,47	26,45
DWS Bayern Spezial	98,25	93,57	95,26
DWS Energiefonds	85,55	83,45	83,24
DWS Provesta	71,90	68,48	68,18
DWS Rohstoff Fds.	78,50	76,55	76,20
DWS Technologie Fds.	90,10	87,90	88,00
Fondak	70,73	67,36	66,92
Fondirent	84,50	82,04	81,96
Fondis	53,45	50,90	50,51
Fondra	111,43	106,12	105,53
FT Accuzins	134,85	130,90	130,73
FT Am Dynamik	23,56	21,56	21,41
FT Frankf. Eff. F	131,88	125,29	125,29
FT Interspezial I	26,66	24,39	24,40
FT Interspezial II	80,96	78,33	78,36
FT Interzins	43,89	42,61	42,61
FT Nippon Dynamik	73,46	67,22	66,79
FT Re-Spezial	182,78	175,64	175,42
Gerling Dynamik	66,00	63,15	63,14
Gerling Rendite	59,42	57,69	57,65
GKD-Fonds	76,15	73,19	72,88
Gothaerent	97,10	95,75	95,67
Grundbesitz-Invest.	72,50	68,78	68,76
Grundwert-Fonds	129,97	123,15	123,15
Hbg.-M. Rentenfonds	56,95	54,74	54,75
Hansainternational	55,01	53,15ex	60,52
Hansaprofit	–	27,97ex	30,01
Hansarenta	47,34	45,74ex	49,51
Hansasecur	65,63	62,50ex	65,58
Hansazins	49,72	48,04ex	50,45
Haus-Invest	70,30	66,95	66,93
Ifi-Fonds Nr. 1	118,20	112,50	112,50
dgl Nr. 2	76,60	72,90	72,90
Industria	56,95	55,79	55,12
INKA-Global	81,20	77,20	77,20
INKA-Rent	53,40	51,80	51,70
INKA-Re-Invest	131,50	127,60	127,60
Inrenta	71,15	69,41	69,58
Interglobal	136,91	132,97	131,84
Inter-Renta	38,30	37,15	37,12
Intervest	95,75	91,17	91,04
Interkapital	27,60	26,00	26,10
Int. Rentenfonds	90,70	88,49	88,22
Investa	68,08	64,76	64,38
Investors Fds.	15,98	14,86	14,79
Ivera-fonds	56,02	51,26	51,18
Japan-Pazifik-Fds.	68,98	64,97	66,69
Kapitalf. Spezial	130,79	128,98	128,94
Magdeb. W.-Fd.DIT	81,34	77,47	77,04
Medico-Invest	119,82	112,00	112,50
Merkur I	28,42	28,42	28,79
NB Rent	59,53	57,79	57,79
Nordcumula	68,31	66,32	66,24
Nordrenta Int.	58,78	57,07	56,95
Nordstern-F. RK	53,90	52,07	57,07
Nürnberger Rentenfds.	52,60	50,21	50,19
Oppenh. Int. Rent.	99,23	96,55	96,55
Oppenh. Priva-Rent	116,59	113,18	113,18
Oppenheim-Privat	56,09	53,41	53,41
Oppenheim-Spez. I	124,71	121,07	121,07
Oppenheim-Spez. II	99,91	95,14	95,14
Plusfonds	72,68	69,22	68,85
Privatfonds	65,75	62,58	62,80
Re-Inrenta	161,20	157,25	157,21
Renditdeka	unerh.	unerh.	35,53
Rensak	158,38	150,46	150,34
Rentex	113,74	110,33	110,25
Rentensparfonds	59,34	57,63	57,60
Ring Aktien-Fds. DWS	49,45	47,20	46,99
Ring Renten-Fds. DWS	50,50	48,22	48,22
Säkular-U-Fonds	143,54	139,36	138,65
SMH-Rentenfonds	51,34	49,84	49,85
Südinvest I	68,99	65,70	65,78
dgl. II	79,84	76,04	75,60
dgl. III	26,05	25,29	25,30
dgl. IV	85,92	82,62	82,78
Thesaurent	67,99	66,35	65,95
Thesaurus	225,75	218,29	214,90
Transatlanta	31,77	30,84	30,59
Unifonds	32,00	30,43	30,26
Uniglobal	92,98	88,42	87,70
Unirak	86,95	82,79	82,72
Unirenta	40,30	39,09	39,09
Unispezial I	–	69,51	70,12
Universal-Eff.-F.	84,39	82,74	83,80
Unizins	110,15	106,92	106,96
Verm.-Aufbau-F.	122,08	116,27	115,73
Verm.-Ertrag-F.	104,47	100,45	100,13
VICTORIA Rent-Adig	71,64	69,22	69,20

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	33,10	31,25	unerh.
Bond Valor DM	108,00	105,99	105,99
Convert Fund A DM	31,10	29,50	29,30
Convert Fund B DM	89,50	85,10	84,70
CS Money Market DM	1071,00	1070,00	1070,00
Eurinvest DM	83,30	79,90	80,80
Eurasian DM	165,89	152,14	151,63
Formular Sel. DM	79,61	74,44	74,44
GT Inv. Fund DM	58,10	55,10	55,80
Interspar DM	unerh.	unerh.	26,33
Japan Sel. DM	357,70	334,45	334,45
Unico DM	74,00	71,81	71,84
Amerika-Valor sfr.	509,50	482,25	475,25
Asia Fd.	unerh.	unerh.	209,46
Automation sfr.	122,00	114,00	113,00
Bond-Invest sfr.	64,00	62,75	63,00
Bond Valor Yen	10350,00	10140,00	10152,00
Bond Valor	113,08	110,96	111,80
Bond Valor sfr	105,80	105,85	105,98
Bond Valor Ster.	99,91	98,05	97,85
Canasec	672,00	639,00	643,00
CSF-Bonds sfr.	76,50	73,75	73,75
CS Money Market	1118,00	1117,00	1117,00
CS Money Market Ster.	1066,00	1065,00	1065,00
CS Money Market Yen	101343,0	101342,0	101324,0
Convert Valor sfr.	124,10	121,75	122,30
Convert Valor	132,76	130,29	130,31
Dreyfus *	13,19	12,07	14,12
Dreyfus Int. *	45,14	42,43	43,03
Dreyfus Intercont. *	41,08	38,62	38,62
Dreyfus Leverage *	20,44	18,70	18,62
Energie-Valor DM	168,41	159,84	159,70
Europa Valor sfr.	195,25	186,00	186,00
Fonsa sfr.	186,00	181,50	181,50
Founders Growth *	8,49	8,49	8,42
Founders Mutual *	9,73	9,73	9,60
Goldmines Intl.	–	238,00	232,00
Intercont. Tr. sfr.	–	352,75	349,25
Interswiss sfr.	170,50	169,50	169,00
Intervalor sfr.	89,75	86,50	85,75
Japan Portfolio sfr.	929,25	874,75	861,25
Kemper Growth *	13,54	12,39	12,32
Pacific-Valor sfr	159,50	149,50	148,50
Pharmafonds sfr.	278,00	277,00	274,00
Pioneer Fund *	25,70	21,49	21,60
dgl. II *	19,33	17,66	17,61
Schweizeraktien sfr.	497,75	471,75	471,75
Siat-Immo. sfr.	1770,00B	1760,00G	1760,00G
Siat 63 sfr.	1405,00B	1395,00G	1395,00G
Swissimmob. N.S sfr.	2645,00	2525,00	2525,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1360,00	1295,00	1295,00
Swissvalor sfr.	398,25	386,75	387,80
Technology *	13,63	12,47	12,39
Technogrowth Fd.	107,79	101,70	101,70
Templeton Growth *	12,71	11,63	11,57
Universal B.S sfr.	79,80	76,00	75,75
Universal Fund sfr.	127,83	123,30	122,55
Ussec	809,00	771,00	768,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 3. 2. 1986

2946 Optionen · 158 700 (169 500) Aktien, davon 495 Verkaufsoptionen - 26 250 Aktien

Kaufoptionen: **AEG** 4-200/105G, 220/85G; 240/68G, 250/59G, 270/45G; 280/33G; 300/25, 320/15, 330/13, 340/10,6, 350/8, 360/5B; 7-250/65G, 260/60, 280/45G 300/40B, 310/35B, 320/33; 330/26, **Agiv** 7-340/35G; **BASF** 4-250/31G; 260/23,2, 270/17,4, 280/12,5, 290/9, 300/8 310/7,95; 320/6; 330/5B, 340/2,5, 7-260/47; 270/32, 280/28,2, 310/20, 320/15,6, 350/10, 360/7, **Bayer** 4-240/55 250/38; 260/35, 280/23,9, 290/16,4, 300/11, 310/8; 320/7,7, 7-270/45, 290/28, 300/25, 310/16, 320/15; 330/14, 350/10, **BHF** 4-550/27, 7-550/40G; **Bay. Hypo** 4-550/25B, 600/19, 7-600/30B, 650/25; 700/10G; **Bekula** 4-100/7,5G, 7-100/13G; 110/6,15, **BMW** 4-530/96,75G, 560/65G, 580/60B 600/50, 650/24,2, 660/15B, 720/12, 7-600/85, 610/60B, 680/45, **Bay. Vereinsbk.** 4-500/30B, 7-550/50; **Commerzbk.** 4-300/28, 320/24, 330/19, 340/17; 350/16, 380/10B, 390/7; 400/5, 7-300/50, 310/40, 320/30; 340/25B, 350/22B, 360/20B; 390/15, 400/13,5, 420/6B, **Conti** 4-160/41; 170/37; 180/24,2G; 190/19, 200/13B; 210/8; 7-180/33, 190/25B, 220/20,8, 230/16,9, **Daimler** 4-1150/230, 1300/130B 1400/100; 1500/68B; 1600/45; 7-1200/300B, 1300/220, 1400/150, 1500/129, 1600/118, 1800/70B, **Dt. Babcock** St 4-220/29G, 230/23; 240/18B, 240/18B, 260/10,3, 7-200/53,05B, 210/51,05B, 220/45B, 230/34G; 240/25G, 260/15G, 300/10,9, **Dt. Babcock Vz.** 4-190/36B; 7-200/40G, 220/25,2; **Deutsche Bk.** 4-800/70; 850/45, 880/32, 900/25, 920/20,2, 950/17; 1000/10, 7-770/128,75G; 800/100, 850/80, 900/65, **Degussa** 4-500/18; 7-600/30; **Dresdner Bk.** 4-380/45; 420/31; 450/20, 460/19; 480/14, 500/10, 7-400/62, 420/50B, 450/38B; 490/34; 500/25; **GHH St** 4-210/55G, 7-280/20B, **GHH Vz** 4-21/30B, 200/35B, 230/12G; **Hoechst** 4-220/65B, 270/19, 280/18, 290/14, 310/13,9, 320/9B, 330/8,5; 360/2; 7-280/32; 300/19,8; 330/10,5, 340/10, 350/8, **Hoesch** 4-140/44; 150/41,5; 160/31,2, 170/25; 180/15, 190/17; 200/11; 210/5,9, 220/4,8, 7-150/55, 160/45; 170/37, 180/28,5; 190/24; 200/20; 210/17,4; 220/12; 230/10,5; 240/10, 250/7; **Karstadt** 4-340/30B, 400/80, 7-390/21,8G, **Kaufhof** 4-400/20, 7-400/32, 420/17,4G; **KHD** 4-370/29B, 390/20B, 400/10, 7-400/21, **Klöckner** 4-80/27; 85/22, 90/19, 100/15, 110/9; 120/5,6; 150/4,4; 7-70/45B; 90/25G; 95/18,4G; 100/17,9G, 110/14, 120/12, 130/8; 140/5,9; **Lufthansa** St. 4-250/38; 270/37G; 280/28B; 7-280/50G, 300/34, **Lufthansa Vz** 4-240/52G, 250/35,9B; 270/23G; 290/10B 7-280/45; 290/30B; 300/15; **Linde** 7-640/55G, 700/10G, **MAN** 4-180/55B, 190/46B, 210/35B; 7-250/29B; **Mercedes** 4-1250/60B, 1300/60G, 1389,5/40B, 1400/30; 1500/20; 7-1200/120B, 1350/75, 1500/60G; 1600/40, 1700/30, **Metallges.** 4-410/26G; 7-420/30; **Mannesmann** 4-240/52B; 250/48G 260/39G, 270/32,5G; 290/19,3; 300/14,4; 310/10, 320/9, 330/6G; 340/4B, 350/3, 7-270/50; 280/40B, 290/36, 300/24; 310/22G; 320/19,9; 330/15,4, 340/11, 350/9,1; **Nixdorf** 7-640/51G, 680/25, **Porsche** 4-1250/30G, **Preussag** 4-280/20; 290/15, 300/11B, 310/9B, 320/7B; 7-300/20B, 320/10B; **RWE St.** 4-200/33B, 220/19,5, 230/16; 240/9,5, 250/7,5, 260/4,5, 7-190/49B, 200/45B; 220/36B, 230/27,2G, 240/20; 250/18; 260/14,4G, 270/10; **RWE Vz.** 4-220/20B, 230/9,8; 7-220/26B; 230/19G; 250/10B; **Schering** 4-670/11, 7-500/58G 750/15,6 **Kali & Salz** 4-300/25, 7-300/35G, **Siemens** 4-680/125, 700/120, 720/115; 750/105,75; 800/75B, 820/71,25, 930/65, 850/54,75G 820/54 900/30; 7-730/140, 750/130G, 770/120,95, 800/100; 820/95,75G, 930/75G; 850/65G, 860/65, 870/60G 950/50 **Thyssen** 4-130/44, 140/34; 150/31,5; 160/19, 170/18,2 180/13 190/8,6 200/7, 7-150/47G, 160/37G, 170/27,1 180/19,9, **Veba** 4-270/30B, 300/15, 320/10 330/5,6G 350/4B, 7-220/44B; 300/25; 330/15, 350/12B 360/8, **VEW** 4-160/8 7-160/19G 160/15,4, **VW** 4-400/120B, 410/110G 430/96, 450/85G 500/45 520/35, 540/26B 550/25, 560/20, 590/14,4, 600/14 - 7-370/166B 400/140B, 460/100B, 480/95 490/85, 500/20G, 530/56B; 540/50B, 560/40, 570/38, 600/30, 610/24, **Wella** 4-790/6G, **Alcan** 4-75/6, 7-70/15,6G; 75/7,8, 80/7, **Chrysler** 4-110/8,68, 120/7; 7-110/15,6B, 120/12, 130/7G, 140/5; **Eli** 4-67/7,3B, 7-70/9,6B; 75/7G **General Motors** 4-200/6,4G, 7-200/15B, **IBM** 4-370/28,3B, 380/23, 390/18,4B, 410/15; 420/9,7; 7-380/34, 400/30, 410/26,5B 420/25,8, 440/15 **Litton** 7-220/9G, **Norsk Hydro** 4-40/5,1, 45-3,5, 50/1,5, 55/1B, 7-40/9,7, 45/6, 50/4,5, 60/1,5B, **Philips** 4-39,5/20S; 45/13,5, 49,5/8; 54,5/6,5B; 55/4,9, 60/5,6, 7-50/12,5B, 59,5/6,5B, 60/6, 70/3,3; **Royal Dutch** 7-170/11,6B, **Sony** 4-50/2,5G; **Sperry** 4-120/7, 7-120/11G 140/5,6, **Xerox** 4-150/3, 7-160/11,5G

Verkaufsoptionen: **AEG** 4-50/3B, 260/3,5B, 270/5,5, 280/6,6, 290/10,6, 300/19 7-250/260-S 270/9,4; 290/15B; 300/25; 310/30G, **BASF** 4-250/1; 260/2, 270/4, 280/15,9B, 7-250/2,5; 270/6, 280/16B, **Bayer** 4-270/7, 280/5,4, 7-260/2,5G, 270/5,4, 280/8,2, 290/12G, **Bay. Hypo** 4-540/12,6G; **BMW** 4-560/8B, 570/12 580/18, 590/25G, 600/30; 7-540/10,1G, 560/12B, **Bay. Vereinsbk.** 4-490/13; **Commerzbk.** 4-290/5G, 300/7,6, 310/11, 7-290/8; 300/10, 310/15, 320/27G, **Conti** 4-170/1,6, 180/2,5G, 190/4B, 200/6,7G, 7-180/3,4B, 190/5G, 200/6,4G, **Daimler** 4-1200/19,4, 1300/31,1G, 1100/10B 7-1100/10 1200/50, 1300/60G, **Deutsche Bk.** 4-790/20G, 800/30G, 7-850/66,25B, **Dresdner Bk.** 4-390/5G 400/10, 410/15,6G, 7-400/15, 410/18G, **GHH** St 4-250/12,6B; 7-250/19,7, **Hoechst** 4-260/2,9B, 270/5 280/5,5, 290/15,6, 7-250/2G, 270/8B, 280/9,6G, **Hoesch** 4-160/1, 170/2,5G, 180/6, 190/10G, 7-160/3, 170/4G, 180/8G; **Karstadt** 4-340/12G, 7-330/5G; **Kaufhof** 4-320/17,6G, 7-320/6,4G, 370/17G; **KHD** 7-330/6G **Klöckner** 4-95/2; 100/4; 110/11, 7-85/1, 90/2 95/4; 100/8,2G, **Lufthansa St.** 4-270/75, 7-260/3,5G; **Mercedes** 4-1100/14 7-1000/14,7G, **Mannesmann** 4-260/2,9, 270/3,1, 280/6, 7-270/6B, 290/12, **Porsche** 4-1200/30G, 7-1100/15G, 1200/35B, 1300/95, **Preussag** 4-250/1,6; 260/6,5, 270/18B, **RWE St** 4-210/3,4, 220/8B 7-200/2,4G, 210/5,5, 220/10,3B; **RWE Vz.** 4-210/6B, **Siemens** 4-750/3,6G, 770/8G 780/11,5, 800/20,7 7-740/5G, 770/10G, 780/25G, 800/35, **Thyssen** 4-15/1,5G, 160/2,8, 170/4, 180/10, 7-150/2, 160/5,1; 170/8, 180/15,8B; 190/22B, **Varta** 7-290/1,4G; **Veba** 4-280/4,9, 7-280/6,9B, **VW** 4-490/11; 500/15,1, 510/16; 520/24G, 530/30B, 7-500/20B, 520/28B, 530/35, **Wella** 7-740/10G; **Chrysler** 7-110/6,8B, **Eli** 7-70/9,8B; **General Motors** 4-180/5,2G 7-180/6,1G, **Norsk Hydro** 4-45/3,5; 7-45/4,4B, **Philips** 4-55/1,9G, 7-50/1G, 55/3, **Sperry** 7-150/12,5

Hinweis: Wegen übergroßer Geschäftstätigkeit konnten die Oktober-Termine in dieser Ausgabe keine Berücksichtigung finden.

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte 159,72 (157,95), Elektrowerte 358,30 (355,45), Autowerte 745,77 (749,18), Maschinenbau 183,96 (181,79), Versorgungsaktien 160,52 (158,97), Banken 384,60 (385,51), Warenhäuser 153,55 (152,24), Bauwirtschaft 400,15 (396,50), Konsumgüterindustrie 147,59 (145,68), Versicherung 1456,55 (1448,14), Stahlpapiere 173,65 (168,82)

Kursgewinner (Frankfurt):

Salmoll	34,00	+2,98	+9,5%
Heinrich Ind.	770,00	+50,00	+6,9%
Aach. Münch. Bet.	2255,00	+135,0	+6,3%
KKB Vz.	580,00	+30,00	+5,4%
Platt	227,00	+11,00	+5,0%
Flachglas	315,00	+14,90	+4,9%
Hoesch	189,50	+9,00	+4,9%
KFK St	650,00	+30,00	+4,8%
Stumpf St	136,80	+6,00	+4,6%
Enka	410,00	+17,00	+4,3%

Kursverlierer (Frankfurt):

Hessen-Nassau	180,00	-20,00	-10,0%
Alte Leipziger B	1200,00	-100,0	-7,8%
Gerling NA Vz	600,00	-50,00	-7,6%
Gerling NA Kl.	600,00	-50,00	-7,6%
Diskuswerke	60,00	-4,00	-6,2%
Alte Leipziger C	900,00	-50,00	-5,2%
Commerzbk. Reste	17,70	-0,90	-4,8%
Aach. Münch. Vers.	1410,00	-70,00	-4,7%
MAN St	381,00	-19,00	-4,7%
Mannheimer Vers.	905,00	-45,00	-4,7%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 840,00 G, Koritzer 1950,00 B, VAB 2800,00 T

Düsseldorf: BASF 257,00, Bayer –, BHF 480,00 G, Contigas 329,00 G, Contigummi –, IWK –, KSB –, KSB Vz. –, Linde 622,00 bG, Metallges. 362,00, Nixdorf 542,00, Rütgers 420,00, Salamander –, Schering 550,00, VEW 140,00

Frankfurt: Allweiler St 279,00, Allweiler Vz. 206,50, BASF 256,50 Bayer 275,00, BHF 483,00 T, Contigas –, Contigummi 183,00, IWK 308,00, KSB 187,00 G, KSB Vz. –, Linde 627,00, Magdeburger Feuer 760,00, Magdeburger Feuer NA 1500,00 B, Mainkraft 560,00, Metallges. 360,00, Moto Meter 222,00, Nixdorf 539,00, Platt –, Rütgers 415,00, Schering 550,00, VEW 141,00

Hamburg: Doag 350,00 bG, Schering 560,00

München: BASF 253,00 bG, Bayer 253,00 bG, Br. Wolff 232,00, Contigas –, IWK 301,00, Isar-Amper 352,00 bG, Linde 622,00 bG, Metallges. 370,00 G, Nixdorf 547,00, Rütgers 420,00 G, Schering 542,00 bG, Stumpf 113,00 TB, VAB 3000,00 B, VEW 135,00

Bezugsrechte: Frankfurt: Bayer 2,50, Commerzbk. 1,50

Devisenmärkte

Die Ölpreissenkungen von Mexiko und Venezuela sowie pessimistische Töne des saudiarabischen Ölministers Yamani bezüglich einer möglichen Einigung zwischen den Opec- und Nicht-Opec-Staaten lösten am 3. Februar einen starken Druck auf das Englische Pfund aus, das amtlich mit 3,319 einen neuen historischen Tiefstkurs erreicht. Im Interbank-Handel wurde es teilweise nur noch mit 3,30 gezahlt. Bis zum Nachmittag hatte es sich jedoch wieder auf 3,33 erholt. Der Dollarkurs verzeichnete im Tagesverlauf einen deutlichen Anstieg von 2,3780 zu Beginn des Handelsgeschehens bis 2,3960. Ohne Einwirken der Bundesbank wurde sein amtlicher Mittelkurs mit 2,3905 festgestellt. Der Japanische Yen verzeichnete mit 1,2 Prozent auf 1,7515 den höchsten Tagesgewinn. US-Dollar in: Amsterdam 2,6995, Brüssel 48,875; Paris 7,318; Mailand 1627,40, Wien 16,794; Zürich 2,0272. Ir. Pfund/DM 3,05, Pfund/Dollar 1,3884; Pfund/DM 3,319

Devisen und Sorten

3.2.86	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,3865	2,3945	2,3597	2,37	2,42
London[2]	3,317	3,376	3,242	3,26	3,41
Dublin[2]	3,023	3,037	2,943	2,94	3,09
Montreal[1]	1,6679	1,6759	1,6412	1,62	1,72
Amsterd.	88,45	88,65	88,78	87,75	89,50
Zürich	117,82	118,02	118,12	116,50	119,25
Brüssel	4,885	4,903	4,802	4,71	[illegible]
Paris	32,56	32,72	31,675	31,60	[illegible]
Kopenh.	27,08	27,20	26,905	26,25	28,00
Oslo	31,985	32,105	31,37	31,00	32,75
Stockh.**	31,66	31,82	31,065	30,75	32,50
Mailand[3]**	1,464	1,474	1,416	1,38	1,48
Wien	14,20	14,24	14,148	14,12	14,34
Madrid**	1,584	1,594	1,547	1,50	1,62
Lissabon**	1,52	1,54	1,479	1,10	1,90
Tokio	1,250	1,253	–	1,20	1,26
Helsinki	44,55	44,73	43,88	43,25	45,25
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	1,598	1,657	–	0,90	1,70
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,681	1,170	–	1,65	1,75
Johannbg.*	1,045	1,079	–	0,78	1,10
Hongkong*	30,51	30,79	–	30,00	36,00

Alles in Hundert; [1]1 Dollar, [2]1 Pfund, [3]1000 Lire; [4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet

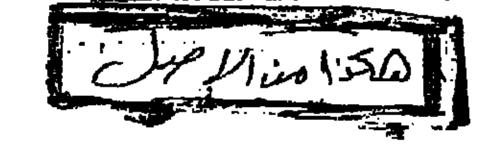
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Dr. Herbert Kremp

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 27,10 einschließlich Porto.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



Schwankungen am Aktienmarkt

Banken lagen nochmals unter Druck

DW. – Die am Wochenende freundliche Tendenz blieb am Montag nur teilweise erhalten. Daran vermochte auch der vorangegangene Anstieg der US-Aktien nichts zu ändern. Der Schwachpunkt lag wiederum bei den Bankaktien. Teilweise wird dies auf die jetzt angelaufene Commerzbank-Kapitalerhöhung zurückgeführt. Obwohl das Commerzbank-Bezugsrecht rein rechnerisch keinen Wert hatte, wurde es dennoch zu 1,50 DM notiert, nachdem es am Wochenende zeitweise sogar außerbörslich mit 1,70 DM gehandelt worden war.

Die Spekulation in den Commerzbank-Bezugsrechten basiert auf Erwartungen, daß sich der Kurs der Commerzbank-Aktien bis zum Ende des Bezugsrecht-Handels am 14. Februar erholen, und daß dann auch das Bezugsrecht an Wert gewinnen wird. Das Bayer-Bezugsrecht konnte sich leicht befestigen. Es profitierte nicht zuletzt von der Stabilität der Großchemieaktien die als Nutznießer der sinkenden Ölpreise gelten. Die Geschäftsbelebung im Einzelhandel am vergangenen Wochenende löste im Kaufhausbereich einige Meinungskäufe aus, die besonders den Kaufhof-Aktien zugute kamen. Sie konnten sich zweistellig befestigen. Dagegen kamen Karstadt und Horten nur wenig voran. Bei Contigummi lebten die gezielten Käufe zu steigenden Notierungen wieder auf. Von den Stahlwerten wurden Hoesch deutlich bevorzugt. Im Fahrzeugbereich lagen BMW-Aktien bemerkenswert fest. Siemens-Aktien konnten sich gut behaupten.

Frankfurt: Hochtief büßten 25 DM ein, MAB-Stämme sanken um 19 DM und SEL verminderten sich um 9 DM. DLW erhöhten sich um 14,50 DM, Enka erholten sich um 17 DM und Flachglas zogen um 14,50 DM an.

Düsseldorf: Alexander gaben um 1,20 DM nach, Balcke-Dürr fielen um 2 DM und Bilfinger sanken um 4 DM. Gildemeister konnten sich um 2 DM, Heinrich Lehmann um 15 DM und Hochtief um 10 DM verbessern.

Hamburg: HEW stiegen um 2 DM, Beiersdorf konnten sich um 2 DM und Phoenix Gummi um 2,10 DM erholen. Holsten Brauerei schlossen mit einem Plus von 7,90 DM. Hapag Lloyd veränderten sich mit minus 0,10 DM nur wenig.

Berlin: Dt. Hypobank Berlin zogen um 15 DM und Engelhardt um 11 DM an. Orenstein konnten 5,10 DM zulegen. Bergmann und DUB-Schultheiss büßten je 5 DM, Herlitz St. 4 DM und Berliner Bank 2,50 DM ein.

München: Deckel stiegen um 5 DM, Flachglas erhöhten sich um 3 DM und Großkr. Franken verbesserten sich um 7 DM. Aigner fielen um 7 DM, Dywidag um 3 DM und Electro 2000 um 20 DM.

Stuttgart: Boss erhöhten sich um 20 DM, DLW um 18 DM und SEL kosteten 7 DM mehr. Württembergische Hypothekenbank wurden um 30 DM zurückgenommen.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex: 277,95 (276,08)
WELT-Umsatzindex: 4099 (7278)
Advance-decline-Zahl: 155 (96)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

		3.2.	31.1.
H	Aach M Beil 10	2350	2170
H	Aach. M Vers. 7	1505	1450
D	Aach. Ruck. 9	3360	3420
D	Aseag *4	340G	340G
M	Ack-Gögg 6	154,8	148,5bG
H	Adca 3	186	189
D	Adler 9	309G	309G
F	AEG 0	299	297
D	AEG KABEL 9	450T	460
S	Aesculap 9	480	475bG
F	AGAB 5	119	115

		3.2.	31.1.
D	Cobk.Rosso - 0 RM	18T	18T
F	Cobk.Genußsch.	115,9	115,95
D	Conc. Chem. 4,5+3	322G	322
B	Conc. Spinne - 0	380G	380T
D	Contigas 7,5	350	330
D	Conti Gummi 5	199,5	193
D	Danb. St 7,65	265	261
D	dgl. Vz. 14,55	405	425G
S	Daimler 10,5	1323	1319,5
M	Deckel AG 0	245bB	240bG
D	Dt. Atl. Tel.10+1	620G	622bB
H	Doag 5	360	361
D	Dt. Babcock St. 5	219	221
D	dgl. Vz. 3,5	205	201

		3.2.	31.1.
H	Hb.Hochb.*4+0,64	94,5	94
H	HEW 5	121	117,5
H	Hat. Lüb. 9	550bG	549bB
Hn	Hann. Papier 5,5	145	145,5
H	Harvestorf 0	87T	90bG
D	Harpener 11	366	366
F	Hartm. & B.St. 4	940G	940T
F	dgl. Vz. 4	880G	880G
M	Hasen-Bräu 9	1040G	1040G
S	Heidelb. Zem. 7	403	397
M	Hellt & W. 5	280G	280G
D	Hein. Lehm. *0	335T	370
D	Heinr. Ind. *14+4	800bG	770bG
H	Hemmoor 0	215G	215G
D	Henkel	383	383

		3.2.	31.1.
F	MAB 6,5	381T	
F	dgl. Vz. 6,5	335T	
D	Mannesmann 4	276,5	
F	Mannh. Vers. 8	905	
H	Markt & K. 7	719,5	
F	MAN St. 0	205	
F	dgl. Vz. 0	186	
F	MAN-Rel. 20,2	601	
S	M.Müll.Weing. *0	530	
D	Maurer 0	99,5	
F	Mercedes 10,5	1159	
F	Metallges. 0	369,5	
S	Met. u. Lack 0	135TB	
S	Mübag 6,5	455G	
F	Moenus 0	95,5	

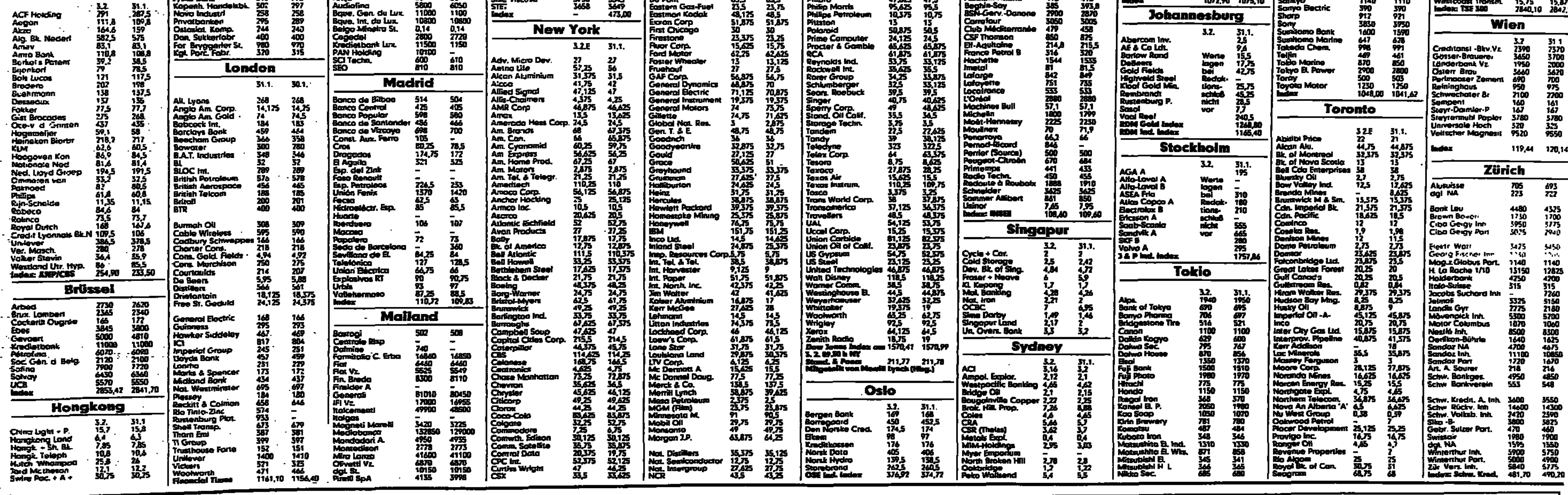
Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland



Brüssel

	3.2.	31.1.
Arbed	2730	2620
Brux. Lambert	2345	2340
Cockerill Ougrée	165	172
Ebes	3845	3800
Gevaert	5000	4810
Kredietbank	11000	11080
Pétrofina	6070	6080
Soc. Gén. d. Belg.	2120	2100
Sofina	7900	7720
Solvay	6430	6360
UCB	5570	5550
Index	2853,47	2841,70

Hongkong

	3.2.	31.1.
China Light + P.	15,7	15,8
Hongkong Land	6,4	6,3
Hongk. - Sh. Bk.	7,85	7,85
Hongk. Teleph	10,8	10,6
Hutch. Whampoa	25,8	26
Jard Mctheson	12,1	12,2
Swire Pac. + A +	30,75	30,25

London (Auszug)

	31.1.	30.1.
Burmah Oil	308	309
Cable Wireless	595	590
Cadbury Schweppes	166	166
Charter Cons.	218	218
Cons. Gold. Fields	4,94	4,92
Cons. Murchison	250	275
Courtaulds	214	207
De Beers	5,95	5,88
Distillers	566	561
Driefontain	18,125	18,375
Free St. Geduld	24,125	24,375
General Electric	168	166
Guinness	295	293
Hawker Siddeley	467	469
ICI	817	804
Imperial Group	245	251
Lloyds Bank	457	459
Lonrho	231	229
Marks & Spencer	173	172
Midland Bank	434	437
Nat. Westminster	695	697
Plessey	184	180
Reckitt & Colman	658	646
Rio Tinto-Zinc	574	–
Rustenburg Plat.	933	–
Shell Transp.	673	679
Thorn Emi	387	381
TI Group	399	397
Trusthouse Forte	152	151
Unilever	1400	1410
Vickers	321	325
Woolworth	471	466
Financial Times	1161,10	1156,40

Mailand (Auszug)

	3.2.	31.1.
Bastogi	502	508
Centrale Risp	–	–
Dalmine	740	–
Farmitalia C. Erba	16860	16850
Fiat	6460	6460
Fiat Vz.	5525	5549
Fin. Breda	8300	8110
Finsider A	–	–
Generali	81010	80450
IFI Vz.	17000	16955
Italcementi	49900	48500
Italgas	–	–
Magneti Marelli	3420	3725
Mediobanca	132850	129000
Mondadori A.	4950	4935
Montedison	2778	2773
Mira Lanza	41600	41100
Olivetti Vz.	6870	6870
dgl. St.	10150	10150
Pirelli SpA	4135	3998

New York (Auszug)

	3.2.	31.1.
UAL	54,125	53,75
Uccel Corp.	15,25	15,375
Union Carbide	81,125	82,375
Union Oil of Calif.	23,875	23,75
US Gypsum	54,75	52,375
US Steel	23,125	23,25
United Technologies	46,875	46,875
Walt Disney	118,5	118,25
Warner Comm.	38,5	38,75
Westinghouse El.	44,5	44,875
Weyerhaeuser	32,625	32,25
Whittaker	19,375	19
Woolworth	63,25	62,75
Wrigley	92,5	92,5
Xerox	64,125	64,5
Zenith Radio	18,75	19
Dow Jones Index am 3. 2. 09.30 h NY	1570,41	1570,99
Stand. & Poors	211,77	211,78

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Oslo

	3.2.	31.1.
Bergen Bank	169	168
Borregaard	450	452,5
Den Norske Cred.	174,5	174
Elkem	98	97
Kreditkassen	176	176
Norsk Data	405	406
Norsk Hydro	139,5	138,5
Storebrand	262,5	260,5
OSE Ind. Index	376,92	374,72

Singapur

	3.2.	31.1.
Cycle + Car.	2	2
Cold Storage	2,5	2,42
Dev. Bk. of Sing.	4,84	4,72
Fraser + Neave	6	5,9
Kl. Kepong	1,7	1,7
Mal. Banking	4,28	4,26
Nat. Iron	2,21	2
OCBC	7	6,95
Sime Darby	1,49	1,46
Singapur Land	2,17	2
Un. Overs. Bank	3,3	3,2

Sydney

	3.2.	31.1.
ACI	3,16	3,2
Ampol. Explor.	2,12	2,1
Westpacific Banking	4,65	4,62
Bridge Oil	2,1	2,15
Bougainville Copper	2,22	2,25
Brok. Hill. Prop.	7,26	8,88
Coles	4,6	4,65
CRA	5,66	5,7
CSR (Thelss)	3,62	3,7
Metals Expl.	0,4	0,4
MIM-Holdings	2,95	3,03
Myer Emporium	–	–
North Broken Hill	2,78	2,8
Oakbridge	1,2	1,22
Peko Wallsend	5,4	5,5

Johann-Stamitz-Biographie von Peter Gradenwitz

Mannheimer Raketen

Der musikalische Reichtum des 18. Jahrhunderts gründet sich auf die beiden Säulen, die seinen Anfang und sein Ende prägen: Barock und Klassik. Pathos, Würde, Religion sind Inhalt und Ausdruck des Barock, seine herausragenden Figuren Bach und Händel. Toleranz, Freiheit, Aufklärung erfüllen die Epoche, die wir die klassische nennen. Ihre Protagonisten: Haydn, Mozart, Beethoven, Schubert.

Das Bindeglied zwischen beiden Epochen bezeichnen wir als Vorklassik. Der unverbindliche Begriff benennt eine Zeit der Emanzipation des Gefühls, die nicht selten die Grenzen des Sentimentalen streifte. Der Stellenwert der Unterhaltung gewinnt in der Periode des Übergangs neue Bedeutung. Musik wird vom Himmel



auf die Erde zurückgeholt, die Macht der Götter gebrochen, neben der Stimme des Allmächtigen läßt sich die des Menschen vernehmen.

Einer von denen, die diesen Jahren Statur und Profil gaben, war Johann Stamitz. Es waren die Jahre der kleinen, fast unmerklichen musikalischen Revolution, ohne die doch die klassischen Meisterwerke nicht denkbar wären. Man „erfand" z. B. damals das Crescendo und das Decrescendo, das langsame An- und Abschwellen einer musikalischen Linie, einen Affekt, der die spätere Musikgeschichte entscheidend akzentuierte, oder auch die „Mannheimer Rakete".

In Mannheim unterhielt der kunstsinnige Herzog Karl Theodor ein mit hochrangigen Musikern besetztes Orchester, dessen Ruf damals etwa dem der Berliner Philharmoniker heute entsprach. Mannheim war eine Brutstätte zeitgenössischer Musik, mit Lust wurde experimentiert und die musikalische Welt auf den Kopf gestellt.

Die Stockhausens, Ligetis, die Nonos und Lutoslawskis waren um die Mitte des 18. Jahrhunderts Johann Stamitz, seine Söhne Carl und Anton, Franz Xaver Richter, Ignaz Holzbauer, Ferdinand Danzi, Christian Cannabich. Sie komponierten die bislang un-erhörten neuen Klänge, sie ersetzten das barocke Continuo im Orchester durch Hörner und Klarinetten, sie erweiterten die sinfonische Form durch das Menuett und hatten den grandiosen Einfall, das zweite Thema des Sinfoniesatzes zum substantiell bedeutenden, gleichwertigen Diskussionspartner des ersten aufzuwerten. Ganz nebenher einigten sie sich auf einen gleichen Auf- und Abstrich aller Streicherbögen – nicht nur optische Verfeinerung.

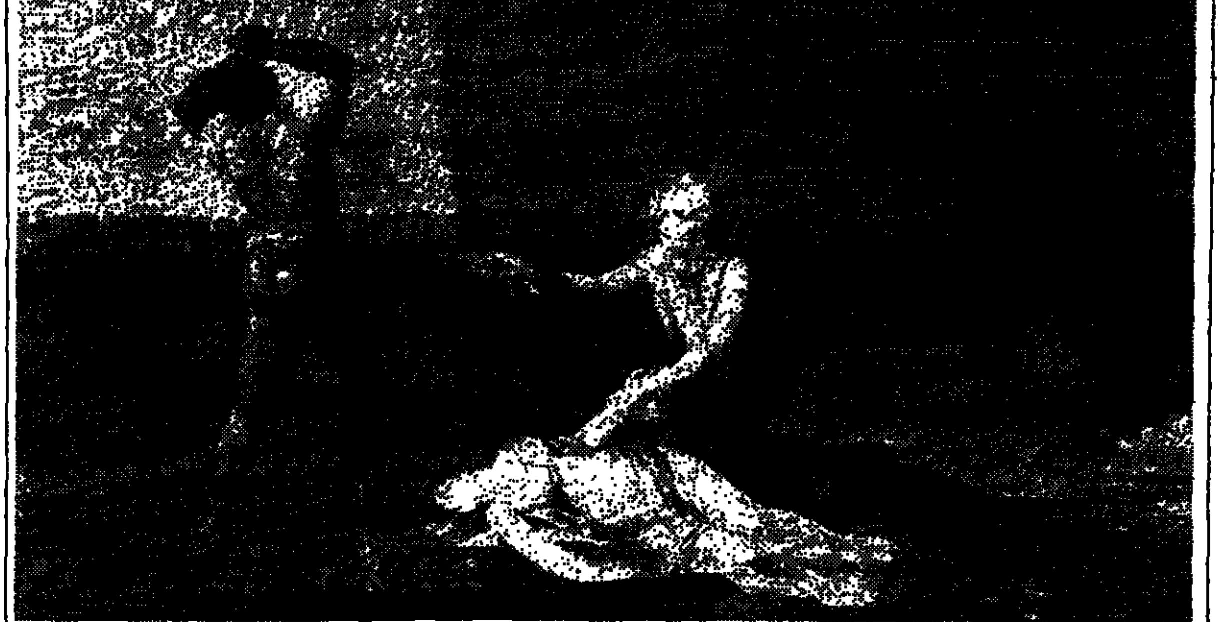
Johann Stamitz (auch Jan Stamic, Staimiz), einer derer, die Mannheim berühmt machten, wurde am 19. Juni 1717 im böhmischen Deutsch-Brod geboren und kam 1745 nach Mannheim, wo ihn der Herzog zum Konzertmeister seines Orchesters machte. Er starb dort, keine vierzig Jahre alt, am 27. März 1757.

Die Nachwelt erinnert sich vor allem an den fruchtbaren Komponisten, dessen Œuvre an die 170 Opuszahlen umfaßt, darunter viele Sinfonien, Instrumentalkonzerte, Kammer- und Kirchenmusik. Seine Zeit schätzte ihn hoch, bewunderte und liebte seine Musik. Der englische Organist, Komponist und Schriftsteller Charles Burney schrieb 1773 über ihn: „Sein Genie war sehr original, kühn und kraftvoll. Seine Werke sind von starkem Ausdruck, welchen der Enthusiasmus des Genies hervorgebracht und die Kultur verfeinert hat, ohne ihn zu unterdrücken."

Peter Gradenwitz' neue Biographie über Johann Stamitz ist ein Beispiel souveräner musikwissenschaftlicher Bewältigung und Ordnung des Themas. Gradenwitz hat sich viele Jahre mit ihm befaßt, schon 1936 in Prag eine Biographie des Komponisten als Dissertation vorgelegt. Man spürt am Text, der von zahlreichen Notenbeispielen und Bildtafeln begleitet wird, die liebevolle Sorgfalt, die profunde Kenntnis und die Präzision der Darstellung, die der Verfasser dem Stoff gewidmet hat. Die in den Jahrzehnten zwischen den beiden Versionen gereiften Erfahrungen mit der Musik „seines" Komponisten, dessen Vita und zeitgenössisches Umfeld hat Gradenwitz in zwei Bänden verarbeitet, die die Stamitz-Forschung wie in einem Brennpunkt zusammenfassen.

HANS OTTO SPINGEL

Peter Gradenwitz: Johann Stamitz, Leben – Umwelt – Werke; 2 Bände zus. 454 Seiten; kartoniert je 23,80 Mark; Heinrichshofen's Verlag, Wilhelmshaven.



Tod und Verderben als Gesellschaftskritik: Illustration des Straßburger Künstlers Frédéric Schall zu Saint-Pierres Roman „Paul und Virginie" (Paris, um 1798) FOTO: KATALOG

Dortmund zeigt französische Illustrationen des 18. und 19. Jahrhunderts

Moralisch schon, aber ebenso frivol

Es sind oft genug die Sammler, die etwas in Bewegung setzen. Auch in den Museen. Dazu bedarf es keineswegs der Großeinkäufe neuer Kunstrichtungen. Die Hinwendung zu einem bislang vernachlässigten oder wenig beachteten Gebiet, Spürsinn beim Finden von Raritäten können dabei viel mehr bewirken. Das belegt die Ausstellung „Bilderwelten" im Dortmunder Museum für Kunst und Kulturgeschichte, die französische Illustrationen des 18. und 19. Jahrhunderts vorstellt. Die Bücher stammen aus der Sammlung Ulrich von Kritter.

Es ist nicht die erste Ausstellung, die auf die Bestände des Sammlers aus Bad Homburg zurückgreift – und die letzte auch nicht. Die „Bilderwelten II" mit satirischen Illustrationen aus dem Frankreich der Jahrhundertwende folgen im März, und die deutsche Buchillustration steht Anfang nächsten Jahres auf dem Dortmunder Museumsprogramm. Unlängst waren im Mainzer Gutenberg-Museum Buchkunst und Graphik aus China und Japan zu sehen. Zuvor gab es in Göttingen und Hannover einen Überblick über „La Caricature", und die Herzog-August-Bibliothek (Wolfenbüttel) konnte mit von Kritters Hilfe Fabelbücher und englische Buchgraphik vorstellen.

Das führte dazu, daß die Bibliothek sich intensiv dem illustrierten Buch zuwandte und nun aus eigenen Beständen (parallel zu der Dortmunder Übersicht) ebenfalls Beispiele der französischen Buchgraphik des 19. Jahrhunderts vorstellt. Da alle diese Ausstellungen von wissenschaftlichen Katalogen begleitet wurden und werden, entsteht aus den auf die verschiedenen Museen verteilten Sammlungsteilen (Ulrich von Kritter hat sie meist den Häusern gestiftet) zugleich eine ansehnliche Buchreihe über die Geschichte der Buchkunst.

Dem Kapitel, das jetzt in Dortmund aufgeschlagen und auch künftig weiter bearbeitet wird, kommt dabei besondere Bedeutung zu. Im 18. Jahrhundert entwickelte sich die Buchillustration zu einer eigenständigen Kunstform. Die literarische Vorlage degenerierte dabei oft zum Vorwand. So wurde über Jean Claude Dorat, den Autor, gespottet, er rette sich von Tafel zu Tafel, denn die (auch damals schon recht teuren) Bände wurden der Bilder wegen gekauft. Besonders beliebt waren damals moralische Geschichten und Idyllen, die sich mit erotischen und frivolen Stichen ausschmücken ließen. Der jüngere Moreau verdankt diesem Genre seinen Ruhm, nicht zu Unrecht, wie sich in Dortmund an mehreren Beispielen nachprüfen läßt.

Im neuen Jahrhundert wandelt sich dann das Bild. Da die berühmten Illustratoren meist auch als Karikaturisten arbeiten, tragen Daumier, Traviès, Grandville, Cham, Gavarni und anfangs auch Doré zu einer ironischen, gelegentlich sogar sarkastischen Brechung der Geschichten bei. Zugleich entwickelt sich der Hang zu Prachtbänden, möglichst in Großfolio. Delacroix hat mit seinen Lithographien zu Goethes „Faust" dieser Tendenz gehuldigt, und Doré zollte ihr dann reichlich Tribut.

Ein besonders reizvolles Konvolut bilden in der Ausstellung die Modejournale, das „Journal des Dames et des Modes" aus den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts mit den kolorierten Kupfern, die vorwiegend dem Empirestil huldigen.

Die Kritter-Sammlung lädt so zu einem Spaziergang durch die populäre Bildwelt vor und nach der Revolution ein, sie spiegelt den Zeitgeist, literarisch und ästhetisch verklärt, denn Aktualitäten, insbesondere politische, waren kein Thema für Bücher. Das spielte sich – im steten Kampf mit der Zensur – in den Karikaturenzeitschriften ab. (Bis 16. Febr.; Katalog 49 Mark.)

PETER DITTMAR

Stammheim: Was der Film zeigt, was er verschweigt

Don Carlos Baader?

Der „Stammheim"-Film ist eine Tragödie, die mit dem Tode der Helden endet. Er spielt Szenen aus dem Gerichtssaal und dem Aufenthaltsraum der Angeklagten nach. Er schildert die Konfrontation der Terroristen mit dem Gericht – die Gründe, warum es zu diesem Prozeß kam, bleiben fast unberücksichtigt; nur während des Vorspanns wird die Anklageschrift zitiert. Und zwei Zeugen sagen kurz aus, wie sie die Toten und Verletzten nach Bombenanschlägen vorfanden. Einer dieser Zeugen wird der Lächerlichkeit preisgegeben; das Publikum in einem Frankfurter Kino nahm dies am Sonntag dankbar auf, denn eine knallharte Erinnerung an Morde und Bomben hätte wie ein Bruch gewirkt.

Die Angeklagten werden als dem Gericht mindestens moralisch gleichwertig dargestellt – „Die einen", so sagt Regisseur Reinhard Hauff, „bekämpfen das Recht und die Ordnung des bürgerlichen Staates und berufen sich gleichzeitig auf die Gesetze, die anderen vertreten die Gesetze und verletzen dennoch das Recht." Daß die einen Menschen töteten und verstümmelten, darf bei diesem Konzept offenbar keine Rolle spielen. Und wenn im Film doch ausführlich von Verstümmelung die Rede ist, geht es um „Isolationsfolter" und darum, der Justiz die Schuld für die Folgen von Hungerstreiks zuzusprechen. Damit verpaßt der Film die Chance, der Frage nachzugehen, wieviel Egozentrik dazu gehört, als mehrfacher Mörder die eigene Existenz so wichtig zu nehmen.

Zudem sollen die Sympathien den „Schwachen" gelten, die, wie Hauff sagt, „das Volk befreien wollten". Ulrich Tukur als Andreas Baader führt das große Wort, Großaufnahmen zeigen sein überlegen-spöttisches und vernichtendes Lächeln bis Grinsen, dauernd setzt er zu großen politischen Erklärungen an, die vom Gericht (im Film eher eine Zensurbehörde) unterbunden werden. Auch die Darsteller der anderen Angeklagten (Sabine Wegner als Ensslin, Hans Kremer als Raspe und Therese Affolter als Meinhof) sind ausgezeichnet, ihre Leistung eines großen Dramas würdig. Doch eben dort muß die inhaltliche Kritik ansetzen. Soll Baader der Don Carlos der Nachkriegszeit sein, sind die anderen „Räuber"?

Der Film geht davon aus; die Pointen, die Lacher sind durchweg zugunsten der Angeklagten gesetzt. Der Richter, in seiner undankbaren Rolle von Ulrich Pleitgen gut gespielt, wiederholt dauernd: „Sie haben mich also ein faschistisches Arschloch genannt!", das Publikum im Frankfurter Kino notierte solche Späße dieses sich offenbar hilflos hinter Paragraphen versteckenden Organs des Staates mit Gelächter.

Stefan Aust hat Briefe, Mitschnitte und Notizen seinem Drehbuch zugrundegelegt, die meisten Dialoge sind Originalton Stammheim. Manche wirken zuungunsten des Gerichts verkürzt, einige Aussagen verschiedener Zeugen wurden in einer Rolle zusammengefaßt. Eine Stelle ist erfunden: die Szene, in der Raspe im Gerichtssaal den Strick zeigt, der ihm zugeschickt wurde. Klar wird im Film, daß die Mitgefangenen einen Großteil Schuld am Selbstmord Ulrike Meinhofs auf sich geladen haben.

Kann man diesen Prozeß als Tragödie inszenieren, sind die Baader-Meinhof-Leute ein gutes Beispiel, um zu zeigen, „wie ein unvermeidlicher und unausgleichbarer Gegensatz zum Untergang der Helden führt" (Brockhaus über Tragödien)? Der Versuch, den Hauff unternahm, mußte davon ausgehen, daß es berechtigte Gründe für Terror in der Bundesrepublik gibt, sonst wären seine Helden untauglich. Doch stimmt diese zentrale Voraussetzung? In ihr liegt eine Einseitigkeit zugunsten derer, die viele schlicht für Mörder halten.

Der Film ist überwiegend – 825 000 von 1,3 Millionen Mark – aus Mitteln der Stadt Hamburg finanziert worden. Davon müssen 525 000 Mark zurückgezahlt werden, falls der Film Gewinn einspielt. Bisher hat allerdings das Filmbüro e. V. der Stadt, das Produktionen im Auftrag der Kulturbehörde fördert, noch keinen einzigen Film hervorbringen lassen, von dem abzusehen ist, daß eine Mark zurückfließt.

Nur eine Bedingung steht im Gesetz der Hamburger Filmförderung: Die Produktion muß einen Hamburg-Bezug haben. Welcher ist das in diesem Falle? Daß Ulrike Meinhof einmal in Hamburg lebte? Daß der Anschlag auf das Springer-Haus erwähnt wird? Daß die Schauspieler und die Produzenten in Hamburg arbeiten? Diese Begründungen sind weit hergeholt, und zwar aus Stuttgart-Stammheim. Es wäre nicht das erste Mal, daß das Filmbüro aus rein politischen Gründen zahlt.

DETLEV AHLERS

Neue Unterhaltungsshow

Für den Sieger eine Blutwurst

Es gibt Fernsehprogramme, bei denen man seine eingeschlafenen Füße beneidet", ketzerte, auf Unterhaltungsshows angesprochen, Altmeister Robert Lembke. Doch den „Eierkopf mit Hintersinn" Jürgen Dohrenkamp alias Jürgen von der Lippe kann er damit kaum gemeint haben. Im Westen und Norden dieser Fernsehnation ist er vielen als Moderator, Talkmeister, Kabarettist, Liedermacher und Parodist bekannt. Nach Fernsehunterhaltungssendungen wie „So Isses" und dem „WWF Club", die regional ausgestrahlt werden, oder der letztjährigen Funkausstellungs-Show „Die goldene Eins" gibt der WDR dem Sauerländer die Möglichkeit, sich landesweit im Ersten sechsmal in diesem Jahr zu profilieren.

„Donnerlippchen" heißt die neue Unterhaltungsreihe, die rund um den bärtigen 37jährigen gebaut wurde. Die WDR-Leute setzen dabei auf von der Lippes seltene Eigenschaften: seinen pechschwarz-widersinnigen Humor, seinen Ulk aus heiterem Himmel und – was noch viel seltener, aber auch gefahrvoller für seine Sendungen war und ist – seine Ausrutscher und Ausbrüche aus dem vorbereiteten Konzept.

„Ich will nicht die Welt verbessern; ich will nicht nur unterhalten; ich will die Unterhaltung verbessern." Ein leicht dahingesprochener Satz von Marty Feldman, den Jürgen von der

Donnerlippchen – ARD, 20.15 Uhr

Lippe sich zur Maxime erkor. Worum geht es bei „Donnerlippchen"? Wolfgang Neumann, der verantwortliche Redakteur der Sendung: „Um verrückte Spiele mit Kandidaten und Zuschauern. Die Kandidaten geraten überraschend in ungewöhnliche Situationen; sie werden aufs Glatteis geführt, wo sich scheinbar harmlose Alltagsbegebenheiten plötzlich gar nicht mehr als leicht lösbare Aufgaben entpuppen. Dabei weiß das Publikum immer etwas mehr als die Mitspieler, so daß auch ein bißchen Schadenfreude mit im Spiel sein wird."

Auch den amerikanischen „Game-Shows" haben die WDR-Leute einiges abgeguckt. Michael Hill, Inhaber einer Fernsehproduktionsfirma in Los Angeles, wurde als Spezialist und Ideenlieferant vom WDR angeheuert, um die Show nonstop über die 45 Minuten zu bringen. Auf den TV-Geschmack unserer Breitengrade schmieden Regisseur Klaudi Fröhlich, Redakteur Wolfgang Neumann und Jürgen von der Lippe die amerikanischen Rohlinge zurecht.



Will mit seiner neuen Show eine Marktlücke füllen: J. von der Lippe FOTO: TELEBUNK

Trotzdem glaubt Neumann, daß der WDR mit „Donnerlippchen" – „Spiele ohne Gewähr", wie sie vorsichtshalber im Untertitel heißen – in eine Marktlücke hineingestoßen ist: „In konzentrierter Form ist die tempogeladene Sendung eine Mischung aus Vorproduktion und Studio-Live-Teilen, wobei wir bewußt auf Show-Auftritte bekannter Stars verzichtet haben. Auch wenn es vielleicht vor Jahren in dieser Richtung mal Unterhaltungsansätze gegeben hat – wir denken da an ‚Wünsch dir was' mit Vivi Bach und Dietmar Schönherr –, so glauben wir doch, mit dieser Show neue Wege zu beschreiten." Nun, man wird sehen, ob die sich nicht als Holzwege herausstellen.

Neu an der Show ist in der Tat, daß das Publikum sich nur aus Mitgliedern von Klubs, Vereinen oder Stammtischen zusammensetzt, die sich alle untereinander kennen. Aus ihrer Mitte wird der Kandidat gekürt, der übrigens keine großen Preise erwarten darf. „Das Auto oder die Karibik-Reise sind nicht drin. Dafür ein Picknick-Korb mit kölscher Blutwurst." Um so mehr muß der Mitspieler Humor, Standfestigkeit und Reaktionsvermögen mitbringen. Vor allen Dingen aber muß er eine gehörige Portion Humor mit ins Studio bringen.

Um Robert Lembke noch einmal zu zitieren: „Die Hölle ist bekanntlich ein Ort, an dem Engländer kochen, die Italiener den Verkehr dirigieren und die Deutschen Fernsehunterhaltungssendungen machen." Vielleicht gelingt es dem munteren Sauerländer, seinen Kollegen aus München und das Publikum eines Besseren zu belehren. Donnerlippchen noch mal, das wird nicht einfach sein.

ROLF PETERS

KRITIK

Tummelplatz für Triviales

Eigentlich könnte es uns egal sein, mit welchen Mitteln das amerikanische Fernsehen seinen Werbekunden hohe Einschaltziffern verschafft. Nun aber kamen mehr als 14 Sendestunden Trivialprodukt in unsere Stuben, und das gibt uns das Recht, darüber nachzudenken: **Der Feuersturm (ZDF).**

Es hat schon lange keine Familienserie mehr gegeben, die mit solch unvergleichlicher Frechheit die größte Tragödie unseres Jahrhunderts zum Tummelplatz ihrer fiesen kleinen Trivialitäten gemacht hat. Es gibt Vorgänge, die nur als Dokumentation präsentiert werden dürfen; als Produkt von Regie und Maskenbildnerei nähern sie sich der schieren Blasphemie. Ich greife nur die Einstellung heraus, die zeigt, wie Juden (oder Russen oder Polen) in die Grube getrieben und dann mit Maschinengewehren niedergemacht werden. Aus solchen historischen Entsetzlichkeiten Unterhaltung zu ziehen ist pervers.

Es ist überhaupt bedenklich, eine für Europa und die ganze Welt entscheidende Epoche der Zeitgeschichte zu einem familiären Knüpfteppich zu verweben, ohne den großen dramatischen Eros zu haben, welcher allein die Einzelfälle zu allgemeinen Gültigkeiten machen könnte. So läuft denn der Held der Geschichte, von Robert Mitchum eisern dargeboten, wie ein Dressman herum, der auf Rekrutenwerbung aus ist. Wenn er steinernen Gesichts „Ay ay, Sir" aus den zusammengepreßten Kapitänslippen hervorstößt, spürt man die geballte Manneszucht durch die Bildschirmzeilen flimmern.

Bei den anderen macht es der Maskenbildner. Da die Familie der Geschichte auch eine fiktive Familie der Historie ist, bleiben Begegnungen mit Roosevelt, Stalin, Hitler nicht aus, von den kleinen Chargen ganz abgesehen. Das ist nicht so einfach zu machen, das heißt: Der Drehbuchautor schreibt es in drei Stunden oder Monaten nieder, aber das Besetzungsbüro sucht monatelang, und die Maskenbildner, von deren Fingerfertigkeit der Hitler so abhängig ist wie der Churchill oder der Stalin, die Maskenbildner sind die eigentlichen tragischen Helden des Spiels. Auch die eifrigste Klebearbeit ersetzt eben nicht die innere Glaubwürdigkeit. Damit ist eigentlich der Kern der Geschichte gesagt.

Die Bereitschaft des naiven Zuschauers zu einer Art reduzierter, aber dennoch praktizierter Glaubwürdigkeit wird allein schon durch der Helden abenteuerliche Reisen mitten im Krieg, kreuz und quer durch die Welt, stark beeinträchtigt. Der Tausendsassa von Papierheld ist nicht aufzuhalten, wenn es um einen Bomberanflug auf Berlin geht oder die Fahrt an die vordersten sowjetischen Linien. Er blickt mit wissender Gelassenheit in die Ferne, und man weiß nicht, denkt er an seine Freundin oder seine Frau. Nur zum Schluß, wenn er oben am Hochufer steht, einsam und in symbolischer Starre, und ein Flugzeugträger verläßt die Bucht, und der Held blickt auf und betet, da glaubt man kurz, er meine wirklich den Frieden, den er für alle Menschen vom Himmel erfleht.

Aber er betet mit einem Nachsatz: Erst natürlich das Böse in der Welt besiegen, versteht sich, und guckt dabei zum Flugzeugträger hinunter, der majestätisch gen Japan dampft.

VALENTIN POLCUCH

Im luftleeren Raum?

Die Frau Professor Rita Süssmuth, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und Parteimitglied der CDU, als eine Abtrünnige gegenüber den politischen Zielen der Union vorzuführen, das ist selbst Günter Gaus nicht gelungen, der sie in der Sendereihe **Deutsche (ARD)** intensiv befragte, bis zu welchem Punkt sie in Bonn kompromißbereit zwischen Thesen und Realität sei.

Ob die Politik denn wirklich ihr Platz sei und nicht vielmehr wie bisher die Wissenschaft, darüber wollte sich die Ministerin nicht festlegen, sosehr sie auch zu Anfang zur „Aufrichtigkeit" ermahnt worden war. Sie meint, auf keinen Fall würde sie die Beschäftigung später als „verlorene Zeit" abqualifizieren.

Ob Radikalen-Erlaß oder Paragraph 218 oder die Frage, ob sie mit ihrer Auffassung von Familie nicht im luftleeren Raum zwischen „Wirtschafts-Flügel" und „Wert-Konservativen" ihrer Partei sitze, Frau Süssmuth stand zur Generallinie. Trotz aller differenzierenden Äußerungen nennt sie Abtreibung „Tötung" und den Radikalen-Erlaß „formal in Ordnung". Dann erst kommen die Einwände, Einzelfälle betreffend.

Kein Wunder, daß die mit Trommelwirbel vom Interviewer angekündigte „Grundfrage", ob denn nicht wenigstens das Streben der Frau Minister nach Emanzipation für die Frau Werte der eigenen Partei in Frage stelle, souverän abgeschmettert wurde.

EBERHARD NITSCHKE

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 ZDF-Info
Gesundheit
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 WISO
10.55 Tagebuch
11.10 Jakob und Adele
12.10 Arme Welt – Reiche Welt
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

11.55 Ski-Weltcup
in Crans Montana
Super-Riesenslalom der Herren
Reporter: M. Vorderwülbecke'
16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Maria Gräfin von Maltzan
Film von Constanti Pauli
16.55 Spaß am Dienstag
17.50 Tagesschau
Dazwischen Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Donnerlippchen
Neue Unterhaltungsreihe mit Jürgen von der Lippe als Showmaster und Entertainer: 45 Minuten nonstop verrückte Spiele mit Kandidaten und Zuschauern
21.00 Report
Ein verdrängtes Kapitel deutscher Geschichte: Die Euthanasie / Unzureichender Strahlenschutz in Kernkraftwerken? / 15 Jahre unnötig in der Psychiatrie: Der Fall Uhl
Moderator: Franz Alt
21.45 Dallas
Saat des Hasses
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Aufbruch zum Durchbruch
Eine Schau zum Neuen Deutschen Design
Von Christian Borngräber und Bob Rooyens
Die Kunstwerke dieser Sendung sind vorgestellte Räume, Möbel, Lampen und Moden, die bisher meist nur als Unikate existieren. Einzelstücke seltsamer Herkunft, oft aus artfremden Rohstoffen: „Aus alt mach neu" ist bei manchem Designer die Devise, bei anderen kann die Materialbearbeitung kaum brutal genug, der Effekt nicht überraschend genug sein.
0.15 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
Mit Francis Best und Axel Becher
16.20 Pfiff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tom und Jerry
Zeichentrickserie
Anschließend heute-Schlagzeilen
18.20 Mit dem Kopf durch die Wand
Moderation: Biggi Lechtermann
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Marcos läßt wählen
Von den Philippinen berichtet Günter Ederer
20.15 Der schwarze Abt
Deutscher Spielfilm, 1963
Mit Joachim Fuchsberger, Dieter Borsche, Grit Boettcher u. a.
Regie: Franz Josef Gottlieb
21.42 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Bonn contra DGB: Die Machtprobe – Der Streit um den Paragraphen 116
Am Vorabend der ersten Lesung des umstrittenen Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes im Deutschen Bundestag sendet das ZDF eine Diskussion mit führenden Politikern, Gewerkschaftern und Unternehmern. Unter der Gesprächsleitung von Klaus Bresser und Dieter Balkhausen diskutieren Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, der stellvertretende Vorsitzende der IG-Metall, Franz Steinkühler, Gustav Fehrenbach, Vorstandsmitglied der CDU-Sozialausschüsse, Dieter Kirchner (Gesamtmetall) als Vertreter der Unternehmer, Anke Fuchs (SPD), Manfred Brunner, Kurt H. Biedenkopf, der Arbeitsrechtler Bernd Rüthers und der frühere Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl.
anschl. heute

SAT 1

15.00 Perrine
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Taxi
Mama Gravas
Oder Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Glückstreffer
19.45 Love Boat
Anschließend: APF Wetterblick
20.34 Hunter
Die ehrenwerte Gesellschaft
21.30 APF blick
22.15 F. A. Z. etten
22.45 S. T. E. P. IN
Lionel Hampton – One Night Stand
23.35 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

17.00 Sport-Zeit
Ski-Weltcup
18.00 Mini-ZIB
18.10 Spielregeln
Jugend kontra Justiz
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Eine geschiedene Frau (4)
Warten auf Ioannina
20.30 *auslandsjournal*
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
anschließend: 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.00 Wie geht's?
18.15 Deutsche Szene
18.35 Blick in die Welt
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Das Recht zu lieben
Französischer Spielfilm, 1972
22.08 RTL-Spiel
22.15 Open End
22.45 Wetter/Horoskop/Betthupferl

III.

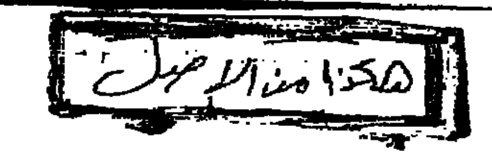
WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Werner Sonne aus Polen: Abenteuer Auto
20.45 Rückblende
Cabaret Voltaire
21.00 Formel Eins
21.45 Auf der Suche nach der verlorenen Tradition
Jugendbewegung und Wandervögel
22.15 Deutschlandbilder
Harmonie – Die Kraft kommt von innen
23.00 Auslandsmagazin
Impressionen aus Moskau und Washington
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Unsere Nachbarn – die Baltas (5)
Ausländer – Inländer: Hilf dir selbst
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 Welt am Draht (1)
Zweiteiliger Thriller
22.40 Die Spinner vom Gartetal
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Frauen-Fragen
Der Kaiserin neue Klamotten
19.05 Formel Eins
20.00 Tatort
Münchner Kindl
21.20 Wieviel Pakete wurden aufgegeben?
21.30 Drei aktuell
21.45 Filmmagazin
22.30 Der Schriftsteller muß immer gegen die Macht sein
23.00 Soap oder Trautes Heim

SÜDWEST
19.26 Sandmännchen
19.30 Die Sprechstunde
Passives Rauchen
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Heute in ...
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Ich vertraue Dir meine Frau an
Deutscher Spielfilm, 1943
22.40 Englischkurs (5)
23.10 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Bürgerforum
20.00 Königin Victoria
Ihr Herz war im Hochland
20.45 Die Sprechstunde
Passives Rauchen
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Weltcup-Skirennen
Super-Riesenslalom der Herren
22.15 Panik – Dinosaurier bedrohen die Welt
Japanischer Spielfilm, 1966
23.40 Rundschau



Wie steht es um uns?

P. D. – Es gibt nicht nur die hintersinnigen, scharfzüngigen polnischen Aphorismen von Stanislaw Jercy Lec. Auch haben die Polen nicht allein den Sozialismus als Inspirator wortkarger zynischer Botschaften geschenkt bekommen. Dieses Glück wurde – unfreiwillig – auch anderen Staaten Osteuropas zuteil. „Ich denke, also habe ich keine Chance", heißt es deshalb in Jugoslawien, oder genauer gesagt: bei Radivoje Dangubić. Und sein Kollege Brana Crnčević weiß: „Ein fortschrittlicher Mensch ist heute ein Beruf".

Titos Kinder haben zwar ihre Freiheit, aber ganz offensichtlich nicht ihren Humor verloren, wenngleich er inzwischen mit einer gehörigen Portion Sarkasmus untermischt wird. Milo Dor führt das in der Sammlung „Schreib wie du schweigst" mit einem Strauß serbischer Aphorismen vor (Europa Verlag, Wien, 120 S., 14,80 Mark).

So erfahren wir durch Ljubisa Manojlović: „Ich wollte einen Unbestechlichen kaufen. Aber ich hatte nicht so viel Geld." Und Milovan Vitezović hat die Erfahrung gemacht: „Es ist leicht, eine Rede, aber schwer, Wort zu halten."

Allerdings hat sich Radivoje Dangubić – wie es sich für einen Sozialisten gehört – nicht den Blick für die positiven Realitäten trüben lassen: „Gäbe es keine Fahnen, würden manche Genossen nicht wissen, wie Hammer und Sichel aussehen." Während man den Fatalismus von Crnčević nicht billigen kann, der notiert: „Selbst wenn der Henker *ein Künstler ist, fällt es dem Opfer* schwer, ihm Beifall zu klatschen."

Und weil man in Serbien offenbar auch die Redensart „Der Klügere gibt nach" kennt, räsoniert Dangubić: „Ich bin nicht gescheiter, man hat mich gezwungen, nachzugeben." Als Trost – und um nicht als ein negatives Element zu gelten – setzt er jedoch hinzu: „Es geht uns gut." Nur irgendein Teufel muß seine Zunge (oder Feder) geritten haben, und so können wir nicht den Nachsatz übersehen: „Aber es steht schlecht um uns."

Bei Tag und nachts bei Flutlicht: Britische Archäologen legen die Reste des größten Zivilbaus der Römer nördlich der Alpen frei

Das Loch, in dem Londons erstes Rathaus liegt

Mitten in der Londoner City, ein paar Blocks von der Bank von England und der Börse entfernt, gegenüber der Banque Belge und neben dem futuristisch emporstrebenden Neubau von Lloyds wird ein gewaltiges Loch gebuddelt. Doch keine Bulldozer und Bagger bereiten den Boden für den neuen Bürokomplex des Versicherungskonzerns Legal and General. Es geht fast lautlos zu. Mit Spaten und Spachtel beackert ein Archäologenteam des Museum of London einen Boden, der das Geheimnis von Londons Stadtgründung und seines ersten Rathauses birgt.

Es ist die umfangreichste Grabung in Britanniens Finanzhochburg. Freigelegt werden die Reste des größten Zivilbaus der Römer nördlich der Alpen: die Basilica und das von Kolonnaden eingefaßte Forum auf dem Hügel Cornhill. Dort hatten die unter Kaiser Claudius 43 n. Chr. eingefallenen Römer die erste Brücke über die Themse geschlagen und Londinium als Verkehrs- und Handelszentrum ihrer neuen Provinz Britannia gegründet.

Die Erzfeindschaft zwischen Archäologen und Bauunternehmern, von der man auch in anderen europäischen Großstädten ein Lied singen kann, zumal wenn sündhaft teures Bauland im Stadtkern zum Zankapfel wird – für diesen im Grunde unüberbrückbaren Interessenkonflikt zwischen Bewahrern des Alten und Schöpfern von Neuem fand man in London eine Lösung, die für Europa wegweisend sein könnte, wie Projektleiter Brian Hobley, Leiter der Archäologischen Abteilung des Museum of London, in einem Gespräch mit der WELT betonte.

Hobley: „Wir haben nach zweijährigen harten Verhandlungen mit Legal and General eine sehr befriedigende Lösung erzielt, bei der wir zwölf Arbeitsmonate herausschlagen konnten. Wir gehen in Phasen vor. Sind unsere 60 Archäologen mit einem Abschnitt durch, rücken die Bauarbeiter nach, die auch vor uns zum Zuge kommen." Während die Archäologen bei Flutlicht in Schichtarbeit rund um die Uhr die Vorgängerbauten von drei abgerissenen Bankgebäuden aus viktorianischer Zeit durchforsten, beginnt bereits die Arbeit an dem Neubau. Bauarbeiter gehen den Archäologen mit ihren Spezialmaschinen dort zur Hand, wo sie erwünscht sind.

Hobley, der auf 25 Jahre Grabungserfahrung in bebauten Gebieten zurückblicken kann und Europas größte Abteilung für Stadtarchäologie leitet, schwört auf dieses Erfolgsrezept: „Es zahlt sich aus, termingerecht den Platz zu räumen. Und: Auch wir Sachwalter der Vergangenheit dürfen nie vergessen, daß wir in der wirklichen Welt leben."

Der Versicherungskonzern stellt Arbeitskräfte und Maschinen zur Verfügung und konnte sogar als Sponsor gewonnen werden. Er trägt ein Viertel der auf knapp zwei Millionen Mark veranschlagten Kosten des Projekts, das ferner von der Kommission für Denkmalschutz, „English Heritage", und dem Spendenfonds der City für Archäologie getragen wird.

Das Großprojekt an der Leadenhall Street gibt den Archäologen ihre letzte Chance zur ersten wissenschaftlichen Grabung an dem Basilica-Komplex. Die Viktorianer hatten einen großen Teil der 1881 entdeckten, aber erst 1923 identifizierten Baureste für immer zerstört. Ein Teil der einst 3,2 Hektar großen Anlage von Basilica und Forum liegt unter Kirchen.

Der gegenwärtig ausgegrabene Ostteil der Basilica wird nicht, wie das Prätorium unter Kölns Rathaus oder Römerbauten unter dem Münster von York, konserviert und zugänglich gemacht. Die Archäologen dürfen fürs Museum nach Belieben mitnehmen, was sie finden – dann müssen die freigelegten Reste endgültig Stahl und Beton weichen. Bis es soweit ist, hat London eine neue Touristen-Attraktion: eine überdachte Aussichtsplattform, von der man den Fortgang der Grabungen beobachten kann, zumal die Plattform den Archäologen folgt.

Das auf zwei Hügeln erbaute Londinium, dem genannten Cornhill und dem späteren Domhügel von St. Pauls, war im Jahre 60 von Queen Boadicea nach einem Blutbad niedergebrannt worden, nach der prompt folgenden Strafexpedition jedoch zur Hauptstadt der Provinz aufgestiegen. Den Legionen folgten Kaufleute und Spekulanten, um in der neuerworbenen Provinz Geschäfte zu machen. Die müssen lukrativ genug gewesen sein, um den Bau einer Basilica und des Forums mit der gewaltigen Gesamtfläche von 3,2 ha sinnvoll erscheinen zu lassen.

Die Basilica (ein großer Hallenbau mit Seitenschiff, Arkaden und Apsis, dessen Namen der christliche Kirchenbau adoptierte) war 160 m lang und 50 m breit, also etwa so lang wie die St.-Pauls-Kathedrale Sir Christopher Wrens, der die römischen Ursprünge Londons wiederentdeckte. Der Komplex bildete das Handels- und Verwaltungszentrum der Stadt, deren Schlagader die (unweit der London Bridge angenommenen) Brücke war, von der (bis heute) radial die Straßen ins Land führen. An der nordöstlichen Außenwand der Basilica ist man schon fündig geworden. Ein Fünftel ihres Areals soll jetzt freigelegt werden.

Die an der Nordseite des Forums gelegene Basilica war Rathaus und Gerichtsgebäude zugleich. Hier waren das zentrale „Finanzamt", das „Bauamt", das „Straßenamt". Hier tagte der nach dem Vorbild des Senats *in Rom gebildete Stadtrat*. Der Bau enthielt neben der Ratskammer das Schatzamt, das Gefängnis, möglicherweise auch Räume für den Kaiserkult, einen Raum für Dokumente und rund hundert Büros. Im Südflügel und in den Seitenflügeln des Forums gab es weitere Räume für Administration und Geschäfte. Der Innenhof diente als riesiger Markt.

Brian Hobley: „Wir hoffen auf Funde, die Kaiserkult und Lokalität eines Schreins belegen. Wir hoffen auf Beweise für den Gerichtsort in der Ostapsis. Vielleicht finden wir Aufschlüsse über die *Bauzeit unter* Trajan oder erst unter Hadrian. Forschungsziel ist aber auch der Niedergang dieses gewaltigen Baus." Schon wurden Reste aus nachrömischer Zeit gefunden, doch die Datierung der Bauten aus der Zeit der Sachsen steht ebenso aus wie die nähere Bestimmung einer quer über das geschichtete Ruinenfeld hinwegführenden Straße. Die Archäologen graben bis zu neun Meter Tiefe von der heutigen Straßenhöhe. Sämtliche Fundstücke gehören der City of London und werden ausnahmslos ins Museum wandern.

Die Kenntnisse der römischen Anfänge Londons werden bei diesem archäologischen Traumprojekt mit Sicherheit erheblich erweitert werden können. Nachdem bereits die aufregende Entdeckung eines Mithrastempels gelang, nach der Freilegung des Gouverneurspalastes unter dem Bahnhof Connon Street, der Thermen in der Upper Thames Street und von Teilen der Mauer, die das größte Stadtgebiet in der Provinz Britannia umschloß, warten nicht nur Altertumsforscher gespannt auf die Story des ersten Londoner Rathauses.

SIEGFRIED HELM

Der Stolz des römischen Londinium: Basilica und Forum, wie der Komplex des Handels- und Verwaltungszentrums vor 2000 Jahren ausgesehen haben könnte
FOTO: MUSEUM OF LONDON

JOURNAL

Raffael im Prado ist eine Kopie

AFP, Palermo

Das im im Madrider Prado ausgestellten Gemälde „Schmerz Siziliens" des Malers Raffael ist eine Kopie, das Original soll sich im sizilianischen Heilig-Kreuz-Kloster des Benediktinerinnen-Ordens in Caltanisetta befinden. Dies behauptet der Geistliche Giuseppe Sorce in einem jüngst veröffentlichten Werk. Demzufolge malte Raffael das Gemälde 1516. Philipp IV. von Spanien jedoch habe das im Prado ausgestellte Gemälde im Jahre 1622 durch den Vizekönig von Sizilien, Ferdinand, überreicht bekommen.

Nobelpreis-Sekretär gibt sein Amt auf

AFP, Stockholm

Der ständige Sekretär der schwedischen Akademie, die jedes Jahr den Nobelpreis für Literatur verleiht, wird sein Amt am 1. Juni aufgeben. Professor Lars Gyllensten (65) war 1966 in das 18köpfige Gremium aufgenommen und 1977 zu dessen ständigem Sekretär ernannt *worden. Seine Nachfolge wird* Professor Sture Allen (58) aus Göteborg antreten. Als letzte offizielle Aufgabe in seinem Amt wird Gyllensten die Feiern organisieren, die zum 200jährigen Bestehen der Akademie am 4. und 5. April in Stockholm stattfinden.

Kunst aus Nagaland, Schmuck und Skulpturen

DW. Pforzheim

Die Kunst der Naga-Völker stellt das Schmuckmuseum vom 22. Februar bis 20. April erstmal in einer Sonderausstellung in Deutschland vor. Das Nagaland befindet sich im äußersten Nordosten Indiens und wird von – noch immer – rebellischen Stämmen bewohnt. Ihre künstlerischen Arbeiten sind bisher kaum außerhalb der Völkerkunde gewürdigt worden. Das Schmuckmuseum kann bei seiner Präsentation auf die private Sammlung Barbier-Müller aus Genf zurückgreifen.

Tausend Verlage zur Leipziger Buchmesse

AP, Leipzig

Die Bundesrepublik gehört mit zu den größten Ausstellern der diesjährigen Leipziger Buchmesse, auf der vom 16. bis 22. März rund 1000 Verlage aus 22 Ländern erwartet werden. Die „DDR"-Belletristik soll u. a. mit Werken von Hermann Kant, Gerhard Holtz-Baumert, Jurij Brezan, Horst Bastian und Jochen Hauser vertreten sein. Bei insgesamt 30 literarischen Veranstaltungen während der Messe sollen Luise Rinser und Gisela Elsner aus der Bundesrepublik und Peter Turrini aus Österreich mit zu den Autoren gehören, die aus ihren Werken lesen.

Eine Zeitschrift für alte Kartographie

DW. Bad Neustadt/Saale

Ausschließlich mit alten Landkarten und Ortsansichten beschäftigt sich die neue Halbjahres-Zeitschrift „Speculum Orbis", Zeitschrift für Alte Kartographie und Vedutenkunde, deren erste Nummer gerade im Verlag Dietrich Pfaehler (Bad Neustadt an der Saale, Berliner Str. 37) erschienen ist. Sie wendet sich an Wissenschaftler, Antiquare und Sammler. In der ersten Ausgabe beschäftigen sich die Beiträge u. a. mit „Karten deutscher Gebiete aus der Produktion französischer Verlage des 17. Jahrhunderts", mit dem Problem der Reliefkarten oder der „Kartensammlung des Comte Maison im Stadtarchiv Mönchengladbach". Dazu kommen Nachrichten und Hinweise auf neue Literatur. Das Einzelheft kostet 30 Mark, das Jahresabonnement 54 Mark.

Salzburger Mozartwoche: W. Balcoms „Fantasia"

Die sanft chaotische Welt

Die internationale Stiftung Mozarteum Salzburg, deren Hauptaufgabe die Sammlung aller erreichbaren Dokumente und Darstellungen zur Mozart-Forschung ist, gibt auch bei bekannten und noch wenig bekannten Komponisten Werke in Auftrag und unterstützt junge Interpreten. Das Auftragswerk der diesjährigen Mozart-Woche stellten die Wiener Philharmoniker in ihrem Konzert unter Leitung von James Levine vor: „Fantasia Concertante" für Viola, Violoncello und Orchester des 1938 geborenen Amerikaners William Bolcom, der als zwanzigjähriger Student am Mills College und in Paris Kompositionsschüler von Darius Milhaud gewesen war.

Bolcom hat später – wie er selbst sagt – mannigfache stilistische Einflüsse verarbeitet: Von Carl Philipp Emanuel Bach über Mozart bis zu Charles Ives, von Pierre Boulez bis Scott Joplin. In seiner „Fantasia" klingt das Echo so mancher Klang- und Stileigenheiten der Vorklassik, Klassik und neueren Musik nach, und man glaubt sogar, Anklänge an längst Bekanntes herauszuhören. Dabei ist das Werk formell äußerst durchsichtig; sein rhythmisch heiter pulsierendes Anfangsthema kehrt immer wieder und verleiht dadurch den stilistisch divergierenden Episoden einen Rahmen. „Ich habe dieses Stück mit *großer Freude geschrieben*", sagt William Bolcom: „Ich genoß bewußt die Spannung zwischen zwei Welten: einerseits der musikalischen, andererseits der außerhalb liegenden, unheimlichen und faszinierenden, offenbar musikalisch chaotischen Welt". Die Hörer erfreute bei aller tiefergründigen Zielsetzung ein unterhaltsames, etwa viertelstündiges Orchesterstück; für viele war es eine sanfte Einführung in die Welt neuer Musik. Und James Levine und die Wiener Philharmoniker ernteten mit ihrer alle seine Stimmungs- und *Klangelemente auslotender* Wiedergabe einen für ein neues Werk ungewöhnlichen Beifall.

Höhepunkte der zweiten Programmhälfte der Mozart-Woche waren ein Chor- und Orchesterkonzert des Arnold-Schönberg-Chors Wien (Leiter Erwin Ortner) mit den Wiener Philharmonikern und ein Orchesterkonzert mit dem jungen Meisterpianisten Andras Schiff. Im ersten Konzert leitete Nikolaus Harnoncourt eine dramatisch musikalische Wiedergabe von Mozarts Musik zu Geblers Drama „Thamos, König in Ägypten". Mit der Burgschauspielerin Birgit Doll als erregender Interpretin des Melodrams der Sais und Robert Holl als gewaltig und sonor singendem Oberpriester. Peter Schmidl war Solist in Mozarts Klarinettenkonzert A-Dur in einer der bekannteren Fassung doch nicht gleichkommenden Rekonstruktion einer Originalfassung für Bassettklarinette.

In dem anderen Konzert führte Leopold Hager die Wiener Philharmoniker zu ganz besonderem Elan und besonderer Wärme. Andras Schiff beglückte im sogenannten „Jeune Homme"-Konzert KV 271 als Pianist, dessen Virtuosität zurücktritt hinter einer selten erlebten Paarung von Grazie und Poesie, Leichtigkeit und Tiefe, Spielfreudigkeit und bedeutungsvollem Gehalt.

Unter Gerd Albrechts Leitung musizierte dann in den letzten Tagen das Mozarteum-Orchester stil- und klangvoll. Und das traditionelle Konzert Geistlicher Musik mit Chor und Orchester des Österreichischen Rundfunks beschloß die diesjährige Mozartwoche in Salzburg.

Man möchte sich für zukünftige Mozart-Wochen eine weiter gefächerte Programmplanung wünschen, unter Einbeziehung bedeutender Komponisten aus Mozarts Umkreis und deren Nachwirkung – von den Bach-Söhnen, den Mannheimern, Berlinern, Italienern und Wienern bis zu Beethoven und Schubert. Verzichten läßt sich dagegen auf die immer wieder programmierten Bearbeitungen Mozartscher Werke.

PETER GRADENWITZ

KULTURNOTIZEN

Junge Bildhauer stellt der Westfälische Kunstverein Münster ab morgen vor (bis 13. 4.).

Die Volker-Stelzmann-Ausstellung in Oberhausen (s. WELT v. 8. 1.) wird bis zum 23. Febr. verlängert.

Das erste Briefmarkenmuseum Frankreichs wird am 1. März im Vintimille-Schloß in Luc en Provence (Departement Var) eröffnet.

Walter Pichler, Bildhauer und Grafiker, erhält den mit rund 28 000 Mark dotierten „Großen Österreichischen Staatspreis".

Drei Zeichnungen Picassos aus dem Jahr 1946 hat das Westfälische Landesmuseum in Münster erworben; alle drei Arbeiten stellen Françoise Gilot, die Lebensgefährtin des Künstlers, dar.

„Fabrikler, Leser und Poet" von Walter Grönert (Elster-Verlag) wurde von der Darmstädter Jury zum Buch des Monats Februar gewählt.

Architekturzeichnungen von Aldo Rossi zeigt die Accademia Albertina in Turin bis zum 16. März.

Italienische Komponisten stehen im Mittelpunkt der Lyrischen Musikwochen von Tourcoing (7. 2.–7. 3.).

München: Ed. Arroyos „Bantam" uraufgeführt

Boxer oder Milchmann

Den ersten Szenenapplaus bei der Uraufführung von Eduardo Arroyos erstem Bühnenstück „Bantam" im Münchner Residenztheater gibt es nach etwa zwei Stunden. Da nämlich verkündet Heinz Bennent, als altgriechischer Schäfer verkleidet, er denke nur noch an die Heimkehr. Mit diesem Bekenntnis hat er dem Publikum ganz und gar aus der Seele gesprochen.

Beschreibung einer Aufführung: Wenig zu sehen, kaum etwas zu verstehen und gar nichts, den Geist zu beschäftigen. Eine Frau palavert aus einem Kinokassen-Häuschen. Soweit man das mitkriegt, handelt es sich um Boxerschicksale aus den 20er und 30er Jahren. Aha, denkt der verzweifelt lauschende Zuschauer, Bantam meint also eine Gewichtsklasse im Boxen. Und soweit *man mitbekommt*, ist den geschilderten Boxern übel mitgespielt worden. Erschossen der eine, erblindet der nächste, verarmt ein dritter, verstummt ein vierter. Die Frau an der Kinokasse erzählt und erzählt. Manchmal treten auch die Boxer persönlich auf. Oder ein Milchmann. Oder ein Fotoreporter, der zugleich ein Dichter ist. Warum sie auftreten? Keine Ahnung! Was die Kinokasse damit zu tun hat? Auch keine Ahnung!

Da man nichts versteht, fordern nach 15 Minuten Spieldauer die ersten Zuschauer: „Lauter!" Aber das hilft nichts, denn die Frau, die den meisten Text hat – übrigens von Nicole Heesters permanent schluchzend und greinend auf die Bühne gequält –, sitzt im gläsernen Käfig. Warum soll der Zuschauer auch etwas verstehen? Hauptsache, der Regisseur kennt den Text.

Die ersten Fluchtbewegungen im Publikum setzen nach 40 Minuten ein. Von nun an versteht man noch weniger, weil dauernd die Türen klappern. Dafür verläßt die Frau ab und zu den Käfig. Zieht sich den Pelzmantel an. Zieht sich den Pelzmantel aus. Zieht sich den Pelzmantel an. Wickelt Wolle. Geht von einem Bühnenende zum anderen. Die auftretenden Boxer schwingen ab und zu mal die Fäuste. Damit der Zuschauer was zu denken hat, sind sie riesengroß oder mädchenhaft klein, obwohl sie angeblich gegeneinander gekämpft haben. Die Metaphysik des Boxsports.

Apropos Metaphysik. Plötzlich Blaulicht. Plötzlich Sirenen, plötzlich Zauberklänge. Die Szene wandelt sich – ein altgriechisches Schäferidyll, allerdings mit Telefonzelle. Ein Schäfer tritt auf, mit lebendem Hund. Jetzt versteht man wenigstens den Text. Aber das hilft auch nicht viel weiter. Man erfährt, daß auch griechische Olympioniken ihre Probleme hatten. Vor allem, wenn sie den Zenit ihres Könnens hinter sich hatten.

Dann bleiben nur Prahlereien und Schimpfen auf die verweichlichte Jugend. Endlos. In immer neuen Variationen. Jetzt verlassen auch die Gutwilligeren das Theater. Sie verpassen den Tod des Schäfers im rötlichen *Traumlicht. Endlich wird ein Mantel* des Schweigens über 150 Minuten unbegreiflichsten Schwachsinns gebreitet.

So weit das, was man im Residenztheater erlebte. Beim Lesen des Textes stellt man allerdings fest, daß er wirklich nicht viel besser wird, wenn man ihn versteht. Der Spanier Eduardo Arroyo ist eigentlich Maler, was er auch bleiben sollte. Er hat allerdings eine recht lesenswerte Beschreibung des Boxers Al Brown geschrieben, woraufhin ihn die Münchner beauftragten, eine Bühnenfassung herzustellen. Der Bitte hat Arroyo offenbar nicht widerstehen können. Denn mehr als eine langweilige und zutiefst larmoyante Absage an alle Arten des Kämpfens ist dabei nicht herausgekommen. Und Münchens Resi-Chef Frank Baumbauer war noch glücklich, einen derartigen Unsinn mit viel mäzenatischer Hilfe aufführen zu dürfen. Immerhin muß er eine ferne Ahnung davon gehabt haben, daß hier etwas schiefgehen könnte. Denn nicht nur der Berliner Schaubühnen-Metaphysiker Klaus Michael Grüber mußte die Regie übernehmen, nein, ein französischer Maler (Gilles Aillaud), *ein italienischer Maler* (Antonio Recalcati) und ein italienischer Komponist (Fiorenzo Carpi) wurden aufgeboten, um Baumbauers fehlendes Urteilsvermögen durch dunklen Aufwand zu ersetzen.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Nächste Vorstellungen: 5., 16. und 25. 2.; Karteninformation: 089 / 22 57 54.



Idyllik im Boxring: Heinz Bennent als altgriechischer Schäfer
FOTO: RABANUS

Pinheiros Film „Der Panther" mit Alain Delon

Eiskalter Rachefeldzug

Einst war er ein ernsthafter Schauspieler. Als er in Antonionis „Liebe 62" den rastlosen Börsenmakler, in Viscontis „Leopard" den adligen Revolutionär und in Melvilles Gangsterfilmen den in stumme Rituale *geflüchteten Großstadt-Samurai* verkörperte, zollte Alain Delon seinen Rollen noch Respekt. Heute aber, da er als millionenschwerer Multi-Unternehmer meist auch sein eigener Produzent ist, meißelt er nur noch an seinem eigenen Kinodenkmal.

In José Pinheiros Film „Der Panther" mimt er den ehemaligen Polizisten Daniel Pratt, der sich aus der Verbrechermetropole Lyon in den Kongo zurückgezogen hat und dort alle Annehmlichkeiten tropischen Müßiggangs genießt. Nachts besiegt er die Einheimischen beim Pokern, und vor dem Frühstück pflegt er einen ebenso tumben wie muskulösen Neger im Ringkampf zu schlagen. Bis ein blauer Brief diese Macho-Idylle zerstört. Pratt muß erfahren, daß seine halbwüchsige Tochter in Lyon Opfer kaltblütiger Mörder wurde.

Das von Delon mitverfaßte Drehbuch scheut keine Mühe, um die folgende Blutrache zu rechtfertigen. Nebenbei erfährt man nämlich, daß Pratt vor einigen Jahren schon seine Frau durch Killerhand verloren, damals aber großzügig auf Selbstjustiz verzichtet hat. Wer jetzt jedoch seine zynische Strafexpedition verfolgt, mag solche Milde kaum glauben. Dank des unglaublichen Scharfsinns dieses Superpolizisten wird das Rätsel um die vermummten Männer mit den langen Regenmänteln und den großkalibrigen Gewehren in Windes*eile gelöst. Für Spannung* bürgen so allein die bangen Fragen, wie schnell Pratt die hübsche Nachwuchspolizistin erobert und wie er den Meuchlern den Garaus macht. In beiden Fällen strotzen die Antworten nicht gerade vor Originalität, denn Regisseur Pinheiro erweist sich als recht farbloser General dieses Rachefeldzuges.

Gewiß, die Dialoge sind kaum länger als die Bartstoppeln des Helden, und die Kamera gefällt sich in aufwendigen Schwenks und aparten Perspektiven. All dieser kunstgewerblichen Raffinesse aber merkt man an, daß sie von den Meisterwerken des „film noir" geborgt ist. So jongliert Pinheiro zwar mäßig geschickt mit den Versatzstücken des Genres, arrangiert Verfolgungsjagden und Schießereien, verrät aber in keiner Szene eine eigene Regiehandschrift. Die war wohl auch nicht erwünscht, hätte sie doch leicht vom selbstgerechten Rächer und seiner gefährlichen Botschaft ablenken können. Kein Zweifel, mit diesem Film gibt der inzwischen 50jährige Delon noch einmal kräftig Gas. Nur leider in einer künstlerischen Sackgasse.

HARTMUT WILMES

Bonner Oper: Bartóks „Herzog Blaubart" und Strawinskys „Oedipus Rex"

Seelenpein auf der schiefen Ebene

Bei der Uraufführung von Strawinskys Opern-Oratorium „Oedipus Rex" 1928 schrieb ein Kritiker von musikalischem Hermaphrodismus. An der Bonner Oper hat man jetzt dem Zwitter den Einakter „Herzog Blaubarts Burg" von Béla Bartók vorangestellt. Also der statischen Re*kapitulation eines Mythos*, der selbst schon die Rekapitulation eines längst beschlossenen Schicksalsspruchs war, die symbolistische Enthüllungsgeschichte von Bartóks Librettisten Béla Balász. Auch der Abend blieb ein Zwitter mit freilich externem Spannungsmoment.

Blaubarts Burg als schwarzes Seelenverlies, Eros als Ausleben auf den Tod hin: Regisseur Jorge Lavelli ließ sich von Max Bignens eine sich eng an die Szenenanweisungen haltende Bühne bauen wie eine „finstere, *düstere, leere Felsenhöhle*". Vor Blaubarts vierter Frau Judith enthüllen Jalousien seine finsteren Seelenseiten: ein Gefolterter, nackt an Stricken hängend; ein Beinhaus; schillernde Blumen des Bösen; ein Spiegel, auf den Tränen tropfen. Das sind optisch grausam schöne Bilder, auf die man aber den Katalog freudianischer Traumsymbole nicht anwenden muß.

Balász darf man für einen ungarischen Maeterlinck halten. So wie dieser belgische Symbolist uns wieder näherkommt, so lassen wir uns auch immer mal wieder auf Bartóks frühe, changierende Tonsprache von 1911 *ein: doppelgestaltig mit ihren impres*sionistischen Klangfarbenflächen, ihren chromatischen Deformationen und scharfen Sekundreibungen.

In Bonn wird man der Umbaupause zu Leibe rücken müssen, soll sie nicht länger scheinen als der folgende Strawinsky und die Leute, wenn es sich herumspricht, bei so ohnehin sprödem Musiktheater vorzeitig nach Hause schicken. Beide, Lavelli und sein Ausstatter, haben allerhand symbolbefrachtetes Spiel mit Schleppen und Tüchern getrieben, mal schwarze Todesfahne, mal rote Blutspur. Nicht selten aber gibt es auch im engen Gehege der Metallstäbe auf schiefer Ebene mühsam lavierenden Leerlauf.

Der auch metrisch Schwierigem gewachsene Chor, im Straßenanzug mit Hut, sang sein „serva nos" aus von der Decke herabhängenden Käfigen: Das trennt die Sphären so deutlich wie gewollt. Wenn das Verhängnis seinen Lauf nimmt, stellt sich die Spielebene mittels Hubmaschinerie immer schräger: Es fällt der Mensch „von Klippe zu Klippe", aber bei Bignens läuft er Gefahr zu rutschen.

Strawinskys fulminantes Trompe*tenquartett kommt als Katafalk* daher. Erstaunlich aber, wie gut sich Musik an solch manchmal strittigen Szenenentwürfen dingfest machen läßt. Ferdinand Leitner besorgt sie fabelhaft, das düstere Bartók-Kolorit, den kühleren, objektiveren Strawinsky-Gestus; Bartók nicht bloß neuromantisch, Strawinsky nicht bloß gedankenscharf. In Hanna Schwarz hat er eine expressive Judith und gute Jocaste. Siegmund Nimsgern singt den Blaubart nicht immer siegreich gegen das Orchester an, später den Creon. Glänzend wie *stets ist* Kenneth Riegel in der großen Oedipuspartie. Gesungen wird dort deklamationsgerecht ungarisch, hier lateinisch. Ein Abend von musikalischem Gewicht.

DIETER SCHÜREN

Weitere Aufführungen: 4., 8., 13., 16., 19., 25., 27. 2.; Karteninformation: 0228 / 773668-7.

ZDF beugte sich Protesten des Publikums

AP, Mainz

Nach heftigen Zuschauerprotesten an einer Vergewaltigungsszene der Serie „Schwarzwaldklinik" hat das ZDF die Folge „Gewalt im Spiel" gestern nicht wie geplant im Vormittagsprogramm wiederholt. Stattdessen wurde eine Sendung über die „Sächsische Schweiz" ausgestrahlt. Programmdirektor Alois Schardt sagte zur Begründung: „Die drastische Art, in der die Vergewaltigung gezeigt wurde, ist nicht vertretbar. Die Zuschauer durften solche Schocker von dieser Sendung nicht erwarten."

Mehr als 22 Millionen Menschen sollen am frühen Samstagabend die Vergewaltigung am Bildschirm verfolgt haben. Rund 200 Zuschauer protestierten noch am Abend beim Mainzer Sender. „Es werden alle Voraussetzungen geschaffen, daß sich so etwas wie in dieser Episode nicht wiederholt", sagte ZDF-Sprecher Peter Stefanski. Vier weitere Folgen der Serie werden an den kommenden Wochenenden ausgestrahlt.

BKA: Vergewaltigungsszenen im Fernsehen schrecken ab

Opfer in „Gewalt im Spiel" war ein junges Mädchen, das auf dem Heimweg in einer düsteren Burgruine von zwei jungen Männern überfallen und vergewaltigt wird. Im Krankenhaus verweigert sie jede Auskunft. Als sie entlassen wird, lauert sie gemeinsam mit ihrem Bruder einem der Täter auf. Der Bruder packt den jungen Mann, das Mädchen sticht mit einem langen Messer mehrfach in den Unterleib des Täters. Dieser kann keine Kinder mehr zeugen, wie der der Arzt später dem Vater eröffnet.

Die umstrittene Folge der „Schwarzwaldklinik" fand in „Fachkreisen" allerdings auch Befürworter. Hans-Georg Fuchs von der Pressestelle des Bundeskriminalamts (BKA): „Bei bestimmten Delikten ist es ganz gut, mal zu zeigen, wie schlimm das ist. Das hat einen Abschreckungswert. Man sollte den Zuschauern vor Augen führen, wie schlimm eine Frau, die sich ja nicht wehren kann, behandelt wird."

Nach Angaben von Fuchs wurden 1984 in der Bundesrepublik Deutschland 5954 Vergewaltigungen gemeldet. Die Dunkelziffer sei um ein Vielfaches höher. Davon seien allein mehr als 300 Fälle „Gruppenvergewaltigungen". Hans-Georg Fuchs: „Das ist ungeheuer viel, wenn man das mal auf Tage und Stunden umrechnet. Darüber, daß ein großer Teil gar nicht bei der Polizei angezeigt wird, sollte man auch mal nachdenken." Entschieden wandte sich Fuchs aber gegen die Passage des Fernsehfilms, in der das Mädchen den Täter niedersticht: „Selbstjustiz ist sicher nicht die richtige Reaktion."

Die Lage in den Alpen ist nach dem Schneechaos vom Wochenende so prekär wie nie zuvor

Nie donnerten so viele Lawinen zu Tal

Von WALTER H. RUEB

Weite Teile der Alpen versinken im Schnee. Dörfer sind von der Außenwelt abgeschnitten, Lawinen donnern mit Urgewalt zu Tal. Häuser, Gehöfte, Menschen – alles wird zum Spielball dieser unermeßlichen Kraft. Erinnerungen an den sogenannten Lawinenwinter 1951/52 werden wach. Damals hatten allein in der Schweiz 98 Menschen den weißen Tod gefunden. Bahnt sich jetzt eine ähnliche Tragödie an?

Über die Ursachen des diesjährigen Lawinenwinters in den Alpen herrscht Übereinstimmung. „Schuld" daran ist der extrem schlechte Schneedeckenaufbau im gesamten Alpenraum. „Weil nach dem sehr frühen Schneefall im November wochenlang kein Schnee fiel, entwickelte sich die erste Schneeschicht zu sogenanntem Schwimmschnee", sagte auf dem fast 3000 Meter hohen Weißfluhjoch oberhalb von Davos Professor Claude Jaccard vom Eidgenössischen Schnee- und Lawinenforschungsinstitut zur WELT.

„Auf dieser kohäsionslosen Schicht findet der jetzt gefallene Schnee keinen Halt." Ein Mitarbeiter des Institutsleiters sprach davon, daß sich die neuen Schneeschichten auf den alten „wie auf Kugellagern bewegten", und Faul Föhn, seit vielen Jahren Leiter des Lawinenwarndienstes auf Weißfluhjoch, stellte fest: „So eine extreme Lawinengefahr wie jetzt gab es in diesem Jahrhundert noch nie."

Zahlen belegen es. Im Lawinenwinter 1951 fielen in Davos in weniger als einer Woche 241 Zentimeter Schnee, nach dem schneearmen Dezember 1985 fielen in der gleichen Region zwischen dem 12. und 17. Januar sage und schreibe noch zehn Zentimeter mehr. In Davos wurde Alarmstufe I proklamiert. Dann sind die Bewohner lawinengefährdeter Häuser angehalten, Fenster und Läden zu schließen, sämtliche Zugänge zu versperren und in Kellern und Luftschutzbunkern Zuflucht zu suchen.

Von einer Evakuierung gefährdeter Bürger konnte schließlich abgesehen werden, nachdem vielerorts Lawinen gesprengt worden waren, und sich die Lage entspannt hatte. In der dritten Januarwoche wurde in der Schweiz, in Österreich und Italien schließlich Entwarnung gegeben. Auf dem Weißfluhjoch aber herrschte weiterhin Hochbetrieb. Die 33 festen Mitarbeiter und sämtliche Hilfskräfte waren pausenlos im Einsatz. Überall im Lande, sogar jenseits der Grenzen sind die täglichen Lawinenbulletins begehrte Lektüre geblieben. Und plötzlich finden die Eidgenossen die 4,2 Millionen Mark Jahreszuschuß der Regierung für den Unterhalt des Instituts gut angelegt. „Dafür wird hier eine Menge Arbeit geleistet", sagte Professor Jaccard. „Wir sind zur Hälfte Forschungs-, zur anderen Dienstleistungsanstalt."

Die zweite Schneekatastrophe des Winters 1985/86 in den letzten Januartagen aber kam dennoch überraschend. Diesmal fielen Rekordschneemengen in Ostfrankreich, Norditalien und Teilen von Österreich. Dort scheint man jedoch in den vergangenen Jahren zur Lawinensicherheit nicht so viel wie in der Schweiz getan zu haben. Im Lande Tells dagegen waren Verbauungen, Galerien und Tunnel angelegt, war die Stätte des mit elf Toten opferreichsten Lawinenunglücks unweit Zermatt entschärft, und waren die Variantenskifahrer mit Skipaß-Entzug und Geldbußen diszipliniert worden.

Dennoch zieht die Schweiz zur Zeit eine der düstersten Zwischenbilanzen überhaupt. Belief sich die Zahl der Lawinenopfer in der Vergangenheit im Jahresdurchschnitt auf 26, so registriert man – noch nicht einmal zur Halbzeit des Winters '85/86 – bereits 18 Tote. Dabei fällt auf, daß die Zahl der Lawinenopfer unter den Einheimischen abnimmt, dagegen unter den skilaufenden Touristen rapide, bis zum Zehnfachen steigt, wie Professor Jaccard berichtet.

Mit dem Leben davon kamen noch einmal fünf leichtsinnige Varianten-Skifahrer oberhalb Zermatt. Die Mißachtung der Appelle von Lawinen-Warndiensten und Bergbahnen aber wird sie teuer zu stehen kommen. Sie hatten eine Schneebrettlawine und damit eine umfangreiche Rettungsaktion ausgelöst – mit Helikoptern, Lawinenhunden und 20köpfiger Rettungskolonne. Die von der Polizei präsentierte Rechnung betrug pro Kopf umgerechnet 1260 Mark.

In der ganzen Region macht man sich angesichts der apokalyptischen Schneemengen und Lawinen erhebliche Zukunftssorgen. Was wird dereinst geschehen, wenn sich diese massenhaften weißen Niederschläge wiederholen, der schützende Waldbestand inzwischen aber weiter abgenommen hat?

Man malt schwarz in vielen Kommentaren dieser Alpenregion: Dann müßten die Menschen ihre Bergheimat verlassen, heißt es, und der Skitourismus komme zum Erliegen. Eine Vision, die fast so furchterregend ist wie ein schneebedeckter Berg, der ins Wanken gerät.



Der Wind ist der Baumeister der Lawinen", sagen die Fachleute. Wetter und die Beschaffenheit des Schnees haben einen dreimal so hohen Anteil an Lawinen wie die Struktur des Geländes. Steilhänge sind nicht unbedingt am gefährlichsten. Relativ flache, glatte Grashänge können gefährlicher sein, weil der Schnee darauf nur geringen Halt findet. An Schatten-hängen ist die Gefahr größer als in sonnigen Lagen, freie Bergflanken sind lawinenträchtiger als bewaldete Hänge und ausgiebige Schneefälle lösen fast immer Lawinen aus. Das Foto zeigt eine Staublawine, bei der sich Schnee und Luft zu einem gefährlichen und tödlichen Gemisch vermengen. Mit 300 km/h stürzt eine solche Lawine zu Tal.

FOTO: EISLF

So entstehen die einzelnen Lawinentypen

Die Experten unterscheiden folgende Hauptlawinenarten:

Die **trockene Lockerschneelawine** setzt sich punktartig in Bewegung. Sie hat eine birnenähnliche Form und entsteht meist während und nach starken Neuschneefällen. Die trockene Lockerschneelawine ist auch unter der Bezeichnung Staublawine bekannt. Sie stiebt mit einer Geschwindigkeit von 300 Stundenkilometern zu Tal, ist begleitet von einer ungeheuren Druckwelle und verbreitet durch ihr pfeifendes Geräusch Angst und Schrecken.

Eine **nasse Lockerschneelawine** fließt mit maximal 55 Kilometern in der Stunde zu Tal, ist jedoch äußerst gefährlich. Sie entsteht in der Regel durch starke Schmelzung nach Wärmeeinwirkung und reißt den Schnee bis hinunter auf den Boden mit. Erde, Pflanzen und Baumreste markieren hinterher ihre verheerende Spur. Der Volksmund nennt die nasse Lockerschneelawine deshalb auch Grundlawine. Was sich ihr entgegenstellt, wird mitgerissen. Verschüttete haben kaum Überlebenschancen. Man hat errechnet, daß eine solche Lawine mit annähernd 60 Tonnen Druck pro Kubikmeter in die Tiefe donnert.

Eine **Schneebrettlawine** wird in den meisten Fällen durch Störung in der Druckzone ausgelöst. Meist sind es Skifahrer abseits der Pisten, in selteneren Fällen auch Tiere, die eine solche Lawine auslösen. Schneebretter brechen an scharfen, kantigen und in die Breite gehenden Abbruchrändern mit lautem Knall los. In den meisten Fällen entstehen Schneebrettlawinen aus trockenem, nur in seltenen Fällen aus nassem Schnee. Das Schneebrett zerfällt beim Abgleiten in größere und kleinere Schollen. Es bricht in der Regel weit oberhalb der Störungsstelle ab und kommt in wenigen Sekunden in rasende Fahrt – Flucht gelingt nur noch in den seltensten Fällen. rb.

Kassen betrogen: Vier Jahre Haft für Zahnarzt

AP, Bochum

Ein 46jähriger Zahnarzt aus Bochum ist wegen falscher Abrechnungen in rund 220 Fällen gestern vom Bochumer Landgericht zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt worden. Nach 67 Verhandlungstagen, an denen über 300 Zeugen vernommen wurden, sah es das Gericht als erwiesen an, daß er die Krankenkassen um rund 220 000 Mark betrogen hatte. Der Mediziner hatte nicht erbrachte Paradontose-Behandlungen abgerechnet. Der Mediziner hatte die Vorwürfe zurückgewiesen.

Fotolabors kritisiert

dpa, Berlin

Bei der Beurteilung von Farbfoto-Laborarbeiten hat die Stiftung Warentest schlechte Noten vergeben und über „viel Pfusch" geklagt. Häufigster Kritikpunkt war die Farbwiedergabe, heißt es in der Februar-Ausgabe der Verbraucherzeitschrift „test". Viele Abzüge zeigten erhebliche Unterschiede zu den Originalfarben.

Expedition abgebrochen

rtr, Sydney

Die Umweltschutz-Organisation Greenpeace hat ihre Antarktis-Expedition im Gebiet um die Ross-Insel abgebrochen. Expeditionsleiter Peter Wilkinson teilte gestern per Funk mit, das Flaggschiff „Greenpeace" habe Kurs auf Neuseeland genommen. Dichtes Packeis habe den Plan der Besatzung zunichte gemacht, auf der Insel einen Stützpunkt zu errichten.

„Totaler Blackout"

AFP, Venedig

Das Schneechaos in Südtirol und die verheerenden Hochwasser an der Adriaküste beunruhigen die italienischen Behörden. „Bozen droht der totale Blackout", erklärte am Montag ein Verantwortlicher der Elektrizitätsgesellschaft ENEL. In den Städten mangelt es bereits an Brot, da die Öfen der Bäckereien kalt bleiben.

Raben-Eltern verurteilt

dpa, Berlin

Ein Berliner Schwurgericht hat gestern ein junges Ehepaar, das seinen zweieinhalb Jahre alten Sohn verhungern ließ, wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu je acht Jahren Gefängnis verurteilt. Als der Junge im August 1985 in dem völlig verkommenen Kinderzimmer der Neuköllner Wohnung starb, wog er nur noch so viel wie ein drei Jahre alter Säugling.

Erster Flugscheinautomat

AFP, Tokio

Die ersten Flugscheinautomaten sind gestern in Japan in Betrieb genommen worden. Die Geräte geben Auskunft, ob auf dem gewünschten Flug noch Plätze frei sind und stellen das Ticket aus. Bezahlt wird in bar oder mit einer von Japan Air Lines (JAL) ausgegebenen Kreditkarte.

An den Falschen geraten

AFP, Jakarta

An den falschen „Kunden" gerieten in der vergangenen Woche Rauschgifthändler in der indonesischen Hauptstadt Jakarta. Nach Angaben der Zeitung „Kompas" bot ein nicht identifizierter Dealer dem Hamburger Polizeipräsidenten Alfred Honka seine heiße Ware an, begriff dann aber schnell, daß er keinen „normalen" Kunden vor sich hatte, und ergriff schleunigst die Flucht.

Frankreichs neue Münzen

SAD, Paris

Im April oder Mai wird Frankreich Münzen ausgeben, die den Themen „Republik" und der Jahrhundertfeier der New Yorker Freiheitsstatue gewidmet sind. Es sollen zunächst 4,5 Millionen 100-Franc-Stücke und 110 Millionen 10-Franc-Stücke geprägt werden.

WETTER: Kälter

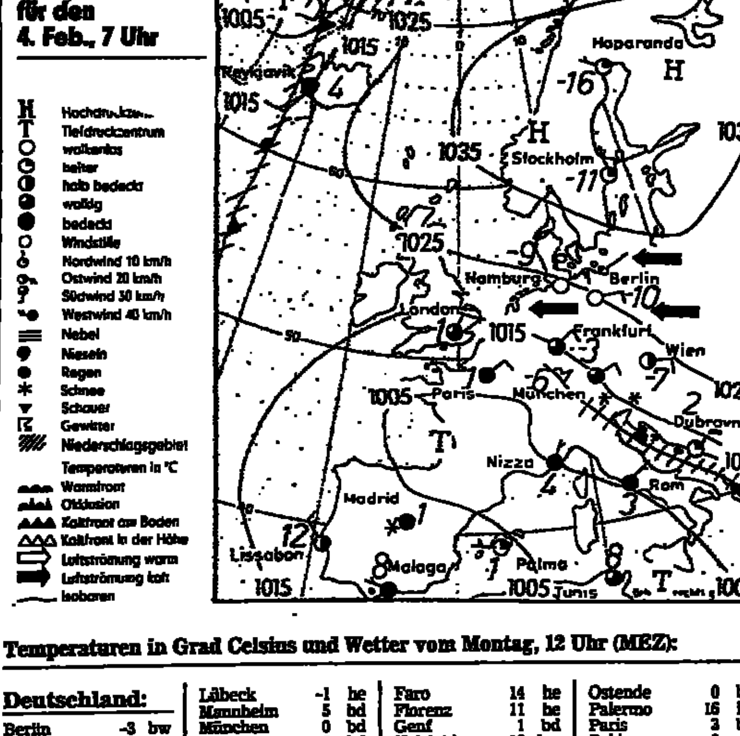
Lage: Am Südrand eines kräftigen Hochs über Skandinavien fließt trocken-kalte Festlandsluft nach Deutschland.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden sonnig und niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen minus 2 bis minus 5 Grad. Nachts zwischen minus 8 und minus 13 Grad. Frischer bis starker Wind aus östlichen Richtungen. Im Süden stark bewölkt, aber weitgehend niederschlagsfrei. Im Tagesverlauf Bewölkungsauflockerungen. Tageshöchsttemperaturen um den Gefrierpunkt. Nachts Frost zwischen minus 2 und minus 5 Grad. Mäßiger Nordostwind.

Weitere Aussichten: Zum Teil sonniges, aber sehr kaltes Winterwetter.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.54 Uhr*, Untergang: 17.19 Uhr; **Mondaufgang:** 5.45 Uhr, Untergang: 12.34 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 4. Feb., 7 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	-3	bw
Bielefeld	-2	bw
Braunlage	-7	bd
Bremen	-2	he
Dortmund	-1	bd
Dresden	-4	bw
Düsseldorf	1	bd
Erfurt	-3	bd
Essen	-1	bd
Feldberg/S.	1	he
Flensburg	1	he
Frankfurt/M.	2	bd
Freiburg	2	bd
Garmisch	-2	bd
Greifswald	0	wl
Hamburg	-1	he
Hannover	-3	bw
Kahler Asten	-7	Sr
Kassel	-2	bd
Kempten	-3	he
Kiel	1	he
Koblenz	2	bd
Köln-Bonn	2	bd
Konstanz	0	bd
Leipzig	-2	he
List/Sylt	1	he
Lübeck	-1	he
Mannheim	5	bd
München	0	bd
Münster	-2	bd
Norderney	-3	bw
Nürnberg	3	bw
Oberstdorf	-6	he
Passau	4	bw
Saarbrücken	2	bd
Stuttgart	1	bd
Trier	3	bd
Zugspitze	-8	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	12	bw
Amsterdam	-1	bd
Athen	12	bw
Barcelona	12	bw
Belgrad	0	bw
Bordeaux	5	bw
Bozen	4	bw
Brüssel	1	bw
Budapest	-2	S
Bukarest	-7	bd
Casablanca	12	bw
Dublin	4	bd
Dubrovnik	10	bw
Edinburgh	3	R
Faro	14	he
Florenz	11	he
Genf	1	bd
Helsinki	-12	bw
Hongkong	17	bd
Innsbruck	4	he
Istanbul	1	S
Kairo	23	bw
Klagenfurt	-2	bd
Konstanza	-7	bd
Kopenhagen	2	he
Korfu	15	bw
Las Palmas	17	he
Leningrad	-11	bw
Lissabon	11	bw
Locarno	-3	Ne
London	3	Sp
Los Angeles	12	he
Luxemburg	1	bd
Madrid	5	bw
Mailand	5	bw
Malaga	13	bw
Mallorca	12	bw
Moskau	-14	he
Neapel	13	he
New York	-2	he
Nizza	11	bw
Oslo	-4	bw
Ostende	0	bd
Palermo	16	he
Paris	3	bd
Peking	0	wl
Prag	-1	bd
Rhodos	15	he
Rom	12	bw
Salzburg	4	he
Singapur	30	bw
Split	10	bw
Stockholm	-5	he
Straßburg	1	bd
Tel Aviv	24	wl
Tokio	12	bw
Tunis	17	he
Valencia	12	he
Varna	-6	bd
Venedig	3	bd
Warschau	-8	wl
Wien	-3	S
Zürich	1	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

„Vogelfreunde" gaben sich launiges Stelldichein

Politische Prominenz aller Couleur beim Empfang zum 60. Geburtstag des SPD-Fraktionschefs Hans-Jochen Vogel

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Wenn man einem Mann, dem pedantische Genauigkeit nachgesagt wird, einem Juristen zumal, etwas zum 60. Geburtstag schenkt, dann muß eine Schenkungsurkunde mit zwölf ausgefeilten Paragraphen her. Und da die SPD-Bundestagsfraktion als Geber darauf vertraut, daß sie auch in der Zukunft in der Lage sein wird, ihren angemessenen Unterhalt zu bestreiten, verzichtete sie bei der Übergabe eines Berliner-Mauer-Bildes des Malers Manfred Bleßmann an ihren Fraktionschef Hans-Jochen Vogel auf das „Recht der Rückforderung wegen Verarmung" nach § 528 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Großer Auftrieb im SPD-Hauptquartier an der Bonner Ollenhauerstraße. Bundeskanzler Helmut Kohl gehört zu den Gratulanten und Bundestagspräsident Philipp Jenninger. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hatte mit einem Handschreiben gratuliert. Und da die mehreren hundert Anwesenden in den Festreden als „Vogelfreunde" angesprochen wurden, gehörte wohl auch Alt-Bundespräsident Karl Carstens dazu, irgendwo in der zweiten Reihe der wenigen Sitze dieses Steh-Empfangs.

Vorn in der ersten Reihe auch Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, die Fraktionschefs Alfred Dregger und Wolfgang Mischnick, der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau, dahinter Diplomaten. Sowjetbotschafter Semjonow war unter ihnen. Drehorgelmusik vom Eingang her, Weißwurstduft, denn die ganze Sache ist süddeutsch eingefärbt für den vor 60 Jahren in Göttingen geborenen ehemaligen Münchner Oberbürgermeister von 1960 bis 1972.

Willy Brandt hat in seiner Laudatio das höchste Lob gleich am Anfang untergebracht. „In Übereinstimmung mit Johannes Rau", betont er, wolle er es „heute ganz dick unterstreichen", daß es ohne die Unverdrossenheit des Hans-Jochen Vogel für die Sozialdemokraten nicht so aussähe, daß sie „die Talsohle hinter sich gelassen" hätten.

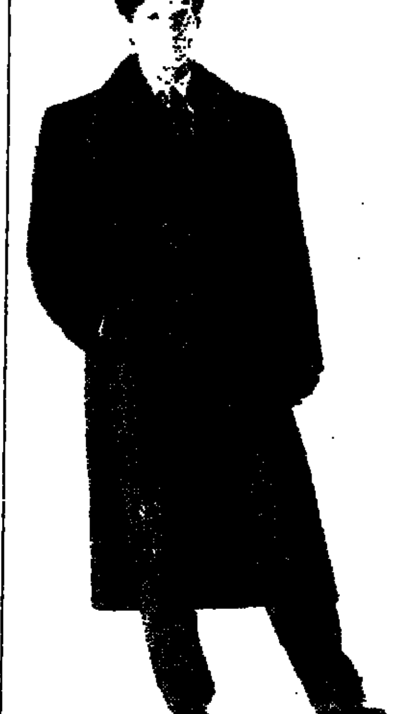
Da kommt Freude auf, denn „der einzelne strahlende Sieg macht nicht den Erfolg eines politischen Lebens aus", sondern „eine Kette von Siegen und Niederlagen". Der Vogel aber, so Brandt, hat sich nie von der Sorge beeindrucken lassen, bei den Sozialdemokraten könne „Ziellosigkeit und Konfusion vorübergehend die Oberhand gewinnen".

„Fleißig, pünktlich und überaus genau" sei der Hans-Jochen Vogel, meinte Brandt. Und Parteifreund Horst Ehmke, der die komplizierte Schenkungsurkunde zu verlesen hatte, zielte in die gleiche Richtung: „Dieses Schriftstück sollte den Grad der Vollkommenheit haben, die du von uns erwartest."

Hatte sie nicht. Vogel kritisierte mit dem ihm eigenen Humor, daß man trotz aller Emsigkeit bei der Abfassung die Schenkungssteuer und die notarielle Beurkundung vergessen habe. Doch mit seinem Hinweis darauf, daß er „mitunter an unserer Partei gelitten und mit ihren Erscheinungsformen gehadert" habe, meinte er natürlich etwas anderes.

Es sollte alles nicht so tierisch ernst sein an diesem Geburtstagstag. Daher auch die Begrüßung des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel (CDU) als „im biologischen Sinne verbundener Bruder", während Johannes Rau die Anrede „Bruder Johannes" durch das „gemeinsame Verhältnis" verdiene.

Franz Josef Strauß hat auch gratuliert. In der Festschrift „Vogelkunde" gibt er bekannt, daß Hans-Jochen Vogel ihn auf dem letzten Münchner Oktoberfest um zehn Mark angepumpt hatte, daß aber 100 Mark zurückgezahlt wurden.



Die klassische Eleganz Christian Diors ruht auf breiten Schultern. FOTO: DIOR

Gigolo und Muskelprotz

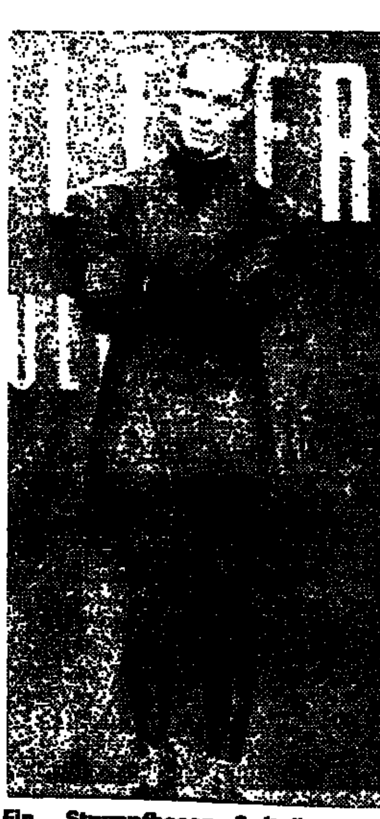
CONSTANZE KNITTER, Paris

Nach den Damen jetzt die Herren: Paris bleibt modisch unersättlich. Auf dem Internationalen Salon für Herrenbekleidung wurde die Wintermode 1986/87 vorgestellt. Gleichzeitig präsentierten 20 Pariser Couturiers und Kreateure ihre Vorschläge für den kommenden Winter. Viel Aufwand für den Mode-Muffel Mann. Nach der Statistik bleibt er nämlich modisch karg. Ein neuer Anzug? Höchstens alle vier oder fünf Jahre. Des Mannes Leidenschaft gehört den Jeans und Cordhosen sowie der Freizeit- und Sportbekleidung. Weit muß es sein um die Hüften, bequem, dafür eng am Knöchel. Stand der englische Country-Look Pate? Es scheint fast so, denn auch das weite kastenförmigen Tweed-Jackett ist wieder „in". Der Duffle-Coat, auf dem Kontinent einst von Jean Cocteau über den Smoking lanziert, feiert sein Comeback. Daniel Hechter zeigte ihn in allen Farben und mit grossen Karos.

Große Rasterkaros und Glencheckmuster tauchten auch in der eleganten Herrenkollektion von Christian Dior auf; der Sport-Look als Fortissimo. Der Herr trägt breitgepolsterte grobe Fischgrät-Joppen, ¾lange Mäntel aus Kaschmir oder lange Fischgrät-Ulster über Einreiher oder klassische Zweireiher. Auch der Abend ist nonchalant mit weiten Jacketts ohne Revers oder mit Schalkragen. Die Winterfarben heißen Bronze, Kupfer, Khaki, Marine, Braun, Tannengrün und Schwarz.

Jeff Sayre, der Strickkönig für Männerpullis, schickte seine Jungen angezogen wie Jäger oder Eskimos aus dem hohen Norden in dicken Jacquard-Pullovern, Strickwesten und Blousons aus Ziegenvelours über den Laufsteg. Der Japaner Kenzo liebt den Herrn als Dandy in Jodhpurs, Golf- und weiten Türkenhosen. Claude Montana, Oscar-Preisträger für die beste Pret-à-porter-Kollektion, sieht den Mann als monströsen Macho, mit Rockertolle, Röhrenhosen und Reißverschluß am Knöchel.

Jean-Paul Gaultier, „enfant terrible" der Kreateure, sieht den Mann als muskulösen Gigolo mit gommierten Haaren und Silberfuchs zum dunkelblauen Seidenanzug. Für Pariser Gaultier-Fans sind solche Verkleidungen in einschlägigen Tangoschuppen seit langem ein „must". Dem Gigolo sind keine Grenzen gesetzt. (SAD)



Ein Strumpfhosen-„Softy" von Gaultier – die Fans stehen darauf. FOTO: AP

ZU GUTER LETZT

Unter Konkurse meldete die WELT gestern: Beerdigungsunternehmen Otto Bielke, Essen.

Mittwoch, 5. Februar 1986 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 30 - 6.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

TAGESSCHAU



Die Suche nach den Ursachen der „Challenger"-Katastrophe konzentriert *sich jetzt auf einen möglichen Fehler an der rechten* Feststoffrakete. Die Nasa vermutet, daß an der Segmentverbindung (siehe Graphik) ein Bruch entstanden sei. Eine austretende Stichflamme habe dann den großen, mit flüssigen Treibstoff gefüllten Tank in der Mitte zur Explosion gebracht. Seite 22

POLITIK

Asien-Reise: Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist zu einer 14tägigen Asienreise gestartet, die ihn nach Birma, Bangladesch und Malaysia führt. Neben politischen Gesprächen stehen deutsche Entwicklungshilfe-Projekte im Mittelpunkt. (S. 6)

Konsequenzen: Der Berliner SPD-Politiker und frühere Senator Klaus Riebschläger gibt sein Mandat für das Abgeordnetenhaus und mehrere Parteiämter auf. Er zieht damit die Konsequenz aus der Debatte um die Annahme von Parteispenden und Ämterhäufung. Er ist Vorstandsmitglied der Wohnungsbau-Kreditanstalt.(S. 4)

Auswärtiges Amt: Die FDP hat ihren Anspruch bekräftigt, nach der Bundestagswahl 1987 mit Außenminister Genscher weiterhin *die Verantwortung für die Bonner* Außenpolitik zu tragen. Dies sei für die Partei ein entscheidender Punkt. (S. 10)

Schulden: Polen ist nicht in der Lage, die in diesem Jahr fälligen Zinsen von drei Milliarden Dollar für seine Auslandsschulden im Westen in Höhe von 29,3 Milliarden Dollar zu zahlen. Ein hoher Beamter des Finanzministeriums erklärte, der Außenhandelsüberschuß reiche nicht, es fehle eine Milliarde Dollar.

Papst-Besuch: Vor über 200 000 Menschen hat Papst Johannes Paul II. in der nordostindischen Stadt Shillong eine Messe gelesen und dabei erstmals auf seiner Indien-Reise die Probleme der Armut und des Analphabetentums angesprochen. In Kalkutta würdigte er anschließend die Verdienste der Friedens-Nobelpreisträgerin Mutter Teresa.

Zwangsarbeit: Vier Libyer, die dem libyschen Geheimdienst an*gehören sollen, sind vom ägypti*schen Staatssicherheitsgericht in Abwesenheit zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt worden.

WIRTSCHAFT

Opec: Auf der Suche nach Rezepten gegen den Ölpreisverfall sind die Opec-Mitgliedsstaaten zu einer außerordentlichen Konferenz im März einberufen worden.

Außenwirtschaft: „Nicht so günstig wie im abgelaufenen Jahr" beurteilt der DIHT die außenwirtschaftlichen Perspektiven für 1986. Die Ausfuhr hatte 1985 gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent auf 537,1 und die Einfuhr um 6,8 Prozent auf 463,8 Milliarden Mark zugenommen. Jetzt wirkten sich Konjunktur- und Wechselkurs-Effekte in anderer Richtung aus. (S. 11)

Börse: Ausgehend von der festen Tendenz an der Wall Street zeigten sich auch die deutschen Aktienmärkte freundlich. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 281,51 (277,95). BHF Rentenindex 105,444 (105,390). BHF Performance Index 100,880 (100,800). Dollarmittelkurs 2,4171 (2,3905) Mark. Goldpreis pro Feinunze 338,60 (347,30) Dollar.

KULTUR

Oper: Die 80er Jahre *markieren* offenbar den Ausverkauf der italienischen Zwischenfach-Tenöre und der Spinto-Soprane. In der Folge einer „Vor Verdi-Renaissance" kommt es zu neuer Allmacht des Opern-Belcanto, also Verlagerung und *Spezialisierung* auf ein anderes Repertoire. (S. 21)

Dauerbrenner? Witzig, bissig und komisch ist „Isabelle's Dance", den Frankfurts Ballettchef Forsythe im Opernhaus vorgestellt hat – mit einer Drei-Stunden-Partitur wie vom Broadway (Eva Crossmann-Hecht). Allerdings er*scheint* die Aufführung noch nicht fertig geprobt zu sein. (S. 21)

SPORT

Ski: Den zweiten Platz beim Super-G-Weltcuprennen in Crans Montana (Schweiz) belegte der deutsche Weltmeister Markus Wasmeier. Es siegte Weltcup-Gewinner Girardelli. (S. 8)

Fußball: Beim Länderspiel zwischen Italien und Deutschland heute in Avellino wird anstelle des Schalkers Olaf Thon der Hamburger Wolfgang Rolff im Mittelfeld spielen. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Hindernisse: Von „Alltags-Terror" spricht man inzwischen und meint jene spezielle Art bayerischer Liberalität, die dafür sorgt, daß in München Park- und Halteverbote großzügig ignoriert werden. Strafzettel haben nur noch den „angenehmen Reiz eines Lotteriespiels". (S. 22)

Betonnadel: Weit über 18 Millionen Menschen haben sich in den vergangen drei Jahrzehnten auf die Plattform des Stuttgarter Fernsehturms befördern lassen. Dies Wahrzeichen der Landeshauptstadt, Vorbild für alle Fern*sehtürme in der Welt*, wird heute 30 Jahre alt. (S. 22)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Vor der 116-Debatte Empörung über Verhalten der IG Metall

Mißbrauch mit Blüm-Zitat zu Polen / DGB verschärft den Druck auf Bonn

fac./DW. **Bonn/Stuttgart**

Nur wenige Stunden vor der Sondersitzung des Bundestages über die Neufassung des Paragraphen 116 (Arbeitsförderungsgesetz) hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm der IG Metall ein eklatantes Beispiel für „Verteufelungsstrategie" vorgehalten. Die Verwaltungsstelle Stuttgart der Gewerkschaft hatte in einer Zeitungsanzeige Blüm mit dem „Originalton" zitiert: „Man kann Gewerkschaften mit einem Handstreich beseitigen oder mit tausend Schikanen." Den Lesern, meinte man im Hause Blüm, sei suggeriert worden, der Bundesarbeitsminister habe diesen Satz in der aktuellen Diskussion um Paragraph 116 gesprochen. In Wirklichkeit stammt die Passage aus einem Kommentar Blüms in der „Bild"-Zeitung vom 28. Oktober 1980 und betraf die damals wenige Monate alte Gewerkschaft „Solidarität" in Polen.

In dem Artikel mit der Überschrift „Wer schweigt, steht Schmiere" schrieb der damalige Oppositionspolitiker und Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse: „Es ist passiert, was viele befürchtet haben. Die neuen polnischen Gewerkschaften werden schikaniert. Man kann freie Gewerkschaften mit einem Handstreich beseitigen oder mit tausend Schikanen. Die Kommunisten in Polen haben sich offenbar für den zweiten Weg entschieden. Er führt zum selben Ziel, ist nur etwas länger.

Vielleicht wollen die Sowjets und ihre Helfershelfer in Warschau mit den ersten Schikanen auch nur ausprobieren, wieviel Ärger sie sich im Westen einhandeln. Stillhalten hierzulande ist also eine Einladung zur weiteren Unterdrückung in Polen. Protest dagegen ist ein bescheidener Beitrag zur Lebensversicherung von Lech Walesa und seine Kollegen.

Wer schweigt, steht Schmiere. Gewerkschaftliche Freiheit ist in Warschau soviel Wert wie in Santiago de Chile."

Seite 2:
Perfide Methoden

*Den Verantwortlichen für die Zei*tungsanzeige war, wie Pressesprecher Manfred Dautel der WELT bestätigte, der genaue Zusammenhang bekannt. „Skrupellos" nannte Blüm gegenüber der WELT das Verhalten der IG Metall, in der er Mitglied ist. Und seine Sozialausschüsse kommentierten: „Bei ihrer Verleumdungskampagne schreckt die IG Metall vor keiner Gemeinheit zurück." Erinnert wurde daran, daß Ende 1985 die Mitglieder-Zeitung der Gewerkschaft ein Extrablatt mit einem Plakat veröffentlichte, auf dem zu lesen war: „Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten, diese Regierung will sie ausbluten."

Nach Darstellung der IG Metall haben sich gestern rund 250 000 Arbeitnehmer an den DGB-Protesten gegen die 116-Änderung beteiligt. Die Arbeitgeber appellierten an den Bundestag, sich gewerkschaftlichem Druck nicht zu beugen. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit kündigte einen „Protesttag" für den 6. März an, dem dritten Jahrestag des Wahlsiegs von Helmut Kohl bei der Bundestagswahl 1983. Heute will die IG Metall in Baden-Württemberg zeitgleich mit der Parlamentsdebatte die „Aktion Radio" organisieren: Die Beschäftig*ten sollen die Reden im Bundestag* direkt verfolgen können. SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz äußerte „volles Verständnis" für Aktionen in den Betrieben. Die Regierung, so Glotz, müsse sich wegen der „Gewaltsamkeit ihres Vorgehens" selbst zuschreiben, was „jetzt an Hitze des Protestes entstehen mag".

DER KOMMENTAR

Arbeitsplatz-Besitzer

HANNA GIESKES

Zweieinhalb Millionen Arbeitslose meldet die Nürnberger Bundesanstalt. Die Zahl erschreckt trotz der sich allmählich abzeichnenden Erholung am Arbeitsmarkt. Erschrecken sollten vor allem diejenigen, die einen sicheren Arbeitsplatz besitzen – und dankbar sein. Einige sind es jedoch nicht. Sie streiken.

„Warnstreiks" nennt die ÖTV ihre gestern inszenierte bundesweite Blockade des morgendlichen Berufsverkehrs. Gewarnt werden sollen jedoch mitnichten diejenigen, die bis zu zwei Stunden auf Bahn oder Bus warten mußten – wovor auch? Die Warnung richtet sich an die öffentlichen Arbeitgeber, weil sie nicht bereit sind, der ÖTV-Forderung nach einer Einkommensverbesserung um sechs Prozent nachzukommen.

Aus gutem Grund sind sie dazu nicht bereit. Denn ein derart satter Schluck aus der Pulle würde alle Bemühungen um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hinfällig machen. Er würde die Kommunen, die ohnehin seit Jahren steigende Lasten für eine wachsende Zahl (arbeitsloser) Sozialhilfe-Empfänger zu tragen haben, noch weiter einengen. Und in allen Gebietskörperschaften wären weiter sinkende Investitionen die Folge.

Investitionen sind jedoch dringend geboten. Nicht nur, weil es, etwa im Bereich des Umweltschutzes, einen großen Nachholbedarf gibt, sondern auch, weil ohne Investitionen keine neuen Arbeitsplätze zu haben sind und möglicherweise sogar bestehende abgebaut werden müssen, zum Beispiel in der Bauwirtschaft.

Eine Gewerkschaftsführung sollte diese Zusammenhän*ge durchschauen und nicht mit* überzogenen Forderungen die Chancen für andere verschlechtern. Zum Beispiel die ihrer Kollegen vom Bau, deren Beschäftigung zu einem großen Teil von Aufträgen der öffentlichen Hände abhängt.

„Sindermann wird korrekt empfangen"

Union: Sonderverhältnis bleibt gewahrt / WELT-Gespräche mit Dregger und Waigel

ms./DW. **Bonn**

Die CDU/CSU hat die Bereitschaft zu Gesprächen mit dem „Volkskammer"-Präsidenten Horst Sindermann (SED) mit der Zielsetzung ihrer Politik begründet, die „DDR" zu Zu*geständnissen für die Menschen im* geteilten Deutschland zu veranlassen. Sowohl der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger als auch der CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel grenzten sich scharf von Versuchen ab, die Sindermann-Visite als Hebel zu benutzen, über offizielle Beziehungen zur „Volkskammer" zu verhandeln.

In einem WELT-Gespräch sagte Dregger, er habe „keine Bedenken", Sindermann zu empfangen. „Ich empfange nicht die Delegation, sondern ich spreche mit dem Herrn Sindermann." Zugleich stellte der Unionspolitiker klar, daß der oberste Repräsentant der „Volkskammer" nicht Gast des Bundestages sein werde. „Es gibt keine offiziellen Kontakte, es ist auch nicht der Weg der Aufnahme dort. Und zwar steht dabei nicht im Vordergrund, daß das Kommunisten sind, sondern daß wir keine völkerrechtlichen Beziehungen zur DDR haben und daß es bei uns um die Frage geht, ob dem ganzen deutschen Volk demokratische Freiheiten gewährt werden."

Waigel erklärte, die CSU weiche Gesprächen mit wichtigen Politikern der „DDR" nicht aus. „Ziel unserer Deutschlandpolitik ist, etwas für die Menschen in unserem geteilten Land zu erreichen und ungute Erscheinungen im Verhältnis der beiden Staaten in Deutschland abzustellen", sagte der Landesgruppenvorsitzende der WELT. Er denke dabei auch an das aktuelle Problem des Durchschleusens von Asylbewerbern von Ost- nach West-Berlin. Man komme bei alle dem nur weiter, wenn miteinander geredet werde. „In diesem Zusammenhang sehe ich auch das Gespräch, das wir mit Sindermann als einem führenden Mitglied der DDR-Hierarchie führen werden. Sindermann sollte empfangen werden, wie es einem Besucher zusteht: höflich und korrekt. Korrekt bedeutet für uns vor allem die Berücksichtigung des innerdeutschen Sonderverhältnisses, wonach die Bundesrepublik Deutschland und die DDR füreinan*der nicht Ausland sind. Die DDR will* das Gegenteil erreichen und strebt deshalb auch offizielle Kontakte zwischen der Volkskammer und dem Bundestag an. Unter den derzeitigen Umständen kommt das für uns nicht in Frage. Der Besuch Sindermanns ändert daran nichts – darauf achten wir. Wir halten an dem Auftrag des Grundgesetzes für die Einheit Deutschlands in Freiheit fest." SPD, Grüne sowie Teile der FDP sind für offizielle Kontakte zur „Volkskammer".

Sindermann wird von zehn Abgeordneten begleitet. Bis gestern war nicht zu erfahren, ob auch „Volkskammer"-Angehörige aus Ost-Berlin darunter sein werden. Dies würde gegen den Berlin-Status verstoßen.

„Vorboten des Frühlings" auf dem Arbeitsmarkt

DW. **Bonn**

Trotz des Anstiegs der Arbeitslosenzahl im Januar gegenüber Dezember um 243 213 auf 2,59 Millionen kommt der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Heinrich Franke, zu dem Schluß, daß die Konjunktur „den Arbeitsmarkt langsam und kontinuierlich" mitziehe. Franke betonte, daß eine langfristig entstandene Arbeitslosigkeit auch nur langfristig wieder abgebaut werden könne. Den Rückgang der Arbeitslosenquote gegenüber Januar 1985 von 10.6 auf 10,4 Prozent wolle er nicht über*bewerten, doch sei er zuversichtlich* für die Zukunft. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen weise weiter nach unten.

Nach Ansicht von Arbeitsminister Blüm seien die neuen Zahlen sogar „Vorboten des Frühlings". Gegenüber Januar des vergangenen Jahres sei die Zahl der Kurzarbeiter um 43,5 Prozent zurückgegangen.

ÖTV weitete Warnstreiks massiv aus

DW. **Stuttgart**

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat gestern ihre Warnstreiks massiv ausgedehnt. Von den zweistündigen Arbeitsniederlegungen waren vor allem Berufstätige betroffen. Da wie in Stuttgart, Karlsruhe, Ulm, München, Hannover, Göttingen und Braunschweig am Morgen Busse und Straßenbahnzüge im Depot blieben, kamen Hunderttausende zu spät zur Arbeit. In fast allen Städten des Ruhrgebiets ruhte der öffentliche Nahverkehr. Nach Gewerkschaftsangaben beteiligten sich allein in Nordrhein-Westfalen 20 000 Gewerkschaftsmitglieder an den Aktionen, um gegen das nach ihrer Ansicht „unzureichende Angebot" der Arbeitgeber – drei Prozent mehr Einkommen bei einer Laufzeit von 14 Monaten – zu protestieren. Die ÖTV verlangt sechs Prozent. Am Donnerstag wollen die Arbeitgeber ein neues Angebot machen.

Paris will Sowjet-Spionage eindämmen

Moskaus Aktionen zielen auf empfindlichste Stelle der französischen Nuklearverteidigung

PETER RUGE, **Paris**

Es geht nun Schlag auf Schlag im jüngsten Spionagefall auf französischem Boden: vor einigen Tagen enttarnten die Sicherheitsbehörden in der Bretagne einen sogenannten Maulwurf, der festgenommen wurde. Am Wochenende erklärte Paris vier sowjetische Diplomaten zur „persona non grata". Moskau reagierte mit der Ausweisung von vier französischen Botschaftsangestellten. Daraufhin kündigt jetzt Frankreich den Seefrachtvertrag mit den Russen.

Die kommunistische Spionage zielte auf die empfindlichste Stelle der französischen Nuklearverteidigung: auf die U-Boot-Basis „Ile Longue" bei Brest. Hochverrat wird denn auch Bernard Sourisseau zur Last gelegt, der ein Doppelleben führte als Marineunteroffizier und als Spion des sowjetischen Geheimdienstes – über viele Jahre. Er war nach seinem Abschied aus der Armee den Russen so wichtig, daß sie dem 44Jährigen halfen, eine Scheinexistenz aufzubauen. Als „technischer Berater für den Autohandel mit dem Ausland" konnte sich Sourisseau unverdächtig lange auf Reisen begeben, so auch nach Libyen. Dieser Umstand löste inzwischen Untersuchungen aus, ob mit diesem Maulwurf auch ein Waffenhändler der französischen Terroristen eingefangen werden konnte.

In Paris verstärkt sich der Verdacht, daß bisher nur die Spitze eines Eisberges aufgedeckt werden konnte, denn die russischen Aktivitäten zur Ausspähung französischer Militäreinrichtungen haben nach einer Phase relativer Zurückhaltung wieder zugenommen – eigentlich seit dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow, wie es in Kreisen des Elysee-Palastes heißt. Nach dem spektakulären Massenhinauswurf von 47 sowjetischen Diplomaten 1983 aus Frankreich, kam es in den vergangenen Jahren nur zu zwei unbedeutenden Ausweisungen. Dagegen mehrten sich die sogenannten „Pannen": eine Tupolew aus der UdSSR verirrte sich angeblich über dem Luftstützpunkte Landivisiau, mit Elektronik vollgestopfte Fischereiboote der Sowjets mußten häufiger als früher französische Häfen aufsuchen – zuletzt wurden 1500 Schiffsbewegungen von der Abwehr gezählt. Auffällig zugenommen haben auch Transportfahrten russischer Schwerlaster in der Bretagne.

Die Aufkündigung des Seefrachtvertrages soll dem Kreml signalisieren, daß für den Elysée das Ende einer Nachgiebigkeit gegenüber diesen russischen Operationen in französischen Militärzonen gekommen ist.

Die Umtriebe östlicher Geheimdienste in Frankreich – es ist von weiteren 2000 Spionen die Rede – dürften einen Schatten auf die bisher als „besonders" geltenden französisch-sowjetischen Beziehungen werfen: das Wort Krise wird vermieden, aber in der Umgebung des Staatspräsidenten wird von möglichen weiteren Ausweisungen gesprochen.

Seite 2: Frankreich trumpft auf

Apel führt die Landesliste an

hs. **Hamburg**

Monatelang stand seine Kandidatur in Frage – jetzt ist er Spitzenkandidat: Der ehemalige Bundesverteidigungsminister Hans Apel wurde vom *SPD-Landesvorstand auf den ersten* Platz der Hamburger Kandidatenliste für die Bundestagswahl 1987 gesetzt. Er nimmt damit den Platz von Helmut Schmidt ein, der nicht wieder kandidiert. Hans Apel, der seit 1965 den Wahlkreis Hamburg-Nord vertritt, hatte sich bei der partei-internen Nominierung gegen Hermann Scheunemann durchgesetzt.

Platz zwei der Hamburger SPD-Landesliste nimmt der ehemalige Bürgermeister Hans-Ulrich Klose ein, der seit 1983 dem Bonner Parlament angehört.

Rau spricht mit US-Senatoren

DW. **Washington**

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hat gestern in Washington seine Gespräche mit amerikanischen Politikern aufgenommen. Der SPD-Kanzlerkandidat traf zunächst mit Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses des Senats zusammen. Anschließend führte er im Außenministerium ein Geprÿch über Fragen der Rüstungskontrolle. Rau wird heute mit US-Präsident Ronald Reagan und Außenminister Georg Shultz sprechen.

Vor Journalisten machte Rau nach seiner Ankunft deutlich, daß er die mit dem Genfer Gipfeltreffen eingeleiteten Abrüstungsbemühungen unterstützen und dabei für die Berücksichtigung europäischer Interessen werben wolle.

Breit bleibt dabei: DGB zahlt nicht für Neue Heimat

Heute Sanierungsgespräch bei Bundesbauminister Schneider

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ernst Breit, geht mit wenig Hoffnungen auf konkrete Ergebnisse in das Gespräch über die Neue Heimat, zu dem Bundesbauminister Oscar Schneider als Koordinator heute nach Bonn eingeladen hat. Insbesondere sollen dabei die zuständigen Länderminister Möglichkeiten erörtern, dem angeschlagenen gewerkschaftseigenen Baukonzern zu helfen.

Breit sagte gestern dazu, die Neue Heimat, die mit 18 Milliarden Mark verschuldet ist, habe seit 1982 insgesamt 68 000 Wohnungen verkauft, davon 11 000 an Mieter. Diese Linie zur Gesundung des Konzerns solle trotz der schwierigen Bedingungen auf dem Immobilienmarkt beibehalten werden. „Einen Konkurs kann ich ernsthaft nicht in Erwägung ziehen wollen", sagte Breit. Der DGB-Vorsitzende stellte zudem fest, entgegen anderslautender Auffassungen sei der Bund bisher nicht um Hilfe gebeten worden. Doch im Gegensatz dazu steht der Brief des NH-Chefs Diether Hoffmann an den Bundeskanzler, in dem er an die Verantwortung der Bundesregierung appelliert hatte.

Breit meinte weiter, auch ein finanzieller Beitrag des DGB zur Gesundung der Neuen Heimat müsse begrenzt bleiben. Dazu habe der DGB auch gar kein Geld. Angesprochen darauf, ob die Gewerkschaften einzelne Firmen, die sich in ihren Besitz befänden, verkaufen könnten, betonte Breit, dafür sehe er keinen Handlungsbedarf. Weder die ins Spiel gebrachte Versicherung Volksfürsorge noch die Bank für Gemeinschaft ständen zur Verfügung.

Bei Schneider wollen die Länderminister heute auch über Pilotprojekte nachdenken. Dabei sollen die Landesregierungen anderen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften über zinsgünstige Kredite helfen, Wohnungen der Neuen Heimat en bloc zu übernehmen. NRW-Städtebauminister Christoph Zöpel stellte in diesem Zusammenhang klar, es sei bei solchen Verkäufen aber nicht an private Unternehmer gedacht.

Seite 2: Spaltsinniges

Will Ost-Berlin Reisealter senken?

ms. **Bonn**

In der SED-Führung gibt es möglicherweise Erwägungen, das Reisealter für West-Besucher um fünf Jahre zu senken. Nach Informationen aus Ost-Berlin denkt die *„DDR"* offenbar daran, künftig Frauen mit 55 und Männer mit 60 Jahren in den Westen reisen zu lassen. Außerdem hieß es, daß es auch eine erweiterte Reiseregelung in dringenden Familienangelegenheiten geben werde. In Bonn wurde zur Vorsicht bei der Bewertung solcher Meldungen geraten, zumal eine solche Anordnung bisher *nicht veröffentlicht worden sei. Das* bedeutet zunächst, daß die „DDR"-Bewohner keinen Anspruch auf ein vorgezogenes Reisealter bei den eigenen Behörden geltend machen könnten. Es liege die Vermutung nahe, daß sich die „DDR" im Einzelfall mehr Spielraum verschaffen wolle. Eine Beurteilung sei erst dann möglich, wenn feststehe, wie Ost-Berlin die Reisepraxis künftig handhabe.

Kohl weist auf Austausch hin

DW. **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern den geplanten Austausch östlicher und westlicher Agenten indirekt bestätigt, wollte aber Einzelheiten nicht nennen. Vor Auslandskorrespondenten sagte er in Bonn: „Wenn ich den Austausch kaputt machen wollte, würde ich hier die Wahrheit darüber erzählen." Er verwies darauf, daß das Treffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow in Genf zu der Vereinbarung beigetragen habe. In Bonner *Regierungskreisen wurde bestätigt*, daß die UdSSR den Regimekritiker Anatolij Schtscharanski freilassen wolle. Dementiert wurde, daß im Gegenzug auch der wegen Spionage im Bonner Verteidigungsministerium verurteilte Lothar Lutze in die „DDR" abgeschoben würde. Der Austausch werde voraussichtlich in der nächsten Woche und an verschiedenen Orten stattfinden.

Israelis fangen libysche Maschine ab

DW. **Tel Aviv**

Israelische Kampfflugzeuge haben gestern ein libysches Flugzeug zur Landung auf einem Luftwaffenstützpunkt in Nordisrael gezwungen. Dies verlautete aus zuverlässigen Quellen in Tel Aviv. Wenige Stunden danach, erteilten die Behörden dem Flugzeug wieder Starterlaubnis. Nach vorliegenden Informationen handelte es sich um eine kleine libysche Maschine, die sich auf dem Flug von Tripolis nach Damaskus befand. Das Flugzeug wurde offenbar zwischen Zypern und der Küste Israels abgefangen.

Unterdessen meldete Radio Tripolis, die Maschine sei von „jüdischen Luftpiraten" gezwungen worden, im „besetzten Palästina" zu landen. Unter den Passagieren befinde sich der stellvertretende Generalsekretär der in Syrien regierenden Baath-Partei, Abdullah El Ahmar. Diese Meldung wurde von der BBC in London mitgehört.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Perfide Methoden

Von Peter Gillies

Die DGB-Gewerkschaften legen es offenbar darauf an, den demokratischen Rechtsstaat herauszufordern. Dabei greifen sie neuerdings zu perfiden Methoden. „Originalton Blüm: ‚Man kann Gewerkschaften mit einem Handstreich beseitigen oder mit tausend Schikanen'", heißt es in einer Anzeige der Stuttgarter IG Metall. Das Zitat ist korrekt, aber Blüm hatte es 1980 auf die polnische Gewerkschaft Solidarność bezogen.

Derartige Methoden von Zitatfälschung sind uns bisher nur als Desinformatsija des KGB bekannt – oder eben aus dem „Stürmer". Sie sind unentschuldbar und müssen Millionen aufrechter Gewerkschaftsmitglieder empören. Nach dem Aufzug von „Mahnwachen" vor dem Privathaus eines Bundestagsabgeordneten, nach der Behauptung, die Bundesregierung wolle die Gewerkschaften nach Nazi-Art ausbluten, und nach der verharmlosenden Betrachtung der Tätlichkeiten gegen Walter Wallmann in Frankfurt (IG Metall: „Ein Vorfall wird zum Vorwand") summiert sich die DGB-Agitation zu einer Kette bösartiger Polemik.

Mit dem Aufruf zu rechtswidrigen politischen Streiks gegen das freigewählte Parlament überschreitet der DGB nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten die Grenzen pluralistischer Toleranz. Die SPD äußert „volles Verständnis" und meint zynisch, die Regierung habe sich selbst zuzuschreiben, was „jetzt an Hitze des Protestes entstehen mag" (Peter Glotz). Haben die Verantwortlichen des DGB jedes Augenmaß verloren, oder spielen sie bewußt mit dem Feuer? Wenn ja, dann müssen sie wissen, daß sie auch am deutschen Gewerkschaftssystem zündeln und an dem, was sie angeblich wie ihren Augapfel hüten: am sozialen Frieden.

Gewiß findet sich keine Interessengruppe klaglos damit ab, wenn ihr mühsam erobertes Waffenarsenal im Interesse der Kampfparität etwas beschnitten wird; aber die Führungspflicht der Funktionäre besteht nicht nur darin, die Mitgliedschaft mit Agitation anzuheizen, sondern auch darin, Erhitzungen abzukühlen. Die geschichtlichen Parallelen, die die Gewerkschaften zwischen Weimar und Bonn gerne beziehungsvoll zeichnen, fallen auf sie zurück.

Frankreich trumpft auf

Von Peter Ruge

Wo die Deutschen einen internen Wettbewerb veranstalten, wer es am besten mit dem Osten kann, tritt Frankreich den Sowjets dramatisch entgegen: Vier Diplomaten wurden ausgewiesen, und nachdem Moskau mit einer Revanche-Ausweisung antwortete, wurde das bilaterale Seefrachtabkommen außer Kraft gesetzt. Das sind eindrucksvolle Zeichen der inneren Stärke gegenüber der gesetzlosen Weltmacht; sie wären freilich noch eindrucksvoller, wenn sie nicht erst jetzt kämen.

Jahrelang hat die französische Abwehr geheimdienstliche Umtriebe ausgemacht, observiert, Dossiers angelegt. Viele Monate geschah nichts. Statt dessen genoß Paris den lächelnden Auftritt Gorbatschows, der sich an der Seine ansagte, noch ehe er seinem eigentlichen Gegenspieler Reagan gegenübertrat.

Das, so brüstete sich der Elysée-Chef gegenüber seinen europäischen Nachbarn, sei doch der Beweis für „besondere" Beziehungen; wer wolle, könne sich gern des Drahtes zwischen Paris und Moskau bedienen. Diese Aufforderung war besonders an Bonn gerichtet, dessen Ost-Politik manchen Franzosen noch heute verwirrt, weil dahinter das Gespenst einer unkontrollierbaren Annäherung an die „DDR" vermutet wird. Hat Mitterrand deshalb jetzt den Spionagefall aufgedeckt?

Wohl eher dürfte der längst bekannte Geheimnisverrat französischer Nukleareinrichtungen im Hinblick auf die in sechs Wochen stattfindende Wahl eines neuen Parlaments zu diesem Zeitpunkt publik gemacht worden sein. Eine Mehrheit der Oppositionsparteien zeichnet sich ab, also greift Mitterrand zu einem Mittel, das schon Napoleon zu nutzen wußte: Jeder Angriff auf die Größe und Unabhängigkeit Frankreichs läßt die Herzen der Franzosen höher schlagen, vereint alle als Patrioten hinter den Fahnen – und die sind zur Stunde rot.

Das ist es aber eben: Nun gilt es klarzumachen, daß das sozialistische Rot sich vom kommunistischen unterscheidet. „Vote utile" heißt der Schlachtruf, vergebt die Stimme nicht, vor allem nicht an die Kommunisten, die sich so gut mit den Genossen in Moskau verstehen – mit denen, die zum Landesverrat anstiften. Mitterrands Logik mag einleuchten, aber: wird sie auch genau so nach der Wahl des 16. März gelten?

Mittelamerikas Schweiz

Von Günter Friedländer

Drei Triumphe brachten Professor Oscar Arias Sanchez (44) die Präsidentschaft Costa Ricas, die er am 8. Mai antreten soll: Er überzeugte seine Partei „Liberacion Nacional" (Nationale Befreiung), daß die Zeit für die Ablösung ihrer alten Garde gekommen sei, und wurde ihr Präsidentschaftskandidat. Dann überzeugte er die Wählerschaft, daß es nicht notwendig sei, bei Wahlen die jeweilige Opposition an die Macht zu bringen, was in Costa Rica Gewohnheit geworden war. Und schließlich besiegte er mit beachtlicher Mehrheit den Christdemokraten Calderon in einem Wahlkampf, den die Meinungsforscher so umstritten sahen, daß sie keine Voraussage wagten.

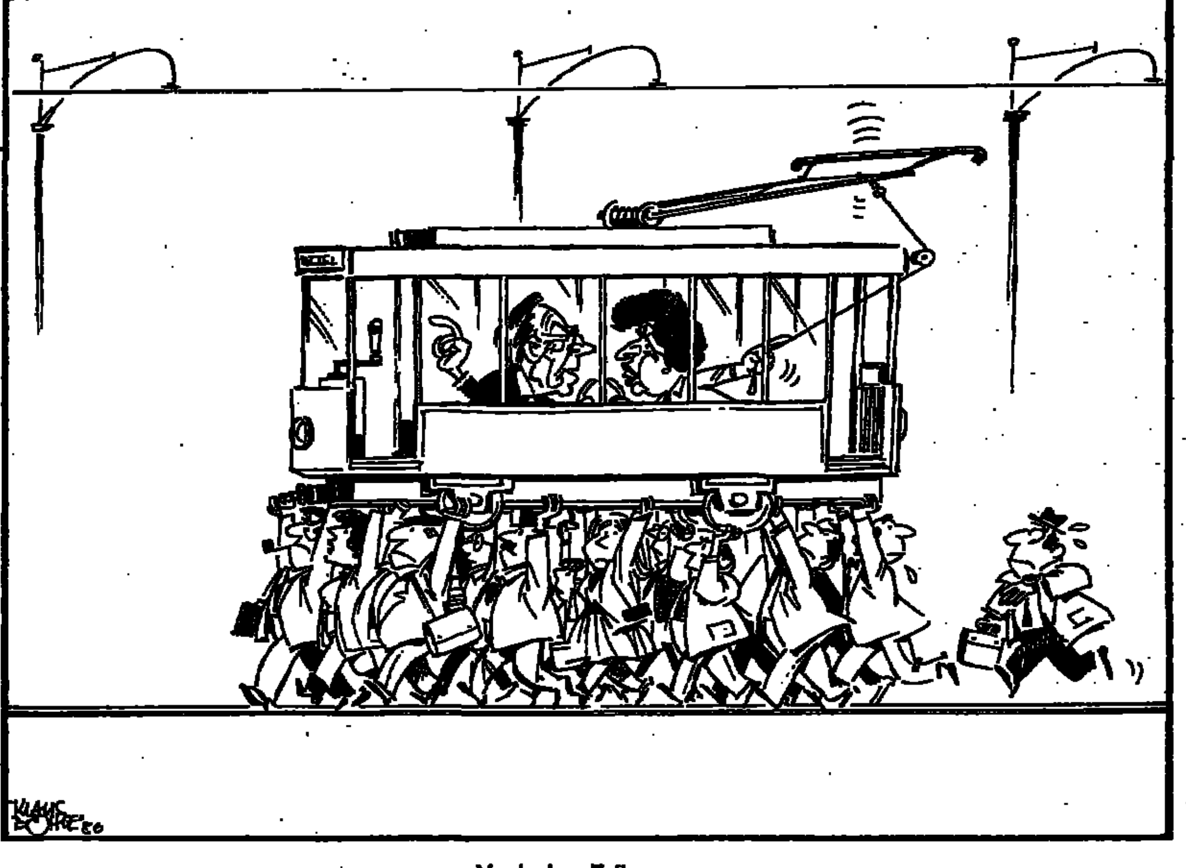
„Liberacion Nacional" wurde 1948 gegründet und riß Costa Rica aus den Fängen eines Bürgerkrieges. Das Heer wurde aufgelöst und nie wieder aufgestellt. Die Partei definiert sich als sozialdemokratisch und gehört der Sozialistischen Internationale an. Wie weit sie für Europäer sozialdemokratisch ist, bleibt eine Streitfrage.

Arias verurteilte im Wahlkampf das Sandinistenregime. Zwar meinen viele, daß Calderon in dieser Frage konsequenter klang. Dennoch wird allgemein erwartet, daß Arias auf der konsequenten Linie seines Vorgängers Monge bleibt, während die Christdemokraten wieder durch die zweideutige Haltung ihres Wahlsiegers in Guatemala, Cerezo, ins Gerede kamen.

Arias versprach, die Beamten- und damit die Steuer-Aufblähung nicht weiter ins Unermeßliche wachsen zu lassen. Zwar bejaht er den Wohlfahrtsstaat, will aber gewisse soziale Funktionen, wie den Wohnungsbau, der Privatwirtschaft zuweisen. Er will das Bürgerbewußtsein pflegen, damit sich jeder an den Entscheidungen des Staates beteiligt fühlt.

Wie überall in Lateinamerika ist in Costa Rica der Wohnungsmangel für die weniger Bemittelten ein zentrales Problem. Arias will am 8. Mai als ersten Regierungsakt einen Plan in Gang setzen, dies Problem in den Griff zu bekommen.

Die Stimmabgabe begingen die Bürger festlich: Sie feierten, ihrem Ruf als „Mittelamerikas Schweiz" abermals Ehre gemacht zu haben (womit gemeint ist, daß Costa Rica ein Land der freien Wahlen und nicht der Putsche ist).



Verkehrs-Träger KLAUS BÖHLE

Auf gleicher Ebene

Von Herbert Kremp

Das Gefühl einer gemütlichen Mittellage macht sich breit. Vertraut man den Demoskopen, haben die Deutschen in der Bundesrepublik von Reagan und Gorbatschow eine gleich gute Meinung. Mehr als die Hälfte wünschen mit den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eine gleich enge Zusammenarbeit. Das Gefühl, vom Kommunismus bedroht zu werden, läßt nach. Die Mehrheit hält das militärische Kräfteverhältnis für ausgeglichen. Derartige Meinungen beruhen auf vagen Vermutungen. Die befragten Bürger sind keine Fachleute. Sie bringen in die Antworten nicht das geprüfte Urteil, sondern Wünsche ein. Sie wünschen Entspannung, weil sie Ruhe haben wollen. Ihr Urteil ist nicht repräsentativ für die objektive Lage, wahrscheinlich aber von einigem Einfluß auf die politische Entscheidung, die sie bei Wahlen zu treffen haben. Deshalb nehmen die (meisten) Politiker solche Aussagen zum Nennwert. Sie richten sich danach, auch wenn sie anderer Ansicht sind. Ihr Fachurteil stellen sie – gelegentlich achselzuckend – zurück.

An Warnungen davor, den bequemen Weg der Folgsamkeit zu gehen, hat es nie gefehlt. Aber der „Souverän Trend", die Respektierung einfacher Marktgesetze in der Politik, spielt in westlichen Demokratien eine große Rolle. Das wird am Gegenbeispiel deutlich. Horst Sindermann, der Präsident der Volkskammer der „DDR", der uns die Ehre seines Besuches gibt, braucht auf Meinungsbewegungen nicht zu achten. Sein Mandat beruht auf Wahlen, die keine sind, wenn man darunter eine freie Entscheidung versteht. Er gehört zu einer herrschenden Minderheit, deren Mitglieder nur durch Revolution oder durch das Geschick der Ungnade aus den Machtpositionen entfernt werden können. Eine andere Möglichkeit des Wechsels gibt es nicht. Auch die Bürger der „DDR" sympathisieren mit einer gemütlichen Mittellage, sie verstehen darunter aber in erster Linie Rechtssicherheit, politische Freiheit und Freizügigkeit. Dem Volkskammerpräsidenten ist das sicher nicht entgangen, aber die Wünsche lassen ihn kalt. Das System, das er vertritt, ist davon nicht abhängig.

Dieser fundamentale Unterschied wird durch den Besuch Sindermanns nicht beseitigt – er ist real existierend, wie man im anderen Teil Deutschlands gerne sagt –, aber er wird unsichtbar gemacht, er wird wie ein häßliches, etwas anstößiges Gemälde verhängt. Sindermann kommt auf Einladung der SPD, die Parteibeziehungen zwischen der Opposition und der Sozialistischen Einheitspartei (SED) sind eng. Dank dieser Seitentür findet der Gast Einlaß in die Gemächer des Parlaments und der Regierung. Die Verantwortlichen dort betonen, daß dies nicht als offizielle Kontaktaufnahme zwischen Bundestag und Volkskammer zu verstehen sei. Dafür sei die Zeit nicht reif, lautet die abstrakte und flüchtige Begründung.

In Wirklichkeit, in Bild und Wort, entsteht jedoch eine andere Wirkung. Wenn Bundeskanzler und Bundestagspräsident Horst Sindermann empfangen – der eine im Kanzleramt, der andere in der Dienstvilla –, bedeutet das nicht nur eine höfliche Geste, sondern ein Stück Anerkennung. Das Handeln setzt den Maßstab. Kohl und Jenninger können danach nicht mehr behaupten, sie seien „gleicher". Nein, sie bemühen Sindermann augenfällig auf die gleiche Ebene.

Von diesem Anschein versprechen sich die Bonner Politiker Gewinn. Worin kann er bestehen? Kommt Sindermann als Ersatzmann für Honecker, der nach Ansicht des Bundeskanzlers bis auf weiteres keine Reiseerlaubnis erhält – kommt er als eine Art grauer Bote, der wichtige Nachricht überbringt? Vielleicht über Ausreise-Erleichterungen, wie es in einer Meldung vom Dienstag hieß? Oder glauben die Verantwortlichen, sie kämen mit dem Souverän Trend in Konflikt, wenn sie dem Gast der SPD den Zutritt zu den offiziellen Hallen verweigerten?

Die Fragen sind schwer zu beantworten, weil die Autoritäten sich über die tiefere oder flachere Bedeutung ihres Handelns ausschweigen. Auch das Wort Genschers, es sei „absolut richtig und vertretbar", dem Volkskammerpräsidenten unbefangen zu begegnen, sagt wenig aus. Das Wort „unbefangen" ist keine politische Kategorie – oder doch? Möglicherweise haben die verantwortlichen Politiker das Gefühl, daß sie den Standpunkt der Rechtswahrung in deutschen Fragen angesichts der demoskopisch verblaßten oder verwischten System-Unterschiede korrigieren müßten. Mit aller Vorsicht natürlich, aber mit Zielstrebigkeit. Festigkeit in germanicis, so könnte das interne Urteil lauten, wird vom Wähler (leider) nicht honoriert.



Verbindliches aus Osten: Sindermann FOTO: DPA

Genau dies dürfte einer der Hauptgründe sein, warum sich die Verantwortlichen in Ost-Berlin in entgegenkommender, durchaus freundlicher Weise mit den Politikern, auch den regierenden, in Bonn beschäftigen. Honeckers Interview in der „Zeit" war ein kennzeichnendes Beispiel. Der Staatsratsvorsitzende äußerte sich in der Sache knochenhart, im Ton ungewöhnlich verbindlich. Er kann es als ein Glück für die Menschheit bezeichnen, daß es zwei deutsche Staaten gibt, ohne mit einer scharfen Reaktion rechnen zu müssen. Er findet keinen Widerspruch, wenn er den Anspruch auf Einheit als großdeutsches Sprücheklopfen bezeichnet. Er gilt in allem, was er sagt, als „deutscher Realist, als deutscher Kommunist", als ein Mann von hohem Verstand und gutem Willen. Die Interview-Partner sind durch den Umstand entlastet, daß kommunistische Führer aller Zeiten nur auf die Fragen antworten, die ihnen genehm erscheinen. Erstaunlich ist nur die Sanftmut der Politiker, die sich unbegrenzten Zumutungen beugen, ohne die Gegenfrage zu riskieren, was wohl Honecker für das Glück von siebzehn Millionen Deutschen bedeutet.

Es ist also heilloser Opportunismus, der die Begriffe verwirrt. Auch die bürgerliche Koalition läßt sich einreden, daß die Forderung nach Freiheit und die Behauptung des Rechts den Frieden gefährden könnten. Sie erweist sich als prinzipienschwach und schafft damit selber die günstigste Voraussetzung für Gorbatschows Europa-Politik, an der die kommunistische Hierarchie von Moskau bis Ost-Berlin hingebungsvoll arbeitet.

IM GESPRÄCH Werner Leich

Vom Fuße der Wartburg

Von Hans-Rüdiger Karutz

Er saß schon mit den beiden protokollarisch höchsten Männern in den beiden Teilen Deutschlands zu Tisch: Richard von Weizsäcker – damals allerdings erst auf dem Wege zur Bundespräsidenten-Kandidatur – und Erich Honecker. Bischof Werner Leich, Oberhirte von rund einer Million Protestanten in Thüringen, fiel jetzt die Position des Vorsitzenden des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR" zu. Am Fuße der Wartburg im „grünen Herzen Deutschlands" zu Hause, liegt auf Leich die Verantwortung für den Kirchen-Kurs gegenüber der SED bis zum Ende des Jahrzehnts.

Es war im April und Mai 1983, als der ernsthafte, im Herzensgrund ganz konservative Lutheraner mit der randlosen Intellektuellen-Brille als Vorsitzender des kirchlichen Luther-Komitees mit Honecker auf der Wartburg und danach mit Weizsäcker in seiner Bischofsresidenz im Bach-Städtchen Eisenach zusammentraf. Im Westen war er in einem eher negativen Zusammenhang bekannt geworden: Leich lag jahrelang im Streit mit der besonders ausgeprägten „Friedensszene" von Jena, die vom Staatssicherheitsdienst verfolgt und schließlich – im Falle von Roland Jahn – mit Gewalt in die Bundesrepublik vertrieben wurde. „Nicht alles, was dort geschieht, kann mit der Kirche in Zusammenhang gebracht werden", argumentierte er damals und wehrte sich vehement gegen Vorwürfe, die Kirche habe den jungen Leuten „den Stuhl vor die Tür gesetzt". Gleichwohl mag die Staatsmacht damals wie heute die Brückenschlags-Begabung von Leich als hilfreich empfunden haben.

Leich (Jahrgang 1927) wuchs in Weimar und Gotha auf, mußte als 17jähriger die Uniform anziehen, arbeitete nach dem Krieg in einem Bergwerk, lernte Schlosser und studierte in Marburg und Heidelberg Theologie. So trägt er noch das Bewußtsein von der gesamtdeutschen Kirche in sich. Bei der Bischofswahl 1978 galt Leich eher als „Verlegenheits-Kandidat". Seiner Landeskirche hängt unter den mitteldeutschen



Zur Vertreibung ein deutliches Wort: Leich FOTO: JÜRGENS

Protestanten noch immer der Ruf nach, in der NS-Zeit besonders staatstreu agiert zu haben. Vielen bleibt auch unvergessen, daß Thüringens Landeskirche als erste schon Ende 1969 den Grundsatzartikel über EKD-Mitgliedschaft aus ihrer Verfassung strich. Es war andererseits Leichs Vor-Vorgänger Moritz Mitzenheim, der Ulbricht die West-Reisen für „DDR"-Rentner abrang.

Mag sein, daß Leich die Rednergabe eines Johannes Hempel abgeht, aber der neue Vorsitzende ließ es vor allem 1985 zum 8. Mai 1945 nicht an klaren Aussagen fehlen. Entgegen der SPD-Lesart wies er darauf hin, daß dieser Tag „von vielen Deutschen auch als Katastrophe empfunden" worden sei. Die Vertreibung habe viele „hart getroffen".

Leich setzt auch, ganz lutherisch, auf die Kraft des Gebets: „Steh all denen bei, die um Deines Namens und der Wahrheit willen gefangen und in Bedrängnis sind", sagte er am 22. April 1983 im Beisein Honeckers in der Burgkapelle der Wartburg.

Das postwendende, allzu hurtige Glückwunschschreiben Honeckers an Leich, nur 24 Stunden nach der Wahl, beweist auch die Erwartungshaltung der SED dem Neuen gegenüber. Der Mann im Bischofsornat steht vor einer großen Bewährung.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hannoversche Allgemeine

Sie fragt nach dem Grund der Warnstreiks:

Wie immer, wenn im öffentlichen Dienst ein Arbeitskampf geführt wird, bekommen das die Bürger ganz besonders zu spüren. Das ist ärgerlich, aber unvermeidbar, denn auch für Müllwerker und Straßenbahnfahrer gilt das Streikrecht. Eine andere Frage ist, ob Warnstreiks beim gegenwärtigen Stand der Verhandlungen sinnvoll sind. Die Arbeitgeber haben angekündigt, daß sie in der nächsten Runde mit einem neuen Angebot herausrücken wollen ... Deshalb liegt der Verdacht nahe, daß die Kampfmaßnahmen eher die Mitglieder solidarisieren als die Verhandlungen beeinflussen sollen.

STUTTGARTER ZEITUNG

Sie schreibt zum geplanten Ost-West-Austausch:

(Gorbatschow) befindet sich mitten in einer Offensive, die auf dem Genfer Gipfel begann und in den jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschlägen einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Es lag nahe anzunehmen, daß der Austausch von Spionen, einschließlich der Freilassung des sowjetischen Dissidenten Schtscharanski, Teil dieser Offensive ist ... Präsident Reagan hatte das Schicksal des Russen in Genf zur Sprache gebracht. Schtscharanski war dort also Reagans Propaganda-Trumpf, nicht Gorbatschows. Ihn einfach laufen zu lassen, kam für den Kreml-Chef denn auch nicht in Frage ... So ist er zum Spion degradiert worden, der früher oder später routinemäßig ausgetauscht wird.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Er meint zur Ausweisung sowjetischer Diplomaten aus Frankreich:

Die Sowjetunion ist so aufgebaut, daß ihre Bewohner die meiste Zeit damit verbringen, andere auszuspionieren. So etwas nennt man einen Polizeistaat. Die Behörden darüber zu informieren, was der Nachbar macht, ist dort noch nicht einmal eine Tugend, sondern eine Pflicht. Das System will es so. Daher darf man sich nicht wundern, daß ein Sowjet jedesmal, wenn er einen Fuß außer Landes setzt, genau das tut, was man ihm zu Hause beigebracht hat.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung kommentiert den Verfall der Ölpreise:

Es war einmal in den frühen siebziger Jahren, da wurde die Welt von Staatsmännern regiert und nicht von Märkten. Diese Staatsmänner kamen zusammen und beschlossen: „Laßt Wachstum sein!" Und es war Wachstum, wenn auch nicht für lange. Denn eine andere Gruppe von Staatsmännern am Persischen Golf entschied: „Laßt die Preise steigen!" Und die Preise stiegen, und es war Heulen und Zähneknirschen in der ersten Gruppe. So gingen die schönen Tage des Wachstums vorbei und die Staatsmänner wurden zu normalen Sterblichen, die sich darauf beschränken mußten, ihre Hinterhöfe in Ordnung zu halten ...

Spaltsinniges im Deutschen Gewerkschaftsbund

Zweimal der Wunsch nach dem Griff in die Staatskasse / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Wenn sich heute der DGB-Vorsitzende Breit unter der Moderation des Bundeswohnungsbauministers Schneider mit den zuständigen Ministern der Bundesländer an einen Tisch setzt, dann nimmt er dort nicht als Repräsentant der Arbeitnehmer Platz, sondern als ein Vertreter von Eigentümern. Den DGB-Gewerkschaften gehört die Neue Heimat, und die steht aus eigener Mißwirtschaft mit achtzehn Milliarden Mark in den roten Zahlen.

Die Herren Eigentümer vom DGB befinden sich mit dieser ihrer Eigenschaft in einem schweren Konflikt. Zwar genießen sie gern den Eigentumsschutz des Grundgesetz-Artikels 14, obwohl er ihnen in anderen Zusammenhängen – etwa denen der Mitbestimmung – quer im Magen liegt. Aber das Eigentum erlegt auch Pflichten auf, und darum geht es jetzt bei der Neuen Heimat.

Auch für den „reichen DGB" (Oscar Schneider) sind die verspekulierten achtzehn Milliarden ein schwerer Brocken. Die Eigentümer haben dafür geradezustehen, und die DGB-Gewerkschaften verfügen über hinreichende finanzielle Mittel.

Doch sie wollen dafür nicht geradestehen. Der Grund ist keineswegs verborgen, auch wenn man allseits bemüht ist, die Neue Heimat nicht in einem Atemzug mit dem umstrittenen Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes zu nennen. Wer es noch nicht kapiert hat, dem hilft die SPD nach: Der DGB dürfe nicht gezwungen werden, seine Reserven anzugreifen, nur weil es im hehren Sektor gewerkschaftlicher Gemeinwirtschaft unternehmerische Fehlleistungen gegeben habe (Glotz). Das also ist es.

Die DGB-Gewerkschaften sind nicht bereit, in ihrer Rolle als Eigentümer die Streikkassen zur Sanierung der Neuen Heimat zu leeren; denn allein die Kampfschatulle garantiert ihnen in ihrer Rolle als Interessenverband der Arbeitnehmer operative Handlungsfreiheit. Ohne pralle Streikkasse kein Streik, und ohne die Fähigkeit zum Streik keine Gegenmacht – weder gegen die Arbeitgeber noch gegen eine unliebsame Regierung in Bonn.

In dieser Mißlichkeit verfallen führende Gewerkschaftsfunktionäre, die in Wahlkampfzeiten zuhauf ihr SPD-Mitgliedsbuch unter dem Arm tragen, auf einen Gedanken, der ihrer weltanschaulichen Herkunft entspricht. Sie sind für die Marktwirtschaft, schließen Sozialisierung aber nicht aus. Im gegebenen Fall hätte Sozialisierung zu bedeuten: Die Neue Heimat wälzt die Folgen eigener Mißwirtschaft auf den Anonymus Staat ab, vornehmlich auf die Gemeinden und die Bundesländer. Das Rezept heißt Regionalisierung.

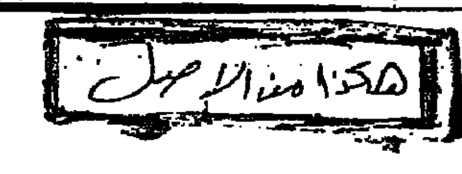
Niemand wird es laut sagen, aber man braucht nicht daran zu zweifeln, daß Neue Heimat und DGB dabei auf jene Gemengelage vertrauen, die es schon „King Albert" Vietor erst möglich gemacht hat, sein Unternehmen derart in die rote Tinte zu reiten. Die Rede ist von den dichten Beziehungsgeflecht, das in vielen Kommunen und in einigen Bundesländern besteht. Der Filz zwischen SPD, Gewerkschaften und kommunalen Unternehmen dient nicht nur als soziales Netz für ausrangierte sozialdemokratische Politiker, er ermöglicht auch Geschäftigkeiten à la Vietor. Warum sollte er nicht jene „Regionalisierung" zuwege bringen, und sei es zu Lasten der Steuerzahler?

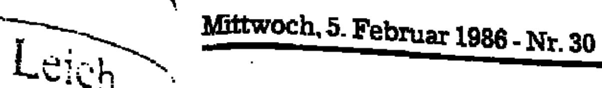
Wenn sich Ernst Breit heute mit den Ministern zusammensetzt, tritt er in einer Funktion auf, deren Bezeichnung engagierten Gewerkschaftern ein Schimpfwort ist: als Kapitalist. Die DGB-Gewerkschaften haben der Neuen Heimat Geld zu Investitionszwecken gegeben – viel zu wenig allerdings, gemessen an den ausufernden Unternehmungen Vietors – und solches Geld nennt man korrekt Kapital. Um so sonderbarer nimmt es sich aus, wie Kapitalist Breit sich in die Reihen der Agitatoren einordnet, die im Streit um Paragraph 116 mit dem Plakat „Kapital und Kabinett" auf die Straße gehen.

Wie denn: Geht es um die Neue Heimat, dann sucht der DGB als in Nöte geratener Kapitalgeber die Hilfe des Kabinetts; geht es um den Artikel 116, so verdrängt er diesen Teil seines Wesens und attackiert Kapital und Kabinett als einen Gegner, der den Vergleich mit den Nazis verdient?

Da stimmt etwas nicht mehr im Selbstverständnis der DGB-Gewerkschaften. Das Spaltsinnige kann auch dem breiten Publikum nicht entgehen. Im widersprüchlichen Verhalten des DGB gibt es nur eine Verbindungslinie, und die tut ihm nicht gut: der Griff nach anonymen Kassen, im Fall Neue Heimat ebenso wie beim Paragraphen 116.

Mögen die DGB-Gewerkschaften so grimmig demonstrieren wie sie wollen, in den Augen der weitaus meisten Bürger richten sie ihre Glaubwürdigkeit zugrunde. Das kann nur bedauert werden. Denn wer den sozialen Frieden wünscht, der weiß handlungsfähige Gewerkschaften besonders hoch einzuschätzen. Die verfassungsmäßige Tarifautonomie bedarf glaubwürdiger Partner.





Herr Präsident, der nette Mann von nebenan, wird 75

Seine große Stärke: Er ist stets unterschätzt worden. Er hat seine Kritiker immer wieder gezwungen, das Bild, das sie sich von ihm gemacht hatten, zu korrigieren. Er hat es geschafft, zum populärsten US-Präsidenten nach dem Kriege zu werden. Ronald Reagan wird morgen 75.

Von FRITZ WIRTH

Der Präsident hatte seine Rede beendet, ging langsam, fast behutsam, wie es sonst nicht seine Art ist, auf June Scobee zu, drückte ihr die Hand, schaute ihr dann fragend ins Gesicht, spürte dort irgendwo eine Antwort und schloß dann diese Frau, der er zum ersten Mal in seinem Leben begegnete, wie einen vertrauten und lieben Freund in seine Arme. June Scobee ist die Witwe des verunglückten amerikanischen Astronauten Dick Scobee, des Kommandanten der Raumfähre „Challenger".

Dies geschah in der letzten Woche bei der Trauerfeier in Houston. Die Szene sagt etwas darüber aus, warum dieser Präsident, der morgen 75 wird, bei den amerikanischen Bürgern so hohes Ansehen genießt. Von fast jedem anderen Staatsmann dieser Welt wäre in dieser Situation pompös-verlegene Staatstrauer bekundet worden, die sich in steifer, offizieller Geste entlädt.

Ronald Reagan jedoch machte daraus eine Familientrauer. Er entschloß sich zu einer Geste, die Hilfe und Stütze ausdrückte. Aus offiziellem Mitleid wurde väterlicher Trost. Er tat stellvertretend etwas, was in dieser *Minute* jeder *Amerikaner* gern selbst getan hätte: die Leidtragenden dieser Tragödie in die Arme zu schließen.

Nach jedem Schock: „Das Leben geht weiter"

Das ist einer der Gründe, warum so viele Amerikaner diesen Mann als „ihren" Präsidenten betrachten und warum Ronald Reagan auch im sechsten Jahr seiner Amtszeit der populärste amerikanische Präsident seit dem Kriege ist.

Er ist in einem Alter, da Menschen den Tod als einen Gefährten zu betrachten beginnen. Vor einem halben Jahr bescheinigten ihm die Ärzte, die ihm eine Krebsgeschwulst wegoperiert hatten, daß seine Chancen, die nächsten fünf Jahre zu überleben, etwa bei 50 Prozent anzusiedeln seien.

Das Bemerkenswerte: Es hat den Optimismus, den Zukunftsglauben und das Lebenstempo dieses Mannes nicht beeinträchtigen können. „Das Leben geht weiter" ist bei ihm heute wie gestern der erste Satz nach dem Schock. Er sagte es den Angehörigen der sieben verunglückten Astronauten, er sagte es den Hinterbliebenen der 260 Soldaten, die kurz vor Weihnachten in Neufundland abstürzten, er sagte es vor drei Monaten in New York der Witwe des von Terroristen ermordeten Leon Klinghoffer und er sagte es beschwörend zu sich selbst, als die Ärzte im letzten Jahr bei ihm Darmkrebs diagnostiziert hatten. Dieser Mann hat keine Zeit, mit dem Schicksal zu hadern oder zuzulassen, daß es ihn aus seiner Bahn zwingt. Dieser Mann glaubt an sich selbst und an das Leben.

Das Pathos in diesem letzten Satz möge verziehen werden. Es ist nämlich notwendig, weil hier von einem Mann die Rede ist, dem Kritiker nun schon seit einem Jahr – und bis heute voreilig und vergebens – das Etikett „lahme Ente" anhängen, das Etikett eines Präsidenten mit stark beschränkter Macht, einem eigenwilligen Kongreß ausgeliefert, der sich immer stärker seinem Einfluß entzieht.

Nicht nur Ronald Reagan hat diese Kritiker Lügen gestraft. Seine größten Bewunderer, die amerikanischen Bürger, tun es für ihn. Über 70 Prozent von ihnen gaben zu Protokoll, daß sie Reagan für einen guten Präsidenten halten. Das ist seit vielen Jahrzehnten in der zweiten Amtsperiode noch keinem Präsidenten bescheinigt worden. „Die Popularität dieses Mannes bleibt astronomisch", staunte kürzlich Leslie Gelb, einer der bestinformierten und kritischsten Journalisten in Washington, in der „New York Times".

Diese Popularität, verbunden mit der Genugtuung, vor einem Jahr einen der größten Wahlsiege der amerikanischen Geschichte errungen zu haben, sowie die Abwesenheit einer wirklich effektiven Opposition – das alles kann sich in der Politik schnell zu einer höchst gefährlichen Mischung von Selbstgefälligkeit, Arroganz und Fahrlässigkeit vereinen. Ein deutliches Beispiel dafür lieferte Margaret Thatcher, die 1983 in ihrem Land einen Wahlsieg von ähnlicher Dimension errang, keine wirksame Opposition im Parlament vorfand und dennoch an den Rand eines Sturzes geriet.

Ronald Reagan ist in den letzten 15 Monaten seit seinem Wahlsieg ähnlichen Fährnissen aufgestauter Macht und Popularität ausgeliefert gewesen wie Margaret Thatcher, ohne jedoch jemals politisch fahrlässig zu werden oder sich in selbstgefällige Beschaulichkeit zurückzuziehen, wie es in ähnlicher Situation einst Präsident Eisenhower tat.

Man hatte erwartet, daß er zumindest nach seiner Krebsoperation einen kleineren Gang einlegen würde, zumal seine Frau Nancy, die fraglos wichtigste und einflußreichste Beraterin des Präsidenten, darauf drängte. Das Erstaunliche: Reagan legte seit der Rückkehr aus seinem Erholungsurlaub im September letzten Jahres eher noch einen Gang zu. Er fühlte sich offenbar mehr als zuvor seinem Versprechen verpflichtet, das er bei der letzten Wahl abgab: „You ain't seen nothing yet" – „Jetzt geht's erst richtig los."

Niederlagen werden in Siege umgemünzt

Er reiste durchs Land, um für seine Steuerreform zu trommeln, wandelte die Herausforderung der „Achille Lauro"-Geiselnahme durch die Abfangaktion gegen die Terroristen in einen Triumph um, entzog sich geschickt einer Konfrontation in der Südafrika-Krise und verließ den Gipfel in Genf als der heimliche, für manche seiner Kritiker als der „unheimliche" Sieger.

„Eine lahme Ente?" fragte vor kurzem die „Washington Post", die seinen Weg als Präsident nicht immer mit Rosen bestreut, und antwortete selbst: „Schreibt diesen Präsidenten noch nicht ab." Das deutet an: Es finden Revisionen des Reagan-Profils unter seinen Kritikern statt.

Fast vier Jahre lang hatte man behauptet, Reagan sei in erster Linie das Produkt seiner Zuarbeiter und Berater. Das Argument ist brüchig geworden, seit sich in den letzten zwölf Monaten buchstäblich sein gesamtes Beraterteam im Weißen Haus geändert hat. Dennoch hat sich an der Reagan-Politik und ihrer Philosophie nichts geändert, und das belegt, daß es eben nicht die Berater, sondern die Persönlichkeit und der wache Instinkt dieses Mannes sind, die die amerikanische Politik prägen.

Abbitte haben auch jene leisten müssen, die ihn einen unbeweglichen, harten, konservativen Ideologen nannten. Sie haben plötzlich – beispielsweise in der Südafrika-Frage, der Interpretation des SALT-2-Vertrages und in seiner Politik gegenüber der Sowjetunion – den politischen Pragmatiker Reagan entdeckt, der sehr flexibel das Machbare in der Politik abzuschätzen vermag, ohne seine politische Grundlinie zu verlieren, und der zu bemerkenswerten Kompromissen fähig ist.

Seine Gegner haben diesen Pragmatismus inzwischen fürchten gelernt. „Unter Pragmatismus verstehe ich, daß ich 70 bis 80 Prozent dessen bekomme, was ich mir ursprünglich vorgenommen hatte. Den Rest hole ich mir später", formulierte er selbst und erhielt Bestätigung von seinem ärgsten politischen Widersacher im Kongreß, von „Tip" O'Neill: „Wer sich mit diesem Mann auf einen Kompromiß einläßt, muß wissen, daß er bestenfalls 20 Prozent bekommt."

„Der Schlüssel zum Erfolg dieses Mannes", sagte Michael Deaver, der ihn außer Nancy Reagan besser als jeder andere kennt, „liegt in der Tatsache, daß er stets unterschätzt worden ist." Das ist der Grund, warum unter seinen Kritikern das immerwährende Staunen über Ronald Reagan herrscht. Sie sind immer wieder aufs neue überrascht über den politischen Instinkt, die Entschlossenheit und das Stehvermögen dieses Mannes, der in diesem Amt nicht zu altern scheint.

Michael Deaver glaubt zu wissen, woher Reagan die Stärke bezieht, die Ansprüche, die Krisen und die Triumphe dieses Amtes mit ausgewogener Berechenbarkeit zu durchleben: „Der Präsident glaubt an eine buchstäbliche Interpretation der Bibel."

Das macht ihn noch nicht zu einem frommen Menschen und nicht zu einem verstiegenen Pietisten. Er ist vielmehr in bemerkenswerter Weise ein Realist geblieben, der die Welt in biblischem und übertragenem Sinne als ein Schlachtfeld zwischen Gut und Böse betrachtet.

Man kann zuweilen anderer Meinung sein als dieser Mann, doch man kann ihm nie böse sein. Es fällt schwer, seine andere Meinung als frevelhaft oder unehrlich zu entlarven. Was immer er tut und was immer er sagt – es ist gut gemeint.

Ronald Reagan ist im Zentrum der Macht im Grunde ein einfacher, verläßlicher und unkomplizierter Mann geblieben. Er erscheint auch als Präsident dem Bürger vor allem als ein Nachbar. Für viele Amerikaner ist er ein jugendlicher Held von 75. Ein amerikanischer Patriarch.



Für viele Amerikaner noch der jugendliche Held: Ronald Reagan
FOTO: POLY-PRESS

Der Herausforderer ist vorsichtiger, sensibler geworden

Vertraute Namen verlangen bei neuen Aufgaben nach literarischer Unterstützung durch Wort und Bild. Da macht der Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, keine Ausnahme. Eine Buchreportage.

Von WILM HERLYN

Zu Hause in Wuppertal setzte sich Johannes Rau im Dezember mit seiner Frau Christina in das Arbeitszimmer und entwarf mit ihr einen Brief an „liebe Freunde". Dieser Brief sagt mehr aus über Johannes Rau, sein Denken, sein Fühlen, sein Empfinden, als Tausende Worte ihn beschreiben könnten. „Die Landtagswahl am 12. Mai war mit 52,1 Prozent ein Einschnittpunkt, dann Wiederwahl, Regierungsbildung und -erklärung. Ehrendoktorat und schließlich Nominierung als Spitzenkandidat."

Das ist seine Sicht des abgelaufenen Jahres. Sie endet mit drei Punkten nach dem Wort Spitzenkandidat – so, als ob er nicht wüßte, wohin der Weg führt. Siege oder Niederlagen scheinen nicht die Fixpunkte im Leben des Johannes Rau zu sein. Das Wichtigste ist ihm jetzt Familie. Zitat aus dem Brief vom Dezember 1985: „Philip Immanuel wurde am 28. Januar 1985 geboren: Der wichtigste Tag des abgelaufenen Jahres." Also nicht der Erfolg am 12. Mai, nicht die Nominierung zum Kanzlerkandidaten.

Diesen Zentralstandpunkt haben die Autoren des ersten Buches über Johannes Rau als Kanzlerkandidat der SPD für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf – gewichtet man die anderen Themen – zwar berührt, aber wenig in der Tiefe ausgelotet. Wolfram Bickerich, Jürgen Leinemann und Hans Leyendecker bemerkten wohl die zunehmend abwehrende Haltung des Johannes Rau, wenn es um sein Privatleben geht. Drei Tage lang haben sie mit ihm diskutiert, ihn befragt, ihn selten geschont. Mit einem Berg von Manuskripten ist Rau dann über Weihnachten ins bayrische Elmau gefahren und studierte dieses 118 Seiten lange Interview Wort für Wort. Er änderte dennoch nur weniges – Marginalien.

Rau kannte nur das Interview

Aber als die drei Johannes Rau das erste Exemplar („Bruder Johannes, Herausforderer Rau", Rowohlt Taschenbuch Verlag, „Spiegel"-Buch) in Leder gebunden am 16. Januar zum 55. Geburtstag überreichen, da brach dem Beschriebenen doch der Angstschweiß aus – denn außer dem Interview kannte er keinen Text.

Der Kandidat, das zeigt das Buch, ist vorsichtiger geworden, sensibler für Vorgänge und seine Umwelt.

Diese Beobachtung trifft vor allem auf den Komplex Familie zu. Durch unpräzise Antworten läßt er zu, daß sich allmählich Legenden um ihn und seine Frau Christina ranken. Textauszug über das Kennenlernen – Frage: Wir haben mehr gehört: Da haben Sie angeblich mit ihr heftig geflirtet. Sie habe dann gesagt: Paß auf, gleich wird es ernst. Rau: So war es natürlich nicht. Selbst wenn es so gewesen wäre, würde ich es nicht erzählen.

Nachzutragen sei – und das steht nicht in dem Buch: Es soll sich so zugetragen haben. Anekdote? Legende?

Es könnte zu Rau passen, zu einem Menschen, mit der Neigung, die Welt in Anekdoten zu erleben, zu einem Menschen, der Vergleiche und Gleichnisse liebt, der gerne Geschichten erzählt – auch, um konkreten und nachbohrenden Fragen zu entkommen. Die Aufgabe, in der er jetzt steht, ist ihm nicht maßgeschneidert. Er hat sich damit schwergetan, denn sein politisches Traumziel war – und ist es wohl auch heute noch – das Amt des Bundespräsidenten. Er kennt die Vorbehalte gegen sich – auch in der eigenen Partei. Er sei der fröhliche Tausendsassa ohne Tiefgang, er zögere und zaudere, ein Meister der Harmonielehre.

Nicht der Chefphilosoph der Nation

Rau argumentiert dagegen, er empfinde sich nicht als „Chefphilosoph der Nation oder als Rektor der Universität Bundesrepublik". Er will auch nicht „die Addition von Jochen Vogel und seinen acht Stellvertretern sein" – oder: „Nicht jede Einzelentscheidung muß ich selbst erarbeiten und en détail begründen können." Und wenn er Kanzler würde: „Der Kanzler hat die Regierung zu führen, das ist seine erste Aufgabe und Pflicht."

Seine Stärke, so zitiert ihn das Buch, sieht Rau so: „Ich bin ein arbeitsamer Mensch, ich lese sehr viel, behalte ganz gut, und ich spreche leidenschaftlich gern mit anderen Menschen." Aber er spricht nicht nur leidenschaftlich gern mit Menschen, sondern er kann mit ihnen besonders gut umgehen, ihnen das Gefühl geben, daß er ihre Sorgen und Nöte ganz individuell versteht.

In diesem Streben muß es Rau mit Bitterkeit erfüllen, wenn ein Freund („Ich habe ihm viel zu verdanken") in *diesem Buch zum* Widersacher wird – mit harter Kritik. Hans-Otto Bäumer kommt ungeschminkt zu Wort, er, der 1983 im Zorn gegen Rau aus dem Düsseldorfer Kabinett ausschied. Sein Urteil darüber: „Gut, daß die Leute nicht wissen, wie regiert wird. Sie können sich überhaupt Regierungsarbeit nicht kleinkariert genug vorstellen. Das gilt nicht nur für NRW. Meine Erfahrung in der Politik ist, daß der größte Halt in einem Kabinett drei Posten sind: der Gehaltsstreifen, der Dienstwagen und nicht selten ehrgeizige Ehefrauen."

Bäumer wundert sich heute noch, wie „Bruder Johannes" mit seiner „leisen Tour" so weit nach oben an die Spitze kommen konnte. Er meint, daß Rau seine Gegner – aus allen Lagern – riskant operieren läßt, um sie dann „auf seine behutsame Tour langsam kaltstellen zu lassen. Und das nicht immer auf feine Art."

Politische Entscheidungen charakterisiert Bäumer anhand der Gründung der ersten Privatuniversität in Herdecke, die Rau „ein ganzes Jahr treiben ließ. Keiner hat wohl die ganze Zeit gewußt, was Rau selbst wollte. So ist er eben. Er wartet ab, wie sich etwas entwickelt, und dann, behaupte ich, setzt er sich an die Spitze der Mehrheitsmeinung. Seine mal floskelhafte, mal verbindliche Sprache läßt vieles offen, und am Ende suggeriert Rau, er allein habe die Entscheidung getroffen."

Tom Hoyem – ein Minister hält sich für überflüssig

Von GOTTFRIED MEHNER

Unerhörtes ist geschehen: In Kopenhagen hat Grönland-Minister Tom Hoyem erklärt, daß er sein Ministerium eigentlich für überflüssig hält.

Mit 175 Untergebenen kann das Grönland-Ministerium natürlich nur kleinen ministerialen Ansprüchen genügen. Und mit einer Entfernung von 3500 Kilometern von Kopenhagen stellt das zu administrierende Objekt an die Mobilität seines Ministers überdurchschnittliche Anforderungen. Aber die Insel ist schließlich die größte der Welt. Zudem ist sie 50mal größer als das dänische Mutterland: Das sind doch Größenordnungen, die das Selbstbewußtsein eines Ministers heben können.

Daß Hoyem mit seiner Insel dennoch nicht warm wurde, liegt nicht nur an deren geographischer Lage im Nordatlantik. Ganz zu Beginn seiner Ministerzeit gerieten London und Dänemark aneinander, als die Briten einseitig eine Zwölfmeilenzone reklamierten, die den eigenen Fischern vorbehalten sein sollte. Dies ging voll gegen die Interessen der dänischen Fischindustrie. Nur, auch die Grönländer liebäugelten mit einer Zwölfmeilenzone. Aber da erklärte Grönland-Minister Hoyem kurz, die grönländischen Interessen hätten hinter den dänischen zurückzustehen.

Nachdem Grönland am 1. Mai 1979 sich einen Autonomie-Status ertrotzt hatte, begann sich langsam auch das Ende des Kopenhagener Ministeriums abzuzeichnen. „Was soll man jetzt noch mit einem Kolonialministerium?" fragte Grönlands Regierungschef Jonathan Motzfeldt, „das ist passé. Das gehört aufgelöst." Und Wirtschaftsminister Moses Olsen sekundierte: „Ich habe schon vor Jahren gesagt, daß Grönland nicht von der verkehrten Seite des Atlantiks gefördert werden kann."

Trotz der grönländischen Autonomie hatte das Kopenhagener Grönland-Ministerium noch eine Reihe wichtiger Aufgaben zu erfüllen: Es koordinierte über eine Monopol-Handelsgesellschaft den Waren-Nachschub und die Kommunikation, es organisierte das Gesundheitswesen, es vertritt die Insel auf dem internationalen Parkett und kooperiert in Fragen der Ausbeutung der Bodenschätze mit der Regionalregierung in Nuuk.

Zu Beginn des Jahres haben die Grönländer jedoch die Monopol-Handelsgesellschaft in eigene Regie übernommen. Damit neigt sich die Phase, in der sich Grönland von einer dänischen Verwaltungsprovinz in einen autonomen Teil des dänischen Staatenverbundes verwandelt, ihrem Ende zu. Aber auch nach Abschluß des Autonomie-Prozesses bleiben die Außen- und Sicherheitspolitik im Verantwortungsbereich der Dänen. Die Verteidigung der Insel wird dabei auf Grund entsprechender Abkommen von den USA wahrgenommen, die von Grönland aus vor allem die strategisch wichtigen Meeresstraßen des Nordatlantiks kontrollieren.

Die weitere Zukunft des Grönland-Ministeriums wird vor allem davon abhängen, wie schnell es gelingt, die technischen Bereiche und die wohnwirtschaftlichen Belange in den Verantwortungsbereich der Regionalregierung zu übertragen. Wenn dies schon zum Jahreswechsel 1986/87 gelingt, wird es ab 1988 einen Grönland-Minister auf Teilzeit-Basis geben. In der Spanne 1990–1992 ist dann wohl der endgültige Zeitpunkt der Auflösung gekommen.

Der dann noch vorhandene Grönland-Stab von acht bis zehn Personen dürfte in den Zuständigkeitsbereich der Staatskanzlei des Ministerpräsidenten übergehen.

Die Koalition in Berlin steht vor einer schweren Belastungsprobe

Im Korruptionsskandal weist FDP der CDU die Schuld zu / Weitere Baufirma durchsucht

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Im Senatsbündnis von CDU und FDP zeigen sich nach der Korruptions- und Bestechungsaffäre in der Stadt erste politische Verwerfungen: Die Liberalen wehrten sich gestern nach einer Sitzung der FDP-Landesspitze vehement dagegen, die politische Schuld an den Vorgängen in die Schuhe geschoben zu bekommen. „Dies ist kein Vetter-und-die-FDP-Skandal, sondern ein Skandal Antes, Herrmann und die CDU", lautet die Stellungnahme nach der Zusammenkunft am Montagabend.

Offenkundig in Richtung auf die CDU gezielt, heißt es weiter, die FDP werde – „*wahrscheinlich aus politischem Kalkül*" – mit dem Bestechungsskandal in Verbindung gebracht. Es gebe indes „nicht den geringsten Anschein eines strafrechtlich relevanten Verhaltens".

Weiter brachten die Spitzen-Liberalen zu Papier, die „öffentliche Diskussion dieser Korruptions- und Bestechungsfälle sowie scheinbare Neuenthüllungen haben der Stadt schweren Schaden zugefügt". Dieses negative Erscheinungsbild Berlins müsse „umgehend verschwinden". Dazu gehöre vor allem die „schonungslose Aufklärung und Bekämpfung der Ursachen für solche Fälle".

Attacke der Liberalen

Mit einer scharfen Philippika gegen einige seit Jahrzehnten übliche, aber auch von der CDU/FDP-Senatskoalition seit 1981 nicht angepackte Mißstände unternahm der FDP-Vorstand eine Ausfallattacke. Die Liberalen kritisierten die „Undurchschaubarkeit von Verfahren im Baubereich, die fehlende Kontrolle von Aufsichtsgremien in den Bezirken, zögerliches und somit zu Bestechungsversuchen geradezu einladendes Verwaltungshandeln".

In puncto Parteispenden heißt es: „Nur die schnelle Beseitigung der Korruptionsursachen kann diese Form der Unterstützung für die Parteien wieder zu dem machen, als was sie auch vom Bundesverfassungsgericht gedacht ist – als Ausdruck staatsbürgerlichen Engagements". Statt dessen würden „redliche Bürger" in ihrer rechtmäßigen Spendenbereitschaft verunsichert.

Gleichzeitig setzte der Vorstand eine Art „*Strategiekommission*" ein, der nur vier FDP-Politiker angehören. Sie sollen offenbar im Einvernehmen mit Parteichef Walter Rasch – der allerdings die übernervöse CDU-Spitze in Berlin nicht noch mehr herausfordern will – die notwendigen politischen Schritte der nächsten Wochen vorausbedenken. Zum Gremium zählt mit Finanzsenator Günter Rexrodt der stärkste FDP-Mann im Senat. Außerdem dabei: der Alt-Linke Wolfgang Lüder (Ex-Bürgermeister), Abgeordnetenhausdirektor Bernd Löhning und der Abgeordnete Jürgen Biederbick. Die Stimmung im FDP-Vorstand und in der Partei gab ein Sitzungsteilnehmer wieder: „Von links bis weit nach rechts herrscht die klare Auffassung, daß jetzt die CDU mit einer Senatsumbildung auf ihrer Seite am Zuge ist." Das alte SPD/FDP-Koalitionsmuster nach damaligen Affären, jede Seite müsse einen Senator „opfern", sei nicht mehr anwendbar. Mit einer wichtigen Landesausschußsitzung am 18. Februar und dem FDP-Parteitag am 18./19. April stehen die wichtigsten Termine der Liberalen in den kommenden Wochen bereits fest.

Gestern hielt sich FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann zu einem, allerdings längst terminierten, Besuch der Landes-FDP in Berlin auf. Er wurde durch Rasch, der zur Schonung der Koalition die CDU-Selbstreinigungskräfte entgegen der FDP-Basisströmung nicht strapazieren will, ins Bild gesetzt. Bereits am Montag hatte Rasch bei einer FDP-Bundesvorstandssitzung den Parteivorsitzenden Martin Bangemann über die Lage informiert.

Belastendes Kürzel?

Aus einer besonders unglücklichen Position muß zur Zeit Senator Horst Vetter (FDP) agieren. Am Dienstag lief sein Bauträger Kurt Franke gestelltes Ultimatum ab, der bestechungsverdächtige Unternehmer solle seine Behauptung zurücknehmen, Vetter habe statt der eingeräumten 10 000 Mark FDP-Spende tatsächlich 50 000 Mark erhalten. Vetter fordert jetzt vom Generalstaatsanwalt die Einsicht in die angeblich belastenden Unterlagen. Dabei spielt ein Kürzel „Fet." sowie eine handschriftliche Durchstreichung dieser Abkürzung und die Korrektur „Vet.?" eine Rolle.

Inzwischen gehen die Durchsuchungen bei Berliner Geschäftsleuten weiter: Die Staatsanwaltschaft ließ Büros des Frankfurter Bauträgers Ignaz Bubis und des Berliner Architekten Hasso von Werder überprüfen. Die Aktion geschah im Zusammenhang mit Entscheidungen von Ex-Stadtrat Antes (CDU).

Fall Berlin: Jenninger-Brief an Parteichefs

DW. Bonn

Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) hat sich in einem Brief an die Vorsitzenden von CDU, SPD und FDP sowie an den Bundesvorstand der Grünen gegen die Verletzung des Parteiengesetzes in Berlin durch die Nichtveröffentlichung von Spenden verwahrt. Der Bundestagspräsident hat über die Veröffentlichung der Parteifinanzen zu wachen. Die WELT gibt das Schreiben Jenningers im Wortlaut wieder:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wie zahlreichen Pressemitteilungen über entsprechende Vorgänge in Berlin zu entnehmen war, sollen von dortigen Landesverbänden Spenden nicht in allen Fällen in der nach dem Parteiengesetz gebotenen Form veröffentlicht worden sein. Gemäß § 25 Absatz 2 des geänderten Parteiengesetzes – ebenso wie nach § 25 in seiner bis zum 31. Dezember 1983 geltenden Fassung – sind Spenden an eine Partei oder einen oder mehrere ihrer Gebietsverbände, deren Gesamtwert in einem Kalenderjahr 20 000 Mark übersteigt, unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders sowie der Gesamthöhe der Spende im Rechenschaftsbericht zu verzeichnen.

Unterbleiben entsprechende Angaben, hat dies eine Kürzung der Wahlkampfkostenerstattung zur Folge. Der neu eingeführte § 23 a Absatz 1 Satz 1 bestimmt, daß die Partei den Anspruch auf Erstattung der Wahlkampfkosten in Höhe des Zweifachen des Betrages verliert, der nicht den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechend veröffentlicht wurde. Da das Parteiengesetz am 1. Januar 1984 in Kraft getreten ist, kann die Sanktionsvorschrift erstmals für die Rechenschaftsberichte 1984 Anwendung finden.

Um eine entsprechende Prüfung vornehmen zu können, bitte ich daher um Mitteilung, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang in Ihrem Bericht für 1984 die Anzeigepflicht gemäß § 25 Absatz 2 unterblieben ist.

Soweit es sich um vor 1984 liegende Verträge handeln sollte, die von § 23 a Absatz 1 Satz 1 nicht erfaßt werden, bitte ich ebenfalls darum, die nach dem alten Parteiengesetz erforderlichen, aber bisher unterbliebenen Angaben unverzüglich nachzuholen, um auf diesem Wege noch eine nachträgliche, wenn auch verspätete Veröffentlichung zu ermöglichen."

Den Jung-Forschern eine Chance: Denkschulen in alten Fabrikhallen

Von HANS KRUMP

Unbeeindruckt von der periodisch aufflackernden Kritik („Spät(h)-Kapitalismus", „Subventionismus") setzt Baden-Württemberg seine prononcierte Technologiepolitik in die Praxis um. Vor allem der Bau von Technologiezentren, „Pflanzstätten zukunftsträchtiger Unternehmen" (Wirtschaftsminister Herzog), wird zwischen Nekkar und Bodensee mit einem Tempo wie in kaum einem anderen Bundesland vorangetrieben. Nach den Pilotprojekten in Karlsruhe, Stuttgart und Heidelberg mit jetzt schon knapp 50 Gründerfirmen wird das Konzept nun in die Fläche ausgedehnt: 20 Jungunternehmer tüfteln bereits in umgebauten alten Fabrikhallen in Freiburg, Konstanz, Mannheim, St. Georgen und Ulm. In Aalen und Offenburg werden noch 1986 bzw. 1987 junge Hochschulwissenschaftler oder Ingenieure von umliegenden Firmen selbständig.

Diese regionalen „Gründerparks" sollen vor allem ein Angebot an die mittelständischen Unternehmen sein, die, so Minister Herzog, „beachtliche Defizite sowohl bei der Beschaffung von Informationen über neue Technologien als auch bei deren Umsetzung" hätten. Intensive Kontakte zu anderen Unternehmen oder Forschungsinstituten in den Gebäuden sollen diesen notwendigen Wissens-Transfer erleichtern. Professionelle Berater, flexible Raumangebote oder Gemeinschaftsanlagen wie Schreibzentralen oder Kantinen sollen den jungen Firmengründern den Einstieg zusätzlich erleichtern. Die Resonanz auf diese regionalen Technologiezentren sei groß, verlautet aus dem Wirtschaftsministerium, von 30 Anträgen aus den Kommunen habe Stuttgart nur sieben genehmigt.

Gerade an diesen Gründerzentren „auf dem Lande", die Wettbewerbe eitler Bürgermeister auslösen könnten, hat sich Kritik immer wieder neu entzündet. Doch bei diesem Programm will Stuttgart den selbstgesetzten Pfad marktwirtschaftlicher Tugend ebensowenig verlassen wie bei seiner Technologiepolitik insgesamt. In den „Anforderungsprofilen" des Wirtschaftsministeriums werden als wesentliche Voraussetzungen für staatliche Förderung die „ausreichende Nähe zu einer Hochschule", ein „günstiges industrielles Umfeld" und ein „mindestens gleichhohes finanzielles Engagement" der Verantwortlichen vor Ort genannt. „Mit der Gefahr, daß subventionierte Ruinen zurückbleiben, rechnen wir deshalb nicht", sagt Minister Herzog gegenüber der

Landesbericht
Baden-Württemberg

WELT, der schon so manchem Bürgermeister in der Provinz die Vorfreude auf ein „Silicon Valley" im Miniaturverschnitt nehmen mußte. Bei den sieben regionalen Technologiezentren soll es neben den drei Pilotprojekten vorerst bleiben, Stuttgart sieht keinen Handlungsbedarf für weitere derartige Einrichtungen.

Ohnehin ist man in der Landeshauptstadt am Neckar erstaunt, welcher Wirbel in den kritischen Verlautbarungen – vom DGB *bis zum* DIHT – um diese „Pflanzschulen zukunftsträchtiger Unternehmen" gemacht werde: Von den 294 Millionen Mark für die Wirtschaftsförderung im Haushalt 1985 seien nur rund zehn Millionen für die neue Generation Technologiezentren aufgewendet worden. Der größere Batzen der insgesamt 64 Millionen Mark für die technologieorientierte und einzelbetriebliche Förderung sei für den Aus-und Aufbau der wissenschaftlichen Institute sowie der Beratungsstellen an den Hochschulen gezahlt worden.

Mit dem dichten Netz der 32 Fachhochschulen und Universitäten samt angeschlossenener Transferzentren, den Fraunhofer-Gesellschaften (mehr als 40 Prozent ihrer Kapazitäten liegen in Baden-Württemberg), den fünf Großforschungsinstituten und den „tausenden von aufgebauten Kontakten" zwischen Hochschulen und Unternehmen hat Baden-Württemberg eine Infrastruktur für Wissenschaft und Forschung geschaffen, von der andere Bundesländer nur träumen können.

Dies wohl auch vor dem Hintergrund, als die Landesparteien über Späths Technologiepolitik keine sonderliche Lust zum Streiten verspüren. So hält der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP im Stuttgarter Landtag, Jürgen Morlock, im Gegensatz zu Ex-Minister Lambsdorff den Ausbau von Technologiezentren für „ordnungspolitisch unbedenklich" und kann dabei auf die unterstützende Politik von Liberalen vor Ort wie in Karlsruhe oder Aalen verweisen. Auch den Sozialdemokraten fällt es schwer, unter dem Eindruck der unbestrittenen wirtschaftspolitischen Kompetenz des Ministerpräsidenten an dessen „Steckenpferd" Technologie herumzumäkeln. Ganz im Gegenteil, zwischen Mannheims SPD-Oberbürgermeister Widder etwa und Lothar Späth gibt es seit längerem fruchtbare Kontakte: Die Großstadt ist mit den aufzubauenden Technologiezentren voll in das Landeskonzept integriert. Möglicherweise sind die Genossen inspiriert von den Modellen in der Nachbarschaft – aus den Heidelberger und Karlsruher Gründerzentren haben sich nach kurzer Zeit erste leistungsfähige Unternehmen herausentwikkelt.

CDU-Appell an Schily

dpa, Berlin

Der Schatzmeister der Berliner CDU, Jürgen Wohlrabe, hat gestern den Bundestagsabgeordneten der Grünen, Otto Schily, aufgefordert, seine Beschuldigung, die Berliner Christdemokraten hätten um 1980 herum 50 000 Mark Spendengelder des Flick-Konzerns erhalten, zurückzuziehen. Eine Überprüfung der Unterlagen habe ergeben, „daß in dem Zeitraum, in dem das Parteiengesetz einen Nachweis vorschreibt, die Berliner CDU keine Spende, weder in der genannten Höhe, noch sonst irgendeinen Betrag von Flick erhalten hat." Es sei auch sichergestellt, daß es im Zeitraum vor der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht keine solchen Spenden gegeben habe.

Psychotherapie mit „Heilserwartungen"

idea, Stuttgart

Die Psychotherapie nimmt nach Darstellung der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) in Stuttgart immer stärker religiöse Züge an. Für viele jüngere Akademiker, besonders aus pädagogischen und helfenden Berufen, habe die Psychotherapie Züge eines religiösen Heilweges angenommen und den Bereich fachlicher Hilfe längst verlassen, erklärte die EZW: In den Psycho-Wissenschaften mehrten sich die kritischen Berichte darüber, wie leicht psychotherapeutische Gruppen sektenähnliche Formen annähmen. Diese wachsende Verquikkung von Heilserwartungen und Psychotherapie müßte von den Kirchen aufmerksam beobachtet werden.

Whitehead trifft Kohl in Bonn

AP, Bonn

Der stellvertretende Außenminister der USA, John Whitehead, kommt heute zu eintägigen politischen Gesprächen nach Bonn. Er wird von Bundeskanzler Helmut Kohl empfangen. Weitere Gesprächspartner sind Verteidigungsminister Manfred Wörner, Finanzminister Gerhard Stoltenberg und der Parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann. Am frühen Abend wird Whitehead weiter nach Brüssel fliegen. Die Visite gilt offiziell als Antrittsbesuch Whiteheads in Bonn. Der Politiker war bereits im Januar in Bonn gewesen, um die Bundesregierung für eine Beteiligung an den amerikanischen Sanktionen gegen Libyen zu gewinnen.

Union warnt FDP vor Verzögerungen

dpa, Bonn

Für die CDU/CSU-Fraktion gibt es nach den Worten ihres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Karl Miltner keinerlei sachliche Gründe für Verzögerungen bei der parlamentarischen Beratung des Regierungsentwurfs für das Zusammenarbeitsgesetz. Das Gesetz, das zu den sieben geplanten neuen Sicherheitsgesetzen gehört, regelt die Zusammenarbeit der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Länder. Miltner wandte sich damit deutlich gegen entsprechende Zweifel „einzelner FDP-Politiker".

So hatte der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Burkhard Hirsch, vor wenigen Tagen im Hessischen Rundfunk erklärt, seine Partei sei der Ansicht, daß das Zusammenarbeitsgesetz in der vorliegenden Form noch nicht verabschiedungsreif sei. Die verfassungswirksame Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten müsse exakt geregelt werden. Demgegenüber verwies Miltner darauf, daß die zuständigen Experten der Koalitionsfraktionen über viele Monate hinweg das Gesamtpaket der sieben Sicherheitsgesetze bis in die Einzelheiten abgestimmt hätten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Hillermeier widerspricht Hiersemann

Kein Bundeswehreinsatz in Wackersdorf / Anmietung von Kasernen ist Rechtens

lz./rmc. München/Bonn

In ihren Aktivitäten gegen den Bau der geplanten atomaren Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf greift die bayerische SPD inzwischen auch ungeprüft Gerüchte auf und deklariert sie zu Tatsachen, wenn sie geeignet erscheinen, das Vorgehen der staatlichen Stellen in Zweifel zu ziehen. Das jüngste Beispiel ist ein – wie der bayerische SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann formulierte – „offenkundiger Einsatz der Bundeswehr" gegen WAA-Demonstranten. Forsch erklärte der Sozialdemokrat, nicht die WAA-Gegner seien eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und für *die* Demokratie, „sondern der von der Staatsregierung initiierte Mißbrauch der Streitkräfte". In Wahrheit waren Bundeswehreinheiten zu keinem Zeitpunkt für Einsätze bei Wackersdorf angefordert oder eingesetzt gewesen, konnten daher auch nicht mißbraucht werden, heißt es im bayerischen Innenministerium.

Die Vorwürfe der SPD beziehen sich auf die Beschwerde eines Oberleutnants im Stab der 4. Panzergrenadier-Division in Regensburg beim Wehrbeauftragten des Bundestags, Willi Weiskirch. Darin ist von einer Amtshilfe für die Polizei im Zusammenhang mit dem Bau der Wiederaufarbeitungsanlage die Rede.

In der Tat hatte das bayerische Innenministerium aufgrund eines Amtshilfe-Abkommens von 1981 über das Bundesinnenministerium das Verteidigungsministerium gebeten, in Kasernen in der Oberpfalz Unterkünfte für Polizeikräfte, die während der Demonstrations- oder Räumungstage in Bereitschaft stehen mußten, anmieten zu können. Vor Weihnachten wurden in den Kasernen Neunburg und Pfreimd 1000 Plätze zur Verfügung gestellt, am 6. und 7. Januar nochmals 250. Nach Auskunft des Verteidigungsministeriums in Bonn stünden derartige Amtshilfen im Einklang mit dem Grundgesetz und wurden mehrfach praktiziert, unter anderem auch in dem SPD-regierten Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Hiersemann erklärte, die bayerische SPD werde „einen solchen Mißbrauch der Bundeswehr" nicht hinnehmen, und forderte von Bayerns Innenminister Karl Hillermeier Aufklärung über „die Urheber des Bundeswehreinsatzes". Die Antwort erhält der SPD-Politiker am Freitag in nichtöffentlicher Sitzung des Sicherheitsausschusses des bayerischen Landtags.

In dieser Sitzung werden auch Erfahrungen zur Sprache kommen, die Rechtspolitiker der CSU-Fraktion bei einem Besuch des Baugeländes und bei den dort in Bereitschaft stehenden Polizeibeamten am Montag machten. Die Klagen der zumeist jungen Polizisten gingen dabei an die Adresse der SPD ebenso wie an das Innenministerium: Zum einen rügen sie, daß die SPD ausschließlich nach Fehlern bei den Polizisten sucht und nie über Ausschreitungen der Demonstranten spricht, zum anderen bemängeln sie die ungenügende Information, die ihnen das Ministerium über die Wiederaufarbeitungsanlage gegeben hat. „Die fühlen sich von der Politik verlassen", meint der CSU-Abgeordnete Paul Diethei.

Klagen wurden auch über die schlechten Unterkünfte mit bis zu zehn Mann in einem Raum und über die ungefütterten Stiefel laut. Warmes Schuhwerk soll aber erst, so hörten die erstaunten Politiker, im Frühjahr eintreffen, die Winterreifen für die Einsatzfahrzeuge gar erst im Juni.

Neue Residenz für Bonns Mann in Ost-Berlin

Vorgabe für den Architekten: Repräsentativ, aber nicht protzig

DIETER DOSE, Berlin

Bauexperten aus Ost und West treffen sich demnächst in Ost-Berlin. Ortstermin in Pankow. In dem Stadtteil, in dem einst die Prominenz der „DDR"-Staatsführung wohnte, bevor für sie die „Gettos" außerhalb der Stadt, zum Beispiel am Wandlitzsee, entstanden. In der Pankower Kastanienallee, einer relativ ruhigen Straße mit Einfamilienhäusern der Siedlung „Neuland" in der Nachbarschaft, baut Bonn: Ein „Dienst-Wohngebäude" für den Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in der „DDR", Hans-Otto Bräutigam.

Baubeginn soll 1987 sein. Die Kosten, die der Bundestag noch bewilligen muß, stehen noch nicht genau fest. Derzeitige Schätzungen liegen bei rund 20 Millionen Mark. Nach den Entwürfen des Frankfurter Architekten Christoph Mäckler (35) entsteht der zweigeschossige Bau. Mäckler ging aus dem ausgeschriebenen Wettbewerb, an dem sich elf Architekten beteiligten, als Sieger hervor. Im Preisgericht saß auch der Hausherr Hans-Otto Bräutigam. Einer seiner künftigen Nachbarn wird der amerikanische Botschafter in der „DDR", Francis Meehan, sein.

Gemeinschaftsarbeit

Der Neubau soll in deutsch-deutscher Gemeinschaftsarbeit entstehen. Für Fundament und Rohbau rücken, wenn es soweit ist, „volkseigene" Baukolonnen an. Ausbau und Inneneinrichtung übernehmen Firmen aus der Bundesrepublik.

Die Aufgabe des Wettbewerbs hieß: Ein repräsentatives, aber kein prunkvolles Gebäude. „DDR"-Besucher oder die Straßenpassanten sollen beim Anblick nicht den Eindruck haben, daß hier die reichen Verwandten aus dem Westen residieren...

Schlicht, jedoch nicht zu übersehen wird das künftige Domizil des Ständigen Vertreters sein. „Auf Schnörkel wie Erker oder Giebel habe ich verzichtet", erläutert Mäckler seinen Entwurf. Das langgestreckte zweigeschossige Gebäude wird durch zwei eingeschossige Anbauten für Wirtschaftsräume, den Saal für Empfänge und andere Zimmer ergänzt. Zum Gelände gehört auch ein großer Garten. Den Blickfang bildet die große verglaste Eingangshalle.

Platz für Logiergäste

Platz ist auch für „politische" Logiergäste, Besucher aus Bonn oder den Bundesländern. Minister können künftig bei Visiten in Ost-Berlin beim Ständigen Vertreter wohnen – sicherlich ungezwungener als in einem der Nobel-Hotels.

In der Kuckhoffstraße, ebenfalls im Pankower Stadtteil Niederschönhausen, befindet sich Bräutigams derzeitige „Residenz". Nicht weit vom Standort des Neubaus entfernt. Die dort vorhandenen Räume aber entsprachen nie den Ansprüchen. Schon 1976, zu Zeiten von Günter Gaus als Ständigem Vertreter Bonns, wurden Überlegungen angestellt, einen Neubau zu errichten. „In der heutigen ‚Residenz' kann der Chef höchstens 14 Gäste auf einmal bewirten", berichtet ein Mitarbeiter Bräutigams. „Wenn es mehr sind, wird es schon zu eng."

Politische Argumente gegen den Neubau, weil damit ein Provisorium aufgegeben wird, will man in der Ständigen Vertretung nicht gelten lassen: „Die Wiedervereinigung wird dadurch sicherlich nicht behindert."

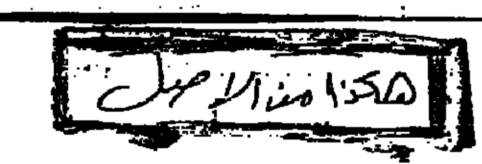
Kirchenmitarbeiter solidarisch mit DGB-Gewalttätern

KNA, Bonn

Scharfe Kritik hat ein in dem Gewerkschafts-Organ „IG Metall" veröffentlichter Leserbrief zu den Ausschreitungen gegen den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann bei einer Gewerkschaftsveranstaltung ausgelöst. Leserbriefschreiber Hans Thüer – er ist Mitarbeiter in der Dortmunder „Arbeitsstelle für Seelsorge in Berufs- und Arbeitswelt" der Erzdiözese Paderborn – sei ein „theologischer Wirrkopf und Demagoge", meinte der Leiter des Instituts für Gesellschaftswissenschaften, Walberberg, Dominikanerpater Basilius Streithofen. Solche Leute wie Thüer seien untauglich für die Betriebseelsorge.

In seinem Leserbrief, der in der jüngsten Ausgabe der Gewerkschaftszeitung abgedruckt wurde, hatte der Kirchenmitarbeiter geschrieben, jetzt habe es mal „einen von jenen getroffen, denen alle Mittel zur Verfügung stehen, um bei Friedensdemonstrationen, bei Aktionen der Antifaschisten gegen SS-Verbände, bei Arbeiter- und Arbeitslosendemonstrationen auf andere einschlagen zu lassen und die beim Einsatz des Polizeiapparats nicht zimperlich seien. Es habe, so der Nichttheologe weiter, einen „Wundenschläger", einen Vertreter der Politik gegen die Armen und Schwachen" getroffen. Er plädiere nicht für Gewalt, schreibt Thüer. Aber wenn er von der Bibel her denke, dann hätten die „entzürnten Kollegen" bei ihrem Vorgehen gegen Wallmann eigentlich nichts anderes getan als Jesus bei seiner Aktion im Tempel, als er die Geldwechsler und Händler hinausgeprügelt habe. Dieser Vergleich, so Pater Streithofen, sei eine veraltete, überhaupt nicht mehr gültige Auslegung der heiligen Schrift. Der Vergleich sei deshalb „vollkommen verfehlt".





Für Sowjets ist Spionage eine ideologische Pflicht

Beispiele der KGB-Methoden / Vorrangiges Zielobjekt: SDI

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

Im sowjetischen geheimen Nachrichtendienst KGB sind im Laufe der Zeit mehr als 120 wissenschaftliche Formen der direkten und indirekten Provokation und Spionage entwikkelt worden. Westliche Geheimdienstexperten weisen darauf hin, *daß das umfassende* Vorgehen des sowjetischen Nachrichtendienstes, wie es jetzt in Frankreich wieder gleich einem kurzen Wetterleuchten zum Vorschein kommt, nur verstanden werden kann, wenn der ideologische Unterbau berücksichtigt wird. Nach Lenin sei alles erlaubt, was den Interessen des Klassenkampfes diene. Mithin sind *Verdrehung und* Entstellung gestattet. Im Sinn leninscher proletarischer Sittlichkeit sind sie die höhere Wahrheit.

Ein Beispiel für die Methoden der KGB-Spionage ist, die Spur zu einem Agenten von größerem Nutzen zu verwischen, indem an anderer Stelle ein Agent zu Fehlern veranlaßt wird, die seine Bloßstellung zur Folge haben. Nach Erkenntnissen westlicher Geheimdienste ist diese Praxis in letzter Zeit mehrfach vom KGB benutzt worden und hat auch Eingang in die Praktiken anderer östlicher Nachrichtendienste gefunden.

Bumerang für Moskau

In der ersten Hauptabteilung des KGB gibt es eine Sonderabteilung, die sich ausschließlich der Desinformation widmet. Nicht immer operiert sie glücklich. Die Sowjets neigen zu ihnen eigentümlichen Denkfehlern, weil ihnen als Produkt der Umgebung, in der sie leben und aufgewachsen sind, nicht als absonderlich vorkommt, was normale Bürger des Westens *mit Entsetzen erfüllt.* Nach Informationen westlicher Geheimdienstexperten sind die Sowjets nicht dahintergekommen, warum im Westen die meisten Betrachter eines Films, der den sowjetischen Dissidenten Sacharow halbnackt bei einer ärztlichen Untersuchung zeigte, mit Abscheu reagierten: In der zuständigen Abteilung des KGB hatte niemand begriffen, daß dies in zivilisierten Ländern als entwürdigend empfunden wird. Der KGB-Film wurde zu einem Bumerang für Moskau.

Zu den Olympischen Spielen in Los Angeles spielte der KGB Zeitungen in der Dritten Welt ein gefälschtes Schreiben des Ku Klux Klan zu, in dem Terroranschläge auf Farbige angekündigt wurden. Moskau wollte damit seine These von der Unsicherheit der Spiele beweisen, denn mit dieser Begründung hatte es selbst seinen Boykott erklärt. Die Schreibweise „Ku-Klux-Klan" mit Bindestrich verriet die ungeübte Hand der Fälscher, die auch vergessen hatten, daß der Ku Klux Klan sich so nicht nennt. Er verwendet die Bezeichnung: „Invisible Empire of the Ku Klux Klan". Kaum wiesen amerikanische Journa*listen auf diesen befremdenden* Umstand hin, änderte die sowjetische Nachrichtenagentur Tass die Bezeichnung und sprach ebenfalls vom „Invisible Empire".

Luns' Lachanfall

Ein *gefälschter* KGB-*Brief* des NATO-Generalsekretärs Luns an NATO-Oberbefehlshaber General Haig sprach 1979 davon, daß nun endlich energisch gegen Länder vorgegangen werden müsse, die sich noch immer der atomaren Aufrüstung widersetzten. Als der Berichterstatter seiner Zeit Luns den Brief zeigte, bekam dieser einen Lachanfall und sagte: „Jetzt werde ich mal meine Unterschrift auf einem Stück Papier vormachen!" Der Unterschied war so auffallend, daß nach sowjetischen Kriterien der Fälscher sich wegen Sabotage verantworten müßte.

Vieles spricht dafür, daß sich unter Michail Gorbatschow, der als Funktionär des Zentralkomitees der KPdSU reichlich Initiativen auf dem Feld der Agitation und Propaganda *entfaltet hat, die Methoden der* Propaganda und Desinformation verfeinern werden. Die sowjetischen Anstrengungen richten sich jetzt gegen SDI. „Raumangriffswaffen" – nennt Gorbatschow das Ziel der amerikanischen Forschungsbemühungen. Seine Delegierten haben den amerikanischen Verhandlungspartnern in Genf erklärt, wie Gorbatschow die sowjetischen Anstrengungen auf diesem Gebiet sieht: „Friedliche Grundlagenforschung". Sprache prägt eben das Bewußtsein. (SAD)

Sie machte den Namen Anatoli Schtscharanski weltweit bekannt

Von EPHRAIM LAHAV

Der Tapferkeit seiner Frau Avital ist es zu verdanken, wenn Anatoli Schtscharanski in den nächsten Tagen die Freiheit wieder kosten kann. Seit der Verurteilung ihres Mannes zu dreizehn Jahren Haft führt sie einen *unablässigen Kampf für seine* Freilassung, fuhr Dutzende Male nach Amerika und Europa. Um sich mit Presse- und Regierungsvertretern aus aller Welt direkt verständigen zu können, lernte sie Englisch, denn ihre russische Muttersprache und das erlernte Hebräisch genügten nicht.

In den Hauptstädten Europas und in den USA protestierte Avital gegen die Inhaftierung ihres Mannes durch Sitz- und Hungerstreiks. Dank ihres bescheidenen, aber *entschlossenen* Auftretens gelang es ihr, bei Ministern, Präsidenten und Königen empfangen zu werden. Ihre Zähigkeit machte den Namen Schtscharanski in der ganzen Welt bekannt. Sie brachte es schließlich soweit, daß nicht mehr sie nach den Medien suchte, sondern viele Medien nach ihr.

Anatoli Schtscharanskis Leidensgeschichte begann 1973, als er eine Ausreisegenehmigung beantragte und abgewiesen wurde. Ein Jahr vorher hatten sich Anatoli und Avital bei einer zionistischen Demonstration vor der Moskauer Synagoge kennengelernt. Doch während Avital ihre Ausreisegenehmigung im Juli 1974 erhielt, war Anatoli noch lange nicht soweit.

Trotzdem heirateten sie einen Tag vor Avitals Abreise, denn sonst wäre ihre Ausreisegenehmigung abgelaufen. Sie ahnte damals noch nicht, was auf sie zukommen würde. Ihre Hoffnung, bald ihren Mann in Israel wiederzusehen, erwies sich als Enttäuschung: Ihr Hochzeitstag ist bisher der einzige Tag ihres gemeinsamen Ehelebens geblieben.

Anatoli wird jetzt als Mitglied einer Gruppe überführter Spione ausgetauscht. Zwar ist er nie ein Spion gewesen, aber die Sowjets gaben ihn als solchen aus. Ihr Argument: Er habe mit ausreisewilligen Sowjetdeutschen *konspiriert.*

Dies kam so: Als Sprecher und Verbindungsmann zur Auslandspresse für die jüdischen Aktivisten in Moskau hatte sich Anatoli bereits früh einen Namen erworben. Aber er beschränkte sich nicht darauf, sondern war auch ein Mitbegründer des „Helsinki-Überwachungskomitees", das die Auslandspresse auf die zahlreichen Verletzungen der Menschenrechtskonvention von Helsinki aufmerksam machte. Eine Gruppe von jungen Sowjetdeutschen, die ebenfalls um ihr Auswanderungsrecht kämpften und sich dabei auf Helsinki beriefen, baten Anatoli um Rat, wie sie ihr Recht durchsetzen könnten. Dies kam dem KGB zu Ohren.

Außerdem drehte die britische Fernsehfirma „Granada" einen Film über die Deutschen in Rußland und suchte Interviewpartner. Nur Anatoli hatte den Mut, sich interviewen zu lassen. Er führte die britischen TV-Leute auch zu Gefängnissen, in denen Sowjetdeutsche inhaftiert waren, und sprach mit ihnen. Der Film wurde 40 Minuten lang und erschien auf Bildschirmen in aller Welt. Aber beim Prozeß nutzte ihn die Anklage als „Beweis" für den Vorwurf, Anatoli Schtscharanski hätte Spionage ge*trieben. Der* Prozeß war eine Farce. Er mußte seine Verteidigung selbst führen. Sein Schlußplädoyer beendete er mit dem biblischen Ausspruch: „Nächstes Jahr in Jerusalem!" Das ist auch der Titel des Buches, das Avital Schtscharanski in Israel über ihren Kampf geschrieben hat.



Sie gab die Hoffnung nie auf: Avital Schtscharanski bei einer Pressekonferenz FOTO: DPA

Seit der langen Jahre, in denen sie auf das Wiedersehen mit ihrem Mann wartet, lebt sie nur für diese Hoffnung. Fast täglich schrieb sie ihm einen Brief, in der Hoffnung, daß die Sowjets hie und *da einen davon durchlassen* würden. Nur sehr wenige kamen durch. Sie ernährt sich von einer kargen staatlichen Rente und wohnt zur Untermiete bei einer befreundeten Familie aus Rußland. Sie wurde religiös und verdeckt ihr schönes Haar mit einem Kopftuch, wie es orthodoxe verheiratete Jüdinnen tun. Der wichtigste Gegenstand ihrer dürftigen Einrichtung ist das Telefon, über das sie in regelmäßiger Verbindung zu Anatolijs Mutter, Ida Milgrom, in Moskau steht. Ida Milgrom gelang es manchmal, den Sohn zu besuchen oder Nachrichten über sein Befinden zu ergattern. Das Geld für die enormen Telefonrechnungen erhält sie als Spende von der Vereinigung sowjetischer Einwanderer.

Was für ein Mensch ist Anatoli? Die Antwort fällt Avital schwer: „Er ist etwas ganz Besonderes. Sehr lebhaft, und er hat sehr viel Sinn für Humor. Aber das wichtigste ist – in der Seele fühlt er sich auch hinter Gittern frei. Nicht daß er nicht draußen sein möchte und dafür kämpft. Er ist innerlich frei." (SAD)

Die KPF ist wieder für ein Linksbündnis bereit

***Marchais verordnet Disziplin* / Bescheidene Wahlerwartung**

PETER RUGE, Paris

Frankreichs Kommunisten ändern ihre Taktik: Stoßrichtung im Wahlkampf sind nun nicht mehr die Sozialisten, ihre ehemaligen Regierungspartner bis zum Sommer 1984, sondern die Rechte: das Bündnis von RPR (Neogaullisten) und UDF (Christlich-Liberale) sowie die Nationale Front, die vom Rechtsaußen Le Pen angeführt wird. Das Zentralkomitee in Paris bemüht sich zwar, seine Sitzung als Routine-Tagung abzutun, einzelne kommunistische Funktionäre aber geben zu erkennen, daß ihre veränderte Haltung ein Ziel hat: bereit zu sein für ein neues Regie*rungsbündnis mit den Sozialisten.*

KPF-Generalsekretär Marchais scheint es an der Zeit zu sein, seine Genossen daran zu erinnern, daß der „Verrat an der Arbeiterklasse" vom Kapital und nicht vom Sozialismus ausgehe. Auffallend bescheiden bezeichnet er die Wahlerwartungen der Kommunisten. „Wir werden dennoch mehr als die uns zugeschriebenen 10 Prozent machen", sagte Marchais, „denn die Unzufriedenen werden von überall her zu uns kommen." Mit dieser Anspielung auf die kompromißreiche Wahlplattform, das Regierungsprogramm von RPR und UDF, glauben die Kommunisten ebenso einen Wahlbonus zu erhalten wie von denen, die sich enttäuscht von den Sozialisten abwenden. Die Chancen dafür wachsen: bisher wählte Frankreich nämlich in zwei Wahlgängen – es hatte sich eingebürgert, im ersten Wahlgang den Parteien eine „Lektion" zu erteilen, also auch gegen die eigene Überzeugung „anders" zu stimmen, eine Woche später dann „richtig" zu wählen. Erschreckend für die Massenparteien sind daher *jetzt veröffentlichte Umfragen in den* bevölkerungsreichen Rhone-Departements um Lyon, wonach fast die Hälfte aller Wähler immer noch nicht verstanden hat, daß 1985 in Frankreich das Verhältniswahlrecht eingeführt wurde, mit nur einem Wahlgang, so auch am 16. März. Dies dürfte für Überraschungen sorgen und den Kommunisten, aber auch der extremen Rechten von Le Pen zugute kommen.

Marchais schlägt deshalb, um seine Ausgangsbasis zu erweitern, nationale Töne an: Mit General de Gaulle habe die Arbeiterpartei schon in den ersten Nachkriegsjahren gemeinsam in der Regierung gestanden. Die Frage, ob die „Partei des Widerstandes" nicht auch Juden und Ausländer ans Messer der Nazis vor 40 Jahren geliefert habe, bleibt ausgespart – seltsam genug für viele Franzosen, die einen kommunistischen Einfluß nicht mehr ausschließen wollen, daß der für Februar angesetzte Prozeß gegen den Deutschen Klaus Barbie, den „Schlächter von Lyon", nahezu lautlos vertagt wurde.

Die Mischung aus Proletarismus und Patriotismus hatte der KPF in *guten Jahren 28 Prozent Stimmen* gebracht. Doch das sture Verharren auf stalinistischen Dogmen ließ die Partei immer mehr Anhänger verlieren, sie verpaßte die Zeit – Kurskorrekturen, die 1968 zum Beispiel zu einer Verurteilung des sowjetischen Einmarsches in die Tschechoslowakei führten, wurden später wieder zurückgenommen.

14 Jahre einer mehr oder weniger engen Linksunion mit den Sozialisten haben den Kommunisten ungleich mehr geschadet als genutzt. Die Euphorie von vier gemeinsamen Regierungsjahren ist umgeschlagen in die Erkenntnis, einen Identitätsverlust wettmachen zu müssen.

In den Wahlkampf zieht die Partei daher mit einer von oben verordneten Geschlossenheit, der sich der Apparat mit seinen 27 000 Parteizellen willig fügt. In der immer noch straff geführten KPF gibt es kein Aufmucken der 2200 Kandidaten. Wenig verändert erweist sich auch das soziologische Spektrum: ein Viertel Arbeiter, ein Viertel Lehrer und Freiberufler, Techniker und Bauern teilen sich *den Rest der Listen, die in allen* Departements aufgestellt wurden. Gestützt werden die Kandidaten von etwa 600 000 Parteisoldaten. Die Wahlschlacht soll auf rund 5000 Veranstaltungen geschlagen werden.

Die Aufdeckung des jüngsten Spionagefalls dürfte allerdings den Kommunisten schwer zu schaffen machen, da sie damit in den Verdacht geraten, mit Moskauer Genossen zu paktieren, die östliche Geheimdienste auf die Nuklear-Verteidigung Frankreichs ansetzen.

Nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden ist heute unsere liebe

Gretchen Winkel

im 84. Lebensjahr sanft entschlafen.

Viele Jahrzehnte hat sie unser Leben begleitet. Sie hat Freuden und Sorgen mit uns geteilt. Durch ihr liebevolles Verständnis für alle Generationen wurde sie Teil unserer Familie.

Wir werden sie sehr vermissen.

Anni Schlage
Dr. Gerda-Maria Schlage
Wolfgang Schlage
Achim Schlage

Hamburg, den 2. Februar 1986

Trauerfeier am Dienstag, dem 11. Februar 1986, um 11.00 Uhr in der Kapelle des Nienstedtener Friedhofes, Rupertistraße.

Wir nehmen Abschied von unserer lieben

Gretchen Winkel

Wirtschaftsprüferin

11. 1. 1903 2. 2. 1986

Fast fünfzig Jahre hat Fräulein Winkel dem ehemaligen Senior und Gründer unserer Gesellschaft, Dr. Walter Schlage, in einem Beruf, der ihr zum Lebensinhalt geworden war, zur Seite gestanden. Durch fachliche Leistung und unermüdlichen Einsatz erwarb sie sich Achtung und Anerkennung, durch steten Humor und Herzenswärme unsere besondere Verehrung.

Wir danken ihr für ihr Wirken und ihre Treue.

Gesellschafter und Mitarbeiter der

Dr. W. Schlage & Co.

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

2 Hamburg 36, Jungfernstieg 7

Trauerfeier am Dienstag, dem 11. Februar 1986, um 11.00 Uhr in der Kapelle des Nienstedtener Friedhofes, Rupertistraße.

Heinrich Heyer

* 30. Juni 1909 † 2. Februar 1986

Wir betrauern den Tod unseres Mitbegründers und Senior-Chefs.

Das Unternehmen in seiner heutigen Größe ist sein Lebenswerk und wird mit seinem Namen immer verbunden bleiben.

Sein Vorbild ist uns Verpflichtung für die Zukunft.

Gesellschafter, Geschäftsführung und Belegschaft

POSE-MARRE
Edelstahlwerk GmbH
Erkrath

Das Seelenamt wird am Freitag, dem 7. Februar 1986, um 10 Uhr in der Pfarrkirche St. Johannes der Täufer zu Erkrath gehalten.

Anschließend um 11 Uhr ist die Beisetzung von der Kapelle des Erkrather Friedhofes aus.

Von Beileidsbezeugungen am Grabe bitten wir Abstand zu nehmen.

Es ist im Sinne des Verstorbenen, wenn statt zugedachter Kränze und Blumen das Katholische Altenheim St. Josef in Erkrath (BLZ 301 502 00, Konto-Nr. 3 410 048), Kreis-Sparkasse Düsseldorf, mit einer Spende bedacht wird.

Nach einem erfüllten Leben – geprägt von Bescheidenheit, Schaffensfreude und Verantwortung – verstarb im 90. Lebensjahr unser lieber Vater und Großvater, Onkel und Schwager

Dr. med. dent.
Hans Brinkmann

* 22. 3. 1896 † 2. 2. 1986

Träger der Hermann-Euler-Medaille
Inhaber des EK II d. 1. Weltkrieges
der Ehrennadel der deutschen Zahnärzteschaft
und des Bundesverdienstkreuzes

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied

Familie Dr. Jürgen Brinkmann
Familie Dr. Gert Brinkmann
Familie Jürgen Schach von Wittenau
Familie Dr. Uwe Brinkmann

Remscheid, Barlachweg 9
Traueranschrift: Augustinusstraße 13, 5630 Remscheid

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 7. Februar 1986, um 14 Uhr auf dem Westfriedhof in Remscheid-Reinshagen statt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Marcos: Auftritt im US-Fernsehen wäre „illegal"

dpa, Manila

Der philippinische Präsident Ferdinand Marcos hat seine Teilnahme für das ursprünglich heute abend im amerikanischen Fernsehen geplante Wahlkampf-Rededuell mit seiner Herausforderin *Corazon Aquino* abgesagt. Marcos erklärte die Veranstaltung für „illegal". Gleichzeitig schlug er vor, binnen 24 Stunden ein Streitgespräch mit Frau Aquino im staatlichen philippinischen Fernsehen zu veranstalten. Marcos sagte gestern unter Berufung auf die Wahlkommission, das von der US-Fernsehgesellschaft ABC angesetzte Gespräch verstoße durch seinen späten Zeitpunkt gegen das Wahlgesetz, das jegliche Wahlkampfaktionen innerhalb der letzten 24 Stunden vor Öffnung der Wahllokale verbietet. Die von ihm vorgeschlagene, kurzfristig anzusetzende Veranstaltung im philippinischen Fernsehen könne überallhin – auch ins Ausland – übertragen werden. Ausländische Korrespondenten sollten jedoch nicht das Recht haben, Fragen zu stellen, meinte Marcos.

Rüstungspläne der dänischen Sozialisten

dpa, Kopenhagen

Dänemarks Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei wollen mit vermehrter Eigenproduktion von Rüstungsgütern die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Nach Angaben der Zeitung „Politiken" ist eine Gruppe sozialdemokratischer Spitzenpolitiker an das Verteidigungsministerium in Kopenhagen herangetreten, um die Vergabe von Rüstungsaufträgen an bedrohte dänische Werften zu erreichen. Zunächst soll nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten *die Produktion* gepanzerter Mannschaftswagen und neuartiger mobiler Luftabwehrraketen in das NATO-Mitgliedsland verlagert werden.

Bonn will mit „DDR" über C-Waffen reden

DW. Bonn

Die Bundesregierung will im Rahmen der UNO-Abrüstungskonferenz in Genf mit der „DDR" und der CSSR über die Möglichkeiten sprechen, ein weltweites Verbot chemischer Waffen durchzusetzen. Wie das Auswärtige Amt gestern berichtete, hält Bonn die Arbeiten an einem umfassenden Verbotsabkommen auf dieser UNO-Konferenz mit 40 Teilnehmern für vorrangig. Die gesonderten Gespräche zwischen der Bonner Delegation sowie den Vertretern der „DDR" und CSSR sollen zusätzliche Möglichkeiten ausloten. Die Konferenz, der die Bundesrepublik Deutschland seit 1975 angehört, begann gestern mit ihrer ersten Sitzung in diesem Jahr.

Libyer zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt

AFP, Alexandria

Vier libysche Staatsbürger sind gestern vom Staatssicherheitsgericht in Alexandria zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt worden. Sie waren in eine Serie von Mordanschlägen gegen libysche Oppositionelle verwikkelt, darunter den mißglückten Anschlag auf den früheren Ministerpäsidenten Abdelhamid el-Bakusch. Drei flüchtige Libyer wurden in Abwesenheit zu Haftstrafen zwischen 10 und 15 Jahren verurteilt. Die Verurteilten gehörten zum libyschen Geheimdienst. *Sie waren nach ägyptischen* Angaben mit der Ermordung von im ägyptischen Exil lebenden libyschen Oppositionellen beauftragt. Dafür seien ihnen Prämien von 2000 Dollar zugesagt worden.

Äthiopiens Regime wirft Jugendliche als Kanonenfutter an die Front

Zwangsrekrutierungen / Armee soll geschont werden / Panische Angst in der Bevölkerung

Von ACHIM REMDE

Der Kebele-Vorsitzende – eine Art Blockwart – kommt meistens in den Abendstunden. Mit seinen Leuten durchsucht er das Haus, und wenn er den Sohn der Familie nicht findet, nimmt er die Eltern fest, bis dieser sich „freiwillig" zum Nationaldienst meldet. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist jeder Äthiopier *zwischen 18 und 30 Jahren zu zwei* Jahren Wehrdienst verpflichtet, in dem – so Staatschef Mengistu Haile Miriam – „er lernen soll, das revolutionäre Vaterland zu verteidigen". So dachte man bis vor kurzem noch, daß der Wehrdienst sich auf eine militärische Grundausbildung beschränken würde. Doch die Wahrheit sieht anders aus. Hunderte junger Männer kehrten als Krüppel nach Hause zurück, viele blieben verschollen. Sie dienten als Kanonenfutter.

Erfolglose Offensive

Der Krieg *der äthiopischen* Zentralregierung gegen die abtrünnigen Provinzen Eritrea und Tigre geht nun in das 25. Jahr, und Mengistu Haile Miriam, der ihn von Kaiser Haile Selassie übernommen hat, will ihn gewinnen, koste es, was es wolle. Mit 200 000 Mann und sowjetischen Waffen im Wert von einer Milliarde Dollar startete er im vergangenen Herbst die jüngste Offensive. Es schien die erfolgreichste zu werden, bis sie wieder einmal in Nakfa zusammenbrach. Nach Angaben von Vertretern von Hilfsorganisationen gab es auf Regierungsseite 1200 Tote und 8000 Verwundete. *Nicht einmal Luftangriffe* mit Napalm- und Splitterbomben konnten die Rebellen vertreiben.

Sechzig Prozent der Verluste waren junge Rekruten. Wie westliche Di*plomaten in Addis Abeba vertraulich* erklären, benutzt Mengistu die schlecht ausgebildeten, nur mangelhaft trainierten Wehrdienstleistenden als „Kanonenfutter", um die Verluste der Berufsarmee, mit 250 000 Mann die größte Afrikas, in Grenzen zu halten. Obwohl die Angehörigen vom Tode der jungen Rekruten offiziell meist gar nicht oder nur auf Umwegen und wesentlich später erfahren – Korrespondenz mit ihnen ist aus Sicherheitsgründen verboten –, hat sich das Vorgehen der Regierung schnell in der Bevölkerung herumgesprochen. Die Familien versuchen nun *mit allen Mitteln zu verhindern, daß* ihre Angehörigen zum Wehrdienst eingezogen werden. Ärzte werden um Gefälligkeitsatteste zum Nachweis der Untauglichkeit gebeten. Doch darauf droht Gefängnisstrafe. In allen möglichen Versionen kursiert die Geschichte von der Mutter, die ihren Sohn beim Kommen der Kebele-Vertreter in einen Schrank einsperrte und dann selbst mitgenommen wurde. Der Sohn erstickte im Schrank.

Da Geburtsurkunden, soweit vorhanden, häufig abgeändert werden, um die Söhne dem Nationaldienst zu entziehen, sind die Kebele-Vertreter dazu übergegangen, die Jugendlichen nach dem Aussehen zu rekrutieren. Dabei stehen sie selbst unter Druck; denn sie müssen vorgegebene Quoten erfüllen. So war Mitte Dezem*ber 1985 von der jährlichen Quote, die* für Addis Abeba 4000 betrug, erst die Zahl 250 erreicht. Die volle Zahl konnte bis Jahresende nur durch eine brutale Intensivaktion erfüllt werden, die auch 14- bis 15jährige einschloß.

Die Kebele-Vertreter machen nicht einmal vor den Familien der Funktionärelite Halt. Der Vorsitzende des oberen Kebele 17 in Addis Abeba, der zuvor wegen Nichterfüllung seiner Quote im Gefängnis gesessen hatte, drang am Abend des 28. Dezember mit seinen Leuten in das Haus des Verteidigungsministers Tesfaye Gebre-Kidan ein, der sich zu dieser Zeit in Asmara aufhielt. Sie nahmen einen jungen Mann mit, der nach Angaben der protestierenden Ehefrau *nur* zufällig anwesend war und seinen Wohnsitz in einer anderen Kebele hatte. *Nach Berichten westlicher Di*plomaten ist in Addis Abeba ein Kebele-Vorsitzender sogar von aufgebrachten Eltern getötet worden.

Jede Familie bedroht

Die Zwangsrekrutierung in den Militärdienst bewegt die Bevölkerung mehr als die Hungersnot und die mit grausamen Praktiken verbundene Zwangsumsiedlung, weil sie praktisch jede Familie bedroht. Mengistu kann sich dabei nur noch der Unterstützung der Sowjets sicher sein, die, im Bestreben, Mengistu eng an sich zu binden, sein Vorgehen offenbar voll und ganz billigen, obwohl sie früher, als der mit dem Westen verbündete Kaiser Haile den Krieg führte, noch auf seiten der Eritreer standen.

Bonn leistet Rangun schon lange vielfältige Hilfe

PETER ISELI, Bangkok

Bundespräsident Richard von Weizsäcker *wird morgen zu Beginn* seiner Asienreise in Birma erwartet. Ungeachtet der sozialistischen Ausprägung des birmanischen Staates sind die Beziehungen zwischen Ran*gun und Bonn seit rund 30 Jahren* freundschaftlich und problemfrei. 1955 trat der erste deutsche Botschafter seinen Posten in der birmanischen Hauptstadt an. Zahlreiche gegenseitige Besuche auf höchster Ebene vertieften die Beziehungen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die „DDR" ist seit einigen Jahren in Rangun nur noch durch einen Geschäftsträger vertreten, nachdem Birma seine Botschaft in Ost-Berlin schloß und die diplomatische Zuständigkeit dem Vertreter in Moskau übertrug.

Die Bundesrepublik steht heute nach Japan an zweiter Stelle der Geberländer Birmas. Bis zum Haushaltsjahr 1984/85 erreichten die Auszahlungen und Zusagen im Rahmen

BIRMA

der finanziellen Zusammenarbeit (Kapitalhilfe) insgesamt rund 830 Millionen Mark. Dazu kommen rund 200 Millionen Mark für technische Zusammenarbeit. Mit deutscher Unterstützung entstanden Fabrikationsbetriebe für *Motoren, Glas,* Dünger, Textilien und Werkzeugmaschinen, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) leistet einen wertvollen Beitrag bei Erforschung und Abbau der reichen und vielfältigen Vorkommen von Bodenschätzen. Außerdem wird die Ausbildung von Bauingenieuren, Fernseh- und Rundfunktechnikern gefördert. *Ein wesentlicher Beitrag kommt* dem Krankenhaus der Stadt Mandalay zugute. Zur Zeit sind rund 130 deutsche Experten und Mitarbeiter von Projektfirmen in Birma ansässig.

*Trotz wachsender Zusammenar*beit mit der Bundesrepublik Deutschland und anderen Ländern ist Birma aber nach wie vor schwer zugänglich. Touristen erhalten bis heute höchstens ein einwöchiges Visum. Jedes kleinste Zusammenarbeitsprojekt muß durch den Staatsrat – das Kabinett – genehmigt werden, das bei seiner Beurteilung nicht zuletzt mögliche schädliche Einflüsse auf das politische, soziale und religiöse Leben berücksichtigt.

Die Streitkräfte *nehmen in Birma* eine dominierende Stellung ein. Der engere Führungskreis um Parteichef Ne Win, Präsident San Yu, Regierungschef Maung Maung Kha und *Außenminister Ye Goung ist fast aus*schließlich mit Militärs besetzt. Sie kontrollieren weite Bereiche der Gesellschaft, gewähren aber doch gewisse private Freiräume im Kleingewerbe. Außerdem wird ein ausgedehnter Schwarz- und Grauhandel mit Thailand halbwegs toleriert.

Eine politische Opposition gibt es in Birma nicht, hingegen eine reale *Herausforderung* der Staatsmacht durch ethnische Minderheiten in den Grenzgebieten zu Thailand und China. Rangun kontrolliert heute lediglich rund 60 Prozent des geographischen Territoriums. *Die Unabhängigkeitsbestrebungen* der Karen, Shan, Mon sowie von Überresten der chinesischen Kuomintang und der Birmesischen Kommunistischen Par*tei bleiben Problem Nummer eins.*

Nach dem Staatsstreich Ne Wins 1962 war Birma bis 1976 fast völlig von der Außenwelt abgeschnitten. Inzwischen ist eine vorsichtige Öffnung festzustellen. Die Beziehungen zu Peking werden allmählich normalisiert, der Export steigerte die Wirtschaftswachstumsraten auf offiziell über sechs Prozent. Die Landwirtschaft, in der zwei Drittel der Beschäftigten tätig sind, erwirtschaftet mehr als 50 Prozent der Exporterlöse. Die verarbeitende Industrie dagegen leistet lediglich zehn Prozent des *Bruttoinlandproduktes.*

Briten wollen Akte gegen Barbie nicht herausgeben

KLAUS GEISSMAR, London

Großbritannien ist nicht bereit, den französischen Strafverfolgungsbehörden eine britische Geheimdienstakte über den deutschen SS-Offizier Klaus Barbie herauszugeben. Barbie wurde vor zwei Jahren von Bolivien nach Frankreich ausgeliefert und wartet in Lyon auf seine Aburteilung. Als Gestapo-Chef von Lyon soll er während des Zweiten Weltkrieges 4342 Menschen ermordet und 7591 Menschen in Konzentrationslager deportiert haben.

Staatsministerin Young aus dem Londoner Außenministerium hat *mitgeteilt, daß die* Regierung keine Begründung dafür abgeben wird, warum sie die Akte Barbie zurückhält. Der Labourabgeordnete Reginald Freeson spricht von einer „britischen Schande". Woraus diese Schande besteht, haben britische Journalisten recherchiert: Der britische Geheimdienst hat Barbie von 1945 bis 1947 Aufträge erteilt. Anschließend gaben die Briten Barbie an die Amerikaner weiter, in deren Auftrag er ein Netz gegen kommunistische Spione aufbauen sollte. Erst 1951 flüchtete er nach Südamerika.

Entsetzt darüber, daß der britische Geheimdienst Barbie gedeckt hat, ist die Engländerin Evelyn le Chene. Ihr Mann Pierre, trotz seines Namens ein Engländer, gehört zu den Opfern von Barbie. *Pierre le Chene*, der für den britischen Geheimdienst arbeitete, war 1942 in Lyon von der Gestapo verhaftet worden. Bei Folterungen wurden ihm die Zehennägel herausgerissen. *Zweimal wurde ihm der* Kiefer gebrochen und außerdem sein Kopf so lange unter Wasser gehalten, daß er wiederbelebt werden mußte. Anschließend kam er in ein KZ.

Pierre le Chene hat sich nie wieder richtig erholt und ist inzwischen gestorben. Die Witwe hat sich in Frankreich in die Reihe der Opfer eintragen lassen, die als Privatkläger gegen Barbie *prozessieren.* (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Illusion statt Entspannung

„Die zweite Phase der Entspannungspolitik"; WELT vom 27. Januar

Es ist bereits geschichtliche Tatsache, daß Brandts Ostpolitik mit Leisetreterei, Vorleistungen und Verzichtsbereitschaft zur größten Vor- und Überrüstung der Sowjets geführt hat, die den Nachrüstungsbeschluß vom Dezember '79 notwendig machte. In Oreanda ist Brandt auf Breschnew hereingefallen. Jetzt plädiert er für eine „ausreichende Verteidigungsfähigkeit", während Lafontaine, Eppler und Bahr viel tun, um *die NATO zu schwächen und unseren* Wehrwillen zu lähmen. Daraus kann nur eine gefährliche „Sicherheitspartnerschaft" entstehen.

Während Brandt in der Deutschlandpolitik auf eine enge Zusammenarbeit zwischen SPD und SED setzt, hütet er sich peinlich, das Postulat des Selbstbestimmungsrechts der deutschen Nation ins Treffen zu führen, das die stärkste moralisch-politische Anspruchsgrundlage der Wiedervereinigung ist. Sie wird einmal von unseren Animateuren der Politik zur gleichzeitigen Ausübung in beiden Teilen Deutschlands virulent gemacht werden müssen. Offenbar gehört das Selbstbestimmungsrecht zu dem, was Brandt „Formalkram" nennt.

Ob Brandt es wahrhaben will oder nicht: Sein Wirken führt zur pax sowjetica.

Dr. Herbert Kutschera, Hürth-Mitte

*

Sehr geehrte Herren,

die Forderung des SPD-Vorsitzenden Brandt nach einer zweiten Phase der Entspannungspolitik ist grotesk, nachdem die erste Phase dem Sowjetblock Zig-Milliarden-Kredite einbrachte und die Sowjets dafür 350 Mittelstreckenraketen mit 1000 Atombomben gegen Westeuropa aufstellten, den barbarischen Krieg in Afghanistan begannen, in Angola, Moçambique, Zimbabwe, Abessinien und Nicaragua ihnen ergebene kommunistische Minderheiten zur Macht verhalfen, nebenbei die KSZE-Helsinki-Gruppe für Menschenrechte ausrotteten, zwei Millionen Menschen in ihren KZ-Lagern weiterhin gefangenhielten und ein koreanisches Passagierflugzeug abschossen. Jeder normale Politiker muß sich angesichts dieser Tatsachen und der Phrasen der Entspannung sowie der KSZE-Vereinbarungen von den Sowjets belogen und betrogen sehen – nur Brandt nicht.

Entspannung hieß früher „Tauwetter" oder auch „friedliche Koexistenz". Es sind ausgemachte Schwindelbegriffe, erdacht zur Übertölpelung bürgerlicher Politiker und für die Atempausen der sozialistischen Weltrevolutionäre, die zwangsläufig mehr oder minder große Spannungen verursachen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Gert Röscheisen, Limburgerhof

Rüstungsfolge?

„Entwicklung der Arbeitslosigkeit"; WELT vom 24. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Es muß doch nachdenklich machen, daß die Arbeitslosigkeit in einigen Industrienationen der freien Welt drei-, fünf- oder sogar zehnmal höher ist als in anderen.

Professor Dr. Frey, Zürich, hat kürzlich in der Zeitschrift des Schweizerischen Bankvereins „Der Monat" die Frage aufgeworfen, ob nicht Verteidigungsausgaben der Wirtschaft eines Landes unentbehrliche Substanz und Kraft rauben. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, daß solche Ausgaben die Investitionsneigung behindern. In Ländern mit ohnehin hohem Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttosozialprodukt dämpfen sie das Wirtschaftswachstum.

Folgende Zahlengegenüberstellungen mögen die Annahme des Professor Frey untermauern. Bundesrepublik Deutschland: Verteidigungsausgaben etwa vier Prozent vom Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosigkeit 9,4 Prozent; Frankreich: Verteidigungslasten fünf Prozent, Arbeitslosenquote 10,5 Prozent; Großbritannien: Verteidigungsausgaben 5,5 Prozent, Arbeitslosigkeit 13,2 Prozent.

Dagegen: Japan: Verteidigungslasten 0,9 Prozent, Arbeitslosenquote 2,9 Prozent; Österreich: Militärausgaben 1,3 Prozent, ohne Arbeit 4,5 Prozent, und in der Schweiz: Ausgaben für die Landesverteidigung zwei Prozent (immer vom Bruttoinlandsprodukt) und Arbeitslosigkeit ein Prozent.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Runge, Freiburg/br.

Rentendilemma

„Bundesbank: Leistungsverkürzung wird in den 90er Jahren unvermeidlich"; WELT vom 17. Januar

Sehr geehrte Redaktion,

die Bundesbank berücksichtigt meines Erachtens nicht, daß die Verringerung der Zahl der arbeitsfähigen Personen in den 90er Jahren nicht automatisch eine Verringerung der Zahl der Arbeitsplätze zur Folge hat. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die Zahl der Arbeitsplätze bei gleicher oder gar erhöhter Produktivität der Wirtschaft mindestens gleich hoch bleibt, da es zur Zeit genügend Arbeitslose gibt, die bei rechtzeitiger, sachgemäßer Ausbildung in die frei werdenden Arbeitsplätze einrücken können.

Wenn es aber bisher möglich gewesen ist, aus den von Arbeitgeberseite gezahlten Löhnen über die Beiträge zur Rentenversicherung die Altersrenten zu finanzieren, so frage ich mich, warum dies in Zukunft nicht möglich sein soll. Zwar fallen mit dem Wegfall von Arbeitslosen auch die zur Zeit von der Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung gezahlten Beiträge zur Rentenversicherung fort, aber dadurch wird ja die Arbeitslosenversicherung entsprechend entlastet, so daß es ohne weiteres möglich sein dürfte, die eingesparten Mittel auch künftig der Rentenversicherung zuzuführen, zum Beispiel dadurch, daß man die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um einen entsprechenden Betrag ermäßigt und die Beiträge zur Rentenversicherung entsprechend erhöht, wogegen sicher kein Arbeitnehmer etwas einzuwenden hätte.

Sollte aber die Zahl der Rentenempfänger sich *unabhängig* von der Zahl der arbeitsfähigen Personen erhöhen, so bleibt immer noch die Möglichkeit, das Rentenalter zum Ausgleich ensprechend heraufzusetzen. *Wenn es früher möglich war, grund*sätzlich bis zum 65. Lebensjahr oder sogar darüber hinaus zu arbeiten, so dürfte dies auch in Zukunft möglich sein.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Detlev Himer, Hamburg 65

Wort des Tages

„Das Talent des Menschen hat seine Jahreszeiten wie Blumen und Früchte."

François La Rochefoucauld, französischer Moralist (1613–1680)

Personalien

GEBURTSTAG

Der Kunsthistoriker Professor Dr. **Ulrich Gertz**, Herausgeber von Katalogen und Aufsätzen über Bildhauer und Keramiker sowie des Standardwerks „Die Plastik der Gegenwart" (1953), feiert am Donnerstag seinen 75. Geburtstag. Seine Veröffentlichungen verschiedener Künstlermonographien trugen dazu bei, Plastik und Bildhauerei einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen.

EHRUNGEN

Der Bundespräsident hat **Joachim Rost**, dem alleingeschäftsführenden Mitinhaber der Armaturenfabrik DAL – Georg Rost & Söhne GmbH & Co. KG, Porta Westfalica, das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland für sein erfolgreiches Wirken auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet verliehen.

*

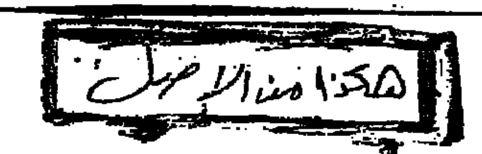
Ing. (grad.) **Fritz Reuter**, alleiniger Gesellschafter der Schmidt Reuter Ingenieurgesellschaft, ist in Würdigung seiner unternehme*rischen Leistungen und in Aner*kennung der Verdienste, die er sich in jahrelanger ehrenamtlicher Tätigkeit um den Berufsstand der freiberuflichen beratenden Ingenieure erworben hat, das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen worden.

*

In Würdigung seiner Verdienste um Österreich wurde der Geschäftsführer der Münchner Messe- und Ausstellungsgesellschaft, **Gerd vom Hövel**, mit dem Großen Ehrenzeichen der Republik Österreich ausgezeichnet. Er hat sich nach den Worten des österreichischen Generalkonsuls **Hans Walser** für die Interessen der österreichischen Wirtschaft eingesetzt und dazu beigetragen, den Messeplatz München für die Aussteller, Besucher und Kongreßteilnehmer aus Österreich als Plattform für internationale Kontakte auszubauen. Gerd vom Hövel führt die Geschäfte der MMG seit 1974 und wurde bereits mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse und dem Orden „Cavaliere Uffiziale" der Republik Italien ausgezeichnet.

EMPFANG

Bundestagspräsident **Philipp Jenninger** und Staatssekretär Professor **Waldemar Schreckenberger**, Kanzleramt, empfangen in dieser Woche 15 im öffentlichen Leben stehende Frauen aus Spanien und Portugal. Die Damen, die nach dem Beitritt von Spanien und Portugal zur Europäischen Gemeinschaft von der Kommission der EG in Bonn eingeladen wurden, diskutieren während einer Europatour in den Ländern der Gemeinschaft Themen der Gleichberechtigung und die Stellung von Frauen in Europa im sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Bei ihrem politischen Besuch in Bonn am Mittwoch und Donnerstag werden die Europa-Damen auch noch Impressionen aus dem rheinischen Karneval mit nach Hause nehmen. Auf einem ihrer Programmpunkte steht die *„Erstürmung des Beueler Rathauses"*, die am Donnerstag, dem Tag der rheinischen Weiberfastnacht, von der Beueler Wäscherprinzessin vorgenommen wird. Zu den Damen aus *Spanien und Portugal* gehören unter anderem Unternehmerinnen, Rechtsanwältinnen, Museumsdirektorinnen und Lehrbeauftragte an Universitäten.



Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum eine Reihengarage dunkel und nur zum Abstellen eines Autos da sein muß.

Produktdesign: Büro Prof. Eberhard Stauß, München

PARKLINE. Das Garagen-System von Dyckerhoff & Widmann, 8000 München 100. 089/924092.



FUSSBALL / Länderspiel gegen Italien heute mit Rolff für Olaf Thon – Harte Diskussion um die Reformpläne des DFB

Es gibt doch noch eine Überraschung zum Spiel der deutschen Fußball-Nationalmannschaft gegen Weltmeister Italien (heute ab 14.25 Uhr live im ZDF). Teamchef Franz Beckenbauer ist offensichtlich vorsichtig geworden. Er plante mit dem offensiven Mittelfeldspieler Olaf Thon neben Felix Magath. Gestern änderte er sein Konzept: Für Thon spielt der eher defensive Wolfgang Rolff vom Hamburger SV. Beckenbauer: „Was ich will, ist eine kontrollierte Offensive." Und: „Von mir aus können wir ruhig mal 0:0 spielen."

So wollen sie spielen

Schumacher
(31 Jahre/64 Länderspiele/1. FC Köln)

Buchwald (24/3/Stuttgart) – **Augenthaler** (28/8/München) – **Herget** (30/17/Uerdingen) – **K. H. Förster** (27/71/Stuttgart)

Matthäus (24/36/München) – **Rolff** (26/13/Hamburg) – **Magath** (32/34/Hamburg) – **Briegel** (30/61/Verona)

Rummenigge (30/86/Inter Mailand) – **Klaus Allofs** (29/36/1. FC Köln)

Auswechselspieler: Stein (31/4/Hamburg), Thon (19/7/Schalke 04), Falkenmeyer (22/3/Frankfurt), Littbarski (25/38/Köln), Gründel (28/1/Hamburg), Allgöwer (29/8/Stuttgart), Mill (27/7/Gladbach). – **Italien:** Galli – Tricella – Bergomi, Vierchowod, Cabrini – Conti, Baresi, Ancelotti, Bagni – Altobelli, Serena. – **Schiedsrichter:** Ion Igna (Rumänien).

Köppel: Wir müssen gewinnen

ULRICH DOST, **Avellino**

Mit dem Spiel gegen Weltmeister Italien in Avellino beginnt für die deutsche Fußball-Nationalmannschaft die Vorbereitungsphase für die Weltmeisterschaft im Juni in Mexiko. Sechs Spiele ohne Sieg, eine beispiellose Negativserie in der Geschichte des deutschen Fußballs, haben Teamchef Franz Beckenbauer, Trainer Horst Köppel und die Spieler in Zugzwang gebracht. Die WELT sprach mit Horst Köppel.

WELT: In den letzten Spielen hat die deutsche Mannschaft viel Kredit verspielt. Was besonders negativ auffiel, war die lasche Einstellung, mit der die deutschen Spieler auftraten. Können Sie sich das weiter gefallen lassen?

Köppel: Mit Sicherheit nicht. Franz Beckenbauer und ich haben hier in Avellino deutliche Worte gesprochen. Wer es jetzt nicht begriffen hat, dem ist nicht mehr zu helfen. Wir haben den Spielern Konsequenzen angedroht, wenn sie nicht mitziehen. Wir machen keinen Halt vor prominenten Namen.

WELT: Der Zuschauer hat doch wohl ein Recht darauf, daß wenigstens die Einstellung bei den Spielern stimmt.

Köppel: Ich war selber lange genug Spieler und kann verstehen, daß sie, zumal die Qualifikation ja geschafft war, etwas lasch zur Sache gingen, aber akzeptieren kann ich es nicht. Wenn bei vier, fünf Spielern nur fünf Prozent an Konzentration nachläßt, dann ist das eben zuviel. Gegen Italien soll ein neuer Anfang gemacht werden. Wir müssen unbedingt gewinnen.

WELT: Dafür soll in erster Linie wieder Felix Magath sorgen. Der Hamburger Spielmacher saß im September in Stockholm auf der Bank, weil er die Erwartungen nicht erfüllt hatte. Trauen Sie ihm jetzt zu, das deutsche Spiel zu lenken?

Köppel: Das haben wir ihm eigentlich immer zugetraut. In Stockholm haben wir ihn für einen defensiven Spieler geopfert. Danach verletzte er sich. Bei unseren großen Siegen war er immer dabei. Ohne ihn lief es auch nicht besser. Alles, was wir da probiert haben, ging daneben.

WELT: Die meisten Experten würden es eher Bernd Schuster zutrauen, die Rolle des Spielmachers zu übernehmen. Ist dieses Thema endgültig ausgestanden?

Köppel: Es hat doch keinen Sinn mehr mit ihm. Ich meine, da sind wir sogar zu weit gegangen. Wenn einer dreimal sagt, daß er nicht mehr will, dann müssen wir uns eben damit abfinden. Es ist nicht einfach mit ihm. In Barcelona hat er jetzt schon wieder zwei Tage unentschuldigt beim Training gefehlt. Persönlich tut mir das sehr weh, daß er nicht mehr will. Aber das ist vorbei, er kommt nicht zurück, damit müssen wir leben.

WELT: Selbst Hansi Müller hat sich wieder ins Gespräch gebracht. Spielt er eine Rolle in den Planungen?

Köppel: Ganz bestimmt nicht. Die Zeit des Hansi Müller ist vorbei. Das wurde zuletzt doch alles nur hochgespielt. Es kommt doch nicht von ungefähr, daß alle Klubs, bei denen er spielte, nicht zufrieden waren mit ihm. Von Insidern weiß ich, daß auch die Innsbrucker derzeit mit ihm nicht hundertprozentig zufrieden sind. Es ist doch nicht immer so, wie es der Hansi verkauft. Das glaubt ihm doch niemand mehr. Nichts gegen Hansi, er ist sympathisch und aufgeschlossen, aber er ist eben nicht mehr der große Fußballspieler. Und außerdem: die Technik von Felix Magath ist auch nicht die schlechteste, er kommt auch in der Höhenlage gut zurecht.

WELT: Rudi Völler, ein Stürmer der Extraklasse, spielt seit einem halben Jahr nicht mehr. Befürchten Sie, daß er zur Weltmeisterschaft nicht mehr rechtzeitig in Form kommt?

Köppel: Wenn Rudi nicht spielen könnte, wäre das ein Verlust für jede Mannschaft der Welt. Ich glaube aber, daß er bald wieder spielt und auch seinen alten Leistungsstandard erreicht. Noch ist es ja Zeit genug. Wenn er aber erst wieder im März oder April eingesetzt werden kann, wird die Zeit sehr knapp. Aber wir gehen davon aus, daß er bis zur Weltmeisterschaft schon wieder die nötige Spielpraxis hat.

WELT: Bei der WM gibt es keine Spiele, die man mit links gewinnen kann. Wenn die deutsche Mannschaft gefordert wurde, konnte sie fast immer überzeugen. Kommt der Modus ihrem Team daher entgegen?

Köppel: Wahrscheinlich schon. Wir müssen bei jedem Spiel hundertprozentig konzentriert sein. Da kann sich niemand hängenlassen. Ich glaube, daß wir Gruppensieger werden, ganz bestimmt aber Zweiter. Wie es danach weitergeht, entscheidet auch das Glück.

STAND ● PUNKT

Winterpause? Es geht nur ums Geld

Der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes hat in Italien, fernab dem Zugriff seiner Landesfürsten und Vereinsbosse, machtvoll verkündet, was sich künftig alles ändern soll: 16 Vereine statt 18 Vereine in der ersten, 16 statt 20 Klubs in der zweiten Liga und darunter vier Amateur-Regionalligen. Wer ihm deshalb „Profilierungssucht" (Dortmunds Präsident Rauball) vorwirft, muß sich fragen lassen, ob er das von den Klubs selbst zum Thema Nummer eins erklärte Problem nicht wieder auf einen Nebenkriegsschauplatz abschiebt.

Was Neuberger sagt, ist schließlich keine neue, alles umwälzende Idee. Eine ähnliche Konzentration der Kräfte und Erweiterung des Termin-Spielraums hatten die Manager der Bundesliga-Klubs schon vor zwei Jahren beschlossen, ehe ihre eigenen Präsidenten dann mit 15:3 gegen sie stimmten.

In der jetzt erneut ausbrechenden Aufregung sind vorerst nur zwei Ansatzpunkte der Argumentation interessant: Vier Spiele weniger in der ersten Liga machen eine sinnvolle Winterpause möglich. Aber die nicht ganz so attraktiven Klubs fürchten die geringeren Einnahmen.

Da wird der Widerspruch deutlich: Es geht weniger um eine Pause als um mehr Freiheit, außerhalb des Pflichtspiel-Programms Einnahmequellen zu erschließen. Bei Freundschaftsspielen und Hallen-Turnieren, möglichst mit von Zuschauerzahlen unabhängigen Festgagen. Deshalb freut sich jetzt Bayern München, deshalb zetert der VfL Bochum.

Es geht, wichtig genug, ums Geld, um nichts weiter. Was über sportliche Qualitätsverbesserung gemutmaßt wird, erscheint dagegen nur vorgeschoben. Auch in einer Liga mit 16 Klubs gibt es Spitzengruppe, Mittelfeld und Abstiegszone, gibt es interessante und langweilige Spiele, Stars und graue Mäuse. Wenn jetzt Düsseldorf, Hannover, Saarbrücken und Schalke (die derzeit letzten vier der Tabelle) abstiegen, kämen auch nicht mehr Zuschauer zu Köln, Leverkusen oder Uerdingen.

Nur Leistung bringt Geld, und sie fragt nicht danach, ob 16 oder 18 um die Meisterschaft kämpfen. *que*

Nur die Großen stehen zu Neubergers Plänen

dpa, **Hamburg**

Hermann Neuberger ist in die Schußlinie geraten. Die im Trainingslager der Fußball-Nationalmannschaft im italienischen Avellino bekanntgegebenen Pläne des Präsidenten des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) zur Neuordnung des deutschen Profi-Fußballs stießen zum Teil auf harte Kritik und Ablehnung. Übelgenommen wurde Neuberger dabei auch „der Alleingang von Avellino".

Fast die Hälfte der 18 Erstliga-Klubs sprach sich am Dienstag in einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur (dpa) gegen eine geplante Reduzierung der Bundesliga von 18 auf 16 Vereine in der Saison 1987/88 aus. Während die Spitzenvereine aus Bremen, München, Hamburg, Stuttgart, Leverkusen, Frankfurt und Köln die Neuberger-Intiative begrüßten, erteilten die Vertreter der womöglich von einer Streichung bedrohten Klubs aus Hannover, Saarbrücken, Kaiserslautern, Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen und Düsseldorf dem DFB-Boß schon jetzt eine Absage. Die Vereine aus Mannheim, Mönchengladbach, Nürnberg und Uerdingen wollten sich noch nicht festlegen. Deutlichster Befürworter der Pläne ist Bayern Münchens Manager Uli Hoeneß, der schon einmal eine Reduzierung der Liga auf 14 Vereine gefordert hatte. Er sagt: „Ich freue mich, daß Herr Neuberger unsere Auffassung vertritt."

Kaiserslauterns Präsident Jürgen Friedrich bringt die Meinung der Reform-Gegner auf einen Nenner: „Zwei fehlende Heimspiele würden viel Geld kosten." Horst-Fredo Henze von Hannover 96 ergänzt: „Für die Spitzenklubs mag es lukrativ sein, wenn sie zusätzliche Freundschaftsspiele abschließen können. Wir hätten bei einem Punktspiel mehr Zuschauer." Bochums Boß Ottokar Wüst: „Wir haben international keinen so großen Namen, daß wir diesen Ausfall durch Freundschaftsspiele auffangen können." Ähnlich argumentiert auch Schalkes Manager Rudi Assauer: „Ich kann nicht einsehen, daß wir zwei Einnahmen abstreichen sollen. Die Termine werden doch nur für die Nationalmannschaft freigemacht."

Der Streit David gegen Goliath ist programmiert. Die Bundesliga-Präsidenten werden sich auf ihrer Sitzung am 21. Februar mit den Plänen befassen. Die Zweitliga-Klubs wollen am 12. März darüber diskutieren.

Mehr als die geplante Reduzierung brachte Neuberger sein Alleingang von Avellino in die Schußlinie. Hart ins Gericht mit Neuberger ging dabei vor allem Dortmunds Präsident Reinhard Rauball: „Diese Profilierungssucht des Modellstifters Neuberger ist unerträglich." Sein Schalker Kollege Hans Joachim Fenne dazu: „Im übrigen ist das wieder die alte Verfahrensweise des DFB, sich im Ausland zu äußern, ohne die Betroffenen zu konsultieren." Bayer Uerdingens Manager Reinhard Roder befürchtet gar negative Folgen: „Ich bedauere die Alleingänge des DFB-Präsidenten, die für ein schlechtes Verhandlungsklima sorgen." Mannheims Präsident Wilhelm Grüber nannte es „schlechter Stil, wenn die Beteiligten nicht vom DFB direkt, sondern über die Presse von geplanten Änderungen erfahren".

Hermann Neuberger wehrte sich in Avellino energisch gegen die Vorwürfe: „Seit drei Wochen wird über die Studie geschrieben, werden Äußerungen zitiert, die nicht vom DFB kommen. Warum sollte dem DFB-Präsidenten das Recht verweigert werden, sich zu äußern? Warum sollte er leugnen, daß es die Studie gibt?"

In den Regional- und Landesverbänden finden die Neuberger-Pläne zwar größtenteils Zustimmung, allerdings werden allgemein finanzielle Probleme befürchtet. „Die Reduzierung der Bundesliga und der 2. Liga ist mit Sicherheit richtig. Man kann nicht nach der Winterpause schreien und das bisherige Spielsystem beibehalten", erklärte Richard Jacobs, Vorsitzender des Südbadischen Fußballverbandes. Karl Maurer, Vorsitzender des Regionalverbandes Südwest, gibt zu bedenken: „Es wäre sicherlich wünschenswert, die Bundesliga auf 16 Klubs zu verkleinern, aber wegen des Einnahmeausfalls dürfte die Zahl 18 praxisnäher sein." Wilhelm Küfner, Geschäftsführer des Bayrischen Fußball-Verbandes: „Diese Pläne treffen den Nerv der Amateurklubs und bewirken eine entscheidende Änderung, deren Folgen jetzt noch nicht absehbar sind."

NACHRICHTEN

Sowjetisches Finale

Tilburg (dpa) – Die beiden Sowjetrussen Artur Jussupow (25) und Andrej Sokolow (35) bestreiten (wahrscheinlich ab 2. März) das Finale im Kandidatenturnier zur Schach-Weltmeisterschaft. Jussupow gewann in Tilburg gegen den Niederländer Jan Timman 6:3. Zuvor hatte Sokolow bereits seinen Landsmann Waganjan in Minsk mit dem gleichen Ergebnis besiegt.

Schneller Schwede

Malmö (sid) – Bei den schwedischen Kurzbahn-Meisterschaften der Schwimmer war die Weltbestzeit von Michael Groß über 200 m Freistil (1:44,5) in Gefahr. In Malmö erreichte Tommy Werner mit 1:45,43 Minuten die zweitbeste bisher erzielte Zeit.

Neuer Cheftrainer

Düsseldorf (dpa) – Der Deutsche Leichtathletik-Verband hat einen neuen Cheftrainer für den Nachwuchs gefunden. Wolfgang Ruth (40), Absolvent der Kölner Trainerakademie, wird Nachfolger von Jürgen Mallow, der als Landestrainer nach Berlin geht.

Vertrauen zu Brei

Düsseldorf (sid) – Das Präsidium von Fortuna Düsseldorf, Tabellenletzter der Fußball-Bundesliga, hat seinem Trainer Dieter Brei einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. In den letzten Wochen wurde immer wieder über eine Ablösung von Brei spekuliert.

Aufholjagd gestoppt

Pebble Beach (GAB) – Beim Golfturnier in Pebble Beach (Kalifornien) stoppten Unwetter die Aufholjagd von Bernhard Langer (Anhausen). Wegen unbespielbaren Platzes fiel nach der zweiten auch die auf Montag verlegte vierte Runde aus. Damit blieb Langer in der Endabrechnung auf dem 13. Rang und kassierte 11 250 Dollar für seine 78+69+68 = 215 Schläge. Der überlegene Sieg von Fuzzi Zoeller (USA), der 69+66+70 = 205 Schläge brauchte, wurde mit 108 000 Dollar honoriert.

ZAHLEN

SKI ALPIN

Weltcup, Super-Riesenslalom der Männer in Crans Montana: 1. Girardelli (Luxemburg) 1:47,34, 2. Wasmeier (Deutschland) 1:47,46, 3. Müller 1:47,64, 4. Heinzer (beide Schweiz) 1:47,65, 5. Eder (Deutschland) und Stock (Österreich) 1:48,04, ... 16. Renoth 1:49,12, 26. Dürr 1:49,87, 30. Eigler 1:49,94, 37. Roth (alle Deutschland) 1:50,21. – Stand im Weltcup: 1. Girardelli 167 Punkte, 2. Müller 164, 3. Wirnsberger (Österreich) 137, 4. Stenmark (Schweden) 127, 5. Petrovic (Jugoslawien) 125, 6. Wasmeier 119. – **Weltcup-Slalom** der Frauen in Piancavallo: 1. Charvatova (CSSR) 1:28,08, 2. Pelen (Frankreich) 1:28,11, 3. Oertli (Schweiz) 1:28,19, 4. Svet (Jugoslawien) 1:28,31, 5. Strobl (Österreich) 1:28,35, 6. Erika Hess (Schweiz) 1:28,46, ... 12. Lazak (Deutschland) 1:29,00. Maria Epple-Beck schied im ersten Durchgang aus.

FUSSBALL

Englischer Pokal, 4. Runde, Wiederholungsspiel: Watford – Manchester City 0:0 n. Verl.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Memphis (Tennessee), 1. Runde: Denton (USA) – Hlasek (Schweiz) 5:7, 6:3, 7:6, Slozil (CSSR) – Forget (Frankreich) 7:5, 3:6, 6:3, Lloyd (England) – Testerman (USA) 6:4, 6:2.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 2 493 333,90 Mark, 2: 162 608,70, 3: 11 736,40, 4: 149,00, 5: 10,10. – **Toto,** Elferwette: 1: 102 496,90, 2: 3324,20, 3: 286,10. – 6 aus 45: 1: 234 982,30, 2: unbesetzt, 3: 9526,30, 4: 164,10, 5: 11,90. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 2624,80, 2: 677,30. – Rennen B: 1: 1499,90, 2: 419,90. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 2 642 767,10.
(ohne Gewähr)

SKI ALPIN / Markus Wasmeier auf Platz zwei

„Ein Rennen wie im Traum"

dpa/sid, **Crans Montana**

Nun kommt Markus Wasmeier doch noch in Schwung, der 22jährige Riesenslalom-Weltmeister aus Schliersee. Am Montag Dritter, gestern Zweiter – das waren seine Placierungen bei den Weltcup-Rennen im Super-Riesenslalom von Crans Montana. Das zweite Rennen gewann der luxemburgische Weltcup-Sieger der letzten Saison, Marc Girardelli. Dritter wurde der Schweizer Abfahrts-Spezialist Peter Müller.

„Daß ich den Marc Girardelli nicht ganz erreicht habe, kann mich nicht ärgern. Denn jetzt bin ich wieder motiviert. Ich stehe endlich wieder richtig auf dem Ski. So war es ein Rennen wie im Traum", jubelte Wasmeier im Ziel. Und dann: „So etwas gibt mir vor den beiden Abfahrten und dem Super-G am Wochenende in Morzine Sicherheit."

Fünf deutsche Skiläufer waren am Montag unter die ersten 15 gekommen, aber Michael Eder als Siebenter und Hans Stuffer als Neunter wurden wegen vertauschter Startnummer disqualifiziert. Gestern zeigte Eder Nervenstärke: Mit dem fünften Rang bestätigte der Bischofswiesener seine Zugehörigkeit zur Weltklasse. Mit emporgerissenen Armen kommentierte Eder sein Resultat: „Es ist ein ganz neues Gefühl für mich. Bisher habe ich immer im Schatten anderer gestanden, aber nie den Glauben an mich verloren. Ich wußte, daß in dieser Saison meine Zeit kommt, dann, wenn endlich der erste Super-G gefahren werden kann." Sein bisher bestes Resultat war der fünfte Platz beim Super-G im vorigen Winter in Garmisch-Partenkirchen.

Als dritter deutscher Läufer drang Josef Schick (Berchtesgaden) mit dem achten Platz erneut in die Weltklasse vor. Schon am Vortag hatte er den siebenten Rang erreicht.

LEICHTATHLETIK / Thränhardt und Mögenburg stehen unter Druck

Angriff auf 2,40 m – mit Ballett-Tanz

KLAUS BLUME, **Bonn**

„Ich stehe unter Druck", sagt er, „und da komme ich auch nicht raus. Dabei muß ich ruhiger werden." Einschätzung eines Hochspringers. Und die Hoffnung: „Vielleicht werde ich ruhiger, vielleicht schaffe ich es, mich bis zum Samstag gut zu fühlen."

Am letzten Sonntag hat er in Stuttgart 2,30 m übersprungen, er, der Olympiasieger Dietmar Mögenburg. Nach 22 Stunden Flugreise aus Toronto mit Umsteigen in Montreal, Paris und Frankfurt. „Höher ging es nicht, nicht an dem Abend." Was keiner Entschuldigung bedarf, denn 2,30 m, gesprungen im Januar, sind eine solide Leistung, eine vernünftige Basis für das, was kommen soll. Mögenburg und sein Freund Carlo Thränhardt haben in diesem Winter damit verblüfft; Thränhardt sogar mit 2,34 m.

Bei den deutschen Hallenmeisterschaften am Samstag in Sindelfingen kann der Hochsprung also wieder zur Parade-Disziplin werden. Denn Mögenburg liegt die Anlage in Sindelfingen. Dennoch baut er vor: „Entweder springe ich gleich zu Beginn über 2,30 m oder es geht gar nicht. Dann fahre ich gleich wieder nach Hause."

Er steht eben unter Druck, genauso wie Carlo Thränhardt. Denn beide wollen wieder dorthin, wo sie einst waren: an die Weltspitze. Schließlich ist ihnen im letzten Jahr so manches widerfahren, was in ihrer Karriere einen Knick verursacht hat. Da sprangen die beiden Sowjetrussen Powarnizin und Paklin als erste über 2,40 m und dann sogar über 2,41 m. Das war dann jene neue Qualität, auf die Mögenburg und Thränhardt sonst immer hingearbeitet hatten. Nur eben nicht im letzten Jahr. Da ging es ums Regenerieren und ums Auskurieren von Verletzungen und Erkrankungen. Trotzdem wollten beide kontern. Was freilich ein Unding war. Eine Nierenbeckenentzündung machte Mögenburg zu schaffen – Regenerieren statt Rekordsprünge.

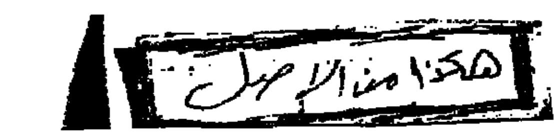
Nun wollen beide wieder nach oben. „Ich bin jetzt fünfundzwanzig", sagt Mögenburg, „und da will ich mir von den Jungen noch keine überbraten lassen." Die Jungen, das sind zum Beispiel der Amerikaner Jim Howard und der Schwede Patrik Sjöberg. Bis hinein in die Pausengestaltung zwischen den Sprüngen imitieren sie Mögenburg und Thränhardt. Erfolgreich übrigens, denn Sjöberg gilt als 2,40-m-Aspirant. „Die Leute haben von uns gelernt, sogar unsere speziellen Situationen", sagt Mögenburg, was ihnen förderhin nicht mehr zum Vorteil gereichen soll.

Denn Dragan Tancic, der nunmehr teilzeitbeschäftigte Bundestrainer, Thränhardt und Mögenburg haben ein Abkommen getroffen, bis 1988 zusammenzuarbeiten. Und Tancic hat daraufhin eine neue Trainingskonzeptionen ausgeklügelt: Viele Belastungen mit gedehntem Muskel und viel Ballett-Tanz. Tancic sagt: „Keiner trifft sich präziser als ein Tänzer." Was bedeutet: keiner beherrscht seinen Körper exakter. Die Hochspringer werden davon profitieren. Mögenburg sagt: „Und obendrein haben wir nun auch mehr Erfahrungen. Wir wissen, was uns jede Übung im Zusammenhang bringt, wir sind von Dragan genauestens instruiert worden, was man mit Übungen, mit Lebenseinstellung und Lebensweisen verursachen kann – positiv wie negativ." So wurde denn gearbeitet, in Estepona, in Südspanien.

Die sowjetischen 2,40-m-Springer, der Vormarsch der jüngeren Konkurrenten, die mitunter als hämisch empfundenen Bemerkungen in den Zeitungen, Mögenburgs Weggang vom Renommierklub ASV Köln, im Ärger – das alles war Motivation, es noch einmal zu versuchen, drei Jahre lang, im Winter wie im Sommer. Nichts da vonwegen Zehnkampf, Rallye-Abenteuer oder gar Studium. „Ich habe zu nichts mehr Zeit," sagt Mögenburg, „denn als Amateur mußt du dich um tausend Dinge kümmern. Hochsprung ist ein Fulltime-Job."

Es gilt nunmehr die im sozialen Wohungsbau gesetzlich vorgeschriebene Zimmer-Mindesthöhe ohne Hilfsmittel zu überspringen – 2,40 m. Das zu schaffen, hat sie wieder kribbelig gemacht. Deshalb organisieren, trainieren, investieren und springen sie wieder. Und natürlich wegen der Europameisterschaft im August in Stuttgart. Schließlich ist Mögenburg Titelverteidiger.





STELLENGESUCHE



Diplom-Ökonom, Diplom-Finanzwirt

311

Prädikatsexamen, fundierte betriebswirtschaftliche und steuerrechtliche Kenntnisse, 6-jähr. Tätigkeit in der Finanzverwaltung (Veranlagung/Großbetriebsprüfung) und Industrie (Konzernsteuerabteilung), in ungekündigter Stellung;

sucht leitende Tätigkeit auf dem Gebiet des Steuerwesens.

Auskünfte gibt: Frau Staedel
Fachvermittlungsdienst Bochum, Universitätsstraße 66, 4630 Bochum 1,
☎ 0234/305-581, FS 825309

Diplom-Ingenieur (FH) Bauwesen

312

33, FH Darmstadt, Schwerpunkt Konstruktiver Ingenieur-Bau; 1jähr. Auslandspraktikum. CAE-Kurs „Anwendungsfachmann Bauwesen“; gute engl. und arab. Sprachkenntnisse; Erfahrung in Lebensart/Kultur im arabischsprachigen Raum und in Zusammenarbeit mit Verwaltung/Behörde;

sucht Tätigkeit im Vertrieb, Bereich Baustoffe/-maschinen, arab. Ausland.

Auskünfte gibt: Herr Gräuler
Fachvermittlungsdienst Bochum, Universitätsstraße 66, 4630 Bochum 1,
☎ 0234/305-651, FS 825309

Diplom-Ingenieur (FH) Bauwesen

313

35, Bauzeichnerlehre, 2 Jahre Bauzeichner, Zusatzpraktikum als Einschaler und Eisenbieger; 9 Jahre Berufspraxis im konstr. Ing.-Bau, konstr. Bearbeitung von 5 Spannbetonbrücken, 2 Krankenhäusern, Sparkassen, Lager- und Kfz-Halle, Industriebau, Umbau eines großen Altbaukomplexes; Stat. und konstr. Bearbeitung von Hoch-, Wohnungs- und Umbauprojekten mit EDV-Unterstützung und Trommelplotter. 6-mon. Weiterbildungslehrgang zum CAE-Anwendungsfachmann Bauwesen;

sucht in CAD und CAE Mitarbeit bei der Anwendung, Produktion, Entwicklung und/oder Kundenbetreuung nach gründlicher Einarbeitung auch in anderem Ing.-Fachbereich.

Auskünfte gibt: Herr Gräuler
Fachvermittlungsdienst Bochum, Universitätsstraße 66, 4630 Bochum 1,
☎ 0234/305-651, FS 825309

Diplom-Kaufmann und Bankkaufmann

314

34, nachweisliche Aquisitionsbefähigung, Auslandserfahrung, englische und spanische Sprachkenntnisse; langjährige Führungserfahrung im Bank- und Exportfinanzierungsbereich;

sucht entwicklungsfähige Managementaufgabe in Bank oder Industrie, ortsungebunden.

Auskünfte gibt: Frau Hinke
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1,
☎ 0211/8226-515, FS 8588292

Diplom-Kommunikationswirt

315

30, HdK Berlin 1985, Industriekaufmann, Ausbildereignungsprüfung; Studienschwerpunkte: Kommunikationsplanung und verbale Gestaltung;

sucht Anfangsstellung z.B. im Bereich FFF, Print- oder Neue Medien, in Werbe- oder PR-Agentur oder in der freien Wirtschaft.

Auskünfte gibt: Frau Maderner
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16, 2000 Hamburg 1,
☎ 040/2485-2495, FS 2163213

Diplom-Ökonom

316

28, led., *Univ. Oldenburg „sehr gut“, Grundkenntnisse Englisch, Französisch;*

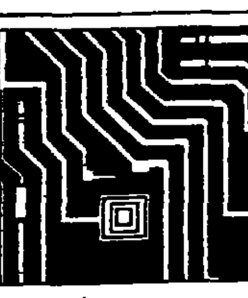
sucht Stelle als Assistent im Bereich Marketing/Finanzierung.

Auskünfte gibt: Herr Ahlers
Fachvermittlungsdienst Oldenburg, Osterstr. 15, 2900 Oldenburg, ☎ 0441/228-358

Fachvermittlungsdienste gibt es bei den Arbeitsämtern in Augsburg, Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt, Gießen, Göttingen, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kiel, Köln, Mainz, München, Münster, Nürnberg, Oldenburg, Saarbrücken, Stuttgart, Würzburg.
Wenn Sie an einem der heutigen Angebote interessiert sind, wenden Sie sich bitte an die angegebene Adresse. Suchen Sie andere qualifizierte Fach- und Führungskräfte, holen Sie bitte weitere aktuelle Angebote bei Ihrem Fachvermittlungsdienst ein.



Bundesanstalt für Arbeit



Berufs-Chancen in der Elektronik/EDV-Branche

...unter diesem Titel erschien in der WELT am

1. Februar

eine Vielzahl von Stellenangeboten speziell aus diesem Wirtschaftszweig.
Sind Sie daran interessiert – sei es, daß Sie sich beruflich verändern wollen oder sich einfach mal über die Angebote der Elektronik/EDV-Branche informieren möchten?
Dann schicken Sie uns den Coupon. Sie erhalten in wenigen Tagen die Ausgabe zugeschickt – selbstverständlich kostenlos.

An: DIE WELT, Stellen-Service, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.
Bitte schicken Sie mir kostenlos die WELT vom 1.2.1986 mit zahlreichen Berufs-Chancen in der Elektronik/EDV-Branche.

Name: ____________________

Straße/Nr.: ____________________

PLZ/Ort: ____________________

Beruf: ____________________

01-569

Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. (44)

- Umfassende Führungserfahrungen in mittelständischen Unternehmen: Investitionsgüter/Metall, Konsumgüter/Kunststoff;
- damit verbunden breite Facherfahrungen: Konzeption/Planung/Controlling, neue Produkte/neue Technologien, Vertriebssteuerung inkl. eigener Akquisition, Organisation/Datenverarbeitung etc.;
- besondere Erfahrung: Rationalisierung/Umstrukturierung;
- pragmatischer Generalist mit Detailzugriff. Systematiker, der aber auch zupackend improvisieren kann. Führung durch eigenes Vorbild, *daher stets gute Akzeptanz;*
- jetzt erfolgreicher Geschäftsführer Konzernbetrieb, möchte sich verändern.

Ziel: Gesamtverantwortung in unabhängigem, überschaubarem Unternehmen mit guten Entwicklungsmöglichkeiten.
Ortsungebunden, jedoch Raum NRW/Norddeutschland eher bevorzugt.

Zuschriften bitte unter S 8601 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

BILDSCHIRMTEXT – PROJEKTLEITER

31 J., sucht neuen Wirkungskreis.

Fertigkeiten
- Aufbau relat. Datenbanken und Zielbringung über interakt. Medien.
- Konkret. von in-a. offhousesystems, GBG; s. ext. Rechner, Rechnerverbund.
- Edit. branchenspezif. Anbieter-Programme.
- Aufbau u. Leitung von Vertriebnetzen für Marketing- u. Werbegesellschaften.
- Einsatz v. BTX zur Steuerung des Außendienstes, Bestellwesen, Lagerverwaltung, kompart. zum betriebsint. EDV-System.

Angebote erbeten unter T 8536 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer

mit abgeschlossener kaufmännischer Ausbildung sowie Berufserfahrung, Serviermeister mit AEVO und im gesamten Empfangs- u. Kassenbereich mit Kontrollwesen, 48 J. alt, 2sprachig, sucht neuen Wirkungskreis zum 1. 4. 86; selbständiges, verantwortungsvolles Aufgabengebiet.
Ang. erb. unt. B 8588 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

ORIENT-FACHMANN

für alte und antike Orientteppiche, mit über 20jähriger Erfahrung, guten Verkaufserfolgen, *sicherem Auftreten, sucht verantwortungs*volle Position in einem Haus mit gutem Namen.
Zuschr. erb. unt. K 8595 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Oberbauleiter

dynamische Persönlichkeit, 48 J., mit allen Kenntnissen u. Erfahrungen, die ein mittelständisches Bauunternehmen benötigt, um in der heutigen Zeit noch erfolgreich bestehen zu können, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe.
Zuschriften unter K 7869 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

ARZT

40 Jahre, 10 J. Kassenerfahrung und Betriebsmedizin, sucht Position in Industrie, Wirtschaft, Behörde oder dergl., halb- oder ganztags ab 1. 7. 86 oder 1. 10. 86 im RaumHamburg/Lübeck. Zuschriften erb. unt. D 8524 an *WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen*

Geschäftsführung auf Zeit

Langjähriger Geschäftsführer erfolgreicher Unternehmen, jetzt als Unternehmensberater spezialisiert auf Sanierungen und Geschäftsführung auf Zeit im In- und Ausland, sucht weitere Aufgaben. Erstklassige Referenzen.

Zuschr. u. R 8600 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmännische Führungskraft

Dipl.-Kfm., Mitte 40, langj. Tätigkeit in Industrie, Wirtschaftspr.-Ges., Finanzverwaltung und als kaufm. Leiter im Dienstleistungsgew. Erfahrungsschwerpunkte: Feststellung und Beseitigung von betrieblichen Schwachstellen aller Art, Aufbau und Durchsetzung von Cost-Controlling-Systemen (u. a. EDV-gestützte Materialwirtschaft), Budgetkontrolle, Bilanzierung, Einkauf.,
sucht neue unternehmerisch orientierte Tätigkeit, evtl. auch Unternehmensberatung, Revisionsleitung o. ä.
Zuschr. erb. u. R 8534 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Marineoffizier

(Fregattenkapitän), 46, langjährige Erfahrungen an Bord (4 Jahre Kommandant) und im Ministerium *(10 Jahre), Auslandsver*wendung (3 Jahre), sucht neue Aufgaben ab 10/86.
Zuschr. erb. unt. C 8589 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ehemaliger Selbständiger, Baumschulen-, *Garten- und* Landschaftsbau,

sucht Anstellung für die Pflege der Außenanlagen

von Villen- bzw. Betriebsgärten. Alter 49 Jahre, verh., ev., mit allen Arbeiten vertraut, Führerschein Kl. 3 vorh. Wohnungsbeschaffung erwünscht.
Angeb. unt. F 8592 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Justizbeamter ohne Dis., kaufmännische Ausbildung, Bundeswehr, 26 Jahre, Erfahrung im Innen- und Außendienst sucht neuen interessanten Wirkungskreis, gerne Kfz-Branche, sehr kontaktfähig, flexibel und ortsungebunden. Angebote unter P 8489 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gel. Schriftsetzer, 24 Jahre, ledig, BW abgeleistet 3/86, mit sehr guten Deutsch- u. Geschichtskenntnissen, sucht Anfangsstellung als

Korrektor

zum 1. 4. 86 oder später.
Ang. unt. E 8591 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Fachlich qualifizierte

Transport-Schadensabwicklung

Reimer Hinz, Berner Weg 15, 2 HH 65, Schiffahrtskfm., Mitte 40, EKS-ler, bish. Tätigkeit: Geschäftsf./Management einer unabhängigen Gutachterorganisation, kfm. Leitung, techn. Know-how, Problemlösg. Ich suche eine adäquate Position, Ortswechsel akzeptabel.

Junger Mann

bisher Zahntechniker, sucht gutbezahlte Arbeit jed. Art.
Tel. 0 23 63 / 5 54 10

Ärztebesucher

Diplom-Biologe, versiert, 59 J., Raum Hamburg, sucht Stellung.
Tel. 0 41 65 / 69 13

Exportmanager

46 J., seit 5 Jahren im Ausland, sucht neue Aufgabe in Hamburg.
Angebote erbeten unter PS 48932, an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Volljuristin

(Einst.) Ex.-Note vollbefr., 28 J., einsatzfreudig u. belastbar, sucht Anf.-Stellung im Großraum HH.
Zuschr. unt. N 8488 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

SERIÖSE DAME

Anf. 40, sucht verantwortungsvolle Aufgabe als Betreuerin, Gesellschafterin (mit allen häusl. Kenntn. vertraut), Reisebegleiterin, Sekretärin (Deutsch, *Engl., Franz.)* bei *kultiviertem u. auf*geschl. Herrn od. Dame.
Zuschr. unter U 8339 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann

39 J., verh., 2 Kinder, aus Kiel, seit 1972 selbständig mit einem Hoch*baubetrieb und seit 1979 mit Einzel*handelsbetrieben, DOB, Geschenkartikel, Wolle und Confiserie, möchte aus konjunkturellen und persönlichen Gründen nach Süddeutschland zurück und sucht daher entsprechende Position.
Tel. 04 31 / 65 03 90 oder 67 34 51 (Beyer) bzw. Zuschr. unt. Z 8586 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Japan

Speditionskaufmann, 21, 2½ J. Praxis, Imp./Exp., Luftfr., Deutsch/Engl., flexib., selbst. arb., kooperativ, belastb., s. Tätigk. in Japan.
Zuschriften erbeten unter M 8531 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Suchen Sie einen loyalen und erfolgreichen

Nachfolger oder rechte Hand (Vertriebsprofi)

Ich, 33, habe 13 Jahre beste Erfolge im Vertrieb (Deutschland + USA) u. in Mitarbeiterführung. Wegen zu schwacher Kapitaldecke gebe ich meine Selbständigkeit auf (Finanzen) und stehe Ihnen als positiv denkender Partner zur Verfügung.
Zuschriften unter N 8576 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Volljurist

31 J., verh., einsatzfreudig u. flexibel, Ausbildungsschwerpunkte allgemein. Zivilrecht, Arbeitsrecht, Strafrecht, Engl.-Kenntn. gut, sucht Anfangsstellung bei Bank, Handel, Industrie, Ver*band od. Rechtsanwalt.*
Zuschr. unter M 8575 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Soziologe

33, m. abgeschlossener bibliothekarischer u. kaufm. Ausbildung, sucht Tätigkeit i. d. Bereichen Information u. Dokumentation od. Marktforschung.
Zuschr. u. L 8596 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIPLOM-PHYSIKER

Kerntechnik, EDV-Erfahrung, sucht neue Aufgabe in der Energietechnik in Norddeutschland.
Ang. u. P 8599 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Hifi-TV-Fachverkäufer

Gelernter Einzelhandelskaufmann, 47, Erfahrung: Einkauf, Dekoration u. Werbung, *ungekündigt, sucht* verantwortungsvolle Tätigkeit, möglichst Hifi-Sektor. Angebote unter S 8535 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienstler

*Gebiet: Ostwestfalen u. Münster*land, sucht nebenberufliche Tätigkeit, evtl. hauptberuflich od. tät. Teilhaberschaft.
Zuschr. u. U 8405 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Kaufmann

Anf. 40, langjähr. Außendiensterfahrung, sucht interessante Vertretung im Raum Norddeutschland.
Zuschr. unt. L 8574 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Viels. Ind.-Kfm. (Chemie)

weibl., 33 J., möchte 2 bis 3 Mon. in England arbeiten.
Zuschr. erb. unt. D 8590 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Controlling – Rechnungswesen – ORG/EDV

Dipl.-Kfm., 43, erfahren in erfolgsorientierter Planung und Steuerung nationaler und internationaler Gesellschaften, sucht neue Aufgabe, vorzugsweise in Norddeutschland, als

Controller/GF

Spezielles Know-how: *Unternehmensziele und Strategien planen und realisieren* – Organisation und Leitung der Bereiche Unternehmensplanung, Betriebswirtschaft, Kostenrechnung, Berichtswesen-Installation moderner Planungs-, Kontroll- und Informationssysteme-Organisations- und Wirtschaftlichkeitsanalysen-Programme zur Kostensenkung und Ergebnisverbesserung-internaionale Kooperationen, Controlling von Beteiligungen, Englisch verhandlungssicher, Holländisch, Französisch.

Kontakte erbeten unter E 8525 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche sofortige neue Aufgabe

Den Wert meiner Lebenserfahrung schätze ich so hoch ein, wie den meiner Zeugnisse. Nach 4 J. Ausb. u. Arbeit i. USA suche ich Pos., wo d. Vielf. d. Ber. erw. u. honor. wird. Erf.: Restaurant-Service, Verk. u. Verw., Organis. v. Vortrags-Reisen, Lehrer f. Deutsch. Zeugn. u. Erf.: Staatl. gepr. Hebamme, Ehe- u. Fam.-Beraterin, psycho-phys. Geburtsvorb. f. nat. Geb., viele Seminare, Publikat., Vortr., esot. Wissensch. W., 37 J., nicht ortsgeb. Zuschr. erb. u. H 8682 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungsaufgabe Vertrieb Versicherung

Geschäftsstellenleiter, größeres regionales Gebiet, fundiertes Wissen in Leben, Sach, HUK und Rechtsschutz, Ende 30, örtlich ungebunden, sucht – gerne auch für einen späteren Zeitpunkt – an*spruchsvolle Aufgabe wie Übernahme einer Filial-/Landesdirektion* mit Orga- und Personalverantwortung, evtl. auch Eintritt als Partner in Großagentur.
Ihr Angebot erbitte ich unter G 8593 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche Wirkungskreis auf beratendem und betreuendem Sektor

abgeschl. Theologie-Studium, 2. Examen, kaufm. Ausbildung u. Berufstätigkeit, Kenntnisse u. Erfahrung in Seelsorge, Gesprächsanalysen, Führung v. Mitarbeitern, Organisation, Lehramtsbefähigung, 38 J., verh., nicht ortsgebunden.
Ang. unt. A 8587 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Geben Sie Ihrem Unternehmen eine Zukunft

durch promov. Wirtschaftsfachmann, der insbesondere in dem Postleitraum 2 seine Qualifikation als Führungskraft mit der Tendenz zum Verkauf zur Verfügung stellt.
Zuschr. u. M 8597 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vertrieb – Hartnäckiger, führungserfahrener, erfolgr. Außendienstler sucht zum 1. 4. 86 seriöses Unternehmen zwecks Umsatzaktivierung, mögl. NRW/Westf. Keine Kapitaleinl. Zuschriften erb. unt. G 8527 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmännische Führungskraft/Außenhandel

Hamburger Bank-/Außenhandelskaufmann, 38 J., Fremdsprachen: Englisch, Spanisch, Italienisch, mit langjähriger Auslandserfahrung und nachweisbaren Erfolgen in der Erschließung neuer Märkte, Einführung von Produkten (Markenartikeln, Konsumgütern, Food u. Nonfood, techn. Erzeugnissen), im Aufbau von Produktionsbetrieben im Ausland, Führung leistungsorientierter Handelsniederlassungen in Übersee, Steuerung von Vertriebspartnern in Exportmärkten sowie der Betreuung und Pflege anspruchsvoller Großkunden in Südamerika, Spanien, Italien, Südostasien, sucht verantwortungsvolles Aufgabengebiet in Handel/Industrie, auch im Auslandseinsatz. – Ortsungebunden, mobil, kurzfristig verfügbar.
Zuschr. erb. u. F 8526 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.
Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu stark ermäßigten Preisen berechnet. 1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,70.

20 mm / 1spaltig
DM 114,- zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 342,- zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 199,50 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

01-358

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

_______ mm hoch; _____spaltig zum Preis von DM _________ zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ____________________

Straße/Nr.: ____________________

PLZ/Ort: ____________________

Vorwahl/Telefon: ____________________

Unterschrift: ____________________

Der Anzeigentext:

Die FDP besteht darauf, daß Genscher nach den Wahlen Außenminister bleibt

„Kontinuität auch über den Koalitionswechsel hinaus" / Das Programm der Freien Demokraten

BERND CONRAD, Bonn

Die Freien Demokraten haben ihren Anspruch bekräftigt, auch nach der nächsten Bundestagswahl im Januar 1987 in einer Koalition mit der CDU/CSU das außenpolitische Ressort zu besetzen. „Die FDP weist die größte Berechenbarkeit in der Außenpolitik auf. Darum ist es folgerichtig, daß sie mit Hans-Dietrich Genscher wieder den Außenminister stellen will", sagte FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann gestern bei der Vorlage von „Schwerpunkten liberaler Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik".

In dem am Vortag vom FDP-Bundesvorstand einstimmig als Diskussionsgrundlage beschlossenen Text heißt es dazu: „Seit 1969 wird die deutsche Außenpolitik von FDP-Außenministern geführt. In diesen 16 Jahren hat die FDP immer wieder eine Politik der Vernunft gegen alle Widerstände von rechts und links durchgesetzt. Auf die Leistungen von Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher ist die FDP stolz. Auch in Zukunft wollen wir Liberalen die Garanten für eine Außenpolitik sein, die weder rückwärts gerichtet ist noch Illusionen anhängt, sondern die sich mit mutigen Ideen den neuen Herausforderungen stellt."

Bundesaußenminister Genscher sagte: „Die FDP garantiert Kontinuität auch über Koalitionswechsel hinaus." Auf die Frage, ob die Vorstellungen der Freien Demokraten möglicherweise auch in einer Koalition mit der SPD zu verwirklichen wären, erwiderte Genscher, die sicherheitspolitischen Gründe, die zur Entfremdung von SPD und FDP geführt hätten, seien in der Zwischenzeit noch nachhaltiger geworden. „Unser Konzept insgesamt kann besser mit dem derzeitigen Koalitionspartner verwirklicht werden."

Dennoch lassen die außenpolitischen „Schwerpunkte" deutlich das Bestreben der FDP erkennen, sich zumindest in Nuancen von den Unionsparteien abzuheben. So wird mit Nachdruck für eine „neue Phase realitischer Entspannungspolitik" plädiert und die Absicht bekundet, durch Rüstungskontrolle, Abrüstung und politische Zusammenarbeit über Blockgrenzen hinweg eine „europäische Friedensordnung" anzustreben, in der die Völker „friedlich und ohne Angst voreinander leben können".

Als einen zentralen Punkt bezeichnete Genscher das Festhalten an der „Bündnisstrategie der Kriegsverhinderung". Offensichtlich mit dem Blick auf das amerikanische Weltraumverteidigungssystem (SDI) wird in den „Richtlinien" festgestellt, eventuelle Veränderungen der Strategie und der Bewaffnung der NATO könnte nur „vom Bündnis als Ganzem" beschlossen werden.

Der FDP-Text lehnte eine Wehrpflicht für Frauen ab, will den Frauen aber das Recht zugestehen, künftig freiwillig und gleichberechtigt in den Dienst der Bundeswehr treten zu können. Ziel der Verteidigungspolitik sei es, Europa innerhalb der NATO zu einem „gleichgewichtigen Partner Nordamerikas" zu machen.

In der Deutschlandpolitik geht es nach Auffassung der FDP „derzeit nicht um spektakuläre Aktionen, sondern um mühsame schrittweise Überwindung der Teilung im Interesse der Menschen." Dabei gehen die Freien Demokraten in dem Wunsch nach einer verstärkten Zusammenarbeit weiter als die Union, indem sie neben einer Intensivierung der Regierungskontakte auch „Parlamentsbegegnungen" fordern. Berlin soll weiter „eine hervorragende Rolle" spielen und in das deutsch-deutsche Vertragssystem einbezogen werden.

Anklage gegen Alkem „aus der Luft gegriffen"

dpa, Hanau

Die Staatsanwaltschaft Hanau wird den ersten Teil ihrer Ermittlungsverfahren gegen die Nuklearfirmen Alkem, Nukem und Reaktor Brennelement-Union (RBU) wegen Verdachts auf illegalen Betrieb von Anlagen sowie gegen zwei leitende Beamte des hessischen Wirtschaftsministeriums und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) wegen Verdachts auf Beihilfe zu diesem Delikt „frühestens Ende März oder Anfang April" abschließen.

Oberstaatsanwalt Albert Farwick teilte auf Anfrage mit, am weitesten gediehen seien die schon vor Monaten eingeleiteten Nachforschungen gegen die Plutonium verarbeitende Fabrik Alkem. Die Rechtsanwälte der Unternehmensvertreter erhielten noch in dieser Woche Einsicht in die Akten der Justizbehörde. Danach müßten die Beschuldigten entscheiden, ob sie sich vernehmen lassen, schriftlich äußern oder die Aussage verweigern. Erst dann könne die Staatsanwaltschaft ihre Arbeit beenden. Für diese Verfahrensschritte bestehe keine zeitliche Vorgabe.

Berichte, die Justiz werde im Fall Alkem wahrscheinlich Anklage erheben, nannte Farwick „aus der Luft gegriffen". Fortschritte erzielten die Staatsanwälte nach Farwicks Darstellung auch bei ihren Nachforschungen gegen RBU. An dritter Stelle in der zeitlichen Reihenfolge befinde sich das Ermittlungsverfahren im Fall des Uran verarbeitenden Werks Nukem. Die Mitarbeiter der Atomabteilung im hessischen Wirtschaftsministerium und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann seien noch nicht gehört worden.

Kernkraftgegner, unter ihnen vor allem die hessischen Grünen, fordern die Stillegung der Betriebe, da die Firmen illegal arbeiteten. Politikern von SPD, FDP und Unionsparteien wurde in Medienberichten vorgeworfen, Verstöße der Unternehmen gegen das Atomgesetz gedeckt, Sicherheitsauflagen nicht vollzogen, Bedenken mißachtet und eine Schließung der Werke wider besseres Wissen verhindert zu haben.

Bei einer Verurteilung drohen den Verantwortlichen mehrjährige Haftstrafen, außerdem können ohne entsprechende Genehmigung betriebene Anlagen stillgelegt werden.

Papst fordert Ende des Rüstungswettlaufs

Johannes Paul II. spürte auch Distanz zu den Indern

dpa, Kalkutta

In der „sterbenden Stadt", wie Kalkutta selbst von der indischen Regierung bezeichnet wird, bekam der Papst aus Polen gestern heimatliche Klänge zu hören. „Stolat, stolat . . ." tönte die polnische Geburtstagshymne (lang soll er für uns leben) aus den Lautsprechern auf dem zentralen Paradeplatz von Kalkutta, als Johannes Paul II. zur Feier der Messe eintraf.

Diese Melodie dürfte für die vielen Tausend Menschen, die seit Stunden im Staub gesessen und auf dieses Ereignis gewartet hatten, ebenso fremd geklungen haben, wie die zum Kirchenlied umfunktionierte vatikanische offizielle Hymne, die auch zur Einstimmung abgespielt wurde.

Dabei wirkte die Kulisse für diesen Papstauftritt vor dem dunklen Himmel der beginnenden Nacht in dieser Stadt, wo Millionen von Menschen ohne ein festes Dach über dem Kopf am Straßenrand leben, bombastisch. Der Altar in der Form einer Votivlampe war in tagelanger Arbeit und mit großem finanziellen Aufwand erstellt worden. Der Papsthron als züngelnde Flamme ließ das Kirchenoberhaupt fast als übernatürliches Wesen erscheinen.

Der Kontrast wirkte noch stärker, wenn man bedenkt, daß der Dienstag auch ein Feiertag für die Hindu-Gottheit Kali, der Schutzpatronin der Millionenmetropole in Westbengalen, ist.

Die Schwierigkeit, die christliche Botschaft in diesem geistlichen Umfeld zu verkünden, hat wohl auch der Papst gespürt. Der Beifall war nur sekundenlang, als er ausrief: „Laßt endlich die Reden, die keine Stimme haben, laßt Indien sprechen, laßt die Armen von Mutter Teresa und alle Armen der Welt sprechen."

Wie zuvor in Neu Delhi waren auch in Kalkutta nicht die ärmsten der Armen zu dem Papst geströmt, wobei das dicht gedrängte Programm des Pontifex offenbar auch keinen Besuch in den unmenschlichen Elendsiedlungen, die das Stadtbild prägen, zuließ. Vor allem in den streng abgeteilten vorderen Plätzen vor dem Altar saßen meist gut gekleidete Menschen, Ordensangehörige, Belegschaften der von der katholischen Kirche geführten Schulen, die eine höhere Bildung vermitteln.

In einer Messe am Morgen in der nordostindischen Stadt Shillong vor mehr als 200 000 Menschen hatte der Papst die Inder aufgefordert, den atomaren Rüstungswettlauf nicht zu unterstützen.

Chnoupek ist Gastgeber in Karlsbad

Co. Bonn

Mit dem Hubschrauber flog Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gestern zu Konsultationen mit seinem tschechoslowakischen Amtskollegen Bohuslav Chnoupek nach Karlsbad. Es handelt sich um den ersten Kontakt Genschers mit einem Ostblock-Außenminister in diesem Jahr. Genscher will in der ersten Jahreshälfte außerdem noch mit den Außenministern Rumäniens, Polens, Ungarns und Bulgariens zusammentreffen, die ebenfalls nach Bonn kommen werden. Ein turnusmäßig anstehender Besuch des sowjetischen Außenministers Edward Schewardnadse in der Bundeshauptstadt ist bisher nicht vereinbart.

Der Bundesaußenminister will mit Chnoupeck vor allem die Entwicklung der West-Ost-Beziehungen nach dem Reagan-Gorbatschow-Gipfel besprechen. Außerdem wird er bilaterale Fragen der wirtschaftlichen Kooperation, der Zusammenarbeit beim Umweltschutz, der Kulturbeziehungen und humanitäre Probleme erörtern. Ursprünglich war auch noch ein Abstecher Genschers nach Prag zur Gesprächen mit Staatspräsident Husak und Ministerpräsident Strougal im Gespräch. Doch daraus wurde aus Termingründen nichts.

Serben sprechen von „Völkermord"

AFP, Belgrad

In einer Petition an das jugoslawische Parlament in Belgrad und das Parlament der serbischen Teilrepublik haben 212 serbische Intellektuelle die Behörden aufgefordert, „dringende und wirksame" Maßnahmen gegen den an den Serben begangenen „Völkermord" in der Provinz Kosovo zu ergreifen. Unter den Unterzeichnern der Petition sind alle Mitglieder des 1984 in Belgrad gegründeten Komitees zur Verteidigung der Redefreiheit sowie namhafte Vertreter aus Kultur und Kirche. Mit ihrer Eingabe unterstützen die Intellektuellen den Aufruf von 2000 Serben und Montenegrinern aus Kosovo, die im Oktober 1985 den Schutz ihrer in der Verfassung garantierten Rechte gefordert hatten. Die Petition war von den jugoslawischen Behörden als „nationalistisch" zurückgewiesen worden.

Kabinett für Freiheit Mandelas?

AP, Johannesburg

Eine Mehrheit im südafrikanischen Kabinett ist nach einer Meldung der Wirtschaftszeitung „Business Day" für die Freilassung des inhaftierten Gründers des verbotenen Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Nelson Mandela. Wie es in der Meldung weiter hieß, stammt diese Information von einem „prominenten" Mitglied der Regierungspartei unter Präsident Pieter Botha. Jedoch zögere die südafrikanische Regierung noch, da sie in erster Linie befürchte, eine Freilassung Mandelas könne neue politische Gewalttaten auslösen.

Am Montag hatte Winnie Mandela, die Frau des Inhaftierten, vor der Presse erklärt, ihr Mann lehne das Angebot von Präsident Botha ab, ihn aus der Haft zu entlassen, wenn die UdSSR die Regimekritiker Sacharow und Schtscharanski freigebe.

Weiter Einreisen über die „DDR"

mj. Braunschweig

Vier Tage nach der Mitteilung der „DDR"-Nachrichtenagentur ADN, man werde den Asylantenzustrom in die Bundesrepublik Deutschland über den Ostberliner Flughafen Schönefeld drosseln, meldete das Bundesgrenzschutzamt Braunschweig gestern unvermindert hohe Einreisezahlen. Am vergangenen Wochenende und am Montag seien insgesamt 155 Libanesen, Palästinenser, Inder, Pakistani und Ghanesen mit Interzonenzügen in Helmstedt eingetroffen; endgültige Zahlen vom Dienstag lagen noch nicht vor. Wegen des besonderen Status der Stadt hatte die „DDR" West-Berlin von dieser Maßnahme ausgeklammert. In Bonn hofft man darauf, daß die „DDR" ihren Statusvorbehalt gegen ein Verschließen dieses Schlupflochs lediglich formell geltend mache.

Diepgen: Neugier auf „DDR" wecken

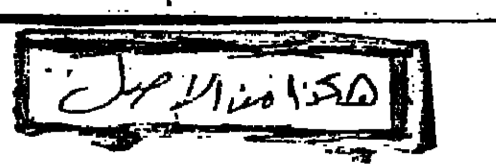
hrk. Berlin/Hamburg

Erich Honecker, so glaubt Eberhard Diepgen, steht zur Zeit auf der „Höhe seiner Macht". Ost-Berlin betreibe eine „durchaus nicht erfolglose West-Politik, die seine internationale Reputation steigert und aufwertet". Das habe auch Auswirkungen auf West-Berlin. Dennoch, so äußerte Berlins Regierender Bürgermeister vor dem Übersee-Club in Hamburg, gebe es in Ost-Berlin eine Diskussion um die Nachfolge des SED-Chefs.

Einen Tag nach seinem Routine-Treffen mit dem sowjetischen „DDR"-Botschafter Wjatscheslaw Kotschemasow in Ost-Berlin – der Diplomat kritisierte, wie üblich, die Präsenz des Bundes und des Bundespräsidenten in West-Berlin – bekannte sich Diepgen nachdrücklich zu den Grenz- und Vertragsformulierungen von Bundeskanzler Helmut Kohl und von Bundespräsident Richard von Weizsäcker.

Die Bundesrepublik Deutschland, wiederholte Diepgen, erhebe keine Gebietsansprüche „gegen irgendjemanden" und werde dies auch in Zukunft nicht tun. Dies sei „genau so" in den Warschauer und Moskauer Verträgen niedergelegt. Diepgen wandte sich entschieden gegen mehrere denkbare Optionen in der Deutschlandpolitik: „Die Destabilisierung der DDR, ihre Umarmung duch uns, die große Initiative, die deutsche Frage für endgültig entschieden zu halten oder sie durch reine Deklamationen für offen zu erklären – alle diese Optionen sind, bei Licht betrachtet, Illusionen." Der CDU-Politiker trat dafür ein, die Deutschlandpolitik zu „einer Sache von vielen" zu machen. Die inneren Verhältnisse in der „DDR" und in Ost-Berlin seien für viele Mitbürger bei uns grau und langweilig. Die Kenntnisse über Deutschland Ost seien mangelhaft, all dies müsse und könne sich ändern." Man müsse sich in der Bundesrepublik bemühen, „innenpolitisch eine DDR-Neugier zu wecken. Das kann die Politik und der Staat nicht allein. Was uns fehlt, und das wäre dann wirklich eine zweite Phase der Entspannungspolitik, ist eine breite Verankerung der Deutschlandpolitik in alle gesellschaftlichen Gruppen hinein. Die Kirchen leisten hier Vorbildliches." Es sei vieles an dem Satz von Günter Gaus wahr: „Die DDR ist deutscher als wir."

Diepgen warnte dabei vor dem „allzu schnell emporgehobenen moralischen Zeigefinger" gegenüber der „DDR". Er stellte fest, daß „wir uns allzu leicht und oft unbewußt von den Menschen in der DDR abgrenzen, wenn wir uns vom Regierungssystem der DDR abgrenzen. Ich will eine Annäherung an die Menschen drüben erreichen. Und das können am besten unsere Menschen."



Freizeit zum Lernen

hdt. – Die Tarifrunde 1986 ist nun also wieder eingeläutet. Diesmal geht es dabei fast ausschließlich um Lohn- und Gehaltserhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen stehen kaum zur Debatte. Aber damit ist dieses Thema durchaus noch nicht vom Tisch, die von den Gewerkschaften geforderte 35-Stunden-Woche bleibt weiterhin ein Fernziel. Daß die fortschreitende Rationalisierung und die sich daraus ergebende höhere Produktivität zu Maßnahmen in dieser Richtung zwingt, wird inzwischen auch von vielen Experten außerhalb der Gewerkschaften nicht mehr bestritten.

In diesem Zusammenhang gewinnt ein Vorschlag an Bedeutung, den Klaus Luft, stellvertretender Vorstandsvorsitzender im Hause Nixdorf, in diesen Tagen machte. Er regte an, bei zukünftigen Arbeitszeitverkürzungen diese nicht mehr nur zugunsten von mehr Freizeit durchzuführen, sondern die gewonnene Stundenzahl für die berufliche Weiterbildung zu nutzen. Der Manager aus der Computerindustrie weiß, wovon er spricht.

Er denkt dabei weniger an den Nachwuchs, der heute schon früh in die Computerwelt hineinwächst, sondern vor allem an die Arbeitnehmer mittlerer Altersschichten, die zuerst Opfer weiterer Rationalisierung werden, wenn es ihnen an Wissen und Flexibilität mangelt. Gleichzeitig sieht er hier auch neue Chancen für viele arbeitslose Nachwuchs-Lehrer. Selbstverständlich ist das alles noch nicht ausgegoren, aber hier liegt ein Diskussionsbeitrag vor, der nicht übersehen werden sollte.

Neue Strategie

Wb. – Nach langjährigem Klagen über den anhaltenden Preisverfall haben sich die deutschen Unterhaltungs-Elektronik-Produzenten endlich dazu durchgerungen, das Problem selbst anzupacken. Ihre schon chronisch überhöhten Lagerbestände, die in Gestalt fast permanenter Sonderangebote auf Preise und Stimmung drückten, sind im Laufe des Jahres 1985 spürbar geschrumpft – „dynamische Anpassung von Produktion und Lagerhaltung an den Markt" nennt es die Branche. Die „Dynamik" scheint keine Übertreibung: Bei Farbfernsehern wurden die Gerätehalden bis zum Jahresende 1985 um immerhin 30 Prozent auf 519 000 (737 000) Stück, bei Video-Geräten um 40 Prozent auf 252 000 (420 000) Einheiten abgebaut. In beiden Fällen reichten die Lagerbestände nach Abzug der für den Export bestimmten Geräte gerade noch aus, den Inlandsmarkt einen Monat lang zu versorgen, heißt es, wohl auch mit dem Ziel, vom „Ladenhüter"-Image der Händler-Angebote wegzukommen. Das kann allerdings nur gelingen, wenn die neue Strategie über längere Zeit durchgehalten wird – auch wenn es schwerfällt.

DIHT / Chancen in der Außenwirtschaft weniger günstig beurteilt als im Vorjahr

Leichter Vorsprung gegenüber den europäischen Nachbarn möglich

HEINZ HECK, **Bonn**

Die außenwirtschaftlichen Perspektiven für 1986 beurteilt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) „nicht so günstig wie im abgelaufenen Jahr". 1985 hatte die Ausfuhr gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent auf 537,1 und die Einfuhr um 6,8 Prozent auf 463,8 Milliarden Mark zugenommen. Der DIHT nennt als Grund, daß sich Konjunktur- und Wechselkurseffekte nunmehr in anderer Richtung auswirken.

Von Bedeutung erscheint das Auslaufen der amerikanischen Hochkonjunktur. Das Wachstumsniveau der USA werde sich mittelfristig kaum von dem der Bundesrepublik und anderer europäischer Industrieländer unterscheiden. Die Zuwachsraten im Nordamerika-Geschäft hätten sich 1985 bereits fast halbiert (sind aber im Export immer noch doppelt so hoch wie die in die EG-Länder).

Auch werde die Bundesrepublik gegenüber den europäischen Nachbarn einen leichten Wachstumsvorsprung erreichen. Dies und die Abschwächung der amerikanischen Konjunktur würden – anders als 1985 – dazu führen, daß das Tempo in der Importentwicklung sich dem des Exports zumindest angleiche.

Von der Bereinigung der Wechselkursverzerrungen erwartet der Spitzenverband wichtige Auswirkungen. Mit dem Übereinkommen der fünf wichtigsten Industrienationen, gemeinsam an den Devisenmärkten zu intervenieren, habe sich nach der Kurswende vom Frühjahr eine zweite Dollar-Abwertung durchgesetzt. „Es ist allerdings offen, ob die am Jahresende 1985 erreichte Marke von 2,50 Mark je Dollar mehr als ein ‚Zwischenergebnis' sein kann", heißt es in der Analyse. Erhebliche Risiken werden in den ungelösten Budget- und Leistungsbilanzproblemen der USA gesehen. Auch Anpassungsdruck auf die D-Mark im Europäischen Währungssystem wird für dieses Jahr nicht ausgeschlossen.

Angesichts wachsender Verzerrungen im Außenhandel sieht der DIHT das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) „in einer kritischen Bewährungsprobe". Nur eine neue Gatt-Runde könne die weitere handelspolitische Entwicklung in geordnete Bahnen lenken. Bereits der Einsetzung eines Vorbereitungsausschusses, der Verhandlungsziele, -gegenstand und -modalitäten für eine neue Gatt-Runde festlegen soll, komme daher entscheidende Bedeutung zu. „Es bedarf jetzt des politischen Willens, in den maßgebenden Mitgliedsländern des Gatt die sensitiven Fragen einer weiteren Marktöffnung und der Stärkung der Gatt-Disziplin offensiv anzugehen und auch einer Entscheidung über die bisher umstrittene Einbeziehung des Handels mit Dienstleistungen zu treffen."

Weitere Verunsicherung registriert der DIHT in technologieintensiven Branchen wie Maschinen- und Anlagenbau, der Optik und Elektronik, soweit sie mit amerikanischen Behörden oder Unternehmen zusammenarbeiten. Reexportklauseln in den Übertragungsverträgen mit den USA dienten offiziell dazu, eine Weitergabe des betreffenden Know-how in den Ostblock zu verhindern. Die US-Embargo-Praxis könnte jedoch von weitergehenden Überlegungen geprägt sein, heißt es.

Der DIHT begrüßt die Ende 1985 vorläufig abgeschlossene Reform des Hermes-Instrumentariums. Dessen Akzeptanz habe jedoch sowohl unter der drastischen Gebührenerhöhung 1984 als auch unter mangelnder Flexibilität der Deckungspolitik gelitten. Die eigentlich politischen Umschuldungsprobleme schlügen zudem auf die Exportkreditversicherung durch. Auch sei der deutsche Anlagenbau nach wie vor schwerwiegenden Verzerrungen in der Exportfinanzierung ausgesetzt, da die Konkurrenz über Sonderfonds etwa für Mischfinanzierung verfüge, dem hier nichts entgegenzusetzen sei.

Ungeachtet hoher deutscher Handelsbilanzüberschüsse sollten Märkte in Problemländern nicht aufgegeben werden. „Ein Instrumentarium, das in Krisenzeiten in dieser Hinsicht versagt, droht seinen Zweck zu verfehlen. Allerdings sind zur Lösung der Verschuldungsfragen neue Ansätze notwendig, die über das Hermes-Instrumentarium hinausgreifen."

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Weitere Fortschritte auf dem Weg zum Binnenmarkt

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die EG-Regierungen haben gestern versucht, den Bemühungen um die Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes neue Impulse zu geben. Jedesmal, wenn es um Einzelprobleme der Rechtsharmonisierung oder der Beteiligung von technischen Handelshemmnissen geht, stehen sich im Rat jedoch unterschiedliche nationale Interessen und Traditionen gegenüber, die einen Kompromiß erschweren.

So konnten sich die Wirtschaftsminister (oder deren Vertreter) wieder einmal nicht über die Frage verständigen, wie hoch der Geräuschpegel bei bestimmten Baumaschinen sein darf. Gemeinsame Vorschriften sind für den Bau dieser Geräte von großer Bedeutung. Keine Einigung gab es auch über den Vorschlag, auf die Erhebung besonderer Postgebühren bei der Gestellung von Waren gegenüber den Zollbehörden zu verzichten. Eine Reihe von Postverwaltungen sind zu diesem Schritt nicht bereit, obwohl sie die Möglichkeit hätten, über eine Anhebung der Beförderungstarife Mindereinnahmen vorzubeugen.

Im ganzen gesehen macht die Harmonisierung jedoch trotzdem Fortschritte. So ist es gelungen, im Bereich der technischen Hemmnisse seit 1969 182 EG-Richtlinien zu erlassen. Von den noch ausstehenden Vorlagen sind sieben fertiggestellt und werden nur noch durch den Vorbehalt einer einzigen Delegation blokkiert. Sieben weitere haben, wie die niederländische Präsidentschaft gestern berichtete, gute Aussicht, noch im Laufe dieses Jahres angenommen zu werden.

Ungeklärt ist noch immer das Schicksal der Abgasrichtlinie für Kraftfahrzeuge. Nachdem sich der dänische Widerstand gegen den Ratskompromiß verhärtet hat, macht inzwischen Griechenland seine Zustimmung von einem Zuschuß der EG zur Umweltverbesserung im Ballungsraum von Athen abhängig. Spanien und Portugal hätten die Richtlinie, wenn sie vor Jahresende verabschiedet worden wäre, als „Besitzstand" der Gemeinschaft übernehmen müssen. Jetzt haben sie die Möglichkeit, die Diskussion neu aufzurollen.

Im Bereich der Freizügigkeit gelang es 1985, Richtlinien für Architekten und Apotheker fertigzustellen. Eine entsprechende Direktive für Handelsvertreter hängt noch am Widerstand Großbritanniens. Noch ausstehen auch eine Richtlinie für Bauingenieure sowie eine Vorschrift über spezifische Ausbildungsanforderungen in der Allgemeinmedizin und ein System zur gegenseitigen Anerkennung von Hochschulabschlüssen.

Für die Bundesregierung mahnte Staatssekretär Otto Schlecht Fortschritte bei der Liberalisierung des Kapitalverkehrs an. Andere Mitgliedstaaten legen besonderen Nachdruck auf die Herstellung des Gemeinsamen Marktes mit Dienstleistungen.

Lehren aus der Zinnkrise

Von WILHELM FURLER, London

Die gut 24 Wochen alte Krise am internationalen Zinnmarkt hat auch eine gute Seite. Die Lehren, die aus ihr gezogen werden, verhindern wahrscheinlich, daß sich zumindest bei diesem Rohstoff ein solches Desaster wiederholt. Denn ganz gleich, ob sich die Vertreter der im Internationalen Zinnrat zusammengefaßten 22 Regierungen aus Produzenten- und Verbraucherländern bei ihren Londoner Verhandlungen mit den Gläubigerbanken und Metallhandelshäusern schon heute einigen – was Beobachter durchaus für möglich halten: Zu retten ist das Zinnabkommen in seiner bisherigen Form gottlob nicht mehr.

Der Lösungsvorschlag, der seit einigen Wochen auf dem Tisch liegt, ist einleuchtend und fair. Vom Internationalen Zinnrat sowie von den Gläubigerbanken und den Metallhändlern wird gemeinsam eine Firma (Newco) gegründet und mit 270 Millionen Pfund ausgestattet.

Newco übernimmt die Verpflichtungen des alten Zinnkartells in Höhe von etwa 900 Millionen Pfund (drei Milliarden DM) sowie den Bufferstock des Zinnrats mit 85 000 Tonnen Zinn. Die Verwaltung der Schulden und deren Abbau durch den vorsichtigen Verkauf der Zinnvorräte über einen Zeitraum von drei Jahren dürften gewährleisten, daß der Zinnhandel in geordneter Weise und ohne zu große Preisstürze abgewickelt werden kann.

Daß sich die Verbraucherländer, allen voran etliche EG-Mitglieder (einschließlich Deutschland) und Japan, so hartnäckig weigerten, ihren gemeinsamen Anteil in Höhe von 100 Millionen Pfund beizusteuern (ebenfalls 100 Millionen Pfund sollen von den Erzeugerländern, 50 Millionen von den Händlern und 20 Millionen Pfund von den Gläubigerbanken kommen), ist allerdings verständlich. Schließlich waren ja nicht sie für die aberwitzigen Stützungskäufe und damit für die Zahlungsunfähigkeit des Ausgleichsfonds direkt verantwortlich.

Aber eine erhebliche Mitschuld trifft sie insofern, als sie gegenüber den produzierenden Mitgliedsländern wie Malaysia, Indonesien oder Thailand zu stark entwicklungspolitische Rücksichtnahme übten und dem Preispoker innerhalb des ohnehin höchst fragwürdigen Kartells zu wenig Druck entgegensetzten.

Beim letzten, sechsten Zinnabkommen des Internationalen Zinnrats von Ende 1981 hatten die Erzeugerländer nämlich wieder einmal einen weit überhöhten Zinnpreis beansprucht. Die Spanne wurde von 8329 Pfund (Mindestpreis) bis 10 826 Pfund je Tonne festgesetzt. Noch 1966 hatte der Mindestpreis bei 1100 Pfund gelegen.

Die USA als größte Verarbeiter von Zinn verabschiedeten sich damals aus dem Kartell. Die Abnehmer bemühten sich, den Zinnverbrauch zu reduzieren oder das Metall ganz zu ersetzen; insbesondere in der Weißblech- und Konservendosen-Herstellung. Zudem unterboten Anbieter außerhalb des Zinnkartells den künstlich hohen Preis, um sich größere Anteile am Weltmarkt zu sichern – so etwa Brasilien, dessen Zinnförderung sich seit 1963 mehr als verzehnfacht hat, die Sowjetunion und China.

Der Bufferstock-Manager der Zinnorganisation mußte immer häufiger stützend eingreifen und die preisverderbenden Zinnmengen aus den Außenseiterländern aufkaufen. Am 24. Oktober konnte er schließlich nicht mehr anders, als seine Zahlungsunfähigkeit zu erklären.

Jetzt kann ein neuer Anfang gemacht werden – ohne Kartell und ohne Eingriffe in den Marktmechanismus. Für die Erzeugerländer wird der Verfall der Preise von 8140 Pfund bei der Aussetzung des Zinnhandels auf möglicherweise nur 5000 Pfund sowie die Beschaffung von zusammen 100 Millionen Pfund zum Kapital der Newco nur schwer zu verkraften sein. Eines der ärmsten Länder, Bolivien, das zwar nicht Mitglied im Zinnrat ist, sich ihm aber eng angelehnt hatte, bestreitet 40 Prozent seines Außenhandels mit Zinn. Bei Malaysia, dem größten Zinnproduzenten, macht der Rohstoff fast zehn Prozent der Exporte aus.

Doch auch ihnen ist klar, daß jetzt nicht mehr einfach zur Tagesordnung übergegangen und wieder ein kartellgestützter, künstlicher Mindestpreis festgesetzt werden kann. Einmal mehr lautet das Fazit, daß realistische, marktorientierte Rohstoffpreise auf längere Sicht nicht nur im Interesse der Verbraucher, sondern auch im Interesse der Anbieter liegen.

AUF EIN WORT





„Es wird immer wieder behauptet, die deutsche Verbundwirtschaft würde nicht ausreichend positiv gegenüber der Fernwärme eingestellt sein. Dies trifft nicht zu. Viele Versorgungsunternehmen sind bereit, ab Kraftwerk Fernwärme zum Selbstkostenpreis herzustellen. Doch diese Wärme ist leider in der Regel mit elektrischer Leistungseinbuße verbunden."

Dr. Günther Klätte, Mitglied des Vorstandes des RWE, Essen.

FOTO: DIE WELT

Entlassungen befürchtet

dpa/VWD, **Bad Wörishofen**

Das deutsche Handwerk beurteilt seine wirtschaftliche Entwicklung in den ersten drei Monaten 1986 überwiegend negativ. Nach einer Prognose der „Deutschen Handwerks Zeitung" (DHZ), der Handwerkskammern und des Ifo-Instituts wird die Beschäftigung im Handwerk im 1. Quartal in fast allen Branchen zurückgehen, am stärksten im Baugewerbe. Etwa jedes zweite Bauunternehmen rechne mit Entlassungen, dagegen nur sieben Prozent mit Einstellungen. Nur Zulieferer und grafische Betriebe rechneten mit einer leichten Zunahme ihres Personalbestandes.

KFZ-STEUER

Erhöhung für „Alt-Diesel" rückwirkend beschlossen

HH, **Bonn**

Die Konferenz der Länderfinanzminister hat jetzt beschlossen, daß für sogenannte „Alt-Diesel", also vor dem 1. Januar 1985 erstmals zugelassene Diesel-Personenwagen, die Kfz-Steuer rückwirkend zum 1. Januar von 14,40 auf 18,80 Mark je 100 Kubikzentimeter Hubraum erhöht wird. Zuvor war erwogen worden, diese Erhöhung zunächst zurückzustellen, bis die Europäische Gemeinschaft Grenzwerte für die Rußpartikelemission festgelegt hat.

Der neue Vorsitzende der Finanzministerkonferenz, Hamburgs Senator Horst Gobrecht, erklärte vor Journalisten, eine vorläufige Zurückstellung der Steuererhöhung für schätzungsweise zwei Millionen Fahrzeuge hätte jedoch „schwerwiegende rechtliche Probleme aufgeworfen und erhebliche verwaltungsmäßige Schwierigkeiten zur Folge gehabt".

Mit dem Gesetz zur Förderung des schadstoffarmen Pkw vom 22. Mai 1985 war die Steuererhöhung beschlossen worden. Darin hieß es aber auch, daß Alt-Diesel, soweit sie nicht die strengen US-Werte einhalten, erst dann als schadstoffarm anerkannt werden, wenn in der EG die Grenzwerte für die Partikelemission festgelegt sind. Dies gilt nach dem Gesetz selbst dann, wenn sie die gleichen Schadstoffemissionen haben wie Fahrzeuge, die nach dem 1. Januar 1985 erstmals zugelassen sind und nur eine ermäßigte Steuer zahlen.

Gobrecht hofft darauf, daß die Werte aus Brüssel möglichst bis zum Sommer vorliegen, damit – soweit erforderlich – die Steuerbescheide umgehend geändert und zuviel entrichtete Beträge erstattet werden können.

VERBRAUCHERVERBAND

Novelle des UWG gegen die Interessen der Konsumenten

dpa/VWD, **Bonn**

Die von der Regierungskoalition beabsichtigte Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) ist nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) gegen die Interessen der Verbraucher gerichtet. Das vorgesehene Verbot, bei Sonderangeboten mit einer mengenmäßigen Beschränkung zu werben, und das ebenfalls geplante Verbot von Preisgegenüberstellungen würden genau das Gegenteil bewirken, kritisierte die AgV am Dienstag in Bonn. Die UWG-Novelle soll heute zusammen mit einer Änderung des Ladenschlußgesetzes und weiteren wirtschafts- und verbraucherrechtlichen Vorschriften, die in einem Sammelgesetz zusammengefaßt sind, in einer Sondersitzung des Bundestages beraten werden.

Wenn Händler die Abgabe von preisgünstigen Sonderangeboten nicht mehr mengenmäßig beschränken und den Verkauf an Wiederverkäufer ausschließen dürfen, werden nach Meinung der AgV die meisten Handelsunternehmen sehr bald auf die Werbung mit preisgünstigen Angeboten verzichten. Bei einer Umsetzung der Koalitionspläne bestehe die Gefahr, daß Konkurrenten alle entsprechenden Artikel wegkaufen und der Verbraucher leer ausgehe.

Auch bei einem Verbot, durchgestrichene Preise niedrigeren gegenüberzustellen, werde der Verbraucher den Schaden haben. Wenn der Gesetzgeber die Werbung preisaggressiver Großanbieter verhindern wolle, werde ein entsprechendes Verbot das Image eines „Tiefpreis-Anbieters" nicht berühren, aber jenen kleinen Händler treffen, der auch gern einmal mit augenfällig herabgesetzten Preisen mehr Kunden ins Geschäft bekommen wolle.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Produktion um vier Prozent gestiegen

Bonn (dpa/VWD) – Die Produktion in der Bundesrepublik ist 1985 im Vergleich zum Vorjahr um vier Prozent gestiegen. Die Industrieproduktion erhöhte sich im Jahresvergleich um 5,5 Prozent. Die Bautätigkeit ging um elf Prozent zurück, teilte das Bundeswirtschaftsministerium mit. Im Dezember ist die Erzeugung des produzierenden Gewerbes nach vorläufigen Zahlen saisonbereinigt um 2,5 Prozent zurückgegangen. Im verarbeitenden Gewerbe war die Produktion um vier Prozent niedriger, während die Bautätigkeit nach dem starken Einbruch im November wieder um 31,5 Prozent anstieg.

Höhere Fördermenge

Wien (rtr) – Die Opec soll nach den Vorschlägen eines Sonderausschusses des Ölkartells die Fördermenge erhöhen, um einen größeren Marktanteil zu erringen. Der Ausschußvorsitzende, Venezuelas Ölminister Arturo Hernandez Grisanti, ließ aber offen, um wieviel die Produktion angehoben werden soll. Der Marktverteidigungsausschuß einigte sich darauf, für März eine außerordentliche OPEC-Konferenz einzuberufen. Unklar ist noch, ob Saudi-Arabien dieser Sonderkonferenz zustimmen wird.

Milliardenlücke

Warschau (AFP) – Polen ist nicht in der Lage, die in diesem Jahr fälligen Zinsen von drei Mrd. Dollar für seine Auslandsschulden im Westen in Höhe von 29,3 Mrd. Dollar zu zahlen. Das erklärte der hohe Beamte im Warschauer Finanzministerium, Zbigniew Karcz. Er schätzte den polnischen Außenhandelsüberschuß für dieses Jahr auf 1,5 Mrd. Dollar, zu denen nach seinen Angaben vermutlich 500 Mill. Dollar anderer Deviseneinnahmen kommen. „Damit fehlt uns eine Mrd. Dollar", erklärte Karcz.

NRW nach Moskau

Düsseldorf (AP) – Nach Bayern und Baden-Württemberg wird sich auch Nordrhein-Westfalen vom 26. Juni bis zum 4. Juli dieses Jahres mit einer Landesausstellung in Moskau präsentieren. Wie der Düsseldorfer Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen mitteilte, wird sich das Land die Selbstdarstellung unter dem Titel „Menschen und Technik in Nordrhein-Westfalen" rund 9,5 Mill. Mark kosten lassen. An der Ausstellung werden sich nach Angaben Jochimsens 247 nordrhein-westfälische Unternehmen beteiligen.

Bauindustrie widerspricht

Bonn (dpa/VWD) – Die Bauindustrie in der Bundesrepublik erwartet für 1986 im gesamten Wohnungsbau einen weiteren Produktionsrückgang um fünf Prozent nach minus 12 Prozent im Vorjahr. Die Bundesregierung geht in ihrem vergangene Woche vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht hingegen bei Wohnungsbauinvestitionen erstmals wieder von einem Plus (ein Prozent) aus. Der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Günther Herion, forderte Verbesserungen an den Plänen der Koalition zur Neuregelung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums.

Kritik am Weißen Haus

Washington (Sbt) – Angesichts wieder steigender Verluste im Stahlgeschäft üben die US-Konzerne heftige Kritik an Präsident Reagans Einfuhrpolitik. Der Vorstandsvorsitzende der Bethlehem Steel Corp. und Präsident des Amerikanischen Eisen- und Stahlinstituts, Donald H. Trautlein, hat jetzt das im September 1984 vom Weißen Haus verfügte Quotenprogramm auf freiwilliger Basis als wirkungslos bezeichnet. Nach seinen Angaben ist 1985 der auf 18,5 Prozent festgesetzte Anteil für ausländischen Fertigstahl am US-Verbrauch um nahezu 30 Prozent überboten worden.

Marktposition behauptet

Hamburg (JB.) – Das deutsche Bäckerhandwerk hat 1985 trotz erheblichen Wettbewerbsdrucks seine Position gut behauptet. Nach Angaben des Verbandspräsidenten Hans Baum wurden 1985 knapp 18 Mrd. DM umgesetzt. Das entspricht einem nominalen Plus von 3 Prozent. Das reale Wachstum liegt bei 1,7 Prozent.

DAIMLER-BENZ

Wird Beteiligung an MG abgegeben?

DW. Stuttgart/Frankfurt

Noch nicht äußern will man sich bei der Daimler-Benz AG, Stuttgart, zum angeblich beabsichtigten Verkauf der (indirekten) neunprozentigen Beteiligung an der Metallgesellschaft AG (MG), Frankfurt. Dem Vernehmen nach ist dieser Verkauf Teil jener Auflagen, mit denen das Bundeskartellamt dem Erwerb der Mehrheit der AEG durch Daimler-Benz zustimmen wird. Die Zustimmungsfrist läuft bis zum 21. Februar.

Die Daimler-Beteiligung wird über die Allgemeine Verwaltungsgesellschaft für Industriebeteiligungen mbH, München, gehalten. Sie verfügt über 35 Prozent des MG-Kapitals (280 Mill. DM). Offenbar nimmt das Kartellamt Anstoß an der Verwaltungspartnerschaft mit Siemens, neben Daimler, Deutscher Bank und der Allianz Versicherungs AG an der Verwaltungsgesellschaft beteiligt.

Die Börse bewertet das neunprozentige MG-Paket mit rund 180 bis 200 Mill. DM, angesichts dreier dividendenloser Jahre bei der Metallgesellschaft dürfte eine breite Streuung bei dem derzeit recht hohen Kursniveau nicht leicht möglich sein.

Daimler war 1981 bei MG eingestiegen, um für eine Stabilisierung des Aktionärskreises zu sorgen. Im Interesse dieser Stabilität wäre es denkbar, daß die drei anderen Partner in der Verwaltungsgesellschaft als Käufer auftreten, so Spekulationen in Frankfurt, wo im übrigen am Sinn der Verkaufsauflage gezweifelt wird. An MG sind weiter Kuwait mit rund 20 Prozent und die Gesellschaft für Metallwerte AG, Frankfurt, mit 33 Prozent beteiligt, hinter der zu gleichen Teilen die Dresdner Bank und die Afro American Investment Holding Comp., Cayman Islands, stehen.

ITALIEN

Krise in der Elektrobranche

ds, Mailand

Die italienischen Hersteller von weißen Elektrogeräten haben bei der Regierung die Anerkennung des Krisennotstands beantragt. Produktionszweige, für die der Krisennotstand ausgerufen ist, können in Italien Sondervergünstigungen zur Reduzierung der Beschäftigtenzahl in Anspruch nehmen. Dazu gehört die vorzeitige Pensionierung mit 55 Jahren und der Übergang zur sogenannten Null-Arbeit für längere Zeiträume. Die rund 120 italienischen Hersteller von Elektrogeräten beschäftigen etwa 47 000 Personen. Davon entfällt mehr als die Hälfte auf das halbe Dutzend Firmen, die große Geräte bauen.

Fast alle Unternehmen haben in den letzten Jahren hohe Kapazitätsüberschüsse angesammelt. Verbandsoffiziell wird dieser strukturelle Überhang mittlerweile auf 40 Prozent geschätzt. Entsprechend groß ist der Zwang für die Firmen, ihre Belegschaften zu vermindern.

Auch in Italien hat der verschärfte Wettbewerb einen Schrumpfungs- und Konzentrationsprozeß in Gang gebracht. Am weitesten gediehen ist der Mailänder Waschautomatenspezialist Candy, der die im vergangenen Jahr übernommene Firma Zerowatt bereits wieder aus den roten Zahlen geholt hat. Von 126 auf 30 Mrd. Lire vermindert hat sich der Verlust des Branchengrößten, Industria Zanussi, der seit Ende 1984 zu dem schwedischen Electrolux-Konzern gehört. In den ersten neun Monaten 1985 (letzte Angaben) sank der italienische Export von Kühlschränken mengenmäßig gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 3,9 Prozent, der von Geschirrspülmaschinen sogar um 19,1 Prozent.

US-HAUSHALT / Ausgaben steigen im nächsten Jahr auf 994 Milliarden Dollar

Reagan sieht harte Einschnitte vor

H.-A. SIEBERT, Washington

Nach Berichten, die in Washington kursieren und von Mitgliedern des Regierungsapparates bestätigt worden sind, wird Präsident Ronald Reagan dem Kongreß heute einen Haushaltsentwurf für das am 1. Oktober beginnende Finanzjahr 1987 vorlegen, der Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 850,4 und 994 Milliarden Dollar und damit ein Defizit von 143,6 Milliarden Dollar unterstellt. 1991 soll das US-Budget einen ersten Überschuß von 1,3 Milliarden Dollar ausweisen.

Schon jetzt steht fest, daß die Legislative wohl an der Richtung festhält, die die Zusammensetzung des Haushalts, der auf Reagans Wunsch keine neuen Steuern enthält, jedoch erheblich verändern wird. Bekanntgeworden sind die Zahlen nach Druckbeginn der vier verschiedenen Dokumente, in denen die Fiskaldetails dargelegt werden. Zu rechnen ist demnach nur mit geringfügigen Änderungen, soweit die Administration betroffen ist.

Einnahmenseite verschönt

Vergleiche mit dem laufenden Finanzjahr sind insofern schwierig, als das im Dezember in Kraft getretene Haushaltsgesetz (Gramm-Rudman-Bill) in diesem Frühjahr zu zusätzlichen Ausgabenkürzungen in Höhe von 11,7 Milliarden Dollar zwingt und das beschleunigte Konjunkturtempo die Einnahmenseite verschönt. Erst vergangene Woche haben das Haushaltsbüro des Weißen Hauses und des Kongresses das ursprüngliche Defizit für 1987 auf 182 und 178 Milliarden Dollar reduziert, so daß lediglich 34 beziehungsweise 38 Milliarden Dollar zu streichen wären, um das gesetzlich vorgeschriebene Defizitziel von 144 Milliarden Dollar zu erreichen.

Die Variable, mit der sich viel bewerkstelligen läßt, sind die Konjunkturprognosen, auf denen die Einnahmen-Schätzungen beruhen. Für 1986 haben sich beide Behörden auf ein Defizit von 220,5 Milliarden Dollar geeinigt. Nach Abzug der 11,7 Milliarden Dollar verbleibt mithin eine Lücke von 208,8 Milliarden Dollar, woraus zu schließen ist, daß weitere 26,8 bis 30,8 Milliarden Dollar durch das beschleunigte Wirtschaftswachstum „verschwinden". Der Kalkulation zugrunde liegt eine Zunahme der US-Wertschöpfung in diesem Jahr um real vier (1985: 2,3) Prozent.

Bundesvermögen im Blick

Genauer sind diese Vergleiche: Im Finanzjahr 1985 stellte der US-Haushalt mit 211,9 Milliarden Dollar einen neuen Rekord auf, verglichen mit 185,3 und 207,7 Milliarden Dollar in den beiden Vorjahren. Seit Januar 1981, als Reagan sein Amt antrat, addieren sich die Defizite, einschließlich 1987, auf 955,3 Milliarden Dollar; erst im Dezember hat der Kongreß die Verschuldungsgrenze des amerikanischen Bundes auf 2075 (1981: 950) Milliarden Dollar heraufgesetzt. Von 1981 bis 1987 beträgt das zusammengefaßte Ausgabenplus 51,3, der Einnahmenzuwachs aber nur 41,7 Prozent.

Das kühne Defizitziel erreicht Präsident Reagan im kommenden Haushaltsjahr, obwohl die Verteidigungsausgaben gegenüber 1986 um 5,8 Prozent auf 258,4 auf 273,4 Milliarden Dollar steigen (bis 1991 klettern sie sogar um insgesamt 38 Prozent auf 356,6 Milliarden Dollar). Ermöglicht wird es beispielsweise durch den Verkauf von Bundesvermögen wie Land und Kreditforderungen sowie durch Reprivatisierung. Diese Maßnahmen, obwohl kaum durchsetzbar, verkürzen das Defizit um rund 12,5 Milliarden Dollar.

Der Rotstift eliminiert ferner ganze Behörden wie die Small Business Administration (bis 1991), die Rural Development Corp., die Appalachian Regional Commission und auch die traditionsreiche Interstate Commerce Commission. Außerdem trifft die Axt die Gesundheitsfürsorge der Rentner, den sozialen Wohnungsbau, die medizinische Forschung und die verstaatlichte Eisenbahngesellschaft Amtrak. Zu den Verlierern gehören überdies (wie die Tabelle zeigt) die Farmer, der Erziehungsbereich und der Umweltschutz. Andere zivile Programme geraten ins Minus, wenn die Inflation herausgerechnet wird.

Sicherstellen will Reagan die Fortsetzung der Raumfahrt. Die Mittel der Nasa werden zunächst von 7,3 auf 7,5 und bis 1991 auf 9,5 Milliarden Dollar aufgestockt. Im einzelnen zeigen die bisher bekanntgewordenen Dokumente diese Ausgabenentwicklung, wobei die nukleare Verteidigung zum Teil im Energie-Etat enthalten ist:

(in Mrd. Dollar)	1986	1987	1991
Landwirtschaft	54,2	44,6	35,8
Verteidigung	258,4	273,4	356,6
Zivilverteidigung	20,6	20,9	25,7
Erziehung	17,8	15,4	14,0
Energie	10,1	10,2	13,1
Sozialversicherung	192,0	206,5	257,0
Soziale Leistungen	140,9	139,1	175,3
Wohnungsbau	15,2	13,9	12,7
Verkehr	26,3	24,7	22,2
Schatzamt	184,7	188,3	176,9
Umweltschutz	4,6	4,5	3,6
Nasa	7,3	7,5	9,5
Förderung von Kleinbetrieben	0,9	0,1	–

Die bessere Konjunktur sorgt dafür, daß die Einkommensteuern von 1986 bis 1991 von 354 auf 516, die Körperschaftsteuern von 70,9 auf 125,6 Milliarden Dollar steigen – was zweifellos zu optimistisch ist.

BRITISH LEYLAND / Verkaufsverhandlungen bestätigt

GM und Ford im Gespräch

WILHELM FURLER, London

Wie eine Bombe ist in Großbritannien die Bestätigung der Regierung eingeschlagen, daß mit den beiden US-Automobilkonzernen General Motors und Ford über einen Verkauf des staatlichen Auto- und Nutzfahrzeugherstellers British Leyland Verhandlungen geführt werden. Während die Gespräche mit General Motors, dem größten Kraftfahrzeughersteller der Welt, über einen Verkauf des Nutzfahrzeug-Bereichs von British Leyland einschließlich dem Land-Rover-Bereich offensichtlich schon weit fortgeschritten sind, stekken die Verhandlungen mit Ford Europa über eine mögliche Übernahme des Personenwagen-Bereichs, der Austin-Rover-Gruppe (Metro, Montego, Rover), in einem frühen Stadium.

Auf dieser Version beharren jedenfalls der neue britische Industrie- und Handelsminister Paul Channon und die Ford-Leitung Europa. Dennoch gilt in britischen Automobilkreisen als sicher, daß Ford für eine Übernahme von Austin Rover die beste Ausgangsposition besitzt, obwohl zwischen der Personenwagen-Gruppe von British Leyland und dem japanischen Herteller Honda seit Jahren eine enge Zusammenarbeit besteht.

Austin Rover, der einzige verbliebene, rein britische Massenproduzent von Personenwagen, steckt ebenso wie die Nutzfahrzeug-Division von British Leyland tief in den roten Zahlen. In den letzten zwei Jahren hat die Regierung gut 6,6 Mrd. DM an Steuergeldern in den hundertprozentigen Staatskonzern gepumpt.

Die anhaltenden Schwierigkeiten bei British Leyland lassen es nicht zu, daß dieser Staatskonzern wie zuvor Jaguar an der Börse privatisiert wird. Andererseits ist die Regierung Thatcher entschlossen, nichts mehr in das Unternehmen zu stecken.

Ford Europa hat unmittelbar nach dem Scheitern seiner Verschmelzungsverhandlungen mit Fiat im Herbst letzten Jahres Kontakte mit London über eine Übernahme des Personenwagenzweiges von British Leyland aufgenommen. Fords Marktanteil in Großbritannien, wo etwa die Hälfte seiner britischen Neuwagenverkäufe produziert werden (der Rest stammt aus den kontinentaleuropäischen Werken), würde sich mit dem Austin-Rover-Anteil von 26,5 auf etwa 45 Prozent erhöhen. In Europa würde er von 11,9 auf 15,8 und damit über den der gegenwärtig führenden Volkswagen-Audi-Gruppe (12,9 Prozent) steigen.

General Motors besitzt mit Bedford (Teil der GM-Tochter Vauxhall) bereits einen britischen Nutzfahrzeughersteller, der allerdings ebenso wie British Leyland Trucks im heimischen und insbesondere im internationalen Geschäft erheblich an Bedeutung eingebüßt hat.

Franzosen haben mehr konsumiert

J. SCH. Paris

Der globale Umsatz des französischen Einzelhandels hat sich 1985 um 6,3 Prozent auf 1231 Milliarden Franc (ca. 400 Milliarden DM) erhöht. Inflationsbereinigt verblieb eine reale Absatzsteigerung von 0,8 Prozent, teilt das statistische Amt INSEE mit. Damit wurden die Rückgänge der beiden Vorjahre von 0,4 und 0,3 Prozent praktisch ausgeglichen.

Die leichte Wiederbelebung des Verbrauchs kam vor allem dem Lebensmitteleinzelhandel zugute, dessen Verkaufsvolumen um 1,4 Prozent zunahm. Die großen Supermärkte konnten dabei dank ihrer aggressiven Preispolitik sieben Prozent und die kleineren 2,4 Prozent mehr verkaufen, während der unabhängige spezialisierte Einzelhandel und der nichtspezialisierte (Tante-Emma-Läden) reale Rückgänge von 0,8 und 3,4 Prozent verbuchten.

Auch im Nichtlebensmittelbereich verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich. Der Verkaufsanstieg von insgesamt 0,2 Prozent verwandelt sich in einen Rückgang von 1,2 Prozent, wenn man die Arzneimittel (plus 11,2 Prozent) und die Tabakwaren (plus 5,3 Prozent) ausklammert. Zugenommen haben sonst nur die Verkäufe von elektrischen Haushaltsgeräten sowie von Radios und Fernsehern.

Die Konkurswelle im französischen Einzelhandel schwächte sich 1985 ab, jedoch machte die Konzentrationsbewegung weitere Fortschritte. Vor allem die großen Einkaufszentren konnten ihren Marktanteil erneut ausweiten.

Versicherungen mit Prämienplus

frei, Wien

Nach wie vor ein kräftiges Prämienwachstum verzeichnete die österreichische Versicherungswirtschaft im vergangenen Jahr. Das gesamte Prämienaufkommen der 69 in Österreich tätigen Gesellschaften erhöhte sich um 8,3 Prozent auf 59,5 Mrd. Schilling (8,5 Mrd. DM) und damit stärker als 1984.

Als überdurchschnittlicher Wachstumsmarkt erwies sich dabei wieder einmal der Bereich der Lebensversicherungen mit einer Zuwachsrate von 13,7 Prozent. Bei einem Gesamtanteil am Prämienaufkommen von 27 Prozent ist diese Sparte aber in Österreich nach wie vor unterrepräsentiert. Sowohl die Sparkassen als auch die gewerkschaftseigene Bawag gründeten eigene Töchter; die Volksbanken beteiligten sich an einer bestehenden Versicherung (Victoria).

Für die bestehenden Gesellschaften werfen die nächsten beiden Jahre allerdings insofern Probleme auf, als Verträge mit einem Volumen von rund 20 Mrd. Schilling zur Auszahlung gelangen. Schon 1985 stiegen die Leistungen um 32,5 Prozent auf 7,7 Mrd. Schilling.

Diese überdurchschnittliche Erhöhung sorgte auch dafür, daß sich die ausbezahlten Leistungen der Assekuranz um beträchtliche 13,7 Prozent auf 38 Mrd. Schilling erhöhten. Auch in der Schaden- und Unfallsparte stiegen die Leistungen mit 11,1 Prozent (auf 23,7 Mrd. Schilling) beachtlich; die Einnahmen erhöhten sich dagegen nur um 7,2 Prozent auf 34,4 Mrd. Schilling. Die Kraftfahrzeug-Haftpflichtsparte schließt mit Verlust ab.

NAMEN

Klaus Hartlieb, Vorstandsmitglied der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, feierte am 2. Februar seinen 60. Geburtstag.

Dr. **Gerhard Zeidler** (49), Vorstandsmitglied der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, wurde von ITT zusätzlich zum General Technical Director für Europa ernannt.

Hans-Konrad Huyskens übernimmt am 1. April die Leitung des Unternehmensbereichs Haustechnik bei der Philips GmbH, Nürnberg, als Nachfolger von Dr. **Marco Cantoni**.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Dannenberg: Emmi Walter, Kauffrau, Lüchow; **Euskirchen:** Nachl. d. Karl Heinz Leonhard-Hueber; **Hagen:** Nachl. d. Helmut Noll, Wetter; **Hannover:** NOVA Bauelemente GmbH; **Kassel:** Nachl. d. Georg Werner Opfermann; **Köln:** Nachl. d. Dipl.-Kfm. Heinz Günter Kaußen; **Lehrte:** Roland Radaatz Sanitär- u. Heizungsbau, Sehnde; **Lingen:** Clemens Stover, Bauunternehmer; **Nürnberg:** Helmut Goll, Druckereibesitzer; **Ottweiler:** Schuck u. Deibert GmbH, Merchweiler; **Rendsburg:** Nachl. d. Herlof Pahl.

Anschlußkonkurs eröffnet: Heilbronn: Autohaus Altvatter GmbH, Bietigheim-Bissingen.

Vergleich beantragt: Wuppertal: Marianne Reich, Hausfrau, Velbert.

FINANZPOLITIK / Reform der Gewerbesteuer

Konzept in Mainz vorgelegt

Nea. Mainz

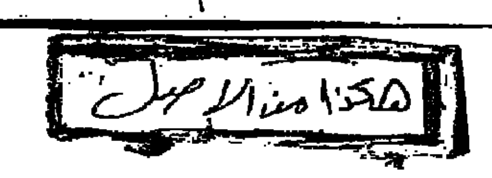
Eigene Vorschläge zur Reform der Unternehmensbesteuerung legt Rheinland-Pfalz vor. Wie auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von Ministerpräsident Vogel, Finanzminister Wagner und Wirtschaftsminister Geil (alle CDU) in Mainz erläutert wurde, zielen diese Vorschläge nicht nur wie andere Konzepte einer Steuerreform auf eine absolute Steuerentlastung, sondern vor allem auch auf mehr Gleichgewichtigkeit der Maßnahmen für alle Unternehmensformen.

Im Mittelpunkt der Mainzer Vorschläge steht die Gewerbesteuer, mit deren an sich aus steuerpolitischen Gründen wünschenswerten Abschaffung aus grundsätzlich politischen Erwägungen kaum zu rechnen sei. Statt dessen empfiehlt das Mainzer Papier, die Gewerbeertragssteuer voll auf die Einkommen- beziehungsweise die Körperschaftsteuerschuld anzurechnen.

Für die Gewerbekapitalsteuer schlagen die Mainzer Politiker vor, die bisher dem Gewerbekapital zugerechneten Dauerschulden des Unternehmens von einer Besteuerung freizustellen. Bei der Vermögensteuer soll die Doppelbelastung abgeschafft werden. Besteuert werden soll nur noch das Vermögen der Anteilseigner, nicht aber das Vermögen der Gesellschaft.

Bei der Einkommensteuer sieht das Papier wie auch andere Reformvorschläge unter anderem eine Anhebung des Grund- und Kinderfreibetrages auf 5400 bzw. 3700 Mark vor. Eine von den Mainzer Steuerexperten aufgemachte Modellrechnung sieht als Folge dieses Pakets von Maßnahmen eine Senkung der Unternehmensbesteuerung von jetzt fast 70 Prozent auf deutlich unter 60 Prozent vor.

Das Gesamtvolumen der dadurch entstehenden Steuerausfälle bei Bund und Land wird auf 35 bis 36 Milliarden Mark gesetzt. Die Vorschläge sollen noch nicht Gegenstand einer eigenen Gesetzesinitiative werden, sondern zunächst der Verbreiterung der Diskussion über eine Steuerreform dienen.



SIEMENS / „Man darf die Welt nicht provinziell betrachten" – Investitionen werden noch einmal kräftig auf rund zwölf Milliarden Mark aufgestockt

Freibeuter Kaske nach USA

gb. **München**

Für ein Unternehmen wie Siemens, das fast die Hälfte seines Umsatzes von reichlich 54 Mrd. DM im Ausland erwirtschaftet, bildet die Bundesrepublik mit einem Anteil von fünf Prozent am Welt-Elektro-Markt nur einen kleinen Ausschnitt dar. „Man darf die Welt nicht provinziell betrachten", erklärt Siemens-Vorstandsvorsitzender der Karl-Heinz Kaske und richtet sein Augenmerk vornehmlich auf die Vereinigten Staaten.

Dort hat der deutsche Elektro-Riese in den vergangenen zehn Jahren seinen Umsatz auf 5,1 Mrd. DM verzehnfacht, wobei freilich der Export aus Europa eine immer geringere Rolle spielt. Von Jahr zu Jahr ist die Produktion in eigenen Unternehmen bedeutender geworden. Siemens beschäftigt gegenwärtig in den USA 16 000 Mitarbeiter in 28 Fabrikationsstandorten sowie 200 Büros.

Auch wenn Kaske sich „mit dem Erfolg unserer Bemühungen auf diesen Markt recht zufrieden" zeigt, muß er doch auch Probleme eingestehen, die nicht zuletzt in einem Verlust von 75 Mill. DM im vergangenen Geschäftsjahr sichtbar werden. Auch im laufenden Jahr werden wieder, wenngleich geringere Verluste erwartet. Kaske: „Es ist etwas mühsam, in den USA eine Siemens-Strategie zu erkennen." Aber wenn man die Firmen zusammenkaufe wie Siemens, dann ließen sich kostspielige Umstrukturierungen eben nicht ganz vermeiden.

Den Vorwurf von Gelegenheitskäufen läßt Kaske nicht gelten. Er erzählt von einem niederländischen Unternehmerkollegen, der aus der Freibeuter-Vergangenheit seines Volkes gelernt habe, daß man ein Schiff nur kapern könne, wenn es vorbeikomme. Wenn es auch schwerfällt, sich den abwägenden Kaske als Piraten vorzustellen, die Metapher gefällt ihm offensichtlich und sortieren könne man die Beute später immer noch.

Warum ihm gerade diese Beute wichtig erscheint, erklärt Kaske so: Die USA als größter und anspruchvollster homogener Elektromarkt der Welt sei für Siemens von besonderer langfristiger strategischer Bedeutung. Per saldo stellten die USA etwa die Hälfte des Siemens zugänglichen Weltmarktes dar. Ohne ein vernünftiges Stück am Kuchen des US-Marktes ließen sich weder die immer höher steigenden Aufwendungen für Forschung und Entwicklung abdecken, noch die Stückzahlen erreichen, die man für den weltweiten Kostenwettbewerb brauche. Kaskes Ziel ist klar: „Wir wollen dort soviel Gewinn machen wie unsere US-Wettbewerber."

Im internationalen Vergleich ein normales Volumen

DANKWARD SEITZ, **München**

Superlative sind gewiß nicht seine Art. Doch das Volumen ist so gewaltig, daß es selbst Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, Berlin/München, nicht mehr anders veranschaulichen kann: Der geplante Kanaltunnel – von Briten und Franzosen als Jahrhundertwerk gefeiert – wird 10 Mrd. DM während einer Bauzeit von sieben Jahren verschlingen. Aber allein rund 12 (9,6) Mrd. DM wird der Elektrokonzern diesmal nur in seinem Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) zur „Zukunftssicherung" aufwenden. Doch gleich rückt der Siemens-Chef auch wieder die Relationen zurecht: „Im internationalen Vergleich ist dies eine recht normale Größenordnung."

Verdeutlicht wird damit aber sehr anschaulich, welche Anstrengungen heute notwendig sind, um im weltweiten Wettlauf um Schlüsseltechnologien künftig bestehen zu können. Für Forschung und Entwicklung sollen, wie Kaske erläuterte, diesmal über 5,5 (4,8) Mrd. DM sowie 800 (700) Mill. DM für Aus- und Weiterbildung ausgegeben werden. Auf etwa 6 (4,2) Mrd. DM wurde der Investitionsetat aufgestockt. In Sachanlagen sollen davon rund 5,2 (3,7) Mrd. DM fließen – knapp ein Drittel im Ausland mit Schwerpunkt USA. Hauptfelder werden die Büro- und Produktionsautomation, Telekommunikation und Bauelemente sein.

Dies aus eigener Kraft zu finanzieren, wird dem Konzern mit seinen hohen liquiden Mitteln, die nach der jüngsten Weltbilanz weiter auf 20,5 (19,5) Mrd. DM gestiegen sind, nicht schwerfallen. Angesichts dieser Zahlen gesteht auch Kaske zu, daß damit „Siemens kein Sozialfall" ist. Doch unverständlich ist für ihn die immer wieder öffentlich geäußerte Kritik, Siemens bekomme zu viele finanzielle Hilfe aus Bonn. Denn diese beliefen sich auf insgesamt weniger als 2,5 Prozent aller FuE-Aufwendungen von Siemens, und das sei beispielsweise „wesentlich weniger" als der Mittelstand allgemein erhalte.

Entzündet hatte sich diese Diskussion zuletzt an dem von Siemens betriebenen 1-Megabit-Projekt, zu dessen Investitionsvolumen von fast 2 Mrd. DM Bonn 240 Mill. DM beisteuert. Man sei durchaus dazu bereit, so Kaske, dieses Geld nur im Erfolgsfall anzunehmen. Vor dem Hintergrund aber, daß es Siemens nicht um den Speicherchip an sich gehe, sondern vielmehr darum, die Technologie zu beherrschen, sei diese Hilfe „industriepolitisch vernünftig". Und außerdem: „Unter rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten hätten wir dieses Werk im Ausland bauen müssen."

Im laufenden Geschäftsjahr 1985/86 wird es Siemens wohl kaum gelingen, wie Kaske erläuterte, zumindest beim Umsatz Anschluß an das „gute Jahr" 1984/85 zu halten. Dieser dürfte auf etwa 50 Mrd. DM zurückschwingen. Bedingt wird dies durch das Kraftwerksgeschäft der KWU, deren Umsatz 1984/85 durch die Abrechnung von drei Kernkraftwerken auf 11,4 Mrd. DM stieg, nun aber wieder auf etwa 3 Mrd. DM zurückgehen wird. Klammere man dieses Geschäft aus, dürfte der Siemens-Umsatz aber um rund fünf Prozent zunehmen. Welche Auswirkungen dies auf den Ertrag und die Dividende haben wird, darüber wollte sich Finanzchef Heribald Närger nicht äußern. Ziel sei es, die Umsatzrendite von 2,8 Prozent zu halten.

Zum Ausdruck kommt diese Entwicklung im ersten Geschäftsquartal bereits im Auftragseingang, der mit 12,7 Mrd. DM um drei Prozent unter dem Vorjahreswert blieb. Im Inland ergab sich dabei ein Minus von sechs Prozent auf 5,7 Mrd. DM. Ohne das Kraftwerksgeschäft hätte sich dagegen, so Kaske, ein Plus von 2 Prozent und im Inland allein sogar eine Zunahme von 10 Prozent ergeben. Der Umsatz stieg allerdings noch getragen vom Inlandsgeschäft (plus 15 Prozent auf 5,3 Mrd. DM) insgesamt auf 10,8 Mrd. DM (plus 9 Prozent). Der Gewinn nach Steuern wird mit 298 (242) Mill. DM angegeben.

Ob das genehmigte Kapital von insgesamt 800 Mill. DM, das die Hauptversammlung am 20. März schaffen soll, schon bald in Anspruch genommen wird, dazu meinte Närger, daß es dafür „derzeit keine konkreten Pläne" gebe. Ein dringender Bedarf bestehe nicht. Und man werde „sicherlich nur damit an den Markt gehen, wenn sich die Börse darauf freut".

Siemens-Konzern	1984/85	±%
Umsatz (Mill. DM)	54 616	+ 19,2
dav. Ausland	25 545	+ 9,6
Auftragseingang	51 814	+ 7,7
dav. Ausland	27 875	+ 12,8
Auftragsbestand	54 000	- 8,5
Beschäftigte [1])	348 000	+ 6,1
dav. Ausland	108 000	+ 3,8
FuE-Aufwand	4799	+ 26,2
Sachinvestitionen	3702	+ 66,2
Abschreibungen	2100	+ 22,2
Brutto-Cash-flow [2])	6856	+ 15,1
Bilanzsumme	52 141	+ 10,5
Grundkapital	2387	(2210)
Rücklagen	10 197	+ 16,0
Jahresüberschuß	1528	+ 43,3
Bilanzgewinn	573	+ 29,6
Ergeb. je Aktie (DM[3])	45,40	(38,00)
Dividende (DM) [4])	12,00	(10,00)

[1])per 30. 9.; [2])nach eigenen Angaben; [3])nach eigener Berechnung je 50-DM-Aktie, Vorjahreswert bereinigt; [4])je 50-DM-Aktie, einschl. Steuergutschrift 18,75 (15,63) DM.

TERREX-RUMPUS

Mehr als fünf Prozent Dividende

JB. **Hamburg**

In einem Aktionärsbrief kündigt die Terrex-Rumpus Import und Export AG, Oststeinbek bei Hamburg, für das Jahr 1985 eine Dividende an, die über den zur Jahresmitte in Aussicht gestellten fünf Prozent liegt. Die aus der früheren Vereinigte Rumpuswerke AG, Mönchengladbach, hervorgegangene Gesellschaft schüttet damit nach 19 Jahren zum ersten Mal einen Gewinn aus. Die Vereinigten Rumpuswerke hatte Mitte 1984 ihre Funktion als reine Vermögensverwaltungsgesellschaft aufgegeben und neue Geschäfte aktiviert. Zu diesem Zweck übernahm sie die Terrex Import und Export Meyer & Co KG, Oststeinbek.

Die Gesellschafter der Terrex, die mit Haushalts-, Geschenk- und Werbeartikeln handelt, brachten ihr Unternehmen als Sacheinlage ein. Das Grundkapital der in Terrex-Rumpus Import und Export AG umfirmierten Gesellschaft stieg damit um 6,5 auf 9,5 Mill. DM. Das Kapital ist inzwischen aus Barmitteln um weitere 2,5 Mill. DM auf 12 Mill. DM aufgestockt worden. Der frühere Terrex-Gesellschafter Rolf Meyer avancierte zum größten Aktionär und wurde zugleich Vorstandsvorsitzender.

Für das Berichtsjahr gibt Meyer einen Umsatz von 46 Mill. DM an. Darin enthalten sind 9 Mill. DM der neuen Beteiligungsgesellschaften Lisch GmbH und der m. a. c. Textilgesellschaft mbH, beide Hamburg. Die Auftragseingänge und die gute Stellung bei den Kunden ließen auch für 1986 einen positiven Geschäftsverlauf erwarten, erklärt Meyer.

Norsk Data bleibt auf Expansionskurs

Wb. **Frankfurt**

Der nowegische Computer-Hersteller Norsk Data A. S., Oslo, will 1986 unverdrossen auf Expansionskurs bleiben. Die Jahresplanung sieht eine Umsatzsteigerung um knapp 40 Prozent auf 2,6 bis 2,7 Mrd. nkr (rund 830 bis 860 Mill. DM) vor. Damit bleibt der Spezialist für sogenannte Super-Minicomputer seiner Wachstumskurve der letzten fünf Jahre treu, die Umsatzsprünge von durchschnittlich 40 Prozent aufwies.

Auch im Branchen-Problemjahr 1985 sind die Norweger kaum davon abgewichen: Ihr weltweiter Umsatz nahm um 37 Prozent auf 1,88 (1,37) Mrd. nkr (gut 600 Mill. DM) zu, der Betriebsgewinn um 42 Prozent auf 310 (218) Mill. nkr und der Gesamtgewinn vor Steuern sogar um 55 Prozent auf 360 (233) Mill. nkr. Davon blieben auch nach Steuern noch stattliche 299 (201) Mill. nkr (plus 49 Prozent) übrig, 16 Prozent vom Umsatz. Nach eigener Einschätzung erreicht Norsk Data damit die höchste Netto-Umsatz-Rendite der weltweiten Minicomputer-Konkurrenz.

Das Erfolgsrezept sieht Präsident Rolf Skar vor allem darin, daß sein Konzern grundsätzlich komplette Problemlösungen anbietet. Kaum weniger dürfte der hohe Forschungs- und Entwicklungsaufwand beitragen: Jeder sechste der knapp 3000 Mitarbeiter ist hier tätig, rund 10 Prozent vom Umsatz werden dafür ausgegeben.

Auch die deutsche Tochter Norsk Data GmbH, Bad Homburg, kommt allmählich wieder auf Erfolgskurs. Die Übernahme des Computer-Herstellers Dietz ist jetzt verkraftet, schwarze Zahlen stehen für 1986 auf dem Plan. Der Umsatz, der 1985 um 21 Prozent auf 56 (46) Mill. DM gestiegen ist, soll in diesem Jahr 70 Mill. DM erreichen.

Molkereien fordern Strukturhilfen

dpa/VWD, **Bonn**

Strukturhilfen zur Anpassung der genossenschaftlichen Kapazitäten – vor allem für die Molkereien – hat der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, Willi Croll, gestern in Bonn gefordert. Die Quotenregelung bei Milch habe deutlich gemacht, daß eine Produktionsdrosselung nicht nur die Erzeugerbetriebe treffe, sondern auch die Molkereien. Die Kosten für nicht mehr benötigte Betriebseinrichtungen könnten nur zu Lasten der Erzeugerpreise aufgefangen werden. Um dies zu vermeiden, erwarten die Genossenschaften Strukturbeihilfen für jene Molkereien, die Kapazitäten stillegen und Sozialpläne aufstellen müßten. Croll wies darauf hin, daß die französische Regierung betroffenen Genossenschaften bereits Zinsbeihilfen gewähre.

Die Gesamtumsätze aller genossenschaftlichen Unternehmen in der Bundesrepublik sind, so der Generalsekretär des Verbandes, Hans-Jürgen Wick, 1985 um 3,3 Prozent auf 81 Mrd. DM zurückgegangen. Berücksichtige man die durchschnittlichen Preisrückgänge bei landwirtschaftlichen Produkten (minus 3,4 Prozent) und bei landwirtschaftlichen Betriebsmitteln (minus 0,8 Prozent), dann habe der reale Umsatzrückgang 1985 ein Prozent (Vorjahr: minus 0,5 Prozent) betragen. Diese Entwicklung sei hauptsächlich auf die Produktionsverringerung durch die Quotenregelung bei Milch und deren Folgen für den Absatz von Mischfutter zurückzuführen.

Die Zahl der Genossenschaften verringerte sich um 178 auf 6390, wobei der Rückgang bei den Molkereigenossenschaften am stärksten war. Die Ertragslage war nach Angaben des Verbandes insgesamt trotz einer leichten Besserung zum Jahresende angespannt.

Kabelmetal bleibt zuversichtlich

dos, **Osnabrück**

Die Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG (Kabelmetal), Osnabrück, sieht „mit einer gewissen Zuversicht in die Zukunft". Vorstandschef Jörg Stegmann nannte vor der Hauptversammlung in Osnabrück als Grund für diese Einschätzung die „gute bis hervorragende Kapazitätsauslastung" bei den industriellen Abnehmerbranchen.

Die anhaltende Schwäche in der Bauwirtschaft verursache keine „übertriebene Beunruhigung", weil in den Wohnungsneubau nur ein Teil der bauabhängigen Erzeugnisse gehe. Dagegen profitiere Kabelmetal von der stärkeren Nachfrage nach Kupfer im Rahmen von Modernisierungs- und Instandhaltungsarbeiten. Stegmann geht davon aus, auch für 1985/86 (30. 6.) eine „angemessene Ausschüttung" vorschlagen zu können, sofern es nicht zu einer erneuten Talfahrt der Kupferpreise kommt.

In der ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahres verzeichnete Kabelmetal einen Anstieg der Auftragseingänge um 5 Prozent auf 348 Mill. DM. Maßgeblichen Anteil daran hat das Ausland, aus dem Mehraufträge von 12 Prozent hereingenommen wurden. Um 3,3 Prozent auf 349 (338) Mill. DM erhöhte sich der Umsatz. Auch hier erwies sich das Ausland als stabilisierendes Element (plus 10,6 Prozent), während der Inlandsumsatz um 0,6 Prozent zurückging. Die Ertragsentwicklung, so Stegmann, habe sich parallel zum Umsatz verbessert.

Auf Fragen der Aktionäre, ob Kabelmetal von der Umstrukturierung des GHH-Konzerns betroffen sei, antwortete Stegmann mit „Nein". Bei einer Präsenz von 89,7 Prozent des Aktienkapitals von 135 Mill. DM stimmte die HV den Vorschlägen der Verwaltung zu, auch der Dividendenerhöhung auf 5,50 (5) DM.

Holder-Gruppe beantragt Vergleich

nl. **Metzingen**

Die Unternehmensgruppe Holder/Platz, Metzingen, Marktführer bei Pflanzenschutzgeräten und Hersteller von Spezialschleppern, Motorgeräten und Hochdruckreinigungsgeräten hat Vergleichsantrag gestellt. Ziel des Vergleichs ist nach Angaben von Geschäftsführer Hans Saur die Fortführung und Sanierung des Unternehmens. Beim Stammhaus, der Gebr. Holder GmbH & Co, Metzingen, sind rund 600 Mitarbeiter beschäftigt, das zur Stillegung anstehende Zweigwerk in Grunbach zählt 50 Beschäftigte. Vergleich beantragt wurde auch für die Tochtergesellschaft Carl Platz GmbH, Frankenthal, die 220 Mitarbeiter beschäftigt. In der Gruppe soll vor allem im Verwaltungsbereich die Zahl der Arbeitsplätze um etwa 100 reduziert werden.

Als Ursachen für den Vergleichsantrag nennt der vorläufige Vergleichsverwalter Guido Geyer den Wegfall von Sondergeschäften im Nahost-Markt (rund 20 Mill. DM), die Nachfrageschwäche aus dem Wein- und Obstbau sowie finanzielle Belastungen bei der Umstrukturierung des Unternehmens. Der Umsatz hat im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) bei 130 Mill. DM stagniert, wobei Hauptumsatzträger die Pflanzenschutz-Sparte mit 55 Mill. DM war. Etwa jede zweite Umsatz-Mark entfällt auf den Export.

In den letzten beiden Jahren waren nicht näher präzisierte Verluste aufgelaufen. Gleichwohl sei das Unternehmen nicht überschuldet. Indessen habe eine der sieben Banken Konkursantrag gestellt, was die Unternehmensleitung zum Vergleichsantrag veranlaßte. Geyer sagte, er kenne keinen anderen Insolvenzfall mit einer derartig günstigen Vermögenslage. Der Auftragsbestand liege mit 28,6 Mill. DM um etwa 30 Prozent höher als im Vorjahr.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

ANZ Bank in Frankfurt

Frankfurt (cd.) – Die Australia and New Zealand Banking Group Ltd. (ANZ Bank) hat als erste australische Bank eine deutsche Niederlassung mit 40 Mill. DM Kapital und 24 Mitarbeitern in Frankfurt eröffnet. Die Frankfurter Tochter der ANZ Bank, die mit Filialen und Tochterbanken in 47 Ländern vertreten ist, wird sich auf den deutschen und österreichischen Markt konzentrieren und die gesamte Palette einer deutschen Universalbank anbieten sowie vor allem als Außenhandelsbank für Großunternehmen und mittelständische Firmen tätig sein. Als besondere Spezialität ist der Aufbau eines Marktes zum Handel australischer und neuseeländischer Dollar gegen Mark und US-Dollar gepolant.

Mars auf Wachstumskurs

Bonn (DW) – Die Mars GmbH, Viersen, konnte wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren im Geschäftsjahr 1985 ein Wachstum über dem Branchendurchschnitt von 4,5 Prozent erzielen. Der konsolidierte Gesamtumsatz stieg um neun Prozent auf 573 Mill. DM. Dazu hätten im Inland besonders die Bereiche Lebensmitteleinzelhandel und „Impulshandel", also Kioske, Tankstellen, beigetragen, heißt es in einer Mitteilung. Für 1986 erwartet das Unternehmen einen Gesamtumsatz von mehr als 600 Mill. DM.

Vorjahresdividende sicher

Hamburg (dpa/vwd) – Für das Geschäftsjahr 1985 können die Aktionäre der Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW), Hamburg, mindestens mit einer Dividende in Vorjahreshöhe (fünf DM je 50-DM-Aktie) rechnen, geht aus dem jüngsten HEW-Aktionärsbrief hervor. Es wird ein gegenüber dem Vorjahr verbessertes Betriebsergebnis erwartet. Der Umsatz bewegte sich den Angaben zufolge mit 2,23 Mrd. DM auf Vorjahresniveau.

Neuer Kässbohrer-Chef

München (sz.) – Heinz Ahrens, Geschäftsführer bei dem Traktorenhersteller Xaver Fendt & Co., Marktoberdorf, scheidet zum 31. März nach einer Firmenmitteilung „in bestem Einvernehmen" aus dem Unternehmen aus und wird zum 1. Juni den Vorsitz in der Geschäftsführung der Karl Kässbohrer Fahrzeugwerke GmbH, Ulm, übernehmen.

Gewinn-Rückgang bei GM

New York (dpa/VWD) – Die General Motors Corp., Detroit, hat im vergangenen Jahr wie erwartet etwas schlechter abgeschnitten als 1984. Wie der größte US-Autohersteller mitteilte, fiel der Gewinn im vergangenen Jahr um rund 11,1 Prozent auf vier Mrd. Dollar. Der Rückgang wäre sogar noch höher ausgefallen, hätte das Unternehmen im 4. Quartal 1985 seinen Gewinn nicht um 42,5 Prozent auf 1,25 (0,877) Mrd. Dollar gesteigert. Der Umsatz kletterte im vergangenen Jahr von 83,89 auf 96,37 Mrd. Dollar.

Aral steigert Umsatz

Bochum (dpa/VWD) – Die Aral AG, Bochum, hat ihren Umsatz im vergangenen Jahr um drei Prozent auf 15,4 Mrd. DM gesteigert. Nach vorläufigen Ergebnissen wurden 1985 insgesamt 9,7 Mill. Tonnen Mineralölprodukte über Tankstellen und Handel abgesetzt. Das waren 1,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Nach dem extremen Preisverfall im Sommer 1985 habe sich die Erlössituation für Kraftstoffe im 4. Quartal des vergangenen Jahres befriedigend entwickelt, teilte die Gesellschaft weiter mit.

Niedrige Ölpreise als Anregung

Chemie- und Konsumwerte zu steigenden Kursen gesucht

DW. – Die niedrigeren Ölpreise, die Ursache für die feste Tendenz an der New Yorker Börse sind, führten auch am deutschen Aktienmarkt zu Meinungskäufen. Da gleichzeitig Kaufaufträge aus dem Ausland vorlagen, gestaltete sich die Gesamttendenz freundlich. Bevorzugt wurden die Titel der Großchemie. Höher bewertet wurden aber auch konsumnahe Papiere sowie einige Autoaktien. Man geht davon aus, daß die niedrigeren Benzin- und Heizölpreise in der Bevölkerung Geld für zusätzliche Konsumausgaben freisetzen werden.

Im Mittelpunkt des Interesses standen erneut Commerzbank-Bezugsrechte, die nach dem aufsehenerregenden Preis von 1,50 DM jetzt auf 0,90 DM zurückgenommen wurden. Auch dies gilt noch als Überraschung, weil der rechnerische Wert des Bezugsrechtes nach wie vor gleich Null ist. An den Commerzbank-Aktien ging *die freundliche* Tendenz begreiflicherweise vorüber. Den Kurs der Deutschen Bank und den anderer Institute ließ sie dagegen zweistellig steigen. Zu einer Sonderbewegung kam es bei Springer, wo die Verkäufe nach Ablauf der Spekulationssteuerfrist offensichtlich wieder nachgelassen haben. Auslandskäufe machten sich bei Siemens bemerkbar. Sehr fest tendierten PKI-Aktien. Bei diesem Unternehmen wird wieder ein hervorragender Abschluß erwartet. Die abgesunkenen Ölpreise ließen Lufthansa-Vorzugsaktien um rund *10 DM* steigen, bemerkenswert fest auch RWE-Aktien.

Frankfurt: Cassella erhöhten sich um 30,50 DM, Enka erholten sich um 30 DM und Goldschmidt um 10 DM. Buderus verlitten einen Rückschlag um 12 *DM*, Hutschenreuther gaben um 5 DM nach und Thüringer Gas sanken um 10 *DM*.

Düsseldorf: AEG-Kabel zogen um 10 DM an, Dahlbusch Vz. erhöhten sich um 15 DM und Hageda konnten sich um 4,50 DM verbessern. Banning fielen um 15 DM, Heinrich um 20 DM und Schiess verminderten sich um 3,50 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi erhöhten sich um 3 DM und HEW um 2 DM. Reichelt gingen mit plus 1 DM aus dem Markt. Beiersdorf gaben um 2 DM und Bremer Vulkan um 1 DM nach. Unverändert blieben Hapag Lloyd.

Berlin: Springer gewannen 30 DM, Schering 15 DM und Orenstein 9,90 *DM*. Dt. Hypobank Berlin mußten um 15 DM, Bergmann um 5 DM und Engelhardt um 2 DM zurückgenommen werden.

München: Aigner zogen um 6 DM an, Dywidag erhöhten sich um 5 DM und Electro 2000 um 20 DM. Agrob St. sanken um 5 DM, AKS gaben um 6,50 DM nach und Leo*nische Draht verbilligten sich um* 24 DM.

Stuttgart: DLW befestigten sich um 15 DM, Fuchs machten 6 DM gut und IWKA verbuchten einen Gewinn von 12 DM. Daimler, Mercedes und Porsche zogen zwischen 18 DM und 45 DM an. Württ. Feuervers. ermäßigten sich um 35 DM.

Nachbörse: fester

WELT-Aktienindex: 281,51 (277,96)
WELT-Umsatzindex: 5919 (4099)
Advance-decline-Zahl: 148 (135)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Singapur

Sydney

Oslo

Tokio

Toronto

Stockholm

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte 161,82 (159,22), Elektrowerte 360,21 (358,30). Autowerte: 764,62 (745,27), Maschinenbau 187,31 (183,96). Versorgungsaktien 163,61 (160,52), Banken 388,85 (384,60). Warenhäuser 142,68 (133,35), Bauwirtschaft 406,95 (400,15). Konsumgüterindustrie 152,53 (147,39); Versicherung 1463,54 (1456,55). Stahlpapiere 177,21 (173,55)

Kursgewinner (Frankfurt):

Papier Weiss	130,00	-40,00	-44,4%
Pomzler-Bräu	570,00	-100,0	-23,8%
Seilwolff	39,50	-5,50	-16,1%
Aach. Münch. Vers	1570,00	-160,0	-11,5%
Kaufhof	415,00	-32,20	-8,4%
Salamander	294,00	-22,50	-8,7%
Bl. Quellen	430,00	-30,00	-7,5%
Enka	440,00	-30,00	-7,3%
Karstadt	551,00	-20,80	-6,2%
Kalz Werke	138,00	-8,00	-6,1%

Kursverlierer (Frankfurt):

Gerlin NA Vz.	570,00	-30,00	-5,0%
MAB St.	362,00	-19,00	-4,9%
Dt. Hypo Hann.	313,00	-16,00	-4,8%
WMF Vz.	178,50	-6,50	-4,8%
Hindrichs Auff.	220,00	-10,00	-4,3%
Brau AG	670,00	-30,00	-4,2%
Alte Leipz. B	1150,00	-50,00	-4,1%
Magdeb. Feuer	965,00	-35,00	-3,5%
Riedel-de Haen	820,00	-30,00	-3,5%
KKK Vz.	560,00	-20,00	-3,4%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 840,00 G, Kolitzer 1950,00 B, VAB 2800,00 T
Düsseldorf: BASF 264,00, Bayer –, BHF 480,00 G, Contigas 324,00, Contigummi 198,00 G, IWK –, KSB –, KSB Vz –, Linde 622,00 bG, Metallges. 350,00 T, Nixdorf 550,00, Rutgers 415,00, Salamander –, Schering –, VEW 143,00
Frankfurt: Adt 50,00, Allweiler St 279,00 G, Allweiler Vz 204,00 BASF 260,00, Bayer 280,00, BHF 490,00 T, Contigas 330,00, Contigummi 194,00, IWK 324,00, KSB 187,00 G, KSB Vz –, Linde 641,00, Magdeburger Feuer 760,00 B, Magdeburger Feuer NA 1530,00, Mainkraft –, Metallges. 358,00, Moto Meter 727,10 G, Nixdorf 550,00, Pfaff –, Rutgers 418,00, Schering 540,00, VEW 141,00, Ymos St. 190,00, Ymos Vz. 183,00
Hamburg: Doag 351,00 G, Schering 557,00
München: BASF 262,00 bG, Bayer 277,00 T, BHF 485,00 G, Br. Wollk. 732,00 G, Contigas 333,00, Contigummi –, Dt. Bank 763,00, IWK 308,00 bGri, Isar-Amper 357,00 bG, Linde 625,00 bG, Metallges. 370,00 G, Nixdorf 545,00 bG, Rutgers 420,00 G, Schering 550,00 G, Stumpf 113,20 bG, VAB 5000,00 B, VEW 140,50, Wanderer 480,00 bG
Bezugsrechte: Frankfurt: Bayer 2,55, Commerzbk. 0,90

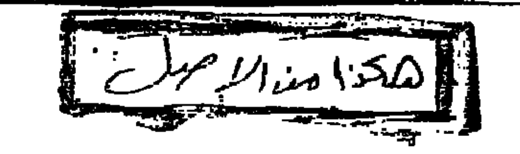
Devisenmärkte

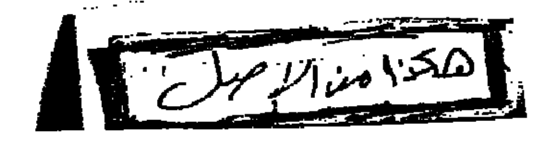
Zwei Bewegungen bestimmten am 4. Februar den Devisenhandel. Der US-Dollar notierte um 2,66 Pfennig erhöht und kletterte auf 2,4171. Das Englische Pfund fiel auf das neue historische Tief von 3,306. Der US-Dollar konnte sich erholen, weil wieder einmal entgegen den Hoffnungen der letzten Tage keine US-Diskontsenkung vorgenommen wurde und von japanischer Seite angeblich über Interventionen zugunsten des Dollar nachgedacht wurde, um einen zu schnellen Anstieg des Yen zu verhindern. Nachbörslich konnte der Dollar seine Kursspitze nicht ganz behaupten. Man handelte bei 2,4130. Der Druck auf das Englische Pfund nahm wieder zu, weil der Preis für Nordseeöl auf das niedrigste Niveau seit 1979 fiel (15,95 heute). Außerdem kam aus Opec-Kreisen in Wien der Vorschlag, die derzeit empfohlene Fördermenge zu erhöhen. US-Dollar in: Amsterdam 2,7255; Brüssel 49,35; Paris 7,395, Mailand 1642,00, Wien 17,019; Zürich 2,0465, Ir. Pfund/DM 3,05, Pfund/Dollar 1,3677, Pfund/DM –

Devisen und Sorten

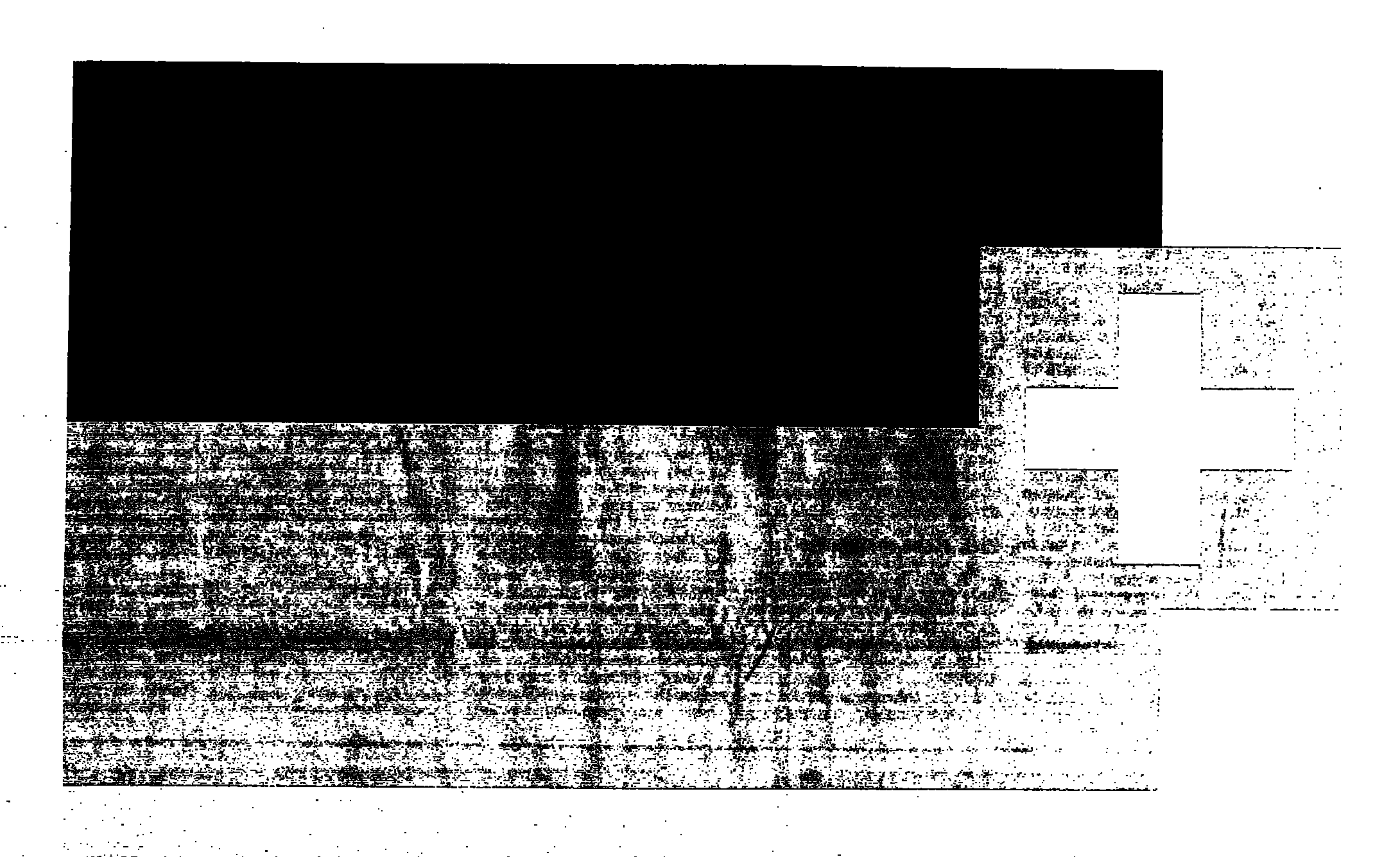
4.2.86	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,4131	2,4211	2,3865	2,35	2,45
London[2]	3,299	3,313	3,244	3,25	3,40
Dublin[2]	3,023	3,037	2,955	2,94	3,09
Montreal[1]	1,669	1,677	1,6398	1,62	1,72
Amsterd.	88,44	88,66	88,28	87,75	89,50
Zürich	118,01	118,21	118,15	116,50	119,25
Brüssel	4,88	4,90	4,808	4,72	4,92
Paris	32,56	32,72	31,74	31,60	33,35
Kopenh.	27,075	27,195	26,93	26,25	28,00
Oslo	32,07	32,19	31,46	31,00	32,75
Stockh.**	31,74	31,90	31,22	30,75	32,50
Mailand[3]**	1,465	1,475	1,4195	1,39	1,49
Wien	14,198	14,238	14,149	14,12	14,34
Madrid**	1,585	1,595	1,551	1,50	1,62
Lissabon**	1,52	1,54	1,434	1,10	1,90
Tokio	1,257	1,260	–	1,21	1,27
Helsinki	44,585	44,785	44,02	43,75	45,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen**	1,596	1,650	–	0,90	1,70
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,653	1,720	–	1,64	1,74
Johannbg.*	1,078	1,112	–	0,78	1,30
Hongkong*	30,84	31,12	–	28,00	34,00

Alles in Hundert. [1] 1 Dollar, [2] 1 Pfund, [3] 1000 Lire. [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. * nicht amtlich notiert. ** Einfuhr begrenzt gestattet





Die Schweizerische Bankgesellschaft (Deutschland) AG bittet um Ihr Vertrauen und um Ihre Geschäfte.



Wir sind die jüngste internationale Tochter der Schweizerischen Bankgesellschaft. Wir offerieren Ihnen unsere Dienstleistungen als Kredit-, Devisen- und Geldmarkt-Institut.

Wir freuen uns, wenn Sie uns künftig Ihre Bankgeschäfte anvertrauen.

Schweizerische Bankgesellschaft (Deutschland) AG
Bockenheimer Landstrasse 23
6000 Frankfurt am Main 17
Telefon (069) 7143-1
Telex 412 194 ubsaf

Die SBG hat per 1. Januar 1986 die Deutsche Länderbank AG übernommen. Diese neue Tochtergesellschaft firmiert seit dem 1. Februar 1986 mit Schweizerische Bankgesellschaft (Deutschland) AG.



Umkehr vom falschen Weg

Allzu lange hat es gedauert, bis sich wieder die Erkenntnis durchsetzte, wie unverzichtbar eine breit angelegte Allgemein-, aber auch berufliche Fachbildung ist. Auf einem solchen Fundament ist man speziellen Anforderungen relativ leicht gewachsen. Das Ende der zu frühen Spezialisierung wird in der universitären und in der beruflichen Ausbildung, glücklicherweise auch in den Schulen eingeläutet.

Dies bedeutet nicht, die reformierte Oberstufe in Bausch und Bogen zu verdammen. Es geht um die Reduktion der Wahlmöglichkeit auf ein für die Zukunft des Schülers sinnvolles sowie wirklich fundiertes Maß. Der Präsident der Westdeutschen Rektoren-Konferenz, Theodor Berchem, hat kürzlich in der WELT darauf hingewiesen und vor „Hochstapelei" bei den Oberstufen-Kursen gewarnt.

In Baden-Württemberg haben die Abiturprüfungen an den „reformierten" Oberstufen begonnen: Jeder Abiturient muß jetzt wieder Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache bis zum Abitur belegen, alle werden in Deutsch und Mathematik geprüft. Kultusminister Mayer-Vorfelder: „In Deutsch auch auf jeden Fall an der schriftlichen Prüfung, ob Deutsch nun als Leistungsfach gewählt wurde oder nicht." In Mathematik an der mündlichen oder schriftlichen Prüfung.

Es dauerte lange, bis merkbare Korrekturen an der mißlungenen Reform vorgenommen wurden, die in gesellschaftspolitischer Bildungseuphorie begonnen wurde. Baden-Württemberg weist den richtigen Weg, indem zum Wohle einer fundierten Basis in den Fächern Biologie, Chemie, Physik, Mathematik, Sport die schmalspurigen „Schwerpunktthemen" nicht mehr zugelassen werden.

Das Bildungsniveau läßt sich nicht dadurch erhöhen, daß man die Anforderungen senkt und die Ausbildungsgänge schmalspurig macht. Auf diese Weise wird nur Augenwischerei betrieben, und ganze Schülergenerationen werden um ihren Bildungsanspruch betrogen. Oder wie soll man es anders nennen, wenn vor kurzem nur noch 15 Prozent der Abiturienten Deutsch und 25 Prozent Mathematik als Leistungskurs bis zur Prüfung belegt hatten? Aus einem „Reifezeugnis" wurde so für viele lediglich ein „Persilschein".

p. p.

Lernen wird immer mehr zu einem Reiseziel

Im Heimatland der Fremdsprache verliert sich die Sprechangst am ehesten / Angebote für Schüler und Erwachsene reichen von Europa bis Fernost

Sprachreisen sind in den vergangenen Jahren zum Renner unter den Fortbildungs-Möglichkeiten geworden. Dadurch schossen auch immer neue Anbieter aus dem Boden, wobei der Markt durch die Stiftung Warentest inzwischen ein wenig übersichtlicher gemacht wurde.

Zu den mit „Gut" ausgezeichneten Veranstaltern gehören die „Internationalen Sprach- und Studien-Reisen" (iSt) in Heidelberg, die zugleich auch zu den großen Schüler-Austauschorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland gehören. Ihr Gütesiegel bekamen sie für ihre Sprachreisen für Jugendliche, bei denen die Schüler jedes Kurses durch Einstufungstests in leistungsgleiche kleine Lerngruppen eingeteilt werden. Bei den Junioren-, Mittelstufen- und Oberstufenkursen werden von montags bis freitags am Zielort jeden Vormittag drei Unterrichtsstunden erteilt. Bei Intensivkursen erhöht sich dies auf fünf Stunden à 50 Minuten.

Neu hinzugekommen sind nun Sprachreisen für Erwachsene nach England, Frankreich, Italien, Spanien, Malta und USA.

Sehr viel länger schon betreiben die Heidelberger den Schüleraustausch mit den USA, der im Schuljahr 1986/87 erstmals auch durch das Reiseziel Kanada ergänzt wird: Rund 500 deutsche Schüler werden voraussichtlich in diesem Jahr für ein Schuljahr mit „iSt" nach USA und Kanada reisen, etwa 200 junge Amerikaner werden umgekehrt nach Deutschland kommen – unabhängig voneinander. Die deutschen Schüler müssen bei der Abreise im August zwischen 15 und 18 Jahre alt sein. Ansonsten werden gute Englischkenntnisse vorausgesetzt, insgesamt ein ordentlicher Notendurchschnitt, sowie „interessiert und selbständig sein".

Bewerber werden nach Gespräch ausgewählt

Die Bewerber werden zu Auswahlgesprächen geladen. Bei definitiver Zusage wird sofort der Kontakt zu den Gastfamilien hergestellt, die außerordentlich sorgfältig ausgewählt werden. Auf diese Weise können sich beide Seiten brieflich schon einmal näher kennenlernen, bevor man dann die nächsten zehn Monate unter einem Dach miteinander verbringt, wobei die Gäste wie Familienmitglieder behandelt werden und auf die örtliche High School gehen. Es besteht auch die Möglichkeit, an der Graduation teilzunehmen und damit die amerikanische Hochschulzulassung zu erwerben. Die Teilnahmegebühr beträgt 7980 Mark und ist in vier Raten nach Bestehen des Auswahlverfahrens zu zahlen.

Das „iSt"-Angebot steht beispielhaft für viele der renommierten Sprachreise-Veranstalter. Doch jeder hat seine speziellen Leistungen. Die Stuttgarter „fee-Sprachreisen" etwa – ebenfalls von der Stiftung Warentest mit „Gut" benotet – testen noch vor der Buchung auf Wunsch die Fremdsprachenkenntnisse von potentiellen Kunden. Die Gebühr von 20 Mark für Test und Gutachten wird bei der Buchung angerechnet. 38 Lehrzentren für Schüler und für Erwachsene in Großbritannien, Irland, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Malta und USA stehen zur Auswahl.

Neben der Möglichkeit für Schüler, in den Ferien die Basis zu legen für erhebliche Notenverbesserungen, und dem Wunsch von Erwachsenen, sicherer in einer fremden Sprache zu werden beziehungsweise sie erstmals zu lernen, hat sich nach Angaben eines „fee"-Sprechers in jüngster Zeit ein weiterer Schwerpunkt ergeben: Eine ganze Reihe von Industrieunternehmen lasse inzwischen bei den Stuttgartern die Fremdsprachen-Kenntnisse von interessierten Mitarbeitern testen und könne dann anschließend entscheiden, ob ein Hochintensivkurs in Dreier- oder Fünfergruppen ausreiche oder ob ein „Einzel-Crash-Kurs" mit 30, 40 oder 50 Wochenstunden erforderlich sei.

Seit 30 Jahren auf dem Markt und ebenfalls in der Test-Spitzengruppe zu finden ist der „Reisezirkel Jeuneurope" in Düsseldorf. Ganz offen wird dort davon gesprochen, daß die Ergebnisse der Stiftung Warentest bei den „guten" Veranstaltern „einen erheblichen Zuwachs an Anmeldungen" gebracht hätten.

Eltern und Kinder reisen und lernen gemeinsam

Auch bei „Jeuneurope" hat dies zu einem wesentlich erweiterten Programm-Angebot geführt. Neu sind etwa gemeinsame Sprachreisen für Eltern und Kinder nach Jersey und Malta. Zudem gibt es jetzt Busreisen von New York nach San Francisco mit Übernachtung im Zelt und Selbstverpflegung: Preis für 24 Tage: 3180 Mark. Nicht nur für sich selbst stellen die Düsseldorfer Veranstalter fest: „Ziel aller Sprachreisen ins Ausland ist es, den Teilnehmern in der natürlichen Umgebung, in der die Sprache zu Hause ist, die Sprechangst zu nehmen und ihnen zu helfen, die Fremdsprache als selbstverständliche Umgangssprache zu empfinden und zu benutzen." Und: „Sprachkenntnisse sind Kapital fürs Leben."

Auch in Stuttgart beheimatet sind „Alfa-Sprachreisen", die neben den Zielen im anglo-amerikanischen und romanischen Bereich auch die Sowjetunion (als bisher einzige) und Japan im Angebot haben. Vorbereitet wird in Zusammenarbeit mit der Universität Shanghai ein China-Programm, das noch in diesem Jahr aufgelegt werden soll.

Um den Interessenten die Scheu zu nehmen, wirbt „Alfa" für Japan mit dem Hinweis: „Die Aussprache stellt für Europäer keine besondere Schwierigkeit dar, da es sich um eine offene Silben-Sprache handelt. Auf jeden Konsonanten folgt ein Vokal." Eine Woche Japanisch-Lernen in Tokio mit 40 Unterrichtsstunden kostet dann 3390 Mark. Auch das Russische ist mehr ein Problem des Schreibens als des Sprechens. Der Unterricht, der in Moskau beziehungsweise Leningrad jeweils von örtlichen Universitätsdozenten erteilt wird, läuft nur einsprachig – allerdings auf nach Vorkenntnissen gestaffelten Niveaus. Zwei Wochen Russisch in Leningrad mit je 24 Unterrichtsstunden und Ausflügen kosten 1688 Mark.

PETER PHILIPPS

Fremdsprachen sorgen für berufliche Flexibilität

Mitarbeiter mit breiter Basis-Ausbildung und zusätzlichen „Schlüsselqualifikationen" werden stärker gefragt

Die Berufs- und Arbeitsmarktforschung ermöglicht es heute, bestimmte Rahmenbedingungen in der zukünftigen Entwicklung der Nachfrage nach Berufen zu beschreiben und entsprechende Strategien für ein persönliches Ausbildungskonzept zu empfehlen. Es gibt heute kaum noch einen gradlinigen Weg in die Zukunft auf eine bestimmte Berufsposition hin, sondern vielmehr verbreiterte Korridore, in denen man sich auf oder in verschiedenen Berufsfeldern bewegt – nach einer breit angelegten Schul- und Berufsausbildung.

Für eine solche Einsatzbreite, bei der Berufstätige nicht auf eine eng umrissene Berufsposition festgelegt sind, sind Schlüsselqualifikationen wichtig, etwa die Fähigkeiten zur rationalen Informationsverarbeitung, zur rationalen Argumentation und zu Kooperation sowie Teamarbeit, aber auch die Beherrschung von Fremdsprachen. Die Schlüsselqualifikationen stellen – mit den erworbenen betriebsbezogenen Erfahrungen und Fachkenntnissen – ein wichtiges Potential dar.

Der Erwerb solcher Schlüsselqualifikationen erhöht die Sicherheit des Arbeitsplatzes, weil ein flexibler und breit gefächerter beruflicher Einsatz möglich wird. Der Wechsel in einen neuen Beruf oder ein neues Tätigkeitsfeld wird in Zukunft eher die Regel als die Ausnahme im Berufsleben darstellen. Die Arbeitsplätze sind ständigen Veränderungen unterworfen. Von den Berufstätigen werden immer mehr Kompetenz, tiefer und breiter gefächertes Fachwissen und Zusatzausbildungen verlangt werden.

Ein Beispiel: Beim deutschen Erntemaschinen-Hersteller Claas gibt es seit 1982 ein erfolgreiches Ausbildungsmodell, bei dem die Ausbildung zum fremdsprachlichen Wirtschaftskorrespondenten in die Ausbildung zum Industriekaufmann integriert wird.

Ziel: Hohe Standards

Hier wird ein Aspekt der neuen Technologien ganz deutlich: Die Leistungsfähigkeit der neuen technologischen Systeme kann nur voll genutzt werden, wenn an ihnen entsprechend hochqualifizierte Mitarbeiter arbeiten.

Aus der Zusammenarbeit der Berlitz-Schulen mit den Aus- und Fortbildungsabteilungen vieler Unternehmen läßt sich die Tendenz bestätigen, Arbeitsplätze breiter anzulegen und dementsprechend die Ausbildungsmaßnahmen zu intensivieren und zu reformieren. Bei den Zusatzausbildungen orientiert man sich zunehmend an hohen berufsbezogenen Standards statt an Kurz-Lehrgängen. Deshalb wächst auch in den Berlitz-Schulen die Nachfrage nach Lehrgängen, die mit Prüfungen ein anerkanntes Ausbildungsniveau nachweisen, beispielsweise nach Abschlüssen bei den Industrie- und Handelskammern.

Dabei kann im Bereich der Fremdsprachen heute an einen Kenntnisstand angeknüpft werden, der mit etwa sechs bis neun Schuljahren Englisch und fünf bis acht Schuljahren Französisch erreicht wird. Es wird die Beherrschung der Alltagsstruktur der Fremdsprache und Sicherheit in der Grammatik erwartet.

Die berufsbezogenen Fremdsprachen-Programme sind zumeist wirtschafts- und dann zielorientiert, das heißt, sie bereiten auf Abschlüsse vor, die einen anerkannten Standard darstellen. Das erreichte Qualifikationsniveau wird dann dokumentiert durch Zertifikate, hinter denen die deutschen IHK stehen, renommierte ausländische Kammern wie die London Chamber of Commerce and Industry, die Chambre de Commerce et d'Industrie de Paris oder auch die University of Cambridge.

Wertvolle Zertifikate

Die Ausbildungsprogramme zum Fremdsprachlichen Wirtschaftskorrespondenten und zum Fremdsprachenkaufmann, die mit einer IHK-Prüfung abschließen, werden als Vollzeitlehrgang tagsüber oder berufsbegleitend am Abend von privaten Fremdspracheninstituten (wie Berlitz) angeboten. Ebenfalls berufsbegleitend werden die Lehrgänge zur Vorbereitung auf das Zertifikat „English for Commerce" der London Chamber of Commerce and Industry und das „Certificat pratique de français commercial et économique" der Chambre de Commerce et d'Industrie de Paris durchgeführt. Dauer der Lehrgänge: zwölf bis 18 Monate bei einem bis drei Abend-Terminen in der Woche.

L. REIF

Der Autor ist Leiter Programmentwicklung der Berlitz Schools.

Aus arbeitslosen Facharbeitern werden Entsorger

In. Krefeld

In Krefeld werden im Sommer 1987 die ersten „Entsorger" ihre Prüfung ablegen, die als Facharbeiter in anderen Berufen arbeitslos geworden waren. Sie werden als „Ver- und Entsorger", wie der korrekte Titel lautet, für den die Ausbildungsverordnung im Sommer 1984 von der Bundesregierung verabschiedet worden ist, in den Bereichen Abfalltechnik, Abwasserfragen und Wasserversorgung tätig sein. Von Berufsmarkt-Experten wird der mittelfristige Bedarf dieses „Mittelbaus" zwischen Ingenieuren und den einfachen Hilfskräften auf rund 50 000 Personen bundesweit geschätzt.

Im bisher einmaligen „Krefelder Modell" haben der Technische Überwachungsverein (TÜV) und die Stadt bei der Ausbildung der ersten 23 jungen Leute zusammengearbeitet. Theorie und Praxis wurden dabei eng verzahnt. Die Bandbreite der späteren Experten, die im kommunalen wie privatwirtschaftlichen Sektor eingesetzt werden sollen, reicht von der Beseitigung chemischer Schadstoffe bis zur Ursachenerkennung von Grundwasserverunreinigungen.

Unternehmen werden spielend kennengelernt

J. R. Tübingen

Planspiele gehören inzwischen zum festen Bestand der Manager-Fortbildung. Daß aber auch Schüler und Auszubildende mit einem solchen Instrument geschult werden, ist höchst selten in der Bundesrepublik. Dabei liegt es nahe, mit Hilfe eines so anschaulichen Hilfsmittels auch dem Nachwuchs die elementaren Begriffe und Zusammenhänge der Betriebswirtschaft nahezubringen, ihm am wirklichkeitsnahen Modell frühzeitig die Auswirkungen von Teilentscheidungen auf andere Unternehmensbereiche deutlich zu machen.

Großunternehmen wie Daimler-Benz und Opel haben dies inzwischen erkannt und nutzen das „Investor-Planspiel", das von dem Tübinger Diplom-Betriebswirt Armin Anwander entwickelt wurde und jetzt über die „Private Akademie für Direktmarketing" in Tübingen vertrieben wird. Das Planspiel ist modular aufgebaut und kann über zehn Wochen in je einem Block von drei bis vier Stunden oder einem Kurs von einer Woche ganztags oder in zwei Wochen halbtags gespielt werden. Das Programm kostet 2450 Mark, zuzüglich 380 Mark für den Spielleiter-Ordner mit Anregungen und 880 Mark für eine zweitägige Schulung des Spielleiters. Der Interessent benötigt lediglich einen IBM-Personalcomputer mit mindestens 256 KByte Hauptspeicher und zwei Diskettenlaufwerken für den Spielleiter. Die Schüler kommen nicht an den Rechner heran, sondern müssen auf althergebrachte Weise rechnen.

Dann „spielen" drei bis neun Unternehmer gegeneinander. Zeitverzögerte Wirkungen von Unternehmensentscheidungen (etwa der Abstand zwischen Einkauf und Produktion) erfordern von den Pseudo-Managern gute Planungen. Vorgesehen ist eine Vielzahl möglicher, wirklichkeitsnaher Einlagen, von der Einführung der 35-Stunden-Woche bis zum Streik bei den Zulieferern. Weitere Sondereingaben sind durch Eingriffe des Spielleiters möglich.

Die Schüler lernen dabei nicht nur spezifische Probleme und Zusammenhänge eines großen Betriebes spielerisch kennen, sondern auch ganz handfest kaufmännische Kalkulation, Lagerstandsberechnung und das Instrument der Bilanz. Während Schüler oder Auszubildende wegen der Kompliziertheit großer Unternehmens-Gebilde in der Praxis sonst kaum noch einen Eindruck vom Ganzen bekommen, lernen sie durch ein Planspiel Zusammenhänge und Interdependenzen kennen. Sie üben auch frühzeitig die Arbeit im Team und die Bewältigung der dabei auftretenden Schwierigkeiten.

Ein praxisnaher Studiengang für Mathematiker

G. P. O. **Kaiserslautern**

Die Universität Kaiserslautern wird vom kommenden Wintersemester an ein Zusatz- und Ergänzungsstudium „Technomathematik" anbieten. Nach Angaben von Professor Helmut Neunzert ist „ein Hauptanliegen dieses Modellversuchs die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für Mathematiker, Naturwissenschaftler und Ingenieure.

Eine stark praxisorientierte und anwendungsbezogene Ausbildung soll den Absolventen Möglichkeiten auf wirklich interessante Arbeitsplätze, zum Beispiel in der industriellen Forschungs- und Entwicklungsarbeit, eröffnen." Das bisher einmalige Studienangebot für Postgraduierte entstand aus der Analyse, „daß bisher die Mathematik in der Industrie überwiegend von Ingenieuren gemacht wird".

Dies hänge auch damit zusammen, daß das Mathematikstudium häufig „nicht ausreichend auf die industrielle Praxis vorbereitet". Denn im klassischen Mathematikstudium „besteht Mathematik in erster Linie aus der deduktiven Entwicklung von Theorien aus Axiomensystemen", ist Strukturmathematik. Aber ein Mathematiker, „der im Team mit Naturwissenschaftlern und Ingenieuren an der Lösung technischer Probleme arbeiten soll, muß andere Fähigkeiten besitzen". Der viersemestrige neue Studiengang soll dieses Defizit beheben.

Wenn Techniker und Kaufleute im Betrieb einander in die Karten sehen

IHK bieten breite Weiterbildungs-Palette an / Leistungsreserven sollen genutzt werden

Als einen großen Strahlenkranz stellt der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) seine Palette der „IHK-Seminar- und Lehrgangskonzepte" gerne dar. Die Korona besteht dabei aus einem Angebot, das von Mikroprozessortechnik über Bürokommunikation bis zu betriebswirtschaftlichen Grundlagen für Meister/Techniker und Ingenieure reicht.

Als Motto steht über allem: „Unternehmen können technische und wirtschaftliche Herausforderungen nur mit qualifizierten und lernmotivierten Mitarbeitern bestehen." Deshalb sollen die IHK-Zertifikats-Lehrgänge eben nicht nur „das aktuelle Handlungs- und Entscheidungswissen" für die Praxis vermitteln, sondern auch „Wege aufzeigen, die Leistungsreserven der modernen Technologien betrieblich zu erschließen und erfolgreich zu nutzen".

Für die Fortbildung im Bereich der Mikroprozessortechnik beispielsweise werden Fachkräfte angesprochen, „insbesondere Facharbeiter, Techniker und Meister in der Industrie, deren Aufgaben durch die Mikroprozessortechnik beeinflußt werden, die schon mit mikroprozessor-gesteuerten Systemen und Anlagen arbeiten oder sich hier einarbeiten müssen". Entsprechend dieser großen Bandbreite der Zielpersonen sieht die Struktur der Lehrgangs-Angebote auch vier Stufen vor: In 65 Unterrichts-Stunden werden „Mikrocomputer-Grundlagen" vermittelt. 80 Stunden sind vorgesehen für den zweiten Lehrgang „Mikrocomputer-Anwendungstechnik", genauso lange dauert die „Mikrocomputer-Schaltungs- und Meßtechnik". Die „Mikrocomputer-Systemtechnik" soll ebenfalls in 80 Stunden bewältigt werden.

Mit ähnlichen Rastern wird in einer Art Bausteinsystem auch bei den übrigen Weiterbildungs-Konzepten gearbeitet, die vom DIHT entwickelt wurden. Als Zielgruppen werden die Facharbeiter ebenso wie Führungskräfte der Wirtschaft und Ausbilder angesprochen. Sie alle sollen anschließend den Transfer der neuen Technologien in die Betriebe fördern und damit zugleich das Innovationspotential in ihrem Unternehmen erhöhen.

Als eines der jüngsten Angebote in der Weiterbildungs-Palette des DIHT ist das Seminar „Robotertechnik für Führungskräfte" vorbereitet worden. Angesprochen werden dabei vor allem Manager, die „mit der Entscheidung beziehungsweise Entscheidungsvorbereitung über den Einsatz von Handhabungsautomaten und Robotern befaßt sind", heißt es bei den Kammern. Deshalb geht es in diesem Seminar vor allem um einen Überblick über die allgemeinen Grundlagen der Robotertechnik, aber auch um „Kriterien und Methoden für die Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen", um Hilfen für Einsatzentscheidungen und Realisierungen, „Wirtschaftlichkeitsvergleich mit konventioneller Technik" und die organisatorischen Maßnahmen für eine Umstellung auf Robotertechnik.

Mehr auf eine allgemeine Verbreiterung der beruflichen Fähigkeiten zielt hingegen der Lehrgang „Technik für Kaufleute". Dabei lernen die Kaufleute im 65stündigen Grundseminar – das sie später mit einer 70 Stunden dauernden Aufbaustufe vervollkommnen können – erst einmal Grundkenntnisse auf dem Gebiet der Produkt-Herstellung. Ergänzt wird dies durch die Vermittlung von „technischem Grundwissen" für Ein- und Verkauf sowie Rechnungswesen in Klein-, Mittel- und Großbetrieben. Werkstoff-Grundkenntnisse, das Lesen und Interpretieren technischer Zeichnungen sowie Begriffe und Methoden aus den Bereichen Steuerungs- und Regelungstechnik arrondieren die Lehrgänge.

Umgekehrt ist aber auch an technische Führungskräfte gedacht worden. Ihnen werden betriebswirtschaftliche Kenntnisse in vier Lehrgangs-Stufen angeboten: Rechnungswesen, Leistungsverwertung und -erstellung, Führung und Organisation sowie ein „Grundlagen"-Kurs sollen die Techniker mit den ihnen erst einmal fernen kaufmännischen Problemstellungen eines Unternehmens vertraut machen.

JAMES ROVER

Das Wissen für Buchhändler in einem Buch

I. F. **Stuttgart**

Der Verband der Verlage und Buchhandlungen in Baden-Württemberg hat in zweiter Auflage als „Buchhandelswissen unserer Zeit" die „Neuen Lehrbriefe für den Buchhandel" herausgebracht. Auf den 1200 Seiten dieser Loseblattsammlung (Preis: 400 Mark) werden die sieben für Buchhändler relevanten Wissensgebiete aufbereitet: Wirtschafts- und Rechtslehre, Buchhandelsgeschichte, Buchhandelsbetriebslehre / EDV, Bibliographie, Wissenschaftskunde, Literaturgeschichte und -kunde. Dieses Grundwerk dient nicht nur der selbständigen Fortbildung, sondern ist auch Grundlage für einen achtzehnmonatigen Fernunterricht, der unter bestimmten Voraussetzungen die Berufsschule ersetzen kann.

180 Lehrbriefe, 14 Heimaufgaben und eine Studienarbeit sind zu bewältigen. Korrigiert und bewertet wird von einem Prüferkollegium, das zugleich die drei, jeweils dreitägigen, obligatorischen Nahseminare leitet. Während dieses Nahunterrichts werden nach Abschluß eines Semesters Fragen diskutiert und insgesamt sechs Klausuren geschrieben. Nach Bestehen wird ein Zertifikat verliehen, das bei gleichzeitiger praktischer Tätigkeit die Prüfung vor der Industrie- und Handelskammer (IHK) ermöglicht. Das Arbeitsamt übernimmt im Regelfall zwei Drittel der mit 3000 Mark angegebenen Studiengebühren.

Computer verändern die Lage an Berufsschulen

Konsequenzen auch für die Ausbildung der Lehrer

Eine laufende Anpassung der Ausbildung an den technischen Wandel ist entscheidend für die Erlangung und Erhaltung des Arbeitsplatzes. Nach den augenblicklichen Anforderungen der betrieblichen Wirklichkeit im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung wäre es deshalb in der Berufsschule anzustreben, unter anderem folgende Themen zum Gegenstand des Unterrichts zu machen:

Grundbegriffe und Grundfunktionen der Datenverarbeitung, Aufbau und Arbeitsweise von EDV-Anlagen, Datenerfassungs- und -übertragungsverfahren, Organisationsformen der Datenverarbeitung, Planung und Realisierung von EDV-Anwendungen, Entwicklung kleinerer fachbezogener Programme unter Verwendung mindestens einer problemorientierten Programmiersprache mit Testen und Dokumentieren, die Problematik des Datenschutzes.

Über Gerätebedienung und Software-Kenntnisse hinaus gewinnen die Kenntnisse der betrieblichen Funktionen und Zusammenhänge eine noch größere Bedeutung für das Verständnis von Arbeitsorganisation und Arbeitsablauf als bisher, da die technisierten Arbeitsplätze isoliert betrachtet und kaum mehr in einen funktionalen Arbeitszusammenhang eingeordnet werden können. Insbesondere die Lehrer an den beruflichen Schulen sind aufgerufen, diesen Veränderungen Rechnung zu tragen. Sie müssen die neuen Technologien berufsbezogen beherrschen. Nur unter dieser Voraussetzung ist es möglich, den Jugendlichen die erforderlichen Inhalte zu vermitteln. Daraus ergibt sich ein umfangreicher Anforderungskatalog an den Lehrer, der eine entsprechende Ausbildung voraussetzt, die bereits während der ersten Phase, also während des Hochschulstudiums einsetzen muß.

Änderungen beim Studium

Um das Beispiel des Diplomhandelslehrers zu nehmen: Es muß sichergestellt sein, daß die jetzigen Inhalte des wirtschaftswissenschaftlichen Studiengangs wegen dieser zusätzlichen Qualifizierung nicht einschneidend gekürzt werden. Die notwendigen Anforderungen an den „idealen" Diplomhandelslehrer der Zukunft reichen im Bereich der Informationstechnologien von einer eigenen kaufmännisch-verwaltenden Berufsausbildung über den Überblick über die im Moment am Markt angebotene Hardware über die Beherrschung der im kaufmännischen Bereich aktuellen Programmiersprachen und die Programmierung komplexer kaufmännischer Probleme bis zu eigenständigen Programmkorrekturen bei einfachen Änderungen des Datenkranzes. Solche umfassenden Anforderungen gehen auf keinen Fall über die für den späteren Unterricht erforderlichen fachlichen Qualifikationen hinaus.

Probleme einer optimalen fachlichen und praxisgerechten Ausbildung von Diplomhandelslehrern sind jedoch nicht nur in der Hochschule zu lösen, sondern ebenso auch in den Studienseminaren für das Lehramt an beruflichen Schulen, also in der zweiten Phase der Lehrerausbildung.

Aufgabe des Studienseminars ist es, den Referendar zu befähigen, eigenständig didaktisch-methodische Entscheidungen für seinen Unterricht zu treffen und diese, abgestimmt auf den jeweiligen Rahmenlehrplan und die sonstigen Lehrbedingungen, zu begründen. Da die Mehrzahl der Hochschulabsolventen bisher über keine beziehungsweise nur geringfügige Kenntnisse der Datenverarbeitung verfügt, gilt es, in der Folgezeit zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen.

Fortbildung für alle

Denn es verlangen nicht nur die Lehrpläne zwingend die Vermittlung von Grundlagen im Fach Datenverarbeitung, sondern die neuen Technologien werden sich auch immer stärker auf die übrigen Unterrichtsinhalte auswirken. Daher ist es nur logisch, daß auch eine entsprechende Fortbildung der Diplomhandelslehrer unerläßlich ist, die bereits seit Jahren oder Jahrzehnten im Schuldienst stehen. Auch sie sollten Kenntnisse in einer Programmiersprache, in der Programm-Erstellung, Hardware-Bedienung und besonders in der Software-Anwendung erwerben. Nur auf dieser Grundlage können Lehrer die von ihnen zu unterrichtenden Auszubildenden auf deren berufliche Qualifikationsanforderungen hinreichend vorbereiten.

Die ausschließliche Vermittlung von Handling-Kenntnissen ist nicht Aufgabe der Schule. Die Berufsschule kann und muß ihrem Bildungsauftrag mit einem Unterrichtsangebot durch solche Lehrer entsprechen, die in ihrer eigenen Ausbildung den Umgang mit den neuen Technologien gelernt haben sowie darüber hinaus den fachwissenschaftlichen Hintergrund über Nutzung und Auswirkungen neuer Technologien auf Arbeitsorganisation und Arbeitsplatz beherrschen. Nur auf der Grundlage dieser umfassenden Kenntnisse ist es möglich, Jugendliche ihren zukünftigen beruflichen Anforderungen gemäß auszubilden und für ihren Beruf zu qualifizieren.

KLAUS HAGELÜKEN

Marktlücke bei den Ingenieuren

WR. **Pforzheim**

Die Fachhochschule für Wirtschaft in Pforzheim hat eine Marktlücke geschlossen: Die Bewerberzahl für das Aufbaustudium zu exportorientierten Diplom-Wirtschaftsingenieuren ist stetig angestiegen. Das Angebot für Diplom-Ingenieure sieht vor, daß das dritte von insgesamt vier praxisnahen Semestern an einer ausländischen Partnerhochschule absolviert wird – in Bloomington/USA, Birmingham, London oder Dijon. In der Regel wird auch die Diplomarbeit während dieses Auslandssemesters ausgearbeitet, vor Ort und marktnah. Noch in der Planungsphase ist die Möglichkeit, auch an einer Hochschule in Spanien zu studieren. Die Pforzheimer Fachhochschule verweist darauf, daß „die Teilnehmer an diesem Studiengang Arbeitsplatzprobleme nicht zu haben scheinen: Es fehlt nicht an interessanten Angeboten, und einen Teilnehmer hat eine weltweit orientierte Firma bereits zum Ende des zweiten Semesters unter Vertrag genommen".

Wie Schulbücher zu teuer werden

p. p. **Bonn**

Die „Konferenz für Geschichtsdidaktik" hat die Kultusminister nachdrücklich aufgefordert, „die Schulbuch-Genehmigungsverfahren endlich neu zu regeln". Der einzige „Maßstab für die Zulassung" eines Schulbuchs zum Unterricht dürfe nur noch „die Verfassungs- und Rechtskonformität" der Inhalte sein. „Stoffliche und didaktische Beurteilungen" könnten dann den Fachlehrern als „Auswahlhilfen" mit an die Hand gegeben werden. Eindrucksvoll haben die Geschichtsdidaktiker noch einmal die von vielen seit Jahren kritisierte Praxis der Schulbuch-Zulassung dargestellt: „Jedes Bundesland stellt eigene Anforderungen", so daß sich die Buchproduktion um etwa 30 Prozent verteuere, was zu Lasten der Steuerzahler oder direkt der Eltern gehe. „Die Autoren werden durch anonyme Gutachterentscheidungen" völlig unwissenschaftlich eingeschränkt, didaktische Ansätze zum Teil grundsätzlich ausgeschlossen.

Ergebnisse einer Partnerschaft

G. P. O. **München**

Die Zeiten modischer Technikfeindlichkeit sind zwar an den Oberschulen weitgehend Vergangenheit, seitdem die Schüler Computer als liebstes Spielzeug entdeckt haben, doch der betrieblichen Realität stehen die Schüler häufig immer noch kenntnislos und damit reserviert gegenüber. In München hat sich deshalb eine „Partnerschaftsaktion Schule und Unternehmen" gebildet, die sich seit drei Jahren um systematisierte Kontakte bemüht. Beteiligt daran ist unter anderen auch die Siemens AG. In einem „Leitfaden" haben die Förderer dieser Partnerschaftsaktion nun aus ihrer Erfahrung heraus versucht, auch für andere eine „konzeptionelle Grundlage" für Schulen und Unternehmen zu legen. Dabei zeigen die Vorsitzenden Michael Tacke (Siemens) und Eberhard Goepfert (Adolf-Weber-Gymnasium) ganz konkrete Maßnahmen und Möglichkeiten auf, eine solche Partnerschaft zu organisieren.

Fachkongreß zur Weiterbildung

J. R. **Köln**

Unter dem Generalthema „Berufliche Weiterbildung – Chance und Aufgabe für die Zukunft" veranstalten der Deutsche Didacta Verband, das unternehmernahe Institut der deutschen Wirtschaft, die Arbeitgeberverbände und die Bildungswerke der Wirtschaft vom 26. bis 28. Februar im Messezentrum Stuttgart einen zentralen Fachkongreß. Bei der Konzeption dieser Veranstaltung, zu der Entscheidungsträger und Bildungsexperten aus allen Bereichen der Wirtschaft und Politik erwartet werden, stand unter anderem die Überlegung Pate, daß sowohl durch die betrieblichen, technologischen als auch durch die gesellschaftlichen Veränderungen immer größere Anforderungen an das berufliche Bildungswesen gestellt werden. Ausstellungen, Symposien und Workshops sollen in Stuttgart einen aktuellen und umfassenden Überblick über den Stand des beruflichen Bildungswesens ermöglichen.

Katalog mit 120 Fernlehrgängen

p. p. **Berlin**

Das Berliner Bundesinstitut für Berufsbildung hat nach weniger als einem Jahr in völlig überarbeiteter Fassung den Katalog für mehr als 120 Fernlehrgänge herausgegeben, die in der Bundesrepublik auf Prüfungen zu anerkannten Berufsabschlüssen vorbereiten. Die darin enthaltenen Lehrgänge der unterschiedlichsten Anbieter machen zwar insgesamt nur rund ein Drittel aller berufsbildenden Fernlehrgänge aus, aber die unberücksichtigten Lehrgänge bereiten eben nicht auf anerkannte Berufsabschlüsse vor. Kurzbeschreibungen der Lehrgänge, ihrer Kosten, möglicher Förderungsmöglichkeiten sowie der Zulassungsbedingungen zu den angestrebten Abschlußprüfungen machen den Katalog zu einer hilfreichen Fundgrube. Das Berliner Bundesinstitut wurde dabei unterstützt von der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht der Länder – der für die Zulassung von Fernlehrgängen zuständigen Behörde.

Renten im Grundton freundlich

Öffentliche Anleihen waren überwiegend gut behauptet. Allerdings sind die Rentenhändler auf eine gewisse Distanz zu den Langläufern gegangen. Dennoch glaubt man, daß sich die neue Bundesanleihe allmählich placieren läßt, vor allem im Ausland. Dagegen war sie im Laufzeitbereich von fünf Jahren auf 6,25 bis 6,26 rückläufig. Die Differenz wird als überraschend groß bezeichnet. Bei den DM-Auslandsanleihen ergaben sich nur geringe Veränderungen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

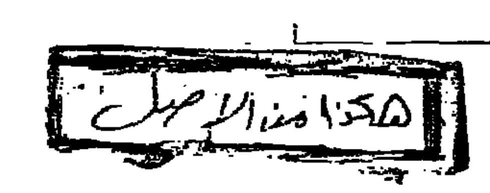
Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen



Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber-, Kupfer-, Kaffee- und Kakaonotierungen an den Terminmärkten der New Yorker Comex.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	3.2.	31.1.
März	327,00	327,00
Mai	284,50	288,00
Juli	268,00	271,00

WEIZEN Winnipeg (can $/t) Wheat Board cif		
St.L. 1 CW	271,25	272,00
Am Durum	268,19	269,94

ROGGEN Winnipeg (can $/t)		
März	113,80	115,70
Mai	118,00	119,70
Juli	120,80	122,00

HAFER Winnipeg (can $/t)		
März	99,80	100,50
Mai	101,00	101,60
Juli	101,10	102,20

HAFER Chicago (c/bush)		
März	121,75	123,75
Mai	123,00	124,25
Juli	121,75	123,25

MAIS Chicago (c/bush)		
März	243,75	243,75
Mai	244,50	244,50
Juli	244,25	244,75

GERSTE Winnipeg (can $/t)		
März	102,70	103,00
Mai	104,40	104,90
Juli	106,60	107,00

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	3.2.	31.1.
März	209,80	213,50
Mai	213,65	219,45
Juli	219,46	225,00

KAKAO New York ($/t)	3.2.	31.1.
März	2105	2143
Mai	2159	2197
Juli	2198	2231
Umsatz	2029	2675

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 März	5,77	5,90
Mai	6,18	6,28
Juli	6,46	6,53
Sept.	6,55	6,66
Okt.	6,70	6,77
Umsatz	10185	7464

Iso-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	5,39	5,26

KAFFEE London (£/t) Robusta	3.2.	31.1.
Jan.	2234-2235	–
März	2270-2275	2225-2230
Mai	2340-2345	2295-2300
Umsatz	3540	5327

KAKAO London (£/t)		
März	1752-1755	1739-1740
Mai	1741-1742	1734-1735
Juli	1764-1765	1756-1757
Umsatz	1655	2424

ZUCKER London (£/t) Nr. 6	3.2.	31.1.
März	152,80-153,20	153,60-154,00
Mai	161,00-161,20	162,60-163,00
Aug.	168,00-169,00	168,80-169,00
Umsatz	2181	1441

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	4.2.	3.2.
schw. Saraw.spez.	890,00	890,00
weiß.Saraw	1342,50	1342,50
weiß.Munt	1352,50	1352,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)	3.2.	31.1.
März	86,20	87,90
Mai	87,50	89,00
Juli	88,20	89,50
Sept.	88,40	89,75
Nov	88,90	90,30
Umsatz 1000	1100	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	3.2.	31.1.
	26,50	26,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	21,25	21,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
März	19,57	19,72
Mai	19,98	20,14
Juli	20,33	20,48
Aug	20,40	20,55
Sept	20,35	20,55
Okt	20,35	20,50
Dez.	20,75	20,80

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	17,00	17,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	16,50	16,50
Choise white hog 4 % fr. F	13,00	13,12

TALG New York (c/lb)		
top white	14,50	14,50
fancy	14,00	14,00
bleichf.	13,75	13,75
yellow max. 10% fr.F	12,00	12,00

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Feb	45,10	45,10
April	40,70	41,75
Juni	44,55	45,30

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb	60,12	62,17
März	60,47	62,47
Mai	61,50	63,50

HÄUTE Chicago (c/lb)	3.2.	31.1.
Ochsen einh. schwere River Northern	59,00	59,00
Kühe einh. schwere River Northern	55,08	50,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
März	527,75	533,50
Mai	537,50	542,00
Juli	545,50	551,50
Aug	545,00	550,00
Sept	529,00	534,25
Nov.	525,00	529,75
Jan.	535,50	540,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
März	149,00	151,90
Mai	151,60	154,00
Juli	154,00	156,00
Aug.	154,20	156,20
Sept.	151,10	153,00
Okt.	146,70	148,60
Dez.	148,10	150,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	3.2.	31.1.
März	310,30	311,40
Mai	316,90	318,00
Juli	324,00	325,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	3.2.	31.1.
	14,75	15,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) – jegl. Herk.	4.2.	3.2.
cif	655,00	665,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	515,00	520,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	300,00	305,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	117,50	117,75

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	335,00	335,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	240,50	242,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr Nr 2	3.2.	31.1.
März	60,05	60,23
Mai	60,50	60,30
Juli	57,85	58,10
Okt.	50,35	50,30
Dez.	49,00	48,85
März	49,80	49,70

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	41,50	41,25

WOLLE London (Neuseel. c/kg) – Kreuzz.	4.2.	3.2.
März	497-500	495-498
Aug.	521-525	521-525
Okt.	521-525	–
Umsatz	78	78

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	4.2.	3.2.
März	40,50	
Mai	40,50-47,50	
Juli	40,50-42,50	unerh.
Okt.	40,50-42,50	
Umsatz	0	
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	4.2.	3.2.
März	603,00-604,50	603,00-605,00
Mai	–	unerh.
Juli	–	unerh.
Umsatz	0	5

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthafen	4.2.	3.2.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	4.2.	3.2.
März	12050	12149
April	12117	–

KAUTSCHUK London (p/kg)	3.2.	31.1.
RSS 1 März	60,00-61,00	59,00-60,00
RSS 1 April	60,50-61,50	59,50-60,50
RSS 2 März	58,75-59,75	57,75-58,75
RSS 3 April	57,25-58,25	56,25-57,25
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	4.2.	3.2.
März	188,50-189,50	187,50-188,50
April	191,00-192,00	190,00-191,00
Nr. 2 März	184,25-185,25	185,50-184,50
Nr. 3 März	181,75-182,75	181,00-182,00
Nr. 4 März	176,75-177,75	176,00-177,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	4.2.	3.2.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	4.2.	3.2.
ALUMINIUM: Basis London lfd. Mon.	264,38-264,54	262,26-262,59
dritt. M	273,99-274,15	272,73-273,06
BLEI: Basis London lfd. Mon.	85,48-85,64	85,31-85,48
dritt. M	89,62-89,78	89,64-89,80
NICKEL: Basis London lfd. Mon.	934,27-937,58	929,62-932,94
dritt. M.	963,75-964,08	951,24-952,90
ZINK: Basis London lfd. Mon.	142,46-145,77	143,02-146,34
Prod.-Pr.	169,48	167,62
REINZINN 99,9 %	unerh.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	4.2.	3.2.
	17,80	18,00

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	4.2.	3.2.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	340,74-342,56	342,25-344,58
BLEI in Kabeln	93,25-94,25	93,00-94,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz dr	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	4.2.	3.2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	306–	306-307
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	339-344	344-345
MS 63	329-331	330-333

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	4.2.	3.2.
Leg. 225	342-345	342-345
Leg. 226	344-347	344-347
Leg. 231	379-380	379-380
Leg. 233	389-390	389-390

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	4.2.	3.2.
PLATIN (DM/g)	29,65	30,35
GOLD (DM/kg Feingold) Bank-Vkfpr.	26940	27150
Rückn.-Pr.	26190	26400
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing) Deg.-Vkfpr.	26910	27220
Rückn.-Pr.	26210	26510
verarbeitet	28230	28560
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	26320	26705
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing) Deg.-Vkfpr.	467,10	476,70
Rückn.-Pr.	453,10	461,90
verarbeitet	487,70	497,10

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	4.2.	3.2.
10.30	338,50	347,35
15.00	338,60	347,30
Zürich mit	337,50-339,00	347,60-348,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	82000	82300

SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	426,90	434,50
3 Mon.	439,65	447,65
6 Mon.	454,35	462,14
12 Mon.	480,50	488,35

PLATIN (£/Feinunze) London	3.2.	31.1.
fr. Markt	263,50	268,05

PALLADIUM (£/Feinunze) London	3.2.	31.1.
f. Händl.-Pr.	74,25	76,20

New Yorker Metallbörse

	3.2.	31.1.
GOLD H & H Ankauf	347,30	350,50
SILBER H & H Ankauf	602,50	608,00
PLATIN f.Händl.-Pr.	372,00-376,00	372,00-376,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	103,00-104,00	105,00-106,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00

SILBER (c/Feinunze)		
Feb.	590,50	603,70
März	593,00	607,50
Mai	600,00	614,00
Juli	608,00	623,00
Sept.	618,00	631,00
Dez.	629,00	644,00
Jan.	635,10	648,60
Umsatz	20000	20000

KUPFER (c/lb)	3.2.	31.1.
Feb	63,20	65,30
März	63,55	65,65
Mai	64,15	66,10
Juli	64,45	66,40
Sept	64,85	66,60
Dez	65,60	67,20
Jan	65,65	67,35
Umsatz	9500	6000

Londoner Metallbörse

	4.2.	3.2.
ALUMINIUM (£/t) mitt. Kasse	798,00-798,50	791,00-792,00
3 Mon.	827,00-827,50	821,00-822,00
BLEI (£/t) mitt. Kasse	258,00-258,50	257,50-258,00
3 Mon.	270,50-271,00	270,00-271,00
KUPFER Highergrade (£/t) mitt. Kasse	1008,50-1009,00	1010,00-1011,00
3 Monate	1037,50-1038,00	1042,00-1042,50
ab Kasse	–	1002,00-1003,00
3 Monate	–	1033,00-1035,50
KUPFER-Standard mitt. Kasse	991,00-992,00	985,00-990,00
3 Monate	1028,00-1030,00	1020,00-1025,00
ZINK Highergrade (£/t) mitt. Kasse	451,00-452,00	449,00-451,00
3 Monate	463,00-464,00	461,00-462,00
ZINN (£/t) mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	225-235
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	50-55

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	3.2.	31.1.
März	50,80-50,90	55,28
April	50,45	53,25
Mai	48,48	51,47
Juni	48,48	–

GASÖL – London ($/t)	3.2.	31.1.
Feb	181,75-181,50	192,50-193,00
März	164,25-164,50	177,50-177,75
April	159,00-159,50	171,00-171,25
Mai	154,50-155,00	166,75-167,25
Juni	153,00-153,50	165,25-166,00
Juli	153,75-154,00	165,26-166,00
Aug.	155,00-156,00	165,75-166,00

BENZIN – New York (c/Gallone)	3.2.	31.1.
März	51,45-41,80	55,60
April	52,21	55,55
Mai	52,16	55,65
Juni	52,15	55,65
Juli	52,16	–

ROHÖL – New York ($/Barrel)	3.2.	31.1.
März	17,28-17,40	18,75-18,93
April	17,83	18,80-18,90
Mai	17,91	18,85-18,95
Juni	17,95	18,90-18,95
Juli	17,99	18,99

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	3.2.	31.1.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	26,90N	26,90N
Forties	18,50-	18,50
N. Sea Brent	19,00	19,00
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)	3.2.	31.1.
Febr	72,80	73,50
April	91,90	89,80
Mai	100,00	97,00
Nov.	77,00	76,50

New York (c/lb)	3.2.	31.1.
März	2,04	2,03-2,05
April	2,00-2,01	2,02-2,12
Mai	2,22	2,12
Nov.	3,39	3,38-3,39

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	3.2.	31.1.
März	142,50-142,30	141,20-141,60
Mai	145,50-145,70	144,20-144,50
Juli	149,40-149,10	147,80-147,90
Sept	151,40-151,70	150,50

Devisenterminmarkt

Die Befestigung von Pfund-Depots führte am 4.2. zu einer Erweiterung der Terminabschläge für Pfund gegen Dollar und DM.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,68-0,58	2,05-1,95	4,05-3,85
Pfund/Dollar	0,53-0,51	1,69-1,66	3,30-3,25
Pfund/DM	2,30-1,40	7,50-6,30	14,0-12,6
FF/DM	32-16	100-84	150-134

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 4.2.: Tagesgeld 4,50-4,55 Prozent; Monatsgeld 4,25-4,40 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,60 Prozent; FIBOR 3 Mon. 4,60 Prozent; 6 Mon. 4,65 Prozent.
Privatdiskontsätze am 4.2.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent, und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 4.2.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 4.2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅜-4⅝	4-4¼
3 Monate	7⅞-8⅛	4⅜-4⅝	4-4¼
6 Monate	7⅞-8⅛	4½-4¾	4-4¼
12 Monate	8-8¼	4⅝-4⅞	4⅛-4⅜

Mitgeteilt von Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 4.2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,75, Verkauf 19,75 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 4.2. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1180,00	1527,60
5 US-Dollar (Indian)**	790,00	957,30
5 US-Dollar (Liberty)	445,00	583,15
1 £ Sovereign alt	205,50	257,07
1 £ Sovereign Elizabeth II	188,25	237,41
20 belgische Franken	148,00	197,22
10 Rubel Tscherwonez	204,00	259,92
2 südafrikanische Rand	182,75	230,00
Krüger Rand, neu	814,25	968,15
Maple Leaf	833,75	989,81
Platin Noble Man	880,00	1043,10
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	228,00	288,47
20 schweiz. Franken „Vreneli"	187,00	234,84
20 franz. Franken „Napoleon"	168,00	220,02
100 österr. Kronen (Neuprägung)	771,75	943,64
20 österr. Kronen (Neuprägung)	155,25	199,79
10 österr. Kronen (Neuprägung)	80,50	108,87
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	363,50	448,59
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	84,75	118,85

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Jan. 1986 an; Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/1 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,00 (6,20). Ausgabe 1986/2 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,00 (6,32) – 8,00 (6,56). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,20, 2 Jahre 5,05. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 100,50, Rendite 6,18.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 4.2.86	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	54,07	6,75
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	103,907	6,75
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	54,32	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,72	7,00
Commerzbank	100,00	22.5.95	59,00	5,84
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,45	6,76
Deutsche Bk. $	287,00	25.1.95	121,50	9,88
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	105,05	6,20
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	76,67	6,20
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	53,30	6,85
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	105,56	6,90
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	49,75	6,84
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	54,99	6,67
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	38,44	6,90
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	54,51	6,72
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	26,74	7,03
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	26,63	6,95
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	54,57	6,70
WestLB 600	100,00	2.5.95	55,00	6,69
WestLB 601	100,00	2.5.00	39,05	6,85
WestLB 602	100,00	3.10.05	26,90	6,91
WestLB 500	176,56	16.2.89	109,10	5,12
WestLB 501	137,01	16.2.90	109,75	5,66
WestLB 503	115,76	3.10.88	102,00	4,89
WestLB 504	141,85	1.10.91	107,55	5,91
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	12,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud. Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo (AA)	100,00	4.2.88	84,00	10,51
Pepsi-Co (AA)	100,00	4.2.92	58,75	9,26
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	51,75	11,56
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	56,675	9,82
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	56,25	9,92
Gen. Elec (AAA)	100,00	17.7.93	54,00	9,41
Caterp. Fin (AA)	100,00	11.2.94	45,00	10,46
Penney (A-)	100,00	17.2.94	46,00	10,14
Sears (AA)	100,00	27.5.94	46,50	9,64
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	45,50	9,89
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	44,50	9,32

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca. % (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,75 (4,75)	100,3	101,1	102,1	103,0	104,0	104,9
2	5,12 (5,18)	99,80	101,5	103,3	105,2	107,0	108,9
3	5,63 (5,65)	98,05	101,0	103,4	106,1	108,8	111,5
4	6,12 (6,15)	96,80	99,60	102,7	106,2	109,6	113,1
5	6,75 (6,78)	94,35	98,55	102,7	106,9	111,1	115,3
6	6,38 (6,40)	92,95	98,15	102,5	107,4	112,2	117,1
7	6,72 (6,75)	90,15	95,55	101,5	106,4	111,8	117,3
8	6,83 (6,85)	88,45	94,45	101,0	106,4	112,4	118,4
9	6,95 (6,98)	86,65	93,15	100,4	106,2	112,7	119,2
10	6,98 (7,00)	85,45	92,45	100,2	106,5	113,5	120,5
15	7,20 (7,22)	79,45	88,40	98,20	106,3	115,3	124,2

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können

Commerzbank Rentenindex: 111,455 (111,344)
Performance-Rentenindex: 235,268 (235,100)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	3. Febr	7,945-8,00
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,70
	60-270 Tage	7,50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,75
	60 Tage	7,70
	90 Tage	7,65
Certificates of Deposit	1 Monat	7,65
	2 Monate	7,65
	3 Monate	7,65
	6 Monate	7,65
	12 Monate	7,65
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,99
	26 Wochen	7,06
US-Staatsanleihe	10 Jahre	8,99
	30 Jahre	9,07
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	13. Jan	626,5 Mrd $ (– 3,7 Mrd $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
März	124,75	123,05
Juni	126,10	124,45

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	3.2.	31.1.
11¼ EEC 90	106,5	106,5
10¾ EIB 93	106	106
11 dgl. 91	107,625	107,625
11½ dgl. 90	108,625	108,625
11¾ dgl. 93	111,5	111,5
12 dgl. 95	113,25	113,25
12½ dgl. 90	111,5	111,5
12¾ dgl. 93	116,75	116,75
13 dgl. 96	115,625	115,625
10¼ Wld Bk 95	104,5	104
10¾ dgl. 88	103,5	103,5
10¾ dgl. 90	106,5	106,25
10⅞ dgl. 95	107,5	107,625
11 dgl. 92	107,375	107,5
11⅛ dgl. 98	112,25	112,25
11¼ dgl. 88	105,375	105,5
11¼ dgl. 90	108,125	108,125
11⅜ dgl. 89	106,375	106,625
11½ dgl. 90	108,625	108,625
12 dgl. 93	112,875	112,875
12⅛ dgl. 94	114,625	114,625
12⅜ dgl. 94	117,5	117,625

Euro-Yen

	3.2.	31.1.
6¾ Al.Corp 91	100,625	100,625
7¾ ADB 94	104,75	104,75
7 Austria 95	102,5	102,5
7 BP 92	103,375	103,625
6¾ Denmark 92	100,875	100,875
7 Denm.Bk. 92	101	101
7 Dow Chem.94	101,5	101,5
6¾ EDF 95	102,375	102,375
6½ Eurofima86	99,75	99,75
6½ dgl. 95	99,875	99,875
6¾ dgl. 92	100,5	100,5
6¾ dgl. 93	100,125	100,125
7¾ dgl. 94	103,375	103,5
6¾ Fannie 92	101,125	101,125
6¾ Finl.Rep90	101,25	101,25
6½ GMAC 90	100,75	100,75
7¾ Goodyear95	100,875	101
6¾ dgl. 94	99,875	99,875
6¾ ITT 92	100,75	100,75
6¾ McDonal.92	101	101,125
6¾ Montreal95	99,875	99,875
7¾ N.Bruns.95	103,375	103,375
7¾ N.Zeald.90	102,5	102,5
7¾ dgl. 89	103,75	103,75
7 Pac.Gas 94	102,125	102,125
6¾ Penney 92	99,125	99
6¾ Procter 97	101,5	101,5
6¾ Saffe 92	99,875	99,875
6¾ Sears 91	104,125	104,125
6¾ Swed.Ex.91	100,625	100,625
7 TRW 94	101,125	101,125
6¾ Un.Tech.92	100,375	100,375
6¾ World Bk90	101,125	101,25
6¾ dgl. 94	100,875	100,875
7 dgl. 94	102,5	102,5
7¾ dgl. 93	105,375	105,375
8 dgl. 93	106,875	106,875

Lux. Franc Bonds

	3.2.	31.1.
9¾ Akzo 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	101	101
6¾ Asian Dv87	97,25	97,25
10½ BFG Lux90	103	103
11 BNP 90	102,25	102,25
9 dgl. 93	100	100
10¾ Paribas89	101	101
10¾ Ceca 94	104,25	104,25
11 dgl. 92	104,5	104,5
13 dgl. 91	103	103
12½ Consell92	104,5	104,5
8 Coptel 88	97,75	97,75
8¾ dgl. 89	98,25	98,25
11 Cr.Lyon.88	102	102
13 dgl. 89	103	103
7½ Den.Mig 88	96,75	96,75
10¾ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	104	104
12¼ dgl. 88	100,75	100,75
12½ dgl. 92	102,5	102,5
9 Eurofima 95	101	101
10 dgl. 91	103	103
10 dgl. 94	104	104
11¾ dgl. 89	101,75	101,75
8 EIB 91	97,75	97,75
9¾ dgl. 95	102,25	102,25
9¾ dgl. 88	101,25	101,25
9¾ dgl. 93	102,75	102,75
10½ dgl. 94	105,25	105,25
11½ dgl. 88	103	103
12¾ dgl. 90	104,5	104,5
9¾ Hypo Bk.88	101,25	101,25
9¾ Ind.B.F.95	100,5	100,5
11 Krediet.95	106,5	106,5
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	102	102
11¾ dgl. 89	102,25	102,25
8 Luxair 87	98,5	98,5
8¾ dgl. 87	98,75	98,75
10½ Lux Bk.91	102,25	102,25
12¾ dgl. 89	100,75	100,75
9 Met.Chim 95	101,25	101,25
12¾ Nord LB	102	102
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98	98
8½ dgl. 87	98,5	98,5
9 Paribas 92	100	100
8 Philips 89	97,75	97,75
7¾ Renault 88	96,75	96,75
9¾ Sagenal 92	101	101
10¾ Solvay 87	101	101
10¾ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sverige 88	97,75	97,75
9¾ Volvo 87	100	100
9¾ WorldBk.90	101	101
10¾ dgl. 89	102	102

Rechnungs-Einheiten
RE 9 DM 2,60418

	3.2.	31.1.
8¾ Cop City91	97	97
8¾ CCA 91	96,5	96,5
9¾ Gas d Fr86	99	99
11¾ Ned. G.88	101,5	101,5
9¾ Queb. P.94	99	99
8¾ SDR 94	97	97

ECU

	3.2.	31.1.
10¾ Af.Dbk89	102,125	102,125
10¾ dgl. 91	104,125	104,125
9¾ ABN 92	101,625	101,625
All Nippon 95	99,875	99,875
9¾ ANZ 92	101,5	101,5
10¾ Austria93	106,875	106,875
10 BNDA 92	101,25	101,125
9 M.+Hope 92	100,25	100,25
9 Bk.Hels.96	97,875	97,75
9¾ Bk.Tok.90	102	101,875
10¾ dgl. 91	103	103
10¾ dgl. 91	103	103
8¾ BNP 95	98,25	98,25
8¾ Bay.Vbk.88	100,375	100,5
8¾ BFCE 95	97,25	97,125
9¾ dgl. 92	104,25	104,125
9¾ dgl. 95	103,375	103,375
9¾ Bull 92	98	97,75
9¾ CNT 92	104,5	104,5
9¾ dgl. 95	103,5	103,5
8¾ Cargill 95	97,875	97,875
10¾ Ceca 89	106,375	106,375
11¾ dgl. 94	108,5	108,5
9 Carlsv. 95	101,125	100,875
9 Chrysl. 92	97,375	97,375
10 dgl. 91	101,75	101,75
10¾ dgl. 93	101,75	101,75
9 ClubMed 88	101,125	101
9¾ Consell 92	101	101
9¾ dgl. 95	101,875	101,75
9¾ CCF 95	100,125	100,125
9¾ CrdNord 91	101,625	101,625
11¾ CrdFonc90	106	106,125
11¾ dgl. 90	106,375	106,375
8¾ CrdNat 95	98,75	98,875
10¾ dgl. 94	106,25	106,25
8¾ Crdorat.94	100	99,875
9¾ Credito 92	101	101
9¾ Denmark 90	100,875	100,875
10¾ Denmark91	105	105
9¾ Dresd.bk93	102,875	103
9 EDF 97	101,25	101,375
8¾ EEC 93	99,75	99,875
8¾ ELFAqu. 88	98,625	98,75
9 Enso Gut 91	99	99
9¾ dgl. 93	99	99,125
10 Euratom 97	103,625	103,625
9¾ Eurofima93	103,25	103,5
11 dgl. 92	107,625	107,575
8¾ EIB 95	99,25	99,25
9¾ dgl. 95	103,25	103,25
10¾ dgl. 94	106	105,875
10¾ dgl. 94	105,75	105,75
10¾ dgl. 90	106	106
11¾ dgl. 97	107,25	107,25
11¾ dgl. 94	109,125	109
9 Eutelsat 93	99,125	99
8¾ Fiat 90	99,75	99,75
9 IBKFinl 95	97,875	97,875
8¾ Ford C.95	97,875	97,75
11 Genfin.90	106	106
10¾ Giroz. 93	106,25	106,25
10¾ GTE 92	106,875	106,875
10 IADB 95	103,625	103,75
8¾ IBM 90	100,125	100,125
9 Imatran 96	98,25	98,25
11 IBJ 89	104,125	104,25
9¾ Italia 89	101	101
10¾ dgl. 92	105,25	105,25
11¾ dgl. 90	107,625	107,625
9¾ Kansall 92	99,75	99,75
9¾ Kbifina 92	100	99,875
11¾ LTCB 90	106,5	106,5
10¾ Megal 95	103	103,125
8¾ Mits.Tr.93	97,375	97,5
9 MoetHen.91	100,5	100,375
9¾ Mol 90	100,625	100,5
8¾ Morgan 90	99	99
8¾ Motorola92	99,5	99,625
9 Nesa 95	97,875	97,875
9¾ N.Zeal. 90	101,625	101,5
9¾ N.Zeal.92	102,375	102,125
11 Nipp.Crb91	106,5	106,5
9 Ostlbk. 89	100,25	100,125
8¾ Olivetti93	99,375	99,375
10 Pechin.90	102,5	102,5
9 Petroc.95	96,375	96,375
9¾ Peugeot 90	100,75	100,625
10¾ dgl. 90	104,75	104,625
9 Philips 93	102,25	102,25
9¾ Piba 92	102,5	102,5
10 Prvbk. 97	102,25	102,25
11¾ Queb.Pr89	106,375	106,375
10¾ RATP 92	104	104
9¾ Rabobk. 95	102,625	102,5
8¾ Reynolds91	99,75	99,5
10¾ Roybk.Ca89	103,5	103,5
9 SAS 95	100,375	100,75
9 Sanwa 95	98,375	98,375
8¾ Secpac 90	97,875	97,875
11¾ SNCF 94	108,625	108,625
9 SNCI 95	99,25	99,25
10¾ Spartas91	104	104
9¾ Sumitcorp95	100,375	100,375
9 Sumitfin 93	100,376	100,375
9 Unibk.Nor.95	98,875	98,875
9¾ WestLB 90	104,375	104,25
9¾ Westpac92	101,125	101,125
8¾ Worldbk 93	97,875	97,875
9¾ dgl. 95	105,75	105,75
9¾ dgl. 92	103	103
10¾ dgl. 89	104,5	104,5
10¾ dgl. 88	104,875	105
10¾ dgl. 94	105,875	105,875
11 dgl. 93	107	107

ECU-Tageswerte

	3.2.	31.1.
Dollar	0,904836	0,907885
Bfr	44,2574	44,3565
DM	2,16346	2,16748
Hfl	2,44351	2,44822
£	0,65143	0,641957
Dkr	7,96889	8,00230
FF	6,62792	6,64304
Lira	1472,62	1477,41
Ir£	0,713875	0,716214
Sfr	1,8341	1,83866
öS	15,2058	15,2481
Peseta	135,997	136,471
Skr	6,81025	6,82491
Nkr	6,74646	6,75552
Kan-$	1,29592	1,29505
Esc	140,928	141,052
Fmk	4,84449	4,85154
Yen	172,733	175,022
Drachme	132,423	132,806

SZR-Wert

	3.2.	31.1.
Dollar	1,11069	1,11115
DM	2,65510	2,65476

Gerät unter Mordverdacht: der ungarische Lebemann Graf Zalavari (Bela Erny), genannt „Der Beau" FOTO: TELEBUNK

Ein eleganter Beziehungsschwindler: „Der Beau"

Playboy aus Budapest

Ungarn und Österreich in den dreißiger Jahren. Dem ungarischen Grafen Torday fällt in einer österreichischen Spielbank ein Croupier auf, der ihm bekannt vorkommt. Bei den Nachforschungen des Grafen stellt sich heraus, daß es sich bei dem Croupier um den ehemaligen ungarischen Lebemann Graf Zalavari handelt. Er war vor Jahren in einen Gesellschaftsskandal verwickelt, der ihn zum zwielichtigen Salonlöwen abqualifiziert hatte.

Da der elegante Adlige seinerzeit kein Geld hatte, versuchte er mit List und Liebe, seine finanzielle Situation

Der Beau – ARD, 20.15 Uhr

zu verbessern. Er machte reichen, dafür aber unattraktiven Standeskolleginnen den Hof, die sich mit wertvollen Geschenken erkenntlich zeigten für die ihnen gewidmete Aufmerksamkeit.

Dieses Sytem funktionierte so lange, bis eine begüterte Amerikanerin in sein Leben trat, die sich für Zavalaris Liebesdienste mit einem wertvollen Collier bedankte. Der bankrotte Graf hatte nichts Eiligeres zu tun, als das Geschmeide zu versetzen. Pech für den Wohltäter der reichen Lady aus der Neuen Welt war nur, daß in der Zwischenzeit seine Gönnerin ermordet wurde. Und alle Spuren deuten auf Zavalari, denn er war offenbar der letzte, der Mrs. Pidlington lebend gesehen hatte.

Nach einer Novelle des ungarischen Autors Sandor Hunyady entstand der Fernsehfilm „Der Beau" mit einer internationalen Besetzung. Neben der schwedischen Schauspielerin Britt Ekland als Mrs. Pidlington ist als Inspektor Zombori David McCallum zu sehen, der in den sechziger Jahren in der US-Serie „Solo für O.N.C.E.L." hierzulande populär war. Die etwas zwielichtige Zofe der reichen Amerikanerin spielt Heidi Bohay, den Fernsehzuschauern bekannt als Empfangsdame aus der amerikanischen TV-Reihe „Hotel". Der Wahlwiener Bela Erny schließlich hat die Titelrolle übernommen.

„Ich spiele nicht nur die Hauptrolle, sondern habe auch die Betreuung des Films übernommen", erzählte Erny, der als ehemaliger Lebensgefährte von Heidi Brühl mehrmals in die Schlagzeilen der Boulevard- und Regenbogenblätter geriet. Erny beschreibt seinen schurkischen Aristokraten mit viel Sympathie als einen „sehr eleganten Beziehungsschwindler", als einen vornehmen Mann, „der zwar Namen und Manieren geerbt hat, aber leider kein Geld, um seinen aufwendigen Lebensstandard halten zu können".

Die Kosten für den anderthalbstündigen Fernsehfilm teilten sich die USA, Österreich, Ungarn und die Bundesrepublik. In der ARD erlebt „Der Beau" seine Erstausstrahlung, oder, wie es Erny in aller Bescheidenheit formuliert, seine „Welturaufführung". DW.

KRITIK

Familiärer Offenbarungseid

Auf drei Personen hat der Autor des in der ARD erstaufgeführten italienischen Films **Die Augen, der Mund** verteilt, was an profilierten Rollen aus diesem Familiendrama herauszuschlagen war. Daß Sohn Pippo seinem Leben ein Ende setzt, ist nur der Anfang dessen, was vor unseren Augen als eine Art Offenbarungseid abläuft: Pippos Tod denunziert den frommen Schein des Zusammenhalts einer Familie, deren Mitglieder sich im Gestrüpp totalen Auseinanderlebens längst verloren haben. Nur in der Lüge, Pippos Tod sei ein Unfall gewesen, halten sie der Mutter gegenüber zusammen.

Diesem Betrug schließt sich auch Pippos *Zwillingsbruder Giovanni* an, der Ex-Schauspieler aus Rom, der zu fett geworden ist für seinen Beruf und künftig bei seiner Familie bleiben wird. Er lernt Vanda, Pippos Verlobte kennen, von der es heißt, sie habe Pippo nicht genug Liebe entgegengebracht und damit seinen Tod verschuldet. Rundheraus, sie ist ein Flittchen, sagt ihr eigener Vater. Man glaubt's nach der Art, wie sie Giovannis Nachstellungen hinnimmt, der sich bei ihr einen Neubeginn seines ausgeflippten Daseins erhofft.

Marco Bellocchio inszenierte, mit Lou Castel, der vorzüglichen Angela Molina und dem hier recht blassen Michel Piccoli in einer seltsam indifferenten Onkelrolle, ein reichlich romantisches Interieur, dessen krauses Geschehen den Betrachter jedoch ziemlich unberührt läßt.

WALTER DEPPISCH

Prügelnde Primadonna

Ach, wie's da pfeift und trillert, klackt und knallt und gluckert und platscht und trällert und piepst, juchzt und grunzt – als hätten sich Spike Jones, Gerald Hoffnung, Stan Freberg und alle anderen heiligen Musikverblödler versammelt, und zwar zu einer wahrhaft wirbeligen Clownerei um **Das verrückte Orchester** (ZDF). Das war eine hirn- und lachmuskelrissige Probe gehobenen israelischen Slapsticks, „Nonsens nach Noten", wie es im Untertitel hieß. In der ersten Folge ging's hauptsächlich um eine Primadonna, die Verdis „Il Trovatore" tiriliert, daß im Parkett die Augengläser platzen.

25 Minuten zu später Stunde waren *angefüllt mit klatschenden Torten*, fliegenden Violinen und einem jammervollen Tenor mit aufgeblasenem Gummibauch unterm Troubadour-Wams. Penible deutsche Humoristen nach Vorschrift mögen da manchmal eine Braue gelüpft haben ob des Lavierens der irren Orchestertruppe am Rande zum Plattsinn.

Wir jedenfalls haben 25 Minuten gelacht: Wer sich immer schon für die auch komischen Seiten musikalischen Lebens erwärmen konnte, kam voll auf seine Kosten, über den Gummibauch wie die prügelnde Primadonna und die dämliche Punkersekretärin, die ein gepfiffenes Notendiktat aufnimmt.

Und das war erst der erste Streich des Spezialpreis-Gewinners von Montreux 1985. Neun weitere sollen folgen. Das kann ja heiter werden.

ALEXANDER SCHMITZ



Zu der von der BBC und dem WDR produzierten Serie **Welt der Flüsse – Flüsse der Welt**, die bereits in einigen dritten Programmen ausgestrahlt wurde, ist jetzt im Münchner Christian Verlag das gleichnamige Buch erschienen. Sechs Autoren berichten in ihren Beiträgen von den abenteuerlichen Fahrten über den Zaire, den Sepik und Waghi in Neuguinea, den Mekong, den brasilianischen São Francisco, den australischen Murray und den Nil. Zahlreiche Fotos und Orientierungskarten ergänzen den Band (208 Seiten, 39,80 Mark). no

*

Vom 18. bis zum 23. Februar kommen in Prag rund 200 Delegierte sämtlicher wichtigen internationalen Hörfunk- und Fernsehorganisationen zu einer **TV-Weltkonferenz** zusammen. Auf dem Treffen sollen ein weltweiter Austausch von Rundfunkprogrammen sowie rechtliche, technische und finanzielle Probleme des kontinentalen und transkontinentalen Programmaustausches erörtert werden. dpa

ARD 

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Die Reportage
11.10 Donnerlippchen
11.55 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

11.00 Aus dem Bundestag
Debatte um den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes
16.00 Tagesschau
16.10 Wunderland '86
Streifzug durch die 37. Internationale Spielwarenmesse in Nürnberg
Mit R. Herzberg und F. Merz
16.55 Computerzeit
Die Welt der Elektronenrechner
Daten-Fernübertragung
17.25 Da schau her!
17.50 Tagesschau
Dazwischen Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Beau
Fernsehfilm nach der Novelle von Sandor Hunyady
Mit Bela Erny, David McCallum, Britt Ekland u. a.
Regie: Levente Mainay
21.40 Brennpunkt
Die Philippinen: Marcos am Ende oder am Ende Marcos
Die Sendung analysiert die Mechanismen der philippinischen Politik, porträtiert den seit 20 Jahren regierenden Präsidenten und die von einer Sympathiewelle getragene Herausforderin Cory Aquino und untersucht die Chancen für eine wirklich faire und saubere Wahl.
Moderation: Peter Staisch
22.30 Tagesthemen
23.00 Scheibenwischer
Eine Kabarettsendung von und mit Dieter Hildebrandt
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken

ZDF

13.55 Bettkantengeschichten
Monster-Baby
14.25 Fußball-Länderspiel aus Avellino:
Italien – Deutschland
16.25 heute
16.35 Tao Tao
Der goldene Vogel
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Heim für Tiere
Dazwischen heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
19.00 heute
19.30 Direkt
Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
20.15 ZDF Magazin
Neue Heimat: Steuergelder für Mißwirtschaft? Streitgespräch Peter Glotz, SPD, Graf Lambsdorff, FDP / Terror in Zuchthäusern drüben / Afghanistan – Mehr als ein Kriegsschauplatz
Moderator: Gerhard Löwenthal
21.00 Der Denver-Clan
21.45 heute-journal
22.05 Die Sportreportage
Fußball-Länderspiel
Italien – Deutschland (Zusammenfassung)
22.50 Apropos Film
Aktuelles aus der Filmbranche
Von Helmuth Dimko und Peter Hajek
Berichte über „Ginger und Fred" von Federico Fellini, „Kaos" von den Brüdern Taviani, „Stammheim" von Reinhard Hauff
23.35 Locker vom Hocker
Mit Walter Giller
0.05 heute

SAT 1

15.00 Captain Future
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 S. O. S. – Charterboot
18.00 Es darf gelacht werden
Oder Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Sport auf SAT 1
Gäste im Studio: Willi Lemke, Frank Mockerodt u. a.
19.45 Die Perle Anna
Deutscher Spielfilm
Mit Horst Kuska, Marina Lehnert u. a.
21.30 APF blick
22.15 M – Ein Männermagazin
22.45 Kultur, Natur und Wissenschaft
Paul Cezanne
23.40 APF blick

3SAT

18.10 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Gala für Stadt und Land
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Neutrale Schweiz
23.00 Begegnungen
Manès Sperber
Mein Lehrer Alfred Adler
23.45 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.30 Der unsichtbare Mann
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der Rebell
Deutscher Spielfilm, 1932
22.00 Wer bin ich?
22.27 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
Englisch (34)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Dortmund
Informationen und Unterhaltung
21.45 Hobbythek
Witze, Späße und liebenswürdige Gehässigkeiten von und mit Jean Pütz
22.30 Chronik einer Liebe
Italienischer Spielfilm, 1950
Mit Lucia Bosé, Massimo Girotti u. a.
Regie: Michelangelo Antonioni
0.10 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Passives Rauchen
19.15 Das internationale TV-Kochbuch
Portugal (2)
19.30 Das Jahr im Garten
20.00 Tagesschau
20.15 Der tanzende Tod in Lübeck
21.00 Offerte
21.15 Das Licht der Gerechten (5)
22.10 Nanook, der Eskimo
Amerikanischer Dokumentarfilm, 1922
23.15 Nachrichten

HESSEN

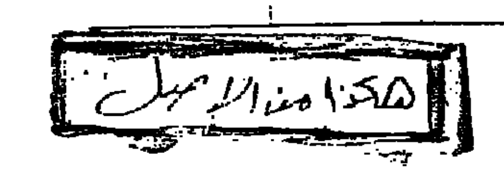
18.00 Sesamstraße
18.30 Black Beauty (12)
19.05 Dingsda
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
U. a. Quo vadis FDP? / Bleibt es in Hessen beim Alleingang? – Medienpolitische Debatte im Landtag
21.00 Sonne aus der Steckdose, Fitness im Abonnement
21.30 Drei aktuell
21.50 Lindenstraße (9)
Die Hochzeit
22.20 Der gelbe Teppich
Italienischer Psycho-Thriller

SÜDWEST

19.26 Sandmännchen
19.30 Reden ist Gold
20.15 Reisewege zur Kunst:
Sardinien (2)
Von Bosa nach Cagliari
21.00 Frau ohne Gewissen
Amerikanischer Spielfilm, 1944
Mit Barbara Stanwyck u. a.
Regie: Billy Wilder
22.40 Der Skandal
Eine Geschichte aus der Weimarer Republik
Von Antonia Gruneberg
23.25 Nachrichten

BAYERN

18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Verstehen Sie Spaß?
19.30 Dingsda
20.00 Der Leih-Opa
20.50 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Levin und Gutman
5. Mirjam
22.10 Z. E. N.
22.15 Lese-Zeichen
22.45 Erben berühmter Namen
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week



Zu viel Geld für Thalia?

da – Zwar „muß" man sich nicht mehr fein anziehen, wenn man ins Theater geht; dieser früher beachtete Unterschied zum Kino ist verwischt. Die wichtigen Grenzen bleiben aber unverrückbar: zum Beispiel hier das jeden Abend Einmalige, dort das beliebig Wiederholbare, hier der Mensch, dort nur das Bild von ihm, hier der dauernde Gesamtüberblick über die Bühne, dort ständiger Szenenwechsel und die Möglichkeit von Detailaufnahmen. Und, was in der deutschen Kulturlandschaft eine wichtige Rolle spielt: verschiedene Subventionstöpfe.

So erhält beispielsweise das Hamburger Thalia-Theater 18,1 Millionen Mark im Jahr. Für die Filmförderung in Hamburg gibt es Subventionen durch das Filmbüro e. V. oder/und die wirtschaftliche Filmförderung. Außerdem hat sich für deutsche Filmemacher die Möglichkeit etabliert, Co-Produktionen mit den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten zu machen, was ja auch eine Subventions-ähnliche Angelegenheit ist.

Wenn das Fernsehen einmal nicht mitmachen will, dann ertönt nur allzu schnell der Vorwurf der „Zensur". So auch im Falle des ominösen Stammheim-Films, der in den letzten Tagen vor allem in Hamburg durch die Begleitumstände seiner Uraufführung von sich reden gemacht hat. Dabei hielten die Anstalten, wie sie versichern, das Interesse ihrer Zuschauer einfach für zu gering, vielleicht war ihnen die Sache auch aus anderen Gründen zu heikel. Doch, so jubelte die „Szene", es gab ja noch den mutigen Intendanten des Thalia-Theaters, Jürgen Flimm, der als Co-Produzent einsprang und 300 000 Mark von den Subventionen seines Hauses abzwackte.

Kann man so etwas einfach durchgehen lassen? Es bliebe jetzt für die finanziell bedrängte Stadt Hamburg zu klären, ob sie dem Thalia-Theater 300 000 Mark zuviel im Jahr zuweist, die offensichtlich nicht für den ausgewiesenen Zweck – gutes Theater zu machen – gebraucht werden. Wenn hier Grenzen eingerissen werden, dann wird demnächst die Feuerwehr Bäder eröffnen, die Müllabfuhr Kindergärten einrichten, die Sternwarte Atomteilchen beschleunigen – und die Bürgerschaft statt einen Haushalt Blankoschecks herausgeben.


Franco Corelli


Mario del Monaco


José Carreras

Folgen der „Vor Verdi"-Renaissance: Die neue Allmacht des Opern-Belcanto

Wiederkehr der Kastraten?

Was verursacht dem Opernfreund heute regelmäßig ein flaues Magengefühl beim Besuch einer der gängigen Repertoire-Opern – nehmen wir Verdis „Aida" –, und was vermag ihn andererseits bei einem faktisch unbekannten Werk Rossinis – sagen wir „Semiramide" – in geradezu hemmungslose Euphorie zu versetzen? Es ist das enorme vokale Niveaugefälle der sängerischen Darbietungen. Die Gassenhauer Verdis sind zur Zeit nämlich kaum noch rollendeckend zu besetzen, während die noch vor einem Jahrzehnt für unaufführbar gehaltenen Werke Rossinis mit betörender Belcanto-Bravour realisiert werden können.

Es ist also nicht übersättigtes Stöhnen jettender Opernfreaks, wenn eine in London erscheinende Opernzeitschrift darüber klagt, daß der „Troubadour" an Covent Garden nur noch unter Wert verkauft werden könne, da die Spezies des italienischen Heldentenors ausgestorben scheine. Paris lamentiert ebenso über den Mangel an Sängerinnen für die Tosca oder Aida, stellte aber kürzlich fest, daß zumindest sieben Interpretinnen der „Semiramide" zur Verfügung stünden, dagegen kein Verdischer Othello, während wiederum für Rossinis Othello-Version gleich alle drei dafür nötigen Tenöre aufzutreiben seien.

Die 80er Jahre markieren offenbar den Ausverkauf der italienischen Zwischenfachtenöre und der Spinto-Soprane. Glaubte der Wagner-Gigant Lauritz Melchior noch, nach seinem Bühnenabschied einen Wagner-Tenor-Preis stiften zu müssen, um das Aussterben dieser Stimmgattung zu verhindern, so wurde anschließend versäumt, auch Aidas, Cho-Cho-Sans und Radamesse zu prämieren.

Das wirkt sich nun in voller Negativität aus. Nachdem sich sogar die drei Großen – Domingo, Pavarotti und Carreras – an den „Cs" des Manrico die Finger verbrannt haben, werden die Flammen überall gedrosselt. Allenfalls auf Platte kann man noch die längst auf Vorrat konservierten Spitzentöne begutachten; die lebende Bühne hat das Nachsehen.

Die Sänger der 50er und 60er Jahre waren, so muß man allmählich glauben, die letzten Repräsentanten einer Gesangskunst, die anschließend regelrecht zu Grabe getragen wurde. Von den damaligen Großen, Corelli, Bergonzi und del Monaco, fürchtete sich noch keiner vor dem Höhenstreß des Manrico, ließ sich keiner von äthiopischen Heerscharen in die Flucht schlagen.

Das Bemerkenswerte an der Situation ist aber gerade, daß wir es heute keineswegs mit einem generellen Niedergang des Gesangs, mit einer tödlichen Krise der Gesangskunst zu tun haben. Es handelt sich vielmehr um eine Art Verlagerung und Spezialisierung auf ein anderes Repertoire, nämlich auf das aus der Zeit *vor* Verdi, das im allgemeinen mit Belcanto-Repertoire umschrieben wird und die Werke Rossinis, Bellinis, Donizettis meint.

Auf *diesem* Gebiet sehen wir uns mit einem Angebot konfrontiert, das bisher einzigartig ist in unserem Jahrhundert und das auch nicht als langsamer Prozeß, ausgehend von den Rettungsversuchen der Callas, begriffen werden kann. Denn die Callas war bekanntlich alles andere als eine Spezialistin, war bei Verdi und Puccini ebenso zu Hause wie bei Bellini, Spontini, Cherubini, Rossini. Die von ihr mit „Anna Bolena" initiierte und von Leyla Gencer – die übrigens die einzige war, die sich traute, diesen Weg abseits des damals Gängigen einzuschlagen – mit „Roberto Devereux" aufgenommene Donizetti-Renaissance *fand* ja im Grunde nicht statt.

War es später die Rossini- und Bellini-Renaissance, die die Mutation der Sängerkehlen hervorrief? Oder löste umgekehrt die überraschende Flut der dafür prädestinierten Sänger die Umpolung der Opern-Vorlieben aus? Nun, es bleibt jedenfalls ein Phänomen zu konstatieren, das der großen stimmtechnischen Umwälzung am Ende des letzten Jahrhunderts vergleichbar ist, als Verdis realistisches Musiktheater von den Tendenzen des Verismo, der *giovane scuola* oder der *Scapigliatura* abgelöst wurde: Mit den Werken des Belcanto-Repertoires verschwanden langsam die dazu erforderlichen Sänger.

Der ästhetische Prozeß wurde in den Kehlen der Sänger gewissermaßen nachvollzogen – neue Zeiten, neue Opern und letztlich neue Sängertypen. An dem Boom junger Sängerinnen, von denen wahrscheinlich kaum eine älter als Mitte Dreißig sein dürfte, fällt auf, daß sie alle, obwohl ohne entsprechende Tradition aufgewachsen, sehr jung schon stilistisch sehr ausgereift sind, daß die Perfektion der Triller, der Verzierungen, des Legato und der messa di voce fast sportiven Charakter hat.

Lucia Aliberti, June Anderson, Antonella Bandelli, Margarita Castro-Alberty, Lella Cuberli, Daniela Dessì, Mariella Devia, Jenny Drivala, Maria Dragoni, Cecilia Gasdia, neuerdings auch Edita Gruberova, Eva Lind, Yolanta Omilian, Luciana Serra, Gianna Rolandi – alle entsprechen verschiedenen Kriterien des modischen neuen Repertoires. Die neueste Hoffnung dürfte die 21jährige Fiamma Izzo D'Amico sein, woraus man schließen darf, daß sich dieses Gewerbe immer weiter zu verjüngen scheint.

Neben dieser unvollständigen Liste der Sopranistinnen hat auch das Fach des Koloraturalts, das schon ein Anachronismus war, neue Attraktivität erhalten. Der Veteranin Marilyn Horne sind Lucia Valentini-Terrani, Martine Dupuy, Agnes Baltsa, Margarita Zimmermann, Zehava Gal, Sandra Browne, Kathleen Kuhlmann, Raquel Pierotti dicht auf den Fersen.

Stark vertreten sind auch die oft schon zur Karikatur degenerierten hohen Tenöre mit Francisco Araiza, Dalmacio und Raoul Gonzales, Paolo Barbacini, Ernesto Palacio, John Aler, Bruce Brewer, Chris Merritt, Rockwell Blake, Curtis Rayam, Antonio Savastano, Salvatore Fisichella, und in den tieferen Regionen werden Bruson und Dara durch Simone Alaimo, Nelson Portella, Alessandro Corbelli, Samuel Ramey, Gregory Reinhardt abgelöst.

Die Rückkehr zum Belcanto mag eine Flucht ins Märchenhafte sein, in romantisch ästhetisierende Gefilde, die innerhalb rigidester Regeln den Pulsationen der Seele, den elegischen Reflektionen Freiraum geben. Hier darf sich der Sänger scheinbar hemmungslos dem Gefühl hingeben – Seelenexhibition mit Netz. Doch die Kunst des Interpreten wird dadurch in einem ganz ungewöhnlichen Ausmaß gefördert. Indem er sich den strengen Gesangsauflagen unterwirft, erringt er gleichzeitig einen Freiraum, der bei steigender technischer Versiertheit nur noch zunehmen kann. Keine lautstarken Exaltationen sind hier mehr abrufbereit, statt dessen dominiert die Hinwendung zu sensiblen Stimmpsychogrammen.

Für die Gesangskultur zumindest ist der Blick zurück also ein Fortschritt. Sollte sich das Rad der Zeit aber noch weiter zurückdrehen, der Drang nach absoluter Künstlichkeit auf der Bühne wieder übermächtig werden, so sehen wir vielleicht im neuen Jahrtausend einer neuerlichen Blüte der – Kastraten entgegen.

ROLF FATH

FOTOS: RÖHNERT / K.P.A. / TEUTOPRESS / AP / FOTO FELICITAS TIMPE / CHRISTA KUJATH


Maria Callas


Edita Gruberova


Marylin Horne

JOURNAL

Neue Leitung beim Mailänder Scala-Ballett

DW. Mailand

Wegen zu hoher Forderungen seitens der UdSSR hat sich der Vertrag der Mailänder Scala mit Wladimir Wassiliew vom Bolschoi-Theater zerschlagen. An seiner Stelle übernimmt die Balanchine-Schülerin Patricia Neary die Leitung des Scala-Balletts und tritt hiermit die Nachfolge von Rosella Hightower an.

Schwitters-Werke in Hannover ausgestellt

dpa. Hannover

Die in der Bundesrepublik bislang umfassendste Ausstellung des künstlerischen Werkes von Kurt Schwitters, der als Miterfinder der Kunstcollage gilt, ist im Sprengel-Museum in Hannover zu sehen. Zuvor wurde die vom Museum of Modern Art in New York zusammengestellte Schau in der US-Metropole am Hudson und in London gezeigt. Die New Yorker Vorgabe wurde wesentlich erweitert und um die Hannoverschen Aspekte des Werkes von Schwitters ergänzt. Sie umfaßt jetzt 310 Werke – unter anderem Kollagen, Zeichnung, Ölbilder, Skulpturen und das graphische Werk – aus den Jahren 1909 bis 1947. (Bis 20. April)

Frankfurt zeigt „Jettchen Geberts Kinder"

DW. Frankfurt

Die Ausstellung „Jettchen Geberts Kinder" mit Kunstwerken aus dem Besitz des New Yorker Leo-Baeck-Institutes, die zuerst in der Berlinischen Galerie zu sehen war (s. WELT v. 5.11.85) wird nun bis 2. März in Frankfurt am Main gezeigt. Es ist die erste Ausstellung des Frankfurter Jüdischen Museums, allerdings noch mangels eines eigenen Hauses im Refektorium des Karmeliterklosters. Sie umfaßt rund 150 Gemälde, Zeichnungen und Graphiken deutsch-jüdischer Künstler vom 18. bis zum 20. Jahrhundert.

„Saison Rossini" im Théâtre Musical de Paris

Reg. Paris

Eine „Saison Rossini" veranstaltet das Théâtre Musical de Paris in diesem Frühjahr. Sie beginnt am 7. Februar mit der „Italierin in Algier" (Regie: Jean-Louis Thamin, Dirigent: Gabriele Ferro), bringt konzertante Aufführungen von „La Donna del Lago", „Maometto II" und endet mit „Il Signor Bruschino" (18. bis 23. März) und „La Cenerentola" (18. bis 27. April), die Klaus-Michael Grüber im Bühnenbild von Eduardo Arroyo inszeniert.

Susanne Linke Gast der Limón Company

Reg. New York

Nach ihrem großen Erfolg in der New Yorker Brooklyn Academy of Music ist Susanne Linke von der José Limón Dance Company (Kodirektor: der ehemalige Bausch-Interpret Lutz Förster) zu einer Gruppenchoreographie eingeladen worden. Premiere ist am 25. Februar im New Yorker Joyce Theatre. In der Bundesrepublik ist Susanne Linke vom 21. April an wieder mit ihrer neuen Produktion „Schritte verfolgen" zu sehen.

Neue Stein-Krieger in China entdeckt

AFP, Peking

Drei Heere steinerner Krieger aus der Han-Dynastie (202 v. Chr. bis 220 n. Chr.) sind bei Xuzhou – 500 Kilometer nördlich von Nanking – freigelegt worden. Eine erste „Armee" von tausenden 70 bis 80 Zentimeter hohen steinernen Menschen- und Pferdefiguren wurde im Dezember 1984 bei Tiefbauarbeiten an einem vermeintlichen Hügel entdeckt, der sich als Grabstätte erwies. Zwei weitere Heere wurden in der Nähe gefunden. Die Figuren waren mit leuchtend blauer, grüner und roter Farbe bemalt, die jedoch beim Kontakt mit dem Tageslicht verblich. Möglicherweise sollen die Fundstätten für Besichtigungen freigegeben werden.

John Pricchard 65

Bereits mit 22 Jahren leitete Sir John Pricchard das Derby String Orchestra. Die entscheidenden Impulse erhielt der in London geborene Sir John als Assistent des legendären Fritz Busch in Glyndebourne. Dort war er Repetitor, Chorleiter und Dirigent, bevor seine internationale Schallplatten- und Bühnenkarriere begann. Die Opernhäuser in Wien, London und New York verpflichten ihn immer wieder gern; denn er ist kein Zuchtmeister oder Orchesterdompteur. Heute, als Chefdirigent der Brüsseler Nationaloper und der Oper Köln dirigiert er die Evergreens des Repertoires von Mozart bis Puccini, ohne die moderne Musik aus dem Auge zu verlieren. Obwohl er zahlreiche Werke von Benjamin Britten und Michael Tippett uraufführte, geriet er nie in den Ruf eines Repertoire-Spezialisten.

Hä.

William Forsythe inszeniert Eva Crossmann-Hechts Musical „Isabelle's Dance"

Wenn zwei Kakteen Walzer tanzen

Frankfurts Ballettchef William Forsythe läßt die Tänzer reden. Er gibt sozusagen die amerikanische Antwort an Pina Bausch. Das mußte irgendwann zur amerikanischsten aller Mischformen aus Sprache, Musik und Tanz werden: zum Musical. Das zeigt Forsythe nun: „Isabelle's Dance" nennt sich das Stück, das jetzt am Frankfurter Opernhaus das Licht der Bühne erblickte.

Respekt zunächst vor der Komponistin Eva Crossmann-Hecht, die eine Drei-Stunden-Partitur wie vom Broadway lieferte. Sogar von jenem musikalisch noch etwas anspruchsvolleren, unverrockten Broadway der frühen Fünfziger, als ein junger Bernstein auf seine Weise Weill und Gershwin fortführte. Die Musik also geht einem ins Ohr, als sei sie eine gute Bekannte, ohne doch dabei das penible Gefühl von Plagiat zu erzeugen. Miss Crossmann pflegt jenes professionelle Epigonentum, ohne das Unterhaltungsmusik gar nicht möglich wäre. Und diese Musik von einem großen, guten Orchester (Leitung: André Presser) gespielt zu hören, macht besonderen Spaß.

Der Spaß an diesem Abend wird ohnehin nur von einer imbezilen Tontechnik verdorben, die zu ihrer Entschuldigung Schwankungen im Frankfurter Stromnetz vorbrachte (bei der rot-grünen Energiepolitik in Hessen wird man sich an so etwas gewöhnen müssen), aber so ganz erklärt das doch nicht, warum man die Stimmen entweder gar nicht hörte oder mit einer schrillen Lautstärke jenseits der Schmerzschwelle. Die Wahrheit ist wohl, daß man eine Aufführung vorgesetzt bekam, die auch nach mehrwöchiger Premierenverschiebung noch längst nicht fertig geprobt war.

Daran weiterzuarbeiten, dürfte lohnen. „Isabelle's Dance" hat gute Chancen, ein Dauerbrenner des Repertoires zu werden. Das Stück ist witzig, bissig, komisch, und die über drei Stunden werden einem nicht lang.

Was in dem Stück passiert? Alles! Es hat keine Handlung, oder doch zwei, oder noch viel mehr. Es treten auf: Stereotype des Broadway-Theaters. Die Autorin Frau Schmidt, der Agent Mr. Schmetterling, Roxy, eine Sekretärin, die plötzlich eine Hauptrolle bekommt und dann doch wieder aus der Show gefeuert wird, sind darunter. Und es treten auf: die unentbehrlichen Figuren des Broadway-Musicals klassischer Bauart: ein romantischer Held zwischen Peter Pan und Robin Hood, eine etwas doofe Lateinamerikanerin à la Carmen Miranda, der schwarz-gewandete, einsame Held aus dem Wilden Westen, zwei Marilyn-Verschnitte (die „Plaque-Sisters" mit dem Lied „Something in your smile / Says you haven't seen your dentist for a while"), die hawaiianische „Aloha-Familie", kurzum, was man so braucht für ein schrilles Musical.

Ein Nonsens-Musical, das zustandegekommen ist, weil Frau Schmidts Assistentinnen nur die Szenen bewahrt haben, die ihnen gefallen, die ihnen aber auch durcheinandergeraten sind. Doch solche Erklärungen braucht es gar nicht: Die Situationen stimmen immer haargenau, und so bekommt das ganze in seinem Unsinn eine fast dadaistische Zwangsläufigkeit. Schwitters wäre begeistert.

Es gibt hinreißende Momente: Etwa wenn in der Wüste der schwarze Rächer ein Liebeslied singt, und zwei Kakteen tanzen Walzer dazu. Forsythe spielt souverän mit dem Material. Was noch fehlt, ist ein großes, bombastisches Finale. Aber diese Art von Musiktheater könnte Zukunft haben.

REINHARD BEUTH

Die nächsten Aufführungen finden am 6., 8., 19. u. 28. Februar statt; Kartenkasse: 069/256233

Premieren in Zürich mit Claudel und Wesker – Im Minitheater läufts besser

Impromptus für eine gute Freundin

Paul Claudels „Das harte Brot" wird so gut wie nie aufgeführt. Jetzt ist es in einer Inszenierung des Schauspielhauses Zürich zu sehen. Es spielt in der Zeit des Bürgerkönigs Louis Philippe, also Mitte des vorigen Jahrhunderts, und kreist um den geldgierigen Gouverneur des eben von Frankreich unterworfenen Algerien, der ein ehemaliges Kloster zu einer Fabrik umbauen will und der seinen Sohn in den Ruin zu treiben beabsichtigt, indem er ihm die Summe verweigert, die ihm eigentlich zusteht. Sie duellieren sich. Aber die Pistolen gehen nicht los. Der Vater stirbt vorher an Herzinfarkt.

Es ist ein höchst mäßiges Stück, das die Ausgrabung im Grunde nicht lohnt, und Ernst Wendt, der Regie führt, läßt sich nicht viel einfallen, um dem Text aufzuhelfen. Kaum ein Tempowechsel in den öden Dialogen, lediglich Stuhlwechsel der Schauspieler. Nach dem Tod des Vaters peinliche Klaviermusik.

Hans Dietrich Zeidler darf den Alten nicht bedrohlich machen, eher komisch, zeigt dennoch viele Facetten seines außerordentlichen Könnens. Der Sohn ist schlicht eine Fehlbesetzung. Norbert Schwientek ist zwar ein guter Schauspieler, aber schon vom Aussehen her kein „jugendlicher Held", kein Draufgänger, auch gegenüber Frauen nicht.

Eine glücklichere Premierenhand als das große Schauspielhaus hatte, nur ungefähr hundert Meter entfernt, das winzige „Theater an der Winkelwiese", in dem etwa 100 Zuschauer um ein Podium herum Platz finden. Dort gab es jetzt die deutschsprachige Erstaufführung eines Stückes von Arnold Wesker namens „Annie Wobbler".

Es handelt sich freilich gar nicht um ein einziges Stück, sondern um drei selbständige Einakter oder, genauer, um drei – bühnenwirksame – Monologe, geschrieben für eine mit Wesker befreundete Schauspielerin, der auch die Stücke gewidmet sind. Es dauerte lange, bis sie in London herauskamen, da die Produzenten wohl bereit waren, es aufzuführen, aber nur mit einem Star. Wesker hingegen bestand auf seiner Freundin, die damals noch unbekannt war.

In Zürich werden die Monologe in umgekehrter Reihenfolge aufgeführt, in der sie gedacht sind, aber das macht eigentlich nichts. Es handelt sich bei diesen drei Frauen um eine Schriftstellerin, die nach jahrelangen vergeblichen Mühen sich jetzt durchgesetzt hat, 250 000 Dollar für die Filmrechte ihres letzten Romans bekommt und überhaupt eine Berühmtheit geworden ist. Sie wird – über Lautsprecher – interviewt und gibt schlagfertige Antworten, die recht amüsant und auch geistreich sind, besonders da es sich um zwei verschiedene Interviews handelt und sie höflich aufpassen muß, daß sie die jeweils passenden Antworten gibt.

Im zweiten Monolog geht es um eine Studentin, die soeben ihre Examen mit „summa cum laude" bestanden hat und sich anzieht, um ihr erstes Liebesabenteuer zu bestehen. Das ist nicht ganz so gut gelungen. Im dritten Monolog sehen wir eine alte tschechische Putzfrau, die irgendwie nach London verschlagen worden ist und in einem Dialekt, der tschechisch sein soll, aber wohl kaum ist, über ihre Leiden klagt.

Die Schauspielerin Eva Kerbler ist recht frisch und lustig, tut ihr Bestes. Regie führt die junge Französin Anne Cuneo, die laut Programm schon unzählige Stücke geschrieben und auch gelegentlich Regie geführt hat. Auf dem kleinen Podium, wo es keinen Vorhang gibt, wo der Zugang durchs Publikum erfolgt, wo auch keine Dekorationen aufzustellen sind, ist allerdings regiemäßig nicht viel zu machen. Das Publikum geht dennoch fröhlich mit.

CURT RIESS

Lange verschollen, nun in Berlin: Die Gropius-Mappe im Bauhaus-Archiv

Ein Trichter im Fenster des Reichstags

Es war alles andere als die übliche Gratulation. Das Mappenwerk, mit dem im Mai 1924 sechs Maler am Bauhaus Walter Gropius zum 41. Geburtstag gratulierten, ist zugleich ein Bekenntnis zum Bauhaus, das sieben Monate später seine Tätigkeit in Weimar abbrechen mußte, und seinem Gründer. Das Land Berlin hat dieses Portfolio kürzlich für 540 000 Mark erworben und dem Bauhaus-Archiv in Berlin als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt. Dort sind die Kunstwerke jetzt zu sehen.

Die Idee stammte von Laszlo Moholy-Nagy. Ein Foto aus der „Berliner Illustrirten Zeitung" diente als Vorlage für künstlerische Variationen. Es zeigte, wie die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 per Lautsprecher aus einem offenen Fenster des Parlamentsgebäudes der Menschenmenge bekanntgegeben werden. Wenn man so will, findet sich in diesem Foto eine Thematik verdichtet, die das Bauhaus damals intensiv beschäftigte: das Verhältnis von Mensch und Technik. Georg Muche hat darauf noch am unmittelbarsten Bezug genommen. Der Lautsprecher-Trichter ist präzis zu erkennen, die Köpfe der Lauschenden erscheinen als farbige Kreisflächen.

Bei Oskar Schlemmer, der ebenfalls die Trichterform aufgreift, wird die „Technik" auf eine schematische Formel verknappt: „1 x 1 = 1". Lyonel Feininger läßt unverhofft ein Schiff über die offene Bühne der Fensteröffnung fahren. Wassily Kandinsky betreibt ein lustig abstrakt-geometrisches „Figuren"-Spiel, in dem Kreise und Linien in rasche Dynamik geraten. Und Paul Klee zielt regelrecht mit rotem Pfeil in die akustische Ziel-Richtung, die als „Ohr" mit Ausrufezeichen schriftlich ausgewiesen ist. Der Abstrakteste in der Reihe der Gratulanten war Moholy selbst. Aber auch seine Geometrie variiert die Öffnung des Reichstagsfensters.

Das Portfolio blieb im Besitz von Walter Gropius, als er 1933 Deutschland verließ. Es war 1938 in der bedeutenden Bauhaus-Ausstellung des Museum of Modern Art zu sehen, galt dann aber als verschollen. Die Mappe überstrahlt natürlich die übrigen Neuerwerbungen, die das Museum für Gestaltung am Landwehrkanal derzeit zeigt. Dazu gehören auch Stahlrohrmöbel von Marcel Breuer, auf die ein Auge zu werfen lohnt. Nicht zuletzt, weil diese Bestände sonst im Depot ruhen müssen und nicht ständig zu sehen sind.

Peter Hahn, der Leiter des Bauhaus-Archivs, hat deshalb erneut darauf hingewiesen, daß nur ein Erweiterungsbau das Museum in die Lage versetzen würde, permanent seine Sammlungen und daneben auch Wechselausstellungen zeigen zu können. Die Bauplanungen für das neue Landesarbeitsamt im nördlichen Bereich des Museums am Landwehrkanal würden jedoch einen solchen Anbau unmöglich machen und damit die Interessen des Bauhaus-Archivs „ganz massiv beeinträchtigen".

PETER HANS GÖPFERT

Zum Tode des Film-Regisseurs Alfred Vohrer

Von Wallace bis Simmel


Drehte Gruselstorys und Inszenierte die Welt der Schwarzwaldklinik: Alfred Vohrer FOTO: DPA

Den „Schwarzen Abt", gestern abend auf dem Bildschirm, hat Alfred Vohrer nicht gedreht. Sonst aber fällt einem der Name dieses Regisseurs immer ein, wenn man an Verfilmungen nach Edgar Wallace denkt. „Die toten Augen von London" hat er gemacht, den „Hexer", „Das Gasthaus an der Themse".

Vohrer, am 19. Dezember 1918 in Stuttgart geboren, bei Harald Braun und Rudolf Jugert in die Regieschule gegangen, weckte nach seinem Debüt („Schmutziger Engel" und „Meine 99 Bräute", 1958) allerhand Hoffnungen, denn er verfügte über ein solides handwerkliches Können und er konnte in den Kategorien des Films denken.

Als echter Schwabe muß er wohl zwangsläufig mit dem siebenten Sinn fürs Kommerzielle versehen gewesen sein, und so hat er denn immer zu Stoffen gegriffen, die reichlich Ertrag versprachen. So verfilmte er Karl May, als der gerade gefragt war, er setzte Ende der 60er Jahre auf die Sex-Welle, er saß auf dem Regiestuhl, wenn für die Romane von Johannes Mario Simmel die Klappen fielen: „Jimmy ging zum Regenbogen", „Der Stoff, aus dem die Träume sind" und wie sie alle heißen. Und doch war es nie nur Konfektionsware, was er ablieferte.

Vohrer hat 1973 aber auch, unvergeßlich, „Drei Männer im Schnee" mit Paul Dahlke, Günther Lüders und Claus Biederstedt gemacht und zwei Jahre später, unter anderem mit Hildegard Knef, Falladas „Jeder stirbt für sich allein".

Dann aber lockte das Fernsehen, und Vohrer betreute nicht nur viele „Derrick"-Filme und die Serie „Der Alte". Er mischte auch beim „Traumschiff" mit und zeichnete für die ersten zwölf Folgen der „Schwarzwaldklinik" als verantwortlich. Jetzt ist Alfred Vohrer, am ersten Drehtag einer neuen Folge des „Alten", in München im Alter von achtundsechzig Jahren gestorben.

KATHRIN BERGMANN

Gleiche Wirkstoffe, ungleiche Wirkung: Medikamentenquiz

RUDOLF ZEWELL, Bonn

Bei der Verordnung von Medikamenten vollzieht sich seit einiger Zeit in den Arztpraxen ein tiefgreifender Wandel. Aus eigenem Antrieb, die Kosten zu senken, oder abgeschreckt durch die härtere Gangart der Kassen, gehen immer mehr Mediziner dazu über, billigere Medikamente auf das Rezeptformular zu schreiben. Dem Arzt steht es natürlich weiterhin frei, welche Tabletten, Dragees, Kapseln, Salben oder Tropfen er verordnet, er muß dann aber damit rechnen, daß ihm die Kassen auf die Finger klopfen. Also achten die Ärzte mehr als früher auf den Preis. Warum sollten sie nicht ein Medikament verordnen, das statt 30 nur 9,50 Mark kostet, aber denselben Wirkstoff enthält?

Gerade hier liegt der Hase im Pfeffer. Am Beispiel eines Wirkstoffes (Nifedipin), der seit Jahren bei der Therapie von Angina pectoris eingesetzt wird, hat jetzt eine klinische Studie in Regensburg nachgewiesen, daß das teurere Originalpräparat beim Patienten gezielter und daher besser wirkt als die billigeren „Nachahmer"-Präparate.

Die Ursache für diese folgenschwere Abweichung liegt in der „Galenik", der Zusammensetzung und Form des Medikaments. Es ist nämlich mit entscheidend, wie der Wirkstoff in den Körper des Patienten kommt: in Kapsel-, Dragee- oder Tablettenform. Ein Herzmittel etwa, das in Kapselform entwickelt und seit langem bewährt ist, kann, als Tablette verabreicht, andere Wirkung zeigen.

„Therapierelevanz" auch für Nachahmer-Präparate

„Nachahmer"-Präparate aber brauchen nach den Arzneimittelgesetzen keinen eigenen Nachweis der Wirkung zu erbringen. Es genügt meist der Verweis auf Forschungsergebnisse, die der Hersteller der Originalsubstanz dem Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin vorgelegt hat. Professor Bernhard Schnieders, Leiter des Arzneimittelinstituts des BGA, begründet diese Praxis gegenüber der WELT: „Wir wollen jegliche Art von Doppeluntersuchungen vermeiden."

Von den 2400 Präparaten, die im vergangenen Jahr dem BGA zur Zulassung vorgelegt wurden, sind bereits über 50 Prozent „Nachahmer", meist um ein Vielfaches billiger als die Originalpräparate. Schließlich ist ihr Herstellungsaufwand ohne den Einsatz langjähriger, aufwendiger Forschung verschwindend gering. Sie müssen nur die „pharmazeutische Qualität" ihres Produkts nachweisen, nicht aber die „Bioäquivalenz", das heißt den vergleichbaren therapeutischen Effekt wie ihr „Vorbild". Gerade dieser Nachweis ist entscheidend für den behandelnden Arzt, wenn er mehrere Medikamente mit demselben Wirkstoff vergleichen soll. Das BGA will in Zukunft einen solchen Vergleich erleichtern: durch Transparenz-Listen, die eine „therapierelevante Bewertung" verschiedener Präparate möglich machen. „Die ist wichtiger als der Preisvergleich", so Schnieders. Das soll keineswegs bedeuten, die Nachahmer-Präparate in eine minderwertige Ecke zu drängen.

Was den Ärzten in den Praxen zur Zeit vorliegt, sind Preisvergleichs-Listen. Ob Präparate mit gleichen Wirkstoffen oder ihren Kombinationen, die da in den einzelnen Rubriken aufgereiht sind, auch die erhoffte gleiche Wirkung haben, das zeigt sich meist erst am Patienten – am Kassenpatienten vor allem. Denn ist es nicht so, daß der Privatpatient nach wie vor das bewährte, wenn auch teurere Präparat erhält?

Brodelnder Hexenkessel, in dem nichts mehr „geht": München

Münchner Straßenszene vor wenigen Tagen: Ein Personenwagen parkt sorgfältig verschlossen dort, wo eigentlich die Straßenbahn fahren sollte, weshalb nach wenigen Minuten die erste Tram stoppen muß und schon bald Gesellschaft bekommt von der zweiten, dritten und vierten. Der Autofahrer bleibt verschwunden, und sein Wagen hält den Versuchen der Fahrgäste, ihn im Hauruck-Verfahren beiseite zu schieben, eisern stand. Erst die Feuerwehr vermag das Verkehrshindernis von den Schienen zu wuchten – und eine eher gemäßigte Lokalzeitung schreibt angesichts der rücksichtslosen Parkplatzsucher von einem Zustand, der „allmählich zum Alltags-Terror auswächst", dem eine „hilf- und machtlose Polizei" gegenübersteht. Münchens Innenstadt gleiche einem „brodelnden Hexenkessel".

In schlichteren Worten soll das heißen: In der Landeshauptstadt wird geparkt, wo Platz ist, mag es noch so verboten sein. Eine spezielle Art der bayerischen Liberalität sorgt dafür, daß Park- und Halteverbote großzügig ignoriert werden. (Immerhin wurden im Jahre 1984 dennoch 1,16 Millionen Strafzettel ausgestellt und 24 240 falsch geparkte Wagen abgeschleppt.) Gehsteige wie Radwege werden zu willkommenen Ausweichflächen umfunktioniert, und die Zehn-Mark-Strafzettel der uniformierten Politessen haben für die meisten Autofahrer nur den „angenehmen Reiz eines Lottospiels", meint Münchens Polizeipräsident Gustav Häring: „Manchmal kommen sie kostenlos davon, im Parkhaus müßten sie aber täglich zahlen." Der Münchner Kreisverwaltungsreferent Peter Gauweiler spricht geringschätzig von einer „verminderten Parkgebühr". Der CSU-Mann („Schwarzer Peter") ist sich mit seinem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Georg Kronawitter („Roter Schorsch") einig, daß dieser Zustand nicht länger geduldet werden darf.

Wirkungsvoller Griff in die Geldbörse

Knapp 600 000 Kraftfahrzeuge sind in der Isarmetropole angemeldet, einige hunderttausend rollen alltäglich zusätzlich über die Stadtgrenze Richtung City. Dort aber gibt es innerhalb des Altstadtrings nur 9280 Parkplätze. In den zwölf Parkhäusern können zwar 5078 Fahrzeuge abgestellt werden, doch 1559 dieser Stellplätze sind an Dauermieter vergeben.

Kronawitter und Gauweiler können demnach nur versuchen, den Mangel besser zu verteilen. Das könnte ihnen, so glauben sie, am besten durch einen wirkungsvollen Griff in des Autofahrers Geldbörse gelingen: Nachdem die Politessen zu selten den Strafblock zücken, soll eine stadteigene Parküberwachungspolizei auf Jagd nach Parksündern gehen.

In einem Pilotprojekt „Flächenhafte Verkehrsberuhigung", an dem sich neben Berlin, Mainz und Esslingen auch Ingolstadt beteiligte, wurden gute Ergebnisse erzielt. Seit in Ingolstadt zehn kommunale „Park-Sheriffs" die kostenlosen Kurzparkzonen überwachen, werden die Parkzeiten kaum noch überschritten. „Früher", erinnert sich Oberbürgermeister Peter Schnell, seien diese billigen Parkmöglichkeiten von Büroleuten – mehr oder weniger ganztägig – belegt worden. Der Ingolstädter Erfolg regte bei einem halben Hundert anderer bayerischer Gemeinden den Wunsch nach eigenen Park-Sheriffs an. Das bayerische Innenministerium, das die Anträge überprüft, dürfte bis April die ersten Genehmigungen erteilen. Die Städte würden sich aber wohl verpflichten müssen, Kosten, die nicht über den Strafzettel gedeckt werden, selbst zu tragen und nicht auf den Staat abzuwälzen.

Der Landeshauptstadt ist diese Regelung aber noch zu wenig. Ihre Parksünder-Jäger sollen mit weiteren Kompetenzen als die Politessen ausgestattet werden, deren Wirkungslosigkeit, so Gauweiler, doch erwiesen sei. Münchens Park-Polizei soll denn auch das Abschleppen von Falschparkern veranlassen dürfen – wozu bislang ausschließlich Polizeivollzugsbeamte berechtigt sind.

Von solchem Ansinnen ist jedoch Landesinnenminister Karl Hillermeier nicht angetan und zeigte seinem Münchner Parteifreund die Stoppkelle: Hillermeier fürchtet, damit würde über die Hintertür wieder eine kommunale Polizei geschaffen.

Ein Bittbrief an Franz Josef Strauß

Daraufhin schrieb Kronawitter an den bayerischen Ministerpräsidenten eilends einen Bittbrief: Der „Herr Strauß" möge doch bitteschön ein Machtwort sprechen und den künftigen Park-Sheriffs „eine angemessene Einschreitbefugnis" gestatten.

Worauf wiederum Hillermeier, die drohende Gefahr von oben ahnend, flugs dem Bundesverkehrsminister Dollinger den Vorschlag machte, die Verwarnungsgelder, deren Höhe seit 1969 unverändert blieb, spürbar anzuheben. „Die Höhe des gegenwärtig für solche Verstöße vorgesehenen Verwarnungsgeldes", schreibt er, „ist im Hinblick auf die seitherige Entwicklung der Einkommensverhältnisse nicht mehr geeignet, die Bereitschaft des Fahrzeugführers wesentlich dahingehend zu beeinflussen, Vorschriften über das Halten und Parken zu beachten." Er schlägt vor, die Strafgebühr nicht überall zu erhöhen, sondern nur in Gebieten mit besonderer Parkraumnot.

Gauweiler hält eine solche Erhöhung zwar für unverzichtbar, ist aber skeptisch, „ob sich die Bonner Parteien im Wahljahr zu dieser unpopulären Regelung durchringen können". Er will ohnehin noch mehr – die „Parkkralle": eine eiserne Radklammer. Der Fahrer muß dann sein Auto gegen eine saftige Gebühr auslösen. In London und Paris, in Zürich und Athen verbreiten die Krallen bereits großen Schrecken.

Der Münchner Ordnungshüter blättert schon in entsprechenden Katalogen. Womöglich kann er bald die Bestellungen aufgeben, nachdem der Rechtsausschuß des Bundestages am Donnerstag grünes Licht für das Auto-Fangeisen gegeben hat. Der Bundestag scheint freilich noch geteilter Meinung zu sein.

Einwohner des Münchner Stadtteils Neuhausen, als Schwabing-Konkurrenz von abendlichen Besuchern überschwemmt, gehen inzwischen auf eine wirksame, wenngleich gesetzeswidrige Weise gegen Falschparker vor: Mit der „Aktion pfft" lassen sie die Luft aus den Reifen. PETER SCHMALZ

Eine Schlappe für alle intellektuellen Chauvis

SAD, Palo Alto

Eine Langzeituntersuchung an der Stanford-University ergab, daß unter den Studenten und Studentinnen, die als „intellektuell" einzustufen sind, die Kommilitoninnen mit zwei zu eins führen. Während der vierjährigen Untersuchung wurden mehrere hundert Studenten und Studentinnen nach Motivation und Charakter in vier Kategorien eingeteilt: intelligente Karrieristen, von Verstandeskraft und Erkenntnisdrang erfüllte Intellektuelle, meist weniger begabte Streber und unklassifizierbare Auch-Studenten. Während unter den Intellektuellen die Frauen führen, ergab sich bei den karrieremotivierten Studierenden das Gegenteil: Hier führt die Männlichkeit mit 2:1. Die Karrieristen, die meist der oberen Mittelklasse entstammen, studieren geradlinig auf ihr Berufsziel zu. Sie sind auffallend mathematisch begabt und werden meist Ärzte, Juristen, Ingenieure oder Geschäftsleute; ihre sprachlichen Fähigkeiten sind deutlich schwächer ausgeprägt. Intellektuelle kommen meist aus gebildeten Familien, in denen viel gelesen und diskutiert wird. Sie entscheiden sich später für künstlerische, journalistische und lehrende Berufe. Die Streber kommen meist aus bescheidenen Familienverhältnissen. Ihre Schulzeugnisse waren selten besser als guter Durchschnitt; entsprechend mittelmäßig schneiden sie bei mathematischen und sprachlichen Intelligenztests ab. Die Studie ergab ferner, daß sich nur bei wenigen Hochschulabsolventen Karrieremotivation und Intellektualismus ausschließen. „Die jetzige Studentengeneration ist optimistisch und will in Beruf oder Geistesleben vorwärtskommen, der langmähnige Protestler, der in Dauerfehde mit Tradition und Gesellschaft lebt, gehört der Vergangenheit an."

Hat die Nasa die Menetekel vor dem Start nicht erkannt?

Qualität der Zulieferer-Arbeiten wurde mehrfach kritisiert

DIETER THIERBACH, Bonn

Eine Woche nach der „Challenger"-Tragödie geben sich Nasa-Kreise, darunter Generaldirektor William Graham, insofern wieder optimistisch, als man glaubt, der Unglücksursache auf der Spur zu sein. Schon verdichten sich Gerüchte (WELT v. 4. 2.), wonach der 24. Juni als Starttermin für einen neuen Flug der dienstältesten Fähre „Columbia" in Betracht kommt. Experten hatten zunächst mit einer Flugpause von mindestens einem Jahr gerechnet.

Die Untersuchung der größten Katastrophe in der Geschichte der Raumfahrt konzentriert sich auf eine der beiden Feststoffraketen. Der Nasa-Chef gab im US-Fernsehen zu, nachträglich veröffentlichte Filmaufnahmen vom „Challenger"-Start ließen den Schluß zu, daß die rechte Antriebsrakete des Shuttle fehlerhaft gearbeitet habe. Die Auswertung dieses Films zeigt 13,6 Sekunden vor der Explosion eine Stichflamme am unteren Teil der Rakete.

Wie ein Schneidbrenner

Jede der beiden Feststoffraketen ist 45,4 Meter lang und hat einen Durchmesser von 3,7 Meter. Sie verbrennen – eingebettet in ein Kunststoffbindemittel – ein Gemisch aus 1000 Tonnen Aluminium und Ammoniumperchlorat. Beim Abbrennen entsteht eine Temperatur von mehr als 3000 Grad Celsius. Ein Riß in diesem Feststoff-Booster könnte Flammen so nach außen gelenkt haben, daß sie wie ein Schneidbrenner auf den großen Zusatztank der „Challenger" gewirkt, ihn durchschnitten und den flüssigen Wasserstoff und Sauerstoff entzündet haben. Als „Challenger" explodierte, war der Haupttank, in dem sich vor dem Start rund zwei Millionen Liter Flüssigtreibstoff höchster Brisanz befanden, noch gut dreiviertel gefüllt.

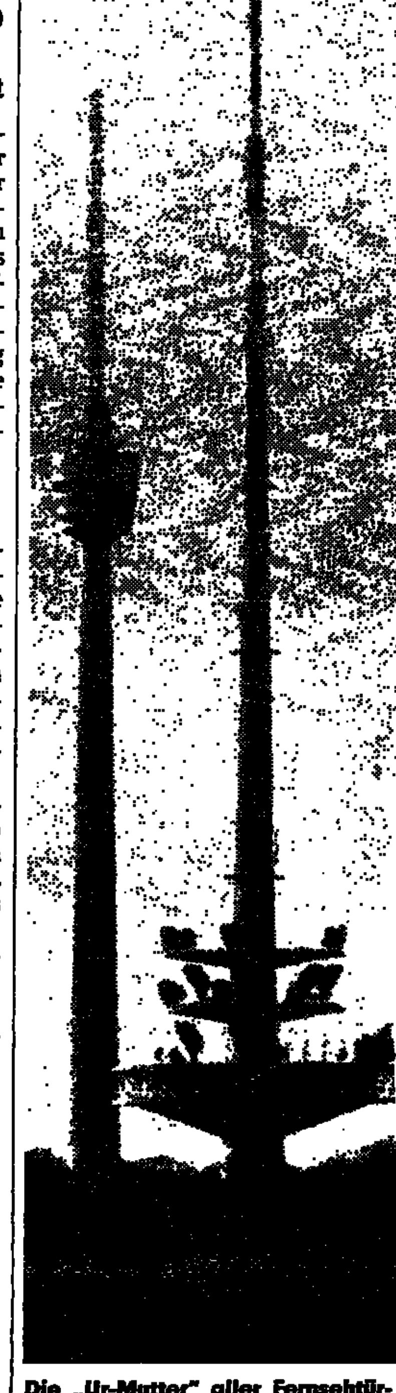
Die „Washington Post" berichtete gestern, die Computer im Kontrollzentrum Houston hätten noch vor der Explosion einen Druckabfall in der Rakete und das Absinken der Schubkraft registriert. Dabei sei es auch in den drei Haupttriebwerken des Shuttle zu plötzlichem Sauerstoffmangel gekommen, da die Stichflamme die Leitung aus dem Tank beschädigt habe. Nach Angaben der Zeitung ist aber nicht feststellbar, ob diese Informationen auch auf den Bildschirmen der Flugkontrolleure erschienen sind.

Gewisse Schludrigkeiten

Die Feststoffraketen waren die einzigen Bauteile, die nicht mehrfach gesichert waren. Die Nasa betonte, die Hilfsraketen seien so zuverlässig gewesen, daß man die Zahl der Sensoren, die bei möglichen Anomalien Alarm geben, in jüngster Vergangenheit auf vier an jeder Rakete verringert habe. Hat man die Gefahren unterschätzt?

Inzwischen wurde zusätzlich bekannt, daß die Nasa im November '85 Kritik am Umgang mit den Boostern geübt hat. Mehrfach war die Qualität der Arbeit einiger Abteilungen des Kennedy Space Center, aber auch bei der Herstellerfirma, der Morton-Thiokol Corporation, bemängelt worden. Immer wieder wurden Schludrigkeiten festgestellt. Das war auch in jener Abteilung der Fall, in der die Feststoffraketen zusammengesetzt werden.

Ein fallendes Werkzeug hatte einen der Booster, der jetzt möglicherweise für die „Challenger" verwendet wurde, lädiert. „Es gab eine Beschädigung", stellte ein Nasa-Sprecher fest, „aber wie immer in solchen Fällen wurde eine Reparatur vorgenommen, die zufriedenstellend ausfiel." Ob die ramponierte Rakete wirklich in der vergangenen Woche zum Einsatz kam, will die Nasa weder bestätigen noch dementieren.



Die „Ur-Mutter" aller Fernsehtürme wird 30 Jahre. FOTO: DPA

Rückrufaktion für 160 amerikanische Boeing 747

Haarrisse entdeckt / „Materialermüdung" als Phänomen

AP/DW. Köln/Washington

Im Rumpf der 18 Jumbo-Jets vom Typ Boeing 747 der Deutschen Lufthansa sind bisher keine Risse entdeckt worden. Lufthansa-Sprecher Klaus Busch sagte gestern, die Fluglinie habe bereits seit etwa einem halben Jahr, nachdem ein Jumbo der japanischen Fluglinie JAL abgestürzt sei, ein besonderes Augenmerk auf mögliche Schäden gerichtet.

Die amerikanische Regierung hatte am Montag eine Sonderinspektion für etwa 160 Flugzeuge des Typs Boeing 747 angeordnet. Ein Sprecher des Bundesluftfahrtamtes in Washington hatte bekanntgegeben, daß in den letzten Wochen bei Routine-Wartungsinspektionen Risse im „Gerippe" des Rumpfs dieses Flugzeugtyps entdeckt worden seien.

Busch ergänzte, daß die Lufthansa-Jumbos bisher höchstens 8000 Landungen absolviert haben. Die Überprüfung betreffe aber in erster Linie solche Maschinen, die etwa 14 000 Flüge hinter sich haben. Das sei schon „recht alt" für ein Flugzeug. Über die Ursache dieser Schäden konnte auch Busch keine genauen Angaben machen. Im übrigen gebe es solche Anweisungen für Sonderinspektionen bei verschiedenen Flugzeugtypen „etwa ein bis zweimal pro Woche".

*

D. T. Bonn

Niemand kann heute mit Gewißheit sagen, wie viele schwere Unfälle – insbesondere in der Luft- und Schiffahrt – durch Materialermüdung verursacht wurden und wie viele Menschen dabei den Tod fanden. Erst eine systematische Materialprüfung nach einer Reihe von rätselhaften Flugzeugabstürzen hat zur Entdeckung des „Ermüdungsphänomens" geführt: Wenn ein Metall wechselnden Belastungen ausgesetzt ist, etwa den Vibrationen im Verlauf eines Fluges, bilden sich nach einer gewissen Zeit feine Haarrisse (Fachjargon: Cracks), die sich vergrößern, bis das Werkstück bricht.

Das Zustandekommen der Mikro-Risse kann man sich so vorstellen, daß technische Werkstoffe ein mehr oder weniger inhomogenes Gefüge mit mikroskopisch kleinen Fehlstellen aufweisen, von denen jede, in der Regel an der Oberfläche liegend, zum störenden Ausgangspunkt werden kann. Größe, Häufigkeit und örtliche Verteilung der nur unter Vergrößerung sichtbaren Brüche im Werkstoffgefüge bestimmen das Ausmaß der kritischen Rißgröße, die dann urplötzlich zum Bruch des Konstruktionsteils führt.

Das Unheimliche an diesen Zerstörungsvorgängen ist, daß es sich in der Regel um sogenannte verformungslose Brüche handelt, deren Entstehung deshalb nicht rechtzeitig erkannt wird, weil die Funktionstüchtigkeit der Konstruktion bis knapp vor ihrem vorzeitigen „Lebensende" erhalten bleibt, die totale Zerstörung also ohne Vorwarnung eintritt.

Worauf die Ermüdung zurückzuführen ist, konnte bisher nicht in allen Einzelheiten geklärt werden. Auch der Versuch, weitgehend ermüdungsfreie Legierungen zu schaffen, war wenig erfolgreich. Man muß also mit diesem Phänomen leben. Das wird dadurch erleichtert, daß sich der Ermüdungsprozeß nach klar erkennbaren Gesetzmäßigkeiten vollzieht: Die Art und Stärke der Belastung sowie die Zahl der „Belastungsfälle" spielen ein wichtige Rolle.

Eine regelmäßige Kontrolle der Materialermüdung zum Beispiel im Verlauf des normalen Flugbetriebes war bisher jedoch praktisch kaum möglich. Man behilft sich damit, das Ermüdungsverhalten wichtiger Bauteile im Labor genau zu studieren, um die Teile dann früh genug auszuwechseln.

Atommuseum eröffnet

dpa, Chinon

Ein 1973 stillgelegter Atomreaktor ist gestern in Chinon als erstes Atommuseum der Welt eröffnet worden. Mit dem Kraftwerk an der Loire hatte Frankreich vor 25 Jahren begonnen, die Kernkraft kommerziell zu nutzen. Die Umbaukosten betrugen zwei Millionen Mark, der Eintritt ist frei.

Überfall in Bonn

AP, Bonn

Einen ungewöhnlichen Raubüberfall meldet die Polizei der Bundeshauptstadt: Rolf Dederichs, Professor für Orthopädie, wurde von drei Schülern überfallen und krankenhausreif geschlagen. „Wir sind von der Post", meldeten sie sich an der Haustür. Die jungen Männer konnten festgenommen werden. Sie erklärten, sie hätten Geld für Kino-Besuche benötigt.

„Reiche" Müllkippe

dpa, Saarlouis

Nachdem bei einer Bankfiliale in Lebach versehentlich zwei Bündel mit 100-Mark-Scheinen, insgesamt 20 000 Mark, in einen Papierkorb und von dort in einen Abfallcontainer wanderten, entdeckte ein Müllwerker auf einer Deponie in Saarlouis-Lisdorf mehrere der Geldscheine. 7000 Mark wurden bisher eingesammelt.

Bombe auf dem Eiffelturm

dpa, Paris

Kurz nach der Explosion einer Bombe auf den Champs-Elysées entdeckte die Polizei einen weiteren Sprengsatz auf dem Eiffelturm. Es ist noch unklar, ob eine Verbindung zu dem Anschlag auf der Pariser Prachtstraße besteht.

Gynäkologen vor Gericht

dpa, Berlin

Wegen Vergewaltigung einer Kollegin müssen sich zwei Gynäkologen der Berliner Universitätsfrauenklinik seit gestern erneut vor dem Landgericht verantworten. Die beiden Ärzte, die vom Dienst suspendiert sind, waren bereits im September '84 wegen Vergewaltigung, sexueller Nötigung und Körperverletzung zu je zwei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof hatte die Entscheidung wegen formaler Verfahrensfehler aufgehoben und an das Gericht zurückverwiesen.

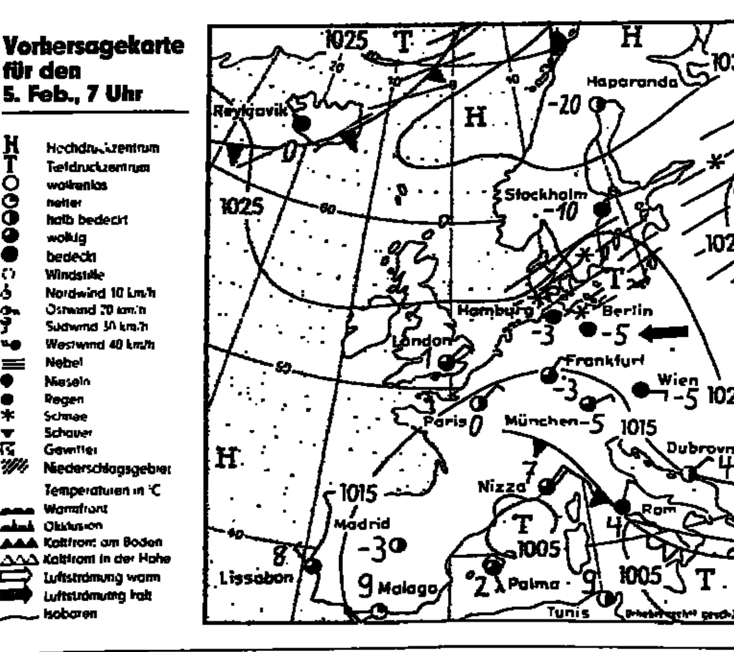
WETTER: Frostig kalt

Lage: Deutschland liegt an der Südflanke eines Skandinavienhochs. Ein mitgeführtes kleines Tief wird dabei vorübergehend das norddeutsche Tiefland beeinflussen.

Vorhersage für Mittwoch: Im Norden stark bewölkt und gelegentlich etwas Schneefall, im Süden noch gebietsweise hochnebelartig bewölkt, sonst wolkig mit sonigen Abschnitten. Tagestemperaturen minus 6 Grad im Nordosten und minus 1 Grad im Südwesten. Nachts minus 5 bis minus 10 Grad. Mäßiger Wind aus Nordost bis Ost.

Weitere Aussichten: In Südostbayern zeitweise Schneefall, sonst weitgehend niederschlagsfrei. Weiterhin Frosttemperaturen.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.53 Uhr*, Untergang: 17.20 Uhr; **Mondaufgang:** 6.50 Uhr, Untergang: 13.40 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	-6	wl
Bielefeld	-4	he
Braunlage	-8	he
Bremen	-1	he
Dortmund	-3	he
Dresden	-3	wl
Düsseldorf	-1	he
Erfurt	-3	wl
Essen	-2	bw
Feldberg/S.	0	bw
Flensburg	0	he
Frankfurt/M.	2	bd
Freiburg	2	bd
Garmisch	0	he
Greifswald	-4	wl
Hamburg	0	he
Hannover	-5	he
Kahler Asten	-7	IW
Kassel	-4	bd
Kempten	-2	bw
Kiel	1	he
Koblenz	0	bd
Köln-Bonn	1	bw
Konstanz	0	bd
Leipzig	-5	wl
List/Sylt	0	wl
Lübeck	-1	he
Mannheim	2	bd
München	-2	bw
Münster	-2	he
Norderney	0	he
Nürnberg	1	he
Oberstdorf	-6	he
Passau	2	he
Saarbrücken	0	S
Stuttgart	0	bd
Trier	-1	bd
Zugspitze	-6	he
Ausland:		
Algier	14	bw
Amsterdam	-1	he
Athen	8	bd
Barcelona	10	he
Belgrad	-5	bd
Bordeaux	7	he
Bozen	3	bd
Brüssel	0	bw
Budapest	-5	he
Bukarest	-10	he
Casablanca	19	he
Dublin	3	R
Dubrovnik	9	he
Edinburgh	3	bd
Faro	9	Gw
Florenz	10	he
Genf	-1	bd
Helsinki	-6	bd
Hongkong	15	bw
Innsbruck	3	he
Istanbul	1	bw
Kairo	20	bw
Klagenfurt	-2	S
Konstanza	-5	he
Kopenhagen	-1	bw
Korfu	10	bw
Las Palmas	18	bw
Leningrad	-11	bd
Lissabon	8	Rs
Locarno	2	Sr
London	3	bd
Los Angeles	13	wl
Luxemburg	-1	bd
Madrid	1	S
Mailand	4	bd
Malaga	12	bw
Mallorca	12	bw
Moskau	-16	S
Neapel	12	he
New York	1	bd
Nizza	12	he
Oslo	-9	he
Ostende	0	bw
Palermo	15	he
Paris	3	he
Peking	-1	bw
Prag	-1	he
Rhodos	11	bw
Rom	8	he
Salzburg	2	he
Singapur	28	bw
Split	9	bw
Stockholm	-10	S
Straßburg	2	bd
Tel Aviv	18	bw
Tokio	2	wl
Tunis	13	bw
Valencia	12	he
Varna	-4	he
Venedig	4	bw
Warschau	-9	he
Wien	-3	he
Zürich	0	bd

bd = bedeckt, bw = bewölkt, Gr = Graupel, Gw = Gewitter, he = heiter, IW = in Wolken, Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, S = Schneefall o. Schneeschauer, Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos

Ein echter Schwabenstreich macht sich bezahlt

DW. Stuttgart

Eine Nadel sticht in den Himmel – seit 30 Jahren, 217 Meter hoch, schlank, elegant, stahlbetoniert – das Wahrzeichen Stuttgarts, der Fernsehturm. Damals, am 5. Februar 1956 bei der Einweihung als Sensation gefeiert, als „Ur-Mutter" aller Fernsehtürme gerühmt, als Schandfleck verschrien – heute längst der Klassiker auf dem 483 Meter hohen Bopser am Südrand der baden-württembergischen Landeshauptstadt. 18 Millionen Menschen ließen sich in den drei Jahrzehnten den Blick von oben bis zum Alpenrand nicht entgehen.

Zunächst war Anfang der 50er Jahre als Fernsehturm des Süddeutschen Rundfunks an einen mit Stahlseilen verspannten Gittermast gedacht worden, bis der Statiker Fritz Leonhardt mit seiner Idee kam. Ihm schwebte ein schlanker Stahlbetonturm vor mit einem Restaurant in 150 Meter Höhe. Der Plan überzeugte – obwohl oder weil er bis dahin ohne Beispiel war.

In 20 Monaten wurde das Fundament gelegt; als der „Schwabenstreich" seiner Bestimmung übergeben wurde, waren 3,7 Millionen Mark investiert worden. Lohnendes Geld.

Das Foto zeigt den Jubiläums-Turm im Hintergrund: dank extremer Teleaufnahme wirkt der rund zwei Kilometer entfernte Frauenkopf, ein 182 Meter hoher Fernmeldeturm, wie ein naher Nachbar.

LEUTE HEUTE

„Atemberaubend blöd"

Ein dramatischer Kampf um TV-Zuschauer hält zur Zeit viele Amerikaner in Atem. Auf den US-Kanälen CBS und NBC laufen zur Zeit zwei Serien Kopf an Kopf, in denen der 55jährige gebürtige Österreicher **Maximilian Schell** (Foto) und die 52jährige Engländerin **Joan Collins** jeweils die Hauptrollen spielen. Nach



dem ersten Abend liegt Schell vorne. Mit von der Erfolgs-Partie im achtstündigen, rund 30 Millionen Dollar teuren Vierteiler „Peter der Grosse": **Omar Sharif** und **Vanessa Redgrave**, auch **Elke Sommer**, **Helmut Griem**, **Jan Niklas** und **Hanna Schygulla**. Die kulturell anspruchsvolle Serie wurde von der US-Kritik mit Kommentaren wie „die bestaussehende Produktion in der Geschichte des amerikanischen Fernsehens" bedacht. Joan Collins' Serie heißt „Sins" (Sünden) und hat rund 15 Millionen Dollar gekostet. Der „Denver"-Star spielt in dem sieben Stunden langen Dreiteiler eine machthungrige französische Verlegerin. Die „Los Angeles Times" nannte die Serie „so atemberaubend blöd, daß sie schlicht unwiderstehlich ist".

Umwerfend komisch

TV-Star **Desirée Nosbusch** hat eine berühmte Konkurrentin ausgestochen. Filmregisseur **Andrei Zulawski** engagierte die junge umwerfend komische Luxemburgerin für „Maladie d'Amour". Ursprünglich sollte Frankreichs Jungstar Nummer eins, **Isabelle Adjani**, die Hauptrolle übernehmen. Den männlichen Part wird **Jean-Louis Trintignant** mimen.

Problemlos zitiert

Mit großflächiger (Pseudo-)Comic wurde er neben **Claes Oldenburg** und **Andy Warhol** zu einem der Väter der Pop-Art. Später „zitierte" **Roy Lichtenstein** (62) auf seinen Gemälden ausgiebig alle Kunstströmungen des 20. Jahrhunderts. In der kommenden Woche nun wird in New York sein „Wandbild mit blauem Pinselstrich" (etwa 20 mal 10 Meter) feierlich enthüllt. Es wird den Atrium-Bau einer Versicherungsgesellschaft zieren. „Probleme mit dem Auftraggeber", so der Künstler, „gab es nicht." Warum auch? Einen Lichtenstein zu besitzen ist manchmal mehr wert als eine Lebensversicherung.

ZU GUTER LETZT

Gegendarstellung: Im Hamburger Abendblatt vom 24. 1. 1986 wird in dem Artikel auf Seite 3 „Das Ende der 'Nutella'-Bande" behauptet, ich sei erschossen worden. Dies ist falsch. Ich lebe noch. Anm. d. Red.: Klaus Barkowsky hat recht. Die Redaktion bedauert die Verwechslung.

